**Deutscher Bundestag**
**5. Wahlperiode**

**Drucksache V/2310**

**Bundesrepublik Deutschland**
**Der Bundeskanzler**

Bonn, den 4. Dezember 1967

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich das

# Jahresgutachten 1967
# des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Das Gutachten wird vom Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) gleichzeitig mit der Zustellung an die gesetzgebenden Körperschaften veröffentlicht.

**Kiesinger**

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

**Sachverständigenrat
zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

# Jahresgutachten 1967

**November 1967**

# Vorwort

1. Gemäß § 6 des Gesetzes über die Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein Viertes Jahresgutachten vor. [2])

2. Das Gesetz beauftragt den Sachverständigenrat, „die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darzustellen" und zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig

   Stabilität des Preisniveaus,

   hoher Beschäftigungsstand und

   außenwirtschaftliches Gleichgewicht

   bei stetigem und angemessenem Wachstum

   gewährleistet werden können"; es untersagt ihm jedoch, Empfehlungen für — bestimmte — wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auszusprechen.

   Da das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1957 (BGBl. I S. 582) dieselben Ziele als maßgebend für die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen bezeichnet, die Bund und Länder um des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts willen zu treffen haben (§ 1; das gleiche gilt nach § 16 für die Gemeinden und Gemeindeverbände), haben diese Ziele erhöhte Bedeutung gewonnen; gemäß § 12 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1967 (BGBl. I S. 745), nach dem die Bundesbank verpflichtet ist, „unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen", gelten diese Ziele auch für die Bundesbank.

3. Da das Gesetz vorsieht, daß die Ziele gleichzeitig erreicht werden sollen, sind sie für den Sachverständigenrat grundsätzlich gleichrangig. Aus dem Prinzip der Gleichrangigkeit folgt, daß der Sachverständigenrat immer jenen Zielen die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß, die in der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbarer Entwicklung am wenigsten verwirklich sind.

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (im folgenden Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannt) sind als Anhang angefügt.

[2]) Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates erschienen das Jahresgutachten 1964 — nachfolgend zitiert: JG 64 — unter dem Titel „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" am 11. Januar 1965, das Jahresgutachten 1965 — JG 65 — unter dem Titel: „Stabilisierung ohne Stagnation" am 13. Dezember 1965, das Jahresgutachten 1966 — JG 66 — unter dem Titel: „Expansion und Stabilität" am 30. November 1966 und ein Sondergutachten: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967" am 28. März 1967 — SG 67 — (alle vier im Kohlhammer-Verlag, Stuttgart - Mainz).

4. Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, von stetigem und angemessenem Wachstum im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung begleitet, bilden auch die Grundlage für die weiteren Untersuchungen, mit denen der Gesetzgeber den Sachverständigenrat beauftragt hat:

   über „die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen"

   über „die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot" und

   über „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung".

5. Mit der im Gesetz niedergelegten Beschränkung des Auftrages (§ 2 letzter Satz), die darin besteht, daß der Sachverständigenrat „keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen" soll, hat der Gesetzgeber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die politische Verantwortung in diesem Bereich ausschließlich bei den verfassungsmäßig zuständigen Organen bleibt; er will nicht einmal Empfehlungen, die diese Verantwortung nach außen hin abschwächen könnten.

6. Über die rechtliche Stellung des Sachverständigenrates herrscht in der Öffentlichkeit nach wie vor Unklarheit. Der Sachverständigenrat ist — entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung — kein Beratergremium der Bundesregierung. Zwar schlägt die Bundesregierung dem Bundespräsidenten die Mitglieder des Sachverständigenrates zur Berufung vor; der Sachverständigenrat ist aber nach § 1 Absatz 1 des Gesetzes — und das unterstreicht die Berufung durch den Bundespräsidenten — „ein Rat von unabhängigen Sachverständigen", und nach § 3 Absatz 1 des Gesetzes „nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig".

   Der Sachverständigenrat soll nach dem Gesetz nicht beraten, sondern die „Urteilsbildung" erleichtern — durch „die periodische Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" ebenso wie durch das Aufzeigen von „Fehlentwicklungen und von Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung" — und zwar nicht nur „bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen", sondern auch „in der Öffentlichkeit". An dieser Stellung ändert auch nichts, daß die Bundesregierung Adressat der Gutachten ist; denn nur sie kann die Gutachten den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Sie hat dies nach dem geänderten Gesetz unverzüglich zu tun (§ 6 Abs. 1 Satz 2).

7. Der Sachverständigenrat veröffentlicht seine Gutachten selbst (§ 6 Abs. 3). Weil dies allein der Stellung des Sachverständigenrates und seiner Aufgabe, zur „Urteilsbildung ... in der Öffentlichkeit" beizutragen, entspricht, gilt dies unverändert seit dem Inkrafttreten des Gesetzes.

Wiederholt geändert wurde dagegen die Bestimmung über den Zeitpunkt der Veröffentlichung. Für die Jahresgutachten, die bis zum 15. November zu erstellen und der Bundesregierung zuzuleiten sind (§ 6 Abs. 1), sah das Gesetz zunächst eine Frist von acht Wochen vor, nach deren Ablauf der Sachverständigenrat das Jahresgutachten veröffentlichte und die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften Stellung nahm (§ 6 Abs. 4 alter Fassung). Da aber die Erfahrungen mit den ersten beiden Jahresgutachten gezeigt hatten, „daß eine möglichst rasche Veröffentlichung des Gutachtens im Interesse einer Versachlichung der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen notwendig ist" (Begründung der Bundesregierung zum Änderungsgesetz, Bundestagsdrucksache V/810), hat das Änderungsgesetz die Frist fallenlassen; das Jahresgutachten wird nunmehr „den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich von der Bundesregierung vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht" (§ 6 Abs. 1 Satz 2 neuer Fassung).

8. Weil das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz die bereits im Sachverständigenratsgesetz genannten Ziele zu unabdingbaren Grundsätzen für die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder erklärt hat — und auch die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände hat diesen Zielen Rechnung zu tragen (§ 16) —, versucht der Sachverständigenrat in diesem Gutachten, Gesichtspunkte für die Interpretation der Ziele aufzuzeigen. Solange diese Ziele gesetzlich nur für ihn galten, konnte er es dabei bewenden lassen, sie von Fall zu Fall und nur bei krassen Fehlentwicklungen auf ihren Inhalt und Umfang zu prüfen.

9. Der Sachverständigenrat hat in seinem zweiten Jahresgutachten (JG 65 Vorwort 8 c) die „konzertierte Aktion" als „einen Weg" zur „Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise" durch aufeinander abgestimmtes gemeinsames Handeln aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten gekennzeichnet und auf die besondere Rolle hingewiesen, die dabei der Bundesregierung zukommt; er schrieb (JG 65 Ziffer 192): „Eine konzertierte Stabilisierungsaktion kann nur dann zustande kommen, wenn die Bundesregierung ihren Teil dazu beiträgt, daß das Mißtrauen im Verhältnis der Beteiligten zueinander, das in den bisherigen Auseinandersetzungen um den Schuldanteil an der schleichenden Inflation entstanden ist, systematisch abgebaut wird und einem zukunftsbezogenen Vertrauensverhältnis Platz macht". Nunmehr ist die Konzertierte Aktion im § 3 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes verankert: als „das gleichzeitig aufeinander abgestimmte Verhalten der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände". Um dieses Verhalten zu ermöglichen, sieht das Gesetz vor, daß die Bundesregierung „Orientierungsdaten" zur Verfügung stellt, die „insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen

Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation enthalten" (§ 3 Abs. 2).

10. Der Sachverständigenrat möchte auch in diesem Jahre auf die Natur und die Bedingungen der Projektionen hinweisen, die nach dem Gesetz zu seinen Aufgaben gehören. Zunächst sei daran erinnert, daß es sich bei einer Projektion um nicht mehr als um eine hypothetische Aussage handelt, „der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen; aber sie braucht noch nicht einmal eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen" (JG 66 Ziffer 214). Zum anderen haben die Projektionen im Jahresgutachten den Nachteil, daß sie auf Statistiken beruhen, die bestenfalls den Monat September vor Abgabe des Gutachtens betreffen. Dies ist besonders in Phasen der konjunkturellen Wende von Nachteil. Als sich im Winter 1966/67 die Wirklichkeit anders entwickelte als von uns vorhergesehen, haben wir die Projektion des Jahresgutachtens unverzüglich in einem Sondergutachten berichtigt.

11. Die Kritik, die Gutachten seien zu umfassend und zu breit angelegt und zum Teil in einer Fachsprache geschrieben, die der Allgemeinheit das Verständnis erschwere, muß der Sachverständigenrat wie im Vorjahre beantworten: diese Kritik übersieht, daß der Gegenstand eine allzu vereinfachende Darstellung verbietet, weil der Sachverständigenrat, den vier Zielen des Gesetzes verpflichtet, die er „gleichzeitig" im Auge haben muß, nicht umhin kann, möglichst jede These in dem wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang zu sehen. So muß der Sachverständigenrat darauf „vertrauen, daß seine Gedanken und Überlegungen durch die Organe, die dazu berufen sind, die breitere Öffentlichkeit zu informieren, verständnisvoll weitergegeben werden" (JG 66 Vorwort Ziffer 9). Im übrigen befinden wir uns in der gleichen Lage, wie sie Galbraith beschreibt [1]): „Alle, die über volkswirtschaftliche Fragen schreiben, haben zu entscheiden, welchen Teil der Mühe der Gedankenführung sie selbst tragen und welchen sie ihren Lesern aufbürden. Ohne Zweifel verlangt die Gerechtigkeit, daß vieles dem Leser überlassen bleibt. Denn Schreiben ist eine schwere Aufgabe — schwer genug, auch ohne daß man sich verständlich macht; bei wissenschaftlichen Erörterungen geht es nicht ohne eine Arbeitsteilung zwischen denen, die schreiben, und denen, die lesen."

12. Schon im Zusammenhang mit seinem ersten Jahresgutachten 1964 hatte der Sachverständigenrat darauf hingewiesen, daß er seiner gesetzlichen Aufgabe (§ 2) „auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen" zu untersuchen nur nachkommen könne, wenn das statistische Instrumentarium entsprechend erweitert werde. Mit dem zweiten Jahresgutachten 1965 (Anhang III) unterbreite er eigene Vorschläge zur Verbesserung und zur Ergän-

[1]) The New Industrial State, Boston 1967, S. 404, deutsch: Die Moderne Industriegesellschaft, München 1968.

zung der Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik. Diese Vorschläge wurden die Grundlage für den „Entwurf eines Gesetzes über eine Statistik der Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen", das nunmehr dem Bundestage vorliegt. Der Sachverständigenrat gibt erneut der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Gesetz bald verabschiedet wird und in Kraft tritt; denn „die Steuerstatistik kann — als Grundlage der Einkommen- und Vermögensstatistik — nur dann nachhaltig und grundlegend verändert werden, wenn eine jährliche Einkommensteuererklärungsstatistik und eine jährliche Körperschaftsteuererklärungsstatistik neben oder an die Stelle der bisherigen Steuerstatistiken dieser Art treten; nur so werden in jährlichem Abstand brauchbare Unterlagen geschaffen, die nicht schon veraltet und überholt sind, wenn sie aufgearbeitet vorliegen" (JG 66 Vorwort Ziffer 11). Die Aufwendungen, die die Durchführung des Gesetzes erfordert, und die von den Finanzämtern zu leistende Arbeit sind verhältnismäßig gering und stehen in keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten, die die auf Grund des Gesetzes erstellte Statistik bietet. Im Hinblick auf die künftige Wohnungsbaupolitik scheint es dem Rat auch dringend erwünscht, daß das Wohnungszählungsgesetz 1968 doch noch verabschiedet wird; die Kosten in Höhe von 60 Millionen DM, die das Gesetz verursachen wird, sollte man im Zusammenhang sehen mit den jährlichen Aufwendungen der öffentlichen Hand für den Wohnungsbau in Höhe von 5 Milliarden DM und mit den möglichen Fehlaufwendungen, wenn es an den unbedingt notwendigen statistischen Unterlagen fehlt.

Für die Konjunkturbeobachtung scheinen dem Rat der Ausbau der Arbeitsmarktstatistik und der Ausbau der Investitionsstatistik, insbesondere der Lagerstatistik, dringend erforderlich. Soll die Lohnpolitik rationaler werden, bedarf es außerdem umfassenderer und tiefergehender Lohn- und Produktivitätsstatistiken, als sie gegenwärtig vorliegen.

13. Die Abwertung des britischen Pfundes und anderer Währungen Mitte November hat die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung so wesentlich geändert, daß wir es für notwendig ansahen, wichtige Teile des Gutachtens kurzfristig anzupassen. Andernfalls hätten viele Ausführungen nicht zur Urteilsbildung bei den verantwortlichen Instanzen und in der Öffentlichkeit beitragen können. Der Sachverständigenrat glaubt annehmen zu dürfen, daß die Bundesregierung und die gesetzgebenden Körperschaften sowie die Öffentlichkeit Verständnis dafür haben, daß sich Zustellung und Veröffentlichung des Gutachtens dadurch verzögert haben.

14. Der Sachverständigenrat dankt den Vertretern der Bundesministerien, der Deutschen Bundesbank, des Sozialbeirats, der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbands der deutschen Industrie sowie Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an den Hoch-

schulen und in den Forschungsinstituten. Mit ihnen allen konnte sich der Sachverständigenrat aussprechen; die in diesen Aussprachen gewonnenen Erkenntnisse bilden einen wertvollen Beitrag zu diesem Gutachten.

Besonderen Dank sagt der Sachverständigenrat seinem früheren Generalsekretär Dr. Olaf Sievert, Saarbrücken, für eine Untersuchung über Fragen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerreform und seinem früheren Mitarbeiter Diplom-Volkswirt Gerhard Fels, Saarbrücken, für eine Studie über das Problem des internationalen Preiszusammenhangs. Diese Untersuchungen liegen den entsprechenden Abschnitten im vierten Kapitel zugrunde. Dr. Sievert hat uns zudem bei der Abfassung des Gutachtens außerordentlich wertvolle Hilfe geleistet.

Viel Gewinn hat der Sachverständigenrat daraus gezogen, daß er die Wirkungen der Abwertung des britischen Pfundes mit Professor Dr. Edwin von Böventer, Heidelberg, erörtern konnte, der dankenswerterweise auch bei der Schlußredaktion geholfen hat.

15. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt hat sich weiter vertieft; viele Angehörige des Amtes haben durch besonderen persönlichen Einsatz die Arbeiten des Rates sehr erleichtert. Die Vorschriften an die das Statistische Bundesamt bei der personellen Unterstützung der Arbeiten des Sachverständigenrates gebunden ist, mögen für den laufenden Behördenbetrieb zweckmäßig sein; ihre strenge Anwendung bei den Schlußarbeiten an dem Gutachten, bei denen sich der Arbeitsaufwand notwendigerweise häuft, bringt nach den Erfahrungen in diesem Jahr erhebliche Schwierigkeiten mit sich.

16. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Hilfe seiner Mitarbeiter nicht fertigstellen können. Ein besonderes Maß an Verantwortung hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Horst Schulmann, zu tragen. Alle Fehler und Mängel, die dieser Bericht enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 23. November 1967

*W. Bauer*

*P. Binder*

*H. Giersch*

*H. Koch*

*W. Stützel*

Inhalt

Seite

Erstes Kapitel: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ..... 17

I. Überblick ..... 17

II. Der weltwirtschaftliche Rahmen ..... 23
Die Weltkonjunktur schwächte sich ab ..... 23
Die Erfahrungen des Jahres 1967 unterstreichen die Notwendigkeit einer internationalen Koordination der Wirtschaftspolitik ..... 27

III. Außenwirtschaft ..... 29
Der Einfuhrrückgang — ein Spiegelbild der Rezession ..... 29
Die Ausfuhr — Nachfragesog oder Angebotsdruck? ..... 32
Rekordüberschuß in der Leistungsbilanz ..... 35
Gesunkene Außenhandelspreise, verbesserte Terms of Trade 35
Der Warenhandel zwischen den Währungsgebieten der DM-Ost und der DM-West ..... 37

IV. Investitionen ..... 38
Die Investitionstätigkeit seit Mitte 1966 ..... 38
Der Kernprozeß der Rezession ..... 41
Die Rezession eine Folge von Überinvestitionen? ..... 43
Die verpaßte Chance der öffentlichen Investoren ..... 46
Investitionstätigkeit und Auftragslage ..... 46
Die Bauwirtschaft ein strukturschwacher Bereich? ..... 46
Konjunkturaufschwung auf „Lager"? ..... 48

V. Produktionspotential und Produktion ..... 48
Die Rezession im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ..... 48
Die Beschäftigungswirkungen der Rezession ..... 49
Räumliche Differenzierung der Rezession ..... 53
Der ungenutzte gesamtwirtschaftliche Produktionsspielraum 54
Rezessionsbedingte Schwierigkeiten oder verbreitete Strukturschwächen in der Industrie? ..... 55
Erschwerter Strukturwandel: die Krise im Bergbau ..... 56
Schrumpfende Industrieproduktion, brachliegende Kapazitäten ..... 57
Der Druck auf die Erzeugerpreise ..... 58
Produktivitätsverluste in der Industrie ..... 61

VI. Einkommen ..... 61
Die Rezession brachte das Wachstum der Lohnsumme erstmals zum Stillstand ..... 63
Die Lohn-Produktivitäts-Schere schließt sich, aber in der Lohnpolitik herrscht viel Unsicherheit ..... 66
Die Ertragslage der Unternehmen hat sich 1967 weiter verschlechtert ..... 69

Seite

Von der Belastung der Einkommen ging keine antizyklische Wirkung aus ... 70

Rentendynamik und Arbeitslosenunterstützung milderten die Rezession ... 71

Das verfügbare Einkommen wuchs langsamer als je zuvor .. 72

VII. Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte ... 72

Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern ist erstmals zurückgegangen ... 73

Stabile Verbraucherpreise ... 76

Bewegte Sparkonjunktur ... 76

VIII. Öffentliche Finanzen ... 79

Finanzpolitik im Zwiespalt ... 79

Unzulängliche Koordination der Finanzpolitik der Gebietskörperschaften und der Kreditpolitik ... 80

Planung des Bundeshaushalts — prozyklische Entscheidungen 81

Vorläufige Haushaltsführung des Bundes — prozyklische Wirkungen ... 84

Der endgültige Haushalt wirkt antizyklisch — aber zu spät .. 85

Haushaltspolitik der Länder — fiskalisches Denken ... 88

Haushaltspolitik der Gemeinden — wenig Spielraum für selbständiges antizyklisches Verhalten ... 89

Der öffentliche Haushalt insgesamt — keine expansiven Wirkungen ... 90

Die öffentlichen Haushalte im Jahre 1968 ... 92

Mittelfristige Finanzplanung des Bundes ... 93

IX. Finanzierung: Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte; Zahlungsbilanz ... 96

Bankengeldmarkt und Notenbankpolitik — Auslandseinflüsse ... 98

Bankkredite und Geldkapitalbildung bei Banken — Konsolidierungstendenzen ... 101

Vermögensbildung — mehr Geldsparen, weniger Sachsparen 105

Kapitalmarkt — mehr Emissionen, immer noch hohe Zinsen 107

Zahlungsbilanz — Ungleichgewicht durch hohe Geldexporte verdeckt ... 109

Zweites Kapitel: Gegen Fehlentwicklungen — für Stabilität im Wachstum ... 110

I. Konjunkturpolitische Lehren der letzten vier Jahre ... 110

II. Ziele und Zielkonflikte — auf mittlere Sicht ... 119

Vollbeschäftigung ... 119

Stabilität des Preisniveaus ... 122

Preisniveau und Beschäftigungsgrad ... 124

Angemessenes Wachstum ... 127

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht ... 133

III. Ziele und Mittel — auf mittlere Sicht ... 133

IV. Ein Rahmenpakt für Expansion und Stabilität ... 136

V. Über Wachstumspolitik als Strukturpolitik ... 144

Seite

Drittes Kapitel: Die voraussehbare Entwicklung ..... 146

Viertes Kapitel: Zu Einzelfragen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik ..... 155

I. Einkommenspolitik als Stabilitätspolitik: Erfahrungen im Ausland und Lehren für die Bundesrepublik ..... 155

Vereinigte Staaten ..... 155

Großbritannien ..... 158

Niederlande ..... 159

Schweden ..... 162

Zusammenfassung ..... 163

II. Zur Diskussion über die Möglichkeiten der wechselkurspolitischen Absicherung einer binnenwirtschaftlichen Stabilitätspolitik ..... 164

III. Noch einmal: Der internationale Preiszusammenhang ..... 169

Die Strenge des internationalen Preiszusammenhangs ..... 169

Die für die Bundesrepublik relevante internationale Inflationsrate ..... 175

Internationaler Preiszusammenhang und Zahlungsbilanz .... 180

Der internationale Preiszusammenhang im Jahre 1967 ..... 183

IV. Umsatzsteuerreform, Außenhandel und Preise ..... 183

V. Unternehmensfinanzierung, private Ersparnis und Finanzpolitik 188

Entwicklung der Unternehmensfinanzierung 1950 bis 1966 .. 188

Sparförderung ohne Deflationsrisiken und ohne Wachstumshemmung ..... 196

Förderung des Beteiligungssparens und der Beteiligungsfinanzierung ..... 197

Zunehmende Staatsverschuldung ..... 199

# Verzeichnis der Schaubilder


| | | Seite |
|---|---|---|
| 1 | Zur Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Ziele | 18 |
| 2 | Zur Entwicklung der Gesamtnachfrage | 20 |
| 3 | Konjunkturindikatoren | 22 |
| 4 | Das Wachstum des realen Sozialprodukts | 23 |
| 5 | Arbeitslosigkeit in einigen europäischen Ländern | 24 |
| 6 | Industrielle Produktion, Verbraucherpreise | 25 |
| 7 | Reales Bruttosozialprodukt ausgewählter Länder | 27 |
| 8 | Entwicklung des Außenhandels | 29 |
| 9 | Wareneinfuhr | 30 |
| 10 | Salden der Handelsbilanz, der Leistungsbilanz und der Bilanz der laufenden Posten | 36 |
| 11 | Preise der Außenhandelsgüter | 37 |
| 12 | Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen | 40 |
| 13 | Baugenehmigungen im Hochbau | 41 |
| 14 | Auftragseingang aus dem Inland beim Maschinenbau | 42 |
| 15 | Beurteilung der Fertigwarenbestände durch Industrie und Handel | 43 |
| 16 | Entwicklung der Walzstahlläger bei den Investitionsgüterindustrien | 43 |
| 17 | Inlandsnachfrage nach Maschinenbauerzeugnissen zur überwiegenden Verwendung in den Investitionsgüterindustrien | 44 |
| 18 | Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen und des Verhältnisses zwischen Auftragseingang und Produktionskapazität | 47 |
| 19 | Industrieproduktion und Einfuhr von Vorprodukten | 49 |
| 20 | Arbeitsmarktentwicklung | 51 |
| 21 | Entwicklung des Verhältnisses zwischen Auftragseingang und Produktionskapazität | 57 |
| 22 | Vierteljährliche Koeffizienten der Kapazitätsausnutzung der Verarbeitenden Industrie | 59 |
| 23 | Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise | 60 |
| 24 | Zyklische Entwicklung der Industrieproduktivität | 61 |
| 25 | Zur Tariflohnentwicklung | 64 |
| 26 | Löhne und Produktivität | 66 |
| 27 | Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte | 73 |
| 28 | Ausgaben der privaten Haushalte für dauerhafte Konsumgüter und Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen | 75 |
| 29 | Preisindex für die Lebenshaltung | 77 |
| 30 | Preise für Gebrauchsgüter | 78 |
| 31 | Ausgaben der Gebietskörperschaften | 92 |
| 32 | Entwicklung von Zinsen an wichtigen Geld- und Kapitalmärkten der Welt | 100 |
| 33 | Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschl. der Deutschen Bundesbank | 102 |
| 34 | Entwicklung von Zinsen in der Bundesrepublik Deutschland | 104 |
| 35 | Entwicklung des Bruttosozialprodukts und Spreizeffekt | 106 |
| 36 | Bankenliquidität und Kurse festverzinslicher Papiere | 108 |
| 37 | Produktionspotential und Produktionswachstum | 138 |
| 38 | Anwendung einer Basisleitlinie für Tarifabschlüsse mit Stufenerhöhungen | 143 |
| 39 | Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts | 147 |
| 40 | Exportpreise der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Konkurrenzländer | 170 |
| 41 | Preisindex der Warenausfuhr der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Konkurrenzländer | 173 |
| 42 | Einfuhrpreise und Erzeugerpreise | 174 |
| 43 | Reale Bruttoanlageinvestitionen in exportintensiven Bereichen und in Unternehmen ohne exportintensive Bereiche | 177 |
| 44 | Internationaler Konjunktur- und Preiszusammenhang | 182 |
| 45 | Zur Entwicklung der Unternehmensfinanzierung und der privaten Ersparnis | 189 |
| 46 | Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte | 194 |
| 47 | Vermögensbildung der Unternehmen und öffentlichen Haushalte | 200 |

# Verzeichnis der Tabellen im Text


| | | Seite |
|---|---|---|
| 1 | Einfuhr | 28 |
| 2 | Einfuhr nach Ländergruppen bzw. Ländern | 31 |
| 3 | Ausfuhr | 32 |
| 4 | Ausfuhr nach Ländergruppen bzw. Ländern | 34 |
| 5 | Außenhandelspreise und inländische Erzeugerpreise | 38 |
| 6 | Investitionen | 39 |
| 7 | Produktionswachstum und Kapazitätsausbau der Verarbeitenden Industrie in verschiedenen Zeiträumen | 45 |
| 8 | Beiträge der Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt | 50 |
| 9 | Erwerbstätigkeit | 52 |
| 10 | Arbeitslose und Arbeitslosenquote Mitte April 1967 | 53 |
| 11 | Die Ballungsräume in der Rezession | 54 |
| 12 | Von 38 Industriezweigen haben ihre Produktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gedrosselt bzw. erhöht | 58 |
| 13 | Zur Entwicklung und Verteilung des Volkseinkommens | 62 |
| 14 | Zur Lohnentwicklung | 65 |
| 15 | Kalender einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse | 67 |
| 16 | Übertragungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter | 72 |
| 17 | Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte | 74 |
| 18 | Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden, Lastenausgleichsabgaben | 80 |
| 19 | Unmittelbare Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden | 82 |
| 20 | Baunachfrage der öffentlichen Hand | 86 |
| 21 | Ausgaben für Sachinvestitionen | 91 |
| 22 | Entwicklung der Bankenliquidität | 97 |
| 23 | Zur Zins- und Mindestreservepolitik der Deutschen Bundesbank | 99 |
| 24 | Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Einnahme-Ausgabesalden der Sektoren | 105 |
| 25 | Wachstum des realen Bruttosozialprodukts in anderen Industrieländern | 131 |
| 26 | Wachstumsraten des Produktionspotentials 1966 bis 1971 bei alternativen Annahmen über den Kapitalkoeffizienten und die Investitionsquote | 132 |
| 27 | Tatsächliche und projektierte Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten 1965 bis 1969 | 140 |
| 28 | Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen | 148 |
| 29 | Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (saisonbereinigt) | 150 |
| 30 | Exportpreise der Bundesrepublik und ihrer Konkurrenzländer in US-Dollar | 171 |
| 31 | Produktivitätsentwicklung in der Gesamtwirtschaft und im Exportsektor | 176 |
| 32 | Inflationsraten in den Exportpreisen und in den Binnenpreisen | 178 |
| 33 | Inflationsraten in der Bundesrepublik und ihren wichtigsten Partnerländern | 179 |
| 34 | Koeffizienten der Korrelation zwischen der „Preisschere" Binnenpreise/Exportpreise und dem Produktivitätszuwachs | 179 |
| 35 | Inflationsraten und Produktivitätsfortschritte in der Bundesrepublik und in wichtigen Partnerländern 1955—1965 | 180 |
| 36 | Zur Entwicklung der Unternehmensfinanzierung und der privaten Ersparnis | 190 |

# Verzeichnis der Tabellen im Anhang


| | | Seite |
|---|---|---|
| | Allgemeiner Teil | |
| 37 | Bevölkerung und Erwerbstätigkeit | 242 |
| 38 | Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen | 243 |
| 39 | Sozialprodukt und Volkseinkommen | 244 |
| 40 | Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt | 246 |
| 41 | Verteilung des Volkseinkommens | 248 |
| 42 | Volkseinkommen und Produktivität | 249 |
| 43 | Verwendung des Sozialprodukts | 250 |
| 44 | Investitionen der Unternehmen | 252 |
| 45 | Bauinvestitionen | 253 |
| 46 | Einnahmen und Ausgaben des Staates | 254 |
| 47 | Zahlungsbilanz | 256 |
| 48 | Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte | 258 |
| 49 | Käufe der inländischen privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch | 260 |
| 50 | Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie | 262 |
| 51 | Umsatz in der Industrie | 265 |
| 52 | Beschäftigte in der Industrie | 268 |
| 53 | Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie | 270 |
| 54 | Industrielle Produktion | 271 |
| 55 | Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde | 272 |
| 56 | Baugenehmigungen | 273 |
| 57 | Bauhauptgewerbe | 274 |
| 58 | Einzelhandelsumsatz | 275 |
| 59 | Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte im Außenhandel | 276 |
| 60 | Warenausfuhr nach Ländergruppen (Verbrauchsländer) | 277 |
| 61 | Wareneinfuhr nach Ländergruppen (Herstellungsländer) | 278 |
| 62 | Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik | 279 |
| 63 | Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik | 280 |
| 64 | Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik | 281 |
| 65 | Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen | 282 |
| 66 | Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte | 283 |
| 67 | Preisindices für Bauwerke, Preise für Bauland | 284 |
| 68 | Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter | 285 |
| 69 | Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter | 286 |
| 70 | Preisindex für die Lebenshaltung (alte Systematik) | 287 |
| 71 | Preisindex für die Lebenshaltung (neue Systematik) | 288 |
| 72 | Verbraucherpreisindices in ausgewählten Ländern | 289 |
| 73 | Löhne und Gehälter | 290 |
| | Besondere Tabellen, auf die im Textteil Bezug genommen wird | |
| 74 | Das reale Sozialprodukt in wichtigen Industrieländern der westlichen Welt | 291 |
| 75 | Einfuhr nach ausgewählten Warengruppen | 292 |
| 76 | Einfuhr aus ausgewählten Ländern nach Warengruppen | 293 |
| 77 | Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland | 295 |
| 78 | Ausfuhr nach ausgewählten Warengruppen | 296 |
| 79 | Ausfuhr in ausgewählte Länder nach Warengruppen | 297 |
| 80 | Die Bundesrepublik im Leistungsvergleich der Entwicklungshilfe im Jahre 1966 | 298 |
| 81 | Warenverkehr mit dem Währungsgebiet der DM-Ost | 299 |
| 82 | Vergleich der Rangfolge von 34 Industriezweigen nach ihrem durchschnittlichen Produktionswachstum in verschiedenen Perioden | 301 |
| 83 | Verteilung und Umverteilung des Volkseinkommens | 302 |
| 84 | Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote | 304 |
| 85 | Zur Laufzeit neu abgeschlossener Tarifverträge | 305 |
| 86 | Belastung der Einkommen durch direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge | 307 |
| 87 | Anteil der Ausgabengruppen an den Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch je Haushalt und Monat | 308 |
| 88 | Ausstattung ausgewählter privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern | 310 |
| 89 | Indikatoren des Lebensniveaus in den EWG-Ländern | 311 |
| 90 | Haushaltsansätze der Gebietskörperschaften | 312 |
| 91 | Ausgaben des Bundes und der Länder | 313 |
| 92 | Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der privaten Haushalte | 314 |
| 93 | Entwicklung der Bankenliquidität | 315 |
| 94 | Konsolidierte statistische Bilanz der Banken | 316 |
| 95 | Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden | 317 |
| 96 | Kennziffern zur Einkommenspolitik im Ausland | 320 |

## Statistische Materialquellen

Statistische Angaben über die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); davon abweichende Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt. Angaben für die Industrie gelten für Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.

Material über fremde Länder wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, OECD, Vereinte Nationen, Internationaler Währungsfonds). Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

## Abkürzungen

| | |
|---|---|
| DIW | — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin |
| RWI | — Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen |
| VDMA | — Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Frankfurt/M. |
| Ifo | — Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München |
| WWI | — Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Köln |
| CST | — Classification for Statistics and Tariffs |

## Zeichenerklärung

| | |
|---|---|
| — | = nichts |
| 0 | = weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit |
| . | = kein Nachweis |
| . . . | = Angaben fallen später an |

ERSTES KAPITEL

# Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

## I. Überblick

1. Nach der ersten scharfen Rezession, die die Wirtschaft der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen erlebt hat, sind seit Sommer 1967 Zeichen einer neuen Belebung sichtbar.

   Von den Zielen, die im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz wie auch im Sachverständigenratsgesetz genannt sind, war in den zurückliegenden Monaten nur das Ziel der Preisniveaustabilität erreicht. Demgegenüber herrschte

   — kein hoher Beschäftigungsstand,

   — kein außenwirtschaftliches Gleichgewicht,

   — kein angemessenes Wachstum.

   Derart scharf und umfassend wie in der Bundesrepublik zwischen Herbst 1966 und Frühjahr 1967 ist nach dem Zweiten Weltkrieg die Nachfrage noch in keinem der großen westeuropäischen Industrieländer zurückgegangen. Während der Abschwungphasen der vorangegangenen drei Wachstumszyklen wurde in der Bundesrepublik zwar in einzelnen Bereichen die Produktion gedrosselt; im ganzen aber hatte sich lediglich das Expansionstempo abgeschwächt. Im ersten Halbjahr 1967 lag das reale Bruttosozialprodukt, das bereits im zweiten Halbjahr 1966 nicht mehr gewachsen war, um fast 2 vH unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Im Spätsommer 1967 unterschritt die Industrieproduktion noch den vergleichbaren Stand von 1965. Im ersten Halbjahr 1967 waren bei den Arbeitsämtern fast 300 000 mehr Arbeitslose gemeldet als ein Jahr zuvor; die Zahl der Erwerbstätigen war sogar um 800 000 niedriger. Der Mangel an inländischer Nachfrage hat außenwirtschaftliche Überschüsse von bisher nicht erlebtem Ausmaß hervorgerufen (Schaubild 1).

2. Daß diese Rezession mit dem Nachlassen der Auftriebskräfte in wichtigen Welthandelsländern zusammentraf, hat den Anstieg unserer Gesamtausfuhr nicht wesentlich beeinträchtigt. Dagegen scheint der scharfe Rückgang unserer Importe die Wirtschaftstätigkeit in einigen Partnerländern gedämpft zu haben, so vor allem in den Beneluxländern, in Frankreich und in Österreich.

3. Eingeleitet hat den Schrumpfungsprozeß der Rückgang der privaten und öffentlichen Investitionsnachfrage. So gingen, von Saisonschwankungen abgesehen, die Inlandsbestellungen beim Maschinenbau bereits seit dem Frühjahr 1965, die Baugenehmigungen im Hochbau und die öffentlichen Tiefbauaufträge seit dem Frühjahr 1966 zurück. Die Läger wuchsen im ersten Halbjahr 1966 insgesamt noch an; doch zum größten Teil betraf dies wohl Absatzläger und geschah ungewollt.

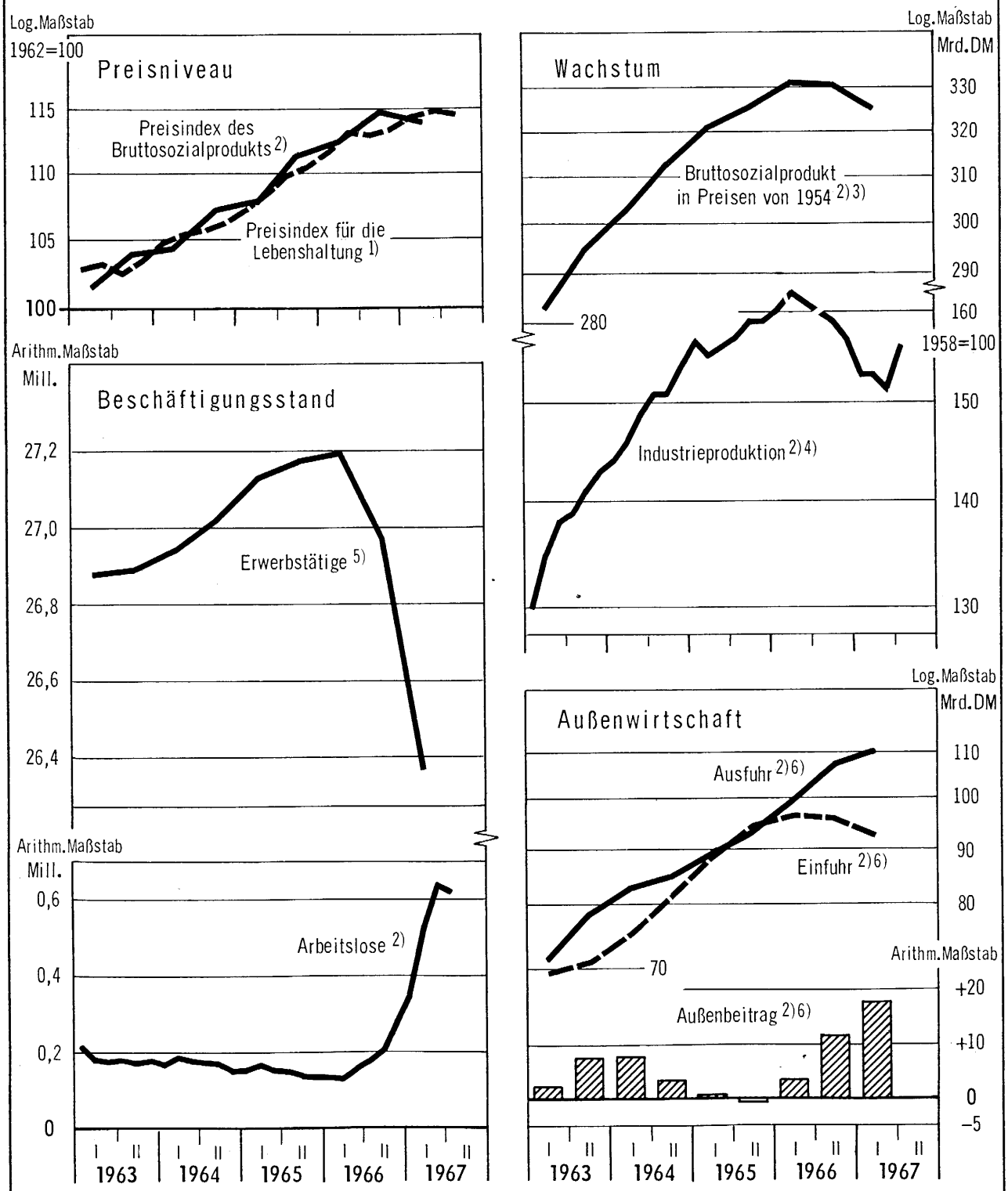
4. Verschärft hat den zyklischen Rückgang der Investitionsnachfrage eine zunehmend restriktive Geld- und Kreditpolitik. Sie konnte wirksam werden, da Geld auch im Ausland überall teurer wurde. Steigende Löhne und Preise veranlaßten die Bundesbank, noch im Mai 1966 ihren restriktiven Kurs zu bekräftigen; sie erhöhte den Diskontsatz um einen ganzen Prozentpunkt auf 5 Prozent, obwohl die Produktion in vielen großen Bereichen damals schon stagnierte, zum Teil sogar schrumpfte.

5. Nach dem Bauhauptgewerbe und den Investitionsgüterindustrien schränkten von Mitte 1966 ab fast alle anderen Industrien ihre Produktion ein, zunächst allerdings nur zögernd. Erst als der Auftragseingang im Herbst und im Winter beschleunigt zurückging und sich der Lagerdruck immer mehr verstärkte, wurden auch Produktion und Beschäftigung drastisch angepaßt. Um die Jahreswende drohte der Bundesrepublik ein sich selbst verstärkender Prozeß schrumpfender Beschäftigung, schrumpfenden Einkommens und schrumpfender Nachfrage. Ein nicht unerheblicher Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials blieb ungenutzt. Nach unserer Schätzung hätten die Anlagen und die Arbeitskräfte bei voller Auslastung ausgereicht, im Jahre 1967 für etwa 30 Mrd. DM mehr Güter und Dienstleistungen als 1966 bereitzustellen (SG März 67 Ziffer 9).

6. Dieser Fehlentwicklung sind die wirtschaftspolitischen Instanzen zu spät und zu zögernd entgegengetreten. Obwohl sich seit dem Frühjahr 1966 die Zeichen für eine stärkere Konjunkturabschwächung mehrten (JG 66 Ziffer 1), blieb die Wirtschaftspolitik bis zum Jahresende 1966 auf Restriktionskurs. Die Bundesbank unterließ es zwar, den Zustrom von Liquidität zu neutralisieren, der mit dem zunehmenden Zahlungsbilanzüberschuß einherging. Darüber hinaus aber tat sie nichts, um der Anspannung an den Kapitalmärkten entgegenzuwirken, die im Sommer 1966 ein seit langem nicht gekanntes Maß erreicht hatte. Dies zwang letztlich auch die staatlichen Investoren, zahlreiche Projekte zurückzustellen, obwohl die nachlassende private Investitionstätigkeit das Gegenteil erfordert hätte.

Schaubild 1

## ZUR VERWIRKLICHUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN ZIELE




1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.– 2) Saisonbereinigte Werte (Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank).– 3) Halbjahreswerte auf Jahreswerte hochgerechnet.– 4) Industrielle Nettoproduktion.– 5) Saisonbereinigte Werte (Saisonbereinigung: Sachverständigenrat).– 6) Waren und Dienstleistungen; Halbjahreswerte auf Jahreswerte hochgerechnet.

SR 7705

7. Nachdem vorbeugende Maßnahmen unterlassen worden waren, wurde es seit dem Spätherbst 1966 von Monat zu Monat dringender, den Schrumpfungsprozeß zu beenden und die Produktion so bald wie möglich wieder an das Potential heranzuführen. In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 kündigte der Bundeskanzler einen Eventualhaushalt an. Doch war die Finanzpolitik des Bundes und der Länder damals noch ganz und gar darauf ausgerichtet, die Haushalte durch Ausgabenkürzungen und Steigerungen der Steuereinnahmen in Ordnung zu bringen, ohne Rücksicht darauf, was konjunkturpolitisch geboten war. Der volkswirtschaftlich unsinnige Wettlauf zwischen nach unten revidierten Steuerschätzungen und Ausgabenkürzungen wurde wenigstens beim Bund beendet, als die Bundesbank sich Mitte Januar bereit erklärte, für die Finanzierung jenes Defizits zu sorgen, das wegen der konjunkturbedingten Steuerausfälle zu erwarten war. Die Länder und vor allem die Gemeinden haben jedoch die Ausgaben, insbesondere die Investitionsausgaben, bis weit in das Jahr 1967 hinein an die sinkenden Einnahmen angepaßt. Diese kontraktiven Einflüsse, die von den Länder- und Gemeindehaushalten ausgingen, waren stärker als die — vom Bundeskabinett im Februar 1967 beschlossenen — Anregungen, die der zusätzliche 2,5 Milliarden-Investitionshaushalt des Bundes zusammen mit den steuerlichen Abschreibungserleichterungen für Investitionen der privaten Wirtschaft gab. Auch wenn man die Ausgaben berücksichtigt, die auf Grund des Zweiten Programms der Bundesregierung für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68 noch im Jahre 1967 geleistet werden — etwa ein Fünftel des Gesamtvolumens von 5,3 Mrd. DM — ist die Finanzpolitik der öffentlichen Hand, von den tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen her gesehen, immer noch nicht als expansiv anzusehen. Erst wenn man in Betracht zieht, daß die Auftragsvergabe, auf die es für die Konjunktur mehr ankommt als auf die Kassenausgaben, in größerem Umfang in das Jahr 1967 fällt, so gelangt man zu einem etwas günstigeren Bild.

8. Die Bundesbank hat sich zu einer weithin sichtbaren Änderung ihrer Politik erst nach der Jahreswende entschlossen. Sie ermäßigte den Diskontsatz zwischen Januar und Mai 1967 in vier Etappen von fünf auf drei Prozent und setzte die Mindestreservesätze bis September schrittweise so herab, daß sich dadurch trotz des Anstiegs der reservepflichtigen Verbindlichkeiten die freien Reserven der Kreditinstitute um 4,6 Mrd. DM erhöhten. Da jedoch die Diskontsenkungen zeitweise der Zinsentwicklung an den ausländischen Geldmärkten vorauseilten und die Zinstendenz im Ausland seit Jahresmitte eher wieder nach oben gerichtet ist, konnten sich die Bemühungen der Bundesbank um Verflüssigung und Zinssenkung im Inland nicht voll auswirken. Erst spät gelang es der Bundesbank, die Sätze am freien inländischen Geldmarkt in die Nähe des Diskontsatzes zu bringen; erst spät dehnte sie ihre Käufe im Offenmarktgeschäft auf langfristige Papiere aus. Die Zinssätze für längerfristige Gelder, die im Sommer 1966 Rekordhöhen von 8½ bis über 10 Prozent erreicht hatten, sind zwar zunächst rasch gesunken; seit Juli 1967 halten sie sich jedoch auf dem noch immer konjunkturwidrig hohen Niveau von etwa 7 Prozent.

9. Mit den beschriebenen Maßnahmen konnte die Binnennachfrage noch nicht einmal auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden (Schaubild 2). In jeweiligen Preisen gerechnet gingen die inländischen Käufe von Konsum- und Investitionsgütern, Saisonschwankungen ausgeschaltet, vom ersten zum zweiten Halbjahr 1966 um 1 vH und in der ersten Hälfte 1967 noch einmal um 2,5 vH zurück; sie lagen damit im ersten Halbjahr 1967 um fast 8 Mrd. DM unter dem Stand vom ersten Halbjahr 1966. Ausschlaggebend hierfür war das Nachlassen der Investitionstätigkeit, und zwar sowohl bei den Ausrüstungen und Bauten als auch bei den Vorräten. Die privaten Haushalte haben vor allem ihre Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter eingeschränkt. Lediglich die Auslandsnachfrage nahm weiter zu und wog damit den Rückgang der Inlandsnachfrage teilweise auf.

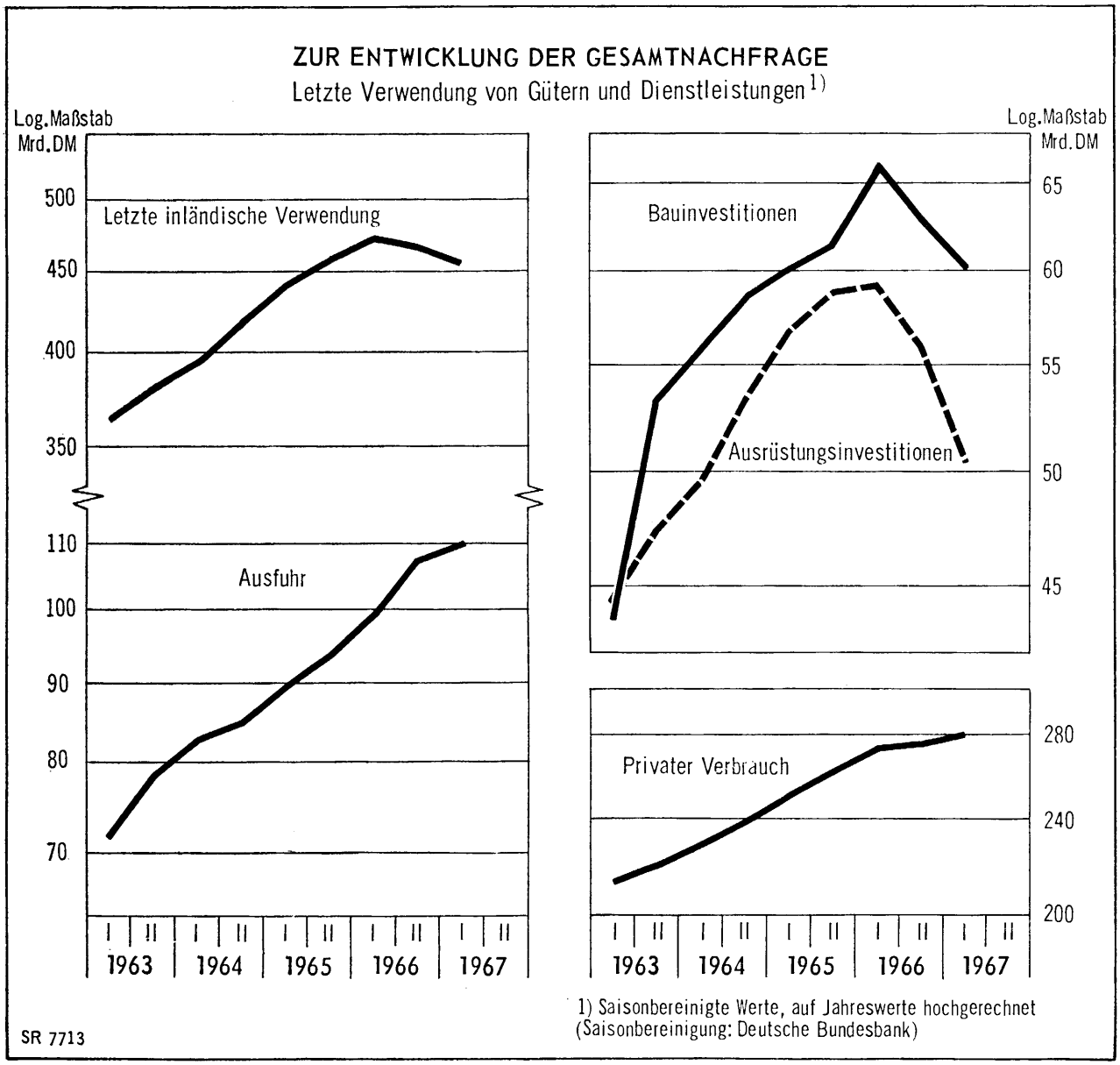
10. Die Beschäftigung ist binnen Jahresfrist in einem Umfang zurückgegangen, den keine Institution, die sich der laufenden Konjunkturbeobachtung widmet, im Herbst 1966 vorausgesehen hat. Am Arbeitsmarkt, an dem schon im Frühjahr 1966, entgegen der Saisontendenz, die Anzahl der offenen Stellen konstant geblieben war und die Arbeitslosigkeit leicht zugenommen hatte, beschleunigte sich die rezessive Entwicklung vom Herbst an erheblich (Schaubild 1). Ihren absoluten Höchststand erreichte die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen im Februar 1967 (674 000). Berücksichtigt man die saisonalen Einflüsse, so nahm sie sogar noch bis Mai zu. Sprungartig stieg im Winter 1966/67 auch die Anzahl der Kurzarbeiter. Weit stärker, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, nahm die Gesamtbeschäftigung ab: Ende September 1967 waren in der Bundesrepublik rund 325 000 weniger ausländische Arbeitskräfte beschäftigt als ein Jahr zuvor; außerdem sind viele Beschäftigte aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden, die nicht als Arbeitslose geführt werden. Seit Juni geht zwar die Arbeitslosigkeit konjunkturell zurück und die Kurzarbeiterzahl sank in den Sommermonaten bis auf 44 000 im September, doch hat sich die Gesamtbeschäftigung im dritten Vierteljahr nochmals vermindert.

11. Kennzeichnend für die außenwirtschaftliche Gesamtentwicklung sind die außerordentlich hohen Überschüsse im Warenhandel seit Mitte 1966, die allerdings weniger auf einer beschleunigten Zunahme der Ausfuhr, sondern mehr auf einem Zurückbleiben der Einfuhr beruhen. Bis zum Sommer 1967 vergrößerten sich die Aktivsalden

von Vierteljahr zu Vierteljahr. Erst in den letzten Monaten ist diese Tendenz etwas schwächer geworden. Insgesamt wies die Bilanz der laufenden Posten (Waren, Dienstleistungen und Übertragungen) schon in den ersten neun Monaten des Jahres 1967 einen Überschuß von fast 6,6 Mrd. DM auf, also mehr als im ganzen Jahre 1958, in dem der bisher höchste Überschuß zu verzeichnen war. In den Nettowährungsreserven der Bundesbank hat sich diese Entwicklung zum außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht allerdings — anders als etwa 1960 — nicht niedergeschlagen, hauptsächlich weil die Banken in erheblichem Umfang im Ausland Geld anlegten oder Kredite zurückzahlten.

12. Die Löhne reagierten seit Ende 1966 rasch und deutlich auf die veränderte Arbeitsmarktlage. Die Stundenlöhne in der Industrie sind zwar noch etwas gestiegen, aber weit weniger als in den Vorjahren und seit dem Frühjahr auch weniger als die Produktivität; im Bauhauptgewerbe sind sie sogar gesunken. In der Gesamtwirtschaft haben sich die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer bis in das erste Vierteljahr 1967 hinein erhöht; seither sind sie jedoch, wenn man die übliche Saisonbewegung außer acht läßt, eher zurückgegangen. Auch in der Tariflohnentwicklung spiegelt sich die konjunkturelle Lage deutlich. Neue Tarifverträge wurden von Januar bis Ende Oktober 1967 nur für 4,5 Millionen Arbeitnehmer abgeschlossen; sie sahen Lohnsatzsteigerungen um durchschnittlich 3,5 vH vor. Anfang des Jahres traten außerdem noch Stufenerhöhungen in Kraft. Gleichwohl wird das Tariflohnniveau 1967 den geringsten

Schaubild 2



Anstieg seit zehn Jahren aufweisen. Vielfach haben die Gewerkschaften die Kündigungsmöglichkeiten nicht wahrgenommen oder sie haben auslaufende Verträge zu den alten Konditionen verlängert. Wo in neuen Tarifverträgen Lohnerhöhungen vereinbart wurden, traten sie teilweise erst nach einer mehrmonatigen „Lohnpause" in Kraft. Kennzeichnend für die Verhandlungslage war auch, daß im Herbst 1967 zeitweise Verhandlungen für über 6 Millionen Arbeitnehmer schwebten.

13. Daß die Anzahl der Beschäftigten zurückging und die Löhne kaum noch stiegen, hatte einen größeren Einfluß auf das Ausgabeverhalten der privaten Haushalte, als die Zahlen über die Einkommensentwicklung unmittelbar erwarten lassen:

    Die Furcht vor einer Wirtschaftskrise, die besonders im Frühjahr 1967 um sich griff, hat die Verbraucher zu größerer Vorsicht in ihren Dispositionen veranlaßt. Wie die Unternehmen haben auch die Haushalte „Investitionen" zurückgestellt und eher Schulden zurückgezahlt. Dafür spricht jedenfalls, daß die Nachfrage nach langlebigen Gütern wie Personenwagen oder Wohnbauten und die ausstehenden Konsumentenkredite zurückgegangen sind.

14. Die Summe der Löhne und Gehälter hat vom zweiten Halbjahr 1966 zum ersten Halbjahr 1967, Saisonbewegungen ausgeschaltet, um etwa 1,5 vH abgenommen. Zum Teil sind die konjunkturellen Ausfälle bei den Arbeitseinkommen allerdings durch die Unterstützungszahlungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter ausgeglichen worden. Obwohl außerdem auch die Rentenzahlungen kräftig gestiegen sind, dürfte die Summe aus den Nettoarbeitseinkommen, Renten, Pensionen und Unterstützungen, das sogenannte Masseneinkommen, im ersten Halbjahr 1967 (saisonbereinigt) nicht mehr zugenommen haben.

15. Die Ertragslage der Unternehmen hat sich erheblich verschlechtert. Die Umsätze sind gesunken, und wenn auch die Lohn-, Material- und Zinskosten zurückgegangen sind, so hat dies bei weitem nicht ausgereicht, die Erlöseinbußen aus Preissenkungen sowie den Fixkostenanstieg, der mit der Unterauslastung der Produktionskapazitäten einherging, wettzumachen.

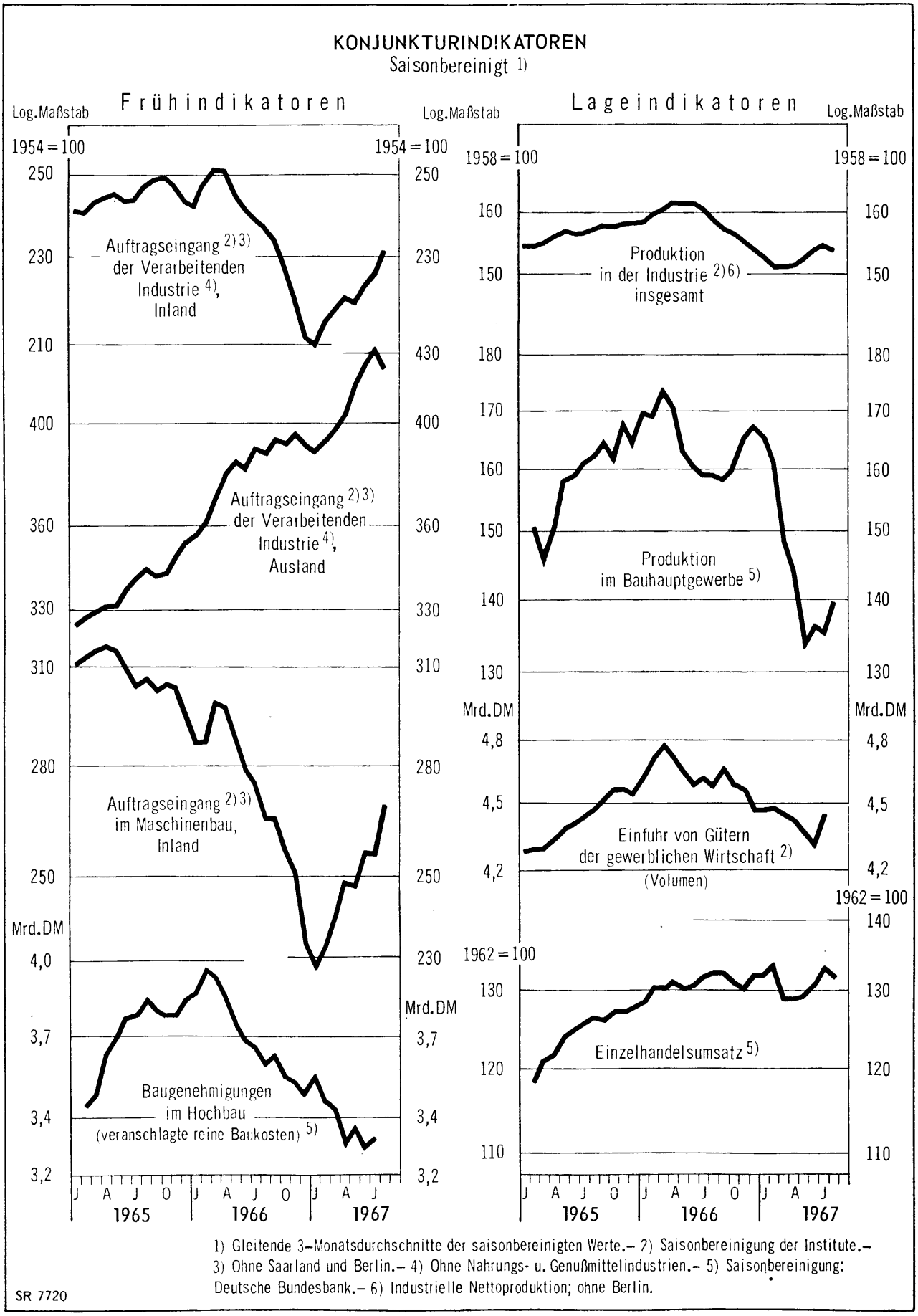
16. Unter dem zunehmenden Druck freier Kapazitäten sind seit dem Sommer 1966 auf der Erzeugerstufe mehr Preise gesenkt als erhöht worden. In allen großen Bereichen der Industrie überwogen die Preisnachlässe. Augenfälliger noch ist der Preisrückgang im Hoch- und Tiefbau. Die Preise für heimische Agrargüter sinken mit gewissen Unterbrechungen bereits seit der Jahreswende 1965/66. Auch die Ausfuhrpreise und mehr noch die Einfuhrpreise sind vom Sommer 1966 an bis in das Frühjahr 1967 zurückgegangen; bei den Einfuhren hält die sinkende Tendenz noch an.

    Die für den Geldwert wichtigen Verbraucherpreise lagen 1967 erheblich weniger über dem Niveau des Vorjahres als in den vorangegangenen Jahren. Der Preisindex für die Lebenshaltung ist, von geringfügigen Schwankungen abgesehen, von Januar bis September praktisch konstant geblieben; er lag damit im September 1967 um 1,3 vH über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Im September 1966 war er um 2,8 vH, im September 1965 um 3,8 vH höher gewesen als im jeweiligen Vorjahresmonat. Läßt man aber die Preise für Nahrungs- und Genußmittel außer Betracht, so ergibt sich von September 1966 bis September 1967 immer noch ein Preisanstieg von 2,3 vH. Davon geht allerdings ein großer Teil auf Maßnahmen des Gesetzgebers zurück (hauptsächlich Mietfreigabe, auch Erhöhung der Mineralölsteuer). Ferner ist zu berücksichtigen, daß Sonderrabatte und die Preissenkungen bei Sonderverkäufen statistisch nicht erfaßt werden. Stellt man all dies in Rechnung, so ist es recht wahrscheinlich, daß die Verbraucherpreise, soweit sie von der Konjunkturlage abhängen, seit Anfang 1967 sogar gesunken sind.

17. Nachdem die allgemeine konjunkturelle Abwärtsbewegung im Frühjahr zum Stillstand gekommen war, kam es im Sommer zu Ansätzen einer Besserung (Schaubild 3). Industrieproduktion, Bautätigkeit, Einzelhandelsumsätze und Einfuhren sind seither nicht weiter zurückgegangen, sondern leicht gestiegen. Ob die neuen Auftriebskräfte für eine dauerhafte Konjunkturbelebung ausreichen, erscheint uns allerdings ungewiß.

18. Nach den Abwertungen vom November 1967 ist wohl nicht mehr damit zu rechnen, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland im bisherigen Tempo zunehmen werden. Der Wettbewerb wird sich auf allen Auslandsmärkten verschärfen. Auch wenn die von Auslandsbestellungen ausgehenden Impulse in einzelnen Bereichen noch bedeutsam sein sollten, so werden sie doch allein kaum ausreichen, die private Investitionstätigkeit auf breiter Front zu beleben. Die Inlandsbestellungen von Investitionsgütern und die Genehmigungen für Wirtschaftsbauten nehmen zwar seit dem Frühjahr konjunkturell wieder zu, aber es ist nicht abzuschätzen, inwieweit die Auftragseingänge der letzten Monate darauf beruhen, daß die Frist für Abschreibungsvergünstigungen ablief und deshalb Aufträge nur vorgezogen wurden. Im Wohnungsbau zeichnet sich dagegen noch kein Tendenzwandel ab. Die Bauwirtschaft insgesamt kann allerdings in den nächsten Monaten mit weiteren Aufträgen aus dem zweiten Konjunkturprogramm rechnen. Außerdem könnten von einer Aufstockung der Läger konjunkturanregende Wirkungen ausgehen, nachdem Industrie und Handel die Vorräte den gesunkenen Umsätzen angepaßt haben und

Schaubild 3




1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Werte.– 2) Saisonbereinigung der Institute.– 3) Ohne Saarland und Berlin.– 4) Ohne Nahrungs- u. Genußmittelindustrien.– 5) Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank.– 6) Industrielle Nettoproduktion; ohne Berlin.

SR 7720

nachdem die Unsicherheit über die steuerliche Behandlung der Altvorräte beim Übergang zur Mehrwertsteuer beseitigt ist.

19. Selbst wenn es schon bald zu einem stärkeren Anstieg der Industrieproduktion und der Bautätigkeit kommen sollte, werden die privaten Verbrauchsausgaben, die fast die Hälfte der Gesamtnachfrage ausmachen, zunächst wohl nur geringfügig zunehmen, denn von der konjunkturellen Gesamtentwicklung, wie sie sich abzeichnet, ist kein rascher Anstieg der Lohn- und Gehaltseinkommen zu erwarten.

## II. Der weltwirtschaftliche Rahmen

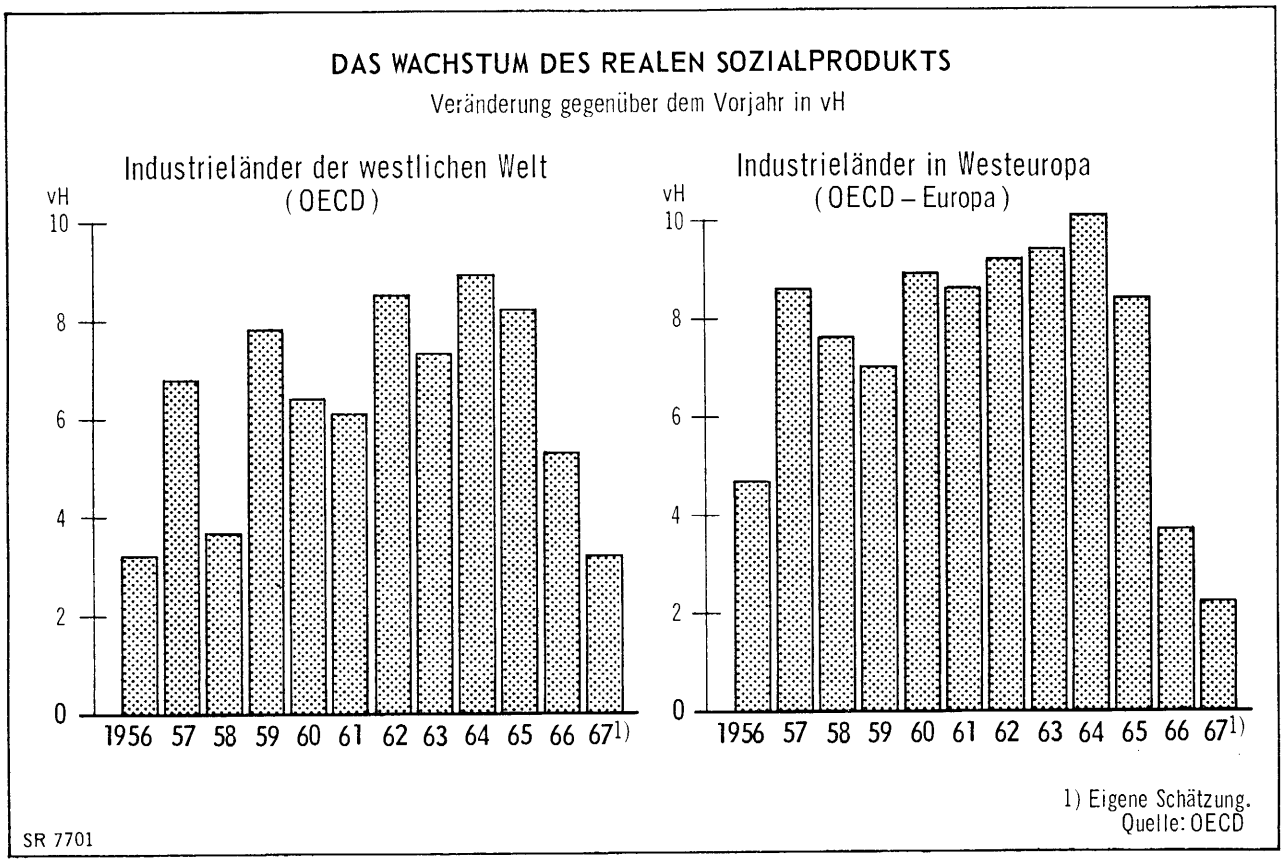
### Die Weltkonjunktur schwächte sich ab

20. Das wirtschaftliche Wachstum hat sich in Westeuropa seit Anfang 1966 beträchtlich verlangsamt (Schaubild 4). Vom Herbst 1966 ab ließ auch das Wachstum in Nordamerika nach und kam vorübergehend zum Stillstand; dort hat jedoch im Sommer 1967 ein neuer Aufschwung begonnen.

Die Einschnitte im Produktionswachstum waren teilweise die Folge der restriktiven Wirtschaftspolitik, zu der sich die meisten Industrieländer durch den starken Preisanstieg im Jahre 1965, einzelne von ihnen auch durch Zahlungsbilanzsorgen veranlaßt gesehen hatten. Die Abschwungstendenzen verstärkten sich wechselseitig über die Grenzen hinweg, und zwar stärker und rascher, als fast alle Beobachter erwartet hatten. Der Preisanstieg ließ fast überall nach. Die Abschwächung der Konjunktur führte jedoch in einigen westeuropäischen Ländern dazu, daß die Arbeitslosigkeit erheblich anstieg (Schaubild 5) und die Sachkapazitäten nicht ausgelastet wurden. Unter den großen Industrieländern der westlichen Welt setzte sich das Wachstum nur in Italien und in Japan unvermindert fort (Schaubild 6 ).

21. In den Vereinigten Staaten verlor der Aufschwung, der fast fünf Jahre angehalten hatte, gegen Ende 1966 an Kraft. Die restriktive Kreditpolitik hatte bewirkt, daß die Bautätigkeit schon seit Anfang 1966 abnahm und das Wachstum der Industrieproduktion im Herbst 1966 zum Stillstand kam (Schaubild 6). Daraufhin versuchten die Unternehmer ihre im Verhältnis zu den Umsätzen außergewöhnlich hohen Lager abzubauen. Mit dem Lagerabbau ging die Industrieproduktion sogar absolut zurück. Die öffentlichen Instanzen reagierten sehr rasch: Schon zu Anfang des Jahres 1967 wurde der Diskontsatz gesenkt; im März führte der Kongreß wieder eine Steuergutschrift für Investitionsausgaben ein, nachdem er sie erst zum 1. September 1966 aufgehoben hatte. Gleichzeitig wurde der Voll-

Schaubild 4



zug des Budgets beschleunigt. Durch alle diese Maßnahmen wurde erreicht, daß sich die private Nachfrage wieder belebte. Bald, nachdem sich der neue Aufschwung abzeichnete, begannen die Erzeugerpreise — vor allem für Stahl und für Rüstungsgüter — erheblich zu steigen; auch der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigte sich. Seit dem Frühjahr haben die Marktzinsen wieder kräftig angezogen. Um zu verhindern, daß sich die inflationäre Entwicklung und die Tendenzen zur Passivierung der Zahlungsbilanz 1968 fortsetzen oder gar verstärken, und um die wachsenden Staatsausgaben durch Steuern zu finanzieren, bemüht sich die Regierung, im Kongreß eine Zusatzsteuer zur Einkommensteuer in Höhe von 10 vH durchzusetzen. Nach der Abwertung des britischen Pfundes wurde der Diskontsatz von 4,0 auf 4,5 Prozent heraufgesetzt.

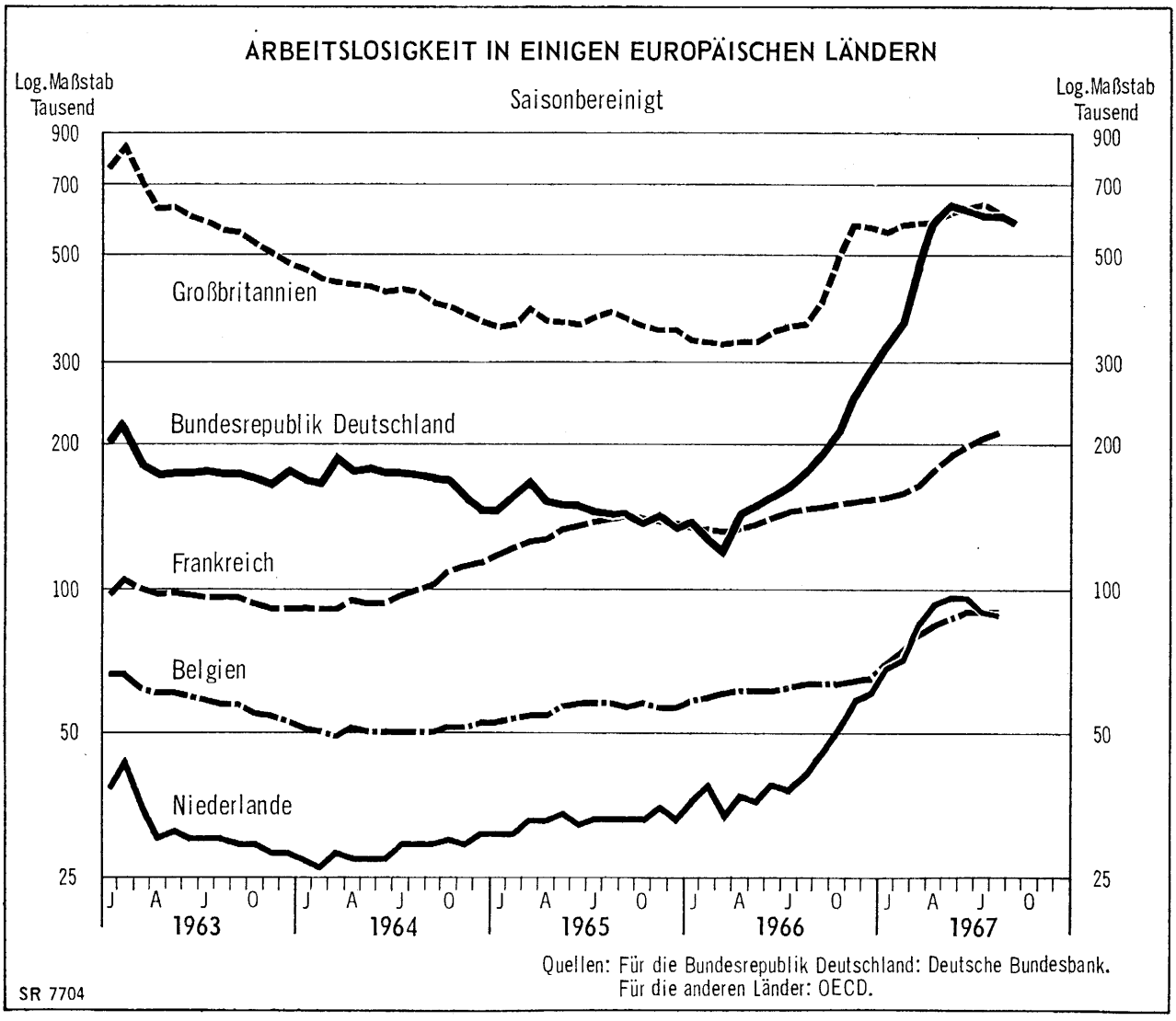
Mit der konjunkturellen Wiederbelebung sind seit dem Sommer 1967 auch die amerikanischen Einfuhren wieder angestiegen; ihr Rückgang seit dem Herbst 1966 hatte die rezessiven Tendenzen in wichtigen Partnerländern der Vereinigten Staaten verstärkt.

Das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts wird 1967 trotz der konjunkturellen Belebung vermutlich unter 3 vH bleiben.

22. Von den großen westeuropäischen Industrieländern gehen seit Herbst 1966 mit Ausnahme Italiens eher bremsende als anregende Wirkungen auf die Weltkonjunktur aus.

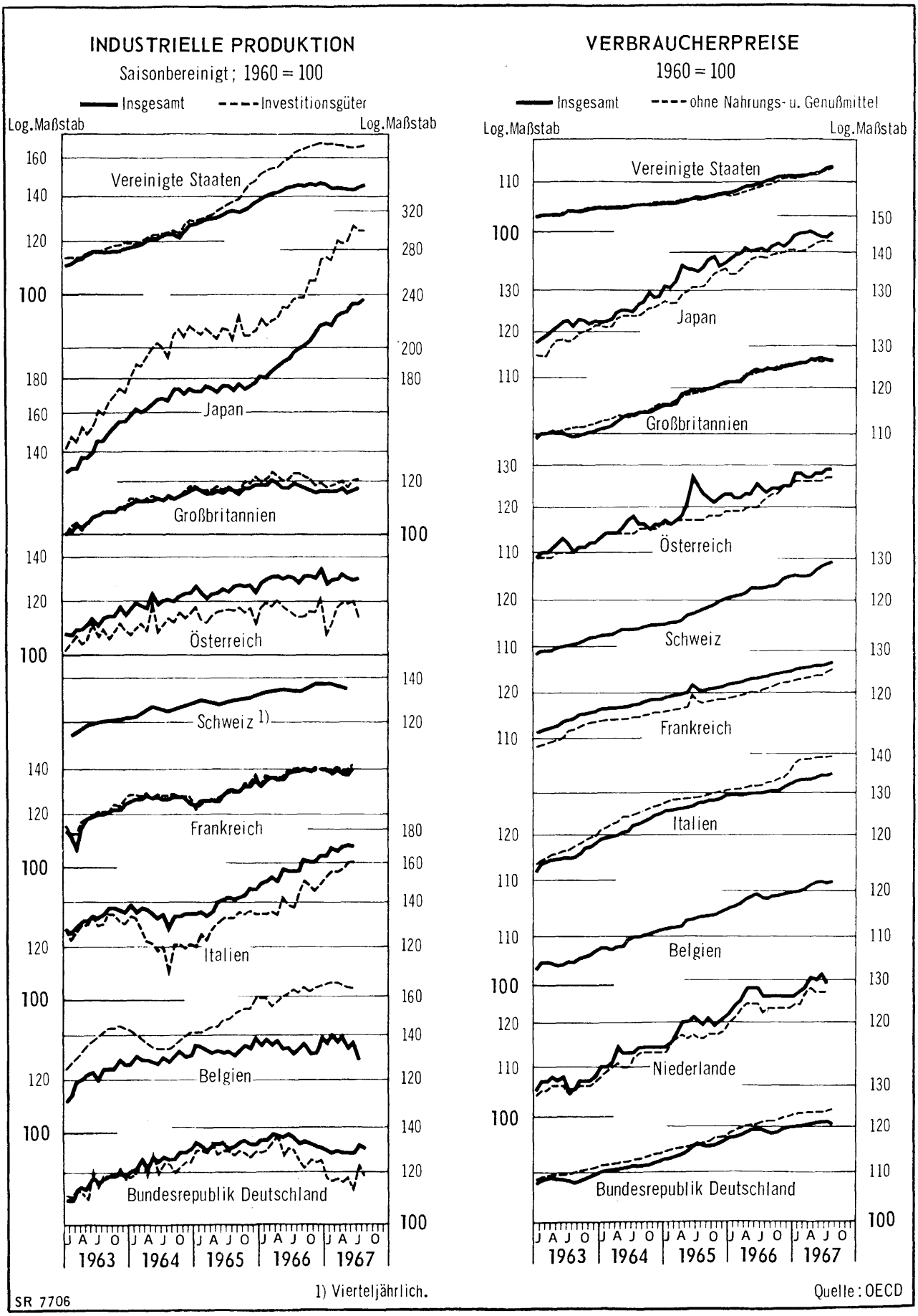
Großbritannien, das schon seit über einem Jahrzehnt zu den Ländern mit geringem Wachstum gehört (1955 bis 1965: 3,1 vH jährlich), erlebte nach dem Erlaß des allgemeinen Lohn- und Preisstopps im August 1966 einen Rückgang der Industrieproduktion und einen scharfen Anstieg der Arbeitslosigkeit (Schaubild 5). Die Zahlungsbilanzlage, die Anlaß für den Lohn- und

Schaubild 5




Quellen: Für die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche Bundesbank.
Für die anderen Länder: OECD.

Schaubild 6


INDUSTRIELLE PRODUKTION
Saisonbereinigt; 1960 = 100
Insgesamt
Investitionsgüter
Log.Maßstab
Log.Maßstab
Vereinigte Staaten
Japan
Großbritannien
Österreich
Schweiz 1)
Frankreich
Italien
Belgien
Bundesrepublik Deutschland
J A J O
1963
1964
1965
1966
1967
VERBRAUCHERPREISE
1960 = 100
Insgesamt
ohne Nahrungs- u. Genußmittel
Log.Maßstab
Log.Maßstab
Vereinigte Staaten
Japan
Großbritannien
Österreich
Schweiz
Frankreich
Italien
Belgien
Niederlande
Bundesrepublik Deutschland
1963
1964
1965
1966
1967
SR 7706
1) Vierteljährlich.
Quelle: OECD

Preisstopp gewesen war, verbesserte sich daraufhin im zweiten Halbjahr 1966 merklich. Schon seit Jahresbeginn 1967 hat sich diese Tendenz jedoch wieder umgekehrt. Nach der Aufhebung des Sonderzolls auf Importe stiegen die Einfuhren erheblich an; auch hatten die Exportanstrengungen nur einen bescheidenen Erfolg, denn mit dem Nachlassen der Konjunktur in Nordamerika und auf dem europäischen Kontinent wurde das Geschäft auf den Exportmärkten zunehmend schwieriger, zumal auch die Konkurrenten ihre Preise senkten. Dies macht deutlich, wie schwer es für ein Land ist, durch interne Nachfragerestriktion seine Zahlungsbilanz zu verbessern, wenn gleichzeitig auch die wichtigsten Partnerländer mit einer auf Preisstabilität gerichteten Politik die Nachfrage dämpfen. Obgleich die britische Zahlungsbilanz durch die unverändert hohe Importneigung belastet war, der Nahostkonflikt zusätzliche Devisenkosten verursacht hatte und obgleich nach dem Ende des Lohn- und Preisstopps im Sommer 1967 die Löhne wieder schneller als die Produktivität stiegen, verfolgte die britische Regierung seit August 1967 eine vorsichtige Expansionspolitik, vor allem durch Konsumanreize. Sie hoffte, hierdurch den fortgesetzten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen und die investitionshemmenden Wirkungen zu neutralisieren, die die zahlungsbilanzbedingten Zinssteigerungen mit sich gebracht hatten.

Nachdem sich die Zahlungsbilanz weiter verschlechtert hatte, wertete die britische Regierung am 18. November 1967 das Pfund Sterling um 14,3 vH ab. Der Diskontsatz wurde von 6,5 auf 8 Prozent heraufgesetzt. Außerdem soll der Körperschaftsteuersatz erhöht und die Aufnahme von Konsumentenkrediten erschwert werden. Die Staatsausgaben für 1968 sollen um 400 Mill. £ gekürzt werden, zur Hälfte durch den Fortfall von direkten und indirekten Exportsubventionen. An die Gewerkschaften wurde appelliert, trotz der zu erwartenden Preissteigerungen fürs erste auf Lohnerhöhungen zu verzichten.

Eine Reihe von Ländern ist der britischen Abwertung gefolgt, darunter Dänemark (7,9 vH), Israel (14,3 vH) und Spanien (16,6 vH). Zusammengenommen hatten die Abwertungsländer 1966 einen Anteil am Welthandel von rund 14 vH.

23. Das wirtschaftliche Geschehen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde im letzten Jahre durch die Entwicklung in der Bundesrepublik besonders geprägt. Eine solche Rezession hat es seit 1950 in keinem der großen westeuropäischen Industrieländer gegeben (Tabelle 74 im Anhang).

Der Mangel an interner Nachfrage führte dazu, daß die Einfuhren seit dem Frühjahr 1966 zurückgingen. Er veranlaßte die Produzenten, verstärkt auf die Auslandsmärkte auszuweichen, so daß die Ausfuhren trotz der gedämpften Weltkonjunktur noch verhältnismäßig stark stiegen. Dadurch ergaben sich größere Handelsbilanzüberschüsse als jemals zuvor (1966: 8 Mrd. DM; Januar bis September 1967: 12,6 Mrd. DM).

24. In Frankreich hatte erst im Winter 1965/66 ein neuer Aufschwung begonnen, der durch Maßnahmen der öffentlichen Hand angeregt und vor allem von der privaten Investitionsnachfrage getragen wurde. Noch zu Beginn dieses Jahres hatten deshalb offizielle Stellen für 1967 mit einem Wachstum des Sozialproduktes um 5 vH gerechnet. Diese Erwartung mußte im Laufe des Jahres wiederholt nach unten revidiert werden. Obgleich die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1967 leicht zurückging (Schaubild 6) und die Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt weil starke Jahrgänge in das Erwerbsleben eintraten, erheblich stieg, hat die französische Regierung bisher eine zwar fühlbare, aber im Vergleich zu früher milde Expansionspolitik verfolgt. Die Regierung zog Staatsausgaben zeitlich vor, darunter auch solche, die für 1968 vorgesehen waren; so wurden zusätzliche Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau freigegeben. Außerdem wurden Beamtengehälter vorzeitig heraufgesetzt; die Aufnahme von Konsumentenkrediten wurde erleichtert.

Das unerwartet frühe Abklingen des Aufschwungs in Frankreich dürfte dadurch ausgelöst worden sein, daß die an längerfristigen Zielen orientierte Politik, die den privaten Verbrauch möglichst niedrig zu halten versucht, das Einsetzen einer Verbrauchskonjunktur hinausgezögert hatte, gleichzeitig aber die Rezession in der Bundesrepublik für die französische Wirtschaft spürbar wurde. Die Bundesrepublik ist mit einem Anteil von 20 vH am französischen Export wichtigster Handelspartner. Wenn die französische Wirtschaftspolitik bisher nicht energischer auf den konjunkturellen Rückschlag reagiert hat, so geht dies auf die erklärte Erwartung zurück, daß eine baldige konjunkturelle Wiederbelebung in der Bundesrepublik der französischen Wirtschaft hinreichende Wachstumsimpulse erteilen würde.

25. Italien ist das einzige EWG-Land, von dem 1966/67 expansive Kräfte ausgingen. Das reale Sozialprodukt dürfte 1967, wie schon 1966, um rund 5,5 vH wachsen. Vor allem der kräftige Anstieg der privaten Investitionen hat verhindert, daß sich die Wachstumsverlangsamung in den übrigen EWG-Ländern auf Italien übertragen konnte. Auch hat die öffentliche Hand seit 1965 eine kräftige Expansionspolitik betrieben, weil sich nach dem „Stabilisierungsschock" von 1963 die private Investitionsnachfrage zunächst äußerst langsam erholt hatte; noch 1965 lagen die privaten Ausrüstungsinvestitionen niedriger als 1963, und erst im zweiten Halbjahr 1966 setzte die private Investitionsnachfrage kräftig ein. Offensichtlich haben sich die privaten Investoren nach einer Periode einer einseitig auf monetäre Mittel gestützten Restriktionspolitik

lange zurückgehalten. Diese Erfahrung hatte man 1960/61 auch in den Vereinigten Staaten und 1964/65 in Japan machen müssen.

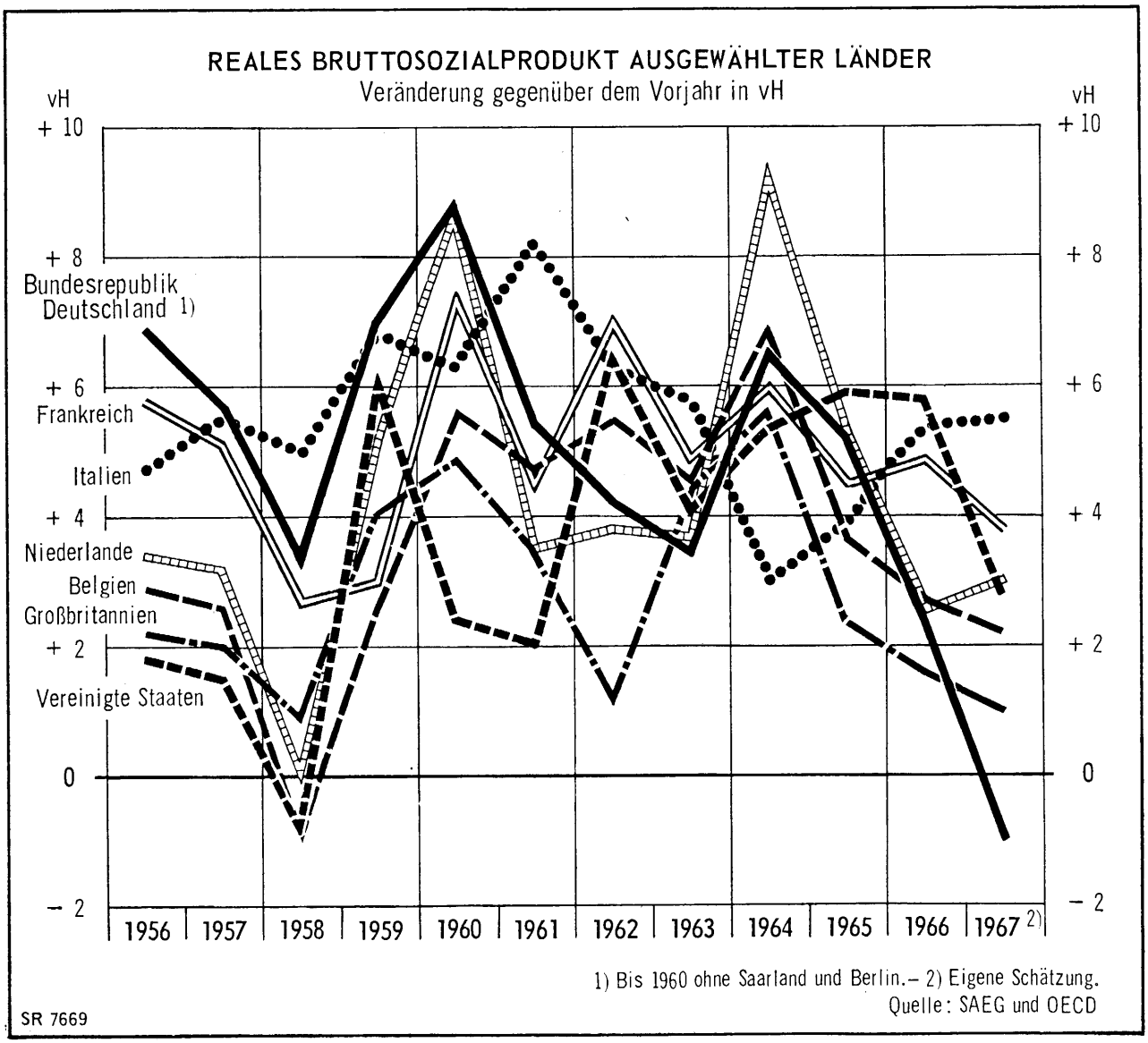
Auch 1967, im zweiten Jahr des jüngsten italienischen Aufschwungs, steigen die Löhne und Preise mäßig. Dies mag mit dem relativ elastischen Arbeitsangebot zusammenhängen; aus der Bundesrepublik, aus der Schweiz und aus Frankreich sind viele Gastarbeiter zurückgekehrt.

26. Für die kleineren westeuropäischen Länder wurde es sehr rasch spürbar, daß die Rezession in der Bundesrepublik und in Großbritannien mit einer Wachstumspause in den Vereinigten Staaten zusammentraf. In den Niederlanden und in Belgien ging seit dem Winter 1966/67 die industrielle Produktion zurück, die Zahl der Arbeitslosen stieg. Die westdeutsche Nachfrage macht in diesen Ländern einen beträchtlichen Teil der Gesamtnachfrage aus. In Österreich stagniert die Industrieproduktion, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Demgegenüber liegt in der Schweiz, die durch eine energische Restriktionspolitik und durch die bewußte Verminderung der Zahl der Gastarbeiter ihr wirtschaftliches Wachstum schon 1966 stark verlangsamt hatte, die Industrieproduktion 1967 leicht über dem Vorjahresstand. In den skandinavischen Ländern ist trotz des Exportrückgangs keine wesentliche Wachstumsverlangsamung eingetreten, vor allem, weil die öffentliche Hand in den letzten Jahren ihre Ausgaben kräftig erhöht hat.

**Die Erfahrungen des Jahres 1967 unterstreichen die Notwendigkeit einer internationalen Koordination der Wirtschaftspolitik**

27. Die Gegenläufigkeit der Konjunkturen in Westeuropa scheint 1967 weitgehend von einem Gleichlauf abgelöst worden zu sein. Nach 1958

Schaubild 7




1) Bis 1960 ohne Saarland und Berlin. – 2) Eigene Schätzung.
Quelle: SAEG und OECD

SR 7669

hatte sich zwischen einzelnen westeuropäischen Ländern eine Phasenverschiebung der Konjunkturwellen herausgebildet. So hatte in der Bundesrepublik die verstärkte Auslandsnachfrage in den Jahren 1959 und 1963, als die interne Expansion zu erlahmen drohte, der Wirtschaft neue Wachstumsanstöße erteilt; umgekehrt hat der Aufschwung in der Bundesrepublik 1964/65 der Konjunkturabschwächung in Frankreich und vor allem in Italien entgegengewirkt. Eine solche Gegenläufigkeit der Konjunkturen innerhalb Westeuropas konnte sich nur vollziehen, solange — wie zwischen 1961 und 1966 — von den Vereinigten Staaten keine starken Nachfrageschwankungen ausgingen (Schaubild 7).

28. Die Erfahrungen des Jahres 1967 lehren, daß sich mit zunehmender internationaler Verflechtung rezessive Tendenzen über die nationalen Grenzen hinweg ähnlich rasch ausbreiten wie zwischen den Regionen eines Landes. Die Erfahrungen des Jahres 1967 verdeutlichen aber auch, daß die Koordinierung der Konjunkturpolitik zwischen den Ländern der westlichen Welt noch sehr unvollkommen ist und daß sich die Konjunkturpolitik der einzelnen Länder in ihrer Dosierung weitgehend an nationalen Maßstäben orientiert. Vielfach wurde die Bedeutung der internationalen Verflechtung und folglich der Einfluß der sich abschwächenden Weltkonjunktur unterschätzt. So blieb in Frankreich und in den Benelux-Ländern das tatsächliche wirtschaftliche Wachstum hinter dem angestrebten erheblich zurück. Gerade in einem wachstumsschwachen Jahr wie 1967 wird deutlich, wie sehr die Integration der Märkte auch die Integration der wirtschaftspolitischen Willensbildung notwendig macht. Denn wenn einzelne Länder im Alleingang versuchen, sich einem „Rezessionsimport" durch eine Politik kräftiger Nachfrageanreize zu entziehen, setzen Zahlungsbilanzdefizite einer solchen Politik alsbald Grenzen; wenn es jedoch viele Länder mit Rücksicht auf die Zahlungsbilanz unterlassen, den Ausfall von Auslandsnachfrage durch kräftige Expansion im Innern zu kompensieren, droht die Gefahr, daß sich die rezessiven Tendenzen wechselseitig verstärken.

Tabelle 1

**Einfuhr [1])**

| Zeitraum | Insgesamt | Waren-einfuhr | Dienst-leistungs-käufe | Insgesamt | Waren-einfuhr | Dienst-leistungs-käufe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in jeweiligen Preisen | | | in Preisen von 1954 | | |
| | Milliarden DM | | | | | |
| 1963 | 70,0 | 51,9 | 18,0 | 75,1 | 60,2 | 14,9 |
| 1964 | 78,2 | 57,8 | 20,4 | 83,3 | 66,7 | 16,6 |
| 1965 [2]) | 91,9 | 69,2 | 22,7 | 95,6 | 77,9 | 17,7 |
| 1966 [2]) | 96,5 | 71,4 | 25,1 | 98,2 | 79,5 | 18,8 |
| 1966 1. Halbjahr [2]) | 47,6 | 36,2 | 11,4 | 48,5 | 39,9 | 8,7 |
| 2. Halbjahr [2]) | 48,9 | 35,3 | 13,7 | 49,7 | 39,6 | 10,1 |
| 1967 1. Halbjahr [3]) | 45,7 | 33,6 | 12,1 | 47,3 | 38,2 | 9,0 |
| | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | |
| 1963 | + 7,2 | + 8,0 | + 4,9 | + 8,3 | + 9,7 | + 2,8 |
| 1964 | +11,8 | +11,3 | +13,3 | +10,9 | +10,8 | +11,5 |
| 1965 [2]) | +17,5 | +19,7 | +11,3 | +14,8 | +16,8 | + 6,6 |
| 1966 [2]) | + 5,0 | + 3,2 | +10,3 | + 2,8 | + 2,0 | + 5,9 |
| 1966 1. Halbjahr [2]) | + 8,7 | + 8,9 | + 8,4 | + 5,8 | + 6,2 | + 3,8 |
| 2. Halbjahr [2]) | + 1,6 | − 1,9 | +12,1 | − 0,0 | − 1,8 | + 7,7 |
| 1967 1. Halbjahr [3]) | − 3,9 | − 7,0 | + 5,8 | − 2,6 | − 4,1 | + 4,3 |

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Erste vorläufige Ergebnisse.

## III. Außenwirtschaft

29. Die Rezession in der Bundesrepublik hat dazu geführt, daß das Volumen der gesamten Einfuhr (Waren und Dienstleistungen) zum ersten Male für längere Zeit zurückgegangen ist, während es in den Jahren der Vollbeschäftigung jeweils um über 10 vH gestiegen war (Tabelle 1). Die Ausfuhr dagegen wuchs 1966 noch schneller als in den letzten Jahren; im ersten Halbjahr 1967 hat sich ihr Anstieg jedoch mit der Abkühlung der Weltkonjunktur etwas verlangsamt.

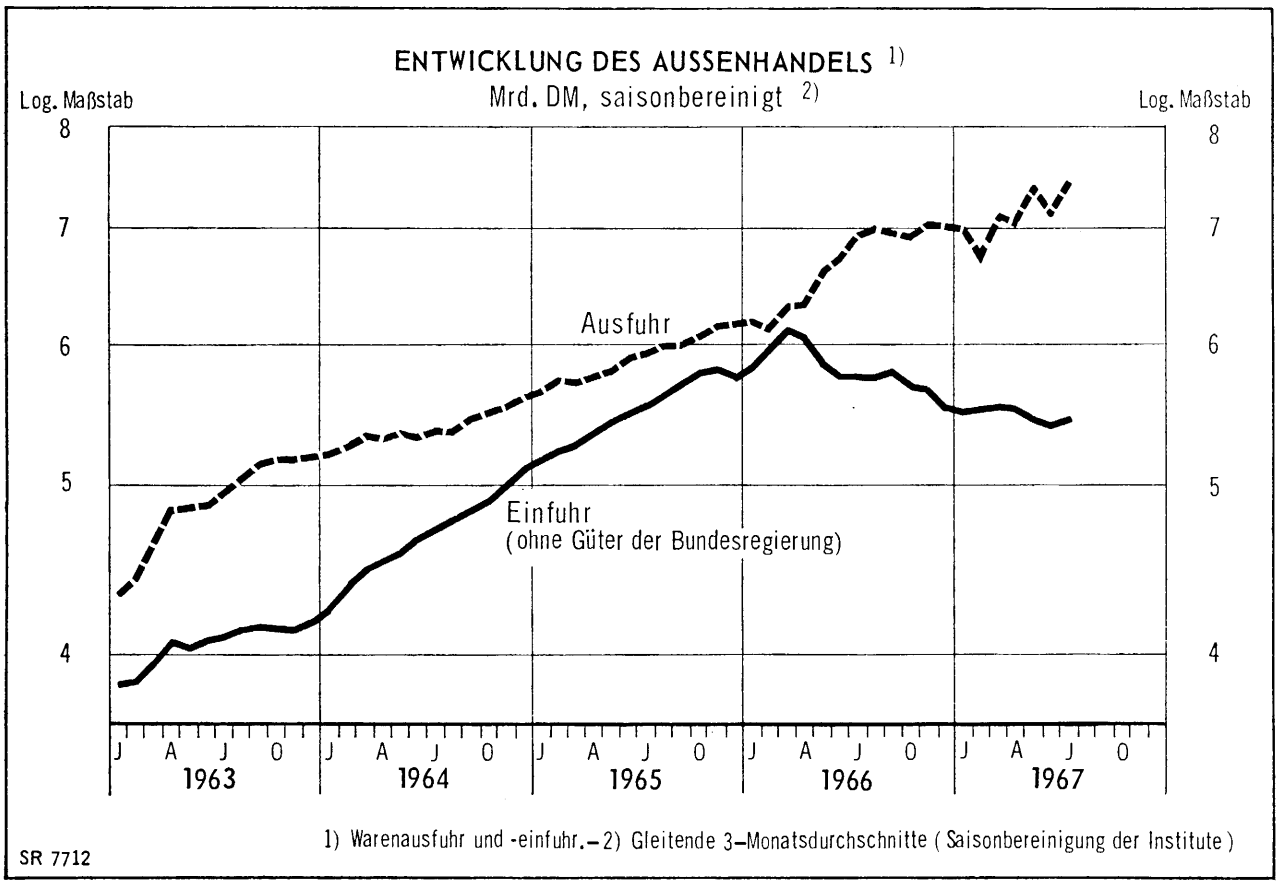
Besonders stark wurde von der Rezession der Warenhandel betroffen (Schaubild 8). In den letzten Monaten zeichnet sich hier bei der Einfuhr wieder ein Tendenzumschwung ab.

**Der Einfuhrrückgang — ein Spiegelbild der Rezession**

30. Die gesamten Einfuhren, die in der Hochkonjunktur besonders rasch zugenommen hatten, nahmen vom ersten Halbjahr 1966 zum ersten Halbjahr 1967 dem Werte nach um rund 4 vH ab (Tabelle 1). Nach den Erfahrungen aus früheren Zyklen war zu erwarten, daß die Einfuhren — und besonders die Wareneinfuhren — auf den Rückgang der Nachfrage und der Produktion sehr elastisch reagieren würden.

31. Das konjunkturbedingte Schrumpfen der gewerblichen Einfuhr fiel zusammen mit einem Rückgang der Nahrungsmitteleinfuhren nach den guten Ernten 1966 und 1967 (Schaubild 9). Bei den Einfuhren der gewerblichen Wirtschaft sind die Importe der sogenannten Vorerzeugnisse besonders stark zurückgegangen. Dies hängt damit zusammen, daß lagerfähige Güter und andere Erzeugnisse, deren Absatz von einem Rückgang der Investitionstätigkeit besonders stark betroffen wird, bei den Vorerzeugnissen ein relativ hohes Gewicht haben. Bei der Rohstoff- und Halbwareneinfuhr, die sich in der Vergangenheit als besonders konjunkturempfindlich erwiesen hatte (Ziffer 73), war der Rückgang 1966/67 nicht so groß, weil die Nachfrage nach diesen Produkten schon seit Ende 1964 zurückhaltend gewesen war und offenbar keine großen Vorräte gebildet worden waren (Schaubild 9). Da die interne Restriktion vor allem die Investitionsnachfrage betroffen hat, sank die Einfuhr von Eisen- und Stahlprodukten (1. Halbjahr 1967: 22 vH unter dem Vorjahresstand) und von Maschinen (−11 vH) besonders stark (Tabelle 75 im Anhang).

Schaubild 8

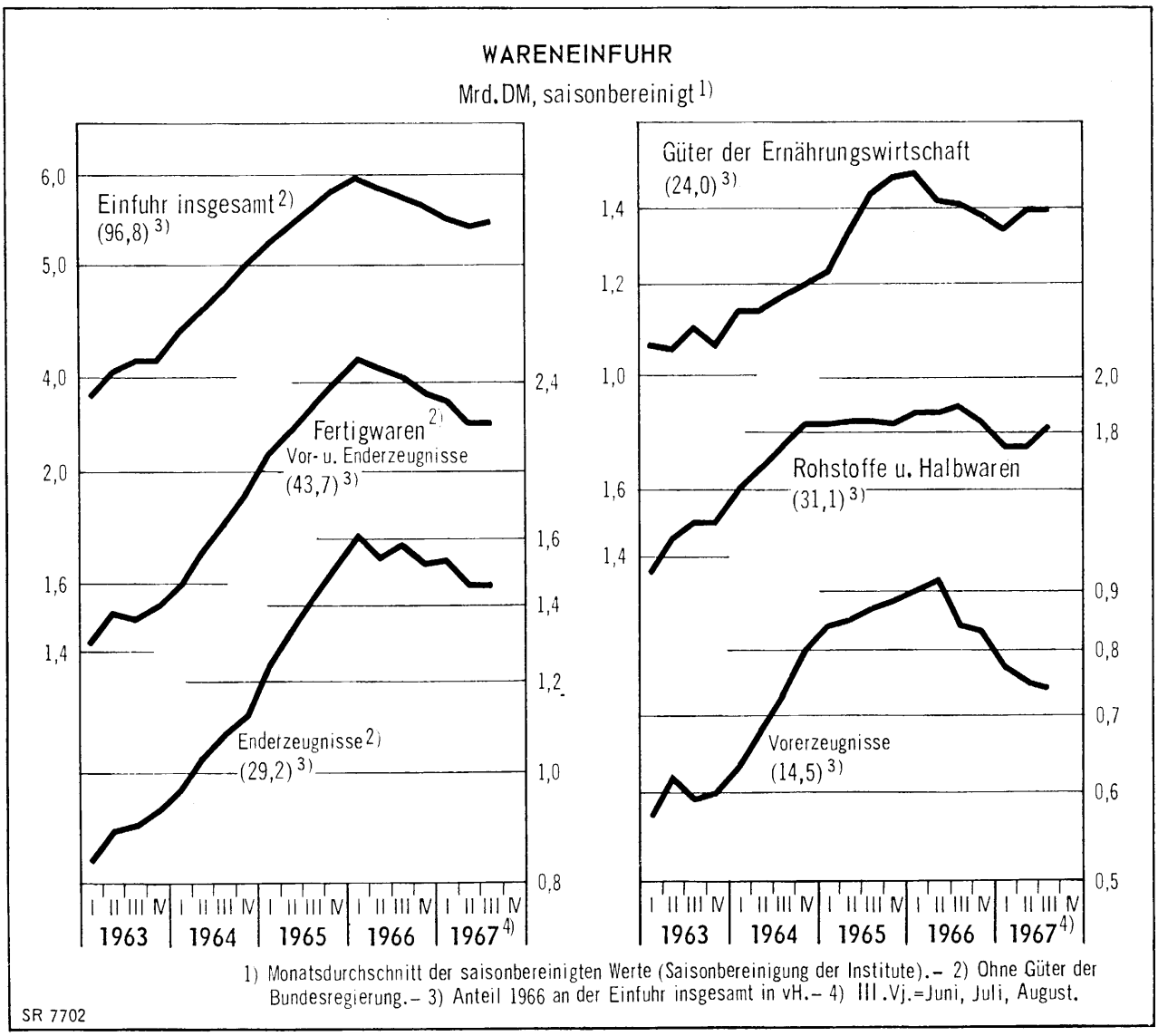


32. Der Rückgang der westdeutschen Nachfrage nach Auslandsgütern traf die EWG-Länder weniger stark und später als die Drittländer, vor allem weit weniger als die EFTA-Länder (Tabelle 2). Dies hängt mit der Warenstruktur unserer Einfuhren zusammen; ein besonders großes Gewicht unter den Einfuhren aus EFTA-Ländern haben Erze, Metallhalbwaren und Maschinen, also Güter, deren Nachfrage vorwiegend durch die Investitionstätigkeit bestimmt und daher im Abschwung früher getroffen wird als die Nachfrage nach Verbrauchsgütern (Taballe 76 im Anhang).

Von den EWG-Ländern spürte zuerst Italien den Rückgang der deutschen Nachfrage; allerdings dürften sich die italienischen Produzenten mit der kräftigen Belebung der Inlandsnachfrage auch weniger um die Auslandsmärkte bemüht haben als in den Jahren 1963 bis 1965. Die Einfuhren aus Frankreich haben noch bis Ende 1966 zugenommen; hierbei war von Bedeutung, daß die Nachfrage nach französischen Automobilen mit dem Ausbau der Marktnetze in der Bundesrepublik 1966 erheblich stieg (Tabelle 76 im Anhang). Daß in den ersten neun Monaten 1967 die westdeutschen Käufe französischer Waren hinter denen des Vorjahres zurückblieben (- 5 vH), lag unter anderem am Rückgang der Einfuhren von Eisen und Stahl, elektrotechnischen Erzeugnissen und Maschinen.

Aus Großbritannien importierte die Bundesrepublik in den ersten neun Monaten über 10 vH weniger als ein Jahr davor. Dieser Tatsache kommt insofern Bedeutung zu, als dieser Nachfrageausfall zu einer Zeit spürbar wurde, in der die britische Regierung besondere Anstrengungen unternahm, die Zahlungsbilanz zu konsolidieren.

Schaubild 9




1) Monatsdurchschnitt der saisonbereinigten Werte (Saisonbereinigung der Institute). - 2) Ohne Güter der Bundesregierung. - 3) Anteil 1966 an der Einfuhr insgesamt in vH. - 4) III. Vj. = Juni, Juli, August.

SR 7702

Tabelle 2

**Einfuhr nach Ländergruppen bzw. Ländern [1])**

| Ländergruppe/Land | Anteil 1966 | 1966 | | | | 1967 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1. Vierteljahr | 2. Vierteljahr | 3. Vierteljahr | 4. Vierteljahr | 1. Vierteljahr | 2. Vierteljahr | 3. Vierteljahr |
| | vH | Milliarden DM | | | | | | |
| EWG-Länder | *38,2* | 6,8 | 7,1 | 6,8 | 7,0 | 6,5 | 6,9 | 6,6 |
| Belgien-Luxemburg | *7,7* | 1,4 | 1,5 | 1,3 | 1,4 | 1,3 | 1,4 | 1,2 |
| Frankreich | *11,9* | 2,2 | 2,3 | 2,0 | 2,2 | 2,1 | 2,1 | 2,0 |
| Italien | *9,2* | 1,6 | 1,6 | 1,8 | 1,7 | 1,5 | 1,6 | 1,6 |
| Niederlande | *9,5* | 1,6 | 1,7 | 1,8 | 1,7 | 1,6 | 1,9 | 1,8 |
| EFTA-Länder | *16,5* | 3,1 | 3,0 | 2,9 | 3,0 | 2,6 | 2,7 | 2,6 |
| Großbritannien | *4,3* | 0,9 | 0,8 | 0,7 | 0,8 | 0,7 | 0,7 | 0,6 |
| Österreich | *2,3* | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,3 | 0,3 | 0,4 |
| Schweden | *3,3* | 0,6 | 0,6 | 0,6 | 0,6 | 0,5 | 0,5 | 0,5 |
| Schweiz | *3,1* | 0,5 | 0,6 | 0,5 | 0,6 | 0,5 | 0,5 | 0,5 |
| Übrige EFTA-Länder | *3,4* | 0,7 | 0,6 | 0,6 | 0,6 | 0,5 | 0,6 | 0,5 |
| Vereinigte Staaten | *12,6* | 2,2 | 2,3 | 2,1 | 2,5 | 1,9 | 2,5 | 2,0 |
| Ostblockländer | *4,3* | 0,7 | 0,7 | 0,8 | 0,9 | 0,7 | 0,7 | 0,8 |
| Außereuropäische Entwicklungsländer | *19,4* | 3,6 | 3,6 | 3,4 | 3,5 | 3,4 | 3,4 | 3,4 |
| Übrige Länder | *8,9* | 1,6 | 1,5 | 1,6 | 1,8 | 1,4 | 1,4 | 1,5 |
| Insgesamt | *100* | 18,1 | 18,2 | 17,6 | 18,7 | 16,4 | 17,5 | 16,9 |
| Insgesamt ohne EWG | *61,8* | 11,3 | 11,1 | 10,8 | 11,7 | 10,0 | 10,6 | 10,3 |
| | | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | | |
| EWG-Länder | . | *+13,5* | *+ 6,6* | *−0,3* | *− 1,5* | *− 5,1* | *− 3,2* | *− 2,4* |
| Belgien-Luxemburg | . | *+ 5,8* | *+ 7,9* | *−3,0* | *+ 3,2* | *− 6,8* | *− 8,2* | *− 3,9* |
| Frankreich | . | *+24,5* | *+13,3* | *+1,4* | *+ 2,2* | *− 6,3* | *− 6,1* | *− 0,5* |
| Italien | . | *+17,5* | *− 0,2* | *−1,7* | *− 4,7* | *− 6,0* | *− 4,6* | *− 8,8* |
| Niederlande | . | *+ 4,0* | *+ 4,5* | *+1,4* | *− 6,4* | *− 1,1* | *+ 6,2* | *+ 3,1* |
| EFTA-Länder | . | *+ 8,9* | *+ 0,6* | *−4,9* | *− 9,1* | *−17,1* | *−10,1* | *−10,0* |
| Großbritannien | . | *+16,2* | *− 7,3* | *−5,3* | *− 0,7* | *−19,6* | *− 3,4* | *− 9,7* |
| Österreich | . | *+12,4* | *+ 4,4* | *−6,9* | *−11,5* | *−22,7* | *−19,1* | *− 6,9* |
| Schweden | . | *− 0,3* | *+ 2,4* | *−3,2* | *−11,5* | *−17,1* | *−14,6* | *−10,5* |
| Schweiz | . | *+ 8,8* | *+10,9* | *−3,6* | *− 8,3* | *− 9,0* | *−13,4* | *−13,5* |
| Übrige EFTA-Länder | . | *+ 6,8* | *− 1,8* | *−6,2* | *−15,6* | *−16,9* | *− 4,4* | *− 9,0* |
| Vereinigte Staaten | . | *+ 5,3* | *− 2,3* | *−4,4* | *+ 0,8* | *−13,5* | *+ 6,7* | *− 5,4* |
| Ostblockländer | . | *+22,7* | *+11,8* | *+9,1* | *− 5,6* | *−12,7* | *− 4,6* | *− 8,7* |
| Außereuropäische Entwicklungsländer | . | *+ 8,1* | *+ 5,4* | *+1,9* | *+ 4,6* | *− 5,8* | *− 6,3* | *+ 0,7* |
| Übrige Länder | . | *+18,2* | *+10,3* | *+3,9* | *− 3,3* | *−11,7* | *− 9,9* | *− 7,4* |
| Insgesamt | . | *+11,2* | *+ 4,7* | *−0,4* | *− 1,8* | *− 9,2* | *− 4,3* | *− 4,2* |
| Insgesamt ohne EWG | . | *+ 9,9* | *+ 3,4* | *−0,5* | *− 2,0* | *−11,7* | *− 5,0* | *− 5,3* |

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern.

33. Die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten nahmen 1966 nicht mehr zu; Anfang 1967 schrumpften sie sehr stark. Dies hing allerdings weniger mit der Konjunktur als mit reichlicheren Ernten in der Bundesrepublik und mit verminderten Rüstungseinfuhren zusammen. Der Anstieg der Einfuhr im zweiten Vierteljahr 1967 geht auf den Sonderfaktor zurück, daß mehr Flugzeuge gekauft wurden (Tabelle 76 im Anhang).

34. Die Dienstleistungseinfuhren sind im Gegensatz zu den Wareneinfuhren im ersten Halbjahr 1967 gestiegen, wenn auch weit weniger stark als in den vorangegangenen Jahren (Tabelle 1). Damit hat sich auch in der Rezession die Beobachtung bestätigt, daß die Ausgaben für Dienstleistungen im Ausland stärker zunehmen als die Warenimporte und auch weit stärker als die Einkommen (hohe Einkommenselastizität). Der Anteil der Dienstleistungen an der gesamten Einfuhr machte 1966 bereits ein Viertel aus. Die Ausgaben für Auslandsreisen, die 1966 noch kräftig zugenommen hatten, bleiben seit Frühjahr 1967 unter dem Vorjahresstand (Tabelle 77 im Anhang). Dies dürfte auf die gedämpfte Einkommensentwicklung und auf das gute Sommerwetter in Deutschland zurückgehen. Die Transportausgaben hingegen nahmen im Zusammenhang mit dem Krieg im Nahen Osten beschleunigt zu.

**Die Ausfuhr — Nachfragesog oder Angebotsdruck?**

35. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen war 1966 weit stärker angestiegen als im Durchschnitt der vorhergehenden Jahre (Tabelle 3). 1967 flachte sich dieser Anstieg etwas ab; dies ist wohl in der Hauptsache bedingt durch die allgemeine Abkühlung der Weltkonjunktur, die teilweise wiederum durch die westdeutsche Nachfrage auf den Auslandsmärkten beeinflußt wurde. Das verhältnismäßig kräftige Exportwachstum seit Anfang 1966 dürfte eher auf ein Ausweichen der deutschen Produzenten in die Auslandsmärkte als auf den Sog der ausländischen Nachfrage zurückzuführen sein. Folgende Beobachtungen legen diesen Schluß nahe:

— 1966/67 fiel der Anstieg der westdeutschen Ausfuhr in eine Phase fühlbar nachlassen-

Tabelle 3

**Ausfuhr [1])**

| Zeitraum | Insgesamt | Warenausfuhr | Dienstleistungsverkäufe | Insgesamt | Warenausfuhr | Dienstleistungsverkäufe |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in jeweiligen Preisen | | | in Preisen von 1954 | | |
| | Milliarden DM | | | | | |
| 1963 | 75,0 | 60,6 | 14,4 | 70,0 | 58,9 | 11,1 |
| 1964 | 83,5 | 67,6 | 15,9 | 77,3 | 65,5 | 11,8 |
| 1965 [2]) | 91,1 | 74,0 | 17,2 | 82,8 | 70,5 | 12,3 |
| 1966 [2]) | 103,0 | 83,3 | 19,7 | 91,9 | 78,3 | 13,6 |
| 1966 1. Halbjahr [2]) | 48,8 | 39,9 | 9,0 | 43,8 | 37,5 | 6,2 |
| 2. Halbjahr [2]) | 54,2 | 43,5 | 10,7 | 48,2 | 40,8 | 7,4 |
| 1967 1.Halbjahr [3]) | 53,9 | 44,1 | 9,8 | 48,8 | 42,1 | 6,7 |
| | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | |
| 1963 | + 8,8 | +10,1 | + 3,7 | + 9,6 | +11,7 | − 0,1 |
| 1964 | + 11,4 | +11,7 | +10,2 | +10,3 | +11,1 | + 6,5 |
| 1965 [2]) | + 9,1 | + 9,4 | + 7,8 | + 7,1 | + 7,6 | + 4,4 |
| 1966 [2]) | + 13,0 | +12,7 | +14,6 | +11,0 | +11,1 | +10,6 |
| 1966 1. Halbjahr [2]) | + 11,3 | +11,0 | +12,8 | + 9,3 | + 9,4 | + 8,5 |
| 2. Halbjahr [2]) | + 14,6 | +14,2 | +16,1 | +12,7 | +12,7 | +12,3 |
| 1967 1. Halbjahr [3]) | + 10,4 | +10,7 | + 9,0 | +11,5 | +12,2 | + 7,4 |

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Erste vorläufige Ergebnisse.

der Weltkonjunktur, während der letzte Exportboom im Jahre 1963 zu einer Zeit gekommen war, als sich das Wachstum in der westlichen Welt beschleunigte.

— Trotz des Ausfuhranstiegs ging 1966/67 die Auslastung der Kapazitäten in allen Bereichen der westdeutschen Industrie beträchtlich zurück.

— 1967 sind die Preise der deutschen Ausfuhrgüter leicht gesunken, während die Exportpreise unserer Konkurrenzländer weiter gestiegen sind.

36. In der Warengliederung der Ausfuhr fällt auf, daß sich der Automobilabsatz seit Anfang 1967 ungefähr auf dem Vorjahresstand hält, obwohl Kraftfahrzeuge in den letzten Jahren zu den Waren mit besonders stark steigendem Auslandsabsatz gehörten (Tabelle 78 im Anhang). Der Rückschlag war zunächst in erster Linie die Folge der Absatzstockung in den Vereinigten Staaten. Im ersten Halbjahr wurden dorthin nur 186 000 Personenkraftwagen exportiert, verglichen mit 211 000 ein Jahr zuvor. Im Verlauf des Jahres 1967 schwächte sich die Automobilnachfrage auch in Westeuropa ab. Für die Automobilindustrie, die in den letzten Jahren über die Hälfte ihrer Produktion im Ausland absetzte, kam somit zu den Schwierigkeiten im Inlandsgeschäft die Verschlechterung der Absatzchancen auf den Auslandsmärkten. Dies hat über ihre Vorleistungsbereiche — der Anteil der Vorprodukte an der Bruttoproduktion des Fahrzeugbaus ist überdurchschnittlich hoch — die gesamte Konjunktur in der Bundesrepublik stark beeinflußt.

37. Dagegen konnten viele andere Branchen ihren Absatz auf den Auslandsmärkten erhöhen und dadurch den Rückgang der Binnennachfrage teilweise ausgleichen. Zu diesen Branchen zählt vor allem der Maschinenbau, der 1966 seine Exporte um 15 vH und im ersten Halbjahr 1967 um 12 vH steigern konnte. Die Exportquote des Maschinenbaus ist von rund 30 vH im Durchschnitt der Jahre 1963 bis 1965 bis auf 40 vH im ersten Halbjahr 1967 gestiegen. Ähnliche Verschiebungen in der Absatzstruktur sind auch in den übrigen Bereichen der Metallindustrie aufgetreten.

38. Die Entwicklung der Ausfuhr nach Italien zeigt wieder einmal, wie sehr die Absatzchancen der deutschen Exportindustrien von der Investitionskonjunktur im Ausland abhängig sind. Mit dem Investitionsboom nahmen die Ausfuhren von Investitionsgütern nach Italien kräftig zu; so war der westdeutsche Maschinenabsatz auf dem italienischen Markt in der Zeit von Sommer 1966 bis Sommer 1967 um 45 vH höher als im entsprechenden Zeitraum ein Jahr vorher (Tabelle 79 im Anhang). Allerdings war unser Export nach Italien in den Jahren 1963 bis 1965 infolge der Rezession stark gesunken; erst 1966 konnte die westdeutsche Wirtschaft wieder mehr nach Italien exportieren als 1963.

In der Entwicklung der Exporte in die übrigen EWG-Länder spiegelt sich das vorzeitige Ende des Aufschwungs in Frankreich und die sehr gedämpfte Konjunktur in den Beneluxländern, deren Nachfrageentwicklung in hohem Maße von der westdeutschen Rezession und der Abkühlung in Frankreich mitgeprägt worden ist (Tabelle 4). Die Exporte in diese Länder wachsen seit Anfang 1967 erheblich langsamer als im Durchschnitt der neun Jahre seit Inkrafttreten des EWG-Vertrages, obwohl die Zölle zwischen den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter abgebaut wurden. Seit dem 1. Juli 1967 betragen sie nur noch 15 vH der Zollsätze von 1957 bei Industriegütern und 25 vH bei den Agrarprodukten, die nicht den EWG-Marktordnungen unterworfen sind. Am 1. Juli 1968 soll auch diese restliche Zollbelastung im Handel zwischen den Ländern der EWG aufgehoben werden.

39. Die Ausfuhren in die Länder der Europäischen Freihandelszone, die 1966 nur noch um 5 vH gestiegen waren, übertrafen in der ersten Hälfte 1967 kaum noch den Vorjahresstand. In jüngster Zeit gehen die Ausfuhren in fast alle EFTA-Länder sogar absolut zurück; lediglich Großbritannien, das an der gesamten deutschen Ausfuhr einen Anteil von weniger als 4 vH hat, macht eine Ausnahme (Tabelle 4). Trotz der wirtschaftlichen Stagnation erhöhen sich unsere Ausfuhren dorthin kräftig. Die Zuwächse der britischen Einfuhren aus der Bundesrepublik waren etwa gleich groß wie die der gesamten britischen Einfuhr, die nach der Abschaffung des Sonderzolls am 30. November 1966 wieder beträchtlich zunahm.

40. Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten waren 1966 in der Spätphase des amerikanischen Booms, als in manchen Bereichen Engpässe durch Importe überbrückt werden mußten, außerordentlich stark gestiegen (26 vH). Umgekehrt führte die Wachstumspause im Frühjahr 1967 zu einem scharfen Rückgang der amerikanischen Importe aus der Bundesrepublik. Die Automobilkonjunktur in den Vereinigten Staaten spielte hierbei, wie schon erwähnt, eine besondere Rolle, da in den letzten Jahren fast zwei Fünftel unserer Ausfuhren in die Vereinigten Staaten Kraftfahrzeuge waren (Tabelle 79 im Anhang).

41. Die Ausfuhren in die Staatshandelsländer in Osteuropa waren in der ersten Hälfte 1967 mit 2,3 Mrd. DM fast doppelt so hoch wie in der ersten Hälfte 1966. Diese Entwicklung muß im Zusammenhang gesehen werden mit den diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung und den günstigeren Bedingungen bei Exportkrediten; außerdem werden für die Industrialisierung in Osteuropa in immer stärkerem Maße Anlagegüter benötigt, die nicht alle in diesen

Tabelle 4

**Ausfuhr nach Ländergruppen bzw. Ländern [1])**

| Ländergruppe/Land | Anteil 1966 | 1966 | | | | 1967 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1. Vierteljahr | 2. Vierteljahr | 3. Vierteljahr | 4. Vierteljahr | 1. Vierteljahr | 2. Vierteljahr | 3. Vierteljahr |
| | vH | Milliarden DM | | | | | | |
| EWG-Länder | *36,3* | 7,0 | 7,2 | 7,1 | 7,9 | 7,7 | 8,2 | 7,5 |
| Belgien-Luxemburg | *8,0* | 1,5 | 1,6 | 1,6 | 1,7 | 1,5 | 1,6 | 1,5 |
| Frankreich | *11,4* | 2,2 | 2,3 | 2,1 | 2,5 | 2,5 | 2,6 | 2,3 |
| Italien | *7,0* | 1,3 | 1,3 | 1,4 | 1,6 | 1,7 | 1,8 | 1,6 |
| Niederlande | *9,9* | 2,0 | 2,0 | 2,0 | 2,0 | 2,0 | 2,2 | 2,1 |
| EFTA-Länder | *25,2* | 4,8 | 5,1 | 4,9 | 5,5 | 5,0 | 5,3 | 4,9 |
| Großbritannien | *3,9* | 0,8 | 0,8 | 0,8 | 0,8 | 0,8 | 0,9 | 0,8 |
| Österreich | *5,2* | 1,0 | 1,0 | 1,1 | 1,1 | 1,0 | 1,0 | 1,0 |
| Schweden | *4,4* | 0,9 | 0,9 | 0,8 | 1,0 | 0,8 | 0,9 | 0,8 |
| Schweiz | *6,0* | 1,1 | 1,2 | 1,3 | 1,3 | 1,2 | 1,3 | 1,2 |
| Übrige EFTA-Länder | *5,6* | 1,1 | 1,1 | 1,0 | 1,3 | 1,1 | 1,2 | 1,0 |
| Vereinigte Staaten | *8,9* | 1,6 | 1,6 | 1,9 | 2,1 | 1,7 | 1,8 | 1,9 |
| Ostblockländer | *4,1* | 0,6 | 0,8 | 0,9 | 1,0 | 1,0 | 1,1 | 1,1 |
| Außereuropäische Entwicklungsländer | *13,9* | 2,7 | 2,6 | 2,8 | 3,1 | 2,9 | 2,8 | 2,8 |
| Übrige Länder | *11,6* | 2,2 | 2,3 | 2,3 | 2,6 | 2,5 | 2,7 | 2,6 |
| Insgesamt | *100* | 19,0 | 19,6 | 19,9 | 22,2 | 20,8 | 21,9 | 20,7 |
| Insgesamt ohne EWG | *63,7* | 11,9 | 12,4 | 12,8 | 14,2 | 13,1 | 13,7 | 13,2 |
| | | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | | |
| EWG-Länder | . | *+12,0* | *+17,3* | *+21,6* | *+14,2* | *+ 9,5* | *+13,4* | *+ 4,9* |
| Belgien-Luxemburg | . | *+15,8* | *+11,0* | *+19,5* | *+16,0* | *+ 0,2* | *+ 4,2* | *− 5,2* |
| Frankreich | . | *+15,1* | *+18,7* | *+21,3* | *+18,2* | *+12,8* | *+11,7* | *+ 5,6* |
| Italien | . | *+23,1* | *+23,1* | *+34,7* | *+22,8* | *+29,4* | *+33,3* | *+14,0* |
| Niederlande | . | *+ 0,4* | *+17,0* | *+15,3* | *+ 2,8* | *+ 0,2* | *+ 9,1* | *+ 5,6* |
| EFTA-Länder | . | *+ 4,0* | *+ 5,7* | *+ 5,1* | *+ 5,0* | *+ 2,8* | *+ 3,6* | *− 1,0* |
| Großbritannien | . | *+22,1* | *+20,4* | *+ 9,7* | *− 3,0* | *+ 6,1* | *+ 7,2* | *+ 8,7* |
| Österreich | . | *+16,0* | *+14,1* | *+11,8* | *+ 4,3* | *− 1,3* | *− 2,3* | *− 7,7* |
| Schweden | . | *− 4,9* | *− 7,4* | *− 5,6* | *− 1,4* | *− 6,1* | *+ 3,3* | *− 0,6* |
| Schweiz | . | *− 0,7* | *+ 4,3* | *+ 7,8* | *+ 7,4* | *+ 8,0* | *+ 6,2* | *− 0,3* |
| Übrige EFTA-Länder | . | *− 3,2* | *+ 2,4* | *+ 1,8* | *+14,6* | *+ 6,0* | *+ 3,9* | *− 2,7* |
| Vereinigte Staaten | . | *+26,9* | *+17,0* | *+29,9* | *+26,2* | *+10,1* | *+13,1* | *+ 0,2* |
| Ostblockländer | . | *+ 6,9* | *+22,6* | *+27,1* | *+34,7* | *+64,0* | *+44,6* | *+22,6* |
| Außereuropäische Entwicklungsländer | . | *+ 4,0* | *+10,4* | *+11,1* | *+ 9,9* | *+ 6,1* | *+ 6,9* | *− 0,7* |
| Übrige Länder | . | *+ 8,1* | *+13,1* | *+11,5* | *+13,6* | *+13,2* | *+16,7* | *+14,1* |
| Insgesamt | . | *+ 9,1* | *+12,8* | *+15,3* | *+12,9* | *+ 9,6* | *+11,6* | *+ 4,0* |
| Insgesamt ohne EWG | . | *+ 7,5* | *+10,4* | *+12,0* | *+12,2* | *+ 9,7* | *+10,6* | *+ 3,5* |

[1]) Spezialhandel nach Verbrauchsländern.

Ländern hergestellt werden. Im Handel mit Rumänien, dem inzwischen wichtigsten Kunden in Osteuropa, erhöhte sich der westdeutsche Export im ersten Halbjahr 1967 auf das Zweieinhalbfache des Vorjahreswertes.

42. Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben sich 1967 kaum noch erhöht (Tabelle 4). Dies liegt daran, daß sich in den meisten Entwicklungsländern die Devisenlage mit dem Rückgang der Weltrohstoffpreise beträchtlich angespannt hat. Außerdem haben die Industrieländer in letzter Zeit ihre Entwicklungshilfe nicht mehr so stark erhöht wie in den frühen sechziger Jahren. Schon vorher waren verhältnismäßig wenige Länder der Empfehlung des Development Assistance Committee nachgekommen, mindestens 1 vH ihres Volkseinkommens für Entwicklungshilfe einzusetzen. Die Bundesrepublik gehört zu den Ländern, die, gemessen am Volkseinkommen, besonders wenig Entwicklungshilfe leisten (Tabelle 80 im Anhang). Dies steht im Gegensatz zum Interesse eines exportintensiven Industrielandes, das auf ein kräftiges wirtschaftliches Wachstum in der ganzen Welt angewiesen ist.

43. Die Dienstleistungsausfuhr stieg auch in letzter Zeit etwa gleich schnell wie der Warenexport. Zu den Einnahmen aus dem Dienstleistungsexport zählen auch die Ausgaben der ausländischen militärischen Dienststellen in der Bundesrepublik, die 1966 und in der ersten Hälfte 1967 besonders stark zugenommen haben (Tabelle 77 im Anhang). Mit 5 Mrd. DM machten sie 1966 ein Viertel der gesamten Dienstleistungsausfuhr aus.

Daß das Defizit in der Bilanz der privaten Dienstleistungen, besonders beim Tourismus, laufend größer wird, ist für sich allein keine Gefahr für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht; hierbei handelt es sich um einen wachstumsbedingten Wandel in der internationalen Arbeitsteilung, der im wesentlichen darauf beruht, daß in einer Wirtschaft mit hohem Produktivitätsniveau die Dienstleistungen teuer sind.

**Rekordüberschuß in der Leistungsbilanz**

44. Die ungewöhnliche außenwirtschaftliche Lage 1966/67 wird besonders augenfällig, wenn man die Entwicklung der Leistungsbilanz betrachtet (Schaubild 10). Nach einem geringfügigen Defizit im Jahre 1965 schließt die Leistungsbilanz seit 1966 mit ganz erheblichen Überschüssen ab. Noch deutlicher läßt sich die Verzerrung an der Handelsbilanz ablesen: nachdem schon 1966 mit 8 Mrd. DM ein größerer Handelsbilanzüberschuß als jemals in einem Jahr seit dem Bestehen der Bundesrepublik entstanden war, wurden allein von Januar bis September 1967 für 12,6 Mrd. DM weniger Waren importiert als exportiert.

Es ist damit zu rechnen, daß für das ganze Jahr 1967 der Aktivsaldo in der Leistungsbilanz die Summe von 15 Mrd. DM deutlich überschreitet. Da mit dem Rückgang der Überweisungen der Gastarbeiter auch der Passivsaldo der Übertragungen an das Ausland beträchtlich geringer geworden ist, dürfte in der Bilanz der laufenden Posten 1967 ein Überschuß von fast 10 Mrd. DM übrigbleiben; auch dies ist ein Rekordergebnis (Tabelle 47 im Anhang).

Gemessen an der Zielvorstellung des Bundeswirtschaftsministeriums, das bei einem „Außenbeitrag" von 1 vH des Bruttosozialproduktes (zum Ausgleich der finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik) das außenwirtschaftliche Gleichgewicht für gegeben hält, ist ein Leistungsbilanzüberschuß von 15 Mrd. DM bei weitem zu hoch; denn damit verwendet die westdeutsche Wirtschaft rund 3 vH weniger Sozialprodukt, als sie erstellt, abgesehen davon, daß 1967 ohnehin erheblich weniger produziert wurde, als es die menschlichen und sachlichen Produktivkräfte erlaubt hätten. Allerdings hat sich das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht nicht in einer entsprechenden Erhöhung der Nettodevisenreserven der Bundesbank niedergeschlagen, weil es zu kompensatorischen Geld- und Kapitalexporten gekommen ist.

**Gesunkene Außenhandelspreise, verbesserte Terms of Trade**

45. Die Einfuhrpreise sind seit dem Frühjahr 1966 erheblich, die Ausfuhrpreise seit dem Sommer 1966 leicht gefallen (Schaubild 11).

Nachdem die konjunkturelle Abschwächung in der Bundesrepublik immer mehr in eine Rezession übergegangen war und die Nachfrage nach Auslandsgütern schrumpft, sind die Einfuhrpreise auf breiter Front zurückgegangen. Folgende Faktoren haben außerdem die Bewegung des Einfuhrpreisindex beeinflußt:

— Die Importpreise für Nahrungsmittel, die nach der schlechten Ernte 1965 um fast 5 vH gestiegen waren, sind seit April 1966 wieder beträchtlich zurückgegangen.

— Die Rohstoffpreise auf den Weltmärkten sind seit dem Frühjahr 1966 gefallen, besonders stark die Preise für NE-Metalle, die sehr lebhaft auf die Entwicklung der Weltkonjunktur zu reagieren pflegen.

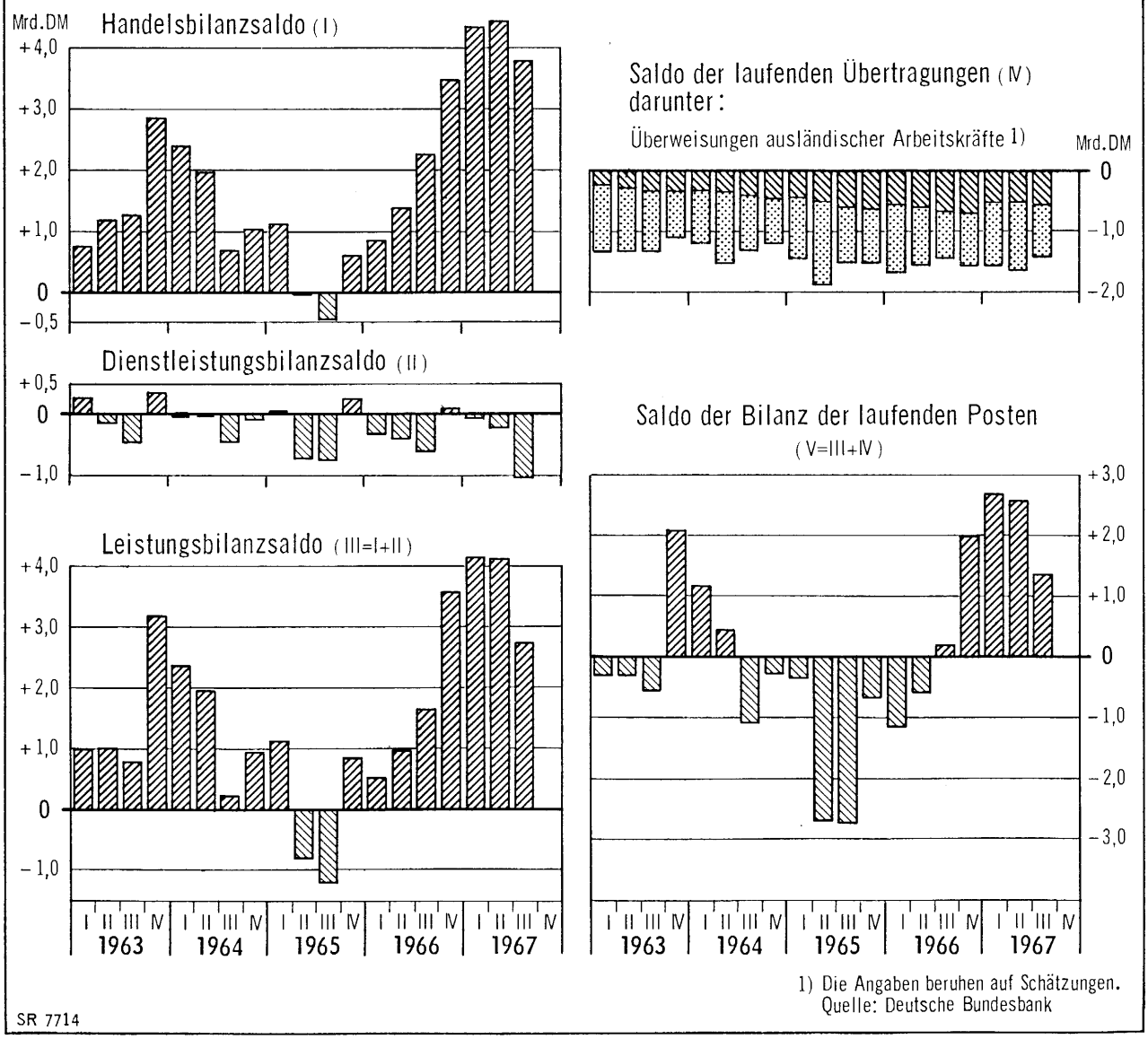
— Der Anstieg der Importpreise für Erdöl und Benzin im Gefolge der Nahostkrise — zwischen März und September 1967 um rund 25 vH — schlug deutlich auf den Gesamtindex durch. Ohne die Verteuerung der Mineralöleinfuhren, die in den letzten Jahren etwa 7 vH der gesamten Einfuhren ausmachten, wären die Importpreise von März bis September 1967 um 2,3 vH gesunken; tatsächlich sind sie nur um 0,7 vH gesunken.

46. Daß die Ausfuhrpreise weniger stark zurückgingen als die Einfuhrpreise, überrascht nicht. An unseren Importen haben homogene Massengüter, deren Preise rasch und kräftig auf Nachfrageschwankungen im In- und Ausland reagieren, einen verhältnismäßig hohen Anteil. Dagegen überwiegen bei unseren Exporten heterogene Industrieerzeugnisse, deren Preise wenig flexibel sind. Immerhin ist der Anstieg der Ausfuhrpreise von Fertigwaren, der nach dem Einsetzen des Exportbooms im Herbst 1963 begonnen hatte, seit dem Sommer 1966 zum Stillstand gekommen (Schaubild 11).

47. Der Rezessionsdruck auf die Preise im deutschen Außenhandel mischt sich mit den Wirkungen, die von der Abkühlung der Konjunktur in der westlichen Welt ausgehen. Inländische Produzenten dürften vielfach ihre Preise im Exportgeschäft scharf kalkuliert haben, um nicht noch weitere Anlagen stillegen zu müssen und so noch mehr von der Kostenprogression betroffen zu werden. Ausländische Anbieter mußten, als die Lieferfristen auf dem deutschen Markt immer kürzer und die Leerkapazitäten immer größer wurden, vielfach Preise zurücknehmen, wenn sie sich gegen inländische Anbieter behaupten wollten. Die Veränderung des Preis-

Schaubild 10

SALDEN DER HANDELSBILANZ, DER LEISTUNGSBILANZ UND DER BILANZ DER LAUFENDEN POSTEN




1) Die Angaben beruhen auf Schätzungen.
Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 7714

klimas dürfte somit im wesentlichen konjunkturbedingt sein.

48. Etwas stärker als ihre Ausfuhrpreise hat die deutsche Industrie ihre Inlandspreise herabgesetzt, besonders gilt dies für die Preise von elektrotechnischen Erzeugnissen, Kraftfahrzeugen und Maschinen (Tabelle 5). Hierin zeigt sich das Konjunkturgefälle zwischen dem Ausland und dem Inland. Die Erlös-Kosten-Relation dürfte sich im Auslandsgeschäft nicht so ungünstig gestaltet haben wie im Inlandsgeschäft. Betriebe mit relativ leichtem Zugang zum internationalen Markt sind deshalb wahrscheinlich weniger stark von der Rezession betroffen worden.

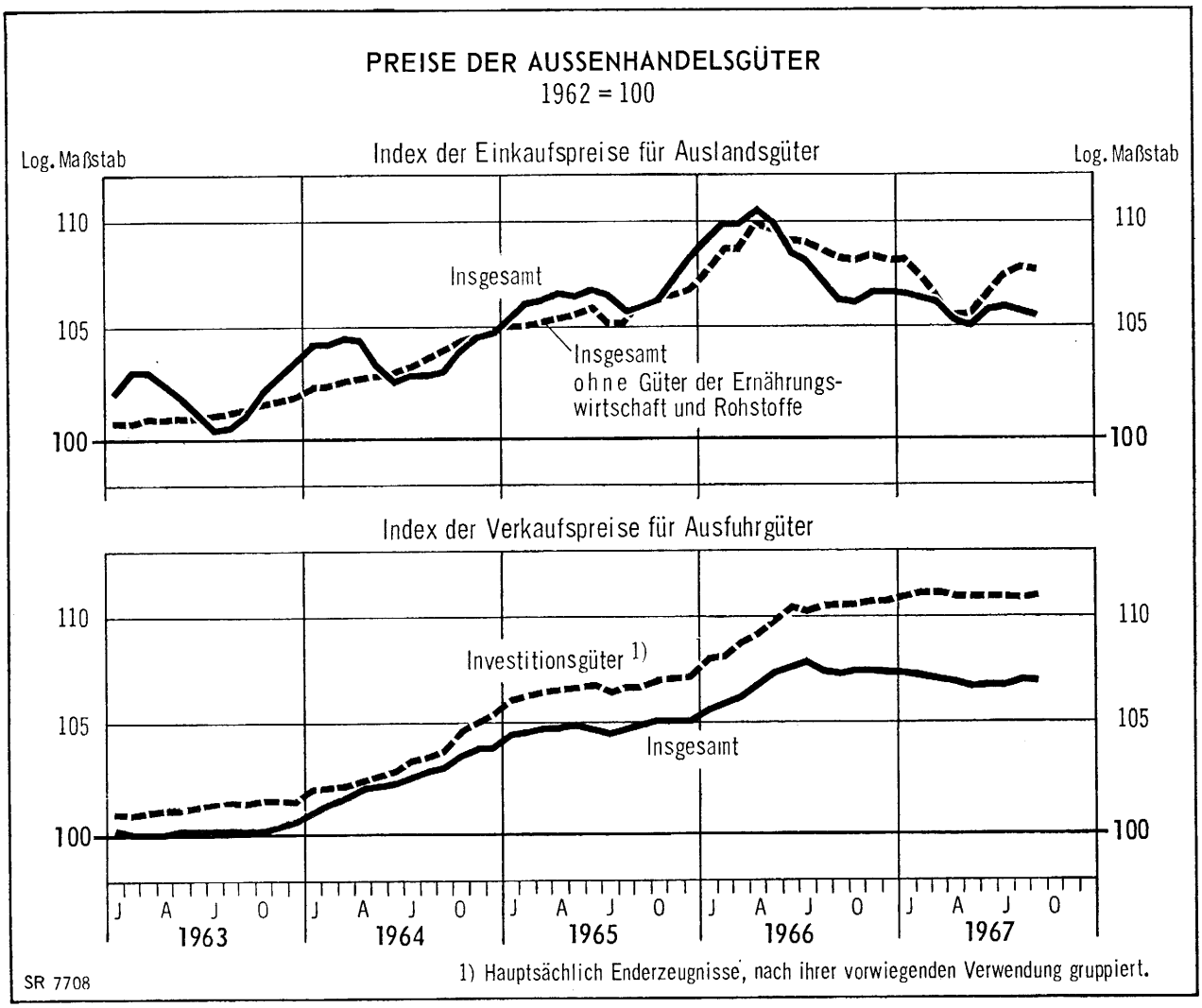
    Der Unterschied zwischen der Veränderung der Ausfuhrpreise und der Binnenpreise ist jedoch bei den wichtigsten Warengruppen der Ausfuhr kleiner als ein Prozentpunkt. Ähnlich gering ist der Unterschied in der Veränderung der Importpreise und der Inlandspreise. Im einzelnen wird der Zusammenhang zwischen Inlandspreisen und Auslandspreisen im vierten Kapitel dieses Gutachtens behandelt (Ziffer 429 ff.).

49. Da die Einfuhrpreise unter dem Einfluß der Rezession in der Bundesrepublik und der Abkühlung in der westlichen Welt stärker gesunken sind als die Ausfuhrpreise, haben sich die Terms of Trade verbessert. Unser reales Austauschverhältnis — gemessen als Verhältnis der Durchschnittswerte der Ausfuhr und der Einfuhr — war in den ersten neun Monaten 1967 um etwa 0,5 vH günstiger als ein Jahr zuvor.

**Der Warenhandel zwischen den Währungsgebieten der DM-Ost und der DM-West**

50. Der Warenverkehr mit dem Währungsgebiet der DM-Ost spielt im gesamten Außenhandel der Bundesrepublik eine untergeordnete Rolle. Das Handelsvolumen — Bezüge und Lieferungen — zwischen den beiden Teilen Deutschlands (1966 : 2,9 Mrd. DM) liegt in der Größen-

Schaubild 11



ordnung des Warenhandels zwischen der Bundesrepublik und Spanien.

Im Verlauf der Rezession in der Bundesrepublik sind die Warenbezüge aus dem Währungsgebiet der DM-Ost zurückgegangen (Tabelle 81 im Anhang). Auch die westdeutschen Lieferungen, die noch bis Ende 1966 kräftig zugenommen haben, lagen im ersten Halbjahr 1967 unter dem Niveau des vorausgegangenen Halbjahres, weil die für den Handel mit der Bundesrepublik verantwortlichen Instanzen bestrebt sind, die Verschuldung (Mitte 1967 etwa 0,6 Mrd. DM) gegenüber den westdeutschen Lieferanten abzubauen. Ob unter diesen Umständen die Bundesgarantie für längerfristige Lieferantenkredite im Geschäft mit Anlagegütern, die in diesem Frühjahr eingeführt wurde, zu einem spürbaren Anstieg der westdeutschen Lieferungen führen wird, muß abgewartet werden.

51. Unter den von der Bundesrepublik eingeführten Waren spielen Nahrungsmittel, Verbrauchsgüter — vor allem Textilien und Bekleidung — sowie Braunkohle eine besondere Rolle. Im ersten Halbjahr 1967 gingen die Käufe der meisten dieser Erzeugnisse erheblich zurück; lediglich die Getreide- und Nahrungsmitteleinfuhren machten eine Ausnahme.

Tabelle 5

**Außenhandelspreise und inländische Erzeugerpreise**

Veränderung 3. Vierteljahr 1967 gegenüber 3. Vierteljahr 1966 in vH

| Warenbenennung | Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte [1] | Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter | Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter |
|---|---|---|---|
| Industrielle Erzeugnisse insgesamt | −1,2 | −0,4 | −1,3 |
| darunter: [2] | | | |
| Eisen und Stahl [3] | −8,4 | −0,8 | −0,6 |
| Maschinenbauerzeugnisse | ±0,0 | +0,8 | +0,4 |
| Straßenfahrzeuge | −0,5 | +0,5 | +0,3 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | −3,9 | −2,4 | −7,0 |
| Chemische Erzeugnisse [4] | −1,0 | −1,6 | −2,5 |
| Textilien | −3,0 | −2,7 | −2,4 |

[1]) Inlandsabsatz.
[2]) Der Anteil dieser ausgewählten Waren an der Gesamtausfuhr betrug 1966 knapp 70 vH.
[3]) Bei den Indices der Eisen- und Stahlpreise ist zu berücksichtigen, daß die Lieferpreise, die dem Erzeugerpreisindex für den Inlandsabsatz zugrunde liegen, im April 1967 an die schon vorher niedrigeren Kontraktpreise angepaßt wurden; der Ausfuhrpreisindex wird dagegen auf der Basis von Kontraktpreisen errechnet.
[4]) Einschließlich Kohlenwertstoffe.

Die Bundesrepublik liefert vor allem Eisen und Stahl, Maschinen, Fahrzeuge und chemische Produkte. Seit Mitte 1966 nehmen die Lieferungen dieser Güter ab. Nur die Lieferungen von Investitionsgütern erhöhten sich merklich. Die neu eingeführte Bundesgarantie dürfte wegen der im Anlagegeschäft notwendigen Vorbereitungsfristen hierbei noch keine Rolle gespielt haben.

## IV. Investitionen

### Die Investitionstätigkeit seit Mitte 1966

52. Von Mitte 1966 bis Mitte 1967 ging die Investitionstätigkeit in einem in der Nachkriegszeit noch nicht gekannten Ausmaß zurück (Tabelle 6). Im ersten Halbjahr 1967 waren die Ausgaben für Bruttoanlageinvestitionen um 7,6 Mrd. DM oder 13 vH geringer als im ersten Halbjahr 1966. Am stärksten war der Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen (Schaubild 12). Die gesamtwirtschaftliche Bruttoinvestitionsquote, die bisher im Trend anstieg (JG 66 Schaubild 12), ist unter den Stand von 1960 gesunken. Ein starker Lagerabbau (Tabelle 6) folgte und verstärkte den Rückgang der Nachfrage und der Produktion.

53. Allein die Anlageinvestitionen der Unternehmen [1]) sind im ersten Halbjahr 1967 um fast ein Sechstel geringer gewesen als im Vorjahr. Über die Investitionspläne für das zweite Halbjahr liegen nur wenige Informationen vor. Die Besserung der Investitionskonjunktur, die einige Indikatoren anzeigen (Ziffern 345 ff.), dürfte sich überwiegend erst Anfang 1968 in Investitionsausgaben niederschlagen. Dieser Vermutung entspricht auch das Ergebnis der Nacherhebung im Rahmen des Ifo-Investitionstests: Industrie und Bauhauptgewerbe haben ihre Pläne vom Frühjahr 1967 bis zum Spätsommer nicht entscheidend geändert. Im ganzen Jahre 1967 dürfte der Rückgang der Anlageinvestitionen in der Industrie 12 vH und im Bauhauptgewerbe 25 vH betragen. Auch die Unternehmen des Handels und der öffentlichen Elektrizitätsversorgung werden den Testergebnissen zufolge 1967 weniger investieren als 1966.

Ähnliches gilt für die Landwirtschaft: In den ersten neun Monaten dieses Jahres war der Inlandsumsatz der Produzenten von Landwirtschaftsmaschinen um 22 vH niedriger als im Vorjahr, ihr Auftragseingang aus dem Inland lag um fast 18 vH unter dem Vorjahresniveau. Bundesbahn und Bundespost haben für 1967 trotz der Zuweisungen aus dem ersten Investitionshaushalt nur wenig mehr Investitionen als 1966 vorgesehen (rund 4,7 Mrd. DM gegenüber rund 4,4 Mrd. DM 1966).

[1]) Unternehmen ohne den Bereich Wohnungsvermietung.

Tabelle 6

## Investitionen

| Zeitraum | Bruttoanlageinvestitionen | Ausrüstungsinvestitionen | Neue Ausrüstungen: aus inländischer Produktion zu Erzeugerpreisen | Neue Ausrüstungen: Einfuhr zu Grenzwerten | Neue Ausrüstungen: Eigenleistung und Handels- und Transportspannen | Preisindex für Ausrüstungsinvestitionen | Bauinvestitionen | Preisindex für Bauinvestitionen | Vorratsveränderung |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Milliarden DM | | | | | 1954 = 100 | Milliarden DM | 1954 = 100 | Milliarden DM |
| 1960 | 70,62 | 35,60 | 28,60 | 2,22 | 5,58 | 108,3 | 35,02 | 129,1 | +8,59 |
| 1961 | 80,71 | 40,66 | 32,38 | 2,62 | 6,40 | 110,9 | 40,05 | 138,2 | +5,90 |
| 1962 | 90,20 | 44,66 | 35,02 | 3,19 | 7,17 | 114,9 | 45,54 | 148,9 | +3,50 |
| 1963 | 95,34 | 45,97 | 36,20 | 3,12 | 7,34 | 115,2 | 49,37 | 156,8 | +2,10 |
| 1964 | 109,15 | 51,60 | 40,63 | 3,65 | 8,10 | 116,0 | 57,55 | 162,3 | +4,70 |
| 1965 [1] | 118,72 | 58,00 | 44,71 | 4,93 | 9,12 | 119,4 | 60,72 | 166,3 | +8,00 |
| 1966 [1] | 121,90 | 57,60 | 44,20 | 5,05 | 9,14 | 121,5 | 64,30 | 169,3 | +1,30 |
| 1965 1. Halbjahr [1] | 54,71 | 27,90 | 21,59 | 2,32 | 4,38 | 118,3 | 26,81 | 165,3 | +6,90 |
| 2. Halbjahr [1] | 64,01 | 30,10 | 23,12 | 2,61 | 4,74 | 120,4 | 33,91 | 167,0 | +1,10 |
| 1966 1. Halbjahr [1] | 58,60 | 29,00 | 22,10 | 2,70 | 4,62 | 121,1 | 29,60 | 168,9 | +3,80 |
| 2. Halbjahr [1] | 63,30 | 28,60 | 22,10 | 2,35 | 4,52 | 121,9 | 34,70 | 169,8 | −2,50 |
| 1967 1. Halbjahr [2] | 51,00 | 24,60 | 18,46 | 2,55 | 3,92 | 120,2 | 26,40 | 164,5 | −2,00 |
| | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | | | | |
| 1961 | *+14,3* | *+14,2* | *+13,2* | *+18,0* | *+14,7* | *+2,4* | *+14,4* | *+7,0* | . |
| 1962 | *+11,8* | *+ 9,8* | *+ 8,2* | *+21,8* | *+12,0* | *+3,6* | *+13,7* | *+7,8* | . |
| 1963 | *+ 5,7* | *+ 2,9* | *+ 3,4* | *− 2,2* | *+ 2,4* | *+0,3* | *+ 8,4* | *+5,3* | . |
| 1964 | *+14,5* | *+12,2* | *+12,2* | *+17,0* | *+10,4* | *+0,6* | *+16,6* | *+3,5* | . |
| 1965 [1] | *+ 8,8* | *+12,4* | *+10,0* | *+35,1* | *+12,6* | *+2,9* | *+ 5,5* | *+2,4* | . |
| 1966 [1] | *+ 2,7* | *− 0,7* | *− 1,1* | *+ 2,4* | *+ 0,2* | *+1,8* | *+ 5,9* | *+1,9* | . |
| 1965 1. Halbjahr [1] | *+10,6* | *+14,8* | *+13,9* | *+28,9* | *+10,6* | *+2,4* | *+ 6,5* | *+2,7* | . |
| 2. Halbjahr [1] | *+ 7,3* | *+10,3* | *+ 6,7* | *+41,1* | *+14,5* | *+3,4* | *+ 4,8* | *+2,3* | . |
| 1966 1. Halbjahr [1] | *+ 7,1* | *+ 3,9* | *+ 2,4* | *+16,4* | *+ 5,5* | *+2,3* | *+10,4* | *+2,2* | . |
| 2. Halbjahr [1] | *− 1,1* | *− 5,0* | *− 4,4* | *−10,0* | *− 4,6* | *+1,3* | *+ 2,3* | *+1,6* | . |
| 1967 1. Halbjahr [2] | *−13,0* | *−15,2* | *−16,5* | *− 5,6* | *−15,2* | *−0,7* | *−10,8* | *−2,6* | . |

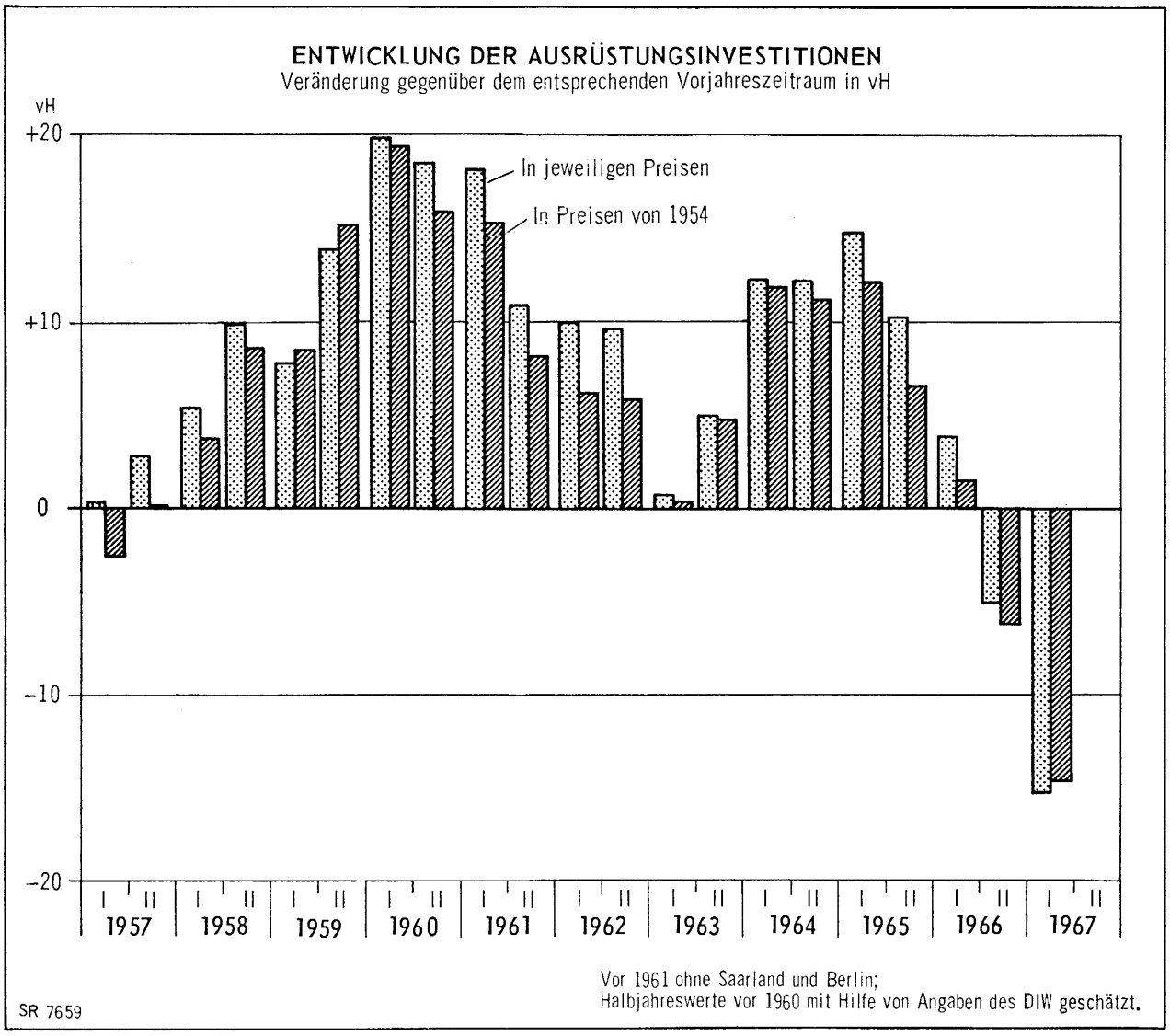
[1]) Vorläufige Ergebnisse.
[2]) Erste vorläufige Ergebnisse.

54. Auch im Wohnungsbau ist es 1967 zu einem Rückschlag gekommen. In den ersten sechs Monaten war das Wohnungsbauvolumen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 7 vH geschrumpft. Die erteilten Baugenehmigungen erreichten im dritten Vierteljahr 1967 nur noch den Stand von Anfang 1964; auch in jüngster Zeit hielt dieser Rückgang noch an (Schaubild 13). Jedoch lagen die neuen Hypothekenzusagen und die Bewilligungen öffentlicher Förderungsmittel seit einigen Monaten bereits wieder erheblich über denen des Vorjahres. Die im zweiten Konjunkturprogramm vorgesehenen Zinszuschüsse für den beschleunigten Bau von etwa 100 000 Wohnungen und die Modernisierung des Wohnungsbestandes dürften anregend wirken.

55. Die öffentlichen Investitionsausgaben lagen im ersten Halbjahr 1967 ebenso wie die Summe der erteilten Aufträge unter dem Vorjahresniveau, obwohl der Bund und einige Länder sich bemühten, antizyklisch zu wirken. Für das zweite Halbjahr zeichnet sich im öffentlichen Hochbau noch keine Belebung ab: Die Baugenehmigungen, die den Aufträgen und den Ausgaben vorausgehen, waren in den ersten neun Monaten 1967 etwa auf dem Niveau der Jahreswende 1963/64 (Schaubild 13). Dagegen zeigt sich im Tiefbau in dieser Periode eine erste Wirkung der Konjunkturförderungsprogramme und auch der Zuweisungen an die Gemeinden aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer. Die öffentlichen Tiefbauaufträge waren im Herbst 1967 höher als vor Beginn der Rezession. In welchem Ausmaß die staatlichen Investitionsausgaben, die in den Konjunkturförderungsprogrammen vorgesehen sind, zu einer Erhöhung der gesamten öffentlichen Investitionen führen, ist noch ungewiß.

56. Durch die Nachfragedrosselung ist der Preisauftrieb in den investitionsabhängigen Berei-

Schaubild 12



chen unterbrochen worden. Die Erzeugerpreise für Investitionsgüter lagen im dritten Vierteljahr 1967 um 1,1 vH unter denen des Vorjahres. Einen deutlicheren Rückgang zeigten die Baupreise. Sie hatten sich vom dritten Vierteljahr 1966 zum dritten Vierteljahr 1967 für Wohnbauten um 3,1 vH, für gewerbliche Betriebsgebäude sogar um 6,1 vH verringert.

**Der Kernprozeß der Rezession**

57. Die Entwicklung der Investitionen läßt erkennen, daß der Konjunkturabschwung, der zur Rezession wurde, bereits im Verlauf des Jahres 1965 einsetzte. Nach dem Höhepunkt im ersten Halbjahr 1965 verlangsamte sich das Investitionswachstum im Unternehmensbereich schneller als in den vorangegangenen Investitionszyklen (Schaubild 12).

Hinzu kam, daß die Investitionstätigkeit der Gebietskörperschaften im Jahre 1966 — stark beeinflußt von der restriktiven Kreditpolitik — immer mehr erlahmte. Die staatlichen Investitionen sind 1966 mit 3 vH nur noch halb so stark gewachsen wie 1965. Dabei fiel der überwiegende Teil dieses Zuwachses in die erste Jahreshälfte. Noch deutlicher spiegelt sich die Zurückhaltung der öffentlichen Investoren in den Baugenehmigungen (Schaubild 13).

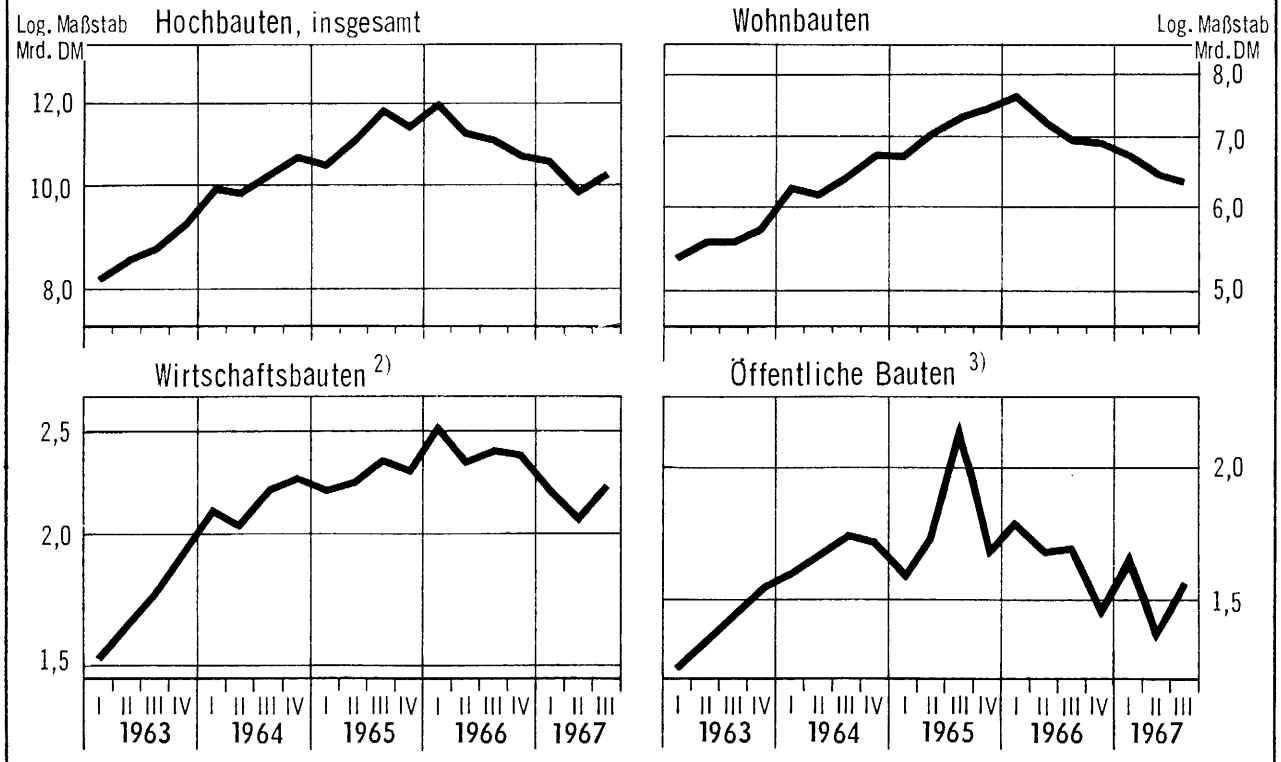
58. Da sich der Druck auf die Inlandsnachfrage nicht schnell genug lockerte, sondern eher noch stärker wurde, reichte die Auslandsnachfrage diesmal nicht aus, die privaten Investoren zu ermutigen. Bereits von Mai bis September 1966 ging der Auftragseingang aus dem Inland beim Maschinenbau, der der Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen voraneilt [1]), konjunkturell

[1]) Vergleicht man die prozentuale Veränderung der jährlichen Ausrüstungsinvestitionen zwischen 1956 und 1966 mit der prozentualen Veränderung des Auftragseingangs aus dem Inland im Maschinenbau für die Vier-Vierteljahresperiode, die drei Vierteljahre vor dem Jahr beginnt, für das die Veränderung der Investitionen betrachtet wird, so ergibt sich ein linearer Korrelationskoeffizient von 0,8; der Zusammenhang ist allerdings nicht in allen Perioden gleich eng, da die Lieferfristen zyklisch schwanken.

Schaubild 13

**BAUGENEHMIGUNGEN IM HOCHBAU**

Veranschlagte reine Baukosten in Mrd. DM je Vierteljahr, saisonbereinigt [1])




1) Saisonbereinigung: RWI. – 2) Alle Nichtwohnbauten von Unternehmen, freien Berufen und Privaten. – 3) Alle Nichtwohnbauten von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

SR 7700

mit einer Jahresrate von über 20 vH zurück. Dieser Einbruch ergab sich aus einem Rückgang der Investitionsnachfrage auf breiter Front (Schaubild 14): Zwischen Mitte 1966 und Mitte 1967 bestellten alle Industriegruppen wie auch das Baugewerbe und die Landwirtschaft weniger Maschinen als in den 12 Monaten davor.

59. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1965 hatte die starke Verlangsamung des Investitionswachstums dazu geführt, daß immer mehr Investitionsgüterproduzenten ihre Fertigwarenbestände als zu groß beurteilten; zur Jahresmitte 1966 waren es schon ebenso viele wie im Tiefpunkt des letzten Zyklus (Schaubild 15). Immer mehr Unternehmer paßten ihre Produktion der veränderten Absatzlage an. Dies hatte zur Folge, daß auch die Lagerbestände an Vorprodukten vermindert wurden. So hatten zum Beispiel die Investitionsgüterproduzenten ihre Walzstahllager schon während des zweiten Halbjahres 1965 bis auf das Niveau des ersten Vierteljahres 1964 abgebaut (Schaubild 16). Diese Anpassung der Lagerbestände führte also bereits 1965 zu einem Nachfrageausfall.

60. Als vom zweiten Vierteljahr 1966 an die Produktion der Investitionsgüterindustrien laufend eingeschränkt wurde, verschärfte sich der Abschwung in der Gesamtwirtschaft. So führt ein Rückgang der Produktion des Maschinenbaus um 1 Mrd. DM zu einem unmittelbaren Nachfrageausfall bei den Zulieferern um etwa 450 Millionen DM. Ein Rückgang der Bauinvestitionen und damit der Bauproduktion um 1 Mrd. DM bedeutet allein für die Industrie der Steine und Erden unmittelbar 250 Millionen DM weniger Nachfrage.

Schaubild 14

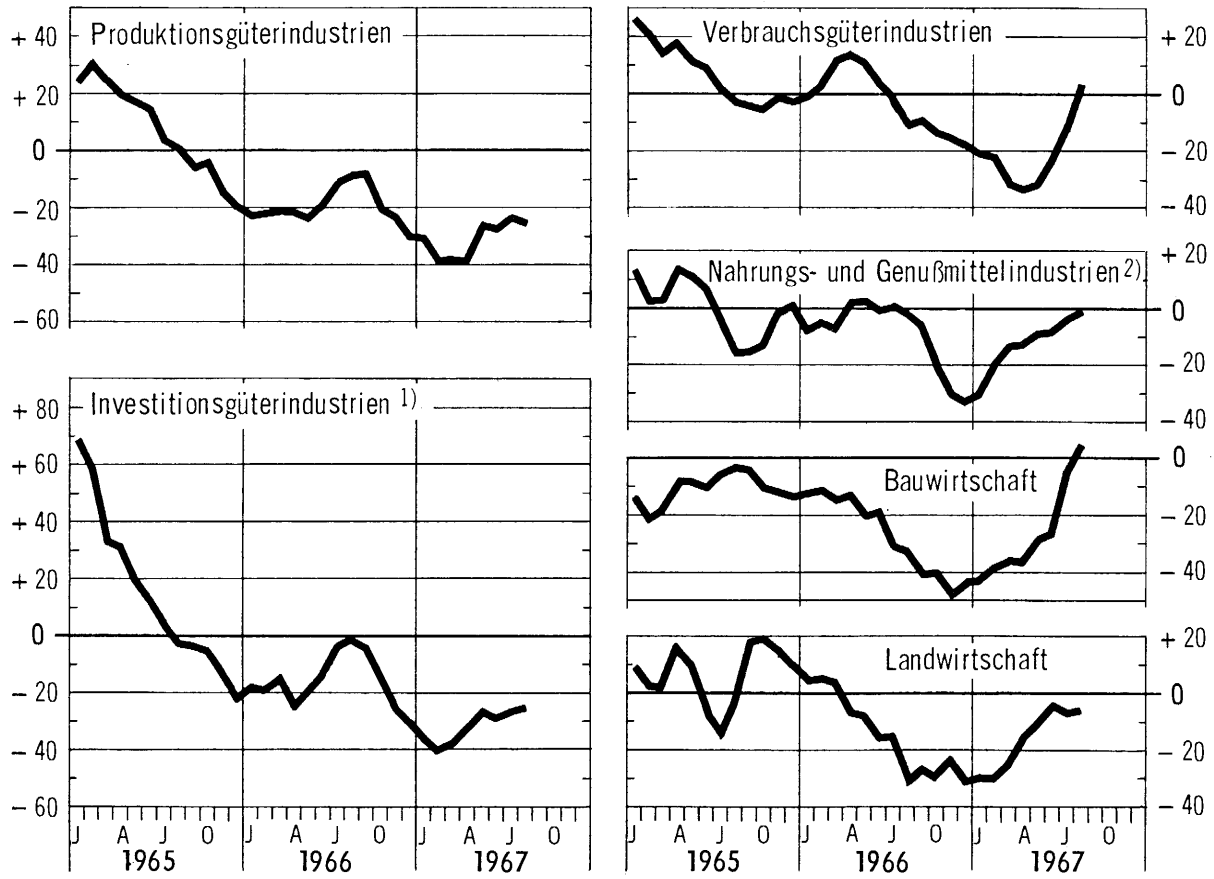


Schaubild 15

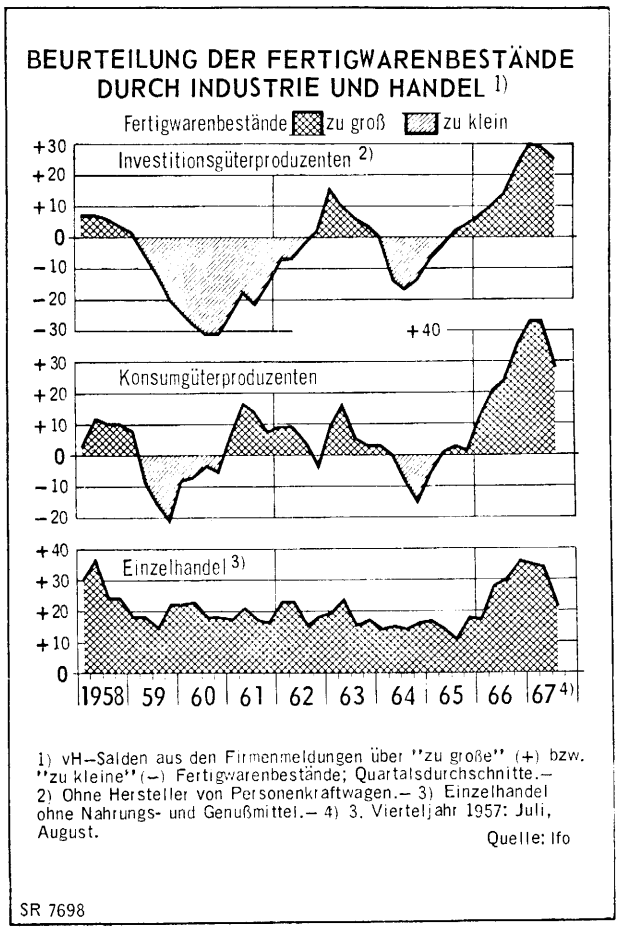
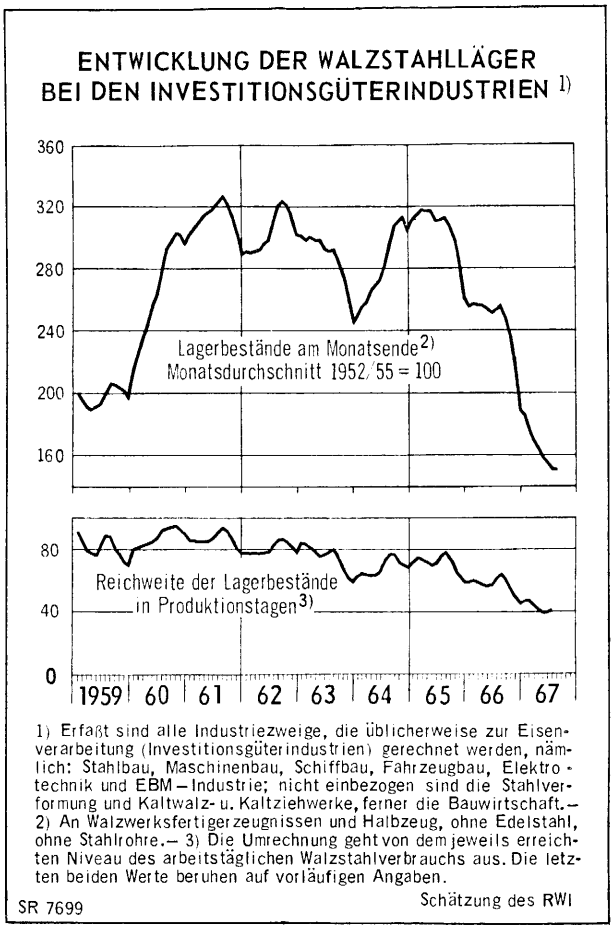



Schaubild 16




Die Nachfrage nach Investitionsgütern durch die Investitionsgüterproduzenten schrumpfte, wie in früheren Abschwungsphasen, besonders stark: Der Auftragseingang bei den Herstellern von Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen, die als typische Ausrüstungsgüter der Investitionsgüterindustrien gelten, ging seit dem dritten Vierteljahr 1966 stärker zurück als bei den übrigen Maschinenherstellern (Schaubild 17).

61. Im Sommer 1966 begann auch die Produktion in den Verbrauchsgüterindustrien zu schrumpfen, nachdem in Einzelbereichen schon 1965 unter dem Druck der Importkonkurrenz und der Lagerdispositionen des Handels Absatzschwierigkeiten aufgetreten waren. Die Produktionsrückgänge spiegeln wider, daß sich mit dem starken Beschäftigungsrückgang auch die Konsumnachfrage schneller und kräftiger abschwächte als in früheren Wachstumszyklen. Als im Winter 1966/67 der Auftragseingang aus dem Ausland vorübergehend stagnierte, waren in der westdeutschen Wirtschaft zum ersten Male alle Auftriebskräfte erlahmt.

Die Reaktion der Investoren auf diese Situation schlug sich in einem weiteren scharfen Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern nieder. So sank der Auftragseingang aus dem Inland im Maschinenbau von September bis Dezember 1966 saisonbereinigt mit einer Jahresrate von beinahe 50 vH. Im dritten Vierteljahr 1967 lag er erstmals wieder geringfügig (+1,2 vH) über dem allerdings niedrigen Vorjahresniveau (es entsprach dem von Ende 1963). Der Anstieg vollzieht sich, ähnlich wie zuvor der Rückgang, in großer Breite (Schaubild 14).

**Die Rezession eine Folge von Überinvestitionen?**

62. Angesichts des Rückgangs der industriellen Investitionen ist zu prüfen, ob der Produktionsrückgang nicht letzten Endes durch vorangegangene Überinvestitionen herbeigeführt worden ist. Die Hypothese beinhaltet also, daß die Produktion nicht zurückgegangen wäre, wenn die Unternehmer nicht vorher zuviel investiert hätten. Die Prüfung der Hypothese erfordert demnach einen Vergleich der Produktionskapazitäten mit einer hypothetischen Nachfrageentwicklung. Eine mögliche Annahme über diese Nachfrage ist die, daß sie, und damit auch die Produktion, mit der gleichen Rate gewachsen wäre, wie in den letzten Jahren vor der Hochkonjunktur. In diesem Fall wäre der Kapazitätsaufbau in den Spitzenjahren der Investitions-

tätigkeit mit dem vorangegangenen Produktionswachstum zu vergleichen. In Tabelle 7 ist deshalb für die Zweige der verarbeitenden Industrie der mit den Investitionen in den Jahren 1964 und 1965 bzw. 1960 und 1961 verbundene Kapazitätszuwachs dem durchschnittlichen Produktionswachstum von 1959 bis 1963 bzw. 1954 bis 1958 [1]) gegenübergestellt. Der Vergleich zeigt, daß sich die Investoren 1964 und 1965 nicht wesentlich anders verhalten haben als in den Jahren 1960 und 1961. Berücksichtigt man die Größe der einzelnen Branchen, so wird das tatsächliche Wachstum durch den Kapazitätsausbau in den beiden Perioden etwa ebenso stark überschritten wie unterschritten: Im Durchschnitt der verarbeitenden Industrie ist der Kapazitätszuwachs in der Hochkonjunktur etwa genau so groß wie das vorangegangene Produktionswachstum.

Läßt man die Eisen- und Stahlindustrie und den Schiffbau außer Betracht, die ausgeprägte, von den übrigen Branchen erheblich abweichende Investitionszyklen aufweisen, dann wird die Übereinstimmung im Investitionsverhalten während der beiden Vergleichsperioden noch deutlicher. Das seit 1960 verringerte Wachstum hat sich also auch deutlich in einem vorsichtigeren Kapazitätsaufbau niedergeschlagen. Nach diesen Überlegungen kann somit der außergewöhnliche Einbruch in der Investitionstätigkeit nicht auf eine übertriebene Kapazitätsausweitung in der Hochkonjunktur zurückgeführt werden.

63. Wenn bei stetigem Wachstum der Gesamtnachfrage die Nachfrage nach einzelnen Gütern infolge von Sättigungserscheinungen weniger stark wächst, zu stagnieren oder gar zu schrumpfen beginnt, wäre es allerdings unrichtig, die Investitionsentscheidungen auf die Wachstumserfahrungen vorhergehender Jahre zu stützen. Der damit angesprochene Strukturwandel läßt sich in allen Phasen der Nachkriegsentwicklung verfolgen (JG 65 Ziffern 215 ff.), er ist also keine Besonderheit der Rezession. Allerdings entstehen bei wachsender Gesamtnachfrage nicht nur Überkapazitäten, sondern gleichzeitig auch Engpässe. Sie sind das Ergebnis von Strukturproblemen, die meist auf zu geringer Mobilität der Produktionsfak-

[1]) Die Ergebnisse ändern sich nicht wesentlich, wenn man anstelle der Periode 1954 bis 1958, die von 1954 bis 1959 wählt. Die Phase 1954 bis 1958 ist zyklisch besser mit der von 1959 bis 1963 vergleichbar.

Schaubild 17

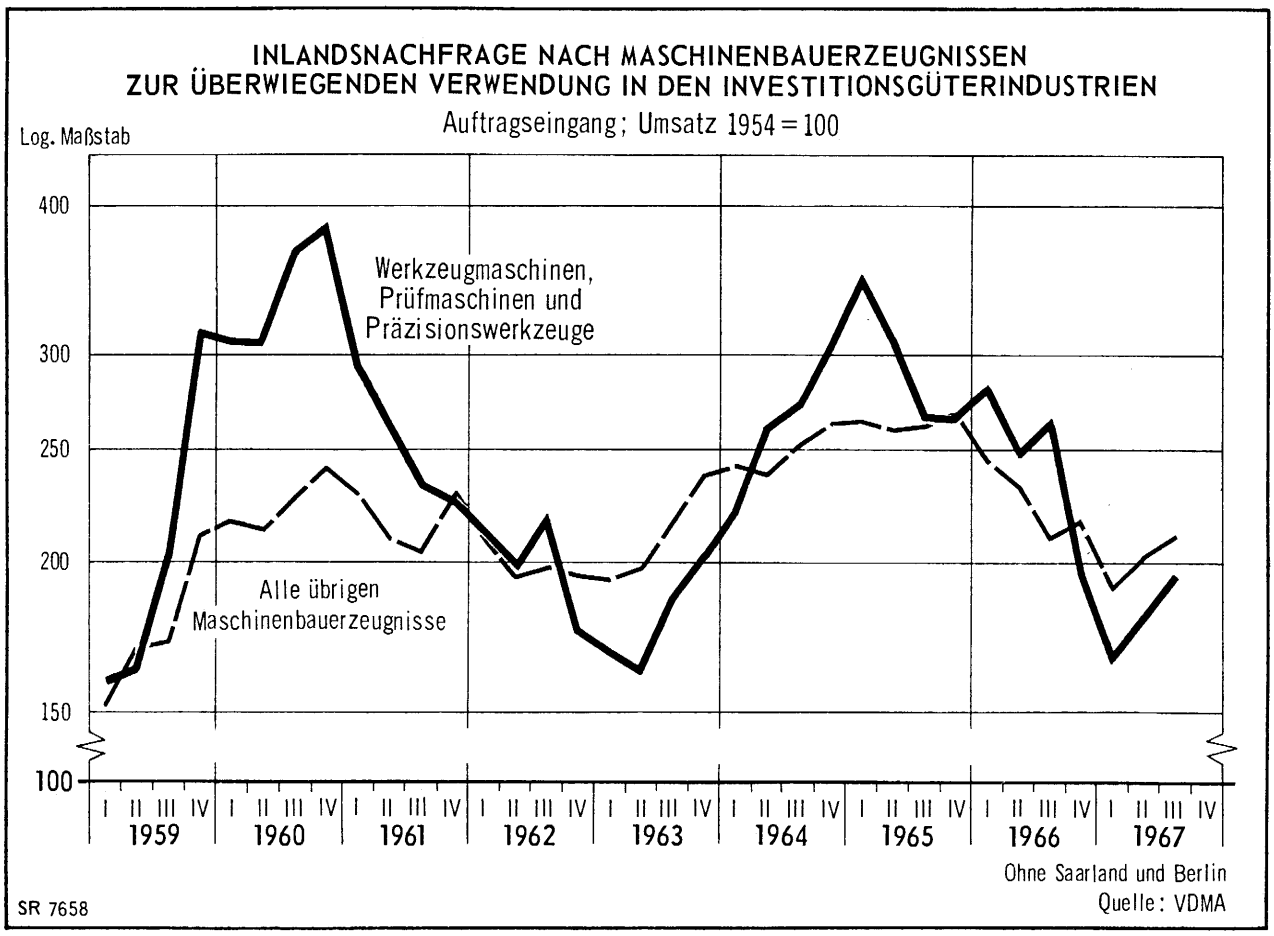


Tabelle 7

**Produktionswachstum und Kapazitätsausbau der verarbeitenden Industrie in verschiedenen Zeiträumen**

| Industriegruppe bzw. -Zweig | Durchschnittliches jährliches Wachstum vH | | Verhältnis von Kapazitäts- zu Produktionswachstum Sp. (2) zu Sp. (1) | Durchschnittliches jährliches Wachstum vH | | Verhältnis von Kapazitäts- zu Produktionswachstum Sp. (5) zu Sp. (4) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | der Produktion [1] 1954—58 | der Kapazität [2] 1959—61 | | der Produktion [1] 1959—63 | der Kapazität [2] 1963—65 | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| Industrie der Steine und Erden | + 4,7 | + 7,2 | + 1,5 | + 5,5 | + 8,3 | + 1,5 |
| Eisen- und Stahlindustrie | + 5,9 | + 2,5 | + 0,4 | + 1,9 | + 5,7 | + 3,0 |
| NE-Metallindustrie (einschließlich NE-Metallgießerei) | + 5,3 | + 4,6 | + 0,9 | + 4,8 | + 4,5 | + 0,9 |
| Chemische Industrie | + 8,9 | +11,1 | + 1,2 | +10,3 | +12,9 | + 1,3 |
| Mineralölverarbeitung | +11,5 | +16,6 | + 1,4 | +17,9 | +16,6 | + 0,9 |
| Sägewerke und holzbearbeitende Industrie | + 5,6 | + 3,1 | + 0,6 | + 3,9 | + 9,1 | + 2,3 |
| Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie | + 5,3 | + 3,4 | + 0,6 | + 4,0 | + 4,9 | + 1,2 |
| Gummi- und asbestverarbeitende Industrie | + 6,3 | + 7,0 | + 1,1 | + 6,3 | + 9,5 | + 1,5 |
| Stahl- und Leichtmetallbau | + 5,9 | + 4,9 | + 0,8 | + 6,0 | + 2,7 | + 0,5 |
| Maschinenbau | + 8,2 | + 6,5 | + 0,8 | + 5,4 | + 2,3 | + 0,4 |
| Straßenfahrzeugbau | +13,1 | +14,0 | + 1,1 | +11,9 | + 7,2 | + 0,6 |
| Schiffbau | + 8,8 | − 1,0 | − 0,1 | − 1,9 | − 2,1 | + 1,1 |
| Elektrotechnische Industrie | +13,7 | + 9,5 | + 0,7 | + 8,5 | + 7,9 | + 0,9 |
| Feinmechanik und optische sowie Uhrenindustrie | + 7,3 | + 5,7 | + 0,8 | + 3,7 | + 3,2 | + 0,9 |
| Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschließlich Stahlverformung) | + 8,2 | + 7,1 | + 0,9 | + 5,7 | + 5,5 | + 1,0 |
| Feinkeramische Industrie | + 5,1 | + 3,8 | + 0,7 | + 2,4 | + 3,0 | + 1,3 |
| Glasindustrie | + 8,7 | + 7,6 | + 0,9 | + 7,4 | +10,4 | + 1,4 |
| Holzverarbeitende Industrie | + 7,1 | + 6,1 | + 0,9 | + 4,7 | + 6,0 | + 1,3 |
| Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie | + 9,1 | + 4,7 | + 0,5 | + 5,5 | + 6,1 | + 1,1 |
| Papier- und pappeverarbeitende Industrie | + 8,3 | + 8,0 | + 1,0 | + 6,7 | + 5,6 | + 0,8 |
| Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie | + 7,8 | + 7,2 | + 0,9 | + 6,5 | + 5,7 | + 0,9 |
| Kunststoffverarbeitende Industrie | +28,6 | +21,1 | + 0,7 | +16,5 | +16,3 | + 1,0 |
| Lederindustrie | + 6,3 | + 2,8 | + 0,4 | + 2,0 | + 3,5 | + 1,8 |
| Textilindustrie | + 4,4 | + 6,4 | + 1,5 | + 5,7 | + 5,8 | + 1,0 |
| Bekleidungsindustrie | + 8,3 | + 4,3 | + 0,5 | + 5,3 | + 6,5 | + 1,2 |
| Nahrungs- und Genußmittelindustrien | + 8,3 | + 4,6 | + 0,6 | + 4,9 | + 4,9 | + 1,0 |
| Verarbeitende Industrie | + 8,1 | + 7,2 | + 0,9 | + 6,5 | + 7,1 | + 1,1 |
| Verarbeitende Industrie ohne Eisen- und Stahlindustrie und ohne Schiffbau | + 8,3 | + 8,0 | + 1,0 | + 7,1 | + 7,4 | + 1,0 |

[1]) Industrielle Nettoproduktion (kalendermonatlich).

[2]) Errechnet nach den Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über „Indexziffern der Ausnutzung des Bruttoanlagevermögens der Industrie".

toren und ungenügender Preisflexibilität beruhen. Bei gedrosselter Gesamtnachfrage jedoch scheint es nur noch Überkapazitäten und damit eine „Strukturkrise" zu geben (Ziffern 86 ff.). Die Rezession bewirkt dann, daß sich der Strukturwandel eher verzögert als beschleunigt, weil die Richtung der langfristig nötigen Kapazitätsanpassungen nicht mehr durch Engpässe angezeigt wird.

64. Zu Überkapazitäten in einzelnen Bereichen mag es gekommen sein, weil Investoren in früheren Jahren die veränderten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichend vorausgesehen und deshalb Anlagen aufgebaut haben, die sie später wegen zunehmender Knappheit an Arbeitskräften nicht mehr gewinnbringend einsetzen konnten. Solche Schwierigkeiten beruhen aber gerade darauf, daß anderswo Kapazitäten aufgebaut wurden, die nach Umfang und Struktur der Arbeitsmarktlage und den Wachstumsmöglichkeiten entsprechen; erst diese Investitionen verringern die Konkurrenzfähigkeit derjenigen Anlagen, die nun als „Überkapazitäten" erscheinen.

**Die verpaßte Chance der öffentlichen Investoren**

65. Mit zunehmender Schwäche der privaten Investitionstätigkeit wurden seit Anfang 1966 in den Investitionsgüterindustrien und im Bauhauptgewerbe immer Kapazitäten frei. Die Kapazitätsauslastung in den Investitionsgüterindustrien ging von 87 vH im ersten Vierteljahr 1966 auf 72 vH im ersten Vierteljahr 1967 zurück. Im Bauhauptgewerbe waren die Gerätekapazitäten zur Jahresmitte 1967 nur noch zu 62 vH ausgelastet (74 vH Mitte 1966).

66. Die öffentlichen Stellen hatten somit die Chance, ihre Investitionen kräftig zu erhöhen, ohne in preissteigernde Konkurrenz mit privaten Investoren zu treten. Diese Chance blieb bis Mitte 1967 ungenutzt (Ziffer 55). Im Gegenteil: Der fiskalistische Wettlauf mit dem rezessionsbedingten Zurückbleiben der Einnahmen führte dazu, daß die für 1967 geplanten Investitionsausgaben, insbesondere die der Länder und Gemeinden, sogar unter den Ansätzen von 1966 lagen (Ziffer 162, 167). Selbst beim Bund setzte sich konjunkturpolitische Einsicht nur langsam in die Tat um. Der erste Investitionshaushalt wurde zunächst sehr schleppend abgewickelt; außerdem wurde seine Wirkung dadurch zum großen Teil aufgehoben, daß den Ausgaben im Rahmen dieses Sonderhaushalts Investitionskürzungen in den laufenden Haushalten gegenüberstanden.

**Investitionstätigkeit und Auftragslage**

67. Wie stark die Investitionstätigkeit in der Vergangenheit von den vorhandenen Produktionskapazitäten und der Auftragslage, also von der erwarteten Kapazitätsauslastung beeinflußt war, zeigt Schaubild 18. Stellt man den Auftragseingang der Produktionskapazität in der Industrie gegenüber und vergleicht die sich dabei ergebende Kennziffer der kurzfristig zu erwartenden Kapazitätsauslastung [1]) mit der Entwicklung der gesamten Ausrüstungsinvestitionen [2]), so ergibt sich zweierlei:

— Es vergeht etwa ein Dreivierteljahr, bis sich Veränderungen der erwarteten Kapazitätsauslastung der Industrie in den Veränderungen der gesamten Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen [3]);

— In der Rezessionsperiode hat sich dieser Zusammenhang etwas gelockert: Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen ist wesentlich stärker, als es den Veränderungen der erwarteten Kapazitätsauslastung in der Industrie entspricht, wenn man den in der Vergangenheit gültigen Zusammenhang zugrunde legt. Wäre der in den letzten beiden Zyklen beobachtete Zusammenhang gültig geblieben, dann hätte sich bei den Ausrüstungsinvestitionen der Abschwung nach der Jahreswende 1965/66 verlangsamen müssen, und es wäre zumindest bis in das Jahr 1967 hinein kein absoluter Rückgang der Investitionen zu erwarten gewesen. Der viel stärkere Einbruch ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß innerhalb und außerhalb der Industrie Bereiche, die ihre Investitionen in den vergangenen Wachstumszyklen relativ stetig ausgeweitet hatten, sich angesichts der außerordentlichen Nachfragedämpfung veranlaßt sahen, langfristige Investitionspläne nach unten zu revidieren.

**Die Bauwirtschaft ein strukturschwacher Bereich?**

68. Neben anderen investitionsnahen Bereichen gilt die Bauwirtschaft als ein vom Strukturwandel betroffener Bereich, dessen Schwächen von der Rezession offengelegt wurden. Solche Schwä-

---

[1]) Diese Kennziffer errechnet sich wie folgt:

$$\frac{\text{Kapazitätsauslastung (vH)}}{\text{Produktionsvolumen (1958 = 100)}} \times \text{Auftragseingangsvolumen (1958 = 100)}$$

Da für das Auftragseingangs- und das Produktionsvolumen nur Indizes zur Verfügung stehen, kann die Kennziffer lediglich die Richtung angeben, in der sich die Kapazitätsauslastung in nächster Zukunft entwickelt.

[2]) Dies ist sinnvoll, weil die Entwicklung der gesamten Ausrüstungsinvestitionen in erster Linie durch die besonders konjunkturempfindlichen Industrieinvestitionen geprägt wird.

[3]) Der statistische Zusammenhang zwischen den beiden Größen ist für die Periode vom ersten Vierteljahr 1959 bis zum ersten Vierteljahr 1966 durch einen linearen Korrelationskoeffizienten von 0,9 gekennzeichnet. Für die Periode vom ersten Vierteljahr 1959 bis zum vierten Vierteljahr 1966 ergibt sich ein Korrelationskoeffizient von 0,8.

chen werden vor allem im Wohnungsbau gesehen, weil dort der eigentliche Nachholbedarf geringer geworden ist. Tatsächlich ist der Anteil der Ausgaben für den Wohnungsbau an den gesamten Bauausgaben im Trend zurückgegangen (JG 66 Schaubild 23); die Ausgaben für Wohnbauten sind gleichwohl absolut immer noch beträchtlich gestiegen. Da die öffentliche Hand ihren Anteil am Hochbauvolumen ständig vergrößerte, vollzog sich der Strukturwandel innerhalb des Hochbaus bei insgesamt steigender Baunachfrage.

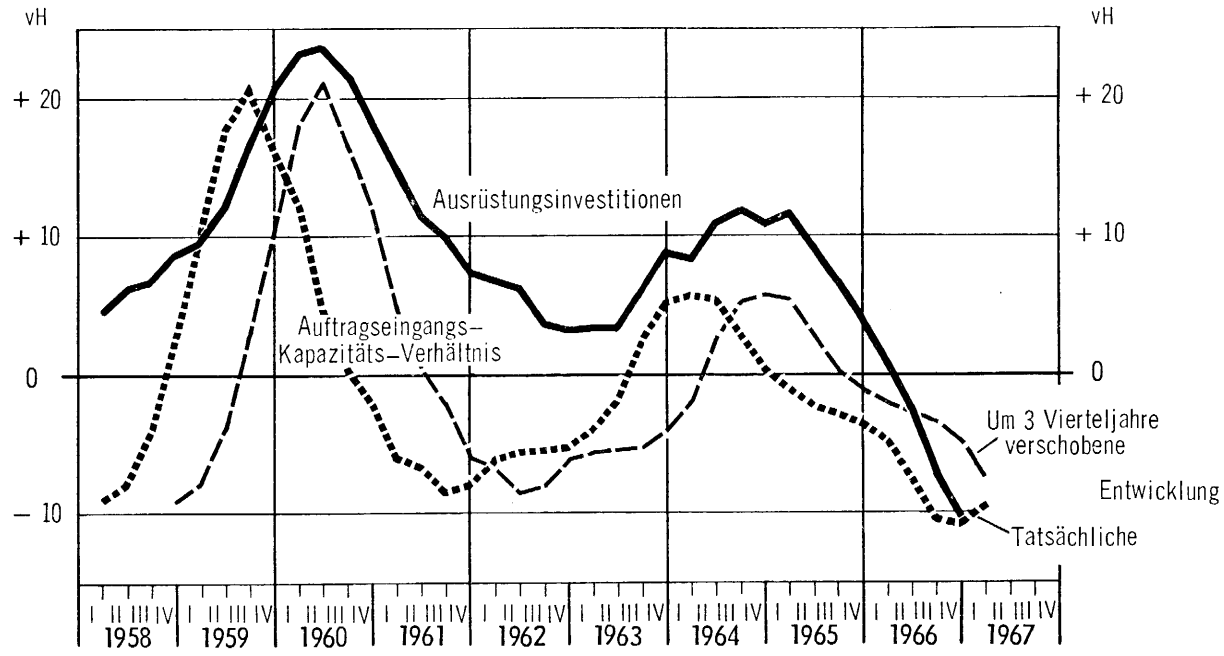
69. Die Grundzüge dieser Entwicklung dürften sich auch in den kommenden Jahren nicht ändern. Von der Bedarfsseite aus gesehen ist die weitere Expansion des öffentlichen Hoch- und Tiefbaus wohl sichergestellt. Dies geht aus Schätzungen der für die nächste Zukunft notwendigen Investitionen in die Infrastruktur hervor (JG 66 Ziffern 142 ff., Tabelle 93). Dementsprechend sieht die mittelfristige Finanzplanung des Bundes überdurchschnittlich steigende Investitionsausgaben vor. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet in seiner mittelfristigen Zielprojektion bis 1971 unter ausdrücklichem Hinweis auf die unumgänglichen Infrastrukturinvestitionen damit, daß das Investitionsvolumen der öffentlichen Hand jährlich um 5 vH zunimmt; diese Investitionen bestanden 1966 zu über neun Zehnteln aus Bauten.

70. Im Wohungsbau dürfte der eigentliche Nachholbedarf der letzten Jahrzehnte von einem nicht unbeträchtlichen Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf abgelöst werden [1]). Dazu kommt ein deutlicher Trend zur größeren, reichhaltig und besser ausgestatteten Wohnung; 1957 betrug die Wohnfläche je Person 15,5 qm,

[1]) Nach den Erhebungen von 1961 und 1965 war der Wohnungsbestand der Bundesrepublik dadurch gekennzeichnet, daß fast drei Fünftel aller Wohngebäude älter als zwanzig Jahre waren, mehr als ein Viertel stammte noch aus der Zeit vor der Jahrhundertwende. Fast zwei Fünftel der Wohngebäude waren noch immer nicht vollständig an die Kanalisation angeschlossen; erst drei Fünftel der Wohnungen waren mit eigenem Bad und WC ausgerüstet; weniger als ein Viertel aller Wohnungen hatte eine Sammelheizung.

Schaubild 18

ENTWICKLUNG DER AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN [1])
UND DES VERHÄLTNISSES ZWISCHEN AUFTRAGSEINGANG UND PRODUKTIONSKAPAZITÄT [2])
Gleitende 4 – Vierteljahresdurchschnitte
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum




1) Ausrüstungsinvestitionen der Gesamtwirtschaft. – 2) Verarbeitende Industrie ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
Das Verhältnis errechnet sich wie folgt: $\frac{\text{Kapazitätsauslastung (vH)}}{\text{Industrielle Nettoproduktion (1958 = 100)}} \cdot \text{Auftragseingang (1958 = 100)}$

SR 7709

Quelle für Kapazitätsauslastung und Aufteilung der Ausrüstungsinvestitionen auf Vierteljahre: DIW

1960 bereits 19,4 qm und 1965 22,3 qm. Die Nachfrage nach Zweitwohnung nimmt mit steigendem allgemeinen Lebensstandard zu. Außerdem sorgt das Wachstum der Gesamtbevölkerung für ständigen Neubedarf.

71. Alles in allen zählt die Bauwirtschaft wohl nicht zu den Branchen, die in den nächsten Jahren schrumpfen werden. Der durch die Nachfragedrosselung erzwungene Abbau des Personalbestandes (Ziffer 79) entspricht deshalb nicht den längerfristigen Wachstumsaussichten dieser Branche. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß im Zuge des räumlichen Strukturwandels, insbesondere mit der Sanierung der Ballungsräume, erhebliche regionale Verschiebungen in der Baunachfrage auftreten werden.

**Konjunkturaufschwund „auf Lager"?**

72. Wie an anderer Stelle dargelegt (Ziffer 344 ff.), deutet manches darauf hin, daß sich die konjunkturelle Situation in den kommenden Monaten verbessern wird. In welchem Maße Lagerbewegungen einen Konjunkturaufschwung verstärken oder in Gang setzen könnten, läßt sich schwer quantifizieren [1]; für die Lagerinvestitionen im Aufschwung können nur Untergrenzen in einzelnen Bereichen geschätzt werden. Nachdem der Lagerabbau nunmehr schon über ein Jahr andauert, dürfte die Anpassung der Vorräte an das gesunkene Produktions- und Umsatzvolumen im wesentlichen abgeschlossen sein. Darauf deuten auch die Ergebnisse des Ifo-Konjunkturtests hin (Schaubild 15). Im Falle steigender Produktion und steigender Umsätze dürfte deshalb der entstehende Lagerhaltungsbedarf schon bald zu zusätzlicher Nachfrage werden.

Hinweise auf den Vorratsbedarf von Industrie und Handel lassen sich aus dem Verhältnis zwischen durchschnittlichem Lagerbestand und Umsatz gewinnen. Legt man als Erwartungswert für den Umsatzanstieg im Aufschwungsjahr die tatsächlichen Zuwachsraten der Aufschwungsphase 1963/64 zugrunde, so errechnet sich ein „Jahresbedarf" an zusätzlicher Lagerhaltung von 6 bis 7 Mrd. DM [2]).

73. Die Gesamtstärke der Impulse, die von Lagerveränderungen auf die Binnenkonjunktur ausgehen, hängt davon ab, wie eng die Außenhandelsverflechtung der Volkswirtschaft ist. Je höher der Anteil der Importgüter an den Lagerbeständen ist, desto weniger wird die heimische Wirtschaft vom Lageraufbau während des Aufschwungs angeregt. Dies zeigt sich bei den Rohstoff- und Halbwarenimporten der gewerblichen Wirtschaft der Bundesrepublik, die zum großen Teil nicht mit Binnengütern konkurrieren. In Schaubild 19 ist die Industrieproduktion den Rohstoff- und Halbwarenimporten gegenübergestellt; in den Aufschwungsphasen der letzten Wachstumszyklen haben diese Importe wesentlich stärker zugenommen als die heimische Produktion. Zusätzliche Bestellungen zum Zwecke der Vorratshaltung sind also zu einem großen Teil ins Ausland gegangen.

## V. Produktionspotential und Produktion

**Die Rezession im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

74. Das wirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik war im ersten Halbjahr 1967 unterbrochen: das Sozialprodukt schrumpfte. Real war es um 1,7 vH (nominal um 0,4 vH) geringer als im ersten Halbjahr 1966; je Arbeitstag gerechnet dürfte der Rückgang mindestens 2 vH betragen haben, das sind 4,6 Mrd. DM in Preisen von 1966.

75. Auch diese Zahl kennzeichnet den Einbruch nur unvollkommen, denn in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird die Ernte jeweils auf die zweite Hälfte des betreffenden Jahres und die erste Hälfte des darauffolgenden verteilt und damit die besonders gute Ernte 1966 dem ersten Halbjahr 1967 zur Hälfte zugerechnet. Ohne die Land- und Forstwirtschaft betrug der Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts 2,2 vH statt 1,7 vH. Am stärksten getroffen von der Rezession wurde das produzierende Gewerbe. Außer in der Land- und Forstwirt-

[1]) Die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hinsichtlich der Vorratsänderungen fallen für eine kurzfristige Anlyse zu spät und ohne jede Aufgliederung an. Außerdem sind sie mit dem Mangel einer statistischen Restgröße behaftet. Sie erlauben es lediglich, die Lagerreaktionen der Unternehmen auf Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage ungefähr abzuschätzen (JG 66 Schaubild 19) und sie geben Aufschluß über mittelfristige Tendenzen und Proportionen. Die Befragungsergebnisse im Rahmen des Konjunkturtests zeigen nur die Richtung an, in der sich die Lagerbestände in wichtigen Bereichen entwickeln. Sind schon konjunkturanalytisch verwertbare Statistiken über Lagerbewegungen äußerst spärlich, so müssen quantitative Aussagen, wie die Unternehmen auf die bevorstehende Umsatzsteuerreform reagiert haben, reine Spekulation bleiben.

[2]) Die Rechnung geht — in Anlehnung an die Ergebnisse des Industriezensus von 1962, die Investitionserhebungen in der Industrie von 1964 und 1965 sowie die Ergebnisse der Groß- und Einzelhandelserhebungen von 1962 bis 1965 — von folgenden Relationen zwischen Lagerbeständen und Umsätzen aus: Verarbeitende Industrie 7 vH für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, 10 vH für Halbfertig- und Fertigerzeugnisse; Großhandel 7 vH, Einzelhandel 9 vH. Als Umsatzsteigerung wurde der Zuwachs im zweiten Halbjahr 1963 und ersten Halbjahr 1964 unterstellt: Verarbeitende Industrie +8 vH, Großhandel +5,5 vH und Einzelhandel +5,5 vH.

schaft war die Wertschöpfung im ersten Halbjahr 1967 nur in den Dienstleistungsunternehmen und im Staatssektor höher als im Vorjahr (Tabelle 8).

76. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Produktivität, dürfte im ersten Halbjahr 1967 gegenüber dem Vorjahr nur um 2 vH höher gewesen sein. Gemessen als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen war der Produktivitätsanstieg sogar noch um fast ein Viertel geringer (1,5 vH). Verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1965 (4,3 vH) ist der Anstieg des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigen auf etwa ein Drittel geschrumpft.

Hierin schlägt sich neben der Unterauslastung der Produktivkräfte, die in Einzelbereichen sogar zu Produktivitätsverlusten führte (Ziffer 95), ein ebenfalls rezessionsbedingter Struktureffekt nieder: der starke Beschäftigungs- und Produktionsrückgang im produzierenden Gewerbe hat in der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsrechnung das Gewicht gerade jenes Bereiches verringert, dessen Produktivität am höchsten ist. Im übrigen ist selbst der geringe Produktivitätsanstieg im ersten Halbjahr 1967 teilweise auf die starke Produktivitätszunahme in der Land- und Forstwirtschaft zurückzuführen, die sich zum Teil wiederum aus der Ernte des Vorjahres errechnet (Ziffer 75).

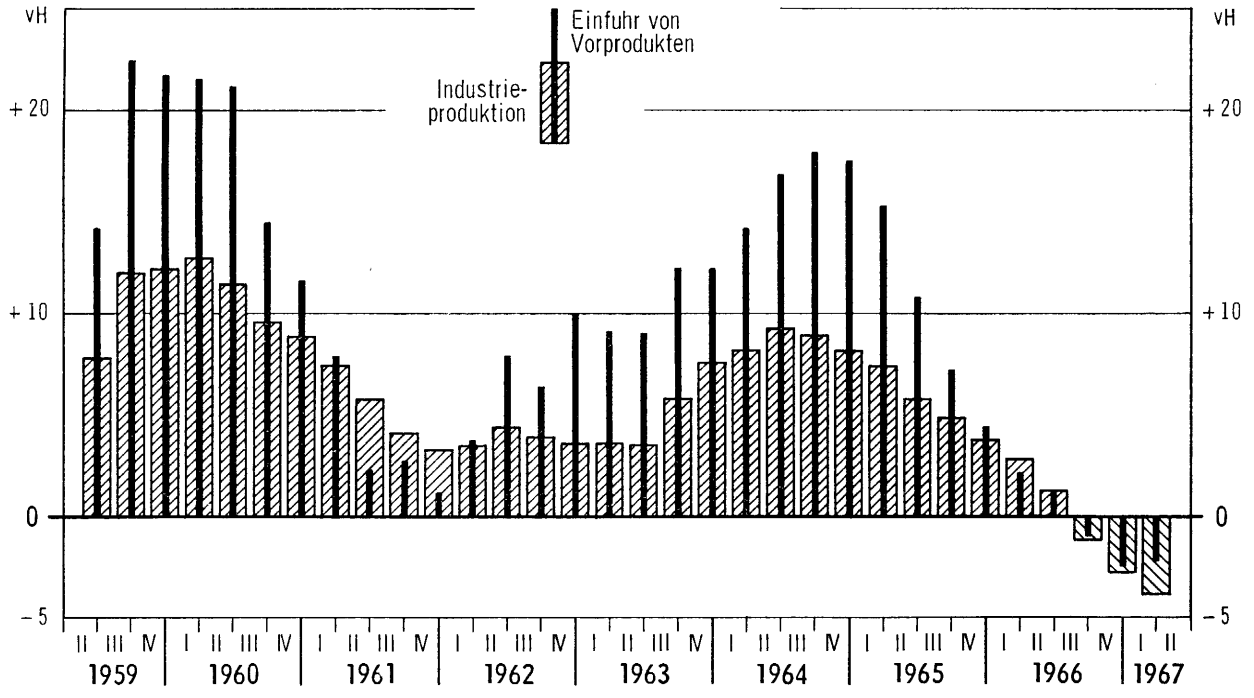
**Die Beschäftigungswirkungen der Rezession**

77. Als sich der Produktionsrückgang im Herbst 1966 noch beschleunigte, schnellte die Arbeitslosenziffer in die Höhe (Schaubild 20). Von Dezember 1966 bis Mai 1967 stieg sie — saisonbereinigt — um 350 000 auf 636 000 und war damit fast dreieinhalb mal so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1965. Anfang 1967 war zum ersten Mal in diesem Jahrzehnt die Zahl der registrierten Arbeitslosen genau so groß wie die Zahl der offenen Stellen (Schaubild 20). Allerdings ist dieser Vergleich aus statistischen und methodischen Gründen unzulänglich, worauf immer wieder hingewiesen werden muß. Schon deshalb kann von der

Schaubild 19

INDUSTRIEPRODUKTION[1] UND EINFUHR VON VORPRODUKTEN[2]

Gleitende 4 – Vierteljahresdurchschnitte, Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH




1) Industrielle Nettoproduktion. – 2) Einfuhrvolumen von Rohstoffen, Halbwaren und Vorerzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft.

SR 7711

Tabelle 8

**Beiträge der Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt**

vH

| Bereich | Anteil 1965 [1] | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1966 [1] | | 1967 [2] | 1966 [1] | | 1967 [2] |
| | | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr |
| | | in jeweiligen Preisen | | | in Preisen von 1954 | | |
| Land- und Forstwirtschaft [3] .... | 4,4 | − 1,9 | + 1,8 | +1,6 | −9,9 | +7,8 | +7,4 |
| Produzierendes Gewerbe [4] ..... | 52,8 | + 6,2 | + 2,4 | −4,5 | +3,5 | +0,6 | −4,2 |
| Handel und Verkehr [5] ..... | 19,4 | + 8,3 | + 4,3 | −0,5 | +4,5 | +1,4 | −1,0 |
| Dienstleistungsunternehmen [6] .. | 13,3 | +11,5 | +12,1 | +9,6 | +3,8 | +4,6 | +3,5 |
| Unternehmen ..... | 89,9 | + 7,0 | + 4,2 | −1,2 | +2,9 | +1,6 | −2,0 |
| Unternehmen ohne Land- und Forstwirtschaft ..... | 85,5 | + 7,5 | + 4,4 | −1,3 | +3,8 | +1,2 | −2,6 |
| Staat [7] ..... | 8,6 | +10,7 | +12,0 | +6,6 [8] | +4,7 | +4,3 | +2,0 [8] |
| Insgesamt [8] ..... | 100 | + 7,4 | + 4,9 | −0,4 | +3,0 | +1,7 | −1,7 |
| Insgesamt ohne Land- und Forstwirtschaft [8] ..... | 95,6 | + 7,8 | + 5,1 | −0,4 | +3,8 | +1,4 | −2,2 |

[1]) Vorläufige Ergebnisse
[2]) Erste vorläufige Ergebnisse.
[3]) Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[4]) Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[5]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[6]) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.
[7]) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[8]) Einschließlich privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Gleichheit beider Ziffern nicht auf irgendeine Art von Gleichgewicht geschlossen werden. Aber abgesehen davon war diese Gleichheit nicht von Dauer; in den folgenden Monaten überstieg die Zahl der Arbeitslosen die der offenen Stellen beträchtlich.

78. Die Statistik der Arbeitslosen weist nur einen Bruchteil der tatsächlichen Beschäftigungseinbußen aus. Entsprechend mangelhaft zeigen die üblichen Arbeitslosenquoten die Zunahme der Unterbeschäftigung an. Der nicht ausgenutzte Teil des Arbeitskräftepotentials und damit die Unterbeschäftigung nimmt auch zu,

— wenn ausländische Arbeitskräfte keine Beschäftigung mehr finden und zeitweilig in ihre Heimatländer zurückkehren;

— wenn Betriebe zu (angemeldeter oder unangemeldeter)Kurzarbeit übergehen;

— wenn Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz behalten, obwohl das Produktionsvolumen dies nicht erfordert [1]);

— wenn Arbeitswillige mangels Beschäftigung aus dem Erwerbsleben ausscheiden und sich nicht arbeitslos melden, weil ihr Lebensunterhalt anderweitig gesichert ist oder durch vorzeitige Pensionierung gesichert wird;

— wenn jemand seinen Arbeitsplatz rezessionsbedingt verliert und daraufhin eine Arbeit annimmt, die eine geringere Qualifikation erfordert;

— wenn jemand, der bisher nicht erwerbstätig war, von der Arbeitssuche abgehalten wird, weil offenkundig Arbeitsgelegenheiten fehlen.

Nicht alle Formen dieser offenen und versteckten Arbeitslosigkeit lassen sich quantifizieren.

[1]) Versteckte Arbeitslosigkeit im engeren Sinne.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist im ersten Halbjahr 1967 die Zahl der Erwerbstätigen um mehr als 800 000 niedriger gewesen als im Vorjahr [1]) (Tabelle 9). Allein 290 000 heimische Arbeitskräfte sind, so schätzen wir, als Folge der Rezession aus der Erwerbstätigkeit ausgeschieden, ohne daß sie als arbeitslos registriert werden.

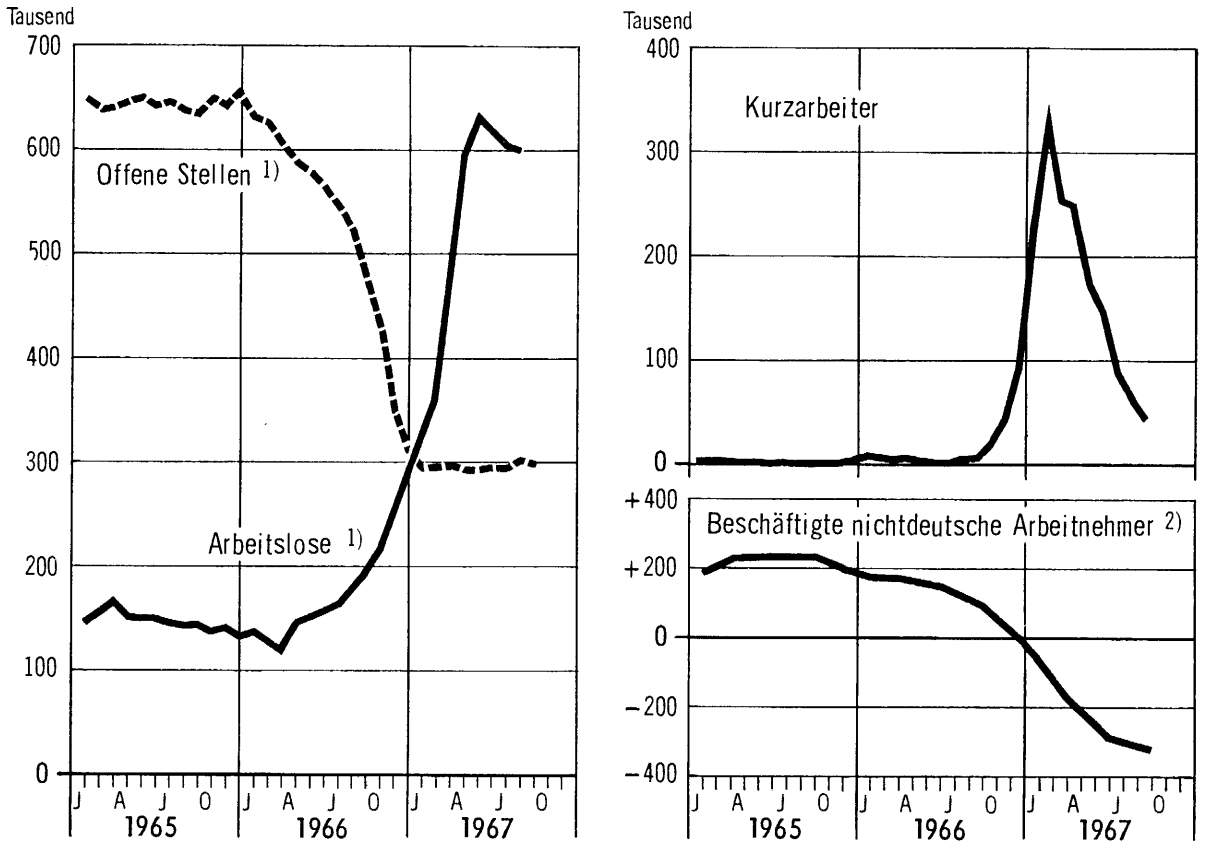
79. Am stärksten war der Beschäftigungsrückgang im produzierenden Gewerbe. Allein in der Industrie waren im ersten Halbjahr 1967 im Vergleich zum Vorjahr rund 540 000 und im Bauhauptgewerbe rund 225 000 weniger Arbeitskräfte beschäftigt. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus von Januar, April und Juli 1967 ist die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um mehr als 4 v. H. geringer gewesen. Auch für den Bereich Handel und Verkehr ergab der Mikrozensus eine niedrigere Erwerbstätigenzahl. Für die Gesamtwirtschaft sind die Beschäftigungseinbußen von Januar bis Juli 1967 gegenüber dem Vorjahr ständig größer geworden [2]).

[1]) Nach der üblichen Definition (registrierte Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen) betrug die Arbeitslosenquote im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1967 2,5 vH. Berücksichtigt man jedoch bei der Errechnung der Arbeitslosenquote sowohl im Zähler als auch im Nenner den konjunkturbedingten Rückgang der Zahl der abhängigen Erwerbspersonen einschließlich der abgewanderten Gastarbeiter, dann erhöht sich die Arbeitslosenquote auf 4,5 vH.

[2]) Die verfügbaren Statistiken reichen lediglich aus, die Richtung, in der sich die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung entwickelt, verläßlich zu bestimmen, nicht jedoch das genaue Ausmaß des gegenwärtigen Beschäftigungsrückgangs. Dies liegt daran, daß noch immer kein befriedigender Ersatz für die im September 1963 — nicht zuletzt wegen ihrer Mängel — eingestellte Vierteljahresstatistik der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschaffen

Schaubild 20

ARBEITSMARKTENTWICKLUNG




1) Saisonbereinigte Zahlen (Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank).–
2) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in 1000.

SR 7664

Tabelle 9

**Erwerbstätigkeit**

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in 1000

| | 1965 | 1966 | 1967 [1] | 1966 | | 1967 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr [1] |
| Änderung der Erwerbsbeteiligung und natürliche Bevölkerungsbewegung ..... | − 65 | −182 | −165 | −131 | −233 | −293 | − 90 |
| darunter durch: | | | | | | | |
| Änderung der Schulzeiten [1] | — | — | +120 | — | — | + 75 | . |
| Konjunktureinfluß [1] ..... | — | −105 | −245 | − 60 | −150 | −290 | . |
| Ausländische Arbeitnehmer .... | +217 | +125 | −230 | +169 | + 81 | −166 | −300 |
| Erwerbspersonen ..... | +152 | − 57 | −395 | + 38 | −152 | −459 | −390 |
| Arbeitslose ..... | − 22 | + 14 | +300 | − 24 | + 52 | +368 | +230 |
| Erwerbstätige ..... | +174 | − 71 | −695 | + 62 | −204 | −827 | −620 |
| Selbständige und mithelfende Familienangehörige ..... | −120 | −100 | − 70 | − 95 | −105 | − 87 | − 50 |
| Beschäftigte Arbeitnehmer .... | +294 | + 29 | −625 | +157 | − 99 | −740 | −570 |

[1]) Eigene Schätzung.

80. Wie unterschiedlich die einzelnen Altersgruppen, die männlichen und weiblichen Erwerbspersonen, die heimischen und ausländischen Arbeitskräfte sowie die großen Berufsgruppen von der Rezession getroffen wurden, zeigt eine Analyse der registrierten Arbeitslosen Ende März beziehungsweise Mitte April 1967. Danach ergibt sich,

— daß die Arbeitslosenquote bei den älteren Arbeitnehmern besonders hoch war, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen (Tabelle 10);

— daß bei den Männern außerdem die sehr jungen, vielfach noch ungelernten Arbeitskräfte in stärkerem Maße arbeitslos wurden als die mittleren Jahrgänge (Tabelle 10);

worden ist (JG 66 Ziffer 80). Zwar konnte inzwischen die Aufbereitungszeit der vierteljährlichen Mikrozensus-Stichproben erheblich verkürzt werden, so daß nun vorläufige Ergebnisse schon nach drei Monaten vorliegen, aber diese Zahlen sind wegen des niedrigen Auswahlsatzes — es wird nur jeder tausendste Bundesbürger befragt — mit einem relativ hohen Stichprobenfehler behaftet, der noch um so größer wird, je detaillierter die Informationen nachgewiesen werden. Das Statistische Bundesamt hat auf Grund der 0,1 vH-Mikrozensus-Stichprobe vom Juli 1967 in der Bundesrepublik 25,3 Millionen Erwerbstätige (ohne Soldaten) ermittelt; das waren 1,4 Millionen oder über 5 vH weniger als nach der 0,1 vH-Stichprobe im Juli 1966. Schon die Gesamtzahlen der Erwerbstätigen für Juli 1966 und für Juli 1967 sind mit einem Stichprobenfehler von jeweils ±2 vH behaftet; das bedeutet, daß der Rückgang der Erwerbstätigkeit von Mitte 1966 auf Mitte 1967 um rund eine halbe Million Personen über- oder unterschätzt worden sein kann. Der Stichprobenfehler ließe sich um etwa zwei Drittel verringern, wenn anstelle der vierteljährlichen 0,1 vH-Erhebungen 1 vH-Stichproben durchgeführt würden; dabei würde sich allerdings die Aufbereitungszeit wieder wesentlich verlängern.

Es wäre daher zu erwägen, ob sich nicht zumindest für die abhängig Beschäftigten regelmäßige und genauere Informationen dadurch erreichen ließen, daß die Unterlagen der Stellen, die die Beiträge zur Sozialversicherung einziehen, verbessert und ausgewertet würden, oder dadurch, daß auch die Betriebe außerhalb der Industrie, des Bauhauptgewerbes und des Handwerks zu regelmäßigen Meldungen über die Beschäftigung und die Arbeitszeit verpflichtet würden. — Neben diesen für die laufende Konjunkturbeobachtung erforderlichen Informationen, bei denen es darauf ankommt, daß sie rasch anfallen, weniger, daß sie sehr tief gegliedert sind, werden für die mittel- und längerfristige Arbeitsmarktpolitik sehr viel mehr Informationen benötigt, als nach dem heutigen Stand verfügbar sind, schon damit Strukturänderungen rechtzeitig erkannt werden können.

— daß die Arbeitslosenquote bei den Frauen im Durchschnitt niedriger war als bei den Männern (Tabelle 10); allerdings ist die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen stärker zurückgegangen als die der männlichen und damit die versteckte Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Arbeitskräften stärker gestiegen als bei den männlichen;

— daß die Angestellten weniger stark von der Arbeitslosigkeit getroffen wurden als die Arbeiter: bezogen auf 100 arbeitslose Angestellte stieg die Zahl der arbeitslosen Arbeiter von ungefähr 350 im September 1966 auf rund 680 im April 1967;

— daß die Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitskräfte Ende März 1967 wesentlich höher war als die vergleichbare Arbeitslosenquote für alle Arbeitnehmer, wenn man den Rückgang der Zahl der Gastarbeiter gegenüber dem Vorjahr berücksichtigt [1]).

**Räumliche Differenzierung der Rezession**

81. In den einzelnen Regionen der Bundesrepublik war der wirtschaftliche Rückschlag unterschiedlich stark. Deutlich zeigt sich dies, wenn man die großen Ballungsräume untereinander und mit dem übrigen Bundesgebiet vergleicht (Tabelle 11). Die Ballungsräume als Verwaltungszentren und als besonders exportorientierte und überwiegend wachstumsstarke Regionen wurden am wenigsten von der Rezession getroffen. Selbst im Rhein-Ruhr-Gebiet war die Arbeitslosenquote im Durchschnitt merklich geringer als in den Gebieten außerhalb der Ballungsräume. Auch nach anderen Indikatoren schneiden die Ballungsräume als Ganzes gesehen günstiger ab als das übrige Bundesgebiet. In den Ballungsräumen war die Arbeitslosenquote, korrigiert um die abgewanderten ausländischen Arbeitskräfte, im allgemeinen um so niedriger, je kräftiger die Regionen in der Vergangenheit gewachsen waren.

82. Die hohe Arbeitslosigkeit an Ruhr und Saar sowie in den Zonenrandgebieten [2]) spiegelt wider, daß die regionalen Strukturprobleme durch die Rezession noch verschärft wurden. In einer Zeit schrumpfenden Absatzes geht die Neigung der Unternehmer zurück, Investitionsrisiken zu übernehmen. Diese sind in den schon bisher wachtums- und strukturschwachen Regionen oft höher oder werden höher veranschlagt als in

[1]) Eine korrigierte spezifische Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitnehmer läßt sich errechnen als das Verhältnis der Summe der arbeitslosen und der von März 1966 bis März 1967 (netto) abgewanderten Gastarbeiter zu der Zahl der Gastarbeiter Ende März 1966. Damit wird unterstellt, daß ohne die Rezession die Zahl der Gastarbeiter gegenüber 1966 gleichgeblieben wäre. Die so errechnete Quote beträgt 14,7 vH.

[2]) Ende März 1967 betrug die Arbeitslosenquote nach der üblichen Definition in den Arbeitsamtsbezirken Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Recklinghausen zwischen 3,5 und 5,4 vH, im Saarland 3,2 vH und in Zonenrandgebieten wie den Arbeitsamtsbezirken Helmstedt, Bad Hersfeld, Hof und Schwandorf zwischen 4,2 und 14 vH gegenüber 2,6 vH im Bundesdurchschnitt.

Tabelle 10

**Arbeitslose [1]) und Arbeitslosenquoten Mitte April 1967**

| Altersgruppe (von ... bis unter ... Jahre) | Insgesamt | | Männer | | Frauen | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Arbeitslose | Quote [2]) | Arbeitslose | Quote [2]) | Arbeitslose | Quote [2]) |
| | Anzahl | vH | Anzahl | vH | Anzahl | vH |
| Unter 25 ..... | 94 668 | 2,0 | 66 401 | 2,7 | 28 267 | 1,2 |
| 25 bis 35 ..... | 121 602 | 2,2 | 90 249 | 2,3 | 31 353 | 2,0 |
| 35 bis 45 ..... | 91 662 | 2,1 | 62 542 | 2,1 | 29 120 | 2,2 |
| 45 bis 55 ..... | 70 798 | 2,2 | 44 128 | 2,1 | 26 670 | 2,3 |
| 55 bis 60 ..... | 53 101 | 3,1 | 38 558 | 3,2 | 14 543 | 2,7 |
| 60 bis 65 ..... | 65 130 | 5,1 | 56 019 | 5,6 | 9 111 | 3,5 |
| 65 und mehr ..... | 38 559 | 9,4 | 36 174 | 11,9 | 2 385 | 2,2 |
| Insgesamt ... | 535 520 | 2,5 | 394 071 | 2,8 | 141 449 | 2,0 |

[1]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
[2]) Arbeitslose der jeweiligen Altersgruppe in vH der abhängigen Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe. — Altersstruktur der abhängigen Erwerbstätigen nach dem 1 vH-Mikrozensus vom April 1966.

den prosperierenden Regionen. Deshalb sind während einer Rezession die Erfolgschancen einer wachstumsorientierten regionalen Strukturpolitik besonders ungünstig. Andererseits verringern sich aber auch die Möglichkeiten, eine solche Politik überhaupt zu betreiben, weil rezessionsbedingte Steuerausfälle den finanziellen Spielraum der regionalen Gebietskörperschaften verringern. Diese werden dann leicht dazu veranlaßt, auch jene Infrastrukturinvestitionen zu unterbrechen oder aufzuschieben, die Problemgebieten eine größere wirtschaftliche Anziehungskraft verleihen sollen. Deshalb sind die strukturpolitischen Maßnahmen im Rahmen des zweiten Konjunkturprogramms für diese Gebiete von besonderer Bedeutung.

**Der ungenutzte gesamtwirtschaftliche Produktionsspielraum**

83. Der Rückgang der Produktion 1966/67 zeigt noch nicht das volle Ausmaß der Unterauslastung der Produktivkräfte. Denn auch 1966 und 1967 sind die Kapazitäten laufend weiter gewachsen [1]). Erst wenn man die gesamtwirtschaftliche Produktion mit dem vergleicht, was

[1]) Ausschlaggebend für den immer noch kräftigen Kapazitätszuwachs ist, daß in der Bundesrepublik ein außerordentlich hoher Anteil des Anlagevermögens auf jüngere Investitionen zurückgeht, eine Folge der raschen Ausweitung des Investitionsvolumens seit 1950; der Abgang alter Anlagen wird unter diesen Umständen selbst dann noch weit übertroffen von dem Zugang neuer Anlagen, wenn die Investitionen stagnieren oder gar sinken (SG März 67 Ziffer 9).

Tabelle 11

**Die Ballungsräume [1]) in der Rezession**

vH

| Ballungsraum | Anteil am Bruttoinlandsprodukt 1964 | Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 1961 bis 1964 | Arbeitslosenquote Ende März 1967 | | Industrie | | | | Exportquote [4]) | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | übliche Definition [2]) | korrigiert [3]) | Beschäftigte | Lohn- und Gehaltssumme | Gesamtumsatz | Auslandsumsatz | 1. Halbjahr | |
| | | | | | Veränderung 1. Halbjahr 1967 gegenüber 1. Halbjahr 1966 | | | | 1966 | 1967 |
| München ..... | 3,6 | +32,3 | 1,3 | 1,8 | −3,0 | +3,8 | − 1,8 | + 22,0 | 15,7 | 19,5 |
| Rhein-Main ..... | 6,0 | +31,8 | 1,3 | 1,7 | −3,5 | +0,5 | + 1,6 | + 13,8 | 22,9 | 25,7 |
| Stuttgart ..... | 4,5 | +28,4 | 0,5 | 2,1 | −5,1 | −1,8 | − 4,7 | + 11,9 | 20,4 | 23,9 |
| Bremen ..... | 1,6 | +28,3 | 2,6 | 2,8 | −5,8 | 0 | + 2,9 | + 5,8 | 13,1 | 13,5 |
| Rhein-Neckar ... | 2,9 | +27,2 | 1,4 | 2,4 | −5,6 | −0,9 | − 5,4 | + 7,4 | 21,9 | 24,9 |
| Hannover ..... | 2,1 | +26,9 | 1,4 | 2,2 | −7,3 | −6,6 | +11,2 | +106,8 | 10,9 | 20,2 |
| Nürnberg ..... | 1,9 | +25,2 | 1,8 | 2,6 | −6,9 | −4,0 | − 7,1 | + 0,4 | 25,6 | 27,7 |
| Hamburg ..... | 6,1 | +24,1 | 1,6 | 1,6 | −5,6 | −0,2 | − 0,5 | − 2,0 | 12,3 | 12,1 |
| Rhein-Ruhr ..... | 21,5 | +23,5 | 2,4 | 3,4 | −8,3 | −2,8 | − 6,5 | + 16,3 | 16,1 | 20,1 |
| Ballungsräume .. | 50,2 | +26,1 | 1,8 | 2,6 | −6,8 | −1,9 | − 3,7 | + 14,6 | 17,4 | 20,7 |
| Bundesgebiet ... | 100 | +26,9 | 2,6 | 3,3 | −6,4 | −3,2 | − 4,8 | + 9,5 | 16,6 | 19,2 |
| Bundesgebiet ohne Ballungsräume ..... | 49,8 | +27,8 | 3,3 | 3,9 | −6,0 | −4,7 | − 6,2 | + 3,1 | 15,8 | 17,3 |

[1]) Abgrenzung der Ballungsräume nach G. Isenberg.
[2]) Registrierte Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen.
[3]) Registrierte Arbeitslose einschließlich des Rückgangs der nichtdeutschen Arbeitnehmer im Vergleich zu Ende März 1966 in vH der abhängigen Erwerbspersonen einschließlich des Rückgangs der nichtdeutschen Arbeitnehmer im Vergleich zu Ende März 1966.
[4]) Auslandsumsatz in vH des Gesamtumsatzes.

mit den verfügbaren Arbeitskräften und der vorhandenen Sachkapitalausstattung hätte produziert werden können (Produktionspotential), wird die Fehlentwicklung voll sichtbar. Eine so starke Unterauslastung des Produktionspotentials zu verhindern, wäre Aufgabe der Wirtschaftspolitik gewesen. Dabei hätte es von der Wahl der Mittel abgehangen, inwiefern sich dann auch Außenwirtschaft und Preisniveau anders entwickelt hätten.

Unter vorsichtigen Annahmen über den Grad der möglichen und nachfragekonformen Auslastung der Produktivkräfte dürfte sowohl 1966 als auch 1967 ein Wachstum des realen Sozialprodukts von 4 vH erreichbar gewesen sein. Hieran gemessen beträgt — in Preisen von 1966 — der Produktionsausfall 1966 etwa 7 Mrd. DM und, den üblichen Saisonverlauf unterstellt, im ersten Halbjahr 1967 etwa 20 Mrd. DM. Für das ganze Jahr 1967 dürfte der Abstand zwischen dem tatsächlichen und dem möglichen Sozialprodukt (Produktionspotential) eine Größenordnung von 30 Mrd. DM haben [1]).

84. Vom Arbeitskräftepotential her gesehen hätte nach unserer Auffassung einem Sozialproduktswachstum von je 4 vH in den Jahren 1966 und 1967 nichts entgegengestanden:

— Die Zahl der heimischen Arbeitskräfte hätte sich ohne den wirtschaftlichen Rückschlag 1966/67 aus demographischen Gründen und infolge von Änderungen in den Erwerbsquoten, die vor allem auf verlängerte Ausbildungszeiten zurückgehen, um jährlich 70 000 bis 100 000 Personen verringert. Der darüber hinausgehende tatsächliche Rückgang der Erwerbspersonen (Tabelle 9) geht in der Hauptsache auf eine Zunahme der versteckten Arbeitslosigkeit zurück.

— Bei den ausländischen Arbeitskräften wird unterstellt, daß 1966 und 1967 eine Zuwanderung (netto) von jeweils 150 000 Personen möglich gewesen wäre. 1966 betrug der Zustrom nur 125 000; rezessionsbedingt stieg die Zahl der Gastarbeiter schon seit Jahresmitte nicht mehr an und seit dem vierten Vierteljahr geht sie sogar stark zurück (Schaubild 20).

— Alles in allem hätte die Gesamtzahl der in- und ausländischen Erwerbstätigen weiter leicht zugenommen. Dies hätte den Trend zur Arbeitszeitverkürzung kompensiert, so daß für 1966 und 1967 mit einem unveränderten Arbeitsvolumen zu rechnen gewesen wäre.

85. Auch das vorhandene Sachkapital hätte ein solches Wachstum zugelassen [2]). Dabei ist berücksichtigt, daß der Kapitalaufwand je Produkteinheit (Kapitalkoeffizient) im Trend steigt. Da sich die Schätzung des Produktionspotentials am Trend des durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten orientiert, wird nicht unterstellt, daß in der Vergangenheit die technische Kapazität in allen Bereichen gleichmäßig und voll ausgelastet war; weil diese Auslastungsverhältnisse auch in die Schätzung des Produktionspotentials der Jahre 1966 und 1967 eingegangen sind, läßt unsere Schätzung durchaus Raum für Strukturanpassungen, die meist unterschiedliche Produktionssteigerungen in den einzelnen Bereichen mit sich bringen.

**Rezessionsbedingte Schwierigkeiten oder verbreitete Strukturschwächen in der Industrie?**

86. Für die ersten acht Monate des Jahres 1966 konnte im vorigen Jahresgutachten (JG 66 Ziffer 68) eine bemerkenswerte Übereinstimmung der Branchenkonjunkturen in der Industrie mit dem durchschnittlichen Produktionswachstum in den vorhergehenden Jahren festgestellt werden. Demgegenüber zeigt aber ein Vergleich der Rangfolge von 34 Industriezweigen nach ihrem Produktionswachstum 1966 und 1967 mit der Rangfolge für die Jahre 1960 bis 1964, daß diese Übereinstimmung während der Rezession immer geringer wurde (Tabelle 82 * im Anhang). Ein ähnlicher Wandel vollzog sich, wie aus einer Gegenüberstellung der Entwicklung in den Jahren 1966 und 1962 hervorgeht, auch in der Abschwungsphase des letzten Wachstumszyklus. Allerdings waren selbst im Tal des vorangegangenen Zyklus, im ersten Halbjahr 1963, die Verschiebungen in der Produktionsstruktur nicht annähernd so groß wie im ersten Halbjahr 1967. Da das erste Halbjahr 1967, anders als das erste Halbjahr 1963, eine Periode nahezu allgemeinen Nachfragerückgangs war, läßt sich die ungewöhnliche Rangordnung der Branchen durch die rezessionsbedingten Verzerrungen der Nachfrage nach industriellen Vorprodukten und Enderzeugnissen erklären. Solche Verzerrungen sind die Folge von Verschiebungen in der Endnachfrage, und sie können dadurch verstärkt werden, daß einzelne Branchen von den Beschleunigungswirkungen eines Nachfragerückgangs unterschiedlich stark getroffen werden; diese Beschleunigungswirkungen ergeben sich aus der Art und Weise, in der die verschiedenen Industriezweige miteinander verflochten sind.

87. Die in Ziffer 86 dargelegten Gründe reichen aus, die im ersten Halbjahr 1967 beobachteten Verschiebungen in der Branchenentwicklung der Industrie zu erklären. Für die These, daß die Rezession eine „Strukturkrise" gewesen sei, ist nicht viel Raum. Die Rangfolge des Branchenwachstums stimmte im Jahre 1966 mit den mittelfristigen Wachstumserfahrungen noch gut überein; die „Strukturkrise" 1967 müßte also mit einer Plötzlichkeit ausgebrochen sein, die

[1]) Dabei wird angenommen, daß das Sozialprodukt 1967 real um etwa 0,5 vH unter dem von 1966 liegen wird.

[2]) Wir stützen uns dabei auf Schätzungen des Bruttoanlagevermögens, die Wolfgang Kirner, Berlin, in unserem Auftrag vorgenommen hat.

in der Wirtschaftsgeschichte ihresgleichen sucht. Das schließt nicht aus, daß in einzelnen Bereichen Strukturschwächen vorhanden sind. Allerdings ist es in einer Phase allgemeinen Nachfragemangels und daher weitverbreiteter „Überkapazitäten" unmöglich, einwandfrei zu ermitteln, welcher Teil des Nachfragerückgangs strukturbedingt und welcher Teil konjunkturbedingt ist.

**Erschwerter Strukturwandel: die Krise im Bergbau**

88. Auch der Kohlenbergbau hat seinen Rang in der Wachstumshierarchie der Branchen nicht verändert; er steht schon seit Jahren auf einem der letzten Plätze. Obwohl zahlreiche Zechen stillgelegt wurden, wuchsen die Halden der Bergbauunternehmen auf 20,4 Millionen Tonnen, ein Sechstel der Jahresproduktion, an. Obwohl die Zahl der Beschäftigten in den letzten zehn Jahren um rund 45vH verringert worden ist, mußten 1966 über eine Million Feierschichten verfahren werden. Und obwohl die Produktivität unter Tage im Durchschnitt um fast 90vH gesteigert wurde, konnte das Vordringen der Substitutionskonkurrenz nicht aufgehalten werden, auch nicht mit protektionistischen Maßnahmen. Der Katalog dieser Maßnahmen ist inzwischen — selbst wenn man nur die wichtigsten betrachtet — sehr lang geworden:

- — Mengenmäßige Beschränkung der Kohleneinfuhr,
- — Schutzzoll,
- — Heizölsteuer,
- — „Selbstbeschränkung" der Heizölproduzenten,
- — Frachtsubventionen für Kohlentransporte,
- — Subventionen für die Verwendung von Kohle in Kraftwerken,
- — Subventionen für die Verwendung von Kokskohle und Hochofenkoks in der Eisen- und Stahlindustrie,
- — Subventionen für den Bau von Heizwerken auf Kohlebasis,
- — Subventionen für die Rationalisierung von Zechen,
- — Subventionen im Bereich des Sozialversicherungsrechts.

Darüber hinaus mindern Stillegungsprämien den Kapitalverlust der Unternehmen.

89. Die Strukturanpassungen im Bergbau sind seit 1966 beschleunigt worden. Allerdings wird jetzt von vielen, die schon bisher den notwendigen Wandel behinderten, die rezessionsbedingte Verschärfung der sozialen Probleme des Strukturwandels zu Forderungen nach neuen Schutzmaßnahmen genutzt. So besteht die Gefahr, daß der unausweichliche Kapazitätsabbau erneut verzögert wird.

Die Wirtschaftspolitik hat es in dieser Situation mit der besonderen Schwierigkeit zu tun, daß sie noch immer mit den Nachwirkungen von Versprechen belastet ist, die früher den Bergleuten und Bergbauunternehmen gegeben worden sind ( 140 Millionen Tonnen Jahresförderung) und die diese zu marktwidrigen Entscheidungen ermutigt haben, als es wegen der Knappheit an Arbeitskräften noch verhältnismäßig leicht gewesen wäre, den Strukturwandel ohne regionale Strukturkrisen zu vollziehen. Diese Versprechen sind zwar inzwischen zurückgenommen worden, doch sie stützen heute die Schutzforderungen sowohl der Bergleute, die ihren Beruf nicht mehr wechseln wollen oder können, wie auch die der Unternehmer, die um die Rentabilität von Produktionsanlagen kämpfen, deren Wert mangels Nachfrage nur noch in den Büchern den Schrottpreis übersteigt.

90. Das einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung eigene enge Nebeneinander von Verlustrisiko und Gewinnchance, das auch in Sanierungsfällen am ehesten zum produktivsten Kapitaleinsatz führt, ist im Falle des Kohlenbergbaus besonders stark gestört. Nicht gestört wird diese Ordnung nur durch solche Maßnahmen, die eine rasche Sanierung auf marktkonforme Weise herbeiführen, das heißt, wenn die Wirtschaftspolitik

- — Daten setzt, die die Unsicherheit über die Zukunft verringern und keine Fehlanpassungen hervorrufen,
- — Anreize und Anpassungshilfen gewährt, die den Übergang erleichtern, und
- — die Infrastruktur für neue Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten schafft, die freigesetzten Arbeitskräften eine langandauernde Arbeitslosigkeit ersparen.

„Lösungen, die auf kurzfristigen Vorstellungen und partiellen Diagnosen beruhen und die nur Interessenideologien und den Gesichtspunkten politischer Optik genügen, sind ... in der Regel die Wurzel noch größerer Übel in der Zukunft" (JG 65 Ziffer 215).

Der Gesetzentwurf zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete zeigt unter diesen Gesichtspunkten einen möglichen Weg. Was den unumgänglichen Wandel der Beschäftigungsstruktur in den Bergbauregionen angeht, so könnten die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die mit dem Gesetz zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bereitgestellt werden sollen, ihre erste Bewährungsprobe bestehen.

**Schrumpfende Industrieproduktion, brachliegende Kapazitäten**

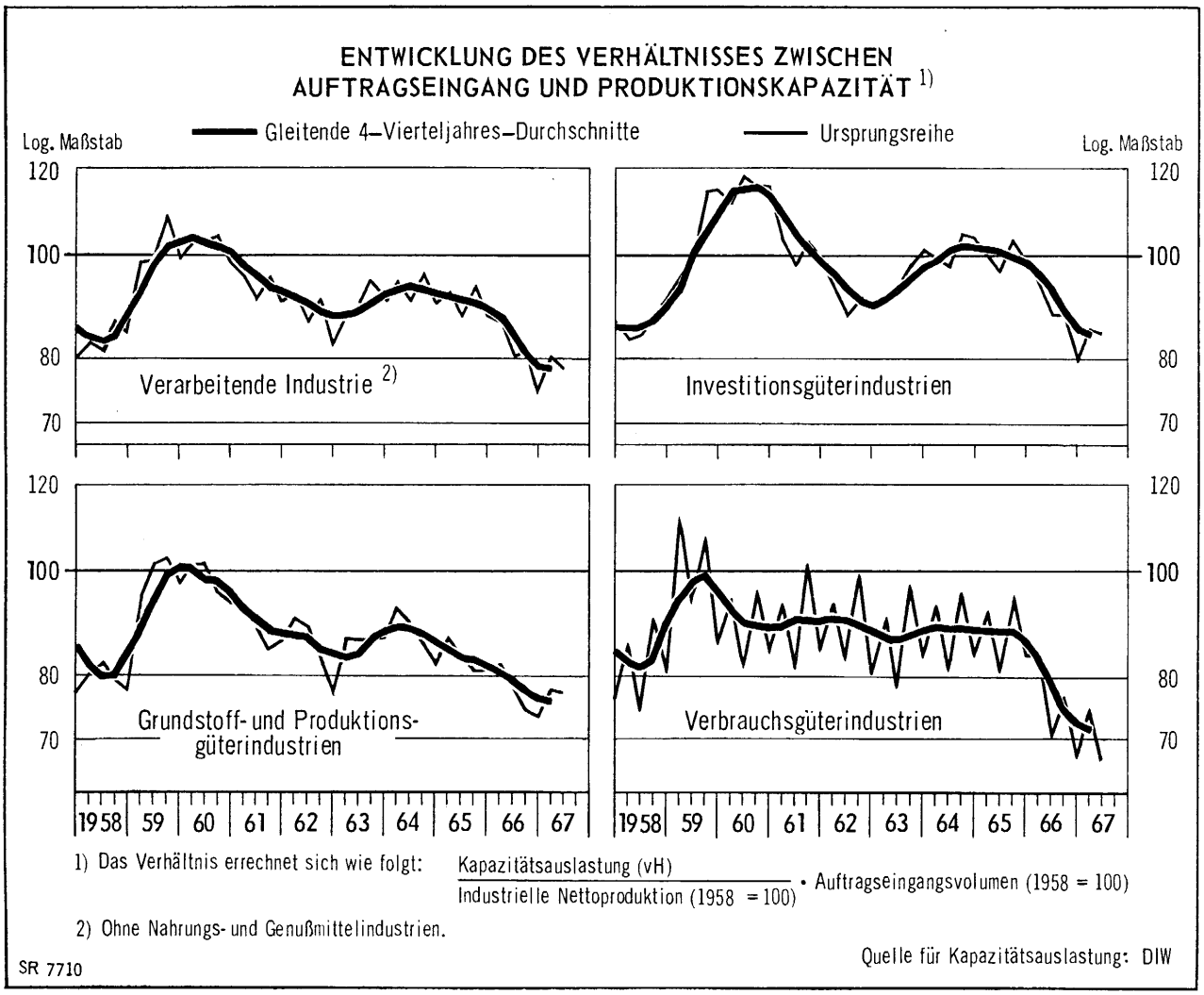
91. Vom zweiten Vierteljahr 1966 bis zum Jahresanfang 1967 schrumpfte das Produktionsvolumen — saisonbereinigt — in allen großen Gruppen der verarbeitenden Industrie, außer in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Das Verhältnis zwischen Auftragseingang und Kapazität war im Herbst 1966 für die Investitionsgüterindustrien auf das Niveau von 1963 zurückgegangen, für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie die Verbrauchsgüterindustrien war es sogar noch ungünstiger (Schaubild 21).

Im ersten Vierteljahr 1967 hatte die Produktion der verarbeitenden Industrie ihren Tiefpunkt erreicht; der Rückgang gegenüber dem Vorjahr betrug 6,3 vH. Im dritten Vierteljahr lag die Produktion immer noch um 3,3 vH unter Vorjahresniveau.

92. Tabelle 12 veranschaulicht, wie sich die Produktionsrückgänge von 1966 bis zum Frühjahr 1967 immer mehr ausbreiteten. Hatten im zweiten Vierteljahr 1966 15 von 38 Industriezweigen gegenüber dem Vorjahr ihre Produktion gedrosselt, so waren es im dritten schon 20 und im vierten 28. Im ersten Vierteljahr 1967 war die Produktion nur noch in 6 Branchen höher als im Vorjahr, während in 16 Industriezweigen das Produktionsvolumen um mehr als 10 vH unter dem Vorjahresniveau lag. Seither deutet sich auch nach der Zahl der Branchen, in denen die Produktion niedriger ist als im Vorjahr, wieder eine leichte Erholung an.

93. Bis zum zweiten Vierteljahr 1967 öffnete sich in der verarbeitenden Industrie die Schere zwischen Produktion und Produktionskapazität in einem in der Nachkriegszeit ungekannten Ausmaß; die vorhandenen Kapazitäten blieben saisonbereinigt zu mehr als einem Fünftel unge-

Schaubild 21




1) Das Verhältnis errechnet sich wie folgt: $\frac{\text{Kapazitätsauslastung (vH)}}{\text{Industrielle Nettoproduktion (1958 = 100)}} \cdot \text{Auftragseingangsvolumen (1958 = 100)}$

2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

SR 7710

Quelle für Kapazitätsauslastung: DIW

nutzt [1]) (Schaubild 22). Der Kapazitätsüberhang ergab sich nicht nur dadurch, daß die Produktion stark schrumpfte; denn das Produktionspotential ist noch gewachsen, obwohl sich die Investitionstätigkeit schon 1966 abgeschwächt hatte.

**Der Druck auf die Erzeugerpreise**

94. Je mehr die Binnennachfrage zurückging, um so stärker gerieten die Preise unter Druck (Schaubild 23). Die Erzeugerpreise der verarbeitenden Industrie sind bis zum dritten Vierteljahr 1967 gegenüber dem Höchsstand im zweiten Vierteljahr 1966 um 1,6 vH gesunken. In allen großen Industriegruppen, außer den Nahrungs- und Genußmittelindustrien, liegt das Niveau der Erzeugerpreise unter dem Vorjahresstand. Einen ähnlichen Preisrückgang hatte es in der verarbeitenden Industrie zuletzt in der Zeit vom dritten Vierteljahr 1958 bis zum zweiten Vierteljahr 1959 gegeben; damals waren die Preise um 1,9 vH gefallen. Dagegen war es im Konjunkturabschwung 1962/63 zu keinem wesentlichen Preisrückgang in der Industrie gekommen.

Dem sinkenden Niveau der Inlandspreise stand 1967 ein nahezu stabiles Niveau der Exportpreise gegenüber (Ziffern 45 ff.). Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte sinken infolge guter Ernten bereits seit dem Frühjahr 1966. Der Preisindex ist bis zum dritten Vierteljahr 1967 gegenüber dem Vorjahr um 7,8 vH zurückgegangen.

[1]) Die Auslastungsschätzung beruht auf dem Vergleich der tatsächlichen Produktivität des Anlagevermögens der einzelnen Branchen mit ihrem Trendwert, das heißt dem Wert, der sich ergibt, wenn man Saison- und Konjunkturschwankungen sowie Zufallsfehler rechnerisch ausschaltet. Bei der Trendrechnung wird angenommen, daß sich die Kapitalproduktivität durch die Substitution von Arbeit durch Kapital und durch den technischen Fortschritt relativ stetig verändert. Abweichungen der gemessenen Produktivitäten von den Trendwerten können als Ausdruck für den Ausnutzungsgrad des Produktionspotentials gewertet werden.

Tabelle 12

**Von 38 Industriezweigen haben ihre Produktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum**

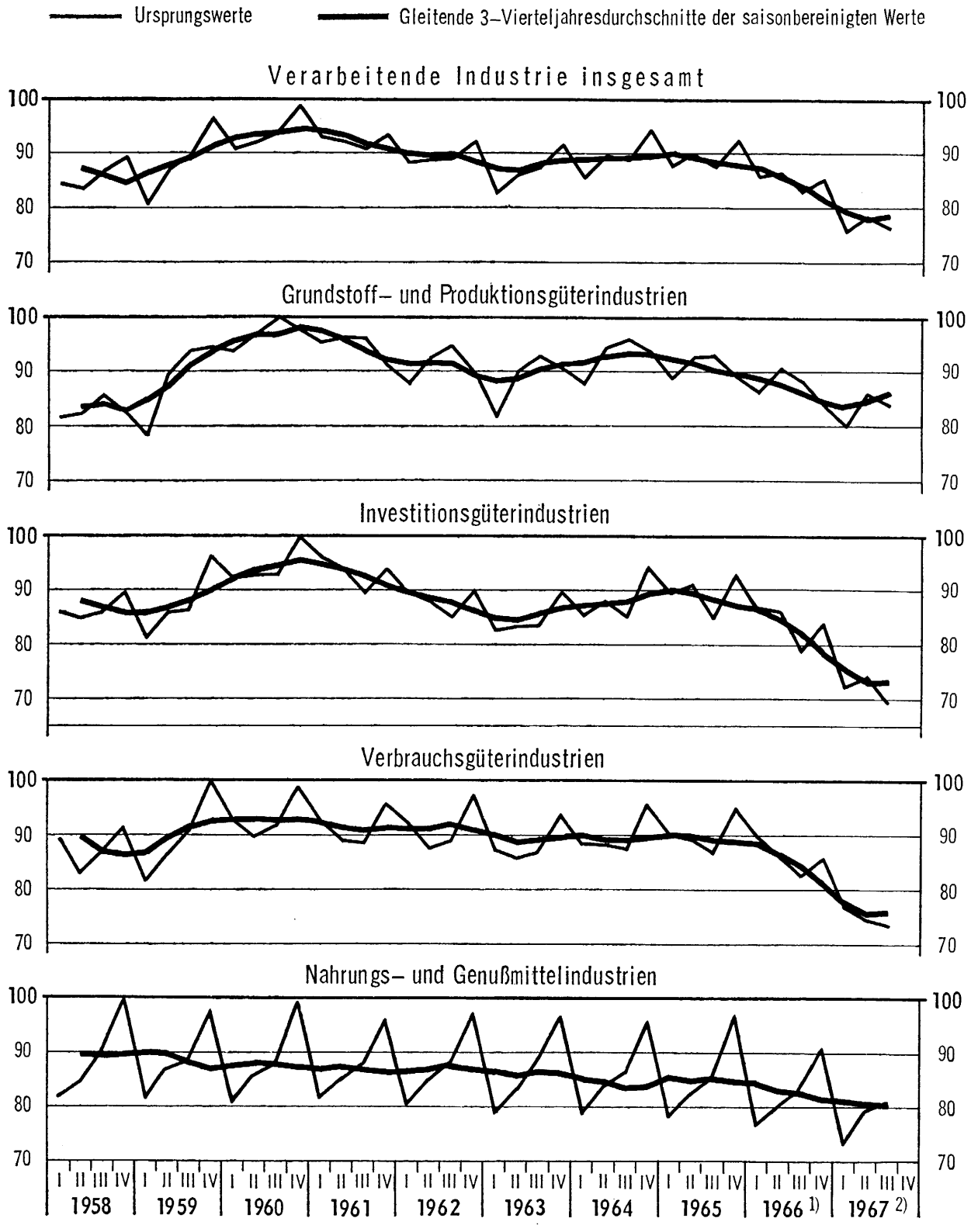
| Zeitraum | gedrosselt [1]) | | | | | | erhöht [1]) | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | über 10,0 vH | 5,1 bis 10,0 vH | 2,1 bis 5,0 vH | bis 2,0 vH | zusammen | | bis 2,0 vH | 2,1 bis 5,0 vH | 5,1 bis 10,0 vH | über 10,0 vH |
| 1958 | — | 4 | 4 | 5 | 13 | 25 | 7 | 11 | 1 | 6 |
| 1959 | — | 3 | 2 | — | 5 | 33 | 2 | 6 | 15 | 10 |
| 1960 | — | 2 | — | — | 2 | 36 | 2 | 2 | 13 | 19 |
| 1961 | — | — | — | 1 | 1 | 37 | 8 | 10 | 13 | 6 |
| 1962 | 1 | 3 | 5 | 4 | 13 | 25 | 6 | 6 | 9 | 4 |
| 1963 | 1 | 3 | 2 | 6 | 12 | 26 | 7 | 12 | 3 | 4 |
| 1964 | — | 1 | — | 1 | 2 | 36 | 3 | 8 | 12 | 13 |
| 1965 | — | 1 | 2 | 2 | 5 | 33 | 3 | 12 | 12 | 6 |
| 1966 | 2 | 6 | 5 | 7 | 20 | 18 | 4 | 9 | 4 | 1 |
| 1966 1. Vierteljahr | 2 | 2 | 4 | 2 | 10 | 28 | 7 | 8 | 9 | 4 |
| 2. Vierteljahr | 1 | 3 | 5 | 6 | 15 | 23 | 6 | 8 | 7 | 2 |
| 3. Vierteljahr | 1 | 7 | 5 | 7 | 20 | 18 | 6 | 8 | 4 | — |
| 4. Vierteljahr | 8 | 10 | 5 | 5 | 28 | 10 | 2 | 4 | 3 | 1 |
| 1967 1. Vierteljahr | 16 | 10 | 4 | 2 | 32 | 6 | — | 3 | 3 | — |
| 2. Vierteljahr | 13 | 8 | 3 | 3 | 27 | 11 | 2 | 5 | 3 | 1 |
| 3. Vierteljahr [2]) | 10 | 12 | 4 | 2 | 28 | 10 | 5 | 2 | 2 | 1 |

Ohne Berlin.
[1]) Auszählung nach dem kalendermonatlichen Nettoproduktionsindex (1958 = 100).
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle bis 1965 sowie für 1. Vierteljahr 1966: RWI, Essen

Schaubild 22

## VIERTELJÄHRLICHE KOEFFIZIENTEN DER KAPAZITÄTSAUSNUTZUNG DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE

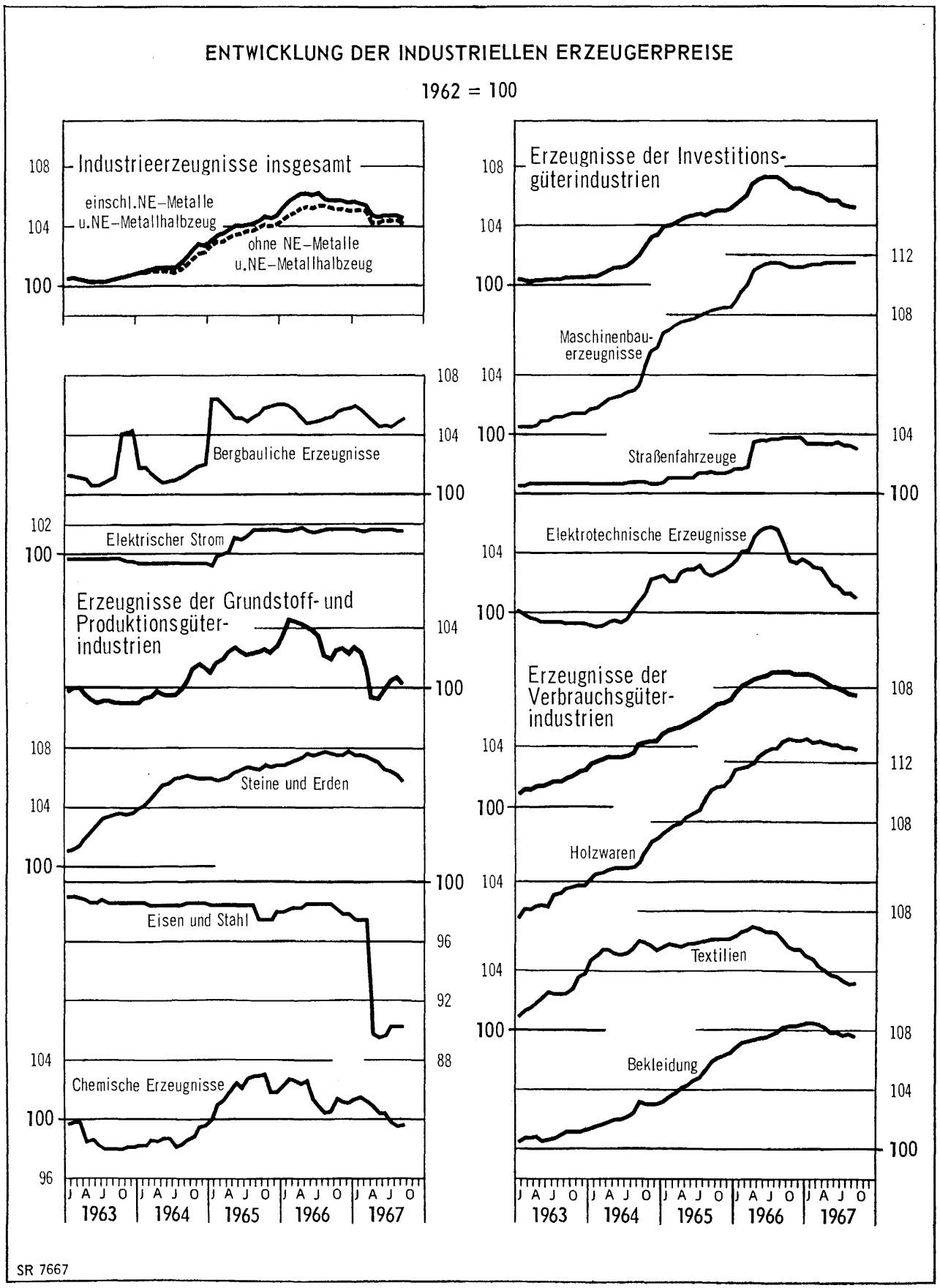



1) Vorläufig.– 2) Schätzung des DIW.

Quelle: DIW

SR 7721

Schaubild 23



**Produktivitätsverluste in der Industrie**

95. Nicht in allen Bereichen der Industrie gelang es, den Produktionsmitteleinsatz und den Produktionsablauf so schnell an die schrumpfende Produktion anzupassen, daß ein Rückgang der Arbeitsproduktivität vermieden werden konnte. So lag in den ersten sechs Monaten 1967 das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Textilindustrie um 2 vH, im Maschinenbau um 2,3 vH und im Straßenfahrzeugbau sogar um 5,9 vH unter dem Vorjahresniveau.

96. Jedoch ergibt sich für die verarbeitende Industrie insgesamt im ersten Halbjahr 1967 ein Anstieg der Arbeitsproduktivität (4,1 vH). Im Vergleich zum Vorjahr war dieser zwar im ersten Vierteljahr 1967 bis auf 2 vH [1]) zurückgegangen. Seitdem ist aber ein kräftiger Anstieg zu beobachten: 6,2 vH im zweiten und 5,9 vH im dritten Vierteljahr 1967.

[1]) Ein Teil des Unterschieds erklärte sich aus dem veränderten zeitlichen Rhythmus der Schulentlassungen und der Verlängerung der Schulzeit. Der für das erste Vierteljahr errechnete Produktivitätsfortschritt dürfte aus diesem Grund etwas zu niedrig, der für das zweite Vierteljahr etwas überhöht sein.

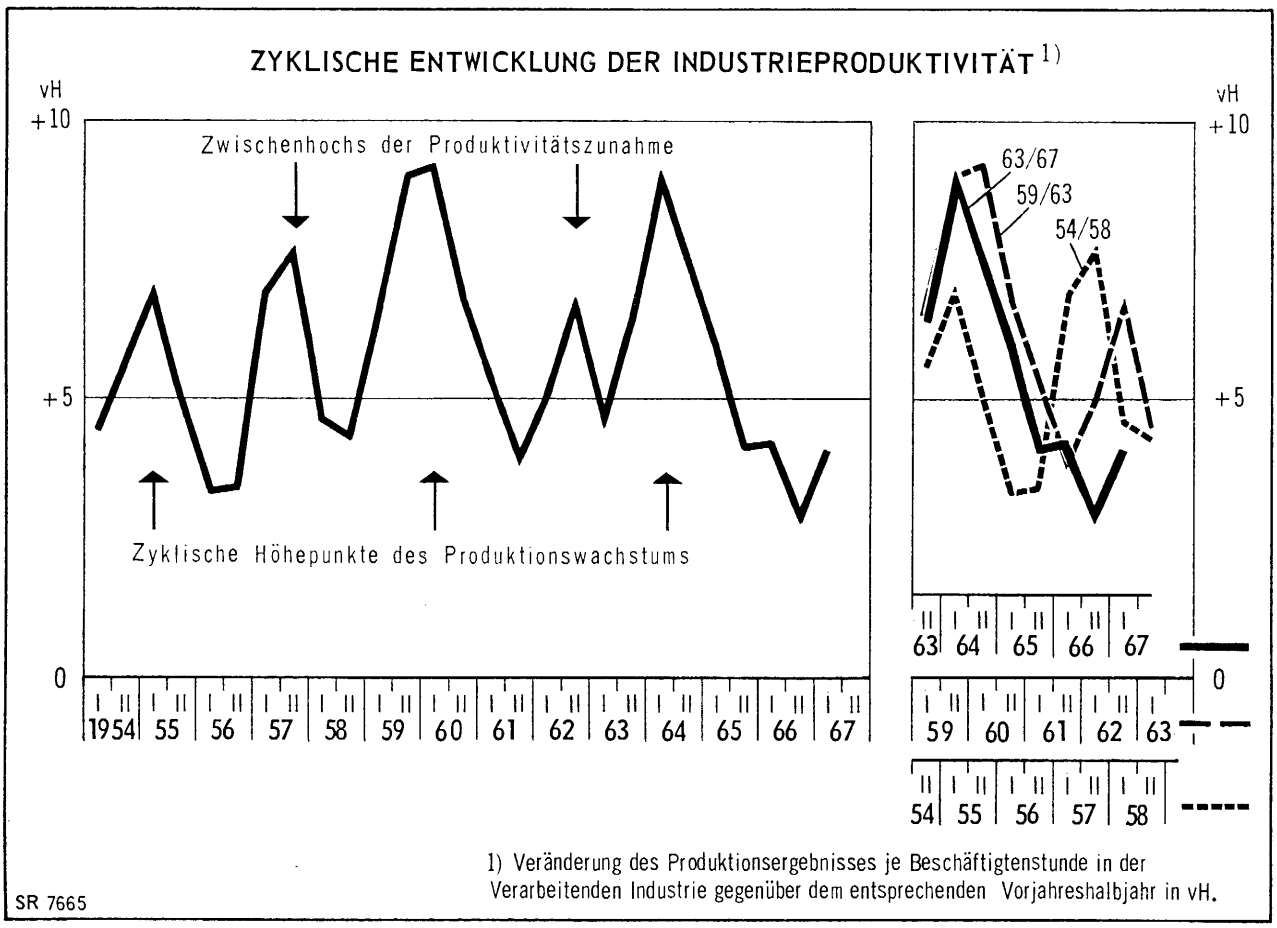
Der Produktivitätsverlauf war im zweiten Halbjahr 1966 und im ersten Halbjahr 1967 im Vergleich zu früheren Zyklen untypisch (Schaubild 24). Noch im Herbst 1966 konnte man in Analogie zu ähnlichen Perioden erwarten, daß im weiteren Verlauf des Abschwungs mit der „Enthortung" von Arbeitskräften die — statistisch gemessene — Produktivität vorübergehend kräftiger steigen würde (JG 66 Ziffer 85). Dieser Enthortungseffekt kam jedoch im zweiten Halbjahr 1966 noch nicht zum Tragen, da die Kapazitätsauslastung viel stärker zurückging als in den vergleichbaren Phasen früherer Zyklen.

## VI. Einkommen

97. Das Volkseinkommen, das zwischen 1958 und 1966 um durchschnittlich 8 vH gestiegen war, wird 1967 zum ersten Male seit Bestehen der Bundesrepublik nicht mehr zunehmen. Zum ersten Male seit 1950 stagniert damit das Volkseinkommen in einem großen europäischen Industrieland.

Im ersten Halbjahr 1967 lag das Volkseinkommen um 1,4 vH unter dem des ersten Halbjahres

Schaubild 24




1) Veränderung des Produktionsergebnisses je Beschäftigtenstunde in der Verarbeitenden Industrie gegenüber dem entsprechenden Vorjahreshalbjahr in vH.

Tabelle 13

**Zur Entwicklung und Verteilung des Volkseinkommens**

| | 1964 | 1965 [1] | 1966 [1] | 1966 [1] 1. Halbjahr | 1966 [1] 2. Halbjahr | 1967 1. Halbjahr [2] |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Milliarden DM | | | | | |
| VOLKSEINKOMMEN (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) .. | 316,5 | 343,6 | 362,4 | 171,1 | 191,3 | 168,8 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ..... | 204,4 | 225,8 | 243,0 | 116,3 | 126,6 | 117,5 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ..... | 112,1 | 117,8 | 119,5 | 54,8 | 64,7 | 51,3 |
| NETTOEINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE AUS ERWERBSTÄTIGKEIT UND VERMÖGEN | 224,0 | 246,2 | 257,4 | . | . | . |
| Empfangene laufende Übertragungen vom Staat ..... | 52,7 | 58,9 | 64,5 | 31,8 | 32,6 | 35,0 |
| VERFÜGBARES EINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE OHNE NICHT-ENTNOMMENE GEWINNE U. Ä. ..... | 262,3 | 290,9 | 308,9 | 144,9 | 164,0 | 149,1 |
| Nachrichtlich: Masseneinkommen [3] ..... | 203,0 | 226,3 | 242,4 | 118,3 | 124,1 | 121,6 |
| Volkseinkommen je Einwohner in DM .... | 5 432 | 5 823 | 6 077 | 2 877 | 3 200 | 2 821 |
| | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | |
| VOLKSEINKOMMEN (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) ... | + 9,5 | + 8,6 | + 5,5 | + 6,6 | + 4,5 | − 1,4 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ..... | + 9,6 | +10,5 | + 7,6 | + 9,1 | + 6,2 | + 1,0 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ..... | + 9,4 | + 5,0 | + 1,4 | + 1,6 | + 1,3 | − 6,4 |
| NETTOEINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE AUS ERWERBSTÄTIGKEIT UND VERMÖGEN | + 9,9 | + 9,9 | + 4,6 | . | . | . |
| Empfangene laufende Übertragungen vom Staat ..... | +10,2 | +11,7 | + 9,4 | +10,5 | + 8,4 | +10,1 |
| VERFÜGBARES EINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE OHNE NICHT-ENTNOMMENE GEWINNE U. Ä. ..... | + 9,4 | +10,9 | + 6,2 | + 6,7 | + 5,7 | + 2,9 |
| Nachrichtlich: Masseneinkommen [3] ..... | + 9,7 | +11,5 | + 7,1 | + 8,3 | + 6,0 | + 2,8 |
| Volkseinkommen je Einwohner ..... | + 8,2 | + 7,2 | + 4,4 | + 5,4 | + 3,5 | − 1,9 |

[1] Vorläufige Ergebnisse.
[2] Erste vorläufige Ergebnisse.
[3] Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen.

1966. Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit war geringfügig (1 vH) höher als im Vorjahr, das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 6,5 vH niedriger (Tabelle 13 und Tabelle 83 im Anhang).

98. Die Lohnquote ist folglich gestiegen, wie auch schon 1966, als sich das wirtschaftliche Wachstum abschwächte (Tabelle 84 im Anhang). Gerade das Jahr 1967 verdeutlicht, daß eine Einkommensdiskussion nicht von den Quoten der Einkommensverteilung ausgehen sollte: zwar ist die Lohnquote höher als jemals seit 1950, aber gleichzeitig stagniert das Lohneinkommen. Das wirkliche Interesse aller Beteiligten kann nur darauf gerichtet sein, daß die Realeinkommen wachsen. Dies läßt sich auf die Dauer nur dadurch erreichen, daß insgesamt mehr produziert wird. Einem kräftigen Wachstum der individuellen Einkommen stünde es entgegen, wenn die Erfahrung der Rezession Arbeitnehmer und Unternehmer zu falschen Entscheidungen für die Zukunft verführte: Wachstumsfeindlich, weil mobilitätsfeindlich, wäre eine Politik der Gewerkschaften, die aus der wiedererweckten, verständlichen Sorge um die Arbeitsplätze durch institutionelle und vertragliche Regelungen mehr Sicherheit für die Arbeitnehmer erstrebte, als der Markt selbst dann nicht bieten kann, wenn sich Nachfrage und Produktion normalisiert haben. Wachstumshemmend wäre es auch, wenn die Unternehmer die starke Einschränkung ihrer Selbstfinanzierungsspielräume in der Rezession zum Anlaß nähmen, weiter mit den Investitionen zurückzuhalten; denn mit der Wiederbelebung der Konjunktur werden sich die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten schon bald wieder vergrößern; außerdem hat die staatliche Wirtschaftspolitik durchaus Möglichkeiten, für eine ausreichende Eigenkapitalbasis der Unternehmen zu sorgen (Ziffer 509 ff.).

**Die Rezession brachte das Wachstum der Lohnsumme erstmals zum Stillstand**

99. Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit war im ersten Halbjahr 1967 nur um 1 vH höher als während des ersten Halbjahres 1966 (Tabelle 13). Konjunkturell ist es gegenüber der zweiten Hälfte 1966 um etwa 1,5 vH gesunken. Viele Arbeitnehmer haben dabei erheblich stärkere Einkommensschmälerungen hinnehmen müssen, als in diesen Durchschnittszahlen zum Ausdruck kommt.
Der Knick in der Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen geht darauf zurück,
- daß erstmals seit dem Abschwung im Jahre 1958 Lohnempfänger wieder in großer Zahl ihre Arbeitsplätze verloren haben;
- daß in beträchtlichem Umfang Überstunden abgebaut wurden und daß, besonders in der Zeit zwischen Januar und Mai 1967, viele Betriebe vorübergehend Kurzarbeit eingeführt haben;
- daß übertarifliche Leistungen gekürzt wurden und
- daß sich seit Mitte 1966 der Anstieg der Tariflöhne erheblich verlangsamt hat (Schaubild 25).

100. Die Rezession hat die Einkommen der Arbeitnehmer in der Industrie und im Baugewerbe mehr als in anderen Bereichen getroffen, am stärksten die Einkommen der Arbeiter. Vor allem wegen des Rückgangs der Arbeitszeit lagen die Wochenlöhne der Industriearbeiter und der Bauarbeiter unter dem Niveau des Vorjahres (Tabelle 14). In der verarbeitenden Industrie war die wöchentliche Arbeitszeit im ersten Halbjahr 1967 um 2¼ Stunden kürzer als im Vorjahr. In welchem Umfang übertarifliche Leistungen abgebaut wurden, läßt sich nicht genau angeben; Einzelinformationen legen den Schluß nahe, daß eher Nebenleistungen — wie Zuschüsse zum Mittagessen und zum Urlaub oder Naturalleistungen — als übertarifliche Lohnbestandteile gekürzt wurden. In weiten Bereichen, wie dem Baugewerbe, dem Maschinenbau und der Eisen- und Stahlindustrie, sind zeitweilig sogar die effektiven Stundenlöhne zurückgegangen. Ausländische Beobachter hat dies überrascht, da die Effektivlöhne in allen Industrieländern seit dem Zweiten Weltkrieg nach unten weitgehend starr waren; dabei übersehen sie jedoch die Stärke des Konjunkturrückschlags in der Bundesrepublik. In der Industrie insgesamt und im Bauhauptgewerbe holten die Tariflöhne gegenüber den Effektivlöhnen auf; die Lohndrift wurde negativ (Tabelle 14).

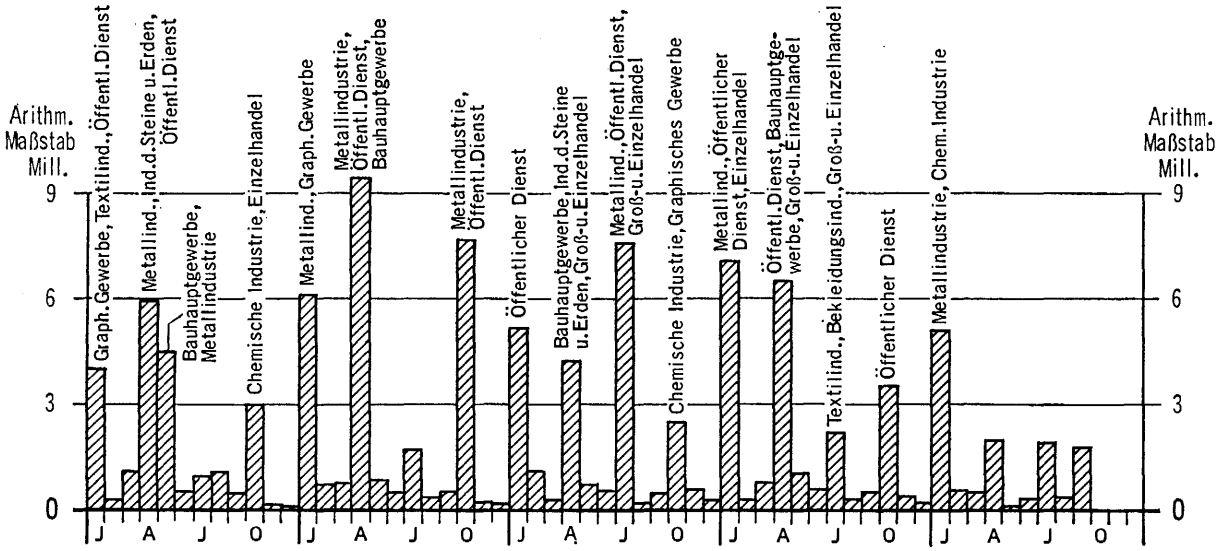
101. Dies geschah, obwohl sich auch die Tariflohnentwicklung deutlich der veränderten Lage auf dem Arbeitsmarkt anpaßte. Bei Neuabschlüssen während der ersten neun Monate 1967 wurden die tariflichen Stundenlöhne um durchschnittlich 3,6 vH erhöht. Derart geringe Lohnerhöhungen sind von den Tarifpartnern in keinem der letzten zehn Jahre vereinbart worden. Wenn das Tariflohnniveau im Durchschnitt der Monate Januar bis September den Vorjahresstand trotzdem noch 3,2 vH überschritt (Schaubild 25), so geht dies außerdem darauf zurück, daß am Anfang des Jahres noch beträchtliche Stufenlohnerhöhungen fällig geworden waren.

102. Kennzeichnend für die tarifpolitische Entwicklung seit Anfang 1967 sind außerdem folgende Umstände:
- Bis zum Ende Oktober 1967 sind für 4,5 Millionen Arbeitnehmer Lohnerhöhungen vereinbart worden, für 6,5 Millionen herrschte ein tarifloser Zustand. Dies bringt zum Ausdruck, wie schwierig und langwierig Tarifverhandlungen in einer durch unsichere Erwartungen geprägten Konjunkturlage sind.
- Während in den letzten Jahren Lohnerhöhungen meist rückwirkend in Kraft traten, sahen die 1967 getroffenen Vereinbarungen häufig eine „Lohnpause" von mehreren Monaten vor.

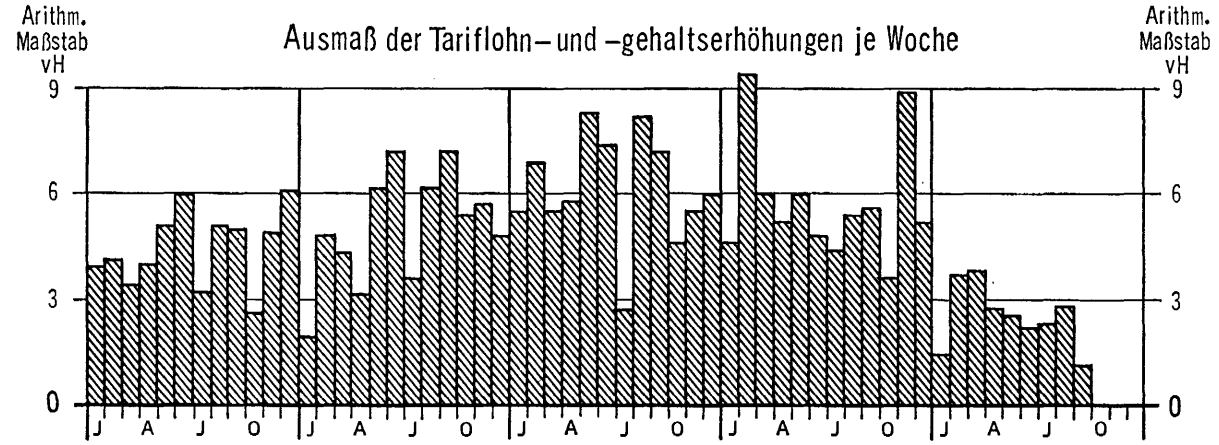
Schaubild 25

## ZUR TARIFLOHNENTWICKLUNG

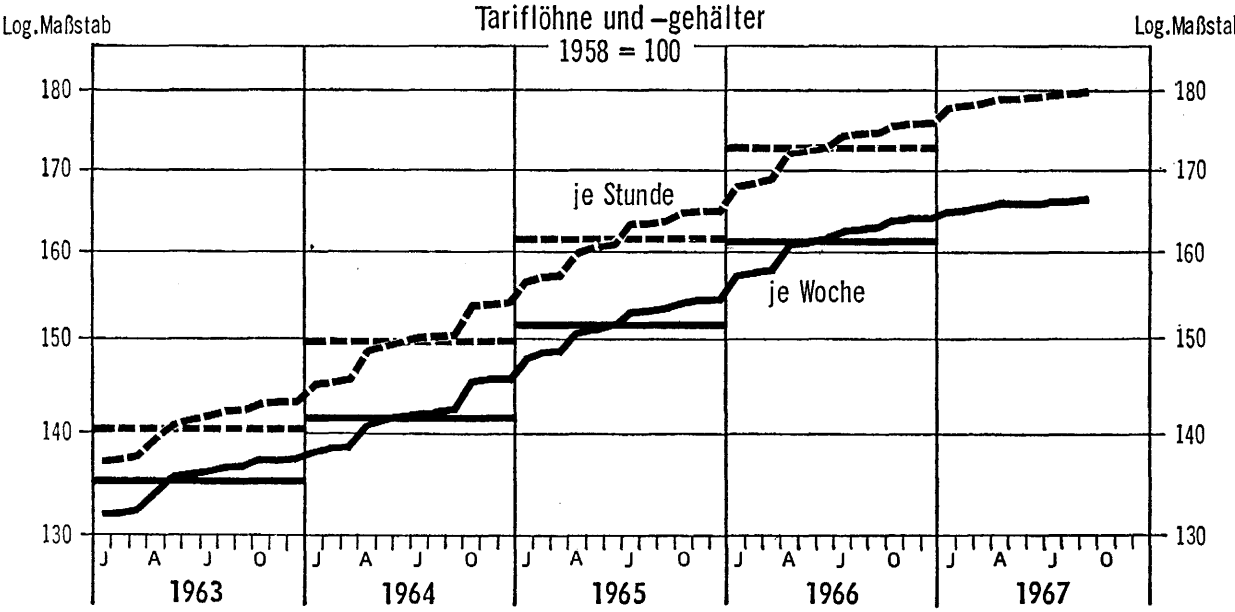
### Zahl der Beschäftigten, für die Tariflohn- und -gehaltserhöhungen in Kraft getreten sind




### Ausmaß der Tariflohn- und -gehaltserhöhungen je Woche




### Tariflöhne und -gehälter




SR 7703

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14

**Zur Lohnentwicklung**

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

| Gesamtwirtschaft | 1959 | 1960 | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1966 1. Halbjahr | 1966 2. Halbjahr | 1967 1. Halbjahr |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Einkommen aus unselbständiger Arbeit [1] | | | | | | | | | | | |
| Bruttoeinkommen | 7,2 | 12,5 | 12,5 | 10,6 | 7,3 | 9,6 | 10,5 | 7,6 | 9,1 | 6,2 | 1,0 |
| Bruttolohn- und -gehaltssumme [2] | 7,4 | 12,5 | 12,8 | 10,7 | 7,3 | 10,2 | 10,5 | 7,3 | 8,7 | 6,1 | 0,7 |
| Nettoeinkommen | 7,6 | 11,0 | 11,9 | 10,2 | 6,8 | 9,6 | 11,3 | 6,1 | 7,3 | 4,9 | 0,1 |
| Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer | 5,4 | 9,3 | 10,6 | 9,0 | 6,1 | 8,9 | 9,0 | 7,2 | 7,9 | 6,6 | 4,3 |
| Tariflöhne und -gehälter [3] | | | | | | | | | | | |
| je Woche | 3,0 | 6,8 | 8,5 | 7,6 | 5,1 | 4,9 | 7,0 | 6,3 | 6,4 | 6,1 | 3,7 |
| je Stunde | 4,7 | 7,5 | 8,7 | 8,8 | 5,8 | 6,4 | 7,8 | 7,1 | 7,3 | 6,7 | 4,8 |

| Industrie | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1966 [4] 1. Vierteljahr | 1966 [4] 2. Vierteljahr | 1966 [4] 3. Vierteljahr | 1966 [4] 4. Vierteljahr | 1967 [4] 1. Vierteljahr | 1967 [4] 2. Vierteljahr | 1967 [4] 3. Vierteljahr |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Industrie (einschließlich Bau) [5] | | | | | | | | | | | |
| Löhne und Gehälter je Beschäftigten | 6,5 | 10,7 | 9,1 | 7,1 | 8,8 | 7,3 | 6,7 | 5,7 | 4,1 | 1,9 | . |
| Tariflöhne und -gehälter | | | | | | | | | | | |
| je Woche | 4,6 | 5,1 | 6,6 | 6,2 | 7,0 | 6,7 | 5,9 | 5,4 | 3,8 | 2,2 | 2,0 |
| je Stunde | 5,5 | 6,9 | 7,4 | 6,8 | 7,9 | 7,1 | 6,3 | 5,7 | 5,4 | 3,9 | 3,5 |
| Verarbeitende Industrie | | | | | | | | | | | |
| Bruttolohn- und -gehaltssumme | 2,7 | 10,5 | 12,0 | 6,9 | 9,1 | 8,8 | 6,8 | 3,4 | −1,2 | − 4,1 | − 4,7 |
| Bruttowochenverdienste | 6,2 | 8,2 | 10,4 | 6,5 | 6,6 | 9,0 | 6,6 | 3,9 | −0,1 | − 0,7 | − 1,0 |
| Bruttostundenverdienste | 7,2 | 8,6 | 9,4 | 7,4 | 7,4 | 9,1 | 7,2 | 5,8 | 6,2 | 3,4 | 2,8 |
| Bauhauptgewerbe | | | | | | | | | | | |
| Bruttolohn- und -gehaltssumme | 10,2 | 19,8 | 6,3 | 7,0 | 19,2 | 5,5 | 3,5 | 4,5 | −3,9 | −16,9 | −13,6 |
| Bruttowochenverdienste [6] | 9,5 | 8,2 | 8,8 | 5,6 | 10,5 | 6,5 | 4,4 | 1,8 | −1,3 | − 3,7 | − 3,0 |
| Bruttostundenverdienste [6] | 9,5 | 9,7 | 9,5 | 6,1 | 9,7 | 5,9 | 5,1 | 4,0 | 2,5 | − 1,9 | − 1,5 |

[1] 1959 und 1960 ohne Saarland und Berlin, 1965 und 1966 vorläufige, 1967 erste vorläufige Ergebnisse.
[2] Ohne Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer.
[3] Ohne Berlin, bis 1960 ohne Saarland; 1966 und 1967 vorläufige Ergebnisse (Quelle: Deutsche Bundesbank).
[4] Für Bruttowochen- bzw. -stundenverdienste: Januar, April, Juli, Oktober.
[5] Ohne Berlin; 1966 und 1967 vorläufige Ergebnisse (Quelle: Deutsche Bundesbank).
[6] Hoch- und Tiefbau (einschließlich Handwerk).

— Es wurden kaum noch Tarifverträge mit Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten abgeschlossen (Tabelle 85 im Anhang). In manchen Bereichen wurden bereits gekündigte Tarifverträge wieder in Kraft gesetzt, dabei allerdings Kündigungsfristen von wenigen Wochen vereinbart.

— Arbeitszeitverkürzungen wurden außer im öffentlichen Dienst in keinem großen Bereich gefordert.

— Erstmals kündigten die Arbeitgeber in einem großen Bereich, nämlich in der Metallindustrie, die Tarifverträge.

— Die Arbeitnehmer boten in den Lohnverhandlungen an, Tariflohnerhöhungen, dort wo dies möglich ist, auf übertarifliche Lohnzuschläge anrechnen zu lassen. Die Arbeitgeber brachten dagegen vor, daß eine weitergehende tarifliche Absicherung von Effektivlohnbestandteilen nicht nur in Ausnahmefällen, sondern in sehr vielen Betrieben die Lohnkosten erhöhen müsse. In einigen Bereichen kam es daraufhin zu Urabstimmungen über einen Streik; hier und dort wurde auch gestreikt.

— Arbeitsplatzsicherung und Rationalisierungsschutz waren erstmals seit 1959 wieder Gegenstand vieler Tarifverhandlungen. In der eisenschaffenden Industrie, in der Textilindustrie und in der Kautschukindustrie traten bereits Abmachungen zur Arbeitsplatzsicherung in Kraft. Sie beinhalten zum Beispiel einen erweiterten Kündigungsschutz, Lohngarantien bei der Umsetzung auf niedriger bewertete Arbeitsplätze und bei Entlassung eine Abfindung bis zur Höhe eines Jahreseinkommens.

Einen Überblick über einzelne Ereignisse, die für die Tarifpolitik seit dem Herbst 1966 besonders wichtig oder besonders kennzeichnend waren, vermittelt Tabelle 15.

**Die Lohn-Produktivitäts-Schere schließt sich, aber in der Lohnpolitik herrscht viel Unsicherheit**

103. Die Spanne zwischen Lohnanstieg und Produktivitätsfortschritt, die 1965 und 1966 besonders groß gewesen war, hat sich seither deutlich verkleinert (Schaubild 26). Dabei bringt der Vorjahresvergleich den Tendenzwandel nur unvollkommen zum Ausdruck: konjunkturell gesehen verlangsamt sich der Lohnanstieg seit Anfang 1967 weiter, während die Produktivität, vor allem in der Industrie, beschleunigt zunimmt.

104. Es herrscht jedoch heute große Unsicherheit über die weitere Lohnentwicklung. Für etwa zehn Millionen Arbeitnehmer stehen nach unseren Schätzungen in der Zeit von Anfang November 1967 bis Ende März 1968 Tarifverträge zur Verhandlung an; zu den 6,5 Millionen Arbeitnehmern, für die Ende Oktober ein

Schaubild 26

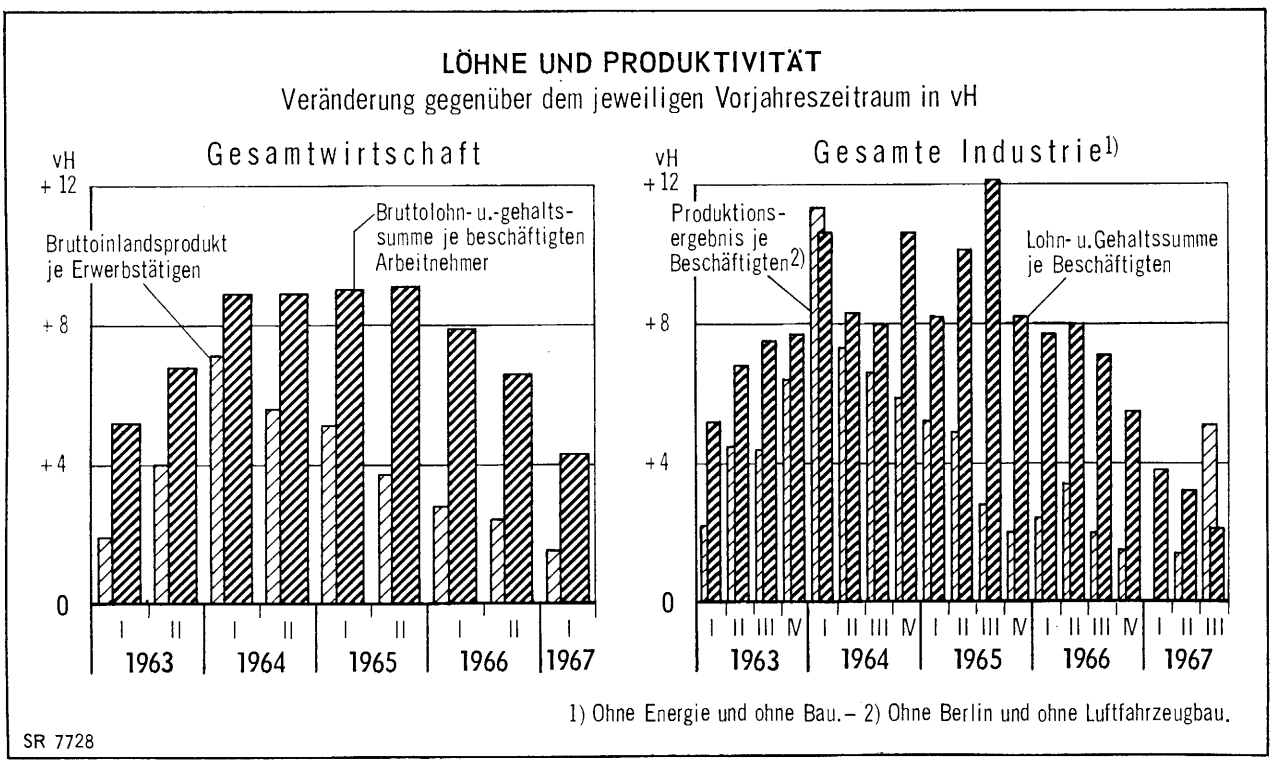


Tabelle 15

**Kalender einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse**

| Monat | Bereich | Zahl der Betroffenen | |
|---|---|---|---|
| 1967 | | | |
| Mai | Metallindustrie | — | In Niedersachsen kommt es wegen der Kürzung der Akkordlöhne in einzelnen Werken zu Warnstreiks. |
| | Bauwirtschaft | 74 000 | In Norddeutschland werden neue Tarifverträge für die Angestellten abgeschlossen; sie sollen am 1. August 1967 in Kraft treten und eine Laufzeit von zwölf Monaten haben. Tariflohnerhöhung: 3,4 vH. |
| | Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost | 1 600 000 | Die Tarifverträge werden gekündigt. |
| Juni | Landwirtschaft | 210 000 | Die Tarifverhandlungen werden auf unbestimmte Zeit vertagt. |
| | Metallindustrie | 2 500 000 | Alle Tarifverträge in der metallverarbeitenden Industrie (außer Bayern) werden kündbar, die IG Metall fordert Absicherung übertariflicher Leistungen und sichert „Kostenneutralität" zu. — Nachdem die IG Metall in Baden-Württemberg die Verträge gekündigt hat, kündigen die Arbeitgeber von sich aus die restlichen Tarifverträge; sie streben zentrale Lohnverhandlungen und eine Lohnpause bis zum März 1968 an. |
| Juli | Schuhindustrie | 100 000 | Tarifvertrag mit einer Lohnerhöhung von 1,7 vH, Laufzeit zwölf Monate. |
| | Eisen- und Stahlindustrie | 170 000 | In der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie werden die Tariflöhne um 3,3 vH erhöht und voll auf die Effektivlöhne angerechnet. |
| | Metallindustrie | 2 500 000 | Tarifgespräche auf September vertagt. |
| Aug. | Baugewerbe | 1 400 | Streik der nordrhein-westfälischen Fliesenleger (seit 10. 7.) beigelegt; die Kürzung der Akkordsätze um rund 5 vH wird hingenommen. |
| | Graphisches Gewerbe | 170 000 | Die IG Druck und Papier verzichtet darauf, den bestehenden Lohntarifvertrag zu kündigen; statt dessen strebt sie die Abwendung von Härten bei Rationalisierungsmaßnahmen an. |
| Sept. | Metallindustrie | 470 000 | Die IG Metall kündigt im metallverarbeitenden Gewerbe Bayerns die Tarifverträge. |
| | Textilindustrie | 420 000 | Die IG Textil läßt die kündbaren Verträge — Bundesgebiet ohne Westfalen und Saarland — schwebend wirksam bleiben. Sicherung der Einkommen und der Arbeitsplätze angestrebt. |
| | Bauwirtschaft | 1 300 000 | Auf Grund des Tarifvertrages vom April 1967 tritt für die Bauarbeiter eine Stufenerhöhung um durchschnittlich 1 vH in Kraft. |
| | Kautschukindustrie | 30 000 | Für die Arbeitnehmer in der niedersächsischen Gummiindustrie wird über ein Arbeitsplatzsicherungsabkommen verhandelt. |
| | Metallindustrie | 340 000 | In Hessen wird der Manteltarifvertrag gekündigt mit dem Ziel tariflicher Absicherung von Leistungszulagen und des Schutzes von Rationalisierungsgeschädigten. |

noch Tabelle 15

**Kalender einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse**

| Monat | Bereich | Zahl der Betroffenen | |
|---|---|---|---|
| 1966 Sept. | Graphisches Gewerbe | 170 000 | Im graphischen Gewerbe des gesamten Bundesgebietes werden die Tariflöhne und -gehälter um 5,6 vH erhöht. Laufzeit der Verträge: zwölf Monate. |
| | Textilindustrie | 160 000 | Für die nordrhein-westfälische Textilindustrie werden um 6 vH höhere Stundenlöhne tarifiert. Laufzeit der Verträge: zwölf bis vierzehn Monate. |
| Okt. | Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost | 1 600 000 | Stufenerhöhung für die Arbeiter und Angestellten um 2 vH nach dem Tarifvertrag vom April 1966, nach dem damals die Löhne um 6 vH erhöht worden waren. |
| | Beamte | 1 300 000 | Stufenerhöhung der Beamtengehälter um 4 vH nach dem Gesetz über die Dienst- und Versorgungsbezüge vom 13. Dezember 1965. |
| Nov. | Alters- und Unfallrenten | 7 200 000 | Ab Januar 1967 werden die Altersrenten um 8 vH, die Unfallrenten um 9 vH heraufgesetzt. |
| Dez. | Öffentlicher Dienst | 1 200 000 | Einführung einer beamtenähnlichen Altersversorgung für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. |
| | Metallindustrie | 90 000 | Volkswagenwerk legt Kurzarbeit und eine arbeitsfreie Woche ein. |
| 1967 Jan. | Metallindustrie | 3 600 000 | Die 40-Stunden-Woche wird eingeführt (2. „Reinhartshausener Abkommen"), nachdem dies 1966 aufgeschoben worden war. Stundenlohnerhöhung um 5 vH (einschließlich Ausgleich für Arbeitszeitverkürzung). |
| | Chemische Industrie | 620 000 | Tarifverträge, die in den nächsten Monaten wirksam werden sollen, bringen 6,7 vH Stundenlohnerhöhung (mit Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung); Laufzeit zwölf Monate. |
| | Eisen- und Stahlindustrie | 250 000 | Die kündbar gewordenen Tarifverträge in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens werden nicht gekündigt. |
| Febr. | Bauwirtschaft | 1 300 000 | Die Tarifverhandlungen werden vertagt. |
| | Eisen- und Stahlindustrie | 250 000 | In der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie werden die Tarifverträge gekündigt. |
| | Arbeitslose<br>Kurzarbeiter | 673 600<br>343 700 | } Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erreichen ihren Höhepunkt. |
| März | Bekleidungsindustrie | 53 000 | In der westfälischen Bekleidungsindustrie wird der zum Jahresende gekündigte Tarifvertrag ohne jede Lohnerhöhung wieder in Kraft gesetzt, neue Kündigungsfrist 14 Tage. |
| April | Bauwirtschaft | 1 300 000 | Tarifverträge werden abgeschlossen, die ab 1. Juli 1967 eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 2,1 vH vorsehen (einschließlich Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden). |

noch Tabelle 15

**Kalender einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse**

| Monat | Bereich | Zahl der Betroffenen | |
|---|---|---|---|
| | Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost | 1 600 000 | Die zweite Verhandlungsrunde nach der Tarifkündigung Ende Mai 1967 bleibt ergebnislos. Die Gewerkschaften fordern Lohn- und Gehaltserhöhungen um 4,5 bzw. 5 vH und eine Arbeitszeitverkürzung. |
| | Metallindustrie | 890 000 | Für die Arbeiter der nordrhein-westfälischen Metallindustrie wird auf drei Jahre ein Lohnrahmenabkommen geschlossen, das am 1. April 1968 in Kraft treten soll. Die Effektivlöhne sollen dadurch nicht berührt werden. |
| | Alters- und Unfallrenten | 7 200 000 | Die Bundesregierung beschließt die Vorlage zum 10. Rentenanpassungsgesetz; danach sollen am 1. Januar 1968 die Altersrenten um 8,1 vH und die Unfallrenten um 7,2 vH erhöht werden. |
| | Metallindustrie | 700 000 | In Niedersachsen, in Nordwürttemberg und Nordbaden sind die Tarifverhandlungen gescheitert. |
| Okt. | Metallindustrie | 500 000 | Nachdem in Nordwürttemberg und Nordbaden (und in den meisten anderen Tarifgebieten) die Schlichtung erfolglos blieb, schaltet sich der Bundeswirtschaftsminister als Vermittler ein. Die Tarifpartner in Nordwürttemberg-Nordbaden einigen sich darauf, daß Effektivlohnsenkungen möglichst vermieden werden sollen und daß der bisherige Tarifvertrag bis 31. März 1968 in Kraft bleibt. Außerdem wird ein neues Lohnrahmenabkommen abgeschlossen. |
| | Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost | 1 600 000 | Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr bleibt in Tarifverhandlungen bei ihrer Forderung auf 4 vH Lohnerhöhung und stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. |

tarifloser Zustand herrschte, kommen etwa 3,5 Millionen Arbeitnehmer, deren Tarifverträge bis Ende März 1968 kündbar sind. Dagegen waren vor dem Aufschwung 1963 in wichtigen Bereichen Tarifverträge abgeschlossen worden, die Laufzeiten von über sechzehn Monaten und Stufenerhöhungen vorgesehen hatten — ein Umstand, der die Einkommenserwartungen der Arbeitnehmer und die Kostenerwartungen der Unternehmer stabilisiert hatte.

105. Die Rezession hat der Arbeitnehmerschaft nach Jahren der Vollbeschäftigung das Arbeitsplatzrisiko wieder bewußt werden lassen und auch die Furcht vor Rationalisierungsarbeitslosigkeit vergrößert. Nach 1960 hatten die Arbeiter, die im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen freigesetzt wurden, dank der günstigen Lage am Arbeitsmarkt bald einen neuen und meist auch einen gleichwertigen Arbeitsplatz finden können. Auf Grund der Erfahrungen des Jahres 1967 haben sich die Gewerkschaften — ähnlich wie 1958/59 — stärker um den Schutz ihrer Mitglieder vor Arbeitslosigkeit als Folge der Rationalisierung bemüht (Ziffer 102); dies, obwohl in der Bundesrepublik wegen der Abnahme der Erwerbsbevölkerung gerade der arbeitssparende technische Fortschritt die Hauptquelle des wirtschaftlichen Wachstums ist.

**Die Ertragslage der Unternehmen hat sich 1967 weiter verschlechtert**

106. Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen lag im ersten Halbjahr 1967 um 6,4 vH niedriger als im Vorjahr, nachdem es schon 1966 nur noch um 1,4 vH angestiegen war (Tabelle 13). Da diese Zahlen (mangels anderer Unterlagen der nach wie vor beste Indikator für die Gewinnentwicklung) jedoch weniger konjunkturempfindliche Größen wie Mieteinnahmen und Zinsen auf Wertpapierbesitz einschließen, dürften die Unternehmergewinne noch stärker zurückgegangen

sein. Eine solche Gewinnkompression hat es in den Abschwungsphasen der drei vorhergegangenen Wachstumszyklen nicht gegeben.

107. Dazu ist es hauptsächlich wegen der Unterauslastung der Kapazitäten gekommen. Die Schere zwischen steigenden Fixkosten je Einheit und sinkenden Verkaufspreisen konnte durch Einsparungen an anderer Stelle nicht geschlossen werden, obwohl die Unternehmer bemüht waren, durch Entlassungen, durch den Abbau von Überstunden und durch direkte und indirekte Kürzung übertariflicher Leistungen die Lohnkosten zu senken; und obwohl die Zinsen und die Rohstoffpreise sanken.

Für die verarbeitende Industrie läßt sich die Gewinnlage in der Zeit von Januar bis September 1967 durch die folgenden Zahlen veranschaulichen:

— die Kapazitäten waren nur zu 75 bis 80 vH ausgelastet;

— die Verkaufspreise lagen um 1 vH unter dem Vorjahresstand;

— die Summe der Löhne und Gehälter war um 3,2 vH niedriger als im Vorjahr, die Lohnkosten je Produkteinheit haben sich jedoch um etwas weniger als 1 vH erhöht; dagegen sind

— die Grundstoffpreise und die Einkaufspreise für importierte Rohstoffe jeweils um etwa 4 vH gesunken.

108. In allen Wachstumszyklen der Nachkriegszeit haben die Gewinne deutlich auf den Grad der Kapazitätsauslastung reagiert (JG 66 Ziffer 109); auch die gegenwärtig schlechte Gewinnlage ist fast ausschließlich auf die nachfragebedingte Unterauslastung der Kapazitäten zurückzuführen und hat wenig mit längerfristigen Tendenzen und den strukturellen Schwächen in einzelnen Wirtschaftsbereichen zu tun. Mit einer Normalisierung der Nachfrage werden sich auch die Gewinnraten normalisieren; schon eine mäßige Nachfragebelebung wird die Gewinne gegenüber dem niedrigen Stand des Jahres 1967 stark zunehmen lassen.

**Von der Belastung der Einkommen ging keine antizyklische Wirkung aus**

109. Von ihren Einkommen führten die privaten Haushalte im Jahre 1966 durchschnittlich fast 26 vH an direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ab. Obwohl die Gewinne stark zurückgegangen und die Arbeitseinkommen kaum gestiegen sind, dürfte sich die Belastungsquote im ersten Halbjahr 1967 weiter erhöht haben (Tabelle 86 im Anhang).

110. Die Steuerzahlungen aus Gewinneinkommen wurden relativ schnell an die verschlechterte Gewinlage angepaßt (Tabelle 83 im Anhang); das Aufkommen aus der Einkommensteuer lag im ersten Halbjahr 1967 um 6,3 vH, das aus der Körperschaftsteuer um 10,8 vH unter dem Vorjahresniveau. Diese schnelle Anpassung steht im Gegensatz zu den Erfahrungen aus Jahren mit steigenden Gewinnen, in denen die Gewinnsteuern erst um ein bis eineinhalb Jahre verzögert den Gewinnsteigerungen folgten (JG 64 Ziffer 212). Die Steuern auf die Gewinne haben somit wenigstens in der Rezession verstetigend auf die Nettoeinkommen gewirkt.

111. Dagegen gingen von den Steuern auf das Arbeitseinkommen, das für die Verbrauchernachfrage größeres Gewicht hat, keine automatischen Stabilisierungswirkungen aus (Tabelle 86 im Anhang). Während die Bruttolohn- und -gehaltssumme im ersten Halbjahr 1967 kaum noch höher war als im Vorjahr (0,7 vH), lag die darauf entfallende Lohnsteuersumme immerhin noch um 1,7 vH über dem Vorjahresstand, je abhängig Beschäftigten sogar um 5 vH. Maßgebend waren hierfür, neben der Progressionswirkung des Lohnsteuertarifs, folgende Umstände:

— Die Kilometerpauschale wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1967 gesenkt.

— Vor allem Teilzeitarbeitskräfte und weniger qualifizierte, und damit auch verhältnismäßig niedrig besteuerte, Arbeitnehmer verloren ihre Arbeitsplätze.

— Es waren mehr Arbeitnehmer einen Teil des Jahres arbeitslos als in früheren Jahren; nach Wiederaufnahme der Arbeit schlägt sich das nicht in den laufenden Lohnsteuerabzügen nieder; erst im Lohnsteuerjahresausgleich, also mit beträchtlicher Verzögerung, kann die zuviel gezahlte Lohnsteuer zurückgefordert werden. Ähnliches gilt für die von Kurzarbeit Betroffenen.

Solange die Einkommen nicht merklich sinken, geht von der Lohnsteuer keine nennenswerte antizyklische Wirkung aus. Dies hätte sich nur durch eine vorübergehende Senkung der Steuersätze — wie nunmehr in § 26, Ziffer 3 b des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums vorgesehen — erreichen lassen.

112. In den vergangenen Jahren hat sich die durchschnittliche steuerliche Belastung der Einkommen trotz der Tarifsenkung im Jahre 1965 stark erhöht. Je Beschäftigten hat in den Jahren 1960 bis 1966 das Bruttoeinkommen jährlich um 8 vH, das Lohnsteueraufkommen jedoch um 14 vH zugenommen. Weil der Einkommensanstieg inflatorisch überhöht war, wirkte sich die Progression des Einkommensteuertarifs verschärft aus. Wie sehr diese „kalte" Progression zu Buche schlägt, zeigt die folgende Modellrechnung:

Der Vorstand der typischen Arbeitnehmerfamilie [1]) hätte 1960 nach dem damals gültigen Tarif auf sein Bruttoarbeitseinkommen von 8910 DM Lohnsteuer in Höhe von 348 DM (oder 3,9 vH) zahlen müssen. 1966 betrug sein Jahreseinkommen 14 160 DM; nach dem seit 1965 gültigen Tarif wären darauf 1174 DM (oder 8,3 vH) Lohnsteuer zu zahlen gewesen. Bereinigt man den nominalen Einkommenszuwachs um den Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung, so errechnet sich für 1966 ein Realeinkommen von 11 900 DM, auf das nur 740 DM (oder 6,2 vH) Lohnsteuer zu zahlen gewesen wären. Der Unterschied zwischen den Belastungssätzen von 8,3 vH und 6,2 vH ist den Preissteigerungen zuzurechnen.

113. Die Sozialversicherungsbeiträge haben stark zugenommen. Hierfür waren folgende Umstände ausschlaggebend: Die Arbeitslosenversicherung ist auf alle abhängig Beschäftigten ausgedehnt worden; viele Krankenkassen haben die Beiträge angehoben; außerdem steigt die Zahl derer, die sich freiwillig bei den öffentlich-rechtlichen Krankenkassen weiterversichern. Die Gesamtbelastung der Arbeitseinkommen durch Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge hat sich also erhöht. Die Nettoeinkommen blieben somit im ersten Halbjahr 1967 auf Vorjahresstand.

114. Die Belastung der privaten Einkommen wird sich im kommenden Jahr weiter erhöhen; nach den Informationen, die bei Abschluß des Gutachtens vorliegen, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Die Beitragssätze zu den gesetzlichen Rentenversicherungen sollen ab 1. Januar 1968 von 14 vH auf 15 vH heraufgesetzt werden (erwartete Mehreinnahmen 1968: 2,4 Mrd. DM).
- Künftig sollen auch Angestellte mit einem Monatseinkommen über 1800 DM rentenversicherungspflichtig sein (erwartete Mehreinnahmen 1968: 0,6 Mrd. DM).
- Auf die Renten soll ein Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von 2 vH erhoben werden (erwartete Mehreinnahmen 1968: 0,5 Mrd. DM).
- Vom Steuerjahr 1968 an soll vier Jahre eine dreiprozentige Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer erhoben werden, und zwar für Jahreseinkommen von mehr als 16 000 DM bei Ledigen und von mehr als 32 000 DM bei Verheirateten (erwartete Mehreinnahmen: 0,7 Mrd. DM).

[1]) Die Rechnung stützt sich auf die laufenden Erhebungen des Statistischen Bundesamtes für den sogenannten Vierpersonenhaushalt mit alleinverdienendem Haushaltsvorstand. Dieser Haushalt umfaßt den Haushaltsvorstand, seine Ehefrau und zwei Kinder zwischen sechs bis vierzehn Jahren. Es wird unterstellt, daß der Steuerpflichtige keine Werbungskosten und Sonderausgaben geltend macht, die über die pauschalierten Freibeträge hinausgehen.

Die Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge, die von diesen Maßnahmen am meisten ins Gewicht fällt, ist auf die Dauer unumgänglich, denn die Zahl der Rentner wird in den nächsten Jahren erheblich rascher zunehmen als die Zahl der Erwerbstätigen (Rentenberg). Durch die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung verkleinert sich der Spielraum für kostenniveau-neutrale Erhöhungen der Nettolöhne, da der Arbeitgeberanteil, ökonomisch gesehen, Bestandteil des Lohnes ist (JG 64 Ziffer 248 c).

**Rentendynamik und Arbeitslosenunterstützung milderten die Rezession**

115. Die übertragenen Einkommen — also die Renten, Pensionen und Unterstützungen — haben 1967 kräftig zugenommen (Tabelle 13); dabei fiel vor allem der Anstieg der Arbeitslosengelder und der Renten ins Gewicht.

116. Die Arbeitsämter zahlten von Januar bis August 1967 0,8 Mrd. DM mehr Arbeitslosengeld als im Vorjahr (Tabelle 16). Der Einkommensausfall, der mit dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit einherging, ist hierdurch zum großen Teil ausgeglichen worden. Nachdem die Unterstützungssätze am 1. April 1967 durchschnittlich um etwa 10 bis 15 vH angehoben worden sind, erhält ein Arbeitsloser, der zuletzt einen Bruttomonatsverdienst von 745 DM [2]) hatte, 506 DM Arbeitslosengeld, wenn man unterstellt, daß seine Frau nicht erwerbstätig ist, und er für zwei Kinder unterhaltspflichtig ist. Da Arbeitslosengeld steuer- und versicherungsfrei ist, muß dieser Betrag dem zuvor erzielten Nettoeinkommen gegenübergestellt werden. Das sind in diesem Fall 630 DM. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß Überstundenverdienste nicht die Bemessungsgrundlage des Arbeitslosengeldes mitbestimmen. Andererseits sind die Vorschriften über die Zahlung von Wohngeld für Arbeitslose günstiger als für beschäftigte Arbeitnehmer. In den ersten acht Monaten 1967 sind insgesamt 170 Millionen DM Kurzarbeitergeld gezahlt worden. Kurzarbeitergeld empfängt nach dem Gesetz, wer weniger als fünf Sechstel der betriebsüblichen Arbeitszeit beschäftigt ist.

Die Zahlungen an Schlechtwettergeld sind zurückgegangen; vielfach haben Bauunternehmer während des Winters 1966/67, anders als in früheren Jahren, kein Schlechtwettergeld beantragt, sondern ihre Arbeiter entlassen.

117. Die Rentenzahlungen sind von 14,8 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1966 auf 16,6 Mrd. DM im

[2]) 745 DM betrug im Frühjahr 1967 — nach unserer Schätzung — der letzte durchschnittliche Bruttomonatsverdienst aller Hauptbetragsempfänger von Arbeitslosengeld.

Tabelle 16

**Übertragungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter**

| Zeitraum | Arbeitslosengeld | | Kurzarbeitergeld | Schlechtwettergeld |
|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | Durchschnittlicher Monatssatz | | |
| | Millionen DM | DM | Millionen DM | |
| 1963 | 398,0 | 304,21 | 11,3 | 780,0 |
| 1964 | 349,7 | 318,66 | 2,7 | 422,0 |
| 1965 | 334,4 | 332,98 | 1,0 | 523,2 |
| 1966 | 350,0 | 342,30 | 8,1 | 358,3 |
| 1966 Januar bis August | 223,3 | 370,62 | 3,0 | 297,8 |
| 1967 Januar bis August | 1 011,2 | 419,74 | 170,0 | 193,5 |

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

ersten Halbjahr 1967 gestiegen. Darin spiegelt sich, daß jetzt relativ starke Jahrgänge die Altersgrenze überschreiten; hinzu kommt, daß unter dem Einfluß der Rezession die vorzeitige „Verrentung" — für deren Ausmaß allerdings keine statistischen Angaben vorliegen — zugenommen hat. Die Rentenzahlungen steigen jedoch in erster Linie wegen der Rentendynamik an. Weil die laufenden Renten auf den Anstieg der Bruttoarbeitsentgelte um zwei bis fünf Jahre verzögert folgen, fallen die kräftigen Lohnerhöhungen der Jahre 1964 und 1965 bei der Anpassung der Renten gerade im Rezessionsjahr 1967 ins Gewicht.

Die halbautomatische Anhebung der Sozialversicherungsrenten soll bekanntlich die Rentner am Produktivitätsfortschritt beteiligen, sie aber auch gegen die Geldentwertung schützen. So haben seit der Rentenreform 1957 neun Rentenanpassungen das allgemeine Niveau der damals bestehenden Renten um rund 84 vH angehoben. Der Durchschnittsverdienst aller Versicherten ist seither allerdings um rund 96 vH gestiegen. Knapp zur Hälfte glich die Rentenerhöhung lediglich Preissteigerungen aus.

### Das verfügbare Einkommen wuchs langsamer als je zuvor

118. Auf Grund der geschilderten Tendenzen lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der ersten Hälfte 1967 um knapp 3 vH über dem Niveau der ersten Hälfte 1966 (Tabelle 13), real gerechnet um weniger als 1 vH. Der Lebensstandard der Bevölkerung hat sich also in diesem Jahr kaum noch erhöht.

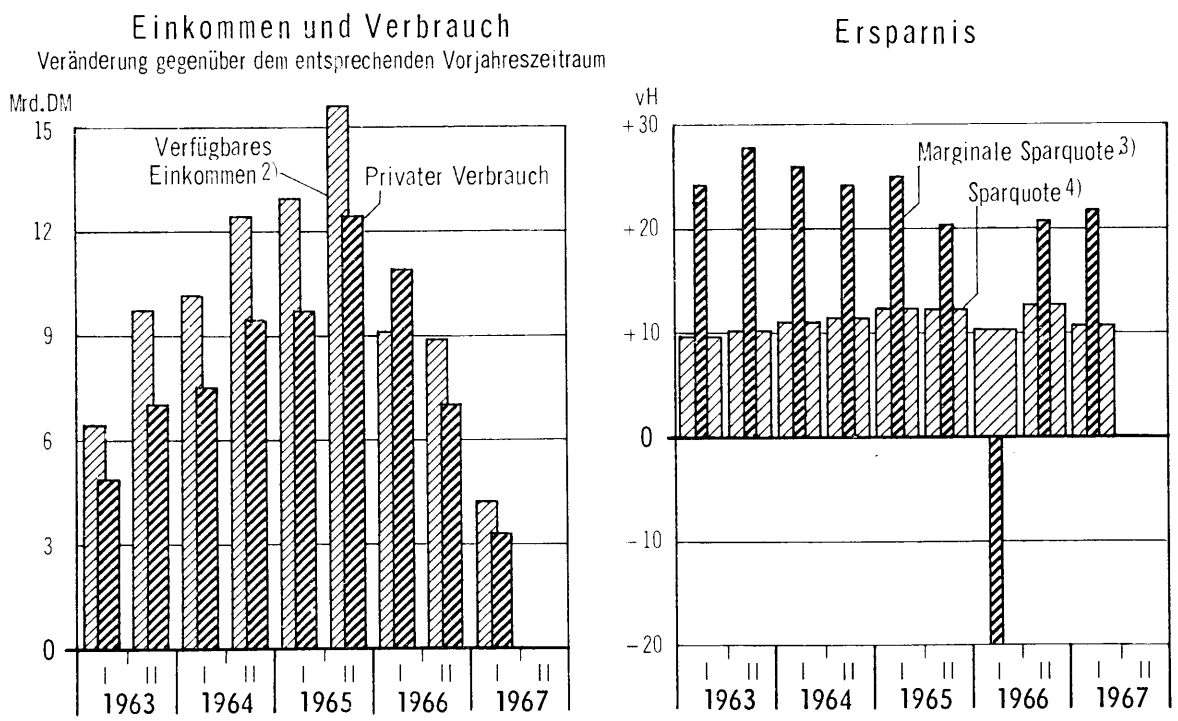
## VII. Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte

119. Die Entwicklung des Verbrauchs der privaten Haushalte folgte im großen und ganzen der Einkommensentwicklung. Daß für die meisten Verbraucher eine lange Periode rasch wachsender Nominaleinkommen zu Ende ging, viele von ihnen sogar Einkommenseinbußen hinnehmen mußten, hat die Entscheidungen über Verbrauchen oder Sparen nicht grundlegend verändert, eher schon die Struktur der Verbrauchsausgaben beeinflußt. Die privaten Verbrauchsausgaben stiegen nur noch wenig an (Schaubild 27), real gerechnet stagnierten sie. Die laufende Ersparnis war zwar im ersten Halbjahr 1967 wiederum höher als im Vorjahr, jedoch dürfte die dritte Sparwelle, die sich in ständig steigenden Sparquoten niedergeschlagen hatte, ausgelaufen sein (Tabelle 17).

120. Der private Verbrauch war im ersten Halbjahr 1967 — Saisonschwankungen ausgeschaltet — nur noch um etwa 1 Mrd. DM höher als im voraufgegangenen Halbjahr. Dies entspricht einer jährlichen Zunahme von weniger als 2 vH. Dagegen hatten in den Jahren 1961 bis 1966 die Verbrauchsausgaben durchschnittlich um mehr als 8 vH und selbst in dem konjunkturschwachen Jahr 1963 um fast 6 vH zugenommen. Für das ganze Jahr 1967 ergibt sich — schaltet man die Preissteigerungen aus — ein realer Zuwachs von etwa 0,5 vH (Durchschnitt 1961 bis 1966: 5 vH). Von der Nachfrage der privaten Haushalte, die über die Hälfte der inländischen Endnachfrage ausmacht, sind somit 1967 — anders als in den Abschwungsphasen früherer Zyklen — keine Impulse ausgegangen; eher hat sie die rezessiven Wirkungen des Ausfalls an Investitionsnachfrage noch verstärkt.

Schaubild 27

## VERFÜGBARES EINKOMMEN, VERBRAUCH UND ERSPARNIS DER PRIVATEN HAUSHALTE[1]




1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – 2) Ohne nicht-entnommene Gewinne u.ä. – 3) Zuwachs der Ersparnis in vH des Zuwachses des verfügbaren Einkommens gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. – 4) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.

SR 7719

121. Die Rezession 1966/67 brachte eine bemerkenswerte Änderung der Ausgabenstruktur der privaten Haushalte mit sich, wobei starke Abweichungen von längerfristigen Trends zu beobachten sind. So ist bei Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, der bisher im Trend gesunken war, im ersten Halbjahr 1967 wieder leicht gestiegen, obwohl sich diese Güter im Rahmen der gesamten Lebenshaltung relativ verbilligt haben. Alle Verbrauchergruppen haben für Gebrauchsgüter, entgegen dem längerfristigen Trend, einen beträchtlich geringeren Anteil ihrer Ausgaben aufgewendet. Der Anteil der Mietausgaben dagegen hat sich wiederum erhöht (Tabelle 87 im Anhang).

**Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern ist erstmals zurückgegangen**

122. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, die bis 1966 von Jahr zu Jahr gestiegen waren, gingen 1967 absolut zurück. Dies spiegelt sich deutlich in den Einzelhandelsumsätzen dieser Güter wider; während der ersten neun Monate 1967 lagen sie um

- 5,5 vH bei Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten,
- 7,1 vH bei Kühlschränken, Waschmaschinen und Öfen und
- 11,9 vH bei Kraftfahrzeugen

unter den Vorjahresumsätzen. Dabei mögen Sättigungserscheinungen eine Rolle gespielt haben (Tabellen 88 und 89 im Anhang). In der Hauptsache war diese Entwicklung jedoch wohl ein Resultat der Rezession.

123. Der Rückgang der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern traf vor allem den Absatz von Kraftfahrzeugen. Im ersten Halbjahr 1967 wurden insgesamt 16 vH weniger Personenwagen neu zugelassen als ein Jahr zuvor; Arbeiter kauften sogar 27 vH weniger neue Personenwagen. Dazu mag beigetragen haben, daß sich um die Jahreswende, als ohnehin die Realeinkommenserwartungen in breiten Bevölkerungsschichten sich zunehmend verschlechterten, die Benutzung der Kraftfahrzeuge verteuerte, weil

Tabelle 17

**Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte [1])**

| Zeitraum | Verfügbares Einkommen [2]) | Privater Verbrauch | Ersparnis [2]) | Sparquote [3]) | Marginale Sparquote [4]) |
|---|---|---|---|---|---|
| | Milliarden DM | | | vH | |
| 1960 | 185,9 | 170,0 | 15,9 | 8,5 | . |
| 1961 | 204,6 | 186,8 | 17,9 | 8,7 | +10,7 |
| 1962 | 223,5 | 204,0 | 19,5 | 8,7 | + 8,6 |
| 1963 | 239,7 | 215,9 | 23,8 | 9,9 | +26,4 |
| 1964 | 262,3 | 232,9 | 29,4 | 11,2 | +25,0 |
| 1965 [5]) | 290,9 | 255,1 | 35,9 | 12,3 | +22,6 |
| 1966 [5]) | 308,9 | 273,0 | 35,9 | 11,6 | + 0,1 |
| 1965 1. Halbjahr [5]) | 135,8 | 119,0 | 16,8 | 12,4 | +25,0 |
| 2. Halbjahr [5]) | 155,2 | 136,1 | 19,1 | 12,3 | +20,5 |
| 1966 1. Halbjahr [5]) | 144,9 | 129,9 | 15,0 | 10,3 | −20,0 |
| 2. Halbjahr [5]) | 164,0 | 143,1 | 20,9 | 12,7 | +20,7 |
| 1967 1. Halbjahr [6]) | 149,1 | 133,2 | 15,9 | 10,7 | +21,8 |
| | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | |
| 1961 | +10,1 | + 9,8 | +12,7 | . | . |
| 1962 | + 9,2 | + 9,2 | + 9,1 | . | . |
| 1963 | + 7,2 | + 5,8 | +21,9 | . | . |
| 1964 | + 9,4 | + 7,9 | +23,7 | . | . |
| 1965 [5]) | +10,9 | + 9,5 | +21,9 | . | . |
| 1966 [5]) | + 6,2 | + 7,0 | + 0,0 | . | . |
| 1965 1. Halbjahr [5]) | +10,6 | + 8,9 | +23,9 | . | . |
| 2. Halbjahr [5]) | +11,2 | +10,0 | +20,2 | . | . |
| 1966 1. Halbjahr [5]) | + 6,7 | + 9,2 | −10,8 | . | . |
| 2. Halbjahr [5]) | + 5,7 | + 5,2 | + 9,6 | . | . |
| 1967 1. Halbjahr [6]) | + 2,9 | + 2,6 | + 6,1 | . | . |

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2]) Ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä.
[3]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.
[4]) Zuwachs der Ersparnis in vH des Zuwachses des verfügbaren Einkommens gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.
[6]) Erste vorläufige Ergebnisse.

die Kilometerpauschale für Arbeitnehmer herabgesetzt und die Mineralölsteuer und die Versicherungsprämien erhöht wurden. Dies hat sicherlich die Kaufentscheidungen, vor allem die der potentiellen Erstkäufer, beeinträchtigt.

Was die Ersatzkäufe anlangt, so ist anscheinend die Welle von Käufen jener Arbeitnehmer ausgeblieben, die während der kräftigen Einkommensexpansion in den Jahren 1960 bis 1962 erstmals einen Personenwagen angeschafft hatten und diesen bei günstigeren Einkommensaussichten nach etwa fünf bis sechs Jahren durch einen neuen ersetzt hätten. Ein derartiger Echoeffekt der Erstkäufe kündigte sich tatsächlich in der Zulassungsstatistik des Jahres 1965 an. 1966 dagegen (−1 vH) und besonders im ersten Halbjahr 1967 (−19 vH) zögerten die Arbeitnehmer, neue Personenwagen anzuschaffen.

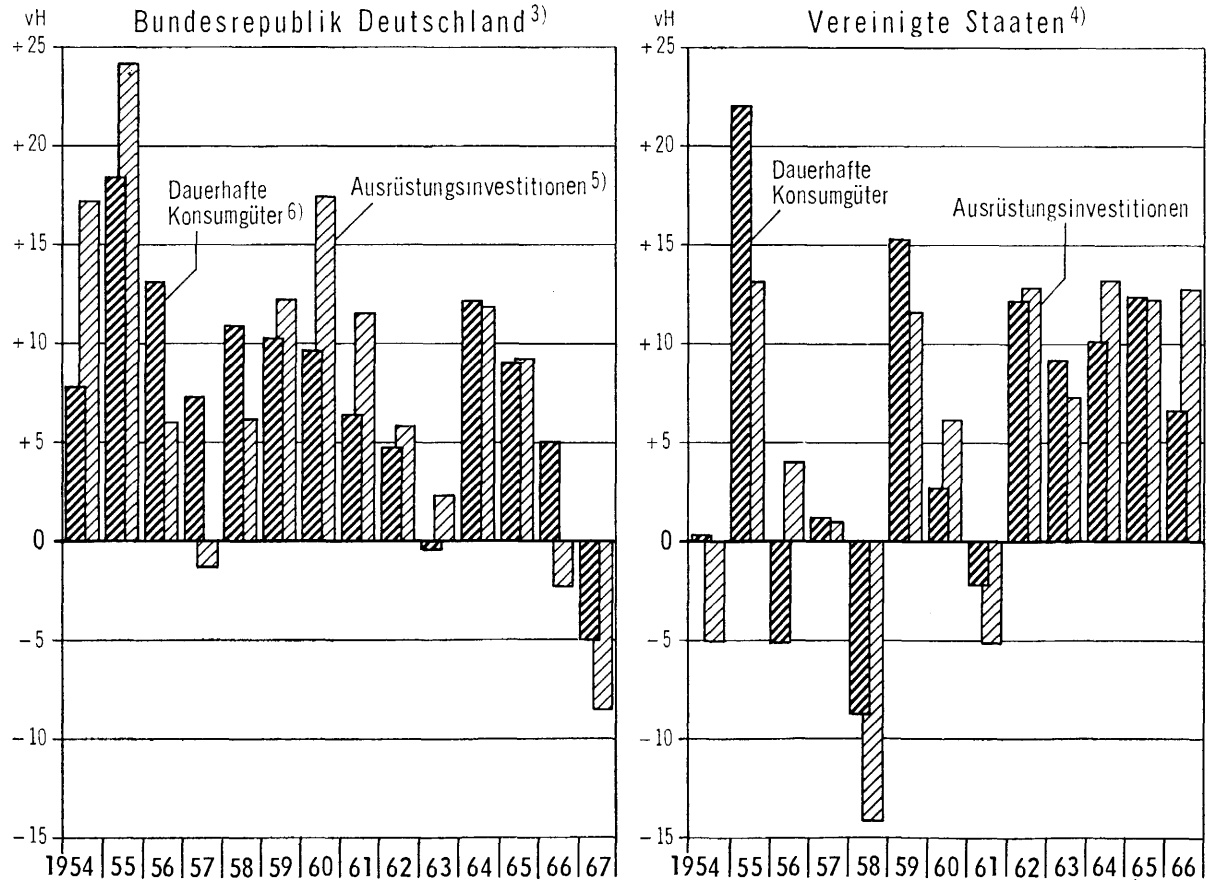
124. Vermutlich wurden auch bei anderen dauerhaften Konsumgütern die nicht unbedingt notwendigen Ersatzkäufe vielfach zurückgestellt. Wann und in welchem Umfang die aufgeschobenen Käufe nachgeholt werden, hängt entscheidend von der künftigen Einkommensentwicklung ab, aber auch davon, wie rasch technische Neuerungen die vorhandenen dauerhaften Konsumgüter veraltet erscheinen lassen und wie stark die Reparaturkosten zu Buche schlagen. Die aufgestaute Nachfrage könnte zu einer tragenden Kraft des Aufschwungs werden.

125. Auch längerfristig gesehen hat sich das Wachstum der Ausgaben für dauerhafte Gebrauchsgüter verlangsamt (Schaubild 28). Gleichzeitig haben sich die konjunkturellen Ausschläge von Zyklus zu Zyklus verstärkt. In anderen hoch

Schaubild 28

**AUSGABEN DER PRIVATEN HAUSHALTE FÜR DAUERHAFTE KONSUMGÜTER[1] UND AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN DER UNTERNEHMEN**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH[2]




1) Wie Möbel, Haushaltmaschinen, Kraftfahrzeuge, Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte u.ä. – 2) Veränderung der Werte in konstanten Preisen. – 3) Bis 1960 ohne Saarland und Berlin. – 4) Quelle: Council of Economic Advisers. – 5) Eigene Schätzung. – 6) Schätzung des RWI, ab 1965 eigene Schätzung.

SR 7727

entwickelten Ländern ist dies schon seit längerem zu beobachten. Die Verbraucher verhalten sich offenbar bei ihren Entscheidungen über die Anschaffung dauerhafter Konsumgüter immer mehr wie Unternehmer bei ihren Investitionsentscheidungen. Die Erfahrung in den Vereinigten Staaten lehrt aber, daß die Käufe dauerhafter Konsumgüter dann wieder stetig zunehmen, wenn — wie dort nach 1961 — das Sozialprodukt stetig wächst.

**Stabile Verbraucherpreise**

126. Mit der Abschwächung der privaten Konsumnachfrage ist der Anstieg der Verbraucherpreise weitgehend zum Stillstand gekommen. Die Einzelhandelspreise sind seit Januar 1967 —von geringfügigen Schwankungen abgesehen — praktisch konstant geblieben. Der Preisindex für die Lebenshaltung erreichte, teilweise saisonbedingt, im September 1967 wieder den Januarstand; ohne die saisonabhängigen Nahrungsmittel ist der Index von Januar bis September 1967 noch um 0,6 vH gestiegen (Schaubild 29).

Angesichts des erheblichen Nachfragerückgangs auf einzelnen Verbrauchermärkten mag selbst dieser geringfügige Preisanstieg noch als zu hoch empfunden werden und die Erwartung auslösen, daß schon eine leichte Belebung der Verbrauchernachfrage alsbald wieder Preissteigerungen wie die von 1965/66 mit sich bringen werde. Doch ist zu berücksichtigen,

— daß Verbrauchsteuererhöhungen zu Beginn des Jahres 1967 einzelne Preise nach oben getrieben haben (Benzin, Spirituosen, Tabakwaren),

— daß die Wohnungsmieten als Folge der fortschreitenden Liberalisierung des Wohnungsmarktes weiter gestiegen sind, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie 1966, und

— daß Sonderrabatte und Preissenkungen anläßlich von Sonderverkäufen statistisch nicht erfaßt werden.

Stellt man all dies in Rechnung, so ist es recht wahrscheinlich, daß die Verbraucherpreise, was den konjunkturellen Kern der Preisbewegung angeht, sogar gesunken sind.

127. Die Preise für Nahrungs- und Genußmittel, die in der ersten Hälfte 1966 besonders stark gestiegen waren, lagen in den ersten neun Monaten 1967 nur noch um 0,3 vH über dem Vorjahresniveau (Schaubild 29). Dies ist wohl in der Hauptsache auf die guten Ernten von 1966 und 1967 und auf das reichliche Angebot an tierischen Produkten zurückzuführen. So fielen sowohl die Erzeugerpreise der heimischen Landwirtschaft als auch die Preise für Agrarimporte seit Mitte 1966 immer stärker unter das jeweilige Vorjahresniveau.

128. Die Mieten für Altbauwohnungen und für Neubauwohnungen des sozialen Wohnungsbaus — nur diese werden im Preisindex für die Lebenshaltung berücksichtigt — sind 1967 beträchtlich langsamer gestiegen als 1966. Gegenüber dem Stand von Dezember 1966 wurden sie bis September 1967 um 4,8 vH angehoben; in der entsprechenden Vorjahresperiode hatten die Mieterhöhungen noch 8,3 vH betragen (Schaubild 29). Die Mieten für frei finanzierte Neubauwohnungen — das sind mehr als die Hälfte der nach 1948 gebauten Wohnungen — haben sich jedoch erheblich mehr als früher verteuert, und zwar allein in der Zeit von Januar bis September 1967 um 6,8 vH. Im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1966 waren die Mieten für diese Wohnungen nur um 4,8 vH gestiegen.

129. Die Preise für Gebrauchsgüter von mittlerer Lebensdauer — beispielsweise Textilien und Schuhe — sind seit dem Frühjahr 1967 praktisch konstant geblieben (Schaubild 30). Das entsprach der Nachfragedämpfung; so setzte beispielsweise der Einzelhandel mit Textilien und Schuhen von Januar bis August 1967 2,6 vH weniger ab als im Vorjahr. Demgegenüber hatten 1963 die Umsätze in dieser Gruppe noch um 2,1 vH zugenommen; die Preise waren sogar noch etwas stärker gestiegen.

130. Weniger reagibel waren die Preise für langlebige Gebrauchsgüter (Schaubild 30). Trotz des starken Umsatzrückgangs seit Mitte 1966 (Ziffer 122), sind die Preise dieser Güter, die im Juli 1966 einen Höchststand erreicht hatten, in den folgenden zwölf Monaten nur um 1,2 vH gesunken; das ist nicht viel mehr als im Abschwungsjahr 1963.

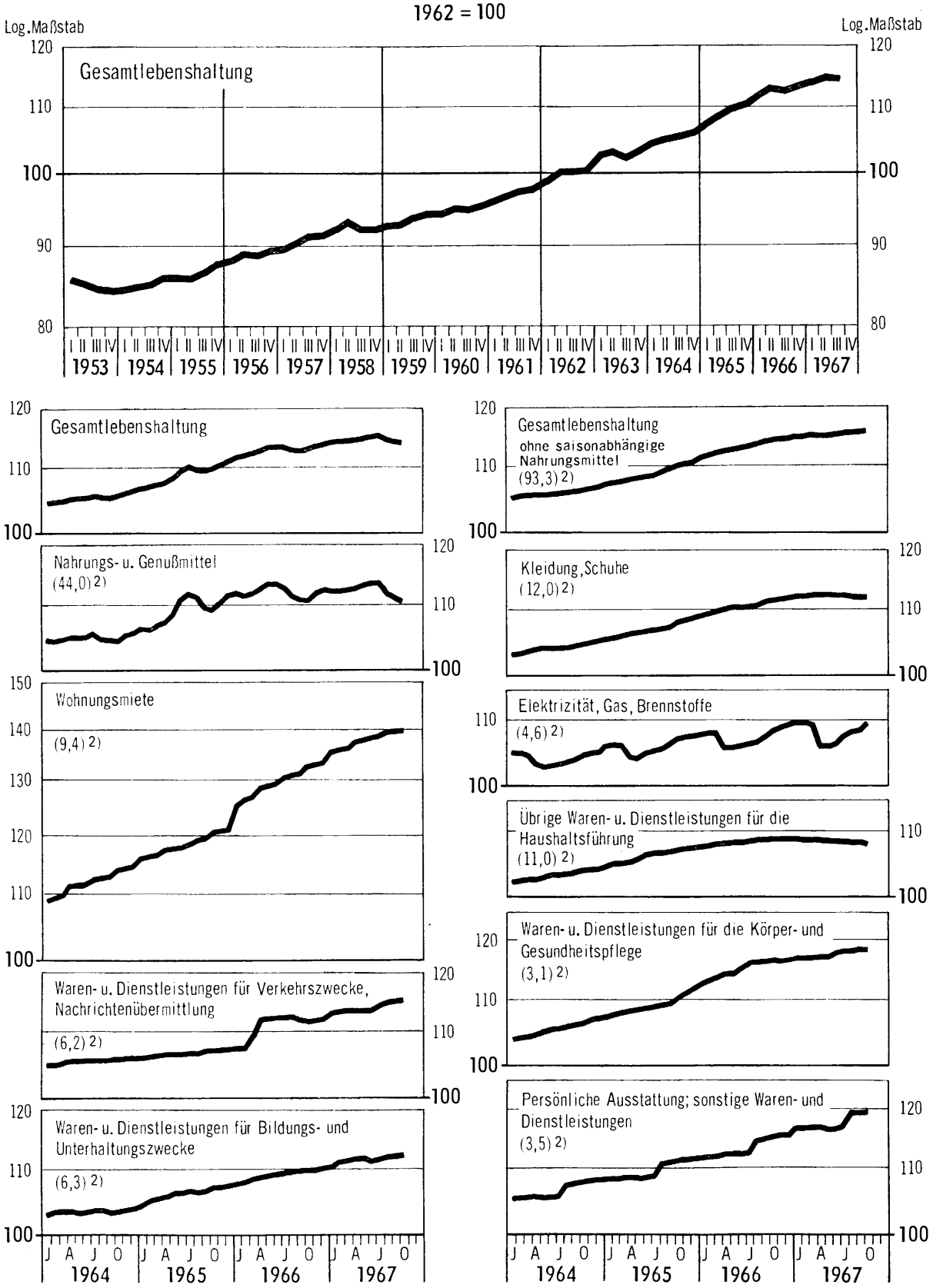
**Bewegte Sparkonjunktur**

131. Der Anteil der laufenden Ersparnisse am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (die Sparquote) war im ersten Halbjahr 1966 auf 10,3 vH gesunken (1965 12,3 vH); er stieg im zweiten Halbjahr vorübergehend auf 12,7 vH und ging im ersten Halbjahr 1967 wieder auf 10,7 vH ihres Einkommens zurück (Tabelle 17).

In den hohen Ersparnissen im zweiten Halbjahr 1966 schlagen sich allerdings einige Sonderfaktoren nieder. So erhöhten sich die Zinsgutschriften auf Sparkonten wegen der vorangegangenen Zinsanhebungen besonders stark. Außerdem dürften im zweiten Halbjahr 1966 viele Spar- und Bausparverträge abgeschlossen worden sein, um dem bevorstehenden Abbau der Sparförderung zuvorzukommen. Die Einzahlungen bei Bausparkassen waren möglicherweise auch wegen der hohen Zinsen am freien Hypothekenmarkt im Herbst besonders hoch, höher noch als in dem außergewöhnlich guten Bausparjahr 1965; manche Bausparer erhöhten nämlich ihre Einlagen, um alsbald von den Bausparkassen relativ zinsgünstige

Schaubild 29

## PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG [1]
1962 = 100

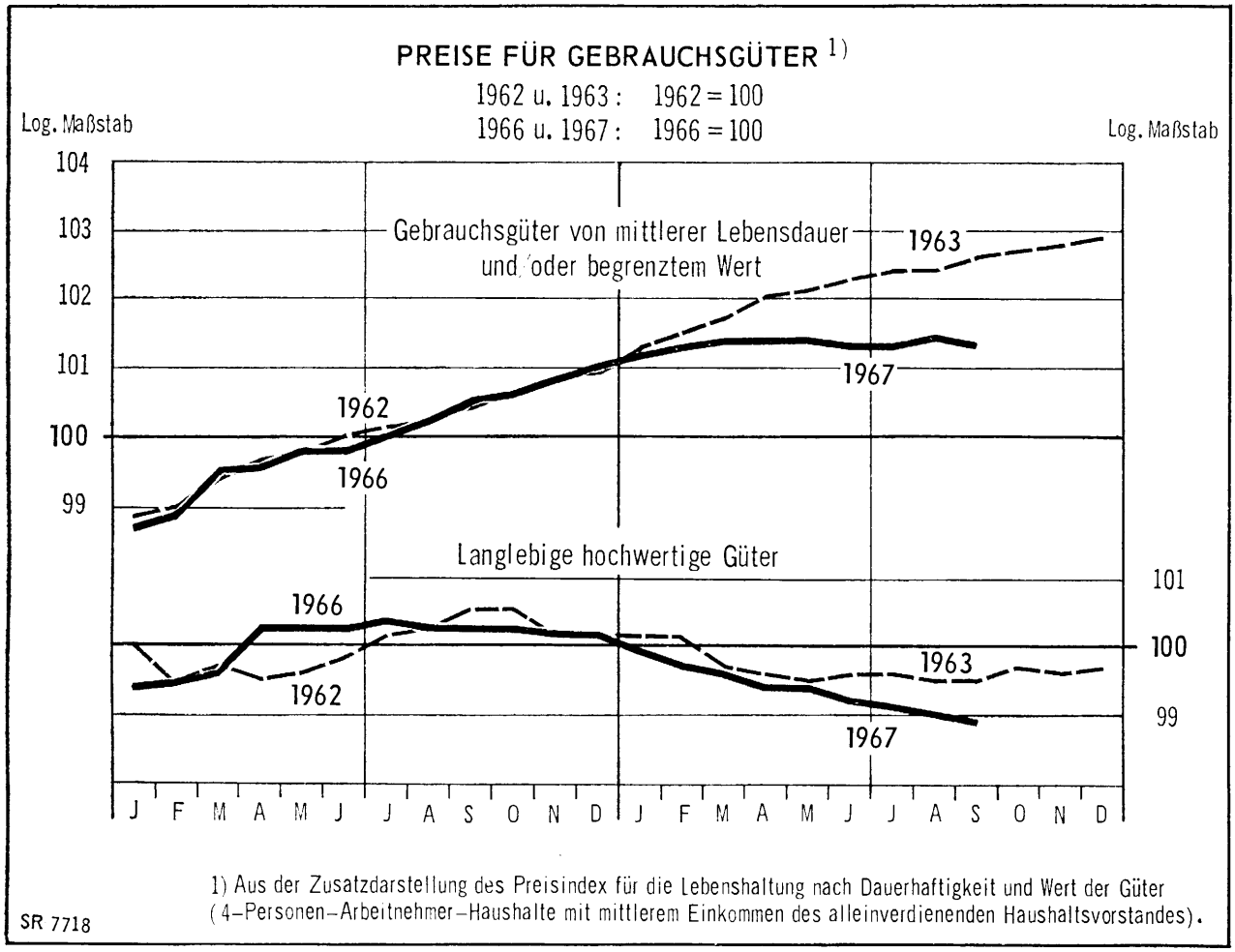



Vor 1962 ohne Berlin, vor 1960 auch ohne Saarland

1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. – 2) Gewicht in vH.

SR 7666

Schaubild 30




1) Aus der Zusatzdarstellung des Preisindex für die Lebenshaltung nach Dauerhaftigkeit und Wert der Güter (4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes).

Darlehen zu erhalten. In der ersten Hälfte des Jahres 1967 sparten die Haushalte wieder einen geringeren Teil ihres Einkommens als im vorangegangenen Halbjahr; nach den bisher vorliegenden Informationen sank die Sparquote im dritten Vierteljahr 1967 noch weiter. Die Vermutung, der Einbruch in der Einkommensentwicklung hätte das Sicherungsbedürfnis in breiten Bevölkerungsschichten und damit die Ersparnisbildung vergrößert, kann nicht ausreichend belegt werden [1]).

132. Wenn Unsicherheit als Sparmotiv von der Entwicklung der gesamten laufenden Ersparnis der privaten Haushalte nicht abgelesen werden kann, so mag das auch daran liegen, daß die Einkommensentwicklung der sozialen Gruppen nicht einheitlich verlief und das allgemeine Sparverhalten dieser Gruppen sehr unterschiedlich ist. Denn ein verstärktes Sparen der Arbeitnehmerhaushalte kann durch einen Rückgang der Ersparnisse der Selbständigenhaushalte, deren Einkommen absolut gesunken ist, verdeckt worden sein. Die Nettoeinkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschließlich der nicht entnommenen Gewinne), die Hauptquelle der Einkommen der Selbständigenhaushalte, gingen erheblich zurück, während die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im ersten Halbjahr 1967 im Vergleich zum Vorjahr lediglich stagnierten (Ziffer 97). Die ersparnismindernde Wirkung von Einkommenseinbußen in den Selbständigenhaushalten ist besonders groß; denn es darf als sicher gelten, daß diese Haushalte eine überdurchschnittliche Sparquote haben.

[1]) Anhaltspunkte könnte beispielsweise die regionale Entwicklung der Spareinlagen von Arbeitnehmern geben. Wir haben aber nur prüfen können, ob zwischen der Zunahme (Abnahme) der laufenden Ersparnis von Privatpersonen bei den Sparkassen in den einzelnen Regierungsbezirken und der Zunahme der Arbeitslosigkeit, beziehungsweise dem Niveau der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Regierungsbezirken ein Zusammenhang besteht. Für keinen Teilzeitraum zwischen dem 1. Januar 1966 und dem 30. Juni 1967 läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Ersparnis und der Arbeitslosigkeit nachweisen. (Die Angaben über die Ersparnis verdanken wir einer Sondererhebung, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V. auf unseren Wunsch hin durchgeführt hat. Etwa 60 vH der gesamten Spareinlagen von Privatpersonen werden bei den Sparkassen unterhalten).

133. Die Entwicklung der Konsumentenkredite zeigt, daß die Verbraucher zumindest zögerten, ihre künftigen finanziellen Verpflichtungen zu erhöhen. Von Mitte 1966 bis Mitte 1967 sind etwas mehr Konsumentenkredite zurückgezahlt als aufgenommen worden (Tabelle 92 im Anhang). Da solche Kredite vor allem von Arbeitnehmerhaushalten in Anspruch genommen werden, bestätigt dies die Beobachtung früherer Jahre, in denen auch schon die Veränderung der Konsumentenkredite der Entwicklung der Arbeitseinkommen folgte.

## VIII. Öffentliche Finanzen

134. Die Finanzpolitik des Bundes, der Länder und der Gemeinden stand Ende 1966 und Anfang 1967 im Zeichen der schwierigen Aufgabe,
einerseits:

— die Haushaltslücken zu schließen, die wegen der Ausgabeverpflichtungen aufgrund früher beschlossener Gesetze 1967 besonders groß zu werden drohten,

— den Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu entsprechen, die die Ausgabentätigkeit des Staates als exzessiv ansah und nun mehr Sparsamkeit forderte,

— angesichts der beschränkten Deckungsmittel zu prüfen, welche Ausgaben vordringlich waren und welche als weniger dringlich gekürzt oder zurückgestellt werden konnten,

andererseits:

— angesichts des drohenden Konjunkturrückgangs möglichst schnell und möglichst wirksam expansive Maßnahmen zu ergreifen, ungeachtet dessen, daß dies vorübergehend größere Kassendefizite gebracht oder daß dies Haushaltspläne erfordert hätte, in denen von vornherein umfangreiche Kreditaufnahmen einzuplanen gewesen wären.

Dabei waren die organisatorischen Schwierigkeiten zu überwinden, die aufgrund der Selbständigkeit der Gebietskörperschaften und der Notenbank einer Koordination von Finanz-, Kredit- und Wirtschaftspolitik entgegenstanden. Insbesondere war zu verhindern, daß in den verschiedenen Gebietskörperschaften gegensätzliche Maximen die Haushaltsgestaltung bestimmten.

### Finanzpolitik im Zwiespalt

135. Ende 1966 zeichneten sich beim Bund und bei einigen Ländern für 1967 Schwierigkeiten für den Haushaltsausgleich ab, die noch größer waren als im Jahre vorher, in dem es zum Ausgleich des Bundeshaushalts eines besonderen Haushaltssicherungsgesetzes bedurft hatte. Schwierig war auch die Lage zahlreicher Gemeinden, die in vorangegangenen Jahren immer mehr Investitionen mit Hilfe von Krediten finanziert und nun einen hohen Schuldendienst zu leisten hatten. Da nicht abzusehen war, wie die Haushalte ausgeglichen werden könnten, hatte die Öffentlichkeit das Vertrauen in die Finanzpolitik weitgehend verloren. So war es dringend geboten, die Ordnung der öffentlichen Haushalte wiederherzustellen (JG 66 Ziffer 141).

136. Gleichzeitig erforderten das Nachlassen der Investitionstätigkeit und die Stagnation der Verbrauchsausgaben expansive Maßnahmen der öffentlichen Hand, sollte das Ausmaß des Konjunkturrückgangs gering gehalten werden. Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungen wären aber nur durch Kredite ermöglicht worden, deren Höhe über den im November 1966 geplanten Betrag von etwa 10 Mrd. DM hinausgegangen wäre.

Die Finanzpolitik befand sich daher Ende 1966 in einem Dilemma. Auf der einen Seite mußte sie durch Neuordnung der Haushalte den Versuch machen, die Vertrauenskrise in einer Weise zu überwinden, die mit den Vorstellungen der Öffentlichkeit von finanzpolitischer Solidarität übereinstimmte, auf der anderen Seite waren konjunkturanregende Maßnahmen erforderlich, die angesichts der bereits bestehenden Finanzierungslücken in der Öffentlichkeit auf Mangel an Verständnis stoßen mußten.

137. Die Aufgabe, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen (JG 66 Ziffer 140), wurde von der öffentlichen Hand damals noch nicht bewältigt. Im Gegenteil: Als Anzeichen eines sich beschleunigenden Konjunkturrückgangs zu erkennen waren und Gewißheit darüber bestand, daß die Steuereinnahmen 1967 erheblich unter den Haushaltsansätzen liegen würden (Tabelle 18), richtete sich das Bemühen darauf, auch die damit zusätzlich eingetretene Deckungslücke noch mit den herkömmlichen Mitteln der Ausgabenkürzung (Bund, Länder und Gemeinden) und der Steuererhöhung (Bund) zu schließen.

138. Erst als die Bundesregierung am 19. Januar 1967 beschloß, einen zusätzlichen Investitionshaushalt in Höhe von 2,5 Mrd. DM aufzustellen, war ein Schritt in Richtung auf eine konjunkturgerechte Finanzpolitik getan. Diese Maßnahme konnte allerdings nicht ausreichen, die Wirtschaft wieder an den normalen Wachstumspfad heranzuführen, und zwar um so weniger, als bei den Haushalten der Länder und der Gemeinden schon ein „gefährlicher Wettlauf zwischen nach unten revidierten Einnahmeschätzungen und Ausgabekürzungen" begann, der die expansiven Wirkungen des Investitionshaushalts zu neutralisieren drohte (SG März 1967 Ziffer 3).

Tabelle 18

**Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden, Lastenausgleichsabgaben**

| Steuerart | 1966 | 1967 [1] | | 1966 [2] | 1967 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Millionen DM | | Veränderung in vH [3] | Millionen DM | Veränderung [4] gegenüber dem Vorjahr in vH | Veränderung [5] gegenüber dem Vorjahr in vH |
| | Januar bis September | | | Jahr | | |
| Bundessteuern [6] | 45 913 | 45 805 | − 0,2 | 62 020 | + 2,4 | + 4,0 |
| darunter: | | | | | | |
| Umsatzsteuer einschließlich Umsatzausgleichsteuer [6] | 18 523 | 17 997 | − 2,8 | 24 952 | + 0,2 | + 2,8 |
| Mineralölsteuer | 5 819 | 6 833 | +17,4 | 8 016 | +20,4 | +20,4 |
| Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer [7] | 12 753 | 11 934 | − 6,4 | 17 266 | − 4,9 | − 4,0 |
| Ländersteuern [8] | 25 808 | 26 640 | + 3,2 | 34 869 | + 4,1 | + 4,7 |
| darunter: | | | | | | |
| Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer [9] | 19 948 | 20 319 | + 1,9 | 27 066 | + 3,6 | + 4,5 |
| | Januar bis Juni | | | | | |
| Gemeindesteuern | 6 942 | 6 953 | + 0,2 | 14 029 | + 0,5 | + 0,5 |
| Lastenausgleichsabgaben | 768 | 784 | + 2,1 | 1 532 | − 2,1 | − 2,1 |

[1]) Vorläufige Ergebnisse.
[2]) Ist-Ergebnisse.
[3]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[4]) Voraussichtliche Veränderung.
[5]) Geschätzte Veränderung in den Haushaltsplänen.
[6]) Ohne Einfuhrabgaben für Regierungskäufe im Ausland.
[7]) 1966: 39 vH, 1967: 37 vH.
[8]) Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.
[9]) 1966: 61 vH, 1967: 63 vH.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

**Unzulängliche Koordination der Finanzpolitik der Gebietskörperschaften und der Kreditpolitik**

139. Die Bundesbank hat sich, als im Januar 1967 zu erkennen war, daß wegen der konjunkturellen Entwicklung das Steueraufkommen niedriger sein würde als vorausgeschätzt, bereit erklärt, dem Bund bei der Finanzierung desjenigen Defizits im ordentlichen Haushalt behilflich zu sein, das durch konjunkturell bedingte Steuerausfälle entstehen würde. Der Bund sollte damit in die Lage versetzt werden, das in dem Haushaltsplanentwurf vom Januar für 1967 geplante — schon reduzierte — Ausgabenprogramm ohne weitere Kürzungen durchzuführen. Ihre noch immer recht optimistische Einschätzung der Konjunkturlage veranlaßte die Bundesbank indes, hinsichtlich weitergehender expansiver Maßnahmen zunächst zur Vorsicht zu mahnen und ihre Unterstützung bei deren Finanzierung davon abhängig zu machen, daß der Bund gleichzeitig seinen Haushalt in vollem Umfang durch Kürzung von Ausgaben oder Erschließung neuer Einnahmen, aber nicht durch Kredite ausglich.

Im Februar erlangte die Bundesregierung die Zusage, die Bundesbank werde die Finanzierung des Investitionshaushalts in einzelnen Tranchen zu gegebener Zeit in die Wege leiten. Zur Erörterung von Maßnahmen, die über den Investitionshaushalt hinausgingen —

Maßnahmen, wie sie der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom März 1967 [1]) (Ziffern 16 ff.) für den Fall zur Diskussion stellte, daß sich die Konjunktur weiter verschlechterte — wollte sich die Bundesbank noch im April nicht verstehen [2]).

140. Für die Länder und die Gemeinden bestand angesichts dieser Haltung und der Stimmung in der Öffentlichkeit kaum Anlaß, ihre Finanzgebarung den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Unter dem Eindruck der Appelle in vorangegangenen Jahren und im Hinblick auf die voraussehbaren Finanzierungslücken war die Neigung groß, die Ausgabenpläne entsprechend den neuen Steuerschätzungen nach unten zu revidieren, und zwar auch dort, wo die Entspannung am Baumarkt für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen hätte genutzt werden müssen.

141. So hat der Investitionshaushalt des Bundes nicht einmal das ausgleichen können, was Bund, Länder und Gemeinden im Hinblick auf die zu erwartenden Finanzierungslücken gegenüber den ursprünglichen Plänen an Ausgaben gekürzt hatten, obwohl schon die ursprünglichen Haushaltsansätze unter konjunkturpolitischen Gesichstpunkten keineswegs als überhöht gelten mußten. Der Investitionshaushalt des Bundes reichte gerade aus, einen Rückgang der öffentlichen Investitionen insgesamt zu verhindern. Nicht erreicht wurde damit, für die öffentlichen Investitionen auch nur eine normale Steigerungsrate zu sichern, geschweige denn den Ausfall an privaten Investitionen wenigstens teilweise auszugleichen.

Nachdem diese Tatsache von einigen Konjunkturforschungsinstituten, vom Sachverständigenrat (SG März 1967) und vom Bundeswirtschaftsministerium der Öffentlichkeit als mögliche Ursache weiterer Fehlentwicklungen mitgeteilt worden war, beschloß das Bundeskabinett im Juli 1967, dem Bundestag die Durchführung eines zweiten Konjunkturprogramms vorzuschlagen.

142. Im September 1967 billigten der Bundestag und die meisten Landtage das „Zweite Programm der Bundesregierung für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68". Es sieht Investitionen, Zinszuschüsse und Darlehen von insgesamt 5,3 Mrd. DM bei Bund, Ländern und Gemeinden vor. Zwar werden hiervon nur etwa 1 Mrd. DM noch im Jahre 1967 kassenmäßig ausgegeben, jedoch wurden bis zum 31. Oktober schon für 3 Mrd. DM Aufträge vergeben.

143. Insgesamt werden im Jahre 1967 von Bund, Ländern und Gemeinden rund 155 Mrd. DM (8,0 vH mehr als 1966 )ausgegeben (Tabelle 19); zur Finanzierung dieser Ausgaben sind — bei Steuereinnahmen von rund 114 Mrd. DM und sonstigen Einnahmen von 21 Mrd. DM — Kredite in Höhe von knapp 20 Mrd. DM erforderlich, eine Summe, die Anfang des Jahres 1967 vielen als mit den Regeln einer ordentlichen Haushaltsführung unvereinbar erschien. Wären aber die Ausgaben schon damals in dieser Größenordnung geplant worden, unabhängig davon, welche Kredite sich zu ihrer Finanzierung als notwendig erwiesen hätten, so wäre wahrscheinlich im Verlauf des Jahres 1967 eine geringere Kreditsumme ausreichend gewesen, da rechtzeitig erhöhte Ausgaben die Entwicklung der Gesamtnachfrage früher stabilisiert hätten, so daß auch die Steuereinnahmen reichlicher geflossen wären, als sie es tatsächlich sind. Die Furcht vor einer hohen Verschuldung, deretwegen anfänglich Ausgabenansätze in erheblichem Umfang gekürzt wurden, hat also letzten Endes nicht vor der hohen Verschuldung bewahren können.

Verantwortlich dafür, daß man sich Anfang 1967 nicht schnell und entschieden zu einem Kurswechsel in der Finanzpolitik durchringen konnte, war neben dem fiskalischen Denken in Regierungen und Parlamenten wohl vor allem der Druck der öffentlichen Meinung, die wegen der unsoliden Finanzgebarung vergangener Jahre und aus falsch verstandenem Gruppeninteresse heraus die Selbstbeschränkung der öffentlichen Hand noch zu einem Zeitpunkt forderte, als ein weiterer Konjunkturrückgang nur mit großzügigen expansiven finanzpolitischen Maßnahmen hätte vermieden werden können.

### Planung des Bundeshaushalts — prozyklische Entscheidungen

144. Wie schwierig es angesichts der beschriebenen Umstände war, die Fiskalpolitik konjunkturpolitischen Erfordernissen anzupassen, wie wenig unsere finanzpolitischen Instanzen zunächst in der Lage waren und wie wenig unsere Organisation der öffentlichen Haushaltswirtschaft geeignet war, solchen Schwierigkeiten zu begegnen, zeigt die Geschichte der Haus-

---

[1]) Der Bundesregierung zugestellt am 17. März 1967, veröffentlicht am 28. März 1967.

[2]) Bundesbankpräsident Blessing erklärte am 5. April 1967 in einer Rede vor dem Bund der Steuerzahler, daß er „kein Verständnis" für die Forderung nach einem zweiten Eventualhaushalt aufbringe, „weder aus konjunkturpolitischen noch aus währungspolitischen noch aus finanzpolitischen Gründen". Und im Geschäftsbericht für 1966 sah es „die Bank ... zumindest als unzweckmäßig und psychologisch als schädlich (an), wenn in einem Zeitpunkt, in dem die bisher beschlossenen Anregungsmaßnahmen erst zum geringeren Teil eingeleitet sind und schon deshalb noch gar keine ins Gewicht fallende Wirkung ausgelöst haben können, bereits neue massive Anregungsmaßnahmen, wie ein zweiter Eventualhaushalt des Bundes in Milliardenhöhe oder gar Steuersenkungen, ernsthaft in Betracht gezogen würden". (Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966, Seite 18).

Tabelle 19

**Unmittelbare Ausgaben von**

| Art der Ausgaben | Bund [2]) | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 1966 | 1967 [4]) | | 1968 [5]) | |
| | Milliarden DM | | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | Milliarden DM | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH |
| Staatsverbrauch | | | | | |
| Personalausgaben | 7,8 | 8,3 | + 6,5 | 8,9 | + 6,2 |
| Sachausgaben | 15,0 [a]) | 16,0 [a]) | + 6,6 | 13,9 | − 13,1 |
| zusammen ... | 22,9 | 24,4 | + 6,5 | 22,8 | − 6,5 |
| Einkommens- und Vermögensübertragungen an Inländer | | | | | |
| Einkommensübertragungen [8]) | 13,3 | 14,5 | + 9,3 | 15,9 | + 9,5 |
| Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung | 10,0 [b]) | 10,6 [b]) | + 6,3 | 10,7 | + 0,9 |
| Vermögensübertragungen | 0,5 | 0,7 | +33,3 | 0,9 | + 29,1 |
| Zinsen | 1,5 | 2,1 | +37,7 | 2,4 | + 18,6 |
| zusammen ... | 25,2 | 27,8 | +10,3 | 29,9 | + 7,4 |
| Investitionen und Investitionsförderung | | | | | |
| Direktinvestitionen [8]) | 3,5 [c]) | 4,4 [c]) | +24,8 | 4,5 [c]) | + 2,3 |
| Investitionszuschüsse | 2,3 | 2,3 | + 0,5 | 2,4 | + 5,6 |
| Darlehen | 2,4 | 4,0 | +71,5 | 3,0 | − 25,8 |
| Beteiligungen | 0,1 | 0,2 | +28,6 | 0,2 | + 16,7 |
| zusammen ... | 8,3 | 10,9 | +31,4 | 10,1 | − 7,1 |
| Übertragungen an das Ausland | | | | | |
| Einkommensübertragungen | 0,8 | 1,0 | +29,1 | 2,4 | +149,3 |
| Vermögensübertragungen | 0,2 | 0,4 | +61,6 | 0,7 | + 79,2 |
| zusammen ... | 1,0 | 1,3 | +36,7 | 3,1 | +130,0 |
| Tilgungen | 1,4 | 1,8 | +34,3 | 1,6 | − 14,7 |
| Insgesamt [9]) | 58,7 | 66,3 | +12,8 | 67,4 | + 1,8 |
| Nachrichtlich: | | | | | |
| Zuweisungen und Darlehen an Gebietskörperschaften | 10,4 | 11,8 | +13,4 | 12,4 | + 4,9 |
| Bruttohaushalte | 69,1 | 78,0 | +12,9 | 79,8 | + 2,3 |

[1]) Gliederung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. [2]) Ohne Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.
[3]) Laufende Ausgaben für das Erwerbsvermögen netto gestellt. In der Tabelle 90 „Haushaltsansätze der Gebietskörperschaften" sind die laufenden Ausgaben für das Erwerbsvermögen dagegen brutto nachgewiesen.
[4]) Einschließlich zweites Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68.
[5]) Vorläufige Schätzungen nach dem Regierungsentwurf.
[6]) Vorläufige Schätzungen auf Grund der Angaben von fünf Bundesländern.
[7]) Vorläufige Schätzungen.

Tabelle 19

**Bund, Ländern und Gemeinden [1])**

| Länder | | | | | Gemeinden | | | | | Gesamtausgaben [3]) | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1966 | 1967 | | 1968 [6]) | | 1966 | 1967 | | 1968 [7]) | | 1966 | 1967 | | 1968 | |
| Milliarden DM | | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | Milliarden DM | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | Milliarden DM | | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | Milliarden DM | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | Milliarden DM | | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | Milliarden DM | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH |
| 19,9 | 21,6 | + 8,1 | 23,1 | + 7,2 | 9,8 | 10,4 | + 6,7 | 11,1 | + 6,3 | 37,5 | 40,3 | + 7,4 | 43,0 | + 6,7 |
| 6,1 | 6,3 | + 4,6 | 6,6 | +10,4 | 7,2 | 7,6 | + 5,3 | 7,9 | + 3,8 | 28,3 | 29,9 | + 5,8 | 28,4 | − 5,1 |
| 26,0 | 27,9 | + 7,3 | 29,7 | + 6,5 | 17,0 | 18,0 | + 6,1 | 18,9 | + 5,2 | 65,8 | 70,2 | + 6,7 | 71,4 | + 1,7 |
| 3,6 | 3,5 | − 1,7 | 3,6 | + 3,1 | 2,7 | 2,9 | + 6,8 | 3,1 | + 6,0 | 19,5 | 20,9 | + 7,0 | 22,6 | + 8,0 |
| 0,2 | 0,1 | −10,3 | 0,2 | + 7,1 | — | — | — | — | — | 10,1 | 10,7 | + 6,0 | 10,8 | + 1,0 |
| 1,0 | 1,2 | +23,0 | 1,4 | +13,8 | 2,4 | 2,4 | + 3,6 | 2,5 | + 2,2 | 3,9 | 4,4 | +12,7 | 4,8 | + 9,9 |
| 1,0 | 1,3 | +34,0 | 1,6 | +19,2 | 1,2 | 1,4 | +16,7 | 1,6 | +14,3 | 3,7 | 4,8 | +29,8 | 5,6 | +17,5 |
| 5,7 | 6,2 | + 8,5 | 6,7 | + 8,8 | 6,3 | 6,8 | + 7,5 | 7,2 | + 6,4 | 37,2 | 40,8 | + 9,6 | 43,8 | + 7,4 |
| 4,3 | 4,2 | − 2,1 | 4,4 | + 5,0 | 13,7 | 13,6 | − 0,5 | 14,7 | + 8,1 | 21,5 | 22,2 | + 3,3 | 23,6 | + 6,4 |
| 2,6 | 2,7 | + 2,7 | 2,7 | + 1,5 | — | — | — | — | — | 4,9 | 5,0 | + 1,7 | 5,1 | + 3,4 |
| 4,0 | 3,6 | − 9,6 | 2,9 | −20,0 | 1,4 | 1,4 | + 2,1 | 1,5 | + 2,8 | 7,7 | 9,0 | +17,3 | 7,3 | −19,0 |
| 0,2 | 0,1 | −50,0 | 0,1 | −20,0 | 0,3 | 0,3 | ± 0,0 | 0,3 | ± 0,0 | 0,6 | 0,6 | − 9,4 | 0,6 | + 1,7 |
| 11,1 | 10,6 | − 4,5 | 10,1 | − 4,5 | 15,4 | 15,3 | − 0,3 | 16,5 | + 7,4 | 34,7 | 36,7 | + 5,9 | 36,6 | − 0,3 |
| 1,2 | 1,3 | + 5,9 | 1,3 | + 4,0 | — | — | — | — | — | 1,9 | 2,2 | +15,0 | 3,7 | +67,7 |
| 0,3 | 0,3 | + 3,6 | 0,3 | + 3,4 | — | — | — | — | — | 0,5 | 0,7 | +29,7 | 1,0 | +45,9 |
| 1,5 | 1,5 | + 5,5 | 1,6 | + 3,9 | — | — | — | — | — | 2,4 | 2,9 | +18,0 | 4,7 | +62,7 |
| 0,7 | 0,9 | +29,0 | 1,1 | +18,0 | 1,6 | 1,9 | +18,6 | 2,2 | +15,1 | 3,7 | 4,6 | +26,4 | 4,8 | + 3,9 |
| 44,9 | 47,1 | + 4,8 | 49,1 | + 4,5 | 40,2 | 42,0 | + 4,4 | 44,8 | + 6,7 | 143,8 | 155,3 | + 8,0 | 161,3 | + 3,9 |
| 12,8 | 13,5 | + 5,5 | 14,7 | + 9,1 | 1,3 | 1,4 | + 6,7 | 1,5 | + 4,5 | . | . | . | . | . |
| 57,7 | 60,6 | + 5,0 | 63,9 | + 5,5 | 41,5 | 43,4 | + 4,5 | 46,3 | + 6,6 | . | . | . | . | . |

[8]) Bei der Beurteilung der Einkommensübertragungen bei Ländern und Gemeinden und den Investitionen bei den Gemeinden ist zu berücksichtigen, daß die Finanzierung zu großen Teilen in den Verantwortungsbereich der übergeordneten Ebene fällt und durch zweckgebundene Zuweisungen gesichert wird.

[9]) Ohne Zuführungen an Rücklagen.

a) Einschließlich Zahlungen im Rahmen des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens.

b) Einschließlich Schuldbuchforderungen an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten (1966: 750 Millionen DM, 1967: 1 450 Millionen DM).

c) Einschließlich Bauausgaben aus „Öffa"-Krediten (1966: 170 Millionen DM, 1967: 374 Millionen DM, 1968: 342 Millionen DM).

haltsplanung und der Haushaltsführung des Bundes.

Der erste Haushaltsplanentwurf für das Jahr 1967, den die Bundesregierung unter Bundeskanzler Erhard im September 1966 vorlegte, sah mit Ausgaben in Höhe von 73,6 Mrd. DM (ohne durchlaufende Mittel, aber einschließlich der Zuteilung von Schuldbuchforderungen an die Träger der Sozialversicherung) eine Zunahme des Haushaltsvolumens um 6,8 vH gegenüber dem Ist von 1966 vor. Geplant waren hier bereits Einsparungen von 1,7 Mrd. DM gegenüber einem Ausgabenvolumen, das sich ergeben hätte, wenn alle bestehenden Gesetze unverändert geblieben wären. Auf der Einnahmenseite war das Steueraufkommen mit 68,9 Mrd. DM [1]) veranschlagt (11,2 vH mehr als das Ist von 1966), darunter 0,5 Mrd. DM aufgrund von Steuererhöhungen.

145. Im November 1966 mußten die ersten Korrekturen an den Ansätzen des Haushaltsplanentwurfs vorgenommen werden: Die Ausgabenseite erweiterte sich durch zusätzliche Zuweisungen für Zwecke des Nahverkehrs (0,4 Mrd. DM) und an die knappschaftliche Rentenversicherung (0,2 Mrd. DM) sowie durch — längst bekannte — Ausgaben im Rahmen des deutsch-amerikanischen Devisenhilfe-Abkommens (1,3 Mrd. DM) um 1,9 Mrd. DM. Auf der Einnahmenseite wurde wegen des Konjunkturrückgangs mit Steuermindereinnahmen von 1,1 Mrd. DM gerechnet [2]). Um die zusätzliche Deckungslücke von 3,0 Mrd. DM zu schließen, plante die Bundesregierung, die Ausgaben an anderen Stellen um 0,6 Mrd. DM zu kürzen und die Einnahmen mit Hilfe von Steuererhöhungen, so bei der Tabaksteuer, der Branntweinsteuer, der Mineralölsteuer und der Umsatzsteuer, um insgesamt 1,9 Mrd. DM zu steigern (Entwurf eines Ergänzungshaushalts 1967). Der Rest (0,5 Mrd. DM) sollte durch Erhöhung der eingeplanten Kreditaufnahme von 0,5 auf 1,0 Mrd. DM gedeckt werden.

146. Am 1. Dezember 1966 wurde die neue Regierung unter Bundeskanzler Kiesinger gebildet. Sie übernahm die Haushaltspläne der Regierung Erhard. An Kreditermächtigungen hatte sie auch zur Jahreswende 1966/67 immer noch nur 1,0 Mrd. DM vorgesehen, obwohl alle Anzeichen darauf hindeuteten, daß die konjunkturelle Abschwächung ernster war und damit der zu erwartende Steuerausfall größer, als es noch im November angenommen worden war.

147. Im Januar 1967 wurde die Steuerschätzung wiederum revidiert. Gegenüber der Schätzung vom November wurde mit einem um 2,4 Mrd. DM niedrigeren Aufkommen gerechnet,

— da der Bundestag die Steueränderungspläne nicht voll gebilligt hatte,

— da der Bundesanteil an dem Aufkommen aus Einkommen- und Körperschaftsteuern auf 37 vH anstatt, wie ursprünglich veranschlagt, auf 39 vH festgesetzt worden war und

— da jetzt ein größerer Steuerausfall aufgrund des Konjunkturrückgangs [3]) vorgesehen wurde.

An Ausgaben waren um 1,2 Mrd. DM weniger vorgesehen als im November 1966. Zwar wurden verschiedene Ausgabenansätze um insgesamt 1,3 Mrd. DM erhöht, gleichzeitig jedoch weitere Kürzungen in Höhe von 2,5 Mrd. DM vorgenommen.

Die Deckungslücke war somit um 1,2 Mrd. DM größer geworden. Sie zu schließen, plante die Bundesregierung, einige Steuervergünstigungen abzubauen (Mehreinnahmen 0,9 Mrd. DM) und die Kreditermächtigungen um 0,3 Mrd. DM auf 1,3 Mrd. DM erhöhen zu lassen.

148. Unter dem Eindruck der verschlechterten Konjunkturlage plante die Regierung bereits im Januar einen zusätzlichen Investitionshaushalt mit Ausgaben von 2,5 Mrd. DM, die durch Kredite finanziert werden sollten. Da das Stabilitätsgesetz, das der Bundesregierung für Zeiten der Rezession hohe Kreditermächtigungen einräumt, zu dieser Zeit noch nicht verabschiedet war, brachte die Regierung den Entwurf eines Kreditfinanzierungsgesetzes ein. Damit der Zeitraum bis zur Verabschiedung nicht ungenutzt verstrich, beschloß das Kabinett ein Sofortprogramm mit einer Auftragssumme von 850 Millionen DM. Die Bundesbank sicherte zu, bei der Finanzierung dieses Programms behilflich zu sein und zu diesem Zweck mittelfristige Papiere des Bundes am Markt unterzubringen.

### Vorläufige Haushaltsführung des Bundes — prozyklische Wirkungen

149. Die Kassenlage des Bundes hatte sich seit dem Herbst 1966 laufend verschlechtert. Um die Jahreswende 1966/67 war der Kreditplafond bei der Bundesbank nahezu ausgeschöpft. Die Kasseneinnahmen drohten weiterhin hinter den Kassenausgaben zurückzubleiben. Ausreichende Kreditermächtigungen einzuholen war versäumt worden. Statt dessen erließ der Bundesfinanzminister im Dezember 1966 und im Januar 1967 einschränkende Richtlinien zur vorläufigen Haushaltsführung.

[1]) Der Steuerschätzung lag die Annahme zugrunde, daß das nominale Bruttosozialprodukt 1967 um 7 vH über dem des Jahres 1966 liegen würde.

[2]) Die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts für 1967 wurde nunmehr auf 6 vH geschätzt.

[3]) Für das Wachstum des Bruttosozialprodukts wurde jetzt eine Rate von 4 vH angenommen.

Diese Richtlinien bestimmten zunächst, wie auch früher schon üblich,

— daß vorläufig die Ausgaben 1967 nicht höher sein dürften als die Bewilligungen des Haushalts 1966 und

— daß dort, wo der Haushaltsplanentwurf einen niedrigeren Ansatz als 1966 vorsähe, der niedrigere Betrag gelte.

Dabei beließ man es jedoch nicht. Es wurde zusätzlich angeordnet,

— daß Aufträge aus dem außerordentlichen Haushalt sowie sämtliche Hochbauaufträge aus dem ordentlichen Haushalt nur erteilt werden durften, wenn der Bundesfinanzminister vorher zugestimmt hatte,

— daß Sachausgaben, allgemeine Ausgaben und einmalige Ausgaben nur bis zur Höhe von 75 vH der oberen Grenze getätigt werden durften und

— daß die so begrenzte Verfügungssumme kassenmäßig bei jedem einzelnen Titel nur zeitanteilig, das heißt für jeden Monat zu einem Zwölftel, in Anspruch genommen wurden durfte.

Ein übriges wurde noch getan, indem man streng darauf achtete, daß alle Richtlinien zur vorläufigen Haushaltsführung strikt eingehalten wurden.

Die Auftragsvergabe des Bundes wurde noch durch die Bestimmung eingeschränkt, daß für die Dauer der vorläufigen Haushaltsführung keine Verträge abgeschlossen werden dürften, aus denen auch in folgenden Rechnungsjahren noch Ausgabenverpflichtungen entstehen würden (§ 45 b RHO), es sei denn, der Bundesfinanzminister hätte angesichts eines besonders dringenden Bedarfs vorher zugestimmt.

150. Trotz dieser Einschränkungen waren die Kassenausgaben des Bundes wegen rechtlicher Verpflichtungen — besonders bei den Personalausgaben, bei den Zuweisungen an Länder und Sozialversicherungsträger, bei den Einkommensübertragungen und bei den Zahlungen aus dem Devisenhilfe-Abkommen — sowohl im ersten als auch im zweiten Vierteljahr 1967 insgesamt erheblich höher als in den entsprechenden Vierteljahren 1966 (Tabelle 91 im Anhang). Auch die Ausgaben für Käufe von Gütern und Dienstleistungen und für Investitionen lagen, für sich genommen, nicht — wie man aufgrund der genannten Richtlinien hätte vermuten können — unter den Beträgen der entsprechenden Zeitabschnitte von 1966. Aber auf die Auftragsvergabe des Bundes, von der ja die neuen Impulse auf die private Investitionstätigkeit hätten ausgehen sollen, wirkten sich die Richtlinien ganz eindeutig dämpfend aus (Tabelle 20).

Obwohl Ausgabenreste für Investitionen und Investitionsförderung mit rund 1,5 Mrd. DM ins Rechnungsjahr 1967 übertragen worden waren, also die Möglichkeit zur Auftragsvergabe über die Ansätze des Haushaltsplans 1967 hinaus bestanden hätte, und obwohl Aufträge aus dem Investitionshaushalt „außer der Reihe" vergeben wurden, lagen die Bauaufträge, gemessen an den veranschlagten Baukosten, im ersten und auch noch im zweiten Vierteljahr 1967 um jeweils 15 vH unter den Werten der entsprechenden Vorjahreszeiträume.

**Der endgültige Haushalt wirkt antizyklisch — aber zu spät**

151. Am 12. April 1967 beschloß die Bundesregierung, alle Verfügungsbeschränkungen für Investitionsausgaben aufzuheben. Neben Aufträgen aus dem Investitionshaushalt, der in drei Tranchen (17. Februar 1967: 850 Millionen DM, 16. März: 800 Millionen DM und 13. April: 850 Millionen DM) freigegeben wurde, war es nunmehr möglich, auch Aufträge aus dem noch nicht beschlossenen Kernhaushalt zu vergeben, selbst wenn die geplanten Haushaltsansätze über denen des Jahres 1966 lagen. Am 24. April beschloß das Wirtschaftskabinett, für die Auftragsvergabe aus dem Investitionshaushalt eine Frist bis zum 31. Mai, bei Hochbaumaßnahmen bis zum 15. Juni, zu setzen. Außerdem wurden die Ausgabenreste für Investitionen aus dem Haushalt 1966 freigegeben.

152. Erst nachdem die Frist festgesetzt war, also der Entzug der bewilligten Mittel drohte, wurden die Aufträge aus dem Investitionshaushalt zügig vergeben. Bis zum 24. April waren nämlich, obwohl alle drei Tranchen bereits freigegeben waren, nur Aufträge über etwas mehr als 0,7 Mrd. DM erteilt; bis zum 31. Mai waren es dann 2,3 Mrd. DM; bis zum 15. Juni, dem letzten Termin, war der Investitionshaushalt praktisch vollständig abgewikkelt.

153. Dies war möglich, weil für die Ausschreibung von Aufträgen und die Prüfung von Angeboten ein verkürztes Verfahren genehmigt worden war. Normalerweise hätte die Auftragsvergabe aus dem Investitionshaushalt, wenn alle Vorschriften über Fristen hätten eingehalten werden müssen, vier bis acht Wochen länger gedauert [1]).

Wären die Aufträge am Anfang zügiger vergeben worden, so wäre es überflüssig gewesen, schließlich eine Frist dermaßen knapp zu bemessen. So mußten Zweifel auftauchen, ob

[1]) Von einigen Unternehmen wurde denn auch Klage geführt, sie hätten ihre Angebote innerhalb der zur Verfügung gestellten Zeit gar nicht abgeben können, teils weil ihre eigene Kalkulation länger dauerte, teils weil sie erst Angebote von Unterlieferanten hätten einholen müssen.

Tabelle 20

## Baunachfrage der öffentlichen Hand

| Vierteljahr | Öffentliche Aufträge für Tiefbauten | | | | Genehmigungen für öffentliche Hochbauten (veranschlagte reine Baukosten) |
|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | darunter | | | |
| | | Bund | Länder | Gemeinden und Gemeindeverbände | |
| | Millionen DM | | | | |
| 1965 1. Vierteljahr | 1 427 | 530 | 295 | 427 | 1 274 |
| 2. Vierteljahr | 2 434 | 773 | 439 | 809 | 1 607 |
| 3. Vierteljahr | 2 609 | 1 031 | 437 | 766 | 2 323 |
| 4. Vierteljahr | 1 913 | 645 | 278 | 736 | 2 002 |
| zusammen ... | 8 383 | 2 979 | 1 449 | 2 738 | 7 206 |
| 1966 1. Vierteljahr | 1 445 | 609 | 273 | 379 | 1 455 |
| 2. Vierteljahr | 2 283 | 907 | 384 | 671 | 1 549 |
| 3. Vierteljahr | 2 350 | 913 | 384 | 677 | 1 764 |
| 4. Vierteljahr | 1 608 | 569 | 257 | 518 | 1 741 |
| zusammen ... | 7 686 | 2 998 | 1 298 | 2 245 | 6 509 |
| 1967 1. Vierteljahr | 1 196 | 389 | 298 | 327 | 1 339 |
| 2. Vierteljahr | 2 037 | 829 | 333 | 581 | 1 306 |
| 3. Vierteljahr | 2 851 | 1 004 | 439 | 866 | 1 607 |
| | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | |
| 1965 1. Vierteljahr | *+20,5* | *+25,4* | *+45,7* | *+ 2,4* | *+ 1,2* |
| 2. Vierteljahr | *+11,6* | *+ 1,4* | *+22,0* | *+14,0* | *+ 2,5* |
| 3. Vierteljahr | *+11,0* | *+19,4* | *+ 9,3* | *+ 1,5* | *+28,7* |
| 4. Vierteljahr | *+25,0* | *+16,5* | *+ 7,0* | *+42,8* | *− 1,5* |
| zusammen ... | *+15,7* | *+14,5* | *+18,6* | *+14,2* | *+ 8,1* |
| 1966 1. Vierteljahr | *+ 1,3* | *+14,9* | *− 7,2* | *−11,2* | *+14,2* |
| 2. Vierteljahr | *− 6,2* | *+17,3* | *−12,6* | *−17,1* | *− 3,6* |
| 3. Vierteljahr | *− 9,9* | *−11,5* | *−12,2* | *−11,6* | *−24,1* |
| 4. Vierteljahr | *−16,0* | *−11,8* | *− 7,3* | *−29,6* | *−13,0* |
| zusammen ... | *− 8,3* | *+ 0,6* | *−10,4* | *−18,0* | *− 9,7* |
| 1967 1. Vierteljahr | *−17,3* | *−36,2* | *+ 9,1* | *−13,8* | *− 8,0* |
| 2. Vierteljahr | *−10,8* | *− 8,6* | *−13,2* | *−13,5* | *−15,7* |
| 3. Vierteljahr | *+21,3* | *+10,0* | *+14,4* | *+27,9* | *− 8,9* |

die öffentlichen Stellen bei der Vergabe der Mittel aus dem Investitionshaushalt nicht nur den konjunkturpolitisch gerechtfertigten Zeitdruck beachtet haben, sondern stets auch den Grundsatz einer sparsamen Haushaltsführung.

Auf die Rezession, auf das Nebeneinander von einschränkenden Richtlinien und zusätzlichem Investitionshaushalt, auf das Erfordernis einer größeren Flexibilität bei der Auftragsvergabe, auf all das, was über die Beschaffung zusätzlicher Mittel hinaus die Rezessionsbekämpfung effizient macht, war die Verwaltung nicht vorbereitet.

154. Am 7. Juli 1967 wurde der Bundeshaushalt mit einer Ausgabensumme von 77 Mrd. DM verabschiedet. Eine Deckungslücke von 9,5 Mrd. DM sollte durch die Aufnahme lang- und kurzfristiger Kredite sowie durch die Hingabe von Schuldbuchforderungen an die Träger der Sozialversicherungen (1,5 Mrd. DM) geschlossen werden.

Am 8. September 1967 wurde das zweite Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68 vom Bundestag gebilligt. Danach wurden in den Haushalt 1967 zusätzliche Ausgaben von 1,5 Mrd. DM eingestellt, und zwar

- für den Neubau von Wohnungen und für die Modernisierung alter Wohngebäude Darlehen (200 Millionen DM) und Zinszuschüsse (100 Millionen DM),
- für beschleunigte Umstellung und Rationalisierung in öffentlichen Unternehmen in strukturschwachen Regionen zinsgünstige Darlehen (300 Millionen DM),
- für Investitionen des Bundes (360 Millionen DM) und
- für weitere Investitionsförderung Darlehen (220 Millionen DM) und Investitionszuschüsse einschließlich Zinszuschüsse (270 Millionen DM).

Außerdem wurde beschlossen, den Gemeinden Finanzierungshilfen für zusätzliche Investitionen über das ERP-Sondervermögen zu gewähren; die Mittel (500 Millionen DM) sollten auf dem Kreditwege beschafft werden. Darüber hinaus wurden für Bundesinvestitionen zusätzliche Bindungsermächtigungen in Höhe von 822 Millionen DM erteilt, durch die ermöglicht wurde, daß Aufträge für strukturpolitisch wichtige Vorhaben künftiger Haushaltsjahre noch 1967 vergeben werden. Die Frist, bis zu der die Aufträge für Bundesinvestitionen aus dem zweiten Konjunkturprogramm erteilt sein mußten, war auf den 15. Oktober festgesetzt. [1])

[1]) Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums sind von einer geplanten Auftragssumme von 5,3 Mrd. DM bei Bund, Ländern und Gemeinden bis zum 31. Oktober Aufträge in Höhe von etwa 3 Mrd. DM erteilt worden, darunter fast vollständig die Aufträge für Bundesinvestitionen.

155. Aus dem zusätzlichen Investitionshaushalt des Bundes werden — nach vorläufigen Schätzungen — etwa 0,6 Mrd. DM im Jahre 1967 ausgegeben. Damit betragen die gesamten Ausgaben des Bundes 1967 etwa 78 Mrd. DM — einschließlich der von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Offa) durch Kreditaufnahme finanzierten Investitionsausgaben —; das sind fast 13 vH mehr als 1966 (Tabelle 19). Damit die Lücke zwischen Ausgaben und ordentlichen Einnahmen geschlossen werden kann, sind Kredite in Höhe von 10,5 Mrd. DM erforderlich.

156. Die Struktur der Ausgaben des Bundes im Jahre 1967 hat sich sowohl gegenüber der des Vorjahres als auch gegenüber der des Haushaltsplanentwurfs vom September 1966 zugunsten der Investitionen geändert. Zwar wurden die ursprünglichen Ansätze der investiven Ausgaben (Direktinvestitionen, Investitionszuschüsse und Darlehen) zunächst erheblich gekürzt (— 1,2 Mrd. DM), jedoch bewirken die Konjunkturprogramme (+ 4,0 Mrd. DM) schließlich, daß die investiven Ausgaben 1967 ganz erheblich höher liegen als 1966 (nach vorläufigen Schätzungen um 2,5 Mrd. DM oder 30 vH), während die übrigen Ausgaben den Vorjahresstand relativ weniger übersteigen (um 6,5 Mrd. DM oder 10 vH). Der Anteil der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes ist damit von 12 vH im Jahre 1966 auf 14 vH im Jahre 1967 gestiegen.

157. Versucht man abzuschätzen, inwieweit der Bundeshaushalt 1967 konjunkturanregend gewirkt hat, so ist zu fragen: Wie hat sich das Ausmaß verändert, in dem der Bund mit seinen Ausgaben das Produktionspotential in Anspruch genommen hat? Hat der Bund durch Maßnahmen zur Finanzierung seiner Ausgaben die Inanspruchnahme des Produktionspontentials durch Unternehmen und private Haushalte zurückgedrängt oder gefördert?

Das Produktionspotential wächst mittelfristig mit einer Rate von etwa 4 vH. Berücksichtigt man, daß 1967 die Preise trotz der Rezession durchschnittlich etwa 2 vH über dem Niveau des Jahres 1966 liegen, so wäre — nimmt man die Ausgabenseite für sich — eine Ausweitung des Haushaltsvolumens um etwa 6 vH, das sind 4,1 Mrd. DM, als konjunkturneutral anzusehen gewesen (Ziffern 184 ff.).

Die Ausgaben des Bundes sind 1967 — wie erwähnt — um 8,9 Mrd. DM, das heißt 12,9 vH, höher gewesen als 1966. Darin sind 0,5 Mrd. DM für erhöhte Schuldentilgung (Tabelle 19) enthalten; dies sind keine Ausgaben, mit denen Produktivkräfte in Anspruch genommen werden, sie gehören daher nicht in die Summe der hier zu würdigenden Ausgaben.

Dem Zuwachs der Ausgaben, die für nachfragewirksam gehalten werden, müssen hier also

8,4 Mrd. DM oder 12,2 vH, stehen die kontraktiven Wirkungen von Steuererhöhungen gegenüber; die Erhöhung der Tabaksteuer und der Mineralölsteuer sowie die Herabsetzung der Kilometerpauschale für Fahrten der Arbeitnehmer von und zum Arbeitsplatz erbrachten Steuermehreinnahmen von etwa 2,5 Mrd. DM. Die kontraktiven Wirkungen einer Steuererhöhung sind allerdings meist geringer als die expansiven Wirkungen einer gleichgroßen Ausgabenerhöhung, zuweilen aber auch größer. Ersteres gilt hier wohl für die Verbrauchsteuererhöhungen, für die Herabsetzung der Kilometerpauschale eher letzteres. Setzt man die erwähnten Steuermehreinnahmen von 2,5 Mrd. DM voll von dem Betrag des nachfragewirksamen Ausgabenzuwachses ab, so verbleiben 5,9 Mrd. DM oder 8,5 vH. Verglichen mit dem Ausgabenzuwachs, der für konjunkturneutral zu halten gewesen wäre, 6 vH oder 4,1 Mrd. DM, sind das nur 1,8 Mrd. DM oder 2,5 Prozentpunkte mehr. In dieser Größenordnung hat man die konjunkturbelebenden Wirkungen des Bundeshaushalts 1967 zu sehen.

158. Entgegen noch immer weit verbreiteten Auffassungen kann keine Rede davon sein, es wäre etwa in der Tatsache, daß der Bund 1967 10,5 Mrd. DM zusätzliche Kredite (einschließlich Schuldbuchforderungen zugunsten der Sozialversicherungsträger) aufgenommen hat, eine weitere expansive Wirkung des Bundeshaushalts 1967 zu sehen. Allein in Höhe von 5 Mrd. DM waren Kredite zum Ausgleich konjunkturell bedingter Steuerausfälle erforderlich. Eine Änderung der Finanzierungsstruktur, die hierauf beruht, ist kein expansiv wirkender Vorgang. Vielmehr: Werden solche Steuerausfälle durch neue Steuern oder über Steuersatzerhöhungen ausgeglichen, wie es tatsächlich — gegen jede konjunkturpolitische Vernunft — zum Teil geschah, so wirkt dies kontraktiv. Die Analyse der Finanzierung des Haushaltsdefizits zeigt daher den gleichen — nicht einen zusätzlichen — expansiven Effekt des Bundeshaushalts 1967 von 1,8 Mrd. DM, wie er in Ziffer 157 dargelegt wurde, nämlich: 10,5 Mrd. DM Kreditaufnahme abzüglich 5 Mrd. DM konjunkturell bedingte Steuerausfälle, abzüglich 3,7 Mrd. DM „normale" Kreditaufnahme [1]), ergeben 1,8 Mrd. DM expansive Kreditfinanzierung.

159. Zu den erwähnten Effekten kommen sicher noch weitere, die darauf beruhen, daß stark expansiv wirkende Ausgaben überproportional ausgedehnt wurden. So liegen etwa die Darlehen an Dritte 1967 um 1,7 Mrd. DM (+ 71,5 vH), die Zinszuschüsse für neu aufgenommene Kredite um 110 Millionen DM [2]) (+ 115 vH) über den entsprechenden Beträgen des Vorjahres. Nach einer Schätzung des Bundesfinanzministeriums entspräche den 1967 geplanten Zinszuschüssen für neu aufgenommene Kredite ein Kreditvolumen von 4,8 Mrd. DM (1966: 2,4 Mrd. DM). Inwieweit diese Kredite nicht ohnedies aufgenommen würden, in welchem Ausmaß also tatsächlich höhere Aufträge vergeben werden, läßt sich nur schwer abschätzen.

**Haushaltspolitik der Länder — fiskalisches Denken**

160. Die Länder haben bis zum September 1967 den Bund in seinen Bemühungen um eine antizyklische Finanzpolitik nicht unterstützt. Die meisten Länderregierungen weigerten sich, zum Teil in aller Form, ihre Finanzgebarung nach konjunkturellen Erfordernissen auszurichten, obwohl die für die Konjunkturpolitik zuständigen Stellen des Bundes große Anstrengungen unternommen haben, die Länder hierfür zu gewinnen [3]). Diese wollten den konjunkturell bedingten Steuerausfall nicht durch Kredite ausgleichen, weil sie meinten, die Vorbelastung künftiger Haushalte nicht verantworten zu können. So kam es dazu, daß durch die Haushaltspolitik der Länder die Wirkungen der vom Bund ergriffenen antizyklischen Maßnahmen anfänglich sogar neutralisiert wurden.

161. Schon im Herbst 1966, bevor der Streit um die Verteilung des Aufkommens aus Einkommen- und Körperschaftsteuer mit einem Kompromiß beendet wurde, hatten die Länder darauf aufmerksam gemacht, daß sie in dem Fall, in dem ihre Forderung nicht oder nur teilweise erfüllt würde, ihre eigenen Investitionen und die Investitionszuschüsse an die Gemeinden würden einschränken müssen und Kredite zum Ausgleich von „Steuerausfällen" nur im unvermeidbaren Umfang aufnehmen würden.

---

[1]) Dieser Betrag entspricht der Kreditaufnahme im Jahre 1966 zuzüglich einer Steigerung um 6 vH.

[2]) Was die Zinszuschüsse angeht, so konnte nur ein Soll-Soll-Vergleich durchgeführt werden. Berücksichtigt man, daß ein großer Teil der im zweiten Konjunkturprogramm geplanten Zinszuschüsse (123 Millionen DM) erst 1968 ausgegeben wird, so ist der tatsächliche Zuwachs der Zinszuschüsse 1967 gegenüber 1966 möglicherweise nur gering. Aber schon die Zusage von Zinszuschüssen hat 1967 die Aufnahme von Krediten und damit die Vergabe von Aufträgen für Bauinvestitionen erlaubt.

[3]) Das Verhalten der Länder ist um so bemerkenswerter, als das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums in der Wirtschaft" kurz vor der Verabschiedung stand. Das Gesetz gebietet auch den Ländern strikt eine den konjunkturellen Erfordernissen entsprechende Haushaltsplanung, und zwar nicht nur im Falle einer konjunkturellen Überhitzung, sondern auch für den Fall einer Rezession.

162. Bereits die Haushaltsansätze derjenigen Länder die auf der Einnahmenseite noch einen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 65 vH veranschlagt hatten, deuteten mit einem Ausgabenzuwachs von 5,9 vH gegenüber dem Soll 1966 — bei einer veranschlagten Zunahme des Steueraufkommens von 9,5 vH — an, daß 1967, unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung, ein Jahr der Konsolidierung sein sollte. Noch deutlicher wurde das in den Haushaltsansätzen derjenigen Länder, die in der Steuerschätzung die Tatsache berücksichtigt hatten, daß der erwähnte Anteil 63 vH statt 65 vH betragen würde: das Ausgabenwachstum war hier nur mehr mit einer Rate von 4,2 vH geplant. Unter den Ansätzen der investiven Ausgaben lagen die der Bauausgaben bei den Ländern insgesamt mit 3,1 Mrd. DM um 15,3 vH niedriger als die Ansätze von 1966.

163. Bei einer konjunkturellen Würdigung der Länderpläne ist daran zu denken, daß die Länder — stärker noch als der Bund — mit ihren Haushaltsansätzen für investive Ausgaben die Ausgabenmöglichkeiten anderer, Privater wie Gebietskörperschaften, mitbestimmen. Hervorzuheben ist daher, daß die Darlehen an Dritte mit 2,9 Mrd. DM um 26,3 vH unter den Ansätzen des Jahres 1966 lagen.

Die Zuweisungen an die Gemeinden waren mit weniger als 11 Mrd. DM nur um 3,8 vH höher geplant als 1966. Dabei ist bei den speziellen Zuweisungen (5,1 Mrd. DM), die in der Hauptsache für Investitionsvorhaben bewilligt werden, sogar eine Stagnation eingetreten.

164. Ab Mitte 1967 haben die Länderregierungen ihre Haltung geändert. Zuerst entschloß sich Nordrhein-Westfalen, zusätzliche Investitionsvorhaben — auch in den Gemeinden — zu finanzieren und damit die Konjunkturpolitik des Bundes zu unterstützen. Die anderen Länder planten investitionsfördernde Maßnahmen im Rahmen des zweiten Konjunkturprogramms in ihren Nachtragshaushalten. Einige Länder stellten allerdings den Betrag, mit dem sie sich am Konjunkturprogramm beteiligten, nur als Vorgriff auf den Haushalt 1968 zur Verfügung. So ist nicht auszuschließen, daß ein Teil der im vierten Vierteljahr 1967 von den Ländern erteilten Investitionsaufträge nur zeitlich vorgezogen wird und 1968 nicht zu Ausgaben führt, die über die in den Vorentwürfen bereits enthaltenen Ansätze hinausgehen.

165. Trotz der Haushaltsvorgriffe sind, auch vom Vollzug her gesehen, die Länderhaushalte 1967 nicht expansiv gewesen. Die Ausgaben sind mit einem Zuwachs von 5 vH wahrscheinlich nicht einmal konjunkturneutral. Die Ausgaben für Investitionen, Investitionszuschüsse und Darlehen liegen 1967 sogar um 3,7 vH unter der entsprechenden Summe des Jahres 1966 (Tabelle 19).

Es ist aber auch darüber hinaus nicht unbedenklich, daß die Haushaltsvorgriffe möglicherweise 1968 im Haushaltsvollzug Nachfragelücken entstehen lassen, die wahrscheinlich dann konjunkturpolitisch noch gar nicht erwünscht sind.

Zur Finanzierung der Ausgaben müssen die Länder 1967 etwa 5 Mrd. DM Kredite aufnehmen, rund 2 Mrd. DM mehr als ursprünglich geplant. Dieser Mehrbedarf an Krediten entsteht fast vollständig dadurch, daß konjunkturell bedingte Steuerausfälle ausgeglichen werden müssen, damit das geplante Ausgabenvolumen 1967 erreicht wird.

166. Zusätzliche Zuweisungen an die Gemeinden (statt um 3,8 vH um 5,5 vH höher als 1966) erhöhten den Spielraum für kommunale Investitionen, wenn auch nur geringfügig. Die Länder haben den Gemeinden zusätzliche Zuweisungen für 1968 zugesagt. Aufgrund solcher Zusagen können die Gemeinden Investitionsaufträge noch in das vierte Vierteljahr 1967 vorziehen. Dies ist konjunkturpolitisch begrüßenswert; es bringt aber die Gefahr mit sich, daß die Gemeinden Ausgaben aus dem zweiten Konjunkturprogramm teilweise mit den Ansätzen des Jahres 1968 verrechnen werden, und zwar vor allem deshalb, weil die Länder vielfach vorsehen, die 1967 zusätzlich gewährten speziellen Zuweisungen 1968 vor dem Finanzausgleich auf die Verbundmasse anzurechnen. Dies widerspräche jedoch den Absichten, die mit dem zweiten Konjunkturprogramm verfolgt werden.

**Haushaltspolitik der Gemeinden — wenig Spielraum für selbständiges antizyklisches Verhalten**

167. Die Gemeinden, die wie Bund und Länder nicht unerhebliche Steuerausfälle hinnehmen mußten, waren nicht in der Lage oder bereit, von sich aus ihre Ausgaben in einem auch nur konjunkturneutralen Ausmaß auszudehnen, wie es nach ihren ursprünglichen Haushaltsplänen noch der Fall gewesen wäre: Die Länderzuschüsse reichten vielfach nicht aus, die Lücken zu schließen, die in den Gemeindehaushalten entstanden; viele Gemeinden, vor allem Großgemeinden, hatten ihre Verschuldungsgrenze erreicht. Andere Gemeinden, die ihre Verschuldungsgrenze noch nicht erreicht hatten, glaubten angesichts der unsicheren Einnahmeerwartungen nicht in größerem Umfang zusätzliche Kredite aufnehmen zu sollen.

Da die Personalausgaben der Gemeinden (Zunahme 1967: 6,7 vH) und ihre Einkommens- und Vermögensübertragungen (Zunahme 1967: 7,5 vH) rechtlich gebunden sind, gingen, soweit für 1967 Ausgabenkürzungen vorgenommen wurden, diese — wie erwartet — zu Lasten der Investitionsausgaben. In den Ausgabenplä-

nen wurden die Investitionsausgaben um 1,5 Mrd. DM niedriger angesetzt als 1966 (— 10 vH). Erst der Bund erreichte mit seinen zusätzlichen Investitionszuschüssen aus dem Mineralölsteueraufkommen und aus den Konjunkturprogrammen, daß die Gemeinden schließlich in gleichem Umfang Investitionen durchführen können wie im Jahre 1966.

168. Die Gemeinden sind in den letzten Jahren immer mehr von Bund und Ländern abhängig geworden. Die allgemeinen und speziellen Zuschüsse haben, gemessen am kommunalen Haushaltsvolumen, größeres Gewicht als früher. Dies verstärkt die Abhängigkeit um so mehr, als die speziellen Zuweisungen sehr häufig an eine Selbstbeteiligung gebunden sind. Außerdem wirken sich die Bestimmungen, daß die Länder nicht nur die Haushaltssatzungen, sondern auch jeden einzelnen Kredit genehmigen müssen, um so restriktiver aus, je näher die Gemeinden an ihre Verschuldungsgrenze kommen.

169. Ein Bild von den Schwierigkeiten, in die besonders die Städte bis Mitte 1967 geraten waren, vermitteln Informationen, die uns vom Deutschen Städtetag gegeben wurden: Obwohl die Städte bereits in ihrer Haushaltsplanung für 1967 die Investitionsausgaben um 15 vH niedriger angesetzt hatten als 1966, fehlten doch die Mittel, mit denen größere Projekte in Angriff genommen werden konnten. Projekte des Nahverkehrs, die genehmigt waren und für die der Bund Zuschüsse aus dem Mineralölsteueraufkommen in Aussicht gestellt hatte, mußten, da die Bewilligungsbescheide verspätet eingingen, kurzfristig vorfinanziert werden. In vielen Fällen, in denen Zuschüsse für Nahverkehrsinvestitionen an eine Selbstbeteiligung gebunden waren, wurden die Eigenmittel anderen Projekten (etwa dem Bau von Krankenhäusern oder Schulen) entzogen. Bei größeren Bauvorhaben, die in mehreren Abschnitten durchgeführt werden, konnte zwar mit Hilfe der Zuschüsse der erste Bauabschnitt begonnen werden, doch war unklar, wie die folgenden finanziert werden sollten.

Obwohl die Städte aufgrund der Zusagen von Zuschüssen aus dem Mineralölsteueraufkommen mehr Nahverkehrsinvestitionen durchführten als ursprünglich vorgesehen, waren die Ausgaben hierfür im ersten Halbjahr 1967 doch um 8 vH niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei mußten noch die Eigenmittel teilweise den anderen Investitionsbereichen entzogen werden, so daß die übrigen Bauausgaben in der gleichen Zeit um 18 vH unter denen des ersten Halbjahres 1966 lagen.

170. Um die Zahl der Fälle zu vermindern, in denen Investitionen zurückgestellt oder zuschußfähige Projekte nur auf Kosten anderer kommunaler Investitionsvorhaben durchgeführt wurden, hätten Bund und Länder den Gemeinden mehr Zuschüsse gewähren müssen.

Zunächst schien es Mitte des Jahres 1967 so, als habe sich diese Einsicht in gewissem Grade durchgesetzt. Doch hat sich der Bund in seinem zweiten Konjunkturprogramm nicht so sehr für Zuschüsse, als für die Gewährung verbilligter Darlehen an die Gemeinden entschieden. Diese Darlehen werden möglicherweise zum Teil zur Rückzahlung bereits aufgenommener teurerer Kredite verwendet werden, da nur schwer nachzuprüfen ist, ob die Vorschrift, nur zusätzliche Investitionen mit Hilfe der verbilligten Darlehen zu finanzieren, auch eingehalten wird.

**Der öffentliche Haushalt insgesamt — keine expansiven Wirkungen**

171. Wie gering schon die expansiven Wirkungen zu veranschlagen sind, die von dem Haushalt des Bundes ausgingen, der für die Konjunkturpolitik die Hauptverantwortung trägt, ist bereits gezeigt worden (Ziffern 157 ff.). Danach ging der Zuwachs des Haushaltsvolumens des Bundes nur um 1,8 Mrd. DM über das hinaus, was schon für einen bloß konjunkturneutralen Bundeshaushalt erforderlich gewesen wäre. Der Zuwachs des Volumens der Länder- und Gemeindehaushalte insgesamt, gemessen an den unmittelbaren Ausgaben, betrug 2,5 Mrd. DM, nicht gerechnet die Ausgaben aufgrund der Mehrzuweisungen des Bundes. Abzuziehen sind die zusätzlichen Tilgungen sowie der Anteil der Länder an den Einnahmen aus Steuererhöhungen (Ziffer 157). Dann verbleiben als Zuwachs gegenüber 1966 1,9 Mrd. DM oder 2 vH. Das ist weniger als auch nur konjunkturneutral gewesen wäre, und zwar 3,2 Mrd. DM weniger. Die expansiven Wirkungen des Bundeshaushalts haben also von den tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen her gesehen nicht ausgereicht, die kontraktiven Wirkungen der Länder- und Gemeindehaushalte zu kompensieren.

172. Zieht man in Betracht, daß aufgrund der beiden Konjunkturprogramme des Bundes mehr zusätzliche Aufträge vergeben worden sind, als schon 1967 kassenwirksam werden, so ist das Bild etwas günstiger. Allerdings hat der Bund wohl allenfalls verhindert, daß die Rezessionstendenzen des Jahres 1967 durch die Finanzgebahrung der öffentlichen Hand insgesamt verstärkt wurden.

173. Was die Verteilung der gesamten Ausgaben der Gebietskörperschaften auf Investitionsausgaben (Tabelle 21) und andere Ausgaben angeht, so ist festzustellen: Obwohl die Konjunkturprogramme ausschließlich investive Ausgaben vorsahen, sind die öffentlichen Investitionen 1967 (+ 1,9 vH) sehr viel weniger gestiegen als die übrigen Ausgaben, so daß ihr

Anteil von 15 vH im Jahre 1966 auf etwas mehr als 14 vH im Jahre 1967 zurückgegangen ist. Es wurde noch nicht einmal dafür gesorgt, daß die Bundesbahn und die Bundespost ihre Investitionsausgaben kräftig steigern konnten, obgleich hier ein allseits anerkannter hoher Investitionsbedarf besteht.

Gleichzeitig stieg der Anteil der Einkommens- und Vermögensübertragungen an den Gesamtausgaben noch einmal an, da hier — anders als bei den Investitionsausgaben — nicht ohne weiteres Kürzungen durchzusetzen waren, als die Einnahmen des Staates rezessionsbedingt sanken (Schaubild 31).

Der Anteil der Investitionsausgaben bei den Gebietskörperschaften wird zwar voraussichtlich 1968 wieder zunehmen, jedoch nicht um ebenso viel, wie er 1967 zurückgegangen ist. Entgegen allen wirtschaftspolitischen Programmen und trotz aller Anstrengungen für einen finanzpolitischen Neubeginn wird sich also, nimmt man die Jahre 1967 und 1968 zusammen, die seit 1964 zu beobachtende Tendenz, daß der Anteil der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand sinkt, weiter fortsetzen. Das liegt daran, daß versäumt worden ist, das Nachlassen der privaten Investitionstätigkeit dadurch zu nutzen, daß aufgeschobene öffentliche Investitionen aufgeholt wurden und mit neuen Vorhaben im Bereich der Infrastruktur die Grundlage für das künftige wirtschaftliche Wachstum erweitert wurde.

Tabelle 21

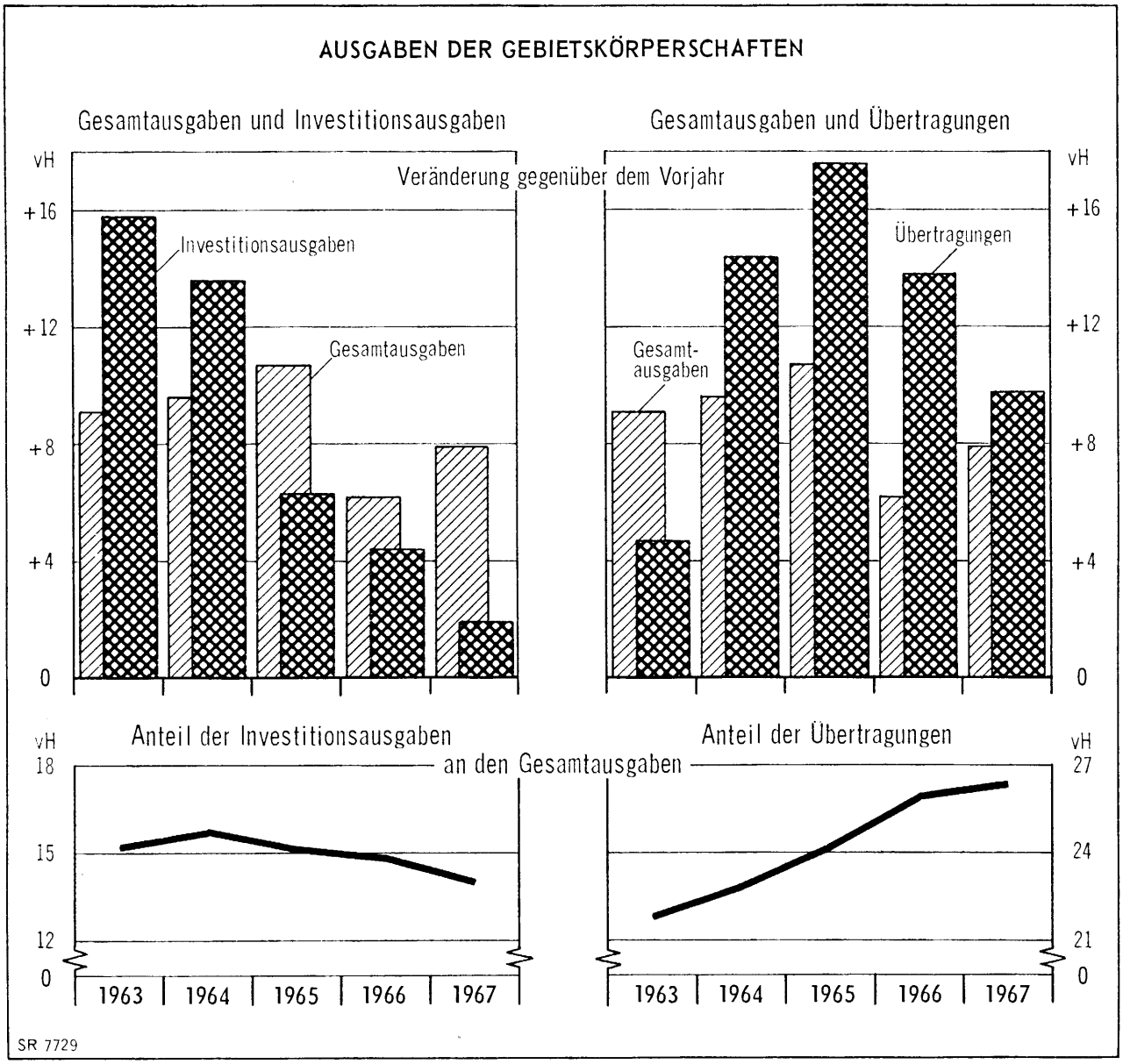
**Ausgaben für Sachinvestitionen**

| Art der Ausgaben | Einheit | 1964 | 1965 | 1966 [1] | 1967 [1] |
|---|---|---|---|---|---|
| Bauinvestitionen [2] | Milliarden DM | 16,6 | 17,4 | 18,3 | 18,5 |
| | vH [3] | . | + *4,8* | + *5,2* | + *1,1* |
| Straßen [2] | Milliarden DM | 6,8 | 7,1 | 7,4 | 7,9 |
| Schulen | Milliarden DM | 2,7 | 2,9 | 3,1 | 3,1 |
| Wissenschaftspflege | Milliarden DM | 0,8 | 1,0 | 1,0 | 1,0 |
| Gesundheitswesen | Milliarden DM | 0,9 | 0,9 | 0,9 | 0,9 |
| Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen | Milliarden DM | 3,0 | 2,9 | 3,0 | 2,8 |
| Sonstige Aufgabenbereiche | Milliarden DM | 2,3 | 2,6 | 2,9 | 2,8 |
| Neuanschaffung von beweglichem Vermögen | Milliarden DM | 1,5 | 1,7 | 1,7 | 1,8 |
| Grunderwerb | Milliarden DM | 1,1 | 1,3 | 1,3 | 1,4 |
| insgesamt | Milliarden DM | 19,2 | 20,4 | 21,3 | 21,7 |
| | vH [3] | . | + *6,3* | + *4,4* | + *1,9* |

[1] Schätzung nach Teilergebnissen.
[2] Ohne Baumaßnahmen aus „Öffa-Krediten".
[3] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Schaubild 31




**Die öffentlichen Haushalte im Jahre 1968**

174. Am Ende der Berichtszeit — Mitte November 1967 — haben noch nicht alle Gebietskörperschaften ihre Haushaltsplanung für das Jahr 1968 abgeschlossen. Doch ist nach den vorliegenden Plänen schon festzustellen, daß die Entwicklung des Jahres 1967 zu einer besonderen Vorsicht bei der Einschätzung der finanzpolitischen Möglichkeiten im nächsten Jahre geführt hat. Nach den Voranschlägen, die dem Sachverständigenrat bekanntgeworden sind, werden die öffentlichen Ausgaben mit rund 161 Mrd. DM (ohne LAG und ERP) um etwa 4 vH über der Ausgabensumme des Jahres 1967 liegen. Dabei ist unterstellt, daß von den im zweiten Konjunkturprogramm vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 5,3 Mrd. DM etwa 1 Mrd. DM noch im Jahre 1967 kassenwirksam geworden ist und der Rest zum größten Teil im Jahre 1968 getätigt wird; dies wird allerdings, weil die Kernhaushalte gleichzeitig gekürzt werden, nur etwa 2,7 Mrd. DM zusätzlich zu den vorher geplanten Ausgaben ausmachen.

Berücksichtigt man, daß 1968 die hohen Leistungen im Rahmen des deutsch-amerikanischen Devisenhilfe-Abkommens wegfallen, kann man die Zunahme der „inlandswirksamen" Ausgaben mit etwa 4,5 vH etwas höher ansetzen als die Zunahme der gesamten Ausgaben.

175. Der Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums für das Jahr 1968 liegen die Annahmen zugrunde,

— daß das nominale Bruttosozialprodukt 1968 um 6,5 vH größer sein wird als 1967,

— daß Steuererhöhungen Mehreinnahmen von 1,9 Mrd. DM erbringen werden und

— daß beim Übergang zum Mehrwertsteuersystem durch die Entlastung der Altvorräte ein Steuerausfall von rund 4,9 Mrd. DM entstehen wird.

Bund, Länder und Gemeinden haben danach mit Steuereinnahmen von rund 120 Mrd. DM (5,4 vH mehr als 1967) zu rechnen; dazu kommen sonstige Einnahmen von etwa 23 Mrd. DM. Zur Deckung der geplanten Ausgaben ist eine Kreditaufnahme von rund 18 Mrd. DM geplant.

176. Versucht man ähnlich wie für 1967 (Ziffern 171 ff.) auch für 1968 die konjunkturellen Wirkungen des Gesamthaushalts abzuschätzen, so ergibt sich:

— Der Zuwachs der Ausgaben (4 vH) wird geringer sein als das mittelfristige Wachstum des Produktionspotentials zuzüglich der für 1968 angenommenen Preissteigerungsrate, weniger also, als ein konjunkturneutrales Wachstum des Haushaltsvolumens erforderte (6,5 vH).

— Die Zunahme der Steuereinnahmen wird mit 5,4 vH etwas geringer sein als das erwartete Wachstum des Sozialprodukts. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß das Steueraufkommen nur desahlb nicht größer ausfallen wird, weil der Bund in Höhe von 4,9 Mrd. DM Umsatzsteuer auf Altvorräte erstattet. Wie groß die expansive Wirkung dieses Steuerverzichts sein wird, ist umstritten. Es muß damit gerechnet werden, daß diese sich auf die Wirkung eines Liquiditätsgeschenks an die Unternehmen beschränkt (Ziffer 479). Den — möglicherweise also geringen — Expansionseffekt jener 4,9 Mrd. DM nicht gerechnet, entspräche der Entzugseffekt des Gesamthaushalts 1968 sogar dem eines Steuermehraufkommens von 9,5 vH.

Der Erwartung, daß von den öffentlichen Haushalten insgesamt 1968 eher kontraktive als expansive Wirkungen ausgehen werden, steht nur entgegen, daß — vor allem im Rahmen des zweiten Konjunkturprogramms — fast 200 Mill. DM für Zinszuschüsse vorgesehen sind, das heißt für Ausgaben, die unmittelbar ein Vielfaches an privater Mehrnachfrage zur Folge haben können. Wie erwähnt ist aber ein Teil dieser Wirkung wahrscheinlich schon in das Jahr 1967 gefallen (Ziffer 159).

177. Daß die öffentliche Hand auch für 1968 wieder Haushalte plant, die der Konjunkturlage aller Voraussicht nach nicht entsprechen, läßt sich nur damit erklären, daß die Finanzierungsprobleme überbetont und zum Teil wohl auch falsch gesehen wurden. Versagt sich der Staat der Aufgabe, die Wirtschaft rasch an den mittelfristigen Wachstumspfad heranzuführen, so verhindert er selbst, daß seine Einnahmen — sogar bei konstanten Steuersätzen — wieder stärker steigen.

178. Die hohen Steuerausfälle haben den Blick dafür verstellt, welche Steuereinnahmen bei rascher Rückkehr zu normalem wirtschaftlichem Wachstum zu erwarten sind.

— Unter der Annahme unveränderter Steuersätze hätte bei stetigem Wachstum — wenn also die jüngste Rezession vermieden worden wäre — das Steueraufkommen 1967 und 1968 zusammengenommen nach unserer Rechnung 246 Mrd. DM betragen.

— Die 1967 tatsächlich eingegangenen Steuern und die 1968 erwarteten Steuereinnahmen betragen dagegen nur 233 Mrd. DM, Mehreinnahmen, die auf Steuergesetzänderungen zurückgehen, nicht gerechnet.

— Der rezessionsbedingte Steuerausfall der beiden Jahre beläuft sich also für Bund, Länder und Gemeinden auf zusammen etwa 13 Mrd. DM.

Da man wegen der Steuerausfälle das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte überschätzte, beschloß man Steuererhöhungen, die der Politik der Konjunkturbelebung zuwiderlaufen und insoweit auch eine strukturelle Bereinigung der öffentlichen Finanzen eher erschweren als erleichtern. Daß solche Fehleinschätzungen auch die mittelfristigen Pläne der Bundesregierung für die Zeit bis 1971 beeinflußten, zeigt die „Mehrjährige Finanzplanung des Bundes 1967—1971".

### Mittelfristige Finanzplanung des Bundes

179. Am 6. Juli 1967 beschloß die Bundesregierung gemäß § 9 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes den Finanzplan, der die fünfjährige Finanzplanung für die Haushaltswirtschaft des Bundes der Jahre 1967 bis 1971 enthält; in ihm sind, entsprechend der gesetzlichen Bestimmung, „Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens" dargestellt.

180. Unter Zugrundelegung dieses Finanzplanes billigte der Bundestag am 8. September den ersten Teil des Gesetzes zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, wonach vom 1. Januar 1968 an eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 3 vH erhoben und der Mehrwertsteuersatz zum 1. Juli 1968 von

10 vH (bzw. 5 vH) auf 11 vH (bzw. 5,5 vH) erhöht wird. Außerdem baut es Steuervergünstigungen im Kreditgewerbe ab. Die Beschlüsse zum zweiten Teil des Gesetzes, in dem die Maßnahmen zur Anpassung der Ausgaben an die Deckungsmöglichkeiten (Gesetzesänderungen, die zur Verminderung oder Verlagegerung von Ausgaben führen) festgelegt werden sollen, stehen bei Abschluß dieses Gutachtens noch aus.

181. Grundsätzlich ist mit der Finanzplanung für einen Fünfjahreszeitraum die nach den Erfahrungen der letzten Jahre verständliche Unsicherheit darüber weitgehend beseitigt, ob nicht der Bundeshaushalt schon nach einem Jahr, in dem Ordnung eine beherrschende Maxime für die finanzpolitischen Entscheidungen war, schon bald wieder ein Element der Instabilität werden könnte. Die Öffentlichkeit und die gesetzgebenden Organe bekamen einen Überblick darüber, welche Möglichkeiten die Bundesregierung sieht, die Ordnung ihrer Finanzen auch in den kommenden Jahren aufrechtzuerhalten, für wie dringlich sie die einzelnen öffentlichen Aufgaben hält und wie sie den von ihr gesetzten Prioritäten in der Ausgabenplanung Rechnung trägt.

182. Die Finanzplanung des Bundes bis 1971 hat die mittelfristige Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums zur Grundlage. Damit ist erstmals versucht worden, den Forderungen zu genügen, die an eine moderne Finanzplanung gestellt werden können, nämlich die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen im Blick auf mehrere Jahre miteinander in Einklang zu bringen. Allerdings sind gewisse Unverträglichkeiten festzustellen.

183. Eigentlich hätte man die vorgesehene Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes ausdrücklich daraufhin überprüfen müssen, ob sie den Beitrag zum Wachstum zu leisten vermag, den die mittelfristige Zielprojektion von den öffentlichen Haushalten erwartet. Dies war aber wohl nicht möglich, weil die Länder und Gemeinden keine mittelfristigen Haushaltsplanungen aufgestellt haben. Die Frage, ob die Finanzplanung des Bundes bis 1971 in ihrer jetzigen Form den in § 1 des Stabilitätsgesetzes genannten wirtschaftspolitischen Zielen gerecht wird, kann daher nur unter der Annahme erörtert werden, daß dem Bund nicht die Aufgabe zufällt, ein den Zielen zuwiderlaufendes Verhalten der Länder, der Gemeinden und der Parafisci auszugleichen.

184. Die Finanzplanung geht davon aus, daß sie von kurzfristigen — insbesondere konjunkturellen — Gesichtspunkten abzusehen und sich ausschließlich an längerfristigen wirtschaftspolitischen Zielen zu orientieren habe.

Dabei ist zu beachten:

— Das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes erfordert, daß das Produktionspotential, das „gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen" (§ 9 des Stabilitätsgesetzes), in optimaler Weise ausgenutzt wird; das Ziel der Geldwertstabilität verlangt, daß das Produktionspotential nicht überfordert wird. Die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch staatliche Ausgaben in einem Ausmaß, wie es die gesetzgebenden Organe für die Situation der Vollbeschäftigung festlegen, nennen wir konjunkturneutral. Das bedeutet zum Beispiel: Wird wegen konjunkturellen Nachfragemangels das Produktionspotential nicht optimal genutzt (Unterbeschäftigung), das heißt, wächst das Bruttosozialprodukt langsamer als das Produktionspotential oder geht es sogar zurück, so ist und bleibt eine Steigerung der Staatsausgaben, die weiterhin dem Wachstum des Produktionspotentials entspricht, nicht antizyklisch, sondern immer noch erst konjunkturneutral. Wird die Ausgabensteigerung in einer solchen Situation auf das tatsächliche Wachstum des Sozialprodukts zurückgenommen, so ist das kein konjunkturneutrales, sondern schon ein prozyklisches Verhalten. Umgekehrt ist antizyklisches Ausgabenverhalten in einer Hochkonjunktur erst dann gegeben, wenn die Staatsausgaben weniger stark erhöht werden, als das Produktionspotential mittelfristig wächst.

— Durch Steuern drängt der Staat die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den privaten Sektor zurück und schafft so Raum für seine eigene Absorption (Entzugseffekt der Steuern). Wir nennen die Steuersätze konjunkturneutral, die bei optimaler Ausnutzung des Produktionspotentials (Vollbeschäftigung) den vom Gesetzgeber beabsichtigten Anteil der Steuereinnahmen an der Finanzierung der Staatsausgaben (Steuerdeckungsquote) gewährleisten. Bei unveränderten Steuersätzen ergeben sich dann höhere Steuerdeckungsquoten in Jahren der Hochkonjunktur und niedrigere Steuerdeckungsquoten in Jahren der Konjunkturabschwächung. Das ist erwünscht.

  Setzt man in der Rezession, um konjunkturell bedingte Steuerausfälle auszugleichen, die Steuersätze herauf, so verhält man sich prozyklisch: Das Steuersystem wird kontraktiver. Dies ist in der jüngsten Rezession geschehen. Übernimmt man die erhöhten Steuersätze — mit ihrem größeren Entzugseffekt — in einem mittelfristige Finanzplanung, so enthält diese auf der Einnahmenseite ein kontraktives Element.

185. Basis der Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums ebenso wie der Finanzplanung ist das Jahr 1966. Nach der Zielprojektion soll das nominale Sozialprodukt bis 1971 um 29 vH wachsen. Für die Ausgaben des Bundes, ohne Tilgungsausgaben, ist in der Finanzplanung eine Zunahme um 29,5 vH vorgesehen. Wären sowohl die Steuererhöhungen unterblieben, die 1967 in Kraft getreten, als auch diejenigen, die für 1968 beschlossen worden sind, so wären bei einem Anstieg des Sozialprodukts von — wie geplant — 29 vH für 1971 gegenüber 1966 eine Zunahme der Steuereinnahmen um 27 vH zu erwarten gewesen. Wegen der Steuererhöhungen in den Jahren 1967 und 1968 wird nun erwartet, daß die Steuereinnahmen 1971 um fast 34 vH höher sein werden als 1966. Der Bund wird also mit seiner Finanzgebarung, folgt er diesem Plan, die Absorption durch den privaten Sektor stärker zurückdrängen, als er selbst das Produktionspotential zu beanspruchen beabsichtigt.

186. Hält man, wie der Sachverständigenrat, die Schätzung der Wachstumsraten, die der mittelfristigen Finanzplanung zugrunde liegen, eher für zu niedrig (Ziffern 317 ff.), so muß man auch befürchten, daß das geplante Ausgabenvolumen auf ein zu geringes Wachstum des Sozialprodukts hinwirkt. Ein Teil des Produktionspotentials bleibt dann ungenutzt: der Teil, um den die geplanten staatlichen Ausgaben zu niedrig sind, und der Teil, um den die privaten Ausgaben zu stark zurückgedrängt werden, weil man wegen unterschätzter Wachstumsraten des Produktionspotentials die Steuersätze zu hoch veranschlagt. Wer einer Planung zu niedrige Wachstumsraten des Produktionspotentials zugrundelegt, verlangsamt das Wachstum des Sozialprodukts und später auch das Wachstum des Produktionspotentials selbst. Wer — unbewußt oder bewußt — eine Deflation oder eine Inflation einplant, trägt dazu bei, daß sie entsteht.

187. Was die Kreditaufnahme anlangt, so geht die Bundesregierung in ihrer mehrjährigen Finanzplanung, entgegen ihrer bereits bekundeten Absicht, nicht davon aus, daß sich der Bund wesentlich stärker als bisher verschulden soll. Die Nettoverschuldung wird, dem Finanzplan nach, in den Jahren 1969 und 1970 jeweils nur um wenig mehr als 1 Mrd. DM zunehmen; 1971 soll sie sogar leicht zurückgehen. Diese niedrige Nettoverschuldung ergibt sich daraus, daß die aus konjunkturellen Gründen 1967 aufgenommenen und 1968 noch aufzunehmenden kurzfristigen Kredite schon alsbald getilgt werden sollen. Abgesehen davon, daß die öffentliche Verschuldung in der Zukunft immer mehr zu einem unersetzlichen Gegenstück privater Vermögensbildung werden mag (Ziffern 516 ff.) und schon deshalb eine verstärkte Kreditaufnahme der öffentlichen Hand, insbesondere des Bundes, erwünscht sein kann, gibt es weder konjunkturelle noch strukturelle Gründe dafür, daß der Abbau von Schulden, die zur Finanzierung konjunkturell bedingter Defizite aufgenommen worden sind, bereits für die nächsten Jahre geplant wird, obwohl zum Zeitpunkt der Planung die Gefahr, daß es im Planungszeitraum zu einer Überhitzung kommt, nicht einmal im Ansatz zu erkennen ist. Denn: Die Tilgung dieser Kredite aus Steuereinnahmen ist eine ebenso selbständige konjunkturpolitische Maßnahme, wie es zuvor die Kreditfinanzierung zusätzlicher Ausgaben war. Die Schulden überhaupt zu vermindern, bestünde nur Anlaß, wenn es wieder einmal zu einer konjunkturellen Übersteigerung der Nachfrageentwicklung kommt. Aus Gründen der Haushaltsordnung oder unter dem Druck einer unvernünftigen Öffentlichkeit sich dem Zwang ökonomisch unbegründeter Fälligkeiten zu unterwerfen, wäre konjunkturpolitisch gefährlich; es widerspräche dem Grundsatz einer antizyklischen Schuldenpolitik. Die Furcht, ein Unterlassen der Tilgung hätte eine inflatorische Wirkung, ist unbegründet. Eine Kreditaufnahme des Staates hat inflatorische Wirkungen in der Zeit, in der sie zu zusätzlichen Ausgaben führt — oder niemals. Man sollte auch nicht ohne weiteres einen Nachteil darin sehen, daß die antizyklische Fiskalpolitik des Bundes mit dem Weg in die kurzfristige Verschuldung begonnen hat (statt mit der Bildung von Überschüssen in Zeiten der Hochkonjunktur). Denn bei hohen Beständen an fälligen kurzfristigen Schulden kann die Regierung, zumal wenn sie von der Bundesbank darin unterstützt wird, das Parlament dazu zwingen, einer antizyklischen Haushaltspolitik auch einmal im Boom, das heißt, wenn Überschüsse gebildet werden müssen, zuzustimmen.

188. Wenn sich eine mehrjährige Finanzplanung am Produktionspotential und dessen Wachstum orientiert und Konjunkturschwankungen nicht berücksichtigt, so wirkt sie gleichwohl stabilisierend; es müssen nur die Ausgaben in den einzelnen Jahren planmäßig getätigt und konjunkturbedingte Mehr- oder Mindereinnahmen mit Hilfe von Konjunkturrücklagen ausgeglichen werden.

Die mittelfristige Finanzplanung sollte dem von vornherein Rechnung tragen. Fehler wären leichter zu vermeiden, wenn man nicht versuchte, für jedes Jahr der mittelfristigen Planungsperiode im voraus festzulegen, wieviel Schulden aufgenommen werden dürfen. Eine rezessionsbedingte Kreditaufnahme ist keine Frage der Ordnung der Haushalte. Diese automatische Stabilisierungswirkung kann durch konjunkturbedingte Steuererhöhungen und und Steuersenkungen, wie sie das Stabilitätsgesetz vorsieht, verstärkt werden.

Psychologische Widerstände gegen Steuersenkungen in der Rezession — und auch schon gegen eine automatische zusätzliche Verschuldung für den Fall, daß Steuereinnahmen aus

konjunkturellen Gründen hinter den mittelfristig orientierten Voranschlägen zurückbleiben — lassen sich vielleicht am besten überwinden, wenn von vornherein in der mittelfristigen Finanzplanung angegeben wird, mit welchen Steuerausfällen man für den Fall rechnet, daß die optimale Ausnutzung des Produktionspotentials um einen bestimmten Prozentsatz unterschritten wird. Umgekehrt wären die Mehreinnahmen zu bezeichnen, mit denen bei einer Überkonjunktur zu rechnen wäre. Solche Alternativrechnungen entsprächen dem § 9 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes.

Für die erwarteten Steuereinnahmen ergäbe sich auf diese Weise eine Bandbreite. Obergrenze und Untergrenze einer solchen Bandbreite würden die Erwartungswerte bei mäßigen Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung markieren; dem entsprächen zwei Grenzwerte für die geplante Kreditaufnahme.

Weichen die Steuereinnahmen im konjunkturellen Gleichgewicht von der Mittellinie nach oben ab, so wäre dies ein Zeichen für einen strukturellen Überschuß. In diesem Falle wäre es auf mittlere Sicht angebracht, Steuern abzuschaffen oder Steuersätze zu senken. Umgekehrt wären bei einem strukturellen Defizit, das heißt, wenn die Steuereinnahmen im konjunkturellen Gleichgewicht von der Mittellinie nach unten abweichen, auf mittlere Sicht Steuern einzuführen oder Steuersätze zu erhöhen. Steuererhöhungen sollte man freilich nur beschließen und in Kraft setzen bei konjunkturellem Gleichgewicht oder in der Hochkonjunktur, Steuersenkungen bei konjunkturellem Gleichgewicht oder in der Rezession.

189. Damit sich in der Zukunft nicht nur die Finanzpolitik des Bundes, sondern der gesamten öffentlichen Hand nach den Zielen des § 1 des Stabilitätsgesetzes richten kann, scheint es jetzt, nachdem die Bundesregierung mit einer detaillierten mehrjährigen Finanzplanung den Anfang gemacht hat, dringlich,

- daß alsbald mehrjährige Finanzpläne auch für die Haushalte der Länder nach einheitlichen Schema vorgelegt werden,
- daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die mittelfristigen Finanzbedürfnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände durch sorgfältige Vorausschätzungen zu erfassen,
- daß auch die Parafisci, die Bundesbahn und die Bundespost in die mittelfristige Finanzplanung einbezogen werden,
- daß schließlich ein Finanzplan für den öffentlichen Gesamthaushalt aufgestellt wird, in dem die Finanzbedürfnisse von Bund, Ländern, Gemeinden (Gv) und Parafisci gegeneinander abgewogen, nach ihrer zeitlichen und sachlichen Dringlichkeit geordnet und mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen in Einklang gebracht werden.

## IX. Finanzierung: Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte; Zahlungsbilanz

190. Die Anspannung an den Geld- und Kapitalmärkten der Bundesrepublik, die sich seit 1964 ergeben hatte (JG 66 Ziffern 148 ff.), erreichte im zweiten Halbjahr 1966 ihren Höhepunkt. Manche Gebietskörperschaft konnte nicht einmal mit Zinsangeboten von über 10 Prozent flüssige Mittel erhalten. Seitdem hat sich die Marktlage zumindest in Teilbereichen verhältnismäßig rasch gewandelt: Leihgelder waren 1967 wesentlich reichlicher und auch billiger angeboten als im Vorjahr.

191. Während die Geldverknappung die Unternehmen und öffentlichen Haushalte unmittelbar veranlaßte, ihre Ausgaben einzuschränken, und so wesentlich dazu beitrug, daß sich ein Umschwung vollzog und zu einer Rezession verstärkte, scheint die Erweiterung des Geldangebots zunächst noch keine Direktwirkungen in umgekehrter Richtung gehabt zu haben.

Viele Gebietskörperschaften, die 1966 allein der Geldverknappung wegen ihre Ausgaben gedrosselt und weitere Drosselungen geplant hatten, haben sich 1967 nicht schon durch reichlicheres Geldangebot, sondern erst durch das zweite Konjunkturprogramm des Bundes dazu bewegen lassen, ihre Haushaltspläne zu revidieren und wieder mehr auszugeben (Ziffern 164, 167).

Ähnliches gilt für die Unternehmen. Die Finanzierungsschwierigkeiten des Jahres 1966 haben sie zwar veranlaßt, Investitionsvorhaben zu vertagen und Läger abzubauen, aber reichlicheres Geldangebot allein hat sie 1967 nicht bewegen können, wieder mehr zu investieren. Waren 1966 finanzielle Erwägungen ausschlaggebend, so 1967 die Absatz- und Gewinnaussichten. Und wo Finanzierungserwägungen nach wie vor im Vordergrund standen, wie bei Unternehmern, denen die Rezession die Risiken hoher Verschuldung drastisch vor Augen führte, wirkte das reichliche Angebot von Leihgeldern vielfach nicht als Anreiz für zusätzliche Sachinvestitionen, sondern als willkommene Möglichkeit, die bestehende Verschuldung zu konsolidieren. Mehr als in früheren Abschwungsphasen sind in der Rezession 1966/67 Unternehmen dazu übergegangen, aus erwirtschafteten Gewinnen und Abschreibungen Schulden zurückzuzahlen, statt sie für Investitionen zu verwenden (Ziffer 204).

192. Insgesamt entsprach der Verlauf in der Zeit, in der die Notenbankpolitik mit gleichgerichteten Tendenzen im Ausland zusammentraf, ziemlich genau der Lehre, daß man mit geldpolitischen Instrumenten die Ausgaben der Unternehmen und Haushalte zwar drosseln, nicht aber wieder steigern kann.

Tabelle 22

## Entwicklung der Bankenliquidität

Veränderung der freien Liquiditätsreserven [1]) der Kreditinstitute

Milliarden DM [2])

| Zeitraum | Von außen beeinflußt | | | | | Bindung von Liquiditätsreserven durch Mindestreservepflicht [4]) [8]) | insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | durch Bargeldanforderungen des Publikums [3]) [4]) | durch Devisengeschäfte [5]) | durch Nettogeldanlage öffentlicher Stellen bei der Bundesbank [6]) | durch sonstige Anforderungen [7]) | zusammen | | |
| 1962 | −1,8 | −0,4 | +1,8 | +0,3 | −0,1 | −1,0 | −1,1 |
| 1963 | −1,6 | +2,8 | +1,5 | −0,2 | +2,5 | −1,2 | +1,3 |
| 1964 | −1,8 | +0,4 | +0,4 | −0,1 | −1,1 | −2,2 | −3,3 |
| 1965 | −1,9 | −1,3 | +1,2 | −0,7 | −2,7 | −0,9 | −3,7 |
| 1966 | −1,3 | +2,8 | +0,6 | −1,3 | +0,8 | −1,0 | −0,2 |
| 1967 Januar bis Oktober | +0,9 | +3,1 | +0,4 | +0,1 | +4,5 | +2,9 | +7,4 |
| 1966 1. Vierteljahr | +1,0 | −1,0 | −1,6 | −0,8 | −2,4 | −0,2 | −2,6 |
| 2. Vierteljahr | −0,9 | +0,1 | +0,5 | +0,2 | ±0,0 | −0,5 | −0,4 |
| 3. Vierteljahr | −0,5 | +1,8 | +0,3 | −0,3 | +1,3 | +0,2 | +1,4 |
| 4. Vierteljahr | −0,9 | +1,8 | +1,4 | −0,4 | +1,9 | −0,5 | +1,4 |
| 1967 1. Vierteljahr | +1,4 | +0,8 | −1,5 | +0,2 | +0,9 | +1,5 | +2,4 |
| 2. Vierteljahr | −0,3 | +0,7 | −0,4 | −0,1 | −0,2 | +0,2 | ±0,0 |
| 3. Vierteljahr | −0,4 | +0,5 | −0,5 | −0,5 | −1,0 | +2,9 | +1,9 |
| Oktober | +0,2 | +0,8 | +1,2 | +0,3 | +2,5 | −0,6 | +1,9 |

[1]) Veränderung der freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute = Veränderung der Liquiditätsanlagen der Kreditinstitute (Bestände an inländischen Schatzwechseln, U-Schätzen, Vorratsstellenwechseln und Privatdiskonten sowie kurzfristige Guthaben bei ausländischen Banken und Anlagen in ausländischen Geldmarktpapieren) = Veränderung der Inanspruchnahme von Refinanzierungskrediten bei der Bundesbank.

[2]) Berechnet auf der Basis von Durchschnitten aus den vier Bankwochenstichtagen der Monate.

[3]) Die Veränderung der Kassenbestände der Kreditinstitute läßt sich hier nicht ausschalten.

[4]) Zunahme: −; Abnahme +.

[5]) Anforderungen an die freien Liquiditätsreserven wegen Devisenkäufen des Publikums, einer Erhöhung der langfristigen Auslandsforderungen der Kreditinstitute oder einer Verringerung ihrer Auslandsverbindlichkeiten (−); Zugänge zu den freien Liquiditätsreserven wegen Devisenabgaben des Publikums, einer Verringerung der langfristigen Auslandsforderungen der Kreditinstitute oder einer Erhöhung ihrer Auslandsverbindlichkeiten (+).

[6]) Netto-Guthaben deutscher öffentlicher Stellen bei der Bundesbank und Abgabe bzw. Rücknahme von Mobilisierungstiteln durch die Bundesbank im Offenmarktgeschäft mit Nichtbanken.

[7]) Netto-Guthaben anderer inländischer Einleger (Wirtschaftsunternehmen und Private) bei der Bundesbank + Aktivierung (bzw. − Passivierung) der schwebenden Verrechnungen im Zahlungsverkehr der Bundesbank + (bzw. −) sonstige Vorgänge.

[8]) Zentralbankguthaben der Kreditinstitute (einschließlich Überschußreserven).

Quelle: Deutsche Bundesbank

**Bankengeldmarkt und Notenbankpolitik — Auslandseinflüsse**

193. Wie sich das Finanzierungsklima gewandelt hat, zeigt sich am deutlichsten in den Beständen an freien Liquiditätsreserven, über die die inländischen Geschäftsbanken verfügen [1]) (Tabelle 22 sowie Tabelle 93 im Anhang).

Diese Bestände hatten sich von Anfang 1964 bis April 1966 schon ohne Zutun der Bundesbank um 6,5 Mrd. DM verringert, vor allem infolge der Bargeldanforderungen des Publikums und zeitweise wegen Devisenabflüssen. Außerdem hatte die Bundesbank in dieser Zeit zusätzlich 3,6 Mrd. DM der Mindestreservepflicht unterworfen. So waren die freien Liquiditätsreserven im April 1966 um 10 Mrd. DM niedriger als Anfang 1964.

Nachdem diese Reserven im Mai und Juni 1966 etwa gleich geblieben waren, setzte die Wende ein: Von Juli bis November strömten den Kreditinstituten 4 Mrd. DM zu, hauptsächlich auf Grund von Devisenzuflüssen. Dem stellte die Bundesbank keine Mindestreserveerhöhungen mehr entgegen. Ab Dezember 1966 setzte sie die Reservesätze herab — zunächst befristet, wegen der üblichen Anspannung zum Jahresultimo. Weitere Senkungen folgten. Seit 1. August 1967 sind die Sätze niedriger als jemals seit 1948 (Tabelle 23).

Insgesamt haben sich die freien Reserven, die in 30 Monaten der Anspannung am Bankengeldmarkt um rund 10 Mrd. DM abgenommen hatten, in 16 Monaten der Entspannung — von Anfang Juli 1966 bis Ende Oktober 1967 — um über 9 Mrd. DM erhöht, und zwar

— um 3,7 Mrd. DM aufgrund der Mindestreservepolitik der Bundesbank und

— um 5,4 Mrd. DM aufgrund sonstiger Einflüsse, hauptsächlich Devisenzugänge.

194. Auf diese Zunahme der freien Reserven haben die Zinssätze am inländischen Bankengeldmarkt und damit am „Geldmarkt erster Adressen" nur zögernd reagiert.

Schon in der Restriktionsphase hatte sich erwiesen, daß der internationale Zusammenhang der Geldmärkte einer eigenständigen inländischen Geldmarktpolitik nur einen sehr kleinen Spielraum beläßt. Nur weil bis Herbst 1966 die Zinsen im Ausland kräftig stiegen, konnte die Bundesbank den mit ihrer Restriktionspolitik erstrebten Erfolg erzielen, wurde diese Politik nicht durch konkurrierende billigere Angebote aus dem Ausland durchkreuzt. Nur in dem Maße, in dem später die Auslandszinsen sanken, konnte die Verbilligung des Geldangebots durch die Bundesbank bis auf die Sätze am freien inländischen Geldmarkt durchschlagen (Schaubild 32).

Der bis Ende 1966 durchgehaltene Diskontsatz von 5 Prozent war im Vergleich zu früher hoch; im Vergleich zu den freien Geldmarktsätzen im Ausland entsprach er ziemlich genau der Marktlage [2]). Das zeigte sich, als die Bundesbank ihren Diskont im Januar 1967 auf 4½ und im Februar auf 4 Prozent herabsetzte. Nicht wenige Kreditinstitute beschafften sich zu diesen Sätzen bei der Bundesbank Mittel, um sie zu höheren Sätzen an ausländischen Geldmärkten anzulegen. Insgesamt haben die Banken von Januar bis Juli rund 3 Mrd. DM kurzfristig im Ausland angelegt, zum Teil in Schuldverschreibungen ausländischer Gebietskörperschaften. Der Gesamtbetrag der von ihnen an Ausländer gewährten kurzfristigen Kredite betrug damit rund 7,5 Mrd. DM. Das ist doppelt so viel wie in den vier voraufgegangenen Jahren, mehr als je zuvor.

195. Die Bundesbank hat zeitweise versucht, einer stärkeren Abwanderung von Geldern ins Ausland dadurch entgegenzuwirken, daß sie das Risiko für Anlagen im Ausland vergrößerte; sie intervenierte am Devisenmarkt in der Weise, daß mehr Raum für Ausschläge der Devisenkurse, vor allem nach unten, entstand. Damit sollte die Liquidisierungs- und Zinssenkungstendenz am inländischen Geldmarkt nach außen abgesichert werden.

196. Im übrigen gab es am Geldmarkt einige Sonderbewegungen, so etwa im Juli eine so starke Geldschwemme, daß der innerdeutsche Satz für Tagesgelder vorübergehend bis auf 1 Prozent sank; zum Teil war damals Tagesgeld überhaupt nicht unterzubringen. Im allgemeinen blieb die Entwicklung der Zinssätze für kurzfristige Gelder am „Geldmarkt erster Adressen" aber innerhalb der Spannen, die durch konkurrierende ausländische Kreditaufnahme- und Geldanlagemöglichkeiten vorgezeichnet waren. Im Herbst 1967 wurden kurzfristige Gelder zu Zinssätzen, je nach Laufzeit, zwischen 2¾ und 3¾ Prozent gehandelt. Diese Sätze liegen etwas unter denen der meisten wichtigen ausländischen Märkte (Schaubild 32).

[1]) Geldmarktpapiere, kurzfristige Guthaben bei ausländischen Banken und unausgenutzte Rediskontkontingente bei der Bundesbank.

[2]) Deport- und Reportsätze einkalkuliert.

Tabelle 23

**Zur Zins- und Mindestreservepolitik der Deutschen Bundesbank**

| Gültig ab | „Sollzinsen" der Deutschen Bundesbank | | „Habenzinsen" der Deutschen Bundesbank | Mindestreservesätze für | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Diskontsatz | Lombardsatz | Sätze der Deutschen Bundesbank für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt [1] | Sichtverbindlichkeiten [2] | Befristete Verbindlichkeiten [3] | Spareinlagen [4] |
| | % p. a. | | | vH der reservepflichtigen Verbindlichkeiten | | |
| 1966 1. Januar | | | | 14,3 bis 7,7 | 9,9 bis 6,6 | 6,6 bis 5,5 |
| 7. Januar | | | 3⅞ bis 5¼ | | | |
| 23. Februar | | | 3⅞ bis 5⅜ | | | |
| 4. März | | | 3⅞ bis 5½ | | | |
| 27. Mai | 5 | 6¼ | 4⅞ bis 6 | | | |
| 1. Dezember | | | | 13 bis 7 | 9 bis 6 | |
| 30. Dezember | | | 4⅝ bis 5¾ | | | |
| 1967 6. Januar [5] | 4½ | 5½ | 4⅜ bis 5½ | | | |
| 17. Januar | | | 4¼ bis 5⅜ | | | |
| 20. Januar | | | 4 bis 5⅛ | | | |
| 17. Februar | 4 | 5 | 3⅝ bis 4¾ | | | |
| 1. März | | | | 11,7 bis 6,3 | 8,1 bis 5,4 | 5,94 bis 4,95 |
| 14. April | 3½ | 4½ | 3¼ bis 4⅝ | | | |
| 1. Mai | | | | 11,05 bis 5,95 | 7,65 bis 5,1 | 5,61 bis 4,68 |
| 8. Mai | | | 3¼ bis 4½ | | | |
| 10. Mai | | | 3¼ bis 4⅜ | | | |
| 12. Mai | 3 | 4 | 2⅞ bis 4⅛ | | | |
| 2. Juni | | | 2⅝ bis 4⅛ | | | |
| 1. Juli | | | | 10,15 bis 5,45 | 7,0 bis 4,7 | 5,15 bis 4,3 |
| 1. August | | | | 9,5 bis 5,1 | 6,55 bis 4,4 | 4,8 bis 4,0 |
| 11. August | | 3½ | | | | |
| 1. September | | | | 9,25 bis 4,95 | 6,4 bis 4,25 | 4,25 bis 3,55 |
| 25. Oktober [6] | | | 2 bis 4⅛ | | | |
| 9. November [6] | | | 1¾ bis 4⅛ | | | |
| 10. November [6] | | | 1½ bis 4⅛ | | | |
| Tiefste Sätze in der Zeit von 1948 bis 1965 [7] | 2¾ | 3¾ | 1¾ bis 2¾ | 10 bis 7 | 4 | 4 |

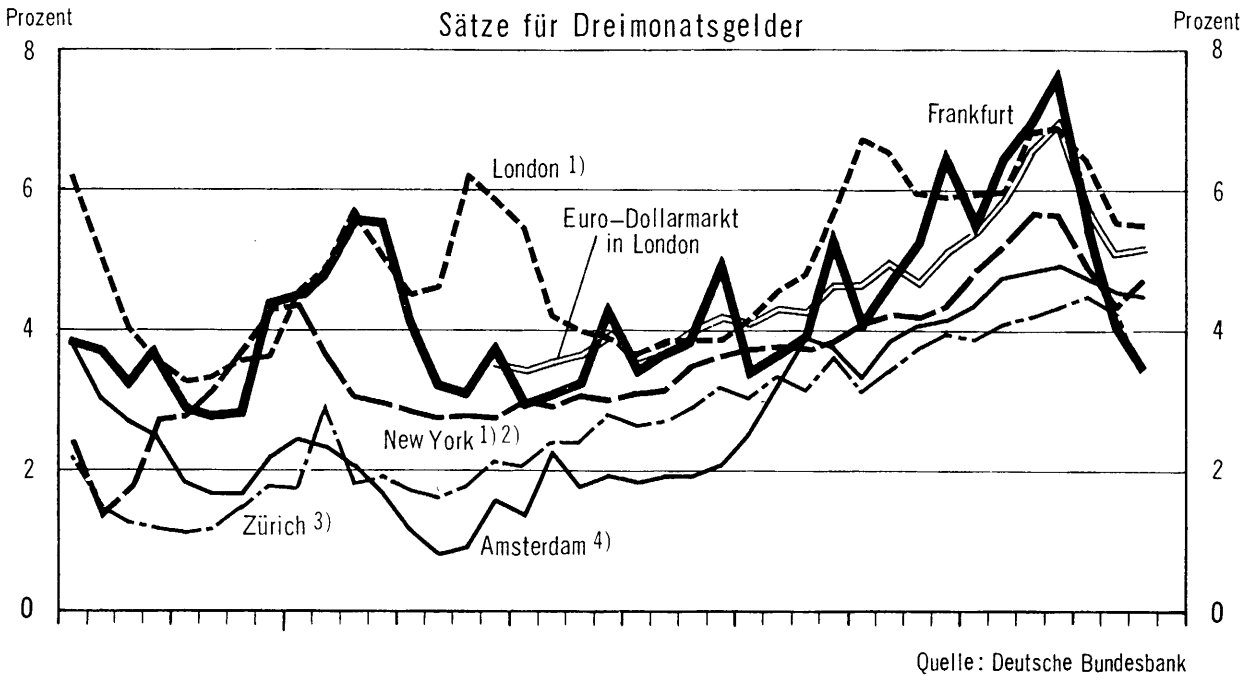
[1]) Jeweils niedrigster Satz: Schatzwechsel des Bundes mit Laufzeit von 30 bis 59 Tagen; jeweils höchster Satz: Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes mit Laufzeit von 2 Jahren.
[2]) Jeweils höchster Satz: Bankplätze, Reserveklasse 1; jeweils niedrigster Satz: Nebenplätze, Reserveklasse 4.
[3]) Jeweils höchster Satz: Reserveklasse 1; jeweils niedrigster Satz: Reserveklasse 4.
[4]) Jeweils höchster Satz: Bankplätze; jeweils niedrigster Satz: Nebenplätze.
[5]) Aufhebung des „Kompensationsprivilegs" bei der Mindestreserve für Auslandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. Januar 1967.
[6]) Die Sätze nur geändert für längstens bis zum Jahresende fällige Mobilisierungstitel mit Laufzeit von 30 bis 59 Tagen.
[7]) Diskontsatz und Lombardsatz am 10. Januar 1959; Sätze für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt am 4. Januar 1962; Mindestreservesätze für Sichtverbindlichkeiten am 1. Juli 1948 (1. September 1949) und 1. August 1959 (1. Dezember 1961, 1. Dezember 1965), für befristete Verbindlichkeiten und Spareinlagen am 1. September 1949.

Quelle: Deutsche Bundesbank

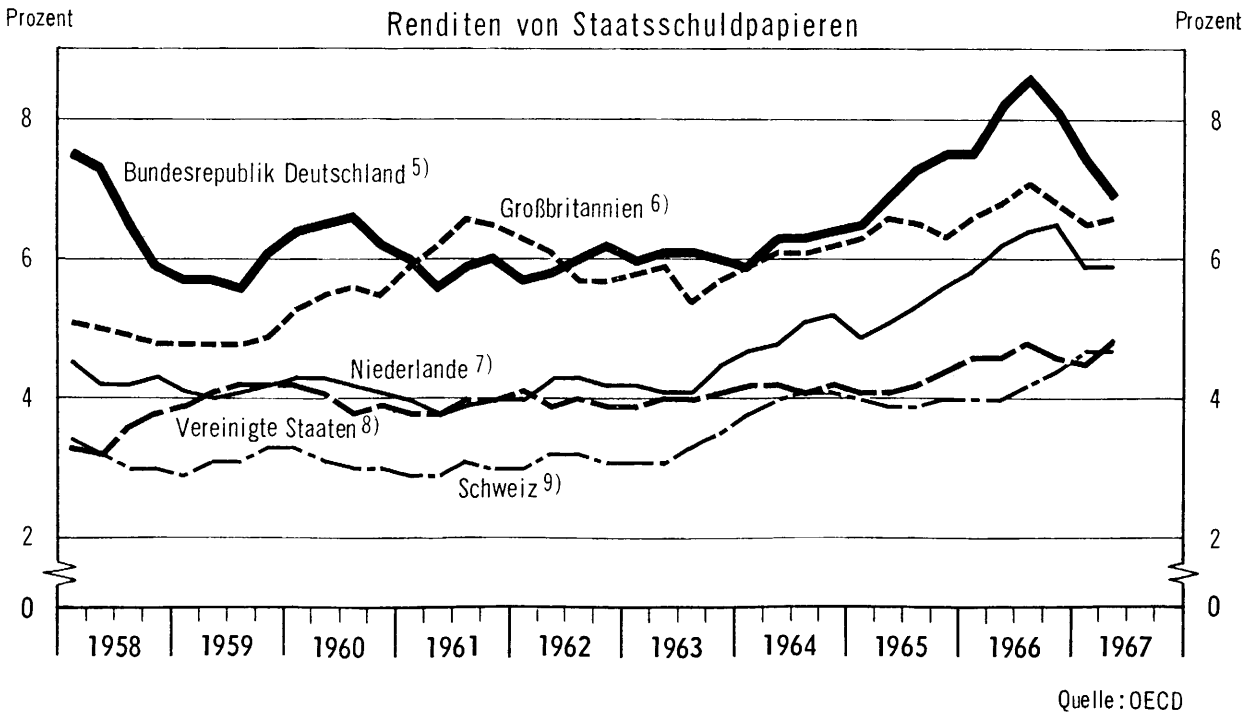
Schaubild 32

## ENTWICKLUNG VON ZINSEN AN WICHTIGEN GELD- UND KAPITALMÄRKTEN DER WELT

Vierteljahresdurchschnitte




Quelle: Deutsche Bundesbank




Quelle: OECD

1) Bankakzepte. – 2) Abgabesätze der Bankakzept-Händler. – 3) Depositen bei Großbanken in Zürich. – 4) Schatzwechsel, Marktdiskont. – 5) Gesamte im Umlauf befindliche tarifbesteuerte Anleihen der öffentlichen Hand. – 6) 2½% consols. – 7) 3¼% 1948 Government issue (Laufzeit bis 1998). – 8) US-Government bonds mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren oder mehr. – 9) Anleihen der Eidgenossenschaft.

SR 7723

**Bankkredite und Geldkapitalbildung bei Banken — Konsolidierungstendenzen**

197. Obwohl die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute von Ende 1966 bis Herbst 1967 erheblich zunahmen, ist die gesamte über inländische Kreditinstitute laufende Verschuldung [1]) im Jahre 1967 noch langsamer gewachsen als im Vorjahr [2]).

198. Von den Überschüssen in der Bilanz der laufenden Posten der Zahlungsbilanz schlugen sich 5 Mrd. DM als Zuwachs der Auslandsaktiven und als Rückgang der Auslandspassiven der deutschen Banken einschließlich der Deutschen Bundesbank nieder (Schaubild 33; Tabelle 94 im Anhang). Mit diesem Mittelzustrom ist keine nennenswerte Erhöhung von Bankeinlagen, sondern hauptsächlich ein Rückgang der kurzfristigen Bankkredite einhergegangen. Außerdem sind — Zeichen der Rezession — weniger zusätzliche mittel- und langfristige Bankkredite als im Vorjahr aufgenommen worden. Dies gilt allerdings nicht für die öffentlichen Stellen. Der Zugang zu den Spareinlagen hat unverändert angehalten. Das Geldvolumen (Bargeldumlauf und Sichteinlagen privater und öffentlicher Stellen einschließlich der Einlagen bei der Bundesbank) hat trotz des Liquiditätszustroms zum Gesamtbankensystem von 5 Mrd. DM nicht etwa um ein Mehrfaches dieses Betrages („Geldschöpfungsmultiplikator"), sondern nur um einen Bruchteil davon zugenommen, nämlich um 0,7 Mrd. DM.

199. Die Zinssätze im Kredit- und Einlagengeschäft mit der Bankenkundschaft sind in der Zeit der Liquiditätsanreicherung noch langsamer gesunken als die im Verkehr der Banken untereinander. Immerhin entsprechen die Sätze im Kreditgeschäft in jüngster Zeit ungefähr denen in früheren Jahren, als der Diskontsatz ebenfalls 3 Prozent betragen hatte (Schaubild 34).

200. Freilich können die Angaben über Bankzinssätze aus der jüngsten Zeit nicht ohne weiteres mit denen aus vorangegangenen Zeiten verglichen werden. Bei den früher öffentlich bekanntgegebenen Sätzen handelte es sich gewöhnlich um die amtlich fixierten Höchstsätze, wobei die Höchst-Sollzinsen in Zeiten reichlichen Geldangebots oft unterschritten und die Höchst-Habenzinsen in Zeiten knappen Geldangebots nicht selten überschritten worden sind. Jetzt handelt es sich um freie Zinssätze, da die Zinsverordnung, die früher die Höchstsätze festgelegt hatte, mit Wirkung vom 1. April 1967 aufgehoben worden ist. (Seitdem stehen die Kreditinstitute, erstmals seit 36 Jahren, im Gesamtbereich aller Bankkredite und Bankeinlagen — alle Fristen, alle Beträge — im freien Konditionenwettbewerb; JG 66 Ziffer 170.) Weiter sind Vergleiche über Konditionen für Bankkredite dadurch erschwert, daß in den Zinssätzen nicht alle Kreditkosten zum Ausdruck kommen und auch nicht die Vergünstigungen, die Kreditnehmern, zumal Großkreditnehmern, bei anderen Bankdienstleistungen gewährt werden.

201. Gleichwohl ist erkennbar, daß sich der Fächer mit den Konditionen für Kleinkredite auf der einen und denen für größere Kredite an Kreditnehmer erster Bonität auf der anderen Seite immer weiter geöffnet hat, seitdem die ersten Schritte zur Zinsfreigabe getan wurden. Als die Einheitskonditionen noch galten, waren Großkredite, schon der fixen Kosten der Kundenbetreuung wegen, für die Banken viel lukrativer als die Kleinkredite: An Großkrediten haben die Banken viel, an Kleinkrediten wenig oder gar nichts verdient; das hatte zu Diskriminierungen bei der Entscheidung über Kreditanträge Anlaß gegeben. Seit mehren Jahren, seit immer mehr Zinsen frei vereinbart werden, sind diese Unterschiede geringer geworden. Entsprechendes gilt für das Einlagengeschäft. Großeinlagen sind früher für die Kreditinstitute sehr viel attraktiver gewesen als Kleineinlagen. Großeinleger können seit geraumer Zeit so hohe Zinssätze fordern, daß kleinere Einlagen weniger verhandlungsstarker Kunden mehr geschätzt werden als früher.

Strukturpolitisch dürfte der Öffnung des Fächers der Sollzinsen, wie sie mit der Zinsfreigabe einherging, eine nicht unerhebliche Bedeutung zukommen: Zwar hat sich der Unterschied zwischen den Konditionen für Großkredite und Kleinkredite vergrößert. Dafür hat aber jetzt der Kleinkreditnehmer größere Chancen als früher, überhaupt Kredit zu bekommen.

202. Wie die Zinsfreigabe konjunkturpolitisch gewirkt hat, ist schwer abzuschätzen. Möglicherweise wäre das gesamte Gefüge der Soll- und Habenzinsen von Banken im Verkehr mit der Kundschaft den Senkungen der entsprechenden Zinssätze der Notenbank (Tabelle 23) schneller gefolgt, wenn man die Zinsfreigabe, wie von verschiedenen Seiten gefordert, unterlassen und eine Senkung der Zinssätze vorgeschrieben hätte. Gleichwohl bleibt zu fragen,

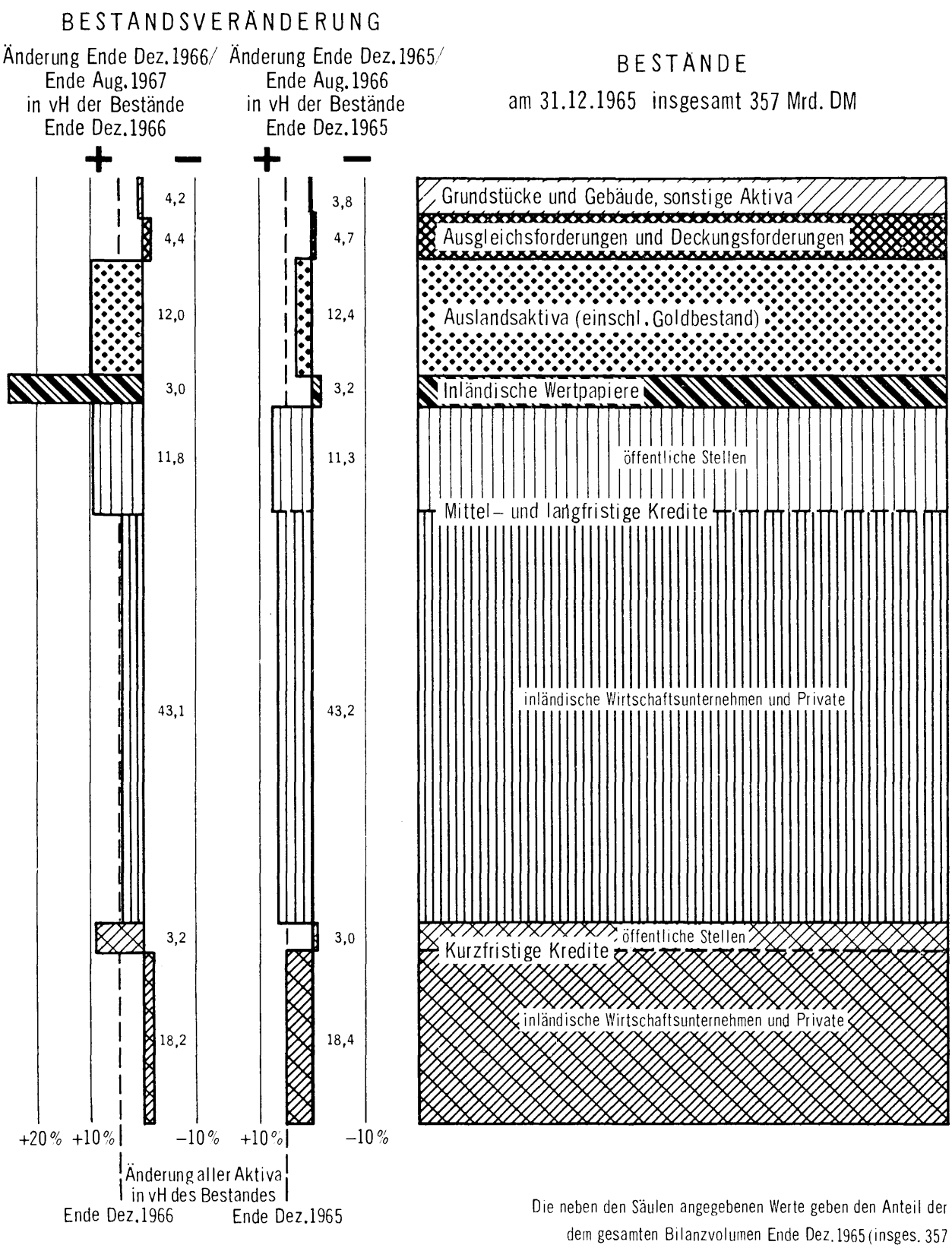
[1]) Forderungen der Banken an ihre Kreditkunden, Verbindlichkeiten der Banken gegenüber ihren Einlegern. Schuldverhältnisse zwischen Kreditinstituten werden also weggelassen. Goldbestände der Bundesbank werden bei dieser Analyse Forderungen an Ausländer gleichgestellt. Beteiligungen an Kreditinstituten sowie die in Form von Banknoten oder Sichtguthaben „monetisierten" Forderungen an Kreditinstitute werden zu den Forderungen gegen inländische Kreditinstitute gezählt. — Der Unterschied zwischen dem Gesamtbetrag der Passiven der Kreditinstitute und dem Gesamtbetrag ihrer Forderungen entspricht stets dem Wert ihrer Sachanlagen; er kann bei monetären Analysen vernachlässigt werden.

[2]) Zu Einzelfaktoren, die dieses Wachstum auf mittlere Sicht bestimmen, JG 66 Ziffern 163 ff.

Schaubild 33

## ZUSAMMENGEFASSTE STATISTISCHE BILANZ DER KREDIT

A K T I V A




Die neben den Säulen angegebenen Werte geben den Anteil der dem gesamten Bilanzvolumen Ende Dez. 1965 (insges. 357

SR 7716

Quelle:

Schaubild 33

## INSTITUTE EINSCHLIESSLICH DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

### P A S S I V A

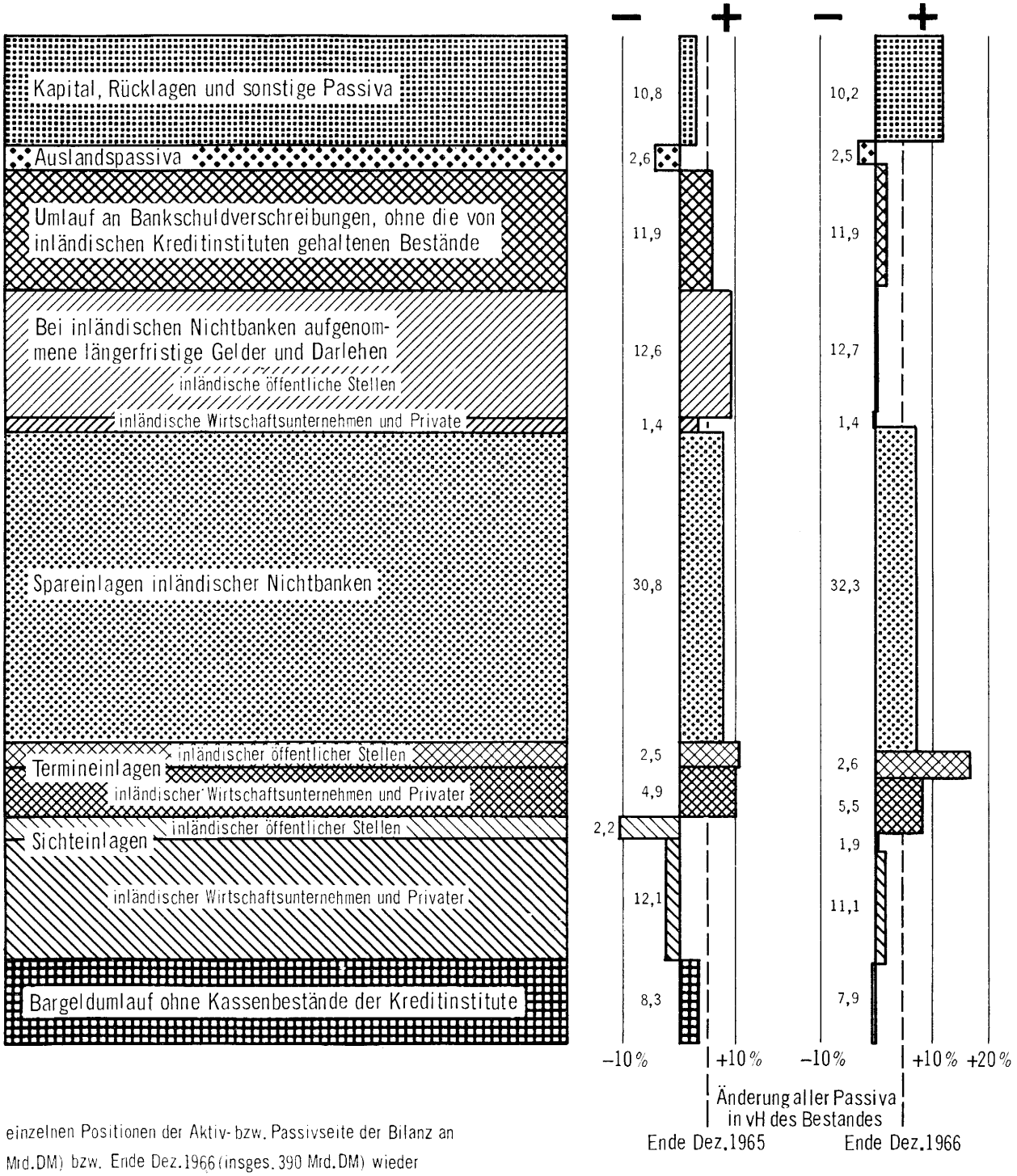
BESTÄNDE

am 31.12.1965 insgesamt 357 Mrd. DM

BESTANDSVERÄNDERUNG

Änderung Ende Dez.1965/ Ende Aug.1966 in vH der Bestände Ende Dez.1965

Änderung Ende Dez.1966/ Ende Aug.1967 in vH der Bestände Ende Dez.1966

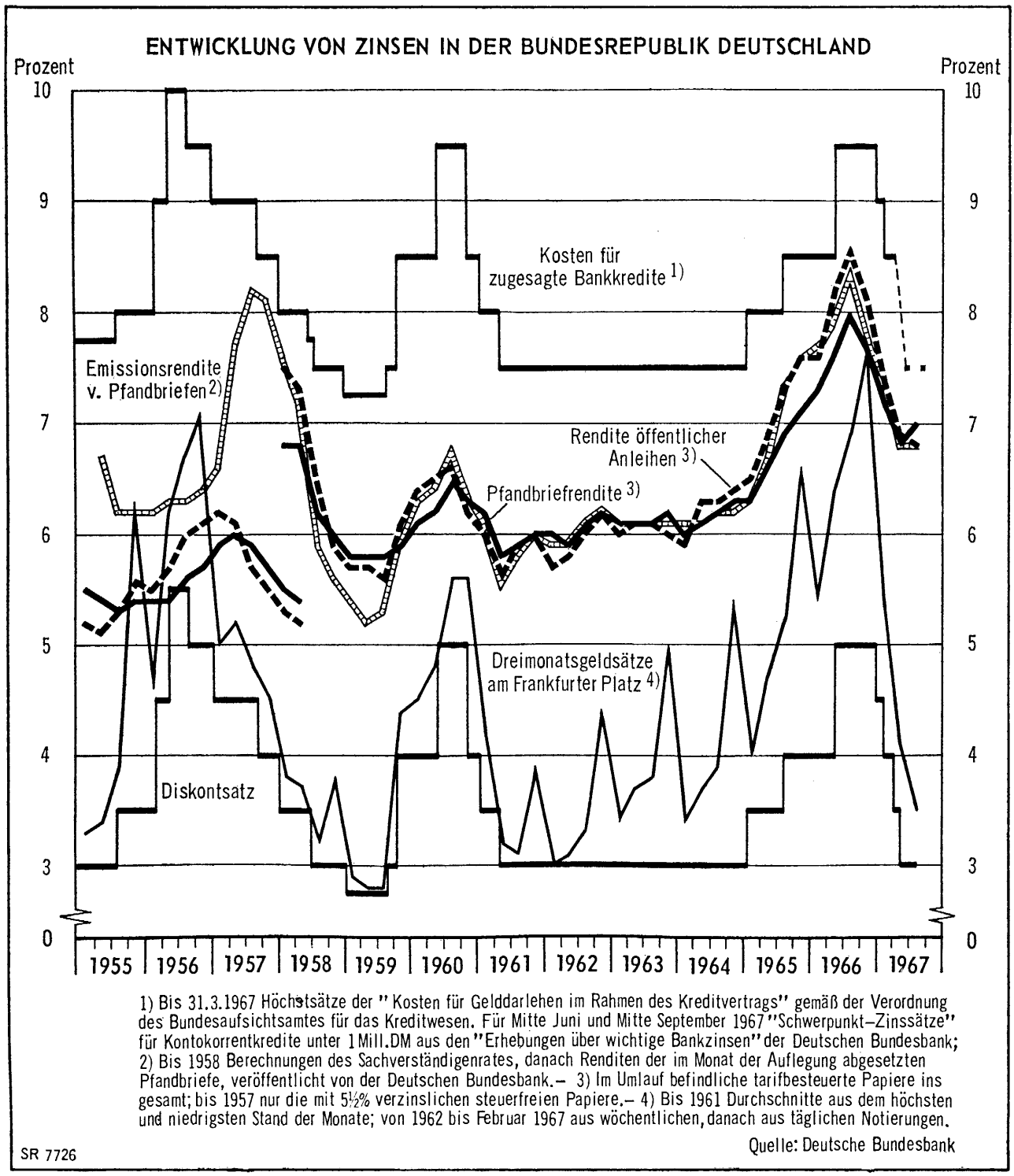



einzelnen Positionen der Aktiv- bzw. Passivseite der Bilanz an Mrd.DM) bzw. Ende Dez.1966 (insges. 390 Mrd.DM) wieder

Deutsche Bundesbank

SR 7717

Schaubild 34




1) Bis 31.3.1967 Höchstsätze der "Kosten für Gelddarlehen im Rahmen des Kreditvertrags" gemäß der Verordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen. Für Mitte Juni und Mitte September 1967 "Schwerpunkt–Zinssätze" für Kontokorrentkredite unter 1 Mill. DM aus den "Erhebungen über wichtige Bankzinsen" der Deutschen Bundesbank; 2) Bis 1958 Berechnungen des Sachverständigenrates, danach Renditen der im Monat der Auflegung abgesetzten Pfandbriefe, veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank.– 3) Im Umlauf befindliche tarifbesteuerte Papiere insgesamt; bis 1957 nur die mit 5½% verzinslichen steuerfreien Papiere.– 4) Bis 1961 Durchschnitte aus dem höchsten und niedrigsten Stand der Monate; von 1962 bis Februar 1967 aus wöchentlichen, danach aus täglichen Notierungen.

SR 7726

Quelle: Deutsche Bundesbank

warum die freien Zinssätze nicht rascher sanken. Das mag damit zusammenhängen, daß das ganze Gefüge der Soll- und Habenzinsen durch die Entwicklung der deutschen Kapitalmarktzinsätze mitbestimmt wird. Außerdem dürfte eine gewisse Verzögerung auch dem Umstand zuzuschreiben sein, daß die Habenzinsen und mit ihnen auch die Zinsen für das große Volumen der mittleren und kleineren Kredite erst zurückgingen, als die öffentlich-rechtlichen Sparkassen ihren Zins für Spareinlagen senkten (1. Juni 1967), während viele andere Kreditinstitute, den Äußerungen ihrer Sprecher zufolge, den Spareinlagensatz und andere Habenzinssätze, wohl unter dem Druck des Rückgangs der Sollzinssätze für Großkredite, schon früher herabsetzen wollten. Am längsten wurde der Spareinlagensatz von dem Institut hochgehalten, das seiner rechtlichen Stellung nach der Bundesregierung am engsten verbunden ist. Die Bundespost hat ihren Spareinlagensatz im Postsparkassendienst (Einlagen mit „gesetzlicher Kündigungsfrist") erst am 1. Juli 1967 von 4 auf 3½ Prozent gesenkt.

**Vermögensbildung — mehr Geldsparen, weniger Sachsparen**

203. Wie wenig der Verlauf 1966/67 jenen Vorstellungen entsprach, nach denen von jedem Mittelzustrom zu Kreditinstituten eine „multi-

Tabelle 24

**Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Einnahme-Ausgabesalden der Sektoren**

Milliarden DM

| Sektor | Begriff | 1966 | | | | 1967 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1. Halbjahr | | 2. Halbjahr | | 1. Halbjahr | | |
| Private Haushalte | s | +12,7 | | +18,9 | | +13,2 | | |
| | i | | — | | — | | — | |
| | g | | +12,7 | | +18,9 | | | +13,2 |
| Unternehmen | s | +12,1 | | +10,1 | | + 9,5 | | |
| | i | | +29,3 | | +23,3 | | +14,9 | |
| | g | | −17,2 | | −13,2 | | | − 5,4 |
| Gebietskörperschaften | s | + 9,1 | | + 5,2 | | + 6,3 | | |
| | i | | + 7,5 | | +10,8 | | + 6,9 | |
| | g | | + 1,7 | | − 5,6 | | | − 0,6 |
| Sozialversicherung | s | + 1,0 | | + 2,2 | | − 1,9 | | |
| | i | | + 0,1 | | + 0,1 | | + 0,1 | |
| | g | | + 0,9 | | + 2,1 | | | − 2,0 |
| Übrige Welt | s | + 1,9 | | − 2,2 | | − 5,2 | | |
| | i | | . | | . | | . | |
| | g | | + 1,9 | | − 2,2 | | | − 5,2 |
| Insgesamt | S | +36,8 | | +34,2 | | +21,9 | | |
| | I | | +36,8 | | +34,2 | | +21,9 | |
| | G | | — | | — | | | — |

s = Änderung des Gesamtvermögens (Vermögensbildung einschließlich Vermögensübertragungen) eines Sektors.
i = Änderung des Sachvermögens (Sachvermögensbildung) eines Sektors.
g = s − i = Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen − Verbindlichkeiten) eines Sektors = Finanzierungssaldo des Sektors (gemäß Statistik der Deutschen Bundesbank über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung) = net non − financial sources of funds.

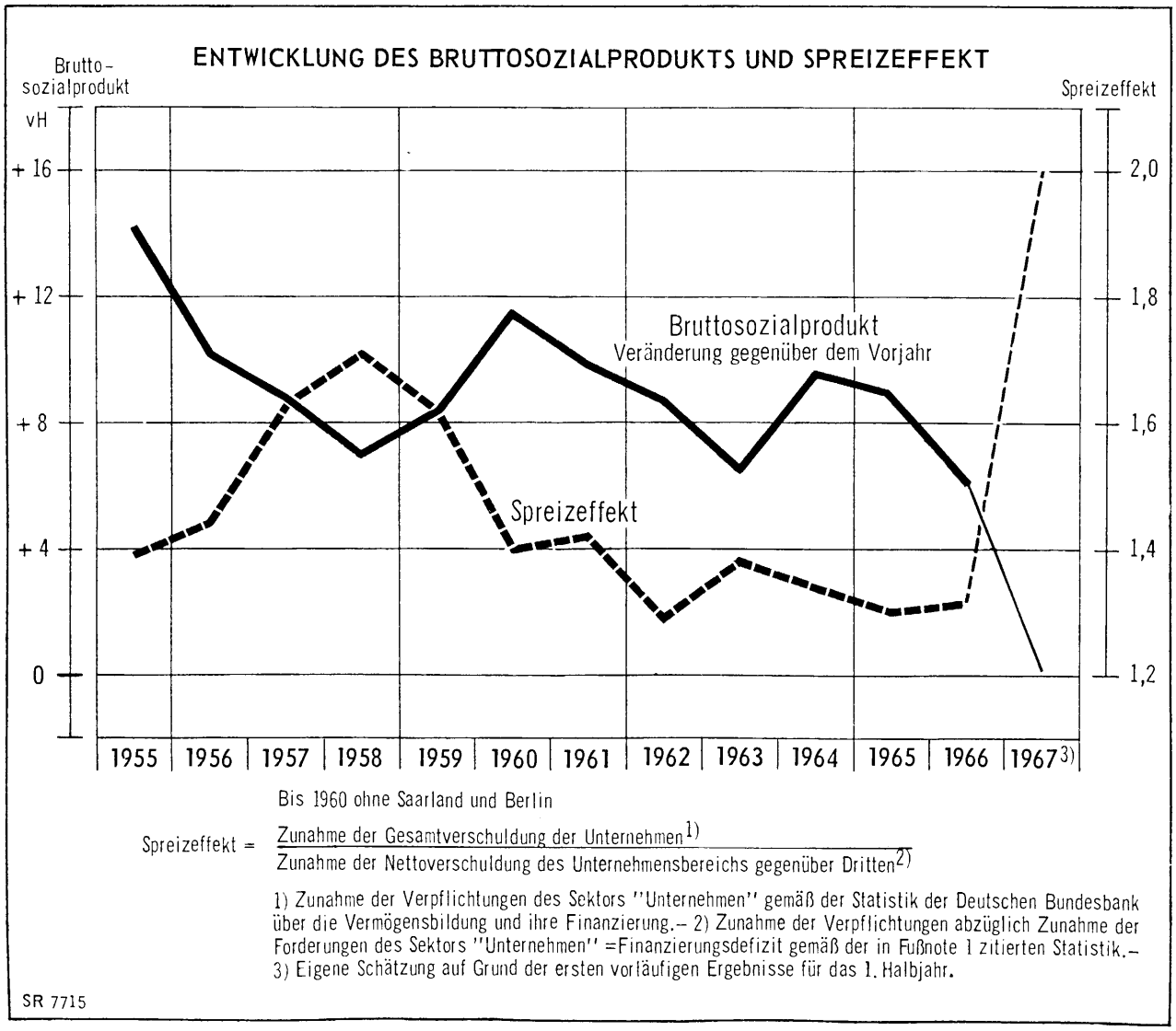
Quelle: Deutsche Bundesbank

plikative Geld- und Kreditschöpfung" und davon wiederum eine entsprechende Zunahme der Investitionen erwartet wird und wie stark Konsolidierungstendenzen in der Rezession vorherrschten, erschließt sich leicht durch eine Übersicht über die Sachvermögens- und Geldvermögensbildung der Sektoren (Tabelle 24 sowie Tabelle 95 im Anhang).

Wie diese Übersicht zeigt, waren die eigenen Ersparnisse der Unternehmen (einschließlich Wohnungswirtschaft) im ersten Halbjahr 1967 um 2,6 Mrd. DM niedriger als im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Die Nettoinvestitionen aber waren um 14,4 Mrd. DM niedriger. So ging der Zuwachs der Nettoverschuldung dieses Sektors, der im ersten Halbjahr 1966 noch 17,2 Mrd. DM betragen hatte, bis zum ersten Halbjahr 1967 um 11,8 Mrd. DM auf 5,4 Mrd. DM zurück. Für den Sektor „Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft" ergab sich sogar ein absoluter Rückgang der Nettoverschuldung um 0,7 Mrd. DM.

204. Noch deutlicher zeigen sich die Konsolidierungstendenzen, wenn man die Verhältnisse innerhalb des Unternehmenssektors mit in Betracht zieht. Schon früher bestand Anlaß zu vermuten, daß sich „in konjunkturellen Aufschwungsphasen die Einnahmen der einzelnen Unternehmen und ihre jeweiligen Ausgaben (einschließlich ihrer Investitionsausgaben) eher ‚parallel' entwickeln, während sich in Abschwächungsphasen gewöhnlich stärkere Differenzierungen zeigen" (JG 66 Ziffer 167); das heißt: In Abschwungsphasen bleiben in vielen Unternehmen die Ausgaben (einschließlich Investitionsausgaben) stärker hinter den laufenden Einnahmen zurück als sonst; zur

Schaubild 35



gleichen Zeit ist es bei anderen Unternehmen gerade umgekehrt. Je größer diese Unterschiede zwischen den Unternehmen sind, um so mehr steht der Gesamtverschuldung aller Unternehmen eine Geldvermögensbildung innerhalb des Unternehmenssektors selbst gegenüber; das heißt: Der Quotient aus „Gesamtverschuldung aller Unternehmen" und der „Nettoverschuldung gegenüber anderen Bereichen" wächst (Spreizeffekt, Schaubild 35). Dies entspricht der Beobachtung, daß in Rezessionsphasen die Geschäftslage differenzierter ist als in der Hochkonjunktur und Strukturfragen mehr diskutiert werden (Ziffern 236 und 334).

Die im vorigen Jahresgutachten geäußerte Vermutung ist durch die jüngste Entwicklung bestätigt worden: Der Spreizeffekt war stärker als je zuvor. Daraus läßt sich schließen: Die Entwicklung ging über eine bloße Konsolidierung im Sinne einer Ablösung von Lieferantenkrediten und sonstigen kurzfristigen Krediten durch längerfristige noch hinaus. Sie trägt manche Züge „klassischer" Depressionen: Gewinne und verdiente Abschreibungen werden von Unternehmen zum Teil anstatt für Sachinvestitionen dazu verwandt, eigene Geldvermögenspositionen aufzubauen. Anders, in der Sprache der guten alten Konjunkturtheorie ausgedrückt: Die Nachfrage nach Geld (hier: nicht „Zahlungsmittel", sondern „Geldvermögen") überwog die Nachfrage nach Gütern.

205. Wenn die Erfahrungen aus der Zeit der extremen Geldverknappung und der daraus folgenden Rezession die Unternehmen so stark beeindruckte, daß sie Schulden zurückzahlen und darüber hinaus noch Geldvermögen bilden, ehe sie sich zu Sachinvestitionen entschließen, so dürfte das den Konjunkturablauf der folgenden Jahre mitbestimmen. Auf kürzere Sicht dürften diese Erfahrungen belastend wirken: Man ist vorsichtiger geworden. Es wird besonderer Anstrengungen bedürfen, die Unternehmen davon zu überzeugen, daß sie in größerem Umfang Investitionen aus Fremdmitteln tätigen können, ohne in überhohe Solvenzrisiken zu geraten. Auf längere Sicht könnten diese Erfahrungen auch durchaus positiv wirken: Man hat erlebt, daß sich Rezessionstendenzen keineswegs zu einer so ausgeprägten und anhaltenden Depression wie nach 1930 zu verstärken brauchen.

**Kapitalmarkt — mehr Emissionen, immer noch hohe Zinsen**

206. Blickt man beim Kapitalmarkt auf das Volumen der untergebrachten festverzinslichen Titel, so hat sich die Lage gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert. Es wurden per Saldo, also abzüglich der Tilgungen alter Anleihen, untergebracht

- an Bankschuldverschreibungen (Pfandbriefen, Kommunalobligationen und ähnliche)
  - im ganzen Jahr 1966 .. 5,1 Mrd. DM
  - in den ersten acht Monaten des Jahres 1967 allein schon ..... 5,5 Mrd. DM
- an Anleihen der öffentlichen Hand
  - im ganzen Jahr 1966 .. 0,4 Mrd. DM
  - in den ersten acht Monaten des Jahres 1967 allein schon ..... 4,4 Mrd. DM
- an Industrieobligationen
  - im ganzen Jahr 1966 .. 0,0 Mrd. DM
  - in den ersten acht Monaten des Jahres 1967 .. 0,5 Mrd. DM.

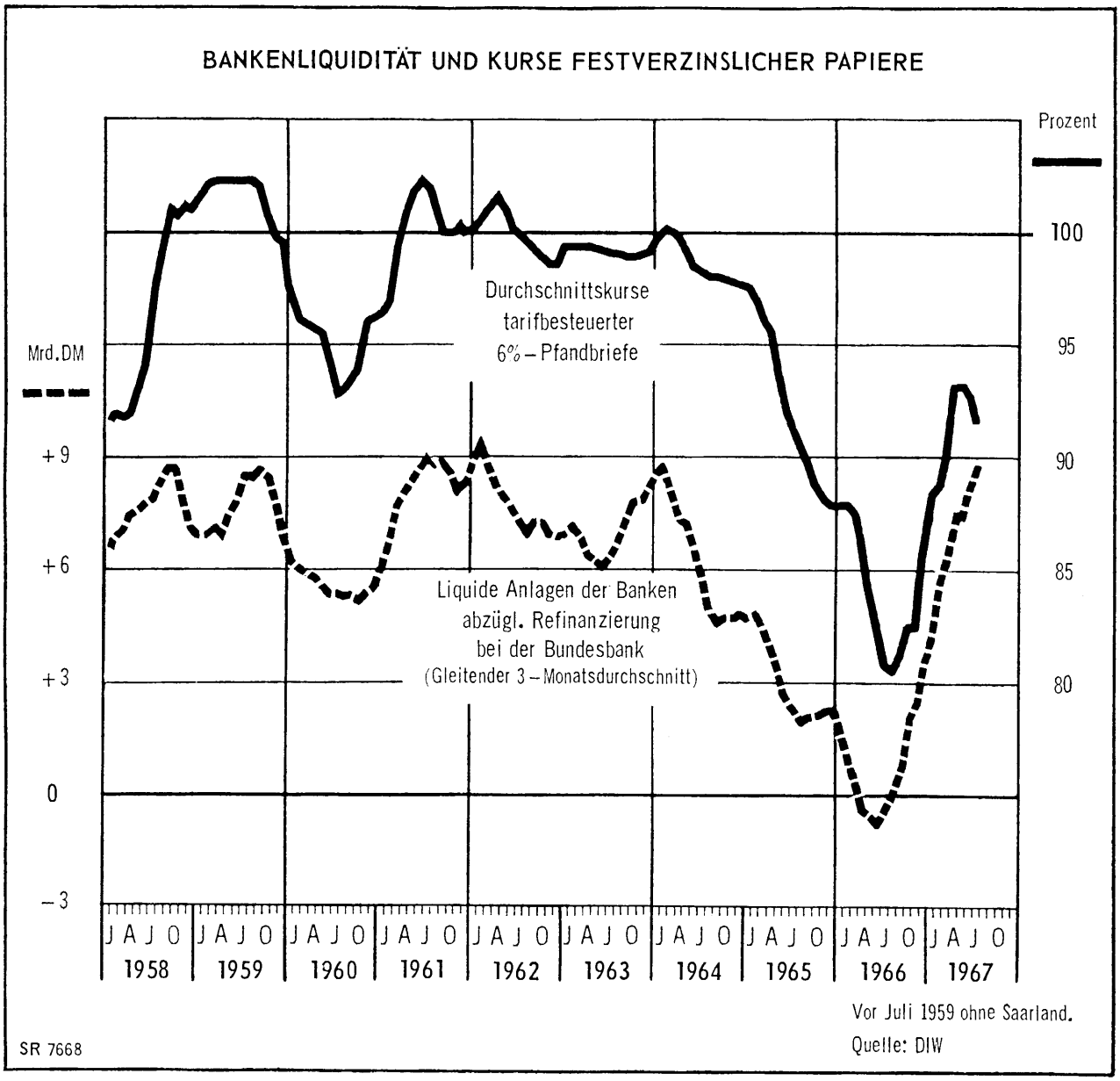
Immerhin sind damit insgesamt in den ersten acht Monaten für 10,3 Mrd. DM Anleihen plaziert worden gegenüber 5,5 Mrd. DM im ganzen Jahr 1966.

207. Aktien wurden in den ersten acht Monaten 1967 im Kurswert von 1,1 Mrd. DM emittiert, gegenüber 2,7 Mrd. DM im ganzen Jahr 1966 und 4,0 Mrd. DM im Jahre 1965. Die Aktienkurse sind nach einer kleinen Aufwärtsbewegung im Frühjahr 1967 zunächst wieder gesunken. Von Juni bis Mitte November stiegen sie, zeitweilig hausseartig, um insgesamt 27 vH.

208. Auch im Hinblick auf die Konditionen, zu denen längerfristige Gelder aufgenommen werden konnten, war eine Verbesserung zu verzeichnen, gingen doch die Renditen, die man bieten mußte, von Sätzen zwischen 8½ Prozent und 10 Prozent im Spätsommer 1966 über etwa 7½ Prozent in den ersten Monaten 1967 fast bis auf 6½ Prozent zur Jahresmitte zurück. Seitdem haben sie sich wieder etwas erhöht.

209. Wie schon seit Jahren, so folgte auch seit Sommer 1966 die Änderung der Kurse festverzinslicher Papiere wieder weitgehend der Veränderung der Bankenliquidität (Schaubild 36) — obschon in geringerem Umfang als sonst. Die Kreditinstitute haben den Liquiditätsspielraum, den ihnen der Zustrom von Devisen verschaffte und der durch die Maßnahmen der Bundesbank verbreitert wurde, nicht nur zum Aufbau eigener Auslandspositionen, sondern auch in nicht unerheblichem Umfang dazu benutzt, ihre Bestände an längerfristigen Wertpapieren von Anfang des Jahres 1967 bis Ende August um 5,4 Mrd. DM zu erhöhen (ganzes Jahr 1966: plus 1,2 Mrd. DM).

Schaubild 36




210. Um die konjunkturpolitisch erwünschte Zinssenkung zu fördern und dem erneuten Zinsanstieg entgegenzuwirken, wie er sich im Sommer und Herbst 1967 abzeichnete, ist die Notenbank zum ersten Mal seit ihrer Gründung dazu übergegangen, in ihre Offenmarktpolitik — zur Regulierung des Geldumlaufs — langfristige Titel einzubeziehen, und das auf eigene Rechnung, nicht nur auf Rechnung Dritter. Im Zuge dieser Offenmarktpolitik hat sie von Mitte August bis Ende Oktober 1967 per Saldo Titel im Werte von 0,8 Mrd. DM hereingenommen.

211. Vielerorten hat man sich zur Rezessionsbekämpfung einen rascheren, kräftigeren und verläßlicheren Rückgang der Zinsen am Kapitalmarkt gewünscht, kann doch gerade die Erwartung weiter sinkender Zinssätze Investoren veranlassen, ihre Investitionen aufzuschieben, wenn sie den Investitionszeitpunkt auf den Zeitpunkt einer möglichst günstigen längerfristigen Finanzierung legen wollen. Natürlich ist zu berücksichtigen: Neben solchen Investoren gibt es andere, deren Finanzierungsspielraum es zuläßt, daß sie den Investitionszeitpunkt allein nach ihren Preis-Absatz-

erwartungen bestimmen, und die sich nicht im Umfang, sondern nur in der Art der Außenfinanzierung (kurzfristige, langfristige Fremdfinanzierung; Hereinnahme von Kapitaleinlagen) von der Zins- und Kursentwicklung an den Finanzierungsmärkten bestimmen lassen. Gleichwohl hätte es die Rezession früher gebremst, wenn die Zinsen am langfristigen Markt schneller und stärker gesunken wären. Daß dies, wie gelegentlich vermutet, schon die Verknüpfung mit ausländischen Märkten nicht zugelassen hätte, vermag so lange nicht zu überzeugen, solange — wie Schaubild 32 zeigt — in der Bundesrepublik zwar die kurzfristigen Zinssätze unter, die längerfristigen aber über den Sätzen an anderen wichtigen Finanzplätzen liegen.

212. Es bleibt allerdings zu fragen, wie man angesichts der auch im Ausland relativ hohen Zinsen zu einer stärkeren und rascheren Zinssenkung hätte kommen können. Eine schnellere Senkung des Diskontsatzes — etwa sofort auf 3 Prozent — hätte zu vermehrten Geldanlagen im Ausland geführt und so eine Senkung der ausländischen Geldmarktsätze begünstigt. Dies wäre wichtigen Partnerländern nicht unwillkommen gewesen, da sie in den hohen deutschen Geldmarktsätzen Hemmnisse für eine eigene Expansionspolitik sahen und deshalb auf politischer Ebene für eine Senkung des internationalen Zinsniveaus eintraten. Es bedurfte aber erst einer Zusammenkunft der Verantwortlichen (am 22. Januar 1967 in Chequers), ehe die Diskontsätze international auf breiter Front gesenkt wurden.

213. Eine kräftigere Diskontsenkung hätte möglicherweise auch den Kapitalmarktsatz mitgezogen. Dabei ist allerdings zu beachten: Durch Senkung kurzfristiger Zinssätze können die Sätze für langfristige Titel immer nur in dem Maße beeinflußt werden, als es gelingt, beim Publikum das Vertrauen zu schaffen, daß es während der Restlaufzeit dieser Titel nicht erneut zu erheblichen Zinssteigerungen kommen wird. Das wird um so eher erreicht, je früher das Publikum Anlaß findet, darauf zu vertrauen, daß die Zinspolitik künftig weniger als seit 1964 als Mittel der Konjunkturpolitik eingesetzt wird, nachdem durch das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" andere, besser geeignete Instrumente bereitgestellt worden sind, um die privaten und öffentlichen Ausgaben zu drosseln, falls dies wieder notwendig sein sollte. Dem stehen immer wieder Äußerungen von Repräsentanten der Bundesbank entgegen.

214. Im Hinblick auf die Wiederherstellung des Vertrauens der inländischen Anleger kann nur wiederholt werden, daß große Behutsamkeit nötig sein wird, die Wunden früherer Enttäuschung verheilen zu lassen (JG 66 Ziffer 186). Und was ausländische Anleger betrifft, so läßt allein die Tatsache, daß die Spanne zwischen ihren niedrigeren heimischen und den höheren deutschen Zinssätzen immer noch recht hoch ist — das heißt, daß der im Inland ungedeckt bleibende Bedarf an Fristentransformation nicht in größerem Umfang durch Ausländer gedeckt wird —, ihr Mißtrauen gegenüber der deutschen Kapitalzinsentwicklung erkennen. Sie befürchten offenbar Kursverluste. Sonst würden sie deutsche Wertpapiere ihren heimischen vorziehen und damit dazu beitragen, die deutschen Zinssätze den niedrigeren ausländischen anzupassen. Mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen allein wird sich diese Mauer des Mißtrauens gegenüber einer Anlage in deutschen — etwa im Vergleich zu schweizerischen — Titeln schwerlich abbauen lassen.

### Zahlungsbilanz — Ungleichgewicht durch hohe Geldexporte verdeckt

215. In der Bilanz der laufenden Posten ist für das Jahr 1967 mit einem Überschuß von fast 10 Mrd. DM zu rechnen. In den ersten drei Vierteljahren 1967 betrug er 6,6 Mrd. DM; das war das Resultat eines extrem hohen Überschusses in der Handelsbilanz (12,6 Mrd. DM) und kaum veränderter Defizite in der Dienstleistungsbilanz (1,4 Mrd. DM) und in der Bilanz der Übertragungen an Ausländer (4,6 Mrd. DM). Dieser hohe Überschuß in der Bilanz der laufenden Posten steht im Zusammenhang damit,

- daß mangels ausreichender Inlandsnachfrage deutsche Unternehmen verstärkt auf ausländische Märkte drängten, auch mit Preiszugeständnissen,
- daß die bessere konjunkturelle Lage in einigen Ländern die Nachfrage auch nach Waren aus der Bundesrepublik belebte,
- daß sich die Einfuhr ausländischer Güter wegen der Abnahme der Inlandsnachfrage und des Rückgangs der Preise von Inlandsgütern stark abschwächte,
- daß außerdem deutsche Reisende im Ausland 1967 nicht mehr ausgaben als 1966, während in den vorangegangenen Jahren die Ausgaben deutscher Reisenden im Ausland stetig zugenommen hatten.

Das Ergebnis läuft in jedem Fall darauf hinaus, daß inländische Unternehmen sowie private und öffentliche Haushalte — Inlands- und Auslandsausgaben zusammengerechnet — für 6,6 Mrd. DM weniger ausgaben (verbrauchten oder investierten), als sie in derselben Zeit insgesamt erlösten oder sonst, etwa aus Löhnen, Steuern usw., einnahmen.

216. Trotz des beträchtlichen Überschusses der Leistungsbilanz haben sich die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank kaum verändert.

Sie hielten sich, von monatlichen Schwankungen in der Größenordnung von einigen hundert Millionen DM abgesehen, im Jahre 1967 bis Ende Oktober bei dem Betrag von 30 Mrd. DM. Somit war die Devisenbilanz, die die Veränderung dieser zentralen Währungsreserven angibt, praktisch ausgeglichen (Tabelle 70 im Anhang).

217. Wenn die Zahlungsbilanz ausgeglichen blieb, obwohl in der Leistungsbilanz erhebliche Überschüsse anfielen, so deshalb, weil in den ersten drei Vierteljahren 1967 mit dem Überschuß in der Bilanz der laufenden Posten von 6,6 Mrd. DM einhergingen:

— ein Nettoexport kurzfristigen Kapitals privater Stellen (insbesondere Banken, Ziffer 194) von ..... 4,6 Mrd. DM

— ein Nettoexport langfristigen Kapitals

— öffentlicher Stellen von 0,9 Mrd. DM

— privater Stellen von .. 1,6 Mrd. DM

also ein Nettokapitalexport von insgesamt ..... 7,1 Mrd. DM.

Die Differenz — 0,5 Mrd. DM — kann auf Unvollkommenheiten der statistischen Erhebungen beruhen, aber auch darauf, daß die Netto-Deviseneingänge aus dem Leistungsverkehr mit dem Ausland wegen einer Verkürzung der Zahlungsziele im deutschen Export und wegen einer Verlängerung der Zahlungsziele im deutschen Import höher waren, als im Leistungsbilanzsaldo zum Ausdruck kommt (Verbesserung der „terms of payment").

218. Man mag es angesichts der Rezession im Inland bedauern, daß bei verschiedenen inländischen Gebietskörperschaften das Geld immer noch so knapp ist, daß dringend gebotene Ausgaben unterbleiben, daß aber in derselben Zeit die inländischen Geschäftsbanken Milliardenbeträge zum Teil bei ausländischen Kreditinstituten, zum Teil in Schuldtiteln ausländischer Gebietskörperschaften anlegen und damit deren Ausgabemöglichkeiten erweitern. Das aber ist der Preis, der bezahlt werden muß, wenn man in dem herrschenden System fester Wechselkurse und kommunizierender Geldmärkte eine Rezession mit einer Zinssenkungspolitik bekämpfen will. Es bringt lediglich den Vorteil, daß unsere Partnerländer, nachdem ihre konjunkturelle Entwicklung schon durch die Leistungsbilanzüberschüsse beeinträchtigt wird, seitens der Bundesrepublik nicht auch noch mit Defiziten im Geld- und Kapitalverkehr belastet werden.

## ZWEITES KAPITEL

# Gegen Fehlentwicklungen — für Stabilität im Wachstum

### I. Konjunkturpolitische Lehren der letzten vier Jahre

219. Aus dreifachem Grunde sieht sich der Sachverständigenrat veranlaßt, seinen Überlegungen zu der Frage, wie man bestehende Fehlentwicklungen beseitigen und künftige vermeiden kann, einen mehrjährigen Rückblick voranzustellen:

— Erstens: Konjunkturelle Fehlentwicklungen — eine Folge von Eigenbewegungen der Wirtschaft und von wirtschaftspolitischen Fehlern und Unterlassungen — zeigen sich richtig nur, wenn man einen ganzen Wachstumszyklus in Betracht zieht. Wir glauben, daß man der Neigung, Gegenwartsphänomene mit Gegenwartsphänomenen zu erklären und Zukunftsgefahren erst ernst zu nehmen, wenn sie die Tagessorgen überschatten, nur entgegentreten kann, wenn man das Geschehen aus zeitlicher ebenso wie aus sachlicher Distanz beobachtet.

— Zweitens: Bundesregierung und Bundestag haben in den vergangenen zwölf Monaten in einer Regierungserklärung und in einem Gesetz erstmals sich selbst die Ziele zu eigen gemacht, die sie uns im Gesetz über den Sachverständigenrat 1963, also vor vier Jahren, vorgegeben hatten. Was hätte in den einzelnen Phasen des Wachstumszyklus seit 1963 geschehen müssen, um diese Ziele einigermaßen zu erreichen?

— Drittens: Es drängt sich unter diesen Umständen die Frage auf, ob der Sachverständigenrat in der Vergangenheit seine Aufgabe einigermaßen erfüllt hat, ob er also rechtzeitig auf entstandene und entstehende Fehlentwicklungen aufmerksam gemacht und dargelegt hat, wie man diese Fehlentwicklungen beseitigen oder vermeiden könne. Eine solche Frage ist — in kritischer Absicht — im abgelaufenen Jahr im Bundestag gestellt worden: „Was wäre geschehen, wenn wir den Vorstellungen der

zurückliegenden Gutachten gefolgt wären?" [1]) Wir werden versuchen, diese Frage zu beantworten und die Antworten zu belegen. Dies ist zugleich eine Gelegenheit, unsere Vorstellungen zu überprüfen und am Beispiel der Vergangenheit sichtbar zu machen, welche Möglichkeiten und Schwierigkeiten bestehen, wenn man die Ziele der Stabilität des Preisniveaus, eines hohen Beschäftigungsstandes und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts bei angemessenem Wachstum im nächsten Wachstumszyklus gleichzeitig erreichen will.

220. Soll das Wachstum — bei stabilem Preisniveau — stetiger werden, als es in der Vergangenheit war, wird man die Konjunkturpolitik noch mehr auf mittelfristige Ziele einstellen müssen. Vor allem wird es darauf ankommen, daß man Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennt und ihnen vorbeugend entgegenwirkt, statt sie nachträglich zu korrigieren mit dem Risiko, daß dabei des Guten zuviel geschieht und der Zyklus dadurch verstärkt wird. Mittelfristige Ziele und eine konjunkturpolitische Gelassenheit, die von fahrlässigem „laisserfaire" ebenso entfernt ist wie von der Unrast, zu der der Nothelfer in der Krise gezwungen ist, müßten mit der Zeit eigentlich auch im Kreise der Investoren Vertrauen in eine stabile und stetige Entwicklung erwecken und dadurch dazu beitragen, daß die private Investitionsneigung künftig weniger schwankt als bisher. Insoweit ist in der Wirtschaftspolitik ein Zeithorizont von mehreren Jahren eine notwendige Vorbedingung für ein stetiges Wachstum, auch und vor allem in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in der es viele Unternehmer gibt, die die Risiken und Chancen des Privateigentums an den Produktionsmitteln selbst tragen und nutzen.

221. Im Frühjahr 1964, als der Sachverständigenrat seine Arbeit begann, befand sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in der Beschleunigungsphase eines exportinduzierten Aufschwungs. Die Zeichen der Übernachfrage mehrten sich nicht nur bei exportintensiven Unternehmen, sondern auch in der Binnenwirtschaft im engeren Sinne. Sie ließen befürchten, daß allenthalben Preis- und Lohnerhöhungsspielräume entstanden und sich ausweiteten. In wenigen Monaten schon konnte sich daraus nach aller Erfahrung eine gefährliche inflatorische Welle ergeben. Selbst wenn wir das Ziel „stabiles Preisniveau" großzügig ausgelegt hätten, wozu das Gesetz nach unserer Auffassung keine Möglichkeit läßt, hätten wir hierin eine Fehlentwicklung im Sinne des Gesetzesauftrags erblicken müssen. Dies war der Grund dafür, daß der Sachverständigenrat unter dem Datum vom 20. Juni 1964 eine Stellungnahme gemäß § 6, Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Sachverständigenrat, vom 14. August 1963, Bundeskanzler Erhard zuleitete. Außer einer verbalen Prognose des befürchteten Geldwertschwundes enthielt die Stellungnahme, dem gesetzlichen Auftrag gemäß, auch Erörterungen zu der Frage, wie man der drohenden Fehlentwicklung noch mit marktkonformen Mitteln entgegenwirken könne. Die Mitglieder des Sachverständigenrates stimmten sehr rasch darin überein, daß die außenwirtschaftlich verursachten Preis- und Lohnerhöhungsspielräume nur durch Verbilligung der Importe und durch Wiederherstellung normaler Wettbewerbsverhältnisse auf den Exportmärkten beseitigt werden könnten, obwohl die Mitglieder des Rates gewiß nicht nach dem Gesichtspunkt einer Übereinstimmung in diesen Fragen ausgewählt worden waren. Die Palette der Möglichkeiten — unter ihnen als letzte, aber nicht geringste auch der Übergang zu freien Wechselkursen — wurde in ähnlicher Weise beschrieben wie später im ersten Jahresgutachten (JG 64 Ziffern 240 ff.). Die Stellungnahme wurde ignoriert. Wie jedermann weiß, ist der befürchtete Geldwertschwund eingetreten. Die Stellungnahme konnte der Öffentlichkeit damals aus naheliegenden Gründen nicht übergeben werden; sie wird diesem Gutachten in vollem Wortlaut beigefügt (Anhang II). Ob sie noch einmal Bedeutung erlangt, hängt davon ab, ob sich die Erwartungen, die die Bundesregierung an die internationale Koordination knüpft (§ 4 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes), künftig erfüllen.

222. Da geeignete Mittel zur Beseitigung der Kosten- und Preiserhöhungsspielräume nicht ergriffen wurden, präzisierte der Sachverständigenrat im Herbst 1964 seine Sorgen über den bevorstehenden Geldwertschwund in der Vorhersage, im ersten Halbjahr 1965 werde der Preisindex für die Lebenshaltung um 3 vH und der Preisindex für den privaten Verbrauch um 3,5 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand liegen. In ihrer Stellungnahme, in der es die Bundesregierung bedauerte, daß der Rat außer dem Hinweis auf die von ihr abgelehnten wechselkurspolitischen Möglichkeiten nichts zur „Behandlung des zeitlich nächstliegenden Problems der Vermeidung eines gewissen Preisauftriebs im Jahre 1965" beigetragen habe, hielt die Bundesregierung diese Preiserhöhung entgegen dem Sachverständigenrat noch für vermeidbar. Trotz der programmatischen Erklärung, sie werde nicht zögern, „bei gefährlichen Fehlentwicklungen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen" (Stellungnahme 64 Ziffern 15 und 16), stiegen 1965 die Preisindizes für die Lebenshaltung und den privaten Verbrauch um 3,4 vH bzw. 3,1 vH. Daß offenbar die Entscheidung über die Preisentwicklung von 1965 weitgehend schon im

[1]) Anlage 4 zum Stenographischen Bericht der 106. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 27. April 1967, S. 5005.

Herbst 1964 gefallen war, stützt die allgemeine These von der verzögerten Preisanpassung:

„Somit sind die Preissteigerungen von heute im Grunde das Ergebnis von Fehlhandlungen und Versäumnissen einer Zeit, die mehr als ein Jahr zurückliegt; und so wird heute nicht entschieden über die gesamtwirtschaftliche Lage des nächsten Monats, sondern weitgehend schon über das Geschehen im nächsten und übernächsten Jahre" (JG 65 Ziffer 7, Vorwort).

223. Als 1965 die erwähnten Preis- und Lohnerhöhungsspielräume allmählich, aber unaufhaltsam ausgenutzt wurden — in einem Prozeß, der vielfach wie eine autonome Kosteninflation aussah und deshalb von der herrschenden Meinung als solche angesprochen wurde —, war die Zeit für eine traditionelle Stabilitätspolitik, die sich auf eine Dämpfung der Nachfrage, vor allem nach Investitionsgütern, konzentriert, eigentlich schon vorbei. Die Konjunktur erreichte ihren oberen Wendepunkt — gemessen als höchste Kapazitätsauslastung — im ersten Halbjahr 1965. Das Investitionsvolumen war, über das ganze Jahr gesehen, zwar noch hoch, aber nicht mehr übersteigert (JG 65 Ziffer 183). Die Zahlungsbilanz geriet ins Defizit, wie es unvermeidlich ist, wenn man zuvor Überschüsse gebildet, andere Länder zu einer Restriktionspolitik ermutigt und mit der Ablehnung einer rechtzeitigen Wechselkurskorrektur für eine Kosten- und Preisanpassung nach oben votiert hat.

224. Gelassen in der Zahlungsbilanzfrage (JG 65 Ziffer 180), aber in Sorge vor einem schärfer werdenden Konflikt zwischen Stabilität und Wachstum, begann der Sachverständigenrat seine Vorstellung von einer konzertierten Stabilisierungsaktion zu entwickeln, während die Bundesbank, den von der Außenwirtschaft her entstehenden Spielraum behutsam nutzend, nach traditioneller Art einen zahlungsbilanzkonformen Restriktionskurs einschlug. War für die Bundesbank endlich der Zeitpunkt gekommen, in dem der Konflikt zwischen Zahlungsbilanzpolitik und interner Stabilitätspolitik verschwand, so daß sie — auch bei festem Wechselkurs — wieder als Hüterin der Währung in Erscheinung treten konnte, so drängte sich beim Sachverständigenrat das Ziel des stetigen und angemessenen Wachstums neben das Stabilitätsziel in den Vordergrund. Das Bündel der Bedingungen, unter denen angemessene, ja sogar hohe Wachstumsraten auch dann noch erzielt werden können, wenn der Geldwertstabilität jener Rang gegeben ist, den die Bevölkerung ihr zuerkennt, war im ersten Jahresgutachten beschrieben worden: Es umfaßt — abgesehen von der außenwirtschaftlichen Absicherung — eine stabilisierende Haushaltsgebarung (JG 64 Ziffer 242), eine die Preiflexibilität fördernde Wettbewerbspolitik (JG 64 Ziffer 246) und eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik (JG 64 Ziffer 248). Da die Wettbewerbspolitik — vom wechselkursbedingten Außenwettbewerb abgesehen — nicht in den Rahmen einer kurzfristigen Aktion eingefügt werden konnte, begann der Sachverständigenrat damit, die realen Möglichkeiten im Bereich der Lohnpolitik zu erkunden. Das Ergebnis war positiv: Ebenso wie die Repräsentanten der Arbeitgeberseite bekannten sich auch die Repräsentanten der Gewerkschaften zu den lohnpolitischen Grundsätzen des ersten Jahresgutachtens, aber nur — deren Sinn entsprechend — als Teil eines umfassenden Stabilitätskonzepts. Dieses Ergebnis wurde dem Bundeskanzler unter dem Datum vom 19. Juni 1965 übermittelt als mögliche Grundlage für eine „Aktion Geldwertstabilität". Gleichzeitig wurde die Gefahr aufgezeigt, die nach Auffassung des Rates sonst drohte:

„Sollten sich die Anbieter und Nachfrager, einzeln und in Gruppen, zunehmend der Geldentwertung anpassen, so wird es immer schwieriger, vielleicht unmöglich, zu einer Politik der Geldwertstabilität zurückzukehren, ohne daß eine Stabilisierungskrise in Kauf genommen werden müßte" (voller Wortlaut in Anhang III).

Außer vor einer Stabilisierungskrise wurde vor der Gefahr eines erneuten außenwirtschaftlichen Überschuß-Ungleichgewichts gewarnt:

„Eine Politik der Geldwertstabilität allein mit binnenwirtschaftlichen Mitteln hätte bald wieder ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht zur Folge, . . ." (a. a. O.).

Die Bitte um ein Gespräch mit der Bundesregierung, in dem die Möglichkeiten für eine „Aktion Geldwertstabilität" durchdacht werden sollten und an dem zum geeigneten Zeitpunkt die Sozialpartner mitwirken wollten, blieb bis zur Vorlage des zweiten Jahresgutachtens unerfüllt.

225. „Stabilisierung ohne Stagnation" war der Titel der Buchveröffentlichung des — zweiten — Jahresgutachtens 1965/66. Er brachte die Sorge vor einem künftigen Konflikt zwischen Stabilität und Wachstum zum Ausdruck:

„Das Wachstum wird sich . . . abschwächen . . . Doch wird auch ein langsameres Wachstum 1966 den Geldwertschwund nicht zum Stillstand bringen" (JG 65 Ziffer 180). „Da inzwischen die konjunkturellen Auftriebskräfte erheblich schwächer geworden sind, könnte die Bundesbank im kommenden Jahr vor einem ernsthaften Zielkonflikt stehen. Während der Preisauftrieb anhält, kann man von einer realen Überforderung der Produktivkräfte nicht mehr sprechen. Die Fortsetzung der Restriktionspolitik wäre dann eine Entscheidung zugunsten der Geldwertstabilität, aber gegen das Wachstum . . . Die Bundesbank allein kann diesen Konflikt nicht aufheben" (JG 65 Ziffer 129).

Die Bundesregierung antwortete in ihrer Stellungnahme (Ziffer 20), sie sei nicht der Ansicht, daß die Kreditpolitik in näherer Zukunft in einen Zielkonflikt geraten könnte. Im gleichen Sinne äußerte sich der Bundesbankpräsident am 21. Januar 1966 während einer Aussprache im Bundeswirtschaftsministerium, bei der der Sachverständigenrat zugegen war.

226. „Stabilisierung ohne Stagnation" war aber auch die Kurzformel für die Hoffnung, die wir hegten, wenn die aufgezeigte Möglichkeit einer konzertierten Stabilisierungsaktion als wirtschaftpolitische Chance genutzt würde:

schrittweise Verwirklichung des Ziels der Geldwertstabilität

ohne fühlbare Wachstumsverluste und Beschäftigungseinbußen.

durch gleichzeitiges, gleichmäßiges und allmähliches Vorgehen in allen Bereichen der Nachfrage (einschl. der öffentlichen Nachfrage) und der Kostenentwicklung (Lohnerhöhungen und Zinsniveau)

unter kluger wirtschaftspolitischer Führung und mit Unterstützung der Verbände.

Um den volkswirtschaftlichen Wert dieses planvollen Zusammenwirkens deutlich zu machen, hat der Sachverständigenrat zum Ausdruck gebracht, daß der

alternative Weg der Stabilitätspolitik, der traditionellem Denken entspricht, in einer Stabilisierungskrise enden müßte:

„Wichtig ist, daß die Stabilisierung nicht für den hohen Preis einer Stabilisierungskrise erkauft werden muß, eine Gefahr, die nach allen Erfahrungen der Konjunkturgeschichte um so mehr droht, je länger eine inflatorische Entwicklung angehalten hat und je stärker sie war" (JG 65 Ziffer 186). „Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise erscheint ... als eine Aufgabe, die hohe Anforderungen an die psychologische und politische Führungskunst der Regierung stellt" (JG 65 Ziffer 205). „Eine rasche Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise könnte um so eher erreicht werden, je mehr es gelingt, den Unternehmern klarzumachen, daß Zurückhaltung in der Preispolitik der faire Preis für eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik ist und daß es überdies im wohlverstandenen Interesse der produzierenden Wirtschaft liegt, einer zur Geldwertstabilität entschlossenen Regierung eine Deflationspolitik und sich selbst eine Stabilisierungskrise ... zu ersparen. Die Wirtschaftsverbände könnten aufklärend viel dazu beitragen, daß sich die Unternehmer auf ein anderes Preisklima und Preisverhalten umstellen, ohne daß es dazu erst eines Deflationsschocks bedarf" (JG 65 Ziffer 206).

227. Wenn die Bundesregierung ebenso wie die Bundesbank und die Öffentlichkeit ebenso wie manche Wirtschaftsverbände die Warnung vor einer Stabilisierungskrise nicht ernst nahmen, so mag das viele Gründe haben.

Der Sachverständigenrat muß gegen sich gelten lassen, daß er diese Warnung vielleicht mit Hinweisen auf frühere Stabilisierungskrisen im In- und Ausland eindringlicher hätte beschreiben müssen. Selbst dann wäre die Warnung wahrscheinlich unbeachtet geblieben; denn Warnungen vor Fehlentwicklungen wohnt im allgemeinen nur dann Überzeugungskraft inne, wenn die Fehlentwicklung schon greifbare Formen angenommen hat. Wir alle neigen dazu, die jüngste Vergangenheit in die Zukunft zu extrapolieren und von Teilen auf das Ganze zu schließen. Dies bewirkt bei denen, die die herrschenden Meinungen artikulieren oder doch jedenfalls mit diesen Meinungen übereinstimmen möchten, daß ihr Bewußtsein dem Wechsel der Wirtschaftskonjunktur nur mit Verzögerung folgt. Deshalb bedarf es wohl erst krisenhafter Rückschläge, ehe neue Wege beschritten werden.

228. Unter den Bedingungen der Jahre 1965/66 hatte jedenfalls der — traditionellen Vorstellungen zuwiderlaufende — Gedanke eines gemeinsamen Vorgehens nach den Prinzipien der Gleichzeitigkeit, Gleichmäßigkeit (soziale Symmetrie) und Allmählichkeit noch keine politische Chance. In der Stellungnahme der Bundesregierung vom Januar 1966 zum Jahresgutachten 1965 heißt es:

„Der Sachverständigenrat hält die sofortige Erzwingung der Preisstabilität nicht für vertretbar. Ohne Gefährdung des Wirtschaftswachstums könne die Stabilisierung lediglich mit einem ‚Zweistufenplan' erreicht werden" (Ziffer 16). „Die Bundesregierung kann von ihrem Ziel, die Stabilisierung so rasch wie möglich zu erreichen, nicht ablassen. Deshalb unterstreicht sie mit besonderem Nachdruck, daß die Erhöhung der Nachfrage unbedingt schon im Verlauf des Jahres 1966 unter den vom Sachverständigenrat genannten Sätzen bleiben muß" (Ziffer 18). „Solange ... die derzeitigen Tendenzen im Inland und die Ungleichgewichte in den außenwirtschaftlichen Beziehungen anhalten, muß die Kreditpolitik die restriktive Linie beibehalten" (Ziffer 20).

So geschah es; aber da die restriktive Kreditpolitik einseitig die Investitionen zu treffen pflegt und die Tarifvertragspartner durch die Äußerungen des Bundeskanzlers während der Bundestagsdebatte über das zweite Jahresgutachten (am 16. und 17. Februar 1966) aus ihrer Mitverantwortung für das konzipierte Stabilisierungsprogramm entlassen wurden, waren die Chancen für eine „Stabilisierung ohne Stagnation" vertan. Ob man die Rezession, die sich entwickelt hat, eine „Stabilisierungskrise"

nennen will oder nicht, ist vor dem beschriebenen Hintergrund nur eine Frage der Konsequenz.

229. Im dritten Jahresgutachten vom Herbst 1966 — als Buch unter dem Titel „Expansion und Stabilität" — brachten wir zum Ausdruck,

— daß unsere Wirtschaft 1966 einer Stagnation ebenso nahe war wie 1958 und 1963, obwohl die entsprechende Phase im Wachstumszyklus noch bevorstand (Ziffer 232),

— daß die interne Stabilisierungspolitik mit spürbaren Wachstumsverlusten einherging, weil sie nicht auch direkt auf eine Minderung des Kostendrucks gerichtet war, sondern allein auf einen — noch dazu einseitigen — Abbau übermäßiger Nachfrage (Ziffern 246, 249),

— daß sich der Konflikt zwischen Stabilität und Wachstum 1967 noch verschärfen kann, sollten in der Wirtschaftspolitik neue Wege wieder nicht beschritten werden (Ziffer 232),

— daß eine traditionelle Stabilitätspolitik in den binnenmarktorientierten Bereichen eine sehr fühlbare Unterbeschäftigung voraussetzt, die viele kleine und mittlere Unternehmen, die im Export wenig Aussichten haben, an die Grenze ihrer Selbständigkeit drängt (Ziffer 285).

Das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise in die weitere wirtschaftliche Expansion hatte damals großen Schaden genommen (JG 66 Ziffer 215). Wie sich die öffentlichen Haushalte verhalten würden und wann die Bundesbank ihren restriktiven Kurs aufgeben würde, war unbekannt. Wir waren bei der Prognose für das Jahr 1967 mehr als früher darauf angewiesen, von unsicheren Annahmen auszugehen.

Diese Annahmen erwiesen sich allgemein als zu optimistisch, so daß wir uns im März 1967 veranlaßt sahen, in einem Sondergutachten die gesamtwirtschaftlichen Folgen der neuen Bedingungen aufzuzeigen. Schon im Herbst 1966 hatten wir allerdings betont,

— daß es im Hinblick auf das Ziel des angemessenen Wachstums dringend an der Zeit sei, die Weichen der Wirtschaftspolitik auf Expansion zu stellen (Ziffer 283) und

— daß eine kontrollierte Expansion, die Wachstum mit Stabilität verbindet (Ziffer 288) nur möglich sei, wenn es gelingt, das Preisniveau und die Lohnentwicklung wirksam zu beeinflussen und eine vertrauenerweckende Finanzpolitik zu treiben (Ziffer 289).

230. Die Bundesbank, die ihre Restriktionspolitik im ersten Halbjahr 1966 noch verschärft hatte, blieb bis Ende 1966 grundsätzlich auf restriktivem Kurs. Vor dem Konflikt, auf den der Sachverständigenrat die Aufmerksamkeit 1965 gelenkt hatte, sah sich die Bundesbank erst Mitte 1966 gestellt. Sie stand vor der Frage, „ob die Kreditpolitik auch über den Sommer 1966 hinaus trotz der auf vielen Gebieten sich mehrenden Entspannungssymptome noch weiter auf Restriktionskurs würde bleiben müssen, um durch noch stärkere Dämpfung der privaten Investitionen und durch fühlbare Einschränkung der öffentlichen Ausgaben den Klimawandel auch am Arbeitsmarkt herbeizuführen und damit den Sozialpartnern die Fortsetzung einer kostensteigernden Einkommenspolitik schließlich unmöglich zu machen" (Geschäftsbericht 1966 vom 13. April 1967, Seite 4). Obwohl nach ihren eigenen Feststellungen vielfache Erfahrungen im Ausland zeigen, daß das Zusammentreffen von Kostenanstieg und Nachfragedämpfung „langdauernde Stagnations- oder gar Krisenerscheinungen" mit sinkenden Gewinnen und Investitionen zur Folge haben könne und obwohl sie selbst sagte, daß „auch der Erholungsprozeß seine Zeit brauchen würde", hielt sie es nicht für angebracht, mehr als nur eine graduelle Schwenkung der Kreditpolitik vorzunehmen. Vor allem unterließ sie es, der nur graduellen Schwenkung „durch ins Auge fallende Maßnahmen einen Signalcharakter zu geben" (ebenda Seite 5).

231. Im Wesen des Konfliktes liegt es, daß auch die andere Seite, das heißt die Lohn-, Preis- und Finanzpolitik, sich auf Kollisionskurs befand.

— Zur Lohnpolitik, auf die die Bundesbank einwirken wollte, aber auch zur Preispolitik, hatten wir

im ersten Jahresgutachten gesagt, sie müsse bei einer auf Geldwertstabilität gerichteten Zentralbankpolitik durch Zurückhaltung gekennzeichnet sein, damit es nicht zu deflatorischen Erscheinungen komme.

„Damit es zur Erhaltung der Geldwertstabilität ... nicht ab und zu deflatorischer Eingriffe bedarf und erst recht natürlich keines ständigen Deflationsdrucks, müssen die Anbieter und Anbieterorganisationen auf den Güter- und Arbeitsmärkten darauf verzichten, den bei hoher Gesamtnachfrage fast immer vorhandenen Preis- und Lohnerhöhungsspielraum voll auszunutzen. Durch solche Zurückhaltung erleichtern sie es den für die Geldwertstabilität verantwortlichen Instanzen, eine Politik zu betreiben, die das Risiko einer leichten Übernachfrage nicht mehr scheut als die Gefahren des Nachfragemangels und der nachfragebedingten Wachstumsverlangsamung" (JG 64 Ziffer 249). „Zurückhaltende Lohnpolitik ... belohnt der Markt ... mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes ..." (JG 64 Ziffer 251).

Was bei hoher Gesamtnachfrage richtig war, galt erst recht bei rückläufiger Konjunktur.

— Auch auf die politischen Stellen, die die Verantwortung für die öffentlichen Haushalte tragen, wollte die Bundesbank mit ihrer Restriktionspolitik einwirken:

„Noch im Mai 1966 sah sich die Bundesbank veranlaßt, den Diskontsatz von 4 auf 5 Prozent zu erhöhen, obwohl die privaten Investitionen bereits stagnierten. Sie hat dies getan, weil die öffentlichen Ausgaben damals immer noch zu hoch waren ... Die für die öffentlichen Haushalte verantwortlichen Stellen kamen erst dann zur Einsicht, als sich Ihnen der Kapitalmarkt und später auch der Geldmarkt versagte ... es ist gelungen, den öffentlichen Stellen die Gefährlichkeit der bisherigen Finanzpolitik, besonders die Gefahr einer zu starken Steigerung der Personal-, Sozial- und Subventionsausgaben aller Art, vor Augen zu führen." (K. Blessing anläßlich der Verleihung des Karl-Bräuer-Preises des Bundes der Steuerzahler am 5. April 1967, Presseauszüge der Deutschen Bundesbank Nr. 25).

232. Alles in allem haben zu der Rezession, wie sie im ersten Kapitel dieses Gutachtens eingehend beschrieben ist, wohl mehrere Ursachen beigetragen. Die Kreditpolitik der Bundesbank war nur eine, aber immerhin eine davon: sie reagierte auf den Wandel der konjunkturellen Lage zu schwach und zu spät [1]). Nimmt man das Konzept der konzertierten Aktion, wie es der Sachverständigenrat 1965 aufgezeigt hat, als Maßstab, so ergibt sich für die Rezession, soweit sie über eine normale Konjunkturberuhigung hinausging, eine Erklärung grundsätzlicher Art: Der Grund liegt im Fehlen einer planvollen Koordination von Kredit- und Fiskalpolitik und im Fehlen einer wirksamen Verhaltensabstimmung zwischen den staatlichen Instanzen auf der einen und den nichtstaatlichen auf der anderen Seite.

233. Die neue Bundesregierung leitete im Zusammenhang mit der Vorlage des Haushalts für 1967 im Januar dieses Jahres erste Schritte zur Rezissionsbekämpfung ein. Sie beschloß

— einen konjunkturpolitisch begründeten Investitionshaushalt in Höhe von 2,5 Mrd. DM und

— eine bis 31. Oktober 1967 befristete Erhöhung der steuerlichen Abschreibungssätze um 10 vH für bewegliche Güter und um 5 vH für unbewegliche Güter des Anlagevermögens.

Wegen der tiefeingewurzelten Abneigung gegen jede Art expansiver Konjunkturpolitik der öffentlichen Hand stieß der Plan eines Investitionshaushalts in der Öffentlichkeit, insbesondere in weiten Kreisen der gewerblichen Wirtschaft, zunächst auf sehr viel mehr Ablehnung als Zustimmung, obwohl sich dessen Volumen im Vergleich zum Ausmaß der Rezession sehr bescheiden ausnahm.

Die Bundesbank sagte zu, daß sie bei der Finanzierung des Investitionshaushaltes helfen wolle und gleichzeitig für die Finanzierung jenes Defizites im Kernhaushalt sorgen werde, das durch rezessionsbedingte Steuerausfälle entsteht.

Aus dem zusätzlichen Investitionshaushalt wurden zunächst nur Aufträge in Höhe von 850 Millionen DM vergeben. Bei den Kernhaushalten behinderte eine Ausgabensperrung, die über das sonst übliche Maß weit hinausging, eine konjunkturgerechte Auftragsvergabe. Den Ländern und Gemeinden lag eine antizyklische Haushaltsgebarung noch sehr fern; man war gerade dabei, den Haushaltsausgleich mit einschneidenden Ausgabekürzungen zu erzwingen. In der Privatwirtschaft konnte weder die Möglichkeit zu Sonderabschreibungen noch die schrittweise Kreditverbilligung den starken Rückgang der Investitionsneigung aufhalten. Trotz ihrer Entschlossenheit gelang es der neuen Bundesregierung nicht mehr, der deutschen Wirtschaft den Weg in die erste scharfe Rezession der Nachkriegszeit zu ersparen.

234. Damit sich die Fehler der vergangenen Jahre möglichst nicht wiederholen, auch nicht in abgewandelter Form, muß man sich über die gesamtwirtschaftlichen Kosten dieser Rezession Rechenschaft ablegen.

In dem Sondergutachten vom März 1967 haben wir geschätzt, daß sich der Unterschied zwischen potentiellem und tatsächlichem Sozialprodukt im Jahre 1967 — in Preisen von 1966 — auf rund 30 Mrd. DM erhöhen werde, nicht gerechnet das „Importdefizit", das hinzugeschlagen werden muß, wenn man den unausgenutzten Spielraum für die Absorption der vorhandenen Ressourcen ermitteln will. Da eine leichte Konjunkturabschwächung nach dem ungezügelten Boom von 1964/65 unvermeidlich war und überdies wohl auch als überwiegend nützlich angesehen werden kann, wird man nur einen Teil — wenn auch den größten — dieser Summe als Kosten der Rezession buchen dürfen, jedenfalls was das Jahr 1967 anlangt. Doch gibt es auch Folgewirkungen. Investitionen, die 1967 unterlassen wurden, lassen sich gesamtwirtschaftlich nicht nachholen, weder 1968 noch in den Jahren danach. Um einige Milliarden Mark wird unser Produktionspotential daher künftig kleiner blei-

[1]) Ähnliches berichtet H. G. Johnson über die Konjunkturpolitik der Notenbanken in den Vereinigten Staaten und Kanada: „... in the short-run conduct of policy they have tended to overreacoct to changes in the economy and to reverse their policy with a substantial delay, thereby contributing to the economic instability that their policies are intended to combat". (H. G. Johnson, Hearings before the Subcommittee on Domestic Finance, Committee on Banking and Currency, 88th Congress, 2d session, Washington 1964.)

ben, als es ohne diesen Investitionsausfall gewesen wäre. Auch kann man noch nicht ausschließen, daß die Rezession 1966/67 die Investitionsbereitschaft der Unternehmer nachhaltiger getroffen hat als in den Jahren 1953/54, 1958 und 1962/63. Demgegenüber stehen andere mögliche Nachwirkungen, die in konservativen Kreisen sehr positiv, andernorts aber negativ bewertet werden:

— eine nachhaltige Besserung der Disziplin am Arbeitsplatz, auch als Rückkehr zu überholten Formen der Menschenführung gedeutet;

— ein nachhaltiger Rückgang der Fehlzeiten und der Krankenstände, auch als Zeichen der Vernachlässigung der Gesundheit aus Sorge um den Arbeitsplatz angesehen;

— eine Einengung des lohnpolitischen Aktionsspielraums der Gewerkschaften, die die einen für nachhaltig und andere nur für einen sehr kurzfristigen Aktionsstau halten;

— eine Dämpfung der Ausgabenfreudigkeit im öffentlichen Bereich, von der manche allerdings auch eine weitere Vernachlässigung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben befürchten.

235. Die Schätzung, nach der das unausgenutzte Produktionspotential 1967 rund 30 Mrd. DM betragen werde, stieß in der Öffentlichkeit auf harte Kritik, und sei es zunächst nur, weil solche Zahlen noch nicht als adäquate Ausdrucksmittel in der wirtschaftspolitischen Diskussion gelten. In sachlicher Hinsicht war der Haupteinwand gegen unsere Schätzung des Wachstumspotentials, daß die Wachstumsraten der Inflationsperiode in die Zukunft projiziert worden seien.

Dieser Einwand verkennt,

— daß eine Potentialrechnung, wie schon der Name sagt, eine Obergrenze bezeichnet und nicht notwendig ein Optimum,

— daß die Potentialrechnung nicht auf einer Extrapolation früherer Wachstumsraten beruht, sondern auf der Sozialprodukt-Berechnung für 1965, auf vorsichtigen Schätzungen des Kapazitätseffekts der seither getätigten Investitionen und auf einer Schätzung des Arbeitskräftepotentials im Jahre 1967 (SG März 67 Ziffer 9, Fußnoten 1 und 2),

— daß diese Obergrenze insofern nicht zu hoch angesetzt ist, als das Basisjahr 1965 schon mehrere Monate mit konjunkturell rückläufiger Kapazitätsauslastung enthält,

— daß alle strukturbedingten Überkapazitäten, die 1965 vorhanden waren, selbstverständlich nicht in die Potentialrechnung eingegangen sind.

Dem weiteren Einwand, es handele sich auch 1967 zum Teil um strukturbedingte Überkapazitäten, die sich durch konjunkturpolitische Maßnahmen nicht beseitigen ließen, ist entgegenzuhalten,

— daß von einem Rückgang der inländischen Gesamtnachfrage die einzelnen Branchen stets in unterschiedlichem Maße getroffen werden (unterschiedliche Einkommenselastizität, unterschiedliche Exportchancen) und

— daß sich strukturbedingte Überkapazitäten deshalb erst wieder mit hinreichender Sicherheit identifizieren lassen, wenn der Auslastungsgrad im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt so hoch ist, daß es neben den dann bestehenden Überkapazitäten (oder Gewinneinbußen) Engpässe (oder Engpaßgewinne) von ähnlicher Größe gibt.

236. Zu den Angriffen gegen die Potentialrechnung kam die mit dem Branchendenken der Unternehmer harmonierende Auffassung, es handele sich nicht um eine allgemeine Rezession, der mit globalen Maßnahmen entgegenwirkt werden müsse, sondern überwiegend um ein Zusammentreffen struktureller Branchenkrisen, die keine globalen, sondern selektive Förderungs- und Schutzmaßnahmen erforderten. Unterstützung fand dieses Argument nicht nur in den Bereichen, die sich gezielte Hilfen versprachen. Auch Branchen und Unternehmen, die trotz der allgemeinen Absatzflaute — dank besonderer Leistungsfähigkeit oder günstiger Exportaussichten — gut beschäftigt waren, standen globalen Maßnahmen eher skeptisch gegenüber, jedenfalls soweit ihnen die Rezession mit der veränderten Lage auf dem Arbeitsmarkt und auf anderen Beschaffungsmärkten Vorteile gebracht hatte. Bei der Meinungsbildung in den Branchen mag auch die Vorstellung mitgewirkt haben, daß die Rezession vornehmlich Außenseiter trifft und somit der Solidarität der soliden Unternehmen zugute kommt.

Auf diese Weise herrschte in der wirtschaftspolitischen Diskussion zunächst noch die Meinung vor, daß Strukturpolitik wichtiger sei als Konjunkturpolitik. Während die konjunkturpolitischen Möglichkeiten, die das Sondergutachten zur Diskussion stellte, zunächst auf viel Ablehnung stießen, erhielt das Strukturproblem, auf das wir hingewiesen hatten, als es noch nicht durch eine allgemeine Konjunkturschwäche verzerrt war (JG 65 Viertes Kapitel), eine merkwürdige Aktualität.

237. Konjunkturtheoretisch fundierter war der Einwand, daß mit den Anregungen für ein stetiges Wachstum ein Ziel verfolgt werde, das nicht nur unerreichbar, sondern unter Umständen sogar unerwünscht sei. Obwohl dem Sachverständigenrat das Ziel eines stetigen Wachstums durch Gesetz vorgegeben ist, verdient der Einwand auch in diesem Zusammenhang Beachtung. Es stützt sich auf die Vermutung,

— daß der Wechsel von guten und schlechten Zeiten Unternehmer und Arbeiter aus der

Lethargie der Vollbeschäftigung reißt und überhaupt stimulierend auf die spontanen Kräfte der Gesellschaft wirkt,

— daß Rezessionen wie die von 1966/67 den Charakter heilsamer Reinigungskrisen haben und

— daß Rezessionen nötig sind als Wachstumspausen, in denen die Grundlagen für einen neuen Wachstumsschub gelegt werden.

238. Das erste Argument trifft möglicherweise für den einzelnen zu; gleichwohl ist fraglich, ob es auch auf die Gesamtwirtschaft angewandt werden kann: Stetiges Wachstum bedeutet ja nicht, daß sich alle Wirtschaftszweige oder gar alle Unternehmen mit konstanter Rate ausdehnen. Die Unternehmer stehen auch bei stetigem Wachstum des Sozialprodukts immer wieder vor der Notwendigkeit der Anpassung und vor neuartigen Situationen, die Risiken und Chancen bergen und die Gefahr der Erschlaffung der Antriebskräfte weitgehend ausschließen. Bei den Arbeitnehmern mag drohende Arbeitslosigkeit von Zeit zu Zeit Leistungsreserven erschließen, die in der Sicherheit einer langen Phase der Voll- und Überbeschäftigung ungenutzt bleiben. Jedoch kann man vielleicht denselben Zweck auch ohne eine Rezession erreichen, wenn man den Kündigungsschutz lockert — jedenfalls soweit er nicht aus sozialpolitischen Gründen auch heute noch unentbehrlich erscheint —, die intersektorale und interregionale Mobilität erhöht und den Wettbewerb um besser bezahlte Arbeitsplätze von institutionellen Hemmnissen befreit.

239. Die zweite These, Rezessionen hätten den Charakter von Reinigungskrisen und förderten insoweit das Wachstum der Wirtschaft auf längere Sicht, gilt nur, wenn zuvor versäumt worden ist, Übersteigerungen zu vermeiden. Nach den wirtschaftspolitischen Fehlern und Versäumnissen von 1964/65 hätte eine milde Rezession 1966/67 innerhalb gewisser Grenzen sicher eine reinigende und damit wachstumsfördernde Funktion gehabt. Gleichwohl mag man sich fragen, ob es sinnvoll ist, daß Unternehmer, auch solche, die die Expansionsphase ermutigt hatte, sich selbständig zu machen, nachher für ein Versagen der Wirtschaftspolitik büßen sollen. Seit in Gesetzen und Regierungserklärungen ein stetiges Wachstum als gesellschaftspolitisches Ziel verkündet worden ist, haben sich die Grenzen des Zumutbaren ebenso wie die Verantwortungsbereiche verschoben. Dies bedeutet, daß bei einer zukunftsbezogenen Betrachtung andere Maßstäbe gelten als in traditioneller Sicht.

Soll das Wachstum stetiger werden als bisher, so muß man versuchen, den künftigen Aufschwung rechtzeitig und sanft zu bremsen, damit es nachher kaum mehr einer Reinigungskrise bedarf. So rechtzeitig und sanft zu bremsen, daß es dabei keinen Rückschlag gibt, ist aber außerordentlich schwierig, wenn der Aufstieg zum mittelfristigen Wachstumspfad steil verläuft oder steil verlaufen soll, weil das Konjunkturtal zu tief war.

240. Das dritte Argument, Rezessionen seien notwendige Wachstumspausen, hat nur Gewicht, wenn man im Aufschwung eine aktive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik unterlassen hat und wenn infolgedessen Produktivkräfte in Bereichen, die zur Stagnation oder zum Gesundschrumpfen verurteilt sind, festgehalten wurden und die Wachstumsindustrien deshalb nicht genügend Expansionsspielraum hatten.

Zwar besteht auch in Wachstumsbereichen stets die Gefahr von Fehlinvestitionen, zumal der Unsicherheitsfaktor hier manchmal besonders groß ist. Aber diese Gefahr ist um so geringer, je mehr es gelingt, die Konjunkturschwankungen zu glätten und damit die Investoren davor zu bewahren, daß sie immer wieder irritiert werden, sei es durch einen konjunkturellen Nachfragemangel, den sie als nachhaltige Sättigung deuten, sei es durch konjunkturelle Engpässe. Für die Stärke des Wachstums ist Stetigkeit um so wichtiger, je mehr in den Wachstumsindustrien die Großunternehmen vorherrschen. Nachfrageschwankungen, an die sich tüchtige selbständige Unternehmer relativ elastisch anpassen können, sind für Großunternehmen, die hohe Fixkosten und ein schwerfälliges Steuerungssystem haben, eine kostspielige Belastung. Je nachdem, ob man mehr an Großunternehmen oder mehr an selbständige Unternehmer denkt, gelangt man zu unterschiedlichen Vorstellungen über den Bedarf an Konjunkturpolitik [1]). Dies erklärt auch Unterschiede zwischen älteren und neueren konjunkturpolitischen Auffassungen, abgesehen davon, daß die aufgeklärte Gesellschaft von heute viel weniger Grund hat, in der Wirtschaftskonjunktur das blinde Walten des Schicksals zu sehen.

241. Die Einwände, die maßgebliche Vertreter der Wirtschaftspraxis, der Bundesbank und der Wirtschaftspublizistik, aber auch Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamente

---

[1]) „The entrepreneurial corporation has much less need than the mature corporation for the regulation of aggregate demand. The mature corporation is an accommodation to advanced technology and heavy capital use. Planning is part of this accommodation. So is the technostructure. Regulation of aggregate demand is necessary to give certainty to this planning and to protect the technostructure. The entrepreneurial corporation with simpler technology and a smaller commitment of capital has less need to plan. And it has no (or a much smaller) technostructure. This means, in practical terms, that if demand falls, it can adjust to it by laying off workers. The mature corporation by contrast cannot lay off its capital. The technostructure is large and costly and to curtail it is to disintregate the very brain of the enterprise". (J. K. Galbraith, The New Industrial State, Boston 1967, S. 224 f.).

gegen eine weitere allgemeine Nachfrageförderung im Frühjahr 1967 vorbrachten, kamen den Empfindungen breiter Bevölkerungsschichten sehr entgegen. Nach Jahren einer Übernachfrage am Arbeitsmarkt, wie man sie bis dahin nicht gekannt hatte, sah man in der Rezession eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen; nach Jahren eines fühlbaren Geldwertschwundes und einer vielen exzessiv anmutenden Ausgabengebarung der öffentlichen Hand mochte sie als reinigendes Gewitter erscheinen, wenn nicht gar als ersehnte Sühne für frühere Maßlosigkeit. Das Unbehagen löste sich auf in der „Stunde der Wahrheit". Opfer zu fordern wurde populärer als je seit Bestehen der Bundesrepublik.

242. In einer solchen sozialpsychologischen Situation war die Gefahr einer Selbstverstärkung der Rezession besonders groß. Im Bereich der öffentlichen Haushalte konnte es sehr leicht „zu einem gefährlichen Wettlauf zwischen nach unten revidierten Einnahmeschätzungen und Ausgabekürzungen" kommen (SG März 67 Ziffer 3). Im privaten Bereich drohte „eine besonders große Labilität im Verhalten nicht nur der Investoren, sondern auch der Konsumenten" (SG März 67 Ziffer 6). Daß sich die öffentliche Meinung dieser Gefahr noch nicht bewußt war und sich zum Teil noch in Optimismus wiegte, war sicher positiv zu beurteilen; aber angesichts der tatsächlichen Situation durfte man darauf nicht auf die Dauer vertrauen. Mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung sah sich die Regierung zunächst nicht in der Lage, weitere konjunkturanregende Maßnahmen zu ergreifen, zumal ihr die Spar- und Opferstimmung in der Bevölkerung bei der Sanierung ihrer eigenen Finanzen willkommen sein mußte. Der Gedanke, daß es möglich sei, die öffentlichen Haushalte von Ausgaben zu entlasten, die auf die Dauer entbehrlich sind, und gleichzeitig zur Konjunkturbelebung jene Ausgaben zu forcieren, die längerfristig für wichtig gehalten werden, hat offenbar nicht genug Resonanz gefunden.

243. All dies bewirkte, daß zwar über Konjunkturpolitik viel gestritten und dadurch allenthalben der Eindruck einer wirtschaftspolitischen Unruhe hervorgerufen wurde, aber die entscheidenden Maßnahmen auf sich warten ließen. So wie der Zentralbankrat sich im Winter nur zögernd zu einer nachfragefördernden Kreditpolitik hatte durchringen können, begnügte sich die Bundesregierung, die mit der Vorlage des ersten Investitionshaushalts versucht hatte, die Weichen auf Expansion zu stellen, bis zum Frühsommer damit, einige kleinere Schritte zu tun.

Es wurde beschlossen,

— den (ersten) Investitionshaushalt des Bundes beschleunigt abzuwickeln;

— die Investitionsausgaben im Kernhaushalt zeitlich vorzuziehen und die aus fiskalischen Gründen erlassene 25%-Ausgabensperrung auf dem Ressortwege aufzuheben;

— geeignete Investitionsvorhaben vorzubereiten, um die Wachstums- und Stabilitätspolitik für die zweite Jahreshälfte 1967 vorsorglich abzusichern;

— den Ländern und Gemeinden zu empfehlen, ihre Investitionsausgaben ebenfalls zu erhöhen und die Auftragsvergabe zu beschleunigen.

(Konjunkturpolitische Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 12. April 1967 und des Wirtschaftskabinetts vom 24. April 1967).

Diese Schritte entsprechen im wesentlichen dem Minimalprogramm, das der Sachverständigenrat selbst dann mit dem Stabilitätsziel für vereinbar hielt, wenn eine lohn- und preispolitische Absicherung nicht zustande kommen sollte (SG März 67 Ziffern 16 und 17).

244. Erst nachdem das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" in Kraft getreten (9. Juni 1967) und die mittelfristige Finanzplanung im Bundeskabinett erarbeitet war, beschloß die Bundesregierung am 7. Juli 1967 ein zweites Konjunkturprogramm. Dieses sah vor:

— weiter Investitionsmaßnahmen des Bundes „von hoher volkswirtschaftlicher Produktivität" in Höhe von 600 Millionen DM;

— Gemeinschaftsinvestitionen des Bundes und der Länder in Höhe von 2 Mrd. DM;

— Gemeindeinvestitionen mit Unterstützung des Bundes (500 Millionen DM) und der Länder (1 Mrd. DM). im Umfang von insgesamt 2 Mrd. DM;

— Zinszuschüsse und Darlehen für den Wohnungsbau und die Modernisierung von Altwohngebäuden in Höhe von 300 Millionen DM;

— Umstellungs- und Rationalisierungshilfen für öffentliche Unternehmen in strukturschwachen Gebieten in Höhe von 300 Millionen DM.

Nach Auffassung des Sachverständigenrates entspricht dieses Konjunkturprogramm in seinem Umfang der eingetretenen Fehlentwicklung; in seiner Struktur deckt es sich mit Anregungen im Sondergutachten.

245. Allerdings wäre eine frühere Verabschiedung dieses zweiten Konjunkturprogramms notwendig gewesen, um die Produktionsausfälle unter das von uns geschätzte Volumen von 30 Mrd. DM zu senken und um die in der Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministesteriums für 1967 genannte reale Wachstumsrate von 2 vH annähernd zu erreichen. Worauf die Verzögerung auch immer zurück-

gehen mag (mangelndes Verständnis der öffentlichen Meinung, Ablehnung eines zweiten Investitionshaushalts durch den Bundesbankpräsidenten, keine lohnpolitische Absicherung, fiskalistisches Partialdenken), ihre Konsequenzen sind nicht unerheblich: Nach den bis Herbst 1967 verfügbaren Informationen wird das reale Sozialprodukt 1967 trotz der guten Ernte um etwa 0,5 vH unter dem Vorjahresstand liegen. Dies bedeutet, daß die am Produktionspotential gemessene Lücke größer sein wird, als wir im Sondergutachten geschätzt haben.

246. Man mag es bedauern, daß die konzertierte Aktion des Bundeswirtschaftsministers im Jahre 1967 nicht zu einem Expansionsprogramm mit einer lohn- und preispolitischen Absicherung auf mittlere Sicht geführt hat, einem Programm mit dem Ziel, 1967 und 1968 mehr Wachstum und 1968 und 1969 mehr Geldwertstabilität zu verwirklichen, also sonst möglich erscheint. Zu den Gründen, die eine solche Absicherung verhindert haben, gehört wohl auch der Konjunkturoptimismus, der gelegentlich zutage trat. Hierin liegt ein Dilemma: Man kann sich nicht für eine psychologische Konjunkturtherapie entscheiden, ohne dabei die Chance zu opfern, daß aus gemeinsamen Konjunktursorgen eine Koordination der Verhaltensweisen entsteht, bei der die Beteiligten ihre kurzfristigen Interessengegensätze vorerst einmal zurückstellen — zugunsten eines mittelfristigen Interessenausgleichs, der allen zugute kommt. Auf diese Chance hat der Sachverständigenrat hinzuweisen versucht, als er schrieb, weitergehende Expansionsmaßnahmen seien „aber nur dann" stabilitätspolitisch unbedenklich, wenn man sie lohn- und preispolitisch absichern könne (SG März 67 Ziffer 18).

## II. Ziele und Zielkonflikte — auf mittlere Sicht

247. Der Sachverständigenrat hat bisher die ihm vorgegebenen Zielsetzungen nur von Fall zu Fall, bei Gelegenheit grober Fehlentwicklungen, interpretiert. Er sieht in diesem Jahre doppelten Anlaß — entsprechend seinem Auftrag, die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit zu erleichtern — diese Ziele zur Diskussion zu stellen. Erstens ist der Zielkatalog, der bislang nur dem Sachverständigenrat als Rahmen seiner Aufgabe vorgegeben war, nunmehr durch das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" zum Katalog der Ziele geworden, an dem Bund und Länder ihre Politik zu orientieren haben. Zum anderen hat der Bundesminister für Wirtschaft in einer Projektion der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahre 1971 erstmals versucht, die „großen wirtschaftspolitischen Ziele" zu quantifizieren — Vollbeschäftigung, Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum. Dadurch sind diese Ziele auch Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden. Wenn wir im folgenden die verschiedenen Gesichtspunkte erörtern, die für eine genauere Abgrenzung der Ziele wichtig erscheinen, so wollen wir uns keine Interpretation dieser Ziele anmaßen. Uns geht es vielmehr um die Frage, in welchem Maße es möglich ist, die Ziele gleichzeitig zu erreichen, und wie man diesen Möglichkeitsbereich gegebenenfalls erweitern kann.

### Vollbeschäftigung

248. Unter Vollbeschäftigung — oder hohem Beschäftigungsstand — wird in der Zielprojektion eine Arbeitslosenquote von 0,8 vH, gemessen als Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen, verstanden. Dies sind zwei bis drei Prozentpunkte weniger, als den Vorstellungen entspricht, die nach der Weltwirtschaftskrise gang und gäbe waren und die von Vertretern der Wirtschaftspraxis heute noch als vorherrschende Meinung der Wissenschaft zitiert werden. Um das Problem einzugrenzen, muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß die höchste Arbeitslosenquote des Jahrfünfts vor 1967 bei 0,9 vH (1963) lag. Im ersten Halbjahr 1967 erreichte die Arbeitslosenquote mit 2,5 vH den bisher höchsten Wert in den sechziger Jahren. Berücksichtigt man jedoch neben den registrierten Arbeitslosen die abgewanderten ausländischen Arbeitskräfte sowie den konjunkturell bedingten Rückgang in der Erwerbsquote, so erhöht sich die Arbeitslosenquote auf 4,5 vH; das sind fast eine Million Menschen (Ziffer 78). Für ein umfassendes Bild wäre es auch notwendig, die Anzahl der Arbeitslosen mit der Anzahl der offenen Stellen zu vergleichen. Aber solange die Meldung offener Stellen — der Arbeitsmarktlage früherer Jahrzehnte entsprechend — die Unternehmen nichts kostet, ist der von ihnen angemeldete Arbeitskräftebedarf kein zuverlässiges Indiz für die tatsächliche Anzahl der offenen Stellen.

249. Je niedriger die Arbeitslosenquote ist, um so höher ist unter gegebenen Umständen der Auslastungsgrad des Produktionspotentials und mithin das Sozialprodukt. Die Wirkung auf das Sozialprodukt ist überproportional; denn ein Rückgang der Arbeitslosenquote geht mit einer überproportionalen Zunahme des Beschäftigungsvolumens einher, weil die Mehrnachfrage nach Arbeitskräften auch die Anzahl der Kurzarbeiter vermindert, die Anzahl der Überstunden erhöht, die Erwerbsquote steigen läßt und ausländische Arbeitskräfte anzieht. Dieser Zusammenhang hat sich im Verlaufe des gegen-

wärtigen Konjunkturrückschlags in umgekehrter Weise gezeigt.

Mit 2,5 vH war die Arbeitslosenquote im ersten Halbjahr 1967 um 1,7 Prozentpunkte höher als im ersten Halbjahr 1966 (0,8 vH). In derselben Zeit schrumpfte das „Beschäftigungsvolumen" um etwa 4,3 vH [1]) und, wenn man die strukturelle Komponente ausschaltet, um etwa 4 vH. Hieraus kann man schließen, daß unter den derzeitigen Umständen eine konjunkturelle Abnahme der Arbeitslosenquote von 2 vH auf 1 vH eine konjunkturelle Zunahme des Beschäftigungsvolumens um 2 bis 2½ Prozent bedeutet, nimmt man nur an, daß die Bereitschaft zu Überstunden nicht abgenommen hat, daß zumindest ebenso viele Arbeitskräfte aus dem Ausland binnen kurzem wieder gewonnen werden können, wie in der Rezession abgereist sind, und daß die Erwerbsquote ihren alten Stand wieder erreicht.

Auch in der mittelfristigen Betrachtung kann man grundsätzlich davon ausgehen, daß ein solcher Zusammenhang besteht. Wie viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigt werden, hängt gewiß nicht nur konjunkturell, sondern auch auf mittlere Sicht davon ab, wie hoch der Beschäftigungsgrad der heimischen Arbeitskräfte ist. Entsprechendes gilt für die Abhängigkeit der Erwerbsquote sowie der Überstundenquote vom Beschäftigungsgrad. Allerdings wird man annehmen müssen, daß das Vielfache, mit dem sich das Beschäftigungsvolumen im Vergleich zur Arbeitslosigkeit ändert, nicht 2 bis 2½ beträgt, sondern kleiner ist; denn die konjunkturellen Komponenten, insbesondere Änderungen in der Anzahl der Kurzarbeiter, entfallen.

Da das brachliegende Produktionspotential einer Volkswirtschaft also nur sehr unvollständig durch die Arbeitslosenquote repräsentiert wird, kann es besser sein (wenn auch nicht unter allen Umständen), das beschäftigungspolitische Ziel am Beschäftigungsvolumen zu messen und nicht an der Arbeitslosenquote.

250. Unterstellt man, daß ein Prozent mehr Beschäftigungsvolumen ein Prozent mehr reales Sozialprodukt bedeutet (Beschäftigungselastizität des Produktionsvolumens gleich eins), so folgt aus dem dargestellten Zusammenhang zwischen Beschäftigungsvolumen und Arbeitslosigkeit, daß es bei der Entscheidung zwischen ein Prozent und zwei Prozent Arbeitslosigkeit zur Zeit um einen Streitwert von 1½ bis 2 Prozent des Sozialprodukts (480 Mrd. DM) geht, also um etwa 7 bis 10 Mrd. DM im Jahr. Hierzu ist zweierlei hinzuzufügen. Erstens gilt diese Aussage nur mittelfristig, das heißt für eine Entscheidung zwischen zwei Beschäftigungsniveaus, die während einer mehrjährigen Zeitspanne — jedes Jahr oder im Durchschnitt der Jahre — verwirklicht werden. Sie gilt nicht für einen kurzfristigen (konjunkturellen) Anstieg oder Rückgang des Beschäftigungsvolumens, da in diesen Fällen versteckte Arbeitslosigkeit in den Betrieben („unemployment on the job") beseitigt wird oder entsteht. Zweitens: beim (mittelfristigen) Vergleich von zwei Beschäftigungsgraden, die sehr hoch sind, wird der prozentuale Unterschied im Produktionsvolumen etwas kleiner sein als der prozentuale Unterschied im Beschäftigungsvolumen (Beschäftigungselastizität des Produktionsvolumens kleiner als eins). Denn es ist anzunehmen, daß jene Arbeitsplätze, die von der beschäftigungspolitischen Entscheidung betroffen werden (die marginalen Arbeitsplätze), nicht so produktiv sind wie der Durchschnitt. Wegen dieses Struktureffekts ist ein höherer Beschäftigungsstand mit einem niedrigeren Niveau der Durchschnittsproduktivität der Arbeit verbunden.

251. Ein großer Teil des zusätzlichen Sozialprodukts, das ein höherer Beschäftigungsgrad mit sich bringt, kommt den Arbeitskräften zugute: die reale Lohnsumme ist — auch in mittelfristiger Betrachtung — um so größer, je höher der Beschäftigungsgrad ist. Doch kann die Lohnsumme, soll es keinen Rückschlag geben, auf die Dauer nicht um den gleichen Prozentsatz höher sein wie das Sozialprodukt höher ist, jedenfalls nicht in einer Marktwirtschaft, wie wir sie haben. Denn das Niveau der Lohnsätze muß sich in der Marktwirtschaft im Prinzip nach der Produktivität der zusätzlichen Arbeitsplätze richten, die weniger produktiv sind; es kann sich nicht nach dem Niveau der Durchschnittsproduktivität richten, weil sonst für die Unternehmer kein Anreiz besteht, die marginalen Arbeitsplätze zu besetzen (es sei denn, daß länger als nur vorübergehend für die weniger produktiven Arbeitsplätze niedrigere Löhne gezahlt werden könnten als für die produktiveren Arbeitsplätze). Die Verhältnisse sind also nicht sehr verschieden von denen auf einem Gütermarkt: Bei einem niedrigeren Preis nimmt der Markt ein größeres Volumen auf als bei einem höheren Preis.

252. Für die Einkommensverteilung folgt aus diesen Überlegungen, daß ein hoher Beschäftigungsstand, soll er anhaltend sein, eine kleinere Lohnquote erfordert als ein niedriger Beschäftigungsstand [2]). Es ist deshalb nicht gut miteinander zu vereinbaren, wenn von derselben Seite gleichzeitig ein höherer Beschäftigungsstand und eine höhere Lohnquote gefordert werden. Ebenso schwer ist es miteinander zu vereinbaren, wenn die andere Seite sowohl für größere Gewinne und Selbstfinanzierungsmöglichkeiten als auch für eine größere Arbeitslosenquote plädiert. Unkenntnis über

[1]) Das reale Sozialprodukt lag im ersten Halbjahr 1967 nur um 1,7 vH unter dem Vorjahresstand, weil die Produktivität noch um 2,6 vH gestiegen ist.

[2]) Siehe aber auch Ziffer 254 f.

diese harten Grenzen, die die Marktwirtschaft dem Streben der Gruppen setzt, belastet die wirtschaftspolitische Diskussion. Es entstehen Illusionen, die es den Gruppen erschweren oder unmöglich machen, gemeinsame Zielvorstellungen herauszubilden.

253. Es ist richtig, daß in den fünfziger Jahren sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Gewinne und die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten höher waren als in den letzten Jahren. Doch berechtigt dies nicht zu der Annahme, daß diese Verhältnisse wieder herbeigeführt werden könnten; die Zeit der relativen Sachkapitalarmut, der Knappheitsrenten in den Kapitalerträgen und der lohndämpfenden Wirkung des anhaltenden Überangebots an Arbeitskräften aus dem Flüchtlingszustrom und aus der Landwirtschaft ist wohl für immer vorbei. Der Gedanke, man könne eine dauernde Arbeitskraftreserve durch Begrenzung der wirksamen Nachfrage erzeugen, ist abwegig; denn eine derartige Politik bedeutete gleichzeitig eine erhebliche Vernichtung privater Kapitalwerte und eine entsprechende Vergrößerung des Angebots an deutschen Unternehmen für ausländische Interessenten. Früher oder später müßte eine solche Politik ohnehin scheitern, am internationalen Konjunktur- und Preisverbund, wenn nicht am politischen Widerstand der Partnerländer.

254. Auf längere Sicht brauchen die Arbeitnehmer einen hohen Beschäftigungsgrad nicht mit einer niedrigeren Lohnquote zu „bezahlen". Denn ein hohes Beschäftigungsvolumen fördert das wirtschaftliche Wachstum in verschiedener Weise. Die List des Systems besteht darin, daß die höhere Gewinnquote und der höhere Beschäftigungsstand bei den üblichen Verhaltensweisen eine höhere Spar- und Investitionsquote und damit ein schnelleres Wachstum des Kapitalstocks nach sich ziehen. Die verstärkte Kapitalakkumulation macht die Arbeitskräfte knapper und verschafft ihnen die Chance, eine Knappheitsrente zu beziehen, wie sie in der Zeit der Kapitalarmut und des Arbeitskräfteüberflusses den Kapitalbesitzern zufloß. In diesem Fall — und nur in diesem — können die Reallöhne anhaltend stärker steigen als die Arbeitsproduktivität, ohne daß es auf Kosten des Beschäftigungsvolumens geht. Doch gibt es auch hier eine Gegenkraft: Zunehmende Arbeitskräfteknappheit verstärkt bei den Unternehmen den Anreiz, arbeitssparende Neuerungen einzuführen, durch die die Arbeitskräfteknappheit verringert wird. Indem die Unternehmen den technischen Fortschritt forcieren und die Forschung fördern, sorgen sie aber auch dafür, daß die Arbeitsproduktivität weiter steigt und das reale Wachstum nicht erlahmt. Bei den Arbeitskräften wiederum mindert oder beseitigt ein hohes Beschäftigungsniveau Widerstände, die der technische Fortschritt überhaupt und der arbeitssparende technische Fortschritt insbesondere erfahrungsgemäß weckt.

255. Soweit ein höherer Beschäftigungsstand eine höhere reale Lohnsumme, größere Produktivitätsfortschritte und eine höhere Verknappungsrente für die Arbeitnehmer mit sich bringt, bietet er vermehrte Chancen auch für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Indem die Arbeitnehmer durch vermehrtes Sparen ihrerseits zur Kapitalakkumulation beitragen, fördern sie selbst die Tendenz zum organischen Anstieg der Lohnquote. So läßt eine rationale wirtschaftspolitische Konzeption es zu, daß in einem marktwirtschaftlichen System auf mittlere und längere Sicht viele Interessengegensätze verschwinden, die in kurzfristiger Betrachtung unüberbrückbar erscheinen und erhebliche Spannungen im sozialen Gefüge verursachen können.

256. Wichtiger vielleicht als alle geschilderten ökonomischen Konsequenzen sind für die Entscheidung über den erstrebenswerten Beschäftigungsstand gesellschaftspolitische Erwägungen. Sie anzustellen ist zwar nicht unbedingt eine Aufgabe, die im Kern des gesetzlichen Auftrages an den Sachverständigenrat liegt, aber das Bild wäre verzeichnet, bliebe der eine oder andere außerökonomische Aspekt gänzlich unerwähnt. Eine Lohnpolitik, die sich so zurückhält, daß sie unter sonst gleichen Umständen einen höheren Beschäftigungsgrad ermöglicht, verschaffte der Arbeiterschaft nicht nur mehr wirtschaftliche Sicherheit (JG 64 Ziffer 251), sondern auch ein höheres Maß von Unabhängigkeit gegenüber allen, die auf ihre Dienste angewiesen sind. Man mag es auch Freiheit nennen, wenn Arbeitnehmer dank einer hohen Nachfrage am Arbeitsmarkt größere Möglichkeiten haben, den Arbeitsplatz zu wechseln und eine Beschäftigung zu finden, die ihren Neigungen oder Fähigkeiten besser entspricht, statt frühere Berufsentscheidungen, die sich als Fehlentscheidungen erwiesen haben, aus reiner Existenzangst für unwiderruflich zu halten. Die wachsende Wirtschaft, die ständig einen Wandel der Beschäftigungsstruktur erfordert, kann ihnen bei der Anpassung helfen — auch und vor allem durch einen hohen Beschäftigungsstand, bei dem genügend freie Arbeitsplätze zeigen, wo auf kurze und mittlere Sicht die Engpässe liegen. Zudem verlagert eine lohnpolitische Zurückhaltung, indem sie eine Übernachfrage am Arbeitsmarkt begünstigt, einen Teil der Anpassungskosten auf die Arbeitgeber, die bei Arbeitskräfteknappheit aus eigenem Interesse Mobilitätshilfen gewähren und um die Fortbildung der Arbeitskräfte stärker bemüht sind. Es läßt sich darüber streiten, ob eine aktive Arbeitsmarktpolitik am besten bei den Arbeitgebern, bei der organisierten Arbeiterschaft oder bei staatlichen Instanzen aufgehoben ist, aber bei hoher

Nachfrage nach Arbeitskräften, die durch lohnpolitische Zurückhaltung ermöglicht wird, bestehen Chancen dafür, daß die Arbeitgeber zusätzliche Aktivitäten entfalten, und zwar auch zur Förderung des Nachwuchses auf mittlere Sicht. Da sich dies in kurzer Frist nicht voll auswirken kann, ist eine Hochbeschäftigung, die nur wenige Jahre dauert, kein zuverlässiger Prüfstein; aber schon wenige Jahre einer gedrückten Beschäftigungslage können den Abbruch begonnener Versuche bewirken.

257. Erhalten die abhängigen Lohnarbeiter mehr Sicherheit und mehr Selbstbewußtsein in wirtschaftlichen Dingen, mehr Ansehen und mehr Würde in den gesellschaftlichen Beziehungen und mehr Hoffnungen und Hilfen im wachstumsbedingten Strukturwandel, so verstärkt sich auch ihre Zustimmung zu dem System, in dem wir leben. Das Schwinden der „industriellen Reservearmee" nach der Entdeckung der Vollbeschäftigungspolitik hat — zusammen mit der Kapitalakkumulation — in diesem Sinne fast den Charakter einer gesellschaftspolitischen Revolution, vor allem wenn man die Gegenwart mit der Zeit vor hundert Jahren vergleicht. Freilich schafft die Vollbeschäftigung und mit ihr die Emanzipation der Arbeiter auch neue Probleme für die Unternehmensführung, ja überhaupt für das Verhältnis der Menschen zur Arbeit. In unseren Ländern, aber vielleicht auch in Osteuropa, entsteht Bedarf an neuen Formen der Menschenführung, die sich wesentlich unterscheiden von traditionellen Vorbildern aus dem militärischen Bereich, die früher in der industriellen Arbeitswelt nachgeahmt wurden. Gewiß wird es nicht in allen Bereichen der menschlichen Zusammenarbeit, nicht in kurzer Zeit und nicht reibungslos gelingen, die alten hierarchischen Koordinationsformen durch andere, würdige und zugleich effektive Formen der horizontalen Koordination zu ersetzen. Aber es kann nicht am Menschen an sich liegen, wenn erste Versuche scheitern, da es an Gruppen-, Mannschafts- und Korpsgeist, zumindest im außerökonomischen Bereich, nicht fehlt und da selbst in der Wirtschaft, zumindest in den oberen Rängen, viele Entscheidungen in Gruppen getroffen werden und von Kooperation auch im positiven Sinne sehr viel die Rede ist. Doch wird man neue Formen nicht entwickeln oder nahahmen können, wenn man die Verhaltensmuster der guten alten Zeit als gegeben oder als vorzugswürdig ansieht. Ohne Bedarf an Team-Arbeit gibt es wenig Chancen für Team-Geist, und nur wenn mehr Freiheit geboten wird, können die Menschen es lernen, von ihr den rechten Gebrauch zu machen. Für das umwälzende Phänomen der Vollbeschäftigung gilt daher, weil es so viele Menschen betrifft, mehr vielleicht als für andere Probleme, das Prinzip des „learning by doing". Eine Arbeitslosenquote, die wesentlich über 0,8 vH liegt, mag zwar vorübergehend den Lernbedarf vermindern und konservativen Vorstellungen mehr entsprechen; sie mag auch die Zuwanderung von Gastarbeitern in Grenzen halten und insoweit den überkommenen Vorstellungen von der Überlegenheit geschlossener Gesellschaften entsprechen (obwohl die Industrialisierung unseres Landes immer mit internationalen Wanderungen verbunden war); aber mit dem Lernbedarf verringert sich auch die Lernfähigkeit, so daß die Gesellschaft den Test ihrer Reife, dem auch die sozialistischen Länder entgegengehen, auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt. Ob dies als überwiegend vorteilhaft angesehen wird, hängt nicht zuletzt wohl auch davon ab, welche Zeitspanne dem Urteilenden als relevant vorschwebt.

**Stabilität des Preisniveaus**

258. Die Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums spricht von Preisniveau-Stabilität, wenn der Preisindex für das Bruttosozialprodukt um nicht mehr als ein Prozent im Jahre steigt. Dieses Ziel soll bis zum Endjahr der Projektion — 1971 — erreicht sein; dabei wurde eine stetige Abnahme bis auf 1 vH je Jahr als Zielsetzung angenommen. Für 1968 allerdings rechnet auch die Zielprojektion noch einmal mit einem stärkeren Preisanstieg, der dem Übergang zur Mehrwertsteuer zuzurechnen sei. Für die Periode von 1966 bis 1971 weist die Projektion daher noch einen durchschnittlichen jährlichen Preisanstieg von 1,5 bis 1,6 vH für das Bruttosozialprodukt und von 1,5 vH für den Privaten Verbrauch aus.

259. In der Vergangenheit ist der Preisindex für den Privaten Verbrauch meist etwas langsamer gestiegen als der Preisindex für das Bruttosozialprodukt. Das gleiche gilt für den Preisindex für die Lebenshaltung, der mit dem Preisindex für den Privaten Verbrauch weitgehend parallel verläuft. Zwischen 1955 und 1966 hat der Sozialproduktindex einen jährlichen Preisanstieg von 3,2 vH gemessen, der Preisindex für den Privaten Verbrauch dagegen — ebenso wie der Lebenshaltungsindex — einen Preisanstieg von rund 2,5 vH. Abgesehen von Verschiedenheiten im Aufbau der Indizes beruhen die Differenzen auf zwei wichtigen Punkten:

- Anders als der Preisindex für das Bruttosozialprodukt enthalten die beiden Verbraucherpreisindizes die Preise von Importgütern.
- Anders als die beiden Verbraucherpreisindizes repräsentiert der Preisindex für das Bruttosozialprodukt auch die Kosten für staatliche Leistungen (Bezüge der Staatsbediensteten).

Da die Einfuhrpreise weniger gestiegen sind als die Binnenpreise und da die Staatsbediensteten mehrmals höhere Bezüge erhalten haben, zeigt der Sozialproduktindex einen stär-

keren Preisanstieg an als die Verbraucherindizes. Könnte man diese Verhältnisse in die Zukunft extrapolieren, bedeutete eine einprozentige Erhöhung des Preisniveaus für das Bruttosozialprodukt praktisch ein stabiles Verbraucherpreisniveau.

260. Für die nächsten vier Jahre weist die Zielprojektion allerdings einen gleichmäßigen Anstieg von Verbraucherpreisindex und Sozialproduktindex aus. Dafür werden mehrere Gründe genannt:

— Erstens geht die Projektion von einem Anstieg der Einfuhrpreise aus (+ 1,0 vH), der sich von dem projizierten Anstieg des Sozialproduktindex (+ 1,5 bis 1,6 vH) nur wenig unterscheidet.

— Zweitens ist für den öffentlichen Dienst ein Anstieg der Löhne und Gehälter vorgesehen, der geringer ist, als er in der Vergangenheit war.

— Drittens wird unterstellt, daß der Übergang zur Mehrwertsteuer eine Umbewertung der Produktion mit sich bringe, die den gemessenen Preisanstieg bei den Verbrauchsgütern höher und bei den Investitionsgütern niedriger erscheinen lasse als in der Vergangenheit. Wenn noch ein Preisanstieg von 1,5 vH gemessen werde, dann gehe er zum größten Teil auf diesen Indexfaktor zurück.

261. Ob der in der Zielprojektion genannte Anstieg der Verbraucherpreise zum überwiegenden Teil auf statistischen Meßschwierigkeiten beruht, kann man heute nicht beurteilen. Jedenfalls ist es noch nicht abzusehen, wie die Einführung der Mehrwertsteuer die Meßergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beeinflussen wird. Sollte die Projektion tatsächlich für einen „echten" Preisanstieg von etwa 1 vH Raum lassen, so wäre dies zwar wesentlich mehr Geldwertstabilität, als die Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit erreicht hat, es ist aber etwas weniger Geldwertstabilität als der Sachverständigenrat in seinem ersten Jahresgutachten als zielgemäß bezeichnete:

> „Im großen und ganzen sind wir bei der Untersuchung des Preisindex für die Lebenshaltung und seiner Berechnungsgrundlagen zu dem Ergebnis gekommen, daß man ihn ohne schwerwiegende Bedenken als konventionellen Maßstab für die Geldwertentwicklung in der Bundesrepublik akzeptieren kann. Gelänge es, diesen Preisindex für eine mittlere Verbrauchergruppe — bei einer Revision des Wägungsschemas im Abstand von etwa drei bis vier Jahren — auch nur annähernd konstant zu halten, könnte das im Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates niedergelegte Ziel der Stabilität des Preisniveaus als erreicht angesehen werden." (JG 64 Ziffer 149).

Ein stabiles oder leicht sinkendes Preisniveau ist in der Bundesrepublik seit 1954 nur noch während einer Reihe von Monaten im Aufschwungsjahr 1959 und im Rezessionsjahr 1967 erreicht worden. Das Ziel eines völlig stabilen Preisniveaus läßt sich offenbar bei hohem Beschäftigungsgrad nicht verwirklichen, sofern nicht besondere Anstrengungen unternommen werden.

262. Diese Erfahrung, die die Bundesrepublik ebenso machen mußte wie die meisten anderen Industrieländer, hat immer wieder die Forderung laut werden lassen, man solle das Ziel der Preisstabilität so definieren, daß es leichter erreichbar erscheint.

Der Sachverständigenrat kann sich dem nicht anschließen; der gesetzliche Auftrag gewährt ihm dafür keinen Spielraum. Aber selbst wenn er diesen Spielraum hätte, müßte er doch darauf hinweisen, daß bescheidenere Definitionen weniger dazu zwingen, die Schwierigkeiten in diesen Bereich durch wirtschaftspolitische Fortschritte zu überwinden. Solche Fortschritte sind freilich nicht ohne besondere Anstrengungen und nicht ohne Risiken erzielbar. Ob es sich lohnt, um der Geldwertstabilität willen einige überkommene Vorstellungen aufzugeben, ist eine Frage, die die Grundlagen unserer gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung berührt. Denn Geldwertstabilität steht in einer Gesellschaft, die der individuellen Freiheit und Verantwortlichkeit einen großen Spielraum lassen will — und zwar auch in der Zukunftsvorsorge — und in einer Rechtsordnung, in der das Prinzip der Nominalwertrechnung (Mark gleich Mark) integrierender Bestandteil ist, für Grundsätze und Werte wie Rechtssicherheit, Redlichkeit, Glaubwürdigkeit und Beständigkeit, also für das, was allgemein mit dem Begriff „Währung" erfaßt wird.

263. Sollte sich jedoch in Parlament und Öffentlichkeit eine Mehrheit für eine weniger strenge Definition herausbilden, müßte man sich über die Konsequenzen einer solchen Entscheidung Klarheit verschaffen. Um die Urteilsbildung zu erleichtern, diskutieren wir weitere mögliche Definitionen des Ziels der Stabilität des Preisniveaus, einschließlich derer, die nur „relative Preisstabilität" meinen :

— Konstanz eines Preisindex, der von Preisänderungen bereinigt ist, die auf Verbrauchsteuererhöhungen oder sonstige preiswirksame Maßnahmen des Staates zurückgehen (Agrarpreise, Altbaumieten usw.);

— Konstanz des Preisniveaus der Industrie- und Ernährungsgüter;

— Konstanz des Preisniveaus der Industriegüter;

— eine Entwicklung, bei der ein repräsentativer Querschnitt der Verbraucher mehrheitlich glaubt, daß Preisstabilität herrsche;

— eine Entwicklung, bei der die Preise möglichst vieler Güter, die im Bewußtsein der breiten Verbraucherschichten bedeutsam sind, konstant bleiben (Brotpreis, Zeitungspreis, Benzinpreis, Briefporto, Telefongebühren, Bierpreise, Preise für Personenwagen, Mieten usw.);

— ein Preisanstieg, der gerade noch unter dem der wichtigsten Partnerländer bleibt.

264. Die letzte dieser Definitionen würde nicht nur das Stabilitätsprogramm elegant lösen, sondern auch den Konflikt zwischen Geldwertstabilität und festen Wechselkursen bei anhaltendem Preisanstieg im Ausland; sie wäre „realistisch" in dem Sinne, daß sie nicht mehr verlangt als das, was sich bei festen Wechselskursen auf Grund des internationalen Preiszusammenhangs mittelfristig erwarten läßt.

265. Für die Definitionen der Preisniveau-Stabiltät, die sich an den jeweiligen Vorstellungen der Verbraucher orientieren, ließen sich manche Gründe vorbringen, sofern sich größere Unterschiede zu jenen Definitionen ergeben, die auf den Meßziffern der amtlichen Preisstatistik beruhen. Bei geringfügigen Unterschieden dürfte es besser sein, auf Definitionen zu vertrauen, die von vorübergehenden Stimmungen in der Bevölkerung unabhängig sind und auch einen umfassenden Warenkorb zur Grundlage haben. In der Tat scheinen sich die Geldwertvorstellungen der Bevölkerung nicht viel anders zu entwickeln als die amtlichen Preisindizes. Dies zeigt sich jedenfalls, wenn man die Ergebnisse demoskopischer Umfragen mit den Reihen der Preisstatistik vergleicht. Erstmals seit 1953 war 1967 rund die Hälfte der Befragten wieder der Meinung, daß die Kaufkraft der DM steigen oder gleichbleiben werde, nachdem in der Zwischenzeit stets eine deutliche Mehrheit um die Geldwertstabilität besorgt war.

266. Was die anderen Meßkonzepte anlangt, so hat der Sachverständigenrat dem ersten in seinem letzten Jahresgutachten (JG 66 Ziffern 303 ff.) Rechnung getragen. Wir wiesen darauf hin, daß — wenigstens für die Einkommenspolitik — nur jener Teil des Preisanstiegs relevant sein sollte, der nicht auf bestimmte staatliche Maßnahmen (Verbrauchsteuererhöhung, Mindestpreisregelung zugunsten bestimmter Anbietergruppen) zurückgeht. Als Bedingung nannten wir allerdings, daß die entscheidenden Instanzen ausdrücklich feststellen, daß es die Verbraucher sind, die die Last tragen sollen. Ein Index, der in dieser Weise bereinigt ist, läßt sich aber nicht leicht konstruieren. Schwierigkeiten entstehen bei den Preisen, die staatlich administriert und fixiert werden, weil es oft an Anhaltspunkten fehlt, wie sich diese Preise sonst entwickelt hätten.

267. Definiert man das Ziel der Geldwertstabilität als Konstanz des Preisniveaus der Industrie- und Ernährungsgüter, soweit diese auch dem Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde liegen, so wäre die gemessene Geldentwertungsrate in den Jahren 1962 bis 1966 um 0,2 bis 1,2 Prozentpunkte — im Durchschnitt dieser fünf Jahre um 0,6 Prozentpunkte — niedriger ausgewiesen worden, verglichen mit der Geldentwertungsrate, wie sie der Preisindex für die Lebenshaltung mißt.

268. Versteht man unter Geldwertstabilität eine Konstanz nur der Industriepreise, so war von 1962 bis 1966 der Geldwertschwund um 1,0 bis 1,6 Prozentpunkte — im Durchschnitt um 1,3 Prozenktpunkte — niedriger als der Geldwertschwund, der sich ergibt, wenn man den ganzen Warenkorb des Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde legt.

269. Könnte man in Zukunft die Agrar- und Industriepreise oder wenigstens die Industriepreise für sich genommen im Durchschnitt konstant halten, so liefe das, legt man die Verhältnisse der Jahre 1962 bis 1966 zugrunde, auf einen Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung von 0,6 bzw. 1,3 vH hinaus. Das wäre zwar schon ein großer Erfolg der Wirtschaftspolitik. Aber schon bei einem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung von mehr als einem ganzen Prozent je Jahr könnte man wohl auf die Dauer einigen Konsequenzen für die Rechtsordnung nicht ausweichen [1]). Von unmittelbarer Bedeutung wären die Folgen für die Lohnpolitik. Zu dem Produktivitätsmaß, das mit der Konstanz des Preisindex für die Lebenshaltung vereinbar ist, müßten von vornherein — von den in Ziffer 266 erwähnten Einschränkungen abgesehen — die genannten 0,6 bzw. 1,3 Prozentpunkte hinzugeschlagen werden. Wer sich infolgedessen von der Wahl des einen oder anderen Index einen Vorteil erhofft, erliegt einer Illusion, die auf einem partialanalytischen Irrtum beruht.

**Preisniveau und Beschäftigungsgrad**

270. Ein hoher Beschäftigungsgrad gefährdet nach einer verbreiteten Auffassung die Stabilität des Preisniveaus, da er den Anbietern und den Anbieterorganisationen so viel Marktmacht gegenüber den Nachfragern und Nachfrageorganisationen verleiht, daß sie ohne Schwierigkeit und mit geringem Risiko stabilitätswidrige Lohn- und Preisforderungen durchsetzen können. Empirisch erhärtet wird die These vom Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveau-Stabilität durch langfristige Untersuchungen der Verhältnisse in

[1]) Vgl. G. Jahr, Implikationen eines anhaltenden Geldwertschwundes in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland, im JG 66 Seite 199 ff.

Großbritannien („Phillips-Kurve"). In der Nachkriegszeit scheint sich auch in den USA ein ähnlicher Konflikt zu zeigen.

271. Für die Bundesrepublik ist ein systematischer Zusammenhang zwischen Beschäftigungsgrad und Veränderung des Preisniveaus nicht nachweisbar [1]). Allenfalls kann man sagen,

— daß die Preise in den sechziger Jahren, in denen — von 1967 abgesehen — die Arbeitslosigkeit unter 1 vH lag, im Durchschnitt stärker gestiegen sind als in den fünfziger Jahren, als es noch eine erhebliche Anzahl von Arbeitslosen gab, und

— daß mit dem Rückgang der Beschäftigung im Jahre 1967 auch der Preisanstieg deutlich nachgelassen hat.

Die Fakten schließen also nicht aus, daß zwischen Beschäftigungsgrad und Preisniveau auch bei uns ein Zusammenhang besteht; doch hat es den Anschein, daß dieser Zusammenhang von anderen, wie etwa dem internationalen Preiszusammenhang, dominiert wird.

272. In einer offenen Wirtschaft, die keine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt hat, ist auch nicht mehr zu erwarten. Der internationale Preiszusammenhang und der Zusammenhang der Arbeitsmärkte begrenzen den Bereich für die Veränderung des nationalen Lohn- und Preisniveaus:

a) Nach oben wird der preis- und lohnpolitische Spielraum durch die ausländische Konkurrenz begrenzt. Für Lohnerhöhungen ist auf die Dauer eine Grenze dadurch gesetzt, daß sie von einem bestimmten Punkt an die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und damit der inländischen Arbeitsplätze gefährden. Für eine unternehmerische Preispolitik, die sich über die Preise der ausländischen Konkurrenten hinwegsetzt, gilt dasselbe. Fehlt es an Einsicht in diese Zusammenhänge, so werden die Unternehmer und Arbeitnehmer mit Absatzmangel und Arbeitslosigkeit bestraft. Beschäftigungspolitische Gegenmaßnahmen können auf die Dauer nicht durchgehalten werden, da sie Zahlungsbilanzdefizite bewirken. Bei festem Wechselkurs muß die Konjunkturpolitik solange restriktiv bleiben, bis sich die Kosten und Preise wieder auf einem Niveau eingespielt haben, das mit dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht vereinbar ist.

Seit einigen Jahren wird der lohnpolitische Spielraum der Gewerkschaften in der Bundesrepublik auch dadurch eingeengt, daß bei hohem Stand der wirksamen Nachfrage nach Arbeitskräften Gastarbeiter zuwandern. Die Elastizität des Arbeitsangebots ist daher in der Bundesrepublik erheblich größer, als es ohne internationale Integration der Fall wäre.

b) Auch nach unten kann ein einzelnes Land nicht längere Zeit vom internationalen Preistrend abweichen. Eine Politik, die durch eine anhaltende interne Nachfragerestriktion die Löhne in Schach halten und dadurch mehr Preisniveau-Stabilität erreichen möchte, als im Ausland herrscht, erzeugt nur ein außerwirtschaftliches Überschuß-Ungleichgewicht. Früher oder später werden die Inlandserzeugnisse und die Vermögenswerte für das Ausland so preiswert, daß die interne Nachfragerestriktion ihre Wirkung verliert und ein exportinduzierter Aufschwung den Wiederanschluß an den internationalen Preis- und Konjunkturtrend bringt. Dieser Ablauf vollzieht sich nicht in weinigen Monaten, und er ist häufig auch nicht erkennbar, wenn man nur an Jahresabschnitte denkt. Mittelfristig aber läßt sich in der offenen Wirtschaft von heute das Preisniveau nicht viel niedriger halten als im Ausland. Sich dauerhafte Preisniveau-Stabilität zu erkaufen, indem man die wirksame Nachfrage beschränkt, ist daher in der offenen Wirtschaft ein Versuch mit untauglichen Mitteln, solange die Preisniveaus in wichtigen Ländern anhaltend steigen.

273. Die Frage, ob man für etwas mehr Geldwertstabilität etwas mehr Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen soll, stellt sich eigentlich nur

— für eine geschlossene Volkswirtschaft,

— für eine „économie dominante" mit relativ geringer Außenhandelsabhängigkeit, wie etwa für die Vereinigten Staaten,

— für eine ganze Gruppe von Ländern, bei denen die externen Handelsbeziehungen im Vergleich zu den internen eine untergeordnete Rolle spielen, sowie

— für eine offene Volkswirtschaft, die entweder flexible Wechselkurse hat oder wenigstens zu Wechselkursanpassungen bereit ist.

Wer in der Bundesrepublik um der Stabilität des Preisniveaus willen für einen niedrigen Beschäftigungsgrad plädiert, muß sich darüber klar sein, daß er unter den außenwirtschaftlichen Bedingungen, wie sie der Sachverständigenrat in jedem seiner Jahresgutachten feststellen mußte, auch eine außenwirtschaftliche Absicherung wollen muß, ob er sich nun für einen „gehärteten Devisenstandard", einen „garantierten Paritätsanstieg", eine „Bandbreitenerweiterung mit Paritätsanpassung nach „oben", volle Flexibilität der Wechselkurse oder für ein stufenartiges Aufwertungsverfahren entscheidet.

Als der Sachverständigenrat die Möglichkeit der außenwirtschaftlichen Absicherung einer

[1]) Der Nachweis wäre schon deshalb schwierig, weil der Beschäftigungsgrad viele Jahre ziemlich konstant war.

nationalen Stabilitätspolitik erörterte, war seine Konzeption jedoch nicht, Preisstabilität durch Beschäftigungsdrosselung zu erreichen.

274. Aus der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit unserer Wirtschaft ergibt sich, daß bei festen Wechselkursen die Lohnpolitik die Verantwortung für die Geldwertstabilität auf mittlere Sicht nicht tragen kann. Um so mehr lastet auf ihr aber die Verantwortung für den Beschäftigungsstand und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Der Lohnpolitik ist also die Frage gestellt,

— ob um vermeintlicher Vorteile willen die Lohnerhöhungsspielräume voll ausgenutzt und damit die inländischen Arbeitsplätze gefährdet werden sollen,

— oder ob Zurückhaltung geübt und damit den Arbeitskräften die Chancen und Vorteile, die die Vollbeschäftigung mit sich bringt, gesichert werden sollen (Ziffern 259 ff.).

Die zweite Strategie verdient vor der ersten auch deshalb den Vorzug, weil bei ihr Zahlungsbilanzdefizite vermieden werden.

275. Von der Lohnpolitik in der Bundesrepublik kann man wohl sagen, daß sie längerfristig gesehen die Vollbeschäftigung nicht gefährdet hat. Doch scheinen zwei Einschränkungen notwendig:

— In den Jahren 1961 und 1962 haben kräftige Lohnerhöhungen in Verbindung mit dem konjunkturellen Nachfragerückgang, der durch die Aufwertung verstärkt worden ist, eine spürbare Wachstumsverlangsamung im Jahre 1963 herbeigeführt, ohne jedoch offene Arbeitslosigkeit hervorzurufen.

— Nimmt man die Nachfragedämpfung durch die Bundesbank 1966 als gegeben, allerdings nur dann, so sind die Löhne 1966 stärker gestiegen, als es mit der Fortdauer eines hohen Beschäftigungsstandes im Jahre 1967 vereinbar gewesen wäre; dieses gilt unbeschadet der Wirkung, die diese forcierte Stabilisierung auf die Investions- und Verschuldungsbereitschaft gehabt hat.

Auch das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist durch die Lohnpolitik in der Bundesrepublik nicht gefährdet worden, ausgenommen vielleicht 1962, als im Zusammenhang mit der Aufwertung auch unter dem Einfluß der kräftigen Lohnsteigerungen die Leistungsbilanz ins Defizit geriet.

Um diese Einschränkungen zu würdigen, muß man zunächst bedenken, daß die Löhne dem allgemeinen Konjunkturverlauf stets mit einer gewissen Verzögerung folgen. Doch handelte es sich wohl in beiden Fällen um einen Lohnanstieg, der zu groß war, um nur die Verzögerung wettzumachen. Die Lohnquote, die sich dabei ergab, war — so kann man nachträglich sagen — nicht mit einem dauerhaften Gleichgewicht bei hohem Beschäftigungsgrad und angemessenem Investitionsvolumen vereinbar. Gesamtwirtschaftlich hat sich dies als überwiegend nachteilig erwiesen. Daß es so kam, ist — wie schon gezeigt — nicht allein dem Fehlverhalten einzelner Institutionen und Gruppen zurechenbar, sondern zum großen Teil dem Fehlen einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik aus einem Guß. Im letzten Zyklus wären die Nachteile wohl geringer gewesen, wäre die Lohnpolitik mit der Kredit- und Fiskalpolitik koordiniert worden. Die Kreditpolitik hätte nicht so lange restriktiv zu sein brauchen, und die Fiskalpolitik hätte früher auf Expansion umschalten können.

276. Die Erfahrungen von 1966 und 1967 lehren, welche Aufgabe der Lohnpolitik im Rahmen einer auf mehrere Jahre vorausschauenden Politik für Stabilität im Wachstum zufiele.
Ein hoher Beschäftigungsstand könnte im Anschluß an einen „Aufschwung nach Maß" vor größeren Gleichgewichtsstörungen bewahrt werden, wenn

— die Sozialpartner laufend über den künftigen Kurs der Fiskal-, Kredit- und Währungspolitik informiert werden und

— wenn die Instanzen der staatlichen Wirtschaftspolitik zusammen mit den Sozialpartnern Orientierungsdaten auch für die Lohnpolitik erarbeiteten, so daß bei den Tarifverhandlungen wenigstens innerhalb bestimmter Bandbreiten bekannt wäre, welche Lohnentwicklung dem Ziel des hohen Beschäftigungsstandes und des angemessenen Wachstums bei der Art von Geldwertstabilität, die angestrebt wird (Ziffer 263), am besten dient.

277. Damit ein hoher Beschäftigungsstand die Stabilität nicht gefährdet, muß dafür gesorgt werden, daß sich mit der Arbeitslosigkeit nicht auch die Elastizität des Arbeitskräfteangebots so stark verringert, daß expansionsfähige Unternehmen nicht die benötigten Arbeitskräfte gewinnen können. Fehlt es an der allgemeinen Arbeitskraftreserve, die eine größere Arbeitslosigkeit schafft, so muß die berufliche und räumliche Mobilität der Arbeitskräfte im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert werden. Zwar sorgt ein hoher Beschäftigungsgrad — wie oben dargelegt — schon von sich aus für eine größere Mobilität. Aber wenn man damit die Aufgabe, die Arbeitskräfte an die jeweils produktivsten Arbeitsplätze zu lenken, sie dafür auszubilden und ihnen die Umsiedlung zu erleichtern, nur den Arbeitgebern überläßt, so hat dies zwei Nachteile. Einmal besteht die Gefahr, daß die Ausbildung auf betriebs- oder gar arbeitsplatzspezifische Erfordernisse beschränkt wird; dabei wird kurzfristige Mobilität mit langfristiger Immobilität erkauft, ein Nachteil für die einzelnen Arbeitnehmer, aber auch für die

Gesamtwirtschaft. Zum anderen muß man befürchten, daß selbst eine starke Übernachfrage am Arbeitsmarkt nicht genügend mobilitätsfördernde Anstrengungen der Unternehmen hervorruft. Denn gerade bei hohem Beschäftigungsstand muß jedes Unternehmen damit rechnen, daß Investitionen für die Ausbildung der Arbeitskräfte dem eigenen Unternehmen allenfalls für begrenzte Zeit zugute kommen, danach unter Umständen in erster Linie den Konkurrenten oder anderen Unternehmen, die die Arbeitskräfte abwerben. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist daher vorwiegend eine Aufgabe, die im gesamtwirtschaftlichen Rahmen gelöst und überbetrieblich finanziert werden muß. Die im Entwurf eines Arbeitsförderungsgesetzes aufgezeigten Wege kommen den Erfordernissen, die sich für diesen Bereich aus der mittelfristigen Zielprojektion ergeben, weit entgegen. Dies gilt hier nicht für den preis- und beschäftigungspolitischen Zielkomplex, sondern auch für das Ziel eines angemessenen Wachstums.

**Angemessenes Wachstum**

278. Als angemessenes Wachstum wird in der mittelfristigen Zielprojektion für den Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1971 eine Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 4,0 vH je Jahr angesehen. In der öffentlichen Diskussion hierzu überwiegen bisher wohl die kritischen Stimmen. Im einzelnen wird eingewendet,

- daß Wachstum nicht zu einem wirtschaftspolitischen Ziel erhoben werden könne, weil es sich aus Millionen von Einzelentscheidungen ergebe,
- daß man die Zukunft grundsätzlich nicht vorhersehen könne und es daher vermessen sei, numerische Maßstäbe für die Entwicklung auf mittlere Sicht aufzustellen,
- daß numerisch fixierte Wachtumsziele den Grundsätzen der Marktwirtschaft zuwiderliefen und einen Zahlenzwang ausübten, der zu einer Zentralverwaltungswirtschaft hinführen müsse oder könne,
- daß es beim Wachstum nicht auf das Bruttosozialprodukt ankomme, sondern auf das Pro-Kopf-Einkommen oder das Produktionsergebnis je Beschäftigten oder das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde oder auf das Wachstum einer Größe, die außer den im Sozialprodukt erfaßten Gütern und Leistungen noch andere Werte (oder Unwerte) berücksichtige,
- daß eine Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 4 vH unrealistisch sei und Inflation bedeute.

Auch wenn die Einwände, so wie sie hier formuliert sind, sich überschneiden, teilweise widersprechen oder das Problem nicht richtig treffen, kann diese Aufstellung als Leitfaden für eine Erörterung der aktuellen Wachstumsfragen dienlich sein. Nicht berücksichtigt ist in dieser Aufstellung der Einwand, in einer marktwirtschaftlichen Ordnung bedürfe es bei einer Konjunkturpolitik, die einen hohen Beschäftigungsstand sichert, nicht zusätzlich des Wachstumsziels. Nach Auffassung des Sachverständigenrates ist Wachstumspolitik in erster Linie Angebotspolitik, das heißt ein System von Maßnahmen, das Sparen und Investieren fördert und eine Anpassung der Angebotsstruktur an den wachstumsbedingten Wandel der Nachfragestruktur erleichtert (Ziffern 334 ff.).

279. Obwohl der Sachverständigenrat auch den ersten drei Einwänden Verständnis entgegenbringt, kann er sich ihnen bei Würdigung aller Umstände nicht anschließen. Wachstum ist, um mit dem ersten Punkt zu beginnen, zwar auch, aber nicht nur, das Ergebnis vieler Individualentscheidungen. Denn ebenso wachstumswirksam wie das Leistungsstreben der Individuen und der Unternehmen ist das Gebaren der öffentlichen Körperschaften, und ebenso wie sich die privaten Haushalte bei der Einkommensverwendung mehr zugunsten des Verbrauchs oder zugunsten der Vermögensbildung entscheiden können, haben die öffentlichen Haushalte die Möglichkeit, mehr für konsumtive Zwecke oder mehr für Investitionen auszugeben. Abgesehen davon gibt es in unserer Marktwirtschaft Formen der kollektiven Zukunftsvorsorge (wie die Sozialversicherung), die mehr zugunsten von Kapitalakkumulation und Wachstum oder zugunsten der unmittelbaren Redistribution (Umlageprinzip) und damit zugunsten des Gegenwartskonsums gestaltet werden können. Auch ist das Leistungsstreben der Individuen selbst mindestens zum Teil ein Produkt von Erziehung und Umwelt und damit auch der Ordnung, in der sich der Wirtschaftsablauf vollzieht. Die marktwirtschaftliche Ordnung, wie wir sie heute vorfinden, ist teils gewachsen und teils gesetzt. Sie hat sich bei uns als leistungsfördernde Ordnung erwiesen, aber niemand wird behaupten wollen, sie lasse sich nicht mehr weiterentwickeln oder an veränderte Aufgaben anpassen.

280. Daß die nähere und erst recht die mittelfristige Zukunft nur schlecht vorhersehbar ist, worauf sich der zweite Einwand beruft, kann nicht bestritten werden. Vorhersehbar ist die Zukunft nur insoweit, wie das Gesetz der Trägheit wirkt und wie der Staat und die privaten Investoren sich bereits für die Zukunft festgelegt haben. Geringe Vorhersehbarkeit in diesem Sinne bedeutet aber einen entsprechend großen Spielraum für die Gestaltung der Zukunft. Zielprojektionen können diesen Spielraum eingrenzen, und zwar nach oben wie nach unten. Da ein möglichst geringes Wachstum als Ziel ausscheidet, bleibt nur die Frage,

welches die höchste Wachstumsrate ist, die sich unter den gegebenen Umständen und unter bestimmten Nebenbedingungen realisieren läßt.

Die Grenzen, innerhalb derer die Gesellschaft auch in einer freiheitlichen Ordnung frei ist, sich Ziele für ihr wirtschaftliches Wachstum — ohne Inflation — zu setzen, werden mittelfristig bestimmt durch

— die Größe und die Wachstumsrate der sachlichen Produktionskapazität und

— jene Entwicklung des Beschäftigungsvolumens, die der voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung auf der einen und dem Ziel des hohen Beschäftigungsstandes auf der anderen Seite angemessen ist.

Das Beschäftigungsziel ergibt zusammen mit der gesamtwirtschaftlichen Sparneigung, sei sie individuell oder kollektiv bestimmt, das erstrebenswerte Investitionsvolumen. Dabei sind Ausgaben für Erziehung, Ausbildung und Forschung, entgegen früheren Auffassungen, als Investitionen und damit auch als Ersparnisse anzusehen. Die Investitionen in den Menschen und die Sachkapital-Investitionen zusammen bestimmen in hohem Maße die Rate, mit der die Arbeitsproduktivität zunehmen kann, jedenfalls auf mittlere Sicht, also wenn eine konjunkturbedingte Bildung oder Auflösung von Arbeitskraftreserven nicht ins Gewicht fällt.

Während die Wachstumsrate des Sozialprodukts kurz- und mittelfristig größer sein kann als die Wachstumsrate des Produktionspotentials, wenn es im Anfangsjahr ungenutzte Kapazitäten und Arbeitskraftreserven gibt, wie es 1967 in der Bundesrepublik der Fall war, kann langfristig das Sozialprodukt nicht schneller wachsen als das Produktionspotential.

Für die Bundesrepublik ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Wachstumsrate des Produktionspotentials weniger durch die Wachstumsrate der Sachkapazität begrenzt wird, also durch das Investitionsvolumen und dessen Kapazitätseffekt, sondern in erster Linie durch die Entwicklung des Beschäftigtenvolumens und den möglichen Fortschritt der Arbeitsproduktivität. In diesem Falle, der für eine entwickelte Industriewirtschaft entscheidend ist, gewinnen arbeitssparende Neuerungen und Investitionen in geistiges Kapital eine zunehmende Bedeutung.

281. Numerisch fixierte Wachstumsziele, die angeben, wie eine Wirtschaft am besten aus einer Rezession heraus an das Hochbeschäftigungsniveau herangeführt und dann in einem Hochbeschäftigungsgleichgewicht am mittelfristigen Wachstumspfad stabilisiert werden kann, sind mit der marktwirtschaftlichen Ordnung — entgegen dem dritten Einwand — sehr wohl vereinbar. Sie bilden unter Umständen sogar eine notwendige Ergänzung des Marktmechanismus. Denn wie die konjunkturellen Ausschläge nach oben und unten zeigen, koordiniert die „unsichtbare Hand" des Marktmechanismus die einzelwirtschaftlichen Pläne nur unvollkommen, wenn es darum geht, ein Gleichgewicht auch im Zeitablauf zu erreichen oder zu erhalten.

— Wo sich im Bereich der Güterproduktion keine Terminmärkte herausgebildet haben, fehlt es dem Koordinationssystem des Marktmechanismus an zeitlicher Tiefe; Aufträge und Liefervereinbarungen für einen künftigen Zeitpunkt, die leicht stornierbar oder mit Preisänderungsklauseln versehen sind, bilden nur einen unvollständigen Ersatz. Der ungedeckte Bedarf an Plansicherheit findet seinen Ausdruck in der Tendenz zu größeren Unternehmenseinheiten mit größeren Vorteilen eines internen Risikoausgleichs (Konzentrationstendenz).

— Die gesamtwirtschaftliche Abstimmung der Spar- und Investitionspläne über den Kapitalmarkt ist unvollkommen, wenn es dem Kapitalmarkt an mittelfristigen Informationen fehlt. Eine Zielprojektion des wirtschaftlichen Wachstums, die glaubwürdig ist, kann helfen, diesen Informationsbedarf zu befriedigen und die Wachstumsvorstellungen vor optimistischen und pessimistischen Übertreibungen zu bewahren.

— Mittelfristige Zielprojektionen können auch helfen, die Entscheidungen der autonomen Tarifvertragsparteien am Arbeitsmarkt mit den gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten in Einklang zu bringen.

— Unentbehrlich sind mittelfristige Zielprojektionen für die Finanzplanung; dies zeigen die Jahre 1965 und 1966, in denen es — aus welchen Gründen auch immer — an Richtlinien gefehlt hat, die die Grenzen des Möglichen und Notwendigen über die unmittelbare Zukunft hinaus zahlenmäßig fixieren.

Märkte, auf denen längerfristige Dispositionen koordiniert werden (Entscheidungen mit spekulativem Einschlag), sollten stabilisierende Funktionen erfüllen. Aber sie neigen zu zyklischen Schwankungen, die sehr heftig sein können, wenn sie nur sehr unvollständig mit Zukunftsinformationen versorgt werden und viele Beteiligte daher bei Störungen vermuten, daß es sich um eine Änderung im Trend und nicht nur um eine temporäre Erscheinung handelt. Mittelfristige Zielprojektionen, denen die Beteiligten vertrauen, können bewirken, daß Abweichungen von dem Wege, der zu diesen Zielen führt, von den meisten als vorübergehend angesehen werden, so daß stabilisierende Selbstheilungskräfte das Übergewicht gewin-

nen. Eine Überkonjunktur wird dann zu einer guten Gelegenheit, geplante Verkäufe schnell vorzunehmen, oder zu einem Anreiz, Kaufentschlüsse ebenso wie Investitionen zu vertagen, bis die Verhältnisse sich normalisiert haben. Umgekehrt wird eine Rezession zu einer kurzfristigen Chance für preisgünstige Käufe und für Investitionen. Mochte es in der Phase der stürmischen Aufwärtsentwicklung der westdeutschen Wirtschaft nur eines vagen Optimismus bedurft haben, um bei rezessiven Tendenzen die stabilisierenden Kräfte zu aktivieren (oder eines durch Maßhalteappelle erzeugten Unbehagens, um konjunkturelle Übersteigerungen etwas zu dämpfen), so zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, daß bei verringertem Wachstumsspielraum ein größerer Stabilisierungsbedarf entsteht. Dieser muß mit konkreten Mitteln gedeckt werden, auch und vor allem, wenn Konjunkturpolitik hauptsächlich Erwartungsbeeinflussung sein soll. Mittelfristige Zielprojektionen dienen diesem Zweck, wenn die Gesellschaft in wirtschaftlichen Fragen so weit aufgeklärt ist, daß man hoffen darf, es werde sich in einer vorurteilsfreien Diskussion solcher Projektionen eine gemeinsame Auffassung über das herausbilden, was insgesamt möglich und erstrebenswert ist.

282. Der Einwand, von Zielprojektionen gehe ein Zahlenzwang aus, der mit der marktwirtschaftlichen Ordnung unvereinbar sei, gilt nicht für Projektionen, die einen erstrebenswerten Gleichgewichtspfad beschreiben, der in den Grenzen des Möglichen liegt. Während es durchaus Ziele gibt, die sich gegen den Markt richten und nur mit Zwang erreichbar sind oder mit Interventionen, die immer neue Interventionen erfordern, handelt es sich bei den hier angesprochenen Zielprojektionen um Versuche, Gleichgewichtspunkte zu markieren, zu denen ein Marktsystem mit mehr Transparenz und mehr Voraussicht von sich aus hinstreben würde, die es aber ohne Ersatz für Durchsicht und Voraussicht, wenn überhaupt, dann nur im zyklischen Auf und Ab und also mit unnötigen Reibungsverlusten erreicht. Zielprojektionen dieser Art machen Interventionen nicht erforderlich, sondern eher überflüssig, jedenfalls im Vergleich zu einer Konjunktur- und Haushaltspolitik der Improvisationen, mit denen immer wieder auch jene Fehlentwicklungen korrigiert werden müssen, die vermeidbar gewesen wären, hätte man sich früher über die Zukunft mehr Gedanken gemacht.

283. Der vierte Einwand geht mit Recht davon aus, daß die Bemessungsgrundlage des Wachstumsziels eine große gesellschaftspolitische Bedeutung hat, wenn für einen langen Zeitraum eine möglichst hohe Rate dieses Wachstums angestrebt werden soll. Jede der möglichen Bemessungsgrundlagen hat Vorteile und Nachteile.

284. Wer, ohne Nebenbedingungen festzulegen, für ein möglichst kräftiges Wachstum des realen Bruttosozialprodukts oder Bruttoinlandsprodukts eintritt, meint wohl in erster Linie die nationale Wirtschaftskraft, die Möglichkeiten zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben oder auch das politische Prestige des Landes. So definiert, liefert das Wachstumsziel Argumente gegen Arbeitszeitverkürzungen und für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Wenngleich Wachstum in diesem Sinne häufig allein aus nationalpolitischen Gründen gefordert wird, so könnten doch gerade wir die größeren Möglichkeiten, die ein kräftiges wirtschaftliches Wachstum mit sich bringt, nutzen, um unseren großen, auch humanitären Verpflichtungen in Europa und in der übrigen Welt gerecht zu werden.

285. Wählt man das Sozialprodukt je Einwohner als Bemessungsgrundlage, so rücken die mehr individualistischen Ziele des Wohlstandes und der Vermögensbildung in den Vordergrund. Zusätzliche ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen, ist auch in diesem Falle zielkonform, wenngleich hier die sozialen Kosten ihrer Beschäftigung größeres Gewicht erhalten als bei dem Ziel eines möglichst großen Inlandsprodukts.

286. Meint man mit angemessenem Wachstum ein möglichst kräftiges Steigen des Produktionsergebnisses je Beschäftigten (Arbeitsproduktivität), so kommt eine Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nur insoweit in Betracht, als diese leistungsfähiger sind als die Inländer oder durch ihre Anwesenheit und Teilnahme am Leistungswettbewerb zu größerer Leistung anspornen oder es den Inländern ermöglichen, ihre Leistungsfähigkeit besser auszuschöpfen. Ganz allgemein ergibt sich ein Konflikt mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, da ja das Produktionsergebnis je Beschäftigten steigt, wenn die weniger leistungsfähigen Arbeitskräfte und die weniger produktiven Arbeitsplätze aus dem Produktionsprozeß ausgegliedert werden und bleiben. Während eine solche Zieldefinition bei der Mehrheit der Bevölkerung kaum Zustimmung finden dürfte, mag sie doch den gemeinsamen Nenner bilden, für die Interessen der inländischen Produzenten, die sich im scharfen Wettbewerb mit ihren ausländischen Konkurrenten behaupten oder als überlegen erweisen möchten. Dies gilt um so mehr, wenn von der Arbeitslosigkeit der weniger leistungsfähigen Arbeitskräfte — ob zu Recht oder zu Unrecht — eine Dämpfung des Lohnanstiegs erwartet wird.

287. Wählt man den Zuwachs des Produktionsergebnisses je Stunde als Bemessungsgrundlage für das Wachstumsziel, so muß man wohl weitgehende Arbeitszeitverkürzungen gutheißen. Dies mag den landläufigen Vorstellungen von langfristigem Wachstum, dauerhaftem

Wohlstand und angemessener Vermögensbildung zuwiderlaufen. Außerdem ergibt sich die Frage, ob die scharfe Trennung zwischen der Muße auf der einen Seite und der Höchstleistung am Arbeitsplatz auf der anderen Seite den wahren menschlichen Bedürfnissen entspricht, oder ob es nicht im Gegensatz dazu auch angemessen ist, daß auf einen Teil der an sich möglichen Produktivitätssteigerung verzichtet wird, zugunsten von mehr Gelassenheit am Arbeitsplatz und einer dem Freiheitsbedürfnis des Menschen mehr entsprechenden Arbeitsatmosphäre.

288. Ausdrücklich werden solche gesellschaftspolitischen Fragen aufgeworfen, wenn sich Zweifel melden, ob das statistisch gemessene Produkt der Gesellschaft — worauf man es auch immer bezieht — eine angemessene Basis für das Wachstumsziel darstellt. Gewiß weiß jeder Fälle, in denen die Marktpreise, wie sie in die Berechnung des Sozialprodukts eingehen, weit abweichen vom sozialen Wert, den wir den Gütern und Leistungen beimessen. Und gewiß gibt es viele Beispiele dafür, daß Unwerte und Schäden, die die Industrialisierung mit sich bringt, bei der Sozialproduktberechnung nicht abgesetzt werden, und daß manche Leistungen und Fortschritte, die außerhalb des Marktes zur Geltung gebracht werden, überhaupt nicht in das Sozialprodukt Eingang finden. Doch kann der Sachverständigenrat hier keine besseren Lösungen aufzeigen. Jeder von uns hat sein eigenes Wertsystem in diesen Bereichen. Und selbst wenn wir uns auf ein gemeinsames System einigen könnten, so wäre es doch vermessen, diesem mehr Gewicht zu geben als dem gemeinsamen Wertsystem irgend einer anderen gleich großen Gruppe. Es ist deshalb nicht Resignation, wenn wir uns damit begnügen, diese Punkte einer kritischen Diskussion zu überlassen, und die Auffassung vertreten, daß der Wachstumsbegriff in den beiden erwähnten Bundesgesetzen, dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft und dem Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates, sich mit dem konventionellen Sprachgebrauch im Inland und im internationalen Rahmen deckt. Dieser bezieht „Wachstum" — in jeder Form — auf das gemessene Sozialprodukt, im Gegensatz zu Begriffen wie Fortschritt und Wohlfahrt, die weiten Raum für gesellschaftspolitische Wertungen lassen.

289. Welcher Wachstumsspielraum für die mittlere Periode als realistisch angesehen werden kann, ergibt sich — sieht man von einer am Anfang vorhandenen Unterbeschäftigung ab — aus der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Damit der Wachstumsspielraum auch genutzt wird, müssen sich alle gesamtwirtschaftlich wichtigen Entscheidungen am Produktionspotential und dessen Wachstum orientieren. Dies gilt für die Steuerung der privaten Investitionstätigkeit und für die Einkommenspolitik ebenso wie für die mittelfristige Finanzplanung.

290. Die Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums nennt eine reale Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 4 vH für die Jahre 1968 bis 1971. Für den mittelfristigen Zuwachs des Produktionspotentials wird dabei eine durchschnitliche jährliche Rate von 3,5 vH unterstellt. Da die Kapazitäten 1967 nicht voll ausgelastet sind, kann das Sozialprodukt in der Aufschwungsphase schneller zunehmen als das Produktionspotential. Die Zielprojektion veranschlagt für diesen Auslastungseffekt 2 vH oder, gleichmäßig über die Projektionsperiode verteilt, 0,5 vH je Jahr. Tatsächlich lag aber das Sozialprodukt nicht um 2 vH, sondern um mindestens 4 vH unter dem Produktionspotential, so daß also — wiederum gleichmäßig über die Projektionsperiode verteilt — nicht 0,5 vH, sondern 1 vH je Jahr dem Wachstum des Produktionspotentials zugeschlagen werden muß, wenn man zu einer Zielgröße für das Wachstum der Produktion kommen will.

291. Die Wachstumsrate von 4 vH ist vielfach als zu hoch bezeichnet worden. Es wurde angeführt, daß die westdeutsche Wirtschaft bereits einen Entwicklungsstand erreicht habe, auf dem die Wachstumsimpulse nachlassen und die realwirtschaftlichen Grenzen für eine weitere Expansion enger werden. Für diese pessimistische These wird vorgebracht,

- daß außenwirtschaftliche Nachfrageimpulse, die früher unserer Wirtschaft immer wieder neuen Schwung gaben (JG 64 Ziffern 33 ff.), in der gegenwärtigen Rezession nicht durchgeschlagen haben,
- daß die Wachstumsraten von Zyklus zu Zyklus abgenommen haben,
- daß das Arbeitsvolumen in den nächsten Jahren weiter schrumpfen wird,
- daß der Kapazitätseffekt des gesamtwirtschaftlichen Investitionsvolumens weiter zurückgehen wird, weil die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, die zwar sehr dringlich sind, aber die Produktionskapazität unmittelbar nicht im gleichen Maße erweitern wie Privatinvestitionen, im Vordringen begriffen sind, und
- daß sich die Investitionsquote kaum noch erhöhen läßt.

292. Soweit die Einwände gegen ein Wachstumsziel von 4 vH auf einem gefühlsmäßigen Wachstumspessimismus beruhen, dem die Rezession von 1967 noch Vorschub geleistet haben mag, sei darauf verwiesen, daß der Wachstumsspielraum der westdeutschen Wirtschaft noch vor jedem Aufschwung unterschätzt worden ist. Außerdem zeigt sich, daß andere hochentwickelte Industrieländer in den sechziger

Jahren Wachstumsraten erzielt haben oder (nach einer OECD-Projektion) erwarten dürfen, die meist über 4 vH liegen (Tabelle 25). Zwar sind die Wachstumsbedingungen in jedem Lande anders, aber nicht durchweg günstiger als in der Bundesrepublik. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel wird zwar der Wachstumsspielraum vom Arbeitskräftepotential her weniger begrenzt als in der Bundesrepublik. Andererseits befindet sich die amerikanische Wirtschaft auf einem Produktivitätsniveau, das mehr als doppelt so hoch ist wie das unsere und bei dem die Möglichkeiten, technische Neuerungen von anderswoher einzuführen, gering sind; dennoch erwartet man zwischen 1965 und 1970 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 4,5 v. H. Verglichen mit den Erfahrungen und Erwartungen in anderen Ländern ist also ein Wachstum von 4 vH keineswegs ein überspanntes Ziel.

Tabelle 25

**Wachstum des realen Bruttosozialprodukts in anderen Industrieländern**

Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH

| | 1960 bis 1965 | 1965 bis 1970 [1] |
|---|---|---|
| Belgien | +4,5 | +4,0 |
| Frankreich | +5,1 | +4,8 |
| Italien | +5,1 | +5,0 |
| Niederlande | +4,8 | +4,5 |
| Großbritannien | +3,3 | +4,1 |
| Schweden | +5,1 | +4,3 |
| Schweiz | +5,3 | +3,7 |
| Vereinigte Staaten | +4,5 | +4,5 |

[1]) Projektion der OECD. Die OECD-Projektion für die Bundesrepublik Deutschland deckt sich für die Periode 1965 bis 1970 mit dem Satz in der Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums (+3,5 vH).

293. Daß die außenwirtschaftlichen Nachfrageimpulse, die unsere Wirtschaft in der Vergangenheit immer wieder in die Expansion getrieben haben, 1967 nicht wirksam waren, ist wohl richtig. Aber die Auslandsnachfrage hätte auch 1966/67 eine Belebung gebracht, wäre die Binnennachfrage nicht gleichzeitig so stark zurückgegangen. Hat sich die interne Nachfragesituation erst einmal stabilisiert, und dämpft also die Binnenkonjunktur nicht mehr die Konjunktur der Nachbarländer, so werden auch die außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte wieder mehr zum Tragen kommen. Überdies bedarf es keines Nachfragesogs aus dem Ausland, wenn im Inland eine Expansionspolitik verfolgt wird, die sich am Produktionspotential orientiert.

294. Unsere Wachstumsraten sind im Trend gesunken, weil nach dem Kriege außergewöhnlich hohe Zuwachsraten erzielt werden konnten. Diese hohen Raten ließen sich natürlich nicht aufrechterhalten, nachdem die Vollbeschäftigung erreicht war und die Produktivität nicht mehr so leicht gesteigert werden konnte, wie dies damals durch die Beseitigung von kriegsbedingten Engpässen möglich war. Da der Übergang von den besonders günstigen Wachstumsbedingungen jener Jahre zu normalen Verhältnissen wohl vollzogen ist, darf der fallende Trend in den Wachstumsraten nicht extrapoliert werden. Aussagekräftig für die nächsten vier bis fünf Jahre sind allenfalls die Trends der Wachstumskomponenten seit 1960.

295. Die in der Zielprojektion genannte Wachstumsrate von 4 vH deckt sich etwa mit der durchschnittlichen Wachstumsrate des letzten Zyklus, wenn man diesen mit der Vierjahresperiode von 1963 bis 1966 abgrenzt. Es werden also die Wachstumsbedingungen eines Zeitraums extrapoliert,

— in dem die Investitionsquote, das heißt der Anteil der realen Bruttoanlageinvestitionen am realen Bruttosozialprodukt, im Trend [1]) noch von 25,1 vH (1963) auf 26,6 vH (1966) gestiegen ist,

— in dem in der Gesamtwirtschaft der Kapitaleinsatz je Produkteinheit (Kapitalkoeffizient) sich im Trend [1]) von 3,3 (1963) auf 3,5 (1966) erhöht hat und

— in dem das Arbeitsvolumen nur noch leicht (um 0,3 vH je Jahr) zugenommen hat.

Die weitere Entwicklung dieser Komponenten bestimmt den Wachstumsspielraum der kommenden Jahre.

296. Die folgenden Projektionen der künftigen Wachstumsbedingungen basieren auf dem Jahre 1966 und erstrecken sich auf das Jahrfünft von 1967 bis 1971. Es handelt sich um Potentialrechnungen; Veränderungen des Auslastungsgrades bleiben also vorläufig unberücksichtigt. Über die Entwicklung der einzelnen Wachstumskomponenten werden alternative Annahmen gesetzt:

Der gesamtwirtschaftliche Kapitalkoeffizient hatte 1966 den Trendwert von 3,5. Es wird angenommen,

— daß der Kapitalkoeffizient in Fortsetzung des Trends, der von 1960 bis 1966 dominiert hat, im Jahre 1971 den Wert von 3,9 erreicht (Alternative A) oder

— daß der Kapitalkoeffizient zwar weiter steigt, aber nur etwa halb so schnell wie von 1960 bis 1966, so daß er 1971 den Wert von 3,7 annimmt (Alternative B) oder

[1]) Werte einer linearen Trendfunktion für die Jahre 1960 bis 1966.

— daß der Kapitalkoeffizient bis 1971 auf dem Wert von 1966 bleibt (Alternative C).

Hinsichtlich der Investitionsquote wird unterstellt,

— daß sich der steigende Trend, der von 1960 bis 1966 zu beobachten war, bis 1971 fortsetzt, was für den Periodendurchschnitt eine Investitionsquote von 28,3 vH bedeuten würde (Alternative I) oder

— daß die (tatsächliche) Investitionsquote von 1966 (25,7 vH) auch im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1971 gilt (Alternative II) oder

— daß die sehr niedrige Investitionsquote von 1967 (23,3 vH) im Durchschnitt der Periode 1967 bis 1971 beibehalten wird (Alternative III).

297. Die Wachstumsraten des Produktionspotentials, die sich aus diesen Annahmen errechnen, zeigt Tabelle 26. Die Palette der möglichen Wachstumsraten reicht von 3,0 vH bis 7,2 vH. Es handelt sich dabei um einen oberen und einen unteren Extremwert. Da die Investitionsquote bei voll ausgelasteten Kapazitäten sicher wieder höher sein wird als im Rezessionsjahr 1967 und da vieles dafür spricht, daß der Kapitalkoeffizient weiter steigt, scheiden die Alternativen mit dem Kapitalkoeffizienten C und der Investitionsquote III aus.

Den Bereich des Wahrscheinlichen dürften die verbleibenden vier Alternativen eingrenzen. Eine Investitionsquote von 28,3 vH, wie sie den Alternativen I A und I B zugrunde liegt, läßt sich jedoch allenfalls erreichen, wenn man eine sehr forcierte Wachstumspolitik betreibt, die aber andere Ziele gefährden könnte. Auch dieser Fall bleibt deshalb hier außer Betracht. Durchaus erreichbar erscheint für die Jahre 1967 bis 1971 eine durchschnittliche Investitionsquote, die etwa der von 1966 entspricht. Das Produktionspotential könnte unter diesen Umständen mit einer Rate wachsen, die zwischen 3,7 vH und 4,9 vH liegt, je nachdem, ob der Kapitalkoeffizient den Aufwärtstrend der vergangenen Jahre beibehält oder ob er in Zukunft etwas langsamer steigen wird.

Tabelle 26

**Wachstumsraten des Produktionspotentials 1966 bis 1971 bei alternativen Annahmen über den Kapitalkoeffizienten [1]) und die Investitionsquote [2])**

| Investitionsquote | Kapitalkoeffizient | A | B | C |
|---|---|---|---|---|
| | | 3,9 | 3,7 | 3,5 |
| I | 28,28 | +4,4 | +5,7 | +7,2 |
| II | 25,72 | +3,7 | +4,9 | +6,4 |
| III | 23,33 | +3,0 | +4,3 | +5,7 |

[1]) Verhältnis von Bruttoanlagevermögen zu Bruttoinlandsprodukt, in Preisen von 1954.

[2]) Bruttoanlageinvestitionen in vH des Bruttosozialprodukts, in Preisen von 1954. Methodische Erläuterungen: Anhang VII.

298. Für die Möglichkeit, daß der Kapitalkoeffizient weiter so steigt wie bisher, spricht vor allem,

— daß die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, die erst auf längere Sicht ebenso produktiv sind wie die Unternehmensinvestitionen, einen größeren Anteil am Investitionsvolumen erlangen und

— daß die Unternehmer bei hohem Beschäftigtenstand wieder versuchen werden, dem Arbeitskräftemangel durch arbeitsparende Neuerungen zu begegnen.

299. Andererseits gibt es wichtige Gründe dafür, daß der Kapitalkoeffizient etwas langsamer steigen wird als bisher:

— Die Arbeitszeit geht in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach weniger zurück. Infolgedessen sinkt auch der Auslastungsgrad des sachlichen Produktionspotentials weniger als früher.

— Die Wohnungsbauinvestitionen, die einen relativ hohen Kapitalaufwand beanspruchen, verlieren gegenüber den anderen Investitionen an Gewicht.

Diesen beiden Tendenzen messen wir für die nächsten Jahre mehr Gewicht bei als dem Vordringen der Infrastrukturinvestitionen und dem arbeitsparenden technischen Fortschritt. Wir halten es deshalb für wahrscheinlich, daß der Kapitalkoeffizient nicht mehr so stark steigen wird wie in den letzten Jahren; für 1971 rechnen wir mit einem Wert von etwa 3,8. Dann kann man mit einer Wachstumsrate für das Produktionspotential rechnen, die etwas über 4 vH liegt. Der Vorsicht halber legen wir den weiteren Überlegungen eine Rate von 4 vH zugrunde. Dies ist unsere beste Setzung.

300. Soll das Sozialprodukt jährlich um 4 vH wachsen, so muß auf mittlere Sicht die Arbeitsproduktivität (auf Stundenbasis), hohen Beschäftigungsstand unterstellt, jährlich um 4,5 vH zunehmen. Das ergibt sich aus dem Umstand, daß das Arbeitsvolumen — verglichen mit dem Stand von 1966 — in den nächsten Jahren jeweils um etwa 0,5 vH zurückgehen wird. 1968 und 1969 kann das Arbeitsvolumen allerdings noch steigen, da in der Rezession von 1967 viele Arbeitskräfte entlassen wurden und viele Arbeitsstunden ausfielen. Doch ändern diese konjunkturellen Schwankungen nichts am mittelfristigen Trend.

301. Schon von 1960 bis 1966 ist das Arbeitsvolumen kaum noch gestiegen (0,3 vH jährlich). Die Anzahl der Arbeitnehmer hat zwar um 1,2 vH je Jahr zugenommen. Doch ist die Arbeitszeit im Periodendurchschnitt um 0,9 vH zurückgegangen. In den nächsten vier bis fünf Jahren rechnen wir nur noch mit einem durchschnittlichen Rückgang der Arbeitszeit um 0,5 vH, da große Bereiche bereits die 40-Stunden-Woche eingeführt haben und eine weitere Arbeitszeitverkürzung nicht zu den vorrangigen Zielen der Arbeitnehmerschaft zu gehören scheint. Die Anzahl der Arbeitnehmer nimmt jedoch nicht mehr zu, es sei denn, in den nächsten Jahren wanderten erheblich mehr ausländische Arbeitskräfte zu, als seit Herbst 1966 abgewandert sind. Es ist unterstellt, daß die in der Rezession abgewanderten ausländischen Arbeitskräfte (rund 300 000) wieder zurückkehren. Weiter nehmen wir an, daß bis 1971 noch jährlich dreißig- bis vierzigtausend Ausländer zusätzlich angeworben werden können. Trotzdem wird das Arbeitsvolumen in den nächsten Jahren leicht schrumpfen.

302. Wird die Investitionsquote erreicht, die wir in der Potentialrechnung unterstellt haben, so liegt ein mittelfristiger Produktivitätsanstieg von 4,5 vH, gemessen am Produktionsergebnis je Stunde, durchaus im Bereich des Möglichen. Von 1960 bis 1966 ist der Kapitaleinsatz je Arbeitsstunde (Kapitalintensität) um 6,5 vH je Jahr gestiegen. Diese Entwicklung ging mit einem jährlichen Zuwachs der Stundenproduktivität von 4,7 vH einher. Da bei der von uns für erreichbar gehaltenen Investitionsquote und der unterstellten Entwicklung des Arbeitsvolumens die Kapitalintensität bis 1971 ebenfalls um jährlich 6,5 vH zunehmen wird, dürfte auch in Zukunft das Produktionsergebnis je Stunde um 4,5 bis 5 vH steigen können. Der Vorsicht halber rechnen wir mit 4,5 vH.

303. Aus alledem folgt, daß eine Wachstumsrate des Produktionspotentials von etwa 4 vH ein realistisches Ziel ist. Der Sachverständigenrat ist in seinen Wachstumserwartungen etwas optimistischer als das Bundeswirtschaftsministerium, das von einer mittelfristigen Wachtumsrate von 3,5 vH ausgeht. Unser Optimismus ist aber nur begründet, wenn es sehr bald gelingt, die Investitionen wieder kräftig zu erhöhen (Ziffern 320 f.). Da der Auslastungsgrad des vorhandenen Produktionspotentials steigen kann, ist für ein oder zwei Jahre sogar ein über vier Prozent hinausgehendes Wachstum möglich.

**Außenwirtschaftliches Gleichgewicht**

304. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht wird in der Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministers von 1967 quantifiziert als Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland (Außenbeitrag) im Umfang von 1 vH des Bruttosozialprodukts. Dies entspreche den „voraussichtlichen finanziellen Verpflichtungen" der Bundesrepublik.

Berücksichtigt man, daß sich in internationalen Organisationen die Norm herausgebildet hat, die reichen Länder, zu denen die Bundesrepublik zählt, sollten ein Prozent ihres Sozialprodukts den armen Ländern als Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, so ist der vorgesehene „Außenbeitrag" sehr knapp bemessen. Die Bundesrepublik hat noch Verpflichtungen gegenüber Bürgern anderer Länder. Möglicherweise bedarf sie eines finanziellen Spielraums für die Entwicklung des Osthandels. Kapitalexport aus geschäftlichem Interesse — sei es wegen der Kapitalrendite, sei es zur Sicherung von Auslandsinvestitionen und von Exportmärkten — ist, soweit er den Kapitalimport übersteigt, demnach nur insoweit vorgesehen, als der Kapitalbedarf aus den vorgenannten Gründen unter ein Prozent des Sozialprodukts gedrückt wird. Einer der gewichtigsten Gründe für ein kräftiges Wachstum des Bruttosozialprodukts könnte für die Bundesrepublik darin liegen, daß es ihr, auch nach allem was geschehen ist, durchaus ansteht, dafür zu arbeiten, daß mehr als ein Prozent des Sozialprodukts der Entwicklung anderer Länder zugute kommt.

305. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht bedeutet andererseits aber auch, daß die Bundesrepublik nur in dem Maße Leistungsbilanzüberschüsse erzielt, wie das Ausland insgesamt aufzunehmen bereit ist: Exportüberschüsse, die nur als Konjunkturstütze dienen, mögen im Inlande beliebt sein und auch helfen, Fehler der Konjunkturpolitik auszubügeln; es mag auch den Vorstellungen traditioneller Zukunftsvorsorge entsprechen, wenn Devisenüberschüsse im Hinblick auf künftige Verpflichtungen angestrebt oder gerechtfertigt werden. Doch stören solche Abweichungen vom Zahlungsbilanzgleichgewicht die Entwicklung der arbeitsteiligen Weltwirtschaft, sehr im Gegensatz zu Maßnahmen, die solche Fehlentwicklungen vermeiden oder beseitigen sollen.

## III. Ziele und Mittel auf mittlere Sicht

306. Manche Mißverständnisse in der Diskussion über die dem Sachverständigenrat vorgegebenen Ziele beruhen auf Unklarheiten darüber, welche Mittel für welche Ziele notwendig oder am besten geeignet sind. Unterschiede zwischen den Auffassungen, wie sie in der Öffentlichkeit vorherrschen, und denen des Sachverständigenrates beruhen unter anderem darauf, daß die Frage nach der richtigen Zuordnung der Mittel zu den Zielen von uns nicht kurz-,

sondern mittelfristig gestellt wird und zudem für eine offene Wirtschaft, die nicht als „économie dominante" gelten kann. Bei den folgenden Erörterungen zu diesem Problem geht es um drei Thesen:

— Für jedes unabhängige Ziel muß mindestens ein Mittel bereitgestellt werden, das für kein anderes Ziel benötigt wird. Allenfalls vorübergehend, wenn zwei Ziele durch dieselbe Störung verletzt werden (konjunkturelles Ungleichgewicht), kann ein und dasselbe Mittel — beim Ausgleich dieser Störungen — zwei Zielen dienen, die sonst unabhängig voneinander sind.

— Dagegen lassen sich für ein und dasselbe Ziel durchaus zwei oder mehrere Mittel einsetzen; dies zu tun erweist sich sogar als vorteilhaft, wenn andernfalls ein Mittel so stark dosiert werden müßte, daß Widerstände oder unerwünschte Nebenwirkungen größeren Ausmaßes zu erwarten wären.

— Sollen mehrere Ziele gleichzeitig erreicht werden, wie es in den beiden einschlägigen Gesetzen vorgesehen ist, so müssen auch die entsprechenden Maßnahmen gleichzeitig erwogen und ergriffen werden; infolgedessen ist bei der Erörterung jeder einzelnen Maßnahme der Erfolg der anderen vorwegzunehmen: sie sind aufeinander abzustimmen. Dies steht im Gegensatz zu der herkömmlichen Diskussion und Praxis, in der man immer wieder dazu neigt, die Aufgaben nacheinander zu sehen und nicht nebeneinander, die einzelnen Maßnahmen für sich zu betrachten (ceteris paribus) und nicht in ihrer Interdependenz (mutatis mutandis) und Maßnahmenpakete, die als Ganzes präsentiert werden, ohne Rücksicht auf das Ganze aufzuschnüren.

307. Prüfstein dafür, daß jedes Ziel auf mittlere Sicht sein eigenes Mittel braucht, ist im Falle der Bundesrepublik die Geldwertstabilität.

— Kurzfristig können der Geldwertstabilität auch die Geld- und Fiskalpolitik dienen, obwohl sie in der offenen Wirtschaft und auf mittlere Sicht nur in der Lage sind, eine Überbeanspruchung oder eine Unterausnutzung des Produktionspotentials, die sich in Defiziten und Überschüssen der Zahlungsbilanz äußert, zu verhindern. Ein Beleg ist die Restriktionspolitik der Deutschen Bundesbank der Jahre 1965 und 1966. Geht man davon aus, daß sie in einer Zeit begann, in der das Preisniveau die Obergrenze dessen erreicht hatte, was der internationale Preistrend und der internationale Preiszusammenhang erlauben, und blickt man zurück von einem Zeitpunkt, in dem das nationale Preisniveau an der Untergrenze des internationalen Preiszusammenhangs liegt, so kann man wohl behaupten, daß die nationale Geldpolitik das Preisniveau trotz unveränderter Wechselkurse und eines ansteigenden internationalen Preistrends zu stabilisieren vermochte, wenn auch nur kurzfristig. Diese Stabilisierung gelang, weil die Nachfragedämpfung, die sie bewirkte, zunächst zahlungsbilanzkonform war und dann — mit der üblichen Verzögerung — in eine sich selbst nährende Rezession mündete.

— Auf mittlere Sicht ist die entstandene Situation instabil. Dies zeigen schon die Widersprüche, die in der wirtschaftspolitischen Diskussion gelegentlich aufgetaucht sind: Man kann nicht gut die erreichte Stabilität des Preisniveaus als Erfolg verbuchen und die eingetretene Rezession, mit der sie erkauft wurde, als schicksalhaft ansehen; man kann nicht gut diese Rezession als notwendigen Preis der Geldwertstabilität auffassen und die entstandenen außenwirtschaftlichen Überschüsse als Stütze für die Binnenkonjunktur willkommen heißen; man kann nicht gut diese außenwirtschaftschaftlichen Überschüsse als Beitrag zur Schaffung eines internationalen Stabilitätsblocks ausgeben und sich gleichzeitig von den Partnerländern, die diesen Stabilitätsexport als erzwungenen Rezessionsimport auffassen, zu einer expansiven Politik drängen lassen. Und was die Zukunft anlangt, so kann man nicht gut diese expansive Politik befürworten, ohne sich Sorgen über die Preisentwicklung zu machen — ausgenommen, man besäße ein Instrument, das simultan die Preisstabilität sichert, während eine expansive Geld- und Fiskalpolitik die Unterbeschäftigung und das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht wieder beseitigt.

Solange ein derartiges Instrument fehlt, bleibt das Problem,

— eine Expansionspolitik preis- und lohnpolitisch und

— eine Stabilitätspolitik außenwirtschaftlich abzusichern;

auf beides hat der Sachverständigenrat wiederholt hingewiesen (JG 66 Ziffern 288 ff., SG März 1967 Ziffern 12 ff.).

308. Es ist kritisch gefragt worden, wie ein solches Instrument wohl in den letzten ein bis zwei Jahren gewirkt hätte: „Wären wir vor einem Jahr den Vorschlägen zur außenwirtschaftlichen Absicherung gefolgt, das heißt hätten wir damals mit der vorgeschlagenen jährlichen DM-Aufwertung von 2½ bis 3 % begonnen, so wäre die nützliche Ausgleichs- und Auffangfunktion des Außenhandels für unsere Konjunktur sehr viel weniger, wenn überhaupt, wirksam geworden [1])." Einer nützlichen

Ausgleichs- und Auffangfunktion der außenwirtschaftlichen Überschüsse hätte es gar nicht bedurft, wenn die Bundesregierung Maßnahmen einer außenwirtschaftlichen Abstützung nach der Konzeption des Sachverständigenrates schon zu einer Zeit ergriffen hätte, als erst schwache Ansätze zu einer Rezession erkennbar waren. Denn die Last der Preisniveaustabilisierung hätte dank der Verbilligung der ausländischen Valuten um 2,5 vH je Jahr auf dem schärferen Preiswettbewerb von außen gelegen, nicht auf der Kreditpolitik. Diese hätte infolgedessen bei weitem nicht so restriktiv und vor allem nicht so lange restriktiv zu sein brauchen. Ihre Aufgabe hätte nur darin bestanden, das anfangs vorhandene Zahlungsbilanzdefizit zu beseitigen und die mit dem Paritätsanstieg einhergehende Passivierungstendenz im Bereich der Leistungsbilanz auszugleichen. Die Geldwertstabilität wäre dann nicht mit so hohen Produktionsausfällen erkauft worden; und auch, wenn die wechselkurspolitische Absicherung erst später eingeleitet worden wäre, nachdem die Rezession bereits fortgeschritten war, hätte man viel früher expansive Maßnahmen ohne stabilitätspolitische Bedenken ergreifen können (SG März 67 Ziffer 18). Vor allem wäre das deutsche Zinsniveau unter das des Auslandes gesunken (Ziffer 423). Soweit man das Ziel darin sah, die Tarifpartner nachhaltig zu einer stabilitätskonformen Lohnpolitik zu bewegen, hätte der mit dem Paritätsanstieg aktivierte Preiswettbewerb von außen auf die Dauer viel mehr geholfen als eine temporäre Gefährdung der Arbeitsplätze durch eine Rezession, die unnötig scharf war und die zu bekämpfen heute als Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik erscheint [2]).

[1]) O. Emminger in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, vom 27. Oktober 1967. — Der Sachverständigenrat hat seine Überlegungen zur außenwirtschaftlichen Absicherung mit Hilfe eines garantierten Paritätsanstiegs der Bundesregierung schon im August 1966 in einem Memorandum vorgetragen, also zu einer Zeit, als ein sich selbst verstärkender Prozeß der konjunkturellen Abschwächung noch nicht in Gang gekommen und wohl auch noch vermeidbar war. In diesem Memorandum hat der Sachverständigenrat einen garantierten Paritätsanstieg von jährlich 2 bis 3 vH zur Diskussion gestellt. Auch im Jahresgutachten vom November 1966 war nur beispielhaft eine Rate von 2,5 vH genannt (JG 66 Ziffer 268). Im Zusammenhang mit der Erörterung konjunkturpolitischer Erfordernisse für das Jahr 1967 ist davon gesprochen worden, es „könnte ... zweckmäßig sein, die zur Absicherung oder Abstützung einer Stabilitätspolitik nötige Wechselkursänderung zunächst nur auf etwa die Hälfte des internationalen Inflationstrends zu bemessen" (JG 66 Ziffer 295).

[2]) Außerdem hat der Sachverständigenrat schon im letzten Jahresgutachten den gleitenden Paritätsanstieg damit begründet, daß dieser „die Gefahr mindert, daß eine interne Stabilisierungsaktion durch den Exportzwang, den sie möglicherweise ausübt, unvorhergesehene Abwertungsmaßnahmen konkurrierender Welthandelsländer auslöst" (JG 66 Ziffer 272). Doch damals hielt man wechselkurspolitische Überlegungen, geschweige denn Maßnahmen „für nicht aktuell".

309. Dies macht deutlich, daß bei dem einen vorgeschlagenen Weg zur wechselkurspolitischen Absicherung, nämlich dem Paritätsanstieg, in der mittelfristigen Zuordnung von Zielen und Mitteln kein Gegensatz zu einem System starr fixierter Wechselkurse besteht:

— Das Preisniveau wird mittelfristig bestimmt durch den Trend der internationalen Preisentwicklung, allerdings mit dem Unterschied, daß der Geldwertschwund im Innern auf längere Sicht etwa um den jährlichen Aufwertungssatz geringer ist, als es sonst der Fall wäre.

— Die Geld- und Fiskalpolitik hat nur die Aufgabe, für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu sorgen und braucht deshalb nur zu leisten, was sie auch gegenwärtig auf die Dauer nur leisten kann.

— Die Tarifpartner sind für eine Lohnpolitik verantwortlich, die einen hohen Beschäftigungsstand ermöglicht und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Arbeitsplätze nicht gefährdet; indem sie Zurückhaltung üben, können sie gleichzeitig die Chancen für ein angemessenes Wachstum des Produktionspotentials vergrößern (Ziffer 254).

310. Anders kann die mittelfristige Zuordnung von Zielen und Mitteln sein, wenn eine nationale Stabilitätspolitik dadurch gegenüber Preissteigerungseinflüssen aus dem Ausland abgeschirmt werden soll, daß man die Wechselkursbandbreite (nach oben) erweitert und die Parität (nach oben) anpaßt, wenn die Wechselkursentwicklung dies erfordert. Diese Möglichkeit ist in einem Vorschlag enthalten, zu dem sich siebenundzwanzig Wirtschaftswissenschaftler aus zahlreichen Ländern im Frühjahr 1966 öffentlich bekannt haben [3]); der Sachverständigenrat hat ihn in seinem vorigen Jahresgutachten ebenfalls erörtert (JG 66 Ziffern 275 bis 279), allerdings ohne das Interesse der Kritik zu finden. In diesem elastischen System, das denen entgegenkommt, die Anpassungen nur nach Lage der Dinge vornehmen möchten, aber gleichwohl abrupte Aufwertungen nach dem Muster von 1961 ablehnen, ist folgende Zuordnung möglich:

— Die Verantwortung dafür, daß — auch bei einem Anstieg des Auslandspreisniveaus oder einem zu schwachen Rückgang der Ein- und Ausfuhrpreise (Ziffer 447) — die Geldwertstabilität aufrechterhalten wird, liegt bei den Tarifpartnern. Insoweit handelt es sich um einen Lohnstandard. Die Tarifpartner müssen sich den Grundsätzen einer stabilitätskonformen Lohnpolitik unterwerfen, was sie in diesem System auch ohne Nachteile können.

[3]) Darunter zwei jetzige Mitglieder des Sachverständigenrates und ein früheres Mitglied. Der volle Wortlaut des Vorschlages ist abgedruckt in Ordo XVII, 1966, S. 9—12.

— Die Zinspolitik wird — indem sie den Wechselkurs beeinflußt — zu einem wirksamen Instrument der Investitionssteuerung und ergänzt damit die Lohnpolitik zu einer Einkommenspolitik im weiteren Sinne. Auf diese Weise ist sie geeignet, die Konjunkturschwankungen wirksam zu glätten, so daß alternative Mittel der Investitionssteuerung sparsamer eingesetzt oder ganz entbehrt werden können.

— Der Fiskalpolitik fällt die Aufgabe zu, eine Übernachfrage zu verhindern, die sich in außerwirtschaftlichen Defiziten äußern würde; im übrigen kann sie sich ganz darauf konzentrieren, im Rahmen einer mittelfristigen orientierten Budgetgestaltung zu bestimmen, wieviel oder wie wenig Produktivkräfte dem Privatverbrauch oder den Privatinvestitionen entzogen werden sollen, auch zugunsten von Gemeinschaftsaufgaben, die auf mittlere Sicht ebenfalls den Wohlstand oder das Produktionspotential vergrößern.

311. Unklarheit über die Zuordnung von Zielen und Mitteln besteht dagegen im System von Bretton Woods. Hier sind Wechselkursänderungen nur vorgesehen, um fundamentale Ungleichgewichte der Zahlungsbilanz zu beseitigen, das heißt Ungleichgewichte, deren Korrektur mit anderen Mitteln unzumutbar erscheint. In erster Linie hat man dabei wohl an Zahlungsbilanzdefizite und an Währungsabwertungen gedacht. Für ein Land, das sich vom internationalen Preistrend lösen will, um Geldwertstabiltät im Innern zu verwirklichen, gibt es bei der in der Bundesrepublik herrschenden engen Auslegung und Anwendung der Statuten nur den einen Weg, mit den Mitteln der Kredit- und Fiskalpolitik ein fundamentales Überschuß-Ungleichgewicht zu erzeugen — möglicherweise verbunden mit einer Rezession — und dann zur Korrektur dieses Ungleichgewichts eine abrupte Währungsaufwertung vorzunehmen, sofern sich nicht schon vorher andere Länder zu einer Abwertung gezwungen sehen. Die Entscheidung, ob, wann und wieviel aufgewertet werden soll, kann wegen der Gefahr der Devisenspekulation nicht öffentlich diskutiert werden und so auch nicht Gegenstand von Beratungen zu einer konzertierten Aktion bilden. Dieses System hat betont autoritäre Züge, die nicht zu dem Bild einer aufgeklärten Gesellschaft passen; eine wirksame Abstimmung der staatlichen Politik und der Verhaltensweisen der autonomen Gruppen schließt es geradezu aus; jedenfalls solange Geldwertstabiltät für ein wichtiges Ziel gehalten wird. Wenn das System anderen Ländern keine solchen Schwierigkeiten bereitet, so liegt die Erklärung darin, daß sie keine absolute Geldwertstabilität anstreben, sondern schon zufrieden sind, wenn das Preisniveau im Inland nicht stärker steigt als im Ausland. In diesem Falle hört Geldwertstabilität auf, ein unabhängiges Ziel zu bilden; es fällt mit dem des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zusammen und verlangt dann nach keinem besonderen Instrument mehr.

## IV. Ein Rahmenpakt für Expansion und Stabilität

312. Schon vor der Abwertungswelle Mitte November 1967 war die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im nächsten Jahre sehr unsicher: Manche Gründe sprachen zwar dafür, daß die Erholung, die sich bislang abzeichnete, im Herbst 1968 in einen sich verstärkenden Beschleunigungsprozeß übergehen könnte; andere Gründe ließen hingegen vermuten, daß nach einem Zwischenhoch der wirtschaftlichen Aktivität erst noch eine Periode der Stagnation käme, ehe die Wirtschaft einen neuen kraftvollen Aufschwung nehmen könne.

Infolge der Pfund-Abwertung ist die künftige wirtschaftliche Entwicklung noch unsicherer geworden. Weniger als bisher wird man auf den Export als Konjunkturstütze vertrauen können. Werden die Unternehmen, die nach Großbritannien liefern und die auf dritten Märkten mit britischen Erzeugnissen konkurrieren, ihre Marktanteile behaupten können? Wird man nur einige Monate lang oder auch für dauernd Preiszugeständnisse im Auslandsgeschäft machen müssen? Werden Unternehmen in nennenswertem Umfang Investitionen vertagen, bis die Folgen der Pfund-Abwertung besser übersehbar sind? Wird ins Gewicht fallen, daß exportintensive Unternehmen und Unternehmen, die eine verschärfte britische Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt befürchten, möglicherweise beschleunigt Rationalisierungsinvestitionen vornehmen, um möglichst schnell ihre Wettbewerbsposition wieder zu verbessern?

Hinzu kommt, daß immer noch Ungewißheit darüber besteht, in welchem Maße der Übergang zur Mehrwertsteuer die Preisrelationen verändern wird und welche Unternehmen und Branchen im Endergebnis daraus Vor- oder Nachteile ziehen werden. Dem einzelnen Unternehmer drängt sich die Frage auf, ob sich seine Kosten insgesamt erhöhen oder vermindern werden und ob es ihm möglich sein wird, etwaige Kostensteigerungen in höheren Preisen weiterzugeben.

Hinsichtlich der Lohnkosten ist die künftige Entwicklung nicht minder ungewiß: Wie lange wird der Rezessionsschock die gewerkschaftlichen Lohnforderungen dämpfen? In welchem Umfang werden die Gewerkschaften einen Nachholanspruch geltend machen, wenn im Frühjahr 1968 viele Tarifverträge zum Neuabschluß anstehen? Wird es möglicherweise zu Arbeitskämpfen kommen, weil sich nach

der Pfund-Abwertung der Widerstand der Unternehmer gegen Lohnforderungen versteift?

Auf den Verbrauchern lastet die Ungewißheit über die künftige Entwicklung der Beschäftigung und der Realeinkommen. Dies könnte zwar den Sparwillen stärken, aber so sehr eine höhere Sparneigung mittelfristig wünschenswert ist, so wäre es doch in der gegenwärtigen Konjunkturlage gefährlich, wenn die Verbrauchsausgaben deshalb stagnierten oder gar zurückgingen. Sollte sich die Erwartung durchsetzen, daß die Mehrwertsteuer — auch wegen ihre Erhöhung Mitte 1968 — zu steigenden Verbraucherpreisen führen wird, ohne daß sich in Tarifverhandlungen zum Ausgleich höhere Löhne erzielen lassen, so dürfte sich die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und nach Eigentumswohnungen und Eigenheimen kaum kräftig beleben. Ohne eine solche Belebung ist es aber nicht unwahrscheinlich, daß die private Investitionsneigung in den Konsumgüterindustrien und im Baugewerbe so gering bleibt, daß es zu einem Aufschwung, der sich selber trägt, im Jahre 1968 noch nicht kommt.

313. Die Rezession hat gelehrt, daß der Trend — entgegen früheren Erfahrungen — keine gute Orientierungshilfe für zukunftsträchtige Entscheidungen der Unternehmer und Verbraucher ist. Die Pfund-Abwertung bestätigt, daß abrupte Wechselkursänderungen den Handel zwischen den Ländern mit einem zusätzlichen Risiko belasten und somit ein Element der Unsicherheit darstellen. Diese doppelte Unsicherheit ist eine Herausforderung an die staatliche Wirtschaftspolitik, Hilfen für die Orientierung der Unternehmer, der Verbraucher und der Gebietsköperschaften zur Verfügung zu stellen oder mit den Beteiligten zu erarbeiten. Sie müssen auf Expansion gerichtet sein und den Weg zu einem hohen Beschäftigungsstand weisen. Wenn sie für richtig gehalten und befolgt werden, können sie der Stabilität ebenso wie dem Wachstum dienen.

314. Da wir dem Gesetze zufolge darlegen sollen, wie man einen hohen Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wachstum bei stabilem Preisniveau gleichzeitig erreichen kann, müßten wir eigentlich von uns aus solche Leitlinien der Öffentlichkeit unterbreiten. Doch selbst wenn es uns gelänge, überzeugend nachzuweisen, daß es für alle Gruppen in unserer Gesellschaft mittelfristig vorteilhaft wäre, sich insgesamt an diese Leitlinien zu halten, brächten sie ausreichend Gewißheit über die Zukunft nur dann, wenn die Bundesregierung sie sich in Form eines Programms zu eigen machte und wenn dieses Programm durch eine multilaterale Übereinkunft mit den autonomen Gruppen abgestützt würde. Ein solcher multilateraler Pakt aber hat nur dann gute Chancen, wenn die Beteiligten ihre Interessen schon von Anfang an bei der Gestaltung des Leitbildes geltend machen und zum Ausgleich bringen können (multilaterales Interessenclearing). Der Sachverständigenrat hält es daher für angeraten, hier nur Grundlagen und Umrisse aufzuzeigen. Als Leitbild selbst könnten sich die folgenden Gedanken und Rechnungen bestenfalls dann eignen, wenn der Sachverständigenrat die wahren mittelfristigen Interessen der Beteiligten und der Gesamtheit zufällig richtig eingeschätzt hätte.

315. Das Leitbild und die Übereinkunft müßten sich wohl auf eine Periode von zwei Jahren beziehen, also auf die Jahre 1968 und 1969. Dies wäre ein Zeitraum, für den eine Konstanz der staatlichen Wirtschaftspolitik möglich erscheint und in dem es gelingen könnte, die Wirtschaft an den mittelfristigen Wachstumspfad heranzuführen und ein gleichgewichtiges Wachstum bei hohem Beschäftigungsgrad zu sichern.

Konstanz der staatlichen Wirtschaftspolitik bedeutet hier in erster Linie,

— daß das Haushaltsgebaren von Bund, Ländern und Gemeinden aufeinander abgestimmt ist und das Volumen der öffentlichen Ausgaben in seinem zeitlichen Verlauf ziemlich genau festliegt und

— daß die Unternehmer, Verbraucher und Steuerzahler das allgemeine Verhalten des Staates in ihren eigenen Dispositionen als Datum einsetzen können.

316. Ein Leitbild für Expansion und Stabilität in den Jahren 1968 und 1969 kann zur Grundlage haben,

— daß das vorhandene Produktionspotential gegenwärtig nicht optimal ausgenutzt ist und

— daß das Produktionspotential in den beiden Jahren weiter wachsen wird.

Vorstellungen über den erstrebenswerten Expansionspfad, die sich hieraus ergeben, stellt der Sachverständigenrat im folgenden zur Diskussion. Um die Fragen nach der Preisentwicklung auszuklammern, werden zunächst konstante Preise angenommen. Die Maßstäbe für die entsprechende Expansion der einzelnen Ausgabenkategorien (Leitlinien) gelten ohne Modifikation infolgedessen nur für den Fall, daß die Bundesregierung in der Lage wäre, absolute Geldwertstabiltät bis einschließlich 1969 glaubwürdig zu versprechen. Sollten Preissteigerungen die sich trotz der Währungsabwertungen vom November 1967 aus dem internationalen Preiszusammenhang oder aus anderen Gründen (Mehrwertsteuer) ergeben können, nicht für vermeidbar gehalten werden, so wären nach den Prinzipien der

Gleichzeitigkeit und der Gleichmäßigkeit[1]) überall dieselben Geldentwertungszuschläge von vornherein einzurechnen. Daß in diesem Punkte klare Entscheidungen nicht unterlassen werden können, ist eine der wichtigsten Eigenschaften eines widerspruchsfreien Leitbildes für die Globalsteuerung.

317. Wie groß der unausgenutzte Produktionsspielraum im Ausgangszeitpunkt ist, wie das Produktionspotential wächst und wie man sich den erstrebenswerten Expansionspfad denken kann, zeigt Schaubild 37.

[1]) Sollten in der Ausgangssituation oder später von irgend einer Seite Preissteigerungen ausgelöst werden, so entstehen, wenn diese nicht überall gleichmäßig durchschlagen, partielle Ungleichgewichte (Disproportionalitäten). Diese führen zu Überwälzungskämpfen. Wird die Fortwälzung zurückgestaut, so kommt es schließlich zu unzureichender Absorption; die reale Expansion bleibt hinter dem vorgezeichneten Pfad zurück.

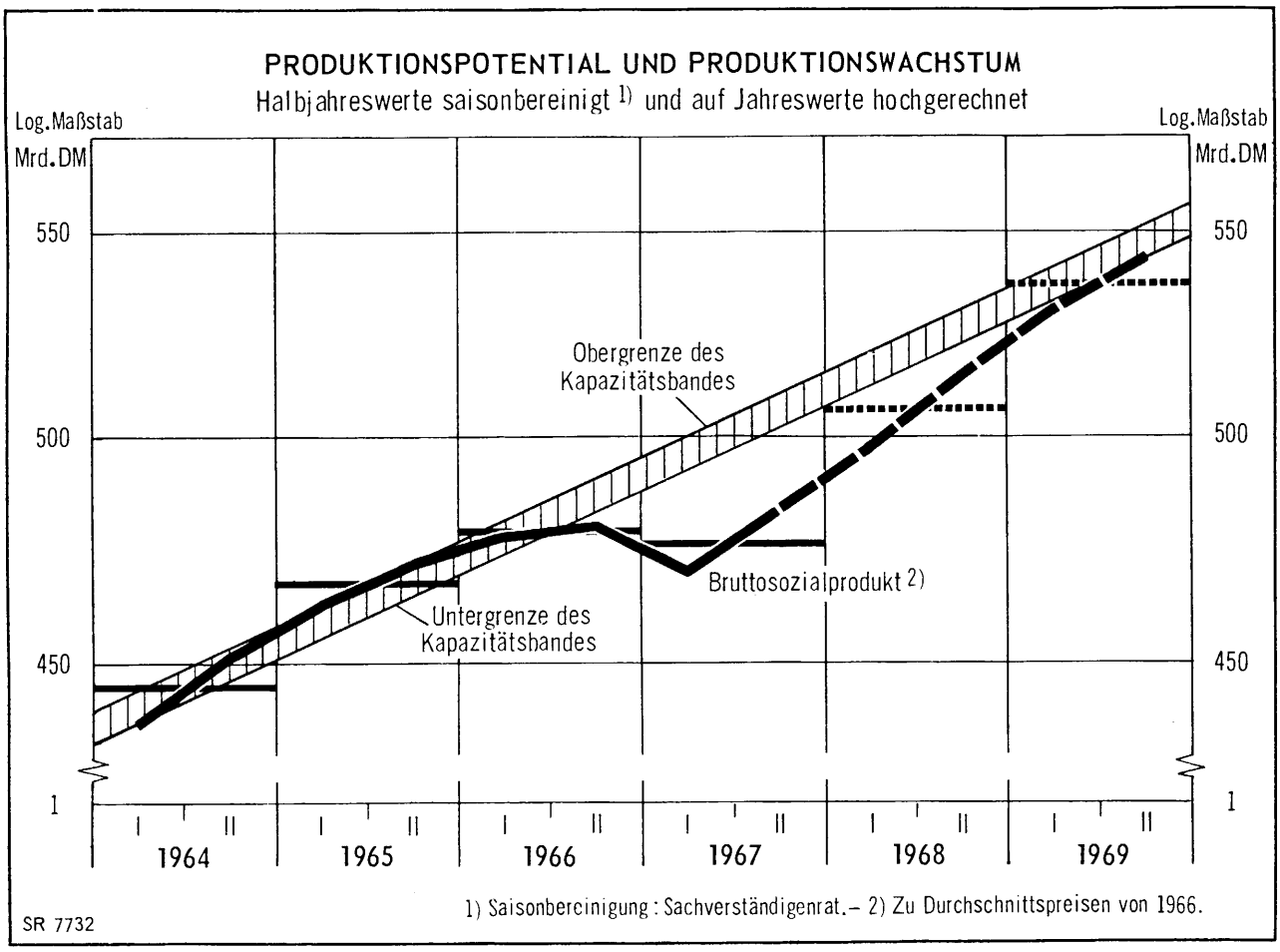
Diese Darstellung beruht auf folgenden Überlegungen:

— Das Produktionspotential unserer Wirtschaft ist bestimmt durch das Sozialprodukt des Jahres 1965 und durch investitionsbedingte Zuwachsraten von jährlich 4 vH während der Periode 1966 bis 1969; dieses Produktionspotential und seine Entwicklung werden durch die Obergrenze des Kapazitätsbandes dargestellt.

— Die optimale Kapazitätsauslastung ist möglicherweise etwas geringer als die von 1965. Um allen skeptischen Einwänden Rechnung zu tragen, unterstellen wir als Produktionsoptimum den Auslastungsgrad von 1966, obwohl das zweite Halbjahr 1966 in wichtigen Bereichen schon durch Produktionsrückgänge gekennzeichnet war. Diesem niedrigeren Auslastungsgrad entspricht die Untergrenze des Kapazitätsbandes.

— Je nachdem, ob man sich auf die Ober- oder Untergrenze des Kapazitätsbandes bezieht,

Schaubild 37



waren 1967 etwa 6 beziehungsweise 5 vH des vorhandenen Produktionspotentials nicht ausgenutzt. 1966 lag die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts mehr als 1,5 vH unter dem möglichen Expansionspfad; 1967 war das Sozialprodukt um 0,5 vH niedriger und das Produktionspotential 4 vH größer als 1966.

— Der erstrebenswerte Expansionspfad ist dadurch gekennzeichnet, daß es in der ersten Hälfte 1968 zu einem Aufschwung kommt, der in der zweiten Hälfte 1968 seine volle Kraft entfaltet und sich bis Ende 1969 so an das Kapazitätsband annähert, daß sich der Übergang zu Wachstumsraten von 4 vH im Jahre 1970 und danach allmählich vollzieht.

— Drückt man den Expansionspfad in Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts von Halbjahr zu Halbjahr aus, so ergeben sich — saisonbedingt — Steigerungsraten

vom zweiten Halbjahr 1967
zum ersten Halbjahr 1968: 3 vH,

vom ersten Halbjahr 1968
zum zweiten Halbjahr 1968: 3½ vH,

vom zweiten Halbjahr 1968
zum ersten Halbjahr 1969: 3 vH,

vom ersten Halbjahr 1969
zum zweiten Halbjahr 1969: 2½ vH.

Dem entspricht eine Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts von

6,4 vH im Jahre 1968 gegenüber 1967 und von

6,1 vH im Jahre 1969 gegenüber 1968.

318. Um von diesen Wachstumsraten zu den Leitlinien für die einzelnen Ausgabenkomponenten zu gelangen, muß die außenwirtschaftliche Absorptionslücke zusätzlich berücksichtigt werden. Diese belief sich 1967 auf etwa 10 Mrd. DM, wenn man außenwirtschaftliches Gleichgewicht mit einem Außenbeitrag von 1,5 vH des Bruttosozialprodukts gleichsetzt. Für die nächsten beiden Jahre gilt es nicht nur, eine neue Absorptionslücke dieser Art zu vermeiden; es ist auch dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die Länder, die sich im November 1967 zu Währungsabwertungen entschlossen haben, nicht nur Lücken in ihrer Zahlungsbilanz zu schließen, sondern darüber hinaus Überschüsse zu erzielen bestrebt sein werden, um ihre zu geringen internationalen Reserven wieder etwas aufzufüllen. Wenn die Bundesrepublik in der internationalen Zusammenarbeit den Anforderungen gerecht werden will, die an ein Gläubigerland gestellt werden („good-creditor-policy"), muß sie in der nächsten Zeit um so viel mehr „über ihre Verhältnisse leben", wie sie 1967 „unter ihren Verhältnisse gelebt" hat. Deshalb muß die wirksame interne Nachfrage entsprechend gesteigert werden.

319. Wächst das reale Bruttosozialprodukt wie angenommen und soll sich der Außenbeitrag verringern, so kann man davon ausgehen,

— daß die Sparneigung der Privaten steigt (der Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt sinkt),

— daß der Anteil des staatlichen Verbrauchs am Bruttosozialprodukt konstant bleibt,

— daß sich mit der zunehmenden Sparneigung die privaten und öffentlichen Investitionen stärker ausdehnen können und müssen als das Sozialprodukt und

— daß sich mit dem Rückgang des Außenbeitrags die Inlandsinvestitionen sogar noch stärker ausdehnen müssen als die Ersparnisse.

Wie sich — aufgrund dieser Überlegungen — die Gesamtnachfrage auf den privaten und den staatlichen Verbrauch sowie auf die privaten und die öffentlichen Investitionen aufteilen könnte, wird für das Aufschwungsjahr 1968 und für das Hochbeschäftigungsgleichgewicht im Jahre 1969 in Tabelle 27 dargestellt und mit den Quoten der Jahre 1965, 1966 und 1967 verglichen.

320. Für die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden böte dieser Rahmen Spielraum für eine Ausdehnung um je 10 vH in den Jahren 1968 und 1969. Der höhere Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt, der sich hieraus ergibt, kommt in erster Linie den öffentlichen Investitionen zugute. Sie können im Jahre 1968 um 30 vH und im Jahre 1969 um 25 vH steigen. Hierin findet seinen Niederschlag, daß sich das Interesse der Bürger und der Unternehmen mehr und mehr Bereichen zuwendet, die zur Infrastruktur zählen und für die herkömmlicherweise Bund, Länder und Gemeinden zuständig sind (Ausbildung, Erziehung, Forschung, Gesundheit, Verkehrswege, Wasserversorgung).

321. Wenn sich die Expansion im vorgezeichneten Rahmen vollziehen soll, müßten die privaten Investitionen (einschließlich Wohnungen) 1968 um 15 vH und 1969 nochmals um 8 vH ausgedehnt werden. Damit die Investitionen in diesem Maße zunehmen, wird man investitionsfördernde Maßnahmen in Betracht ziehen müssen. Da man diese nicht für den Eventualfall ankündigen kann, ohne damit die Investitionsneigung zu beeinträchtigen (negativer Ankündigungseffekt), müßten sie von vornherein in das Programm einbezogen werden; man kann ihre Rücknahme ankündigen für den Fall daß die Entwicklung über das Ziel hinausschießt.

Es wäre in diesem Zusammenhang erwägenswert,

— die Steuern, die das Mehrwertsteuergesetz auf die Investitionen vorsieht (Steuern auf den Selbstverbrauch) und die wegen der zeitlichen Degression ohnehin die Investi-

Tabelle 27

**Tatsächliche und projektierte Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten 1965 bis 1969**

in Preisen von 1966

| Nachfragekomponenten | Anteil am Bruttosozialprodukt in vH | | | | | Milliarden DM | | | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Tatsächliche Werte | | Schätzung | Projektion | | Schätzung | Projektion | | | |
| | 1965 | 1966 | 1967 | 1968 | 1969 | 1967 | 1968 | 1969 | 1968 | 1969 |
| Privater Verbrauch | *56,6* | *57,1* | *57,3* | *56,3* | *55,7* | 273,3 | 285,7 | 299,6 | + *4,5* | + *4,9* |
| Investitionen der Unternehmen | *21,8* | *21,3* | *18,9* | *20,4* | *20,9* | 90,3 | 103,7 | 112,2 | +*14,8* | + *8,2* |
| darunter: Wohnungen | *5,6* | *5,5* | *5,3* | *5,2* | *4,9* | 25,2 | 26,2 | 26,4 | + *4,0* | + *0,8* |
| Vorratsveränderung | +*1,6* | +*0,3* | −*0,4* | +*1,3* | +*0,9* | −2,1 | +6,5 | +5,0 | . | . |
| Ausgaben des Staates | *20,2* | *19,9* | *20,6* | *21,3* | *22,1* | 98,1 | 107,8 | 119,1 | + *9,9* | +*10,5* |
| davon: Staatsverbrauch | *16,0* | *15,8* | *16,3* | *16,0* | *16,0* | 77,7 | 81,2 | 86,0 | + *4,5* | + *5,9* |
| Investitionen | *4,2* | *4,1* | *4,3* | *5,3* | *6,1* | 20,4 | 26,6 | 33,1 | +*30,4* | +*24,4* |
| Außenbeitrag | −*0,2* | +*1,4* | +*3,6* | +*0,7* | +*0,4* | +17,1 | +3,5 | +2,2 | . | . |
| Bruttosozialprodukt | *100* | *100* | *100* | *100* | *100* | 476,7 | 507,2 | 538,1 | + *6,4* | + *6,1* |

tionstätigkeit in den nächsten Jahren hemmen könnten (Ziffer 477 f.), für eine begrenzte Zeit, etwa bis Mitte 1969, auszusetzen oder

— die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene dreiprozentige Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer vorerst nicht zu erheben oder

— steuerliche Investitionsprämien schon für 1968 zu gewähren (unter Abänderung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes)

oder

— die Sätze der Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1968 zu senken, wie es das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ermöglicht

oder

— die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung aufzuschieben und den Einnahmeausfall der Versicherungsträger im Bundeshaushalt durch Kreditaufnahme zu decken [1]).

322. Damit sich eine solche Expansionspolitik verantworten läßt und die angestrebten Erfolge erzielt werden, müssen sich die Tarif- und Effektivlöhne so entwickeln, daß

— die Gefahr einer Kosten-Preis-Spirale von der Lohnseite her ausgeschlossen ist und

[1]) Eine solche Maßnahme hätte den Vorteil, daß sie unbefristet eingeführt und jederzeit zurückgenommen werden könnte; mit ihr wäre es möglich, die Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte gezielt zu erhöhen. Ergriffe man diese Maßnahme, so verminderte sich der Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung; die deswegen notwendigen Abschläge bei der Ermittlung einer Basisleitlinie für die Tariflöhne könnten entsprechend geringer ausfallen (Ziffer 324).
Allerdings ist zu bedenken: Würde die Erhöhung für mehr als ein Jahr ausgesetzt, so ergäbe sich anschließend eine ruckartige Beitragserhöhung, da die Beitragssätze aus den bekannten Gründen in den kommenden Jahren heraufgesetzt werden müssen.

— die Verbrauchsausgaben nicht hinter jener Entwicklung zurückbleiben, die dem aufgezeigten Expansionspfad adäquat ist.

Umgekehrt wird eine Lohnentwicklung, die den privaten Verbrauch in dem gewünschten Maße anregt (4½ vH im Jahre 1968, 5 vH im Jahre 1969) und die die Kapazitätsauslastung und damit auch die Investitionsneigung in den Konsumgüterindustrien und im Baugewerbe steigen läßt, sich nur als marktgerecht erweisen, wenn gleichzeitig konjunkturfördernde Maßnahmen ergriffen werden und die Arbeitsproduktivität im Zuge der Expansion kräftig zunimmt.

Die Lohnleitlinie, die es hier zu finden gilt, ergibt sich somit als Synthese aus der „Kostentheorie des Lohnes", die vorwiegend von Unternehmern vertreten wird, und der „Kaufkrafttheorie des Lohnes", die mit gewerkschaftlichen Vorstellungen übereinstimmt. Finden sich die Tarifpartner nicht auf dieser Linie und gewinnt der Aufschwung deshalb nicht genügend Kraft, so werden sowohl Löhne als auch Gewinne niedriger sein, als sie sein könnten.

323. Für die Ermittlung einer Lohnleitlinie sind folgende Überlegungen wichtig: Wir schätzen, daß die Produktivität, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Stunde, bei konstanter Kapazitätsauslastung je Jahr um 4,5 vH steigen wird (Ziffer 300). Außerdem kann damit gerechnet werden, daß also Folge besserer Auslastung der beschäftigten Arbeitskräfte und der Sachkapazitäten die Produktivität im Durchschnitt des Jahres 1968 um weitere 1,5 vH höher wäre als 1967. Dies läuft darauf hinaus, daß im Jahresdurchschnitt 1968 das Produktivitätsniveau um 6 vH höher wäre als 1967. Für 1969 — gegenüber 1968 — kann mit diesem Sonderfaktor nicht mehr gerechnet werden, so daß das Produktivitätsniveau im Jahre 1969 um 4,5 vH höher wäre als das des Jahres 1968. Damit wäre das Produktivitätsniveau im Jahre 1969 um 10,8 vH [1]) höher als 1967. Diesen Satz legen wird der folgenden Rechnung zugrunde, die den Gang der Überlegung verdeutlichen soll.

324. Außer von der Fortschrittsrate der Arbeitsproduktivität wird die marktgerechte Entwicklung der Reallöhne durch eine Reihe weiterer Faktoren bestimmt. Zu berücksichtigen wären zunächst:

— der Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung [2]), 1968 und 1969 vor allem bestimmt durch die vorgesehene Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und durch Einbeziehung weiterer Beschäftigter in die Rentenversicherungspflicht .... (−1,0 vH)

— der Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur, 1968 vor allem dadurch bestimmt, daß der Anteil der Lehrlinge an der Gesamtzahl der Beschäftigten zunimmt [3]) ..... (+ . vH)

— ein trendbedingter Anstieg der Kapitalkosten je Produkteinheit [4]) (JG 66 Ziffern 309 ff.) .... (− . vH)

— der Terms-of-Trade-Effekt, 1968 vor allem bestimmt durch die Währungsabwertungen im November 1967 ..... (+0,5 vH)

Um den Saldo dieser Posten unterscheidet sich der Spielraum für die mögliche Steigerung der realen Effektivlöhne vom Produktivitätsfortschritt. Zusätzlich wäre ein Abschlag für die Sicherung des hohen Beschäftigungsstandes (Ziffern 251 ff.) zu berücksichtigen; aber dieser ist wohl größtenteils dadurch vorweggenommen, daß 1967 (vor allem im zweiten Halbjahr) die Reallöhne weniger stark gestiegen

[1]) 1,06 · 1,045 = 1,1077.

[2]) Siehe aber Ziffer 321.

[3]) Der Einkommenserhöhungsspielraum, den der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt schafft, verkleinert sich unter anderem dann, wenn sich die Beschäftigtenstruktur in Richtung auf eine stärkere Besetzung der höheren Leistungsklassen verändert — und umgekehrt (JG 65 Ziffer 222). Für 1968/69 kann aus zwei Gründen damit gerechnet werden, daß die unteren Leistungsklassen einen höheren Anteil an der Gesamtbeschäftigung haben werden als 1967. Zum einen haben sich durch die Kurzschuljahre und die Einführung des neunten Schuljahres die Entlassungstermine so verschoben, daß 1968 etwa 130 000 mehr junge Menschen in das Erwerbsleben eintreten als 1967. Da die Lehrlingsvergütung erheblich unter dem Durchschnittsverdienst der Arbeitnehmer liegt, bedeutet dies, daß die Summe der Löhne und Gehälter um etwa 0,1 vH weniger steigen wird, als wenn 130 000 Vollarbeitskräfte neu eingestellt würden. Zum anderen sind in der Rezession überwiegend solche Arbeitnehmer aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden, deren Einkommen unter dem Durchschnittseinkommen lag. Dies hat tendenziell dahin geführt, daß sich der Durchschnittsverdienst der Beschäftigten leicht erhöhte. Umgekehrt kann damit gerechnet werden, daß im Aufschwung diese unterdurchschnittlich entlohnten Arbeitskräfte wieder eingestellt werden und daß sich daher die Summe der Löhne und Gehälter weniger stark erhöht, als es sonst der Fall wäre. Wie groß dieser Lohnsummeneffekt ist, läßt sich derzeit noch nicht abschätzen, da das einkommenstatistische Bild für 1967, in dem sich der Gegenprozeß abzeichnen müßte, noch lückenhaft ist. Deshalb können wir auch den gesamten Lohnsummeneffekt des Strukturwandels für 1968/69 nicht schätzen.

[4]) In der Vergangenheit ist der Kapitalkoeffizient trendmäßig gestiegen; wir erwarten, daß dieser Trend — etwas abgeschwächt — anhält, wenn, wie hier angenommen, die Investitionen weiter stark zunehmen. Es ist vorläufig schwer abzuschätzen, inwieweit der Anstieg der Kapitalkosten je Produkteinheit, der daraus entsteht, bisher durch ein Sinken des (realen) Kapitalzinses ausgeglichen worden ist oder künftig ausgeglichen werden kann. Wir haben angenommen, daß ein verbleibender Anstieg der Kapitalkosten etwa dem entspricht, was der Markt den Arbeitskräften wegen zunehmender Knappheit zuteilt.

sind als die Arbeitsproduktivität. Diese Überlegungen erlauben den Schluß, daß die realen Effektivlöhne in beiden Jahren so steigen könnten, daß ihr Niveau 1969 um rund 10 vH über dem des Jahres 1967 liegt.

325. Außer acht geblieben sind hierbei die Probleme, die sich aus dem Übergang zur Mehrwertsteuer ergeben [1]). Wer in der Nichtentlastung der Altinvestitionen und in der Sonderbelastung der Neuinvestitionen in vollem Umfang Kostenbestandteile sieht, die auch in den Löhnen aufzufangen sind, müßte vom verteilbaren Produktivitätsfortschritt der Zwei-Jahres-Periode noch einmal etwa 0,8 vH abziehen. Es gibt auf der anderen Seite auch gute Gründe dafür, aus den Kostenwirkungen der Umsatzsteuerreform keine einkommenspolitischen Konsequenzen zu ziehen. Sollte man, damit der Aufschwung im erstrebten Umfang überhaupt in Gang kommt, die Investitionsteuer für eine bestimmte Zeit aussetzen (Ziffer 478), so würde der Spielraum für Reallohnerhöhungen weniger geschmälert werden; doch verfehlte eine derartige Maßnahme ihren Hauptzweck, die Investitionstätigkeit anzuregen, wenn sie unmittelbar in höheren Löhnen weitergegeben würde [2]).

326. Auch die Mehrwertsteuererhöhung Mitte 1968, müßte, soll das Preisniveau konstant bleiben, in den Nominaleinkommen aufgefangen werden. Da nur die Verbrauchsgüter der Mehrwertsteuer unterliegen, da ein Teil davon mit dem halben Satz belastet wird und da die Mehrwertsteuererhöhung nur für drei Viertel der Zwei-Jahres-Periode gilt, brauchten allenfalls 0,6 vH vom Produktivitätsfortschritt abgezogen zu werden.

327. Für die weitere Rechnung wird unterstellt, daß 1969 das Reallohnniveau um etwa 9,5 vH (10 − 0,6 = 9,4 vH) über dem von 1967 liegt. Die Tariflohnsätze könnten also, kostenwirksame Nebenleistungen eingerechnet, um einen Betrag heraufgesetzt werden, der eine Erhöhung der Reallöhne um 9,5 vH in 2 Jahren bewirkt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei der unterstellten Expansion mit einer Lohndrift zu rechnen ist; wir haben dafür — die beiden Jahre zusammengenommen — nach den Erfahrungen vergangener Jahre (JG 66 Ziffern 322 ff.) 1 vH veranschlagt. Dies ergibt eine Basisleitlinie von 8,5 vH für die Zwei-Jahres-Periode 1968/69.

328. Wenn es richtig ist, daß die Arbeitgeber und Investoren ebenso wie die Arbeitnehmer und Verbraucher mehr Sicherheit hinsichtlich der künftigen Lohnentwicklung brauchen, und wenn zu befürchten ist, daß ohne dieses Mehr an Sicherheit ein Aufschwung in der erwünschten Stärke nicht zustande kommt, so ist es ratsam, Tarifverträge abzuschließen, die sich von vornherein auf die ganze Zwei-Jahres-Periode erstrecken. Allerdings könnten die Arbeitgeber Tariflohnerhöhungen von 8,5 vH nicht auf einmal und im voraus gewähren. Günstig wäre es, wenn die Lohnentwicklung mit dem Produktivitätsfortschritt ungefähr parallel liefe. Demnach müßten die Löhne in kurzen Abständen stufenweise erhöht werden. Doch hieße es wohl die Lohnrechnung in den Betrieben überfordern, sollten die Stufen kürzer als ein Vierteljahr sein. Der Praxis käme man entgegen, wenn für 1968/69 nur eine Stufenerhöhung, allenfalls zwei Stufenerhöhungen, vereinbart würden. In Schaubild 38 haben wir eine von vielen Möglichkeiten aufgezeichnet, wie man durch Stufenlohnerhöhungen den für die Zwei-Jahres-Periode 1968/69 erwarteten Lohnerhöhungsspielraum ausschöpfen könnte [3]).

329. Damit die Tarifpartner in der Praxis genügend Spielraum erhalten, ohne daß dadurch das Reallohnniveau stärker steigt, als die Leitlinie vorsieht, müßte wohl im Rahmen der konzertierten Aktion die Vorstellung einer Bandbreite nach oben und unten entwickelt werden. Eigentlich müßten die einzelnen Tarifverträge aufeinander abgestimmt werden. Auf jeden Fall ist zu beachten, daß die obigen Sätze auf die einzelnen Tarifverträge unmittelbar nur angewendet werden dürfen, wenn in den betreffenden Bereichen aller Voraussicht nach weder Arbeitskräfte freigesetzt werden müssen noch ein zusätzlicher Bedarf besteht, der nur durch Abzug von Arbeitskräften aus anderen Bereichen des Arbeitsmarktes gedeckt werden kann. Anders verhält es sich, wenn mit Freisetzungen und Engpässen zu rechnen ist. Bei einer Tendenz zu Freisetzungen werden sich nur unterdurchschnittliche Lohnerhöhungen durchsetzen lassen, bei Engpässen werden sich überdurchschnittliche Lohnsatzsteigerungen als marktkonform erweisen. Wie groß die Bandbreite für diese Fälle sein müßte, können nur sorgfältige Strukturüberlegungen zeigen.

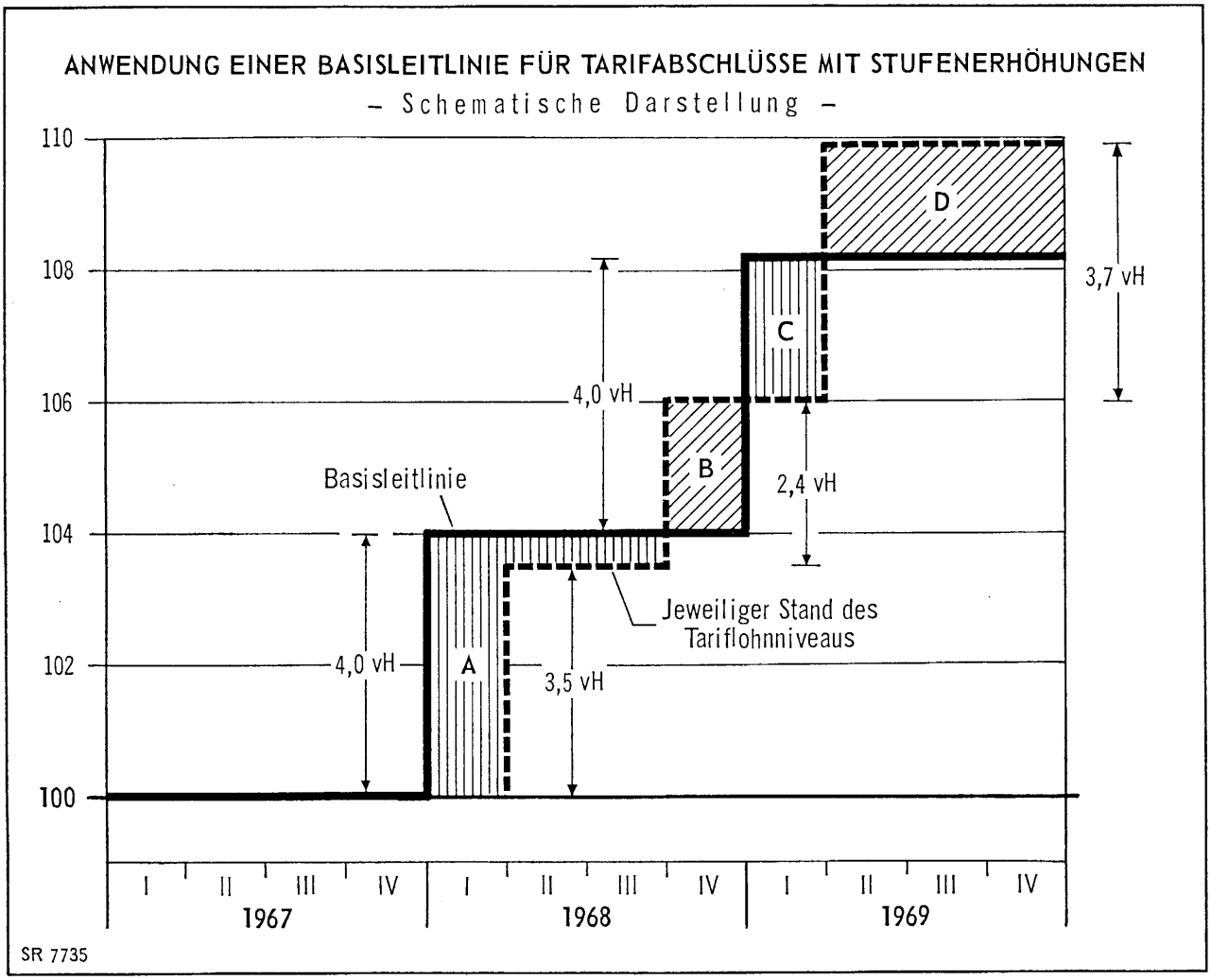
---

[1]) Diese Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerreform für das Kosten- und Preisniveau ergeben, werden ausführlich in den Ziffern 472 ff. behandelt. In der Zeit bis zum Abschluß der wichtigsten Tarifverträge (Frühjahr 1968) wird sich abgezeichnet haben, in welchem Maße Mehrbelastungen durch den Übergang zur Mehrwertsteuer aufgefangen wurden oder zu Preiserhöhungen geführt haben.

[2]) Wenn die Investoren erwarten, daß die Investationssteuer nach Ablauf der Frist erhoben wird, wird dies in jedem Fall zur Folge haben, daß Investitionen zeitlich vorgezogen werden.

[3]) Schaubild 38 gibt ein Beispiel dafür, wie die Tarifpartner einen angenommenen Lohnerhöhungsspielraum durch Stufenlohnerhöhungen ausfüllen könnten. Den Lohnerhöhungsspielraum gibt die Basisleitlinie an. Man erhält sie, indem man die Fortschrittsraten der Arbeitsproduktivität (je Stunde) um die für eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik relevanten Zu- und Abschläge (JG 64 Ziffer 248) sowie um den „harten Kern" der Lohndrift bereinigt. Die Basisleitlinie erhöht sich, wenn Preissteigerungen in den Nominalsteigerungen antizipiert werden sollen.

Schaubild 38




In dem Schaubild ist eine Basisleitlinie eingezeichnet, die vorsieht, daß das Tariflohnniveau im Durchschnitt des Jahres 1969 um 8,2 vH über dem Stand vom 1. Januar 1968 liegt. Ein etwaiger „Überhang" des Tariflohnniveaus am Jahresanfang 1968 bleibt unberücksichtigt, weil angenommen wird, daß das Niveau der Effektivlöhne am Anfang des Jahres 1968 nicht über dem Durchschnittsniveau des Jahres 1967 liegt.
In dem Schaubild ist ferner angenommen, daß die Tariflöhne in drei Stufen erhöht werden, und zwar
— am 1. April 1968 um 3,5 vH,
— am 1. Oktober 1968 um 2,4 vH und
— am 1. April 1969 um 3,7 vH.
Zeitpunkte und jeweiliges Ausmaß der Lohnerhöhungen sind so gewählt, daß sich die Summe der Flächen A und C gerade mit der Summe der Flächen B und D deckt. Mithin füllen die Tariflohnerhöhungen innerhalb von zwei Jahren gerade den Lohnerhöhungsspielraum aus, der durch die Basisleitlinie für die Zwei-Jahres-Periode vorgegeben ist.

330. Die Tariflohnabschlüsse müßten darüber hinaus regional differenziert werden. Strukturschwache Gebiete mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit können sich, ohne massive überregionale Hilfe, der passiven Sanierung nur entziehen, wenn sie für neue Betriebe wirklich attraktiv werden, das heißt, wenn sie den Vorteil eines etwas niedrigeren Lohnniveaus zur Geltung bringen. Das bedeutet: Auch in Branchen, die vom Strukturwandel nicht betroffen sind und selbst in Branchen, die als Wachstumsindustrien angesehen werden können, müßten die Löhne in strukturschwachen Regionen weniger stark steigen als in anderen Regionen und erst recht weniger als in ausgesprochenen Wachstumsregionen. Die Bedeutung einer solchen Lohndifferenzierung darf für die Jahre 1968 und 1969 nicht unterschätzt werden. In der Sicherheit einer diffe-

renzierten Lohnentwicklung, die mehrjährige Tarifverträge brächten, liegt für die westdeutsche Wirtschaft eine Chance, Strukturschwächen zu beseitigen, ohne daß die Neigung zum strukturpolitischen Dirigismus zunimmt.

331. Trotz der Sicherheit über die künftige Lohnentwicklung, die zweijährige Tarifverträge bieten, könnten die Unternehmer zögern, sich schon im Frühjahr 1968 für die Zeit bis Ende 1969 mit Lohnzugeständnissen im hier skizzierten Ausmaß zu binden. Der mögliche Einwand, die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität werde in dieser Zwei-Jahres-Periode um weniger als 11vH steigen, läßt sich gegenwärtig nicht überzeugend entkräften. Es könnte sein, daß die Arbeitgeber deshalb den Gedanken der längerfristigen Tarifverträge verwerfen oder ihn nur dann akzeptieren, wenn ein wesentlich geringerer Produktivitätsanstieg zugrundegelegt wird. Doch würde dies wegen der Rückwirkungen auf die Verbrauchernachfrage die angestrebte Expansion eher beeinträchtigen als fördern: Die reale Lohnsumme stiege nicht so stark, wie das für eine bessere Auslastung der Konsumgüterindustrien und für eine Zunahme der privaten Bautätigkeit wünschenswert ist. Alles in allem mag es daher zweckmäßig sein, wenn sich die Arbeitgeber in den zweijährigen Tarifverträgen eine vorzeitige Kündigung vorbehalten für den Fall, daß die Industrieproduktion und die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität langsamer steigen sollten, als das Programm vorsieht. Statt der Kündigungsmöglichkeiten könnte man einen automatischen Aufschub der Stufenerhöhungen vereinbaren.

Aus ähnlichen Gründen erscheint es angebracht, auch den Gewerkschaften in den zweijährigen Tarifverträgen vorzeitige Kündimöglichkeiten einzuräumen oder zusätzliche Stufenerhöhungen für den Fall vorzusehen, daß die Produktivität — wider Erwarten — wesentlich stärker steigt. Sollte in einzelnen Tarifverträgen von einem geringeren gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg ausgegangen und deshalb ein geringerer Lohnanstieg vereinbart werden, so erlangte eine Kündigungs- oder Anpassungsklausel, die an einen größeren gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg geknüpft ist, in diesen Verträgen mehr Bedeutung.

Ob solche Klauseln an bestimmte statistische Kriterien gebunden werden sollen oder ob es besser wäre, Persönlichkeiten mit Schiedsrichterfunktionen zu betrauen, bliebe den Tarifvertragsparteien überlassen.

332. Sollte der Übergang zur Mehrwertsteuer trotz des verschärften Wettbewerbs von außen bis zum Abschluß der Tarifverträge Preissteigerungen mit sich gebracht haben, so müßten die Tariflöhne vorab um einen entsprechenden Prozentsatz erhöht werden. Während der Laufzeit der Tarifverträge ließe sich die Reallohnentwicklung durch Preisgleitklauseln sichern. Damit sich nun nicht etwa aus Zufallsstörunrungen kumulative Prozesse ergeben, dürften die Gleitklauseln wohl nur wirksam werden, wenn der Preisanstieg einen bestimmten Schwellenwert erreicht. Dieser könnte 1 oder 1,5 vH betragen.

333. An die Stelle von Preisgleitklauseln könnte auch die Vereinbarung treten, daß die zweijährigen Tarifverträge vorzeitig kündbar wären.

— durch die Gewerkschaften, sobald der Preisindex für die Lebenshaltung um 1 oder 1,5 vH steigt oder um diese Sätze stärker steigt, als bei der Ermittlung der möglichen Nominalerhöhungen vorweggenommen wurde;

— durch die Arbeitgeber, sobald die Preise um mehr als 1 oder 1,5 vH zurückgehen oder hinter dem antizipierten Preisanstieg zurückbleiben.

Die Kündigungs- und Anpassungsklauseln, die sich auf die Preise beziehen, könnten mit den Kündigungs- und Anpassungsklauseln, die die Produktivitätsentwicklung betreffen, so zusammengefaßt werden, daß in der Praxis nur der Saldo der Fehleinschätzungen Bedeutung erlangt.

## V. Über Wachstumspolitik als Strukturpolitik

334. Ist ein hoher Beschäftigungsgrad erreicht, so kann das wirtschaftliche Wachstum nicht mehr wesentlich dadurch gefördert werden, daß die Nachfrage stärker steigt als das Produktionspotential. Wachstumspolitik ist dann — abgesehen von Möglichkeiten zur Erhöhung der Spar- und Investitionsquote und zur Beschleunigung des technischen Fortschritts — nur noch Strukturpolitik, das heißt: ein System von Maßnahmen, die geeignet sind, das Angebot an Gütern auszuweiten, indem sie

— die Branchen- und Regionalstruktur verbessern und

— die beruflichen Qualifikationen der Erwerbstätigen und derer, die nicht, noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig sind, an den steigenden Bedarf anpassen.

Da alle Bemühungen dieser Art erst nach langer Zeit den gewünschten Erfolg bringen, sollte man mit ihnen rechtzeitig beginnen. Es erscheint deshalb zweckmäßig, die Expansionspolitik, die im vorigen Abschnitt beschrieben wurde, durch eine angebotsfördernde Strukturpolitik zu ergänzen. Dazu hat sich der Sachverständigenrat im vierten Kapitel seines zweiten Jahresgutachtens — Wachstum und Strukturwandel — ausführlich geäußert.

335. Wie schon angedeutet, erleichtert eine hohe Nachfrage durch den Sog, den sie ausübt, die Ausschöpfung brachliegender und die Anpassung fehlgeleiteter Produktivkräfte.

— Eine expandierende Wirtschaft eröffnet qualifizierten Kräften Aufstiegs- und Entfaltungsmöglichkeiten und gibt weniger qualifizierten Kräften die Chance, nachzurücken und an größeren Aufgaben zu wachsen; dadurch werden Arbeitsplätze frei, für die sich auch ungelernte oder nicht mehr so leistungsfähige Arbeitskräfte eignen.

— Ähnlich steigen in der Nachfrageexpansion auch die Anpassungschancen strukturschwacher Regionen. Während bei Unterbeschäftigung die Arbeitskräfte den Arbeitsplätzen „nachlaufen", liegen die Verhältnisse bei hohem Beschäftigungsstand umgekehrt: Die Unternehmen sehen sich veranlaßt, bei der Standortwahl jene Orte und jene Gebiete zu bevorzugen, in denen Arbeitskräfte frei sind oder frei werden oder in denen noch Möglichkeiten bestehen, die Erwerbsquote der Bevölkerung zu erhöhen (weniger entwickelte Regionen). Während eine Rezession die Tendenzen zur räumlichen Konzentration und damit auch — vergleichsweise — die Wachstumsregionen begünstigt, dafür aber strukturschwache Gebiete zur passiven Sanierung zwingt, gehen von einem steigenden und hohen Beschäftigungsstand dezentralisierende Wirkungen aus. Die Expansion fördert auf diese Weise eine ausgewogene Entwicklung des Gesamtraumes und trägt dazu bei, die interregionalen Einkommens- und Produktivitätsunterschiede zu vermindern.

336. Um ein nachhaltiges Wachstum ohne inflatorische Übersteigerungen zu sichern, genügt es nicht, daß die Nachfrage die Anpassungschancen vergrößert und die Anpassungsrisiken begrenzt. Hinzukommen muß noch eine aktive Strukturpolitik. Entgegen manchen Vorstellungen darf sie nicht protektionistischen Neigungen entgegenkommen, also nicht nach rückwärts gerichtet und auf Erhaltung bedacht sein. Im Gegenteil: Sie muß den Abbau alter Strukturen beschleunigen, auch wenn sie dabei primär oder im Endergebnis Vorteile hauptsächlich denen zukommen läßt, die ohnedies durch die wirtschaftliche Entwicklung begünstigt werden. Wer eine Strukturpolitik um des Wachstums willen fordert, muß einem Konflikt mit herkömmlichen Auffassungen entgegensehen. So verständlich das Bestreben der Individuen und organisierten Gruppen erscheint, sich mit allen Mitteln Veränderungen zu widersetzen, die sie als nachteilig empfinden, so notwendig ist es, allen zum Bewußtsein zu bringen, daß die Veränderung und die Anpassung ebenso zum wirtschaftlichen Wachstum gehören wie die Produktivitätssteigerung, die höhere Realeinkommen ermöglicht.

337. Gleichwohl kann die wohlhabende Gesellschaft jenen Mitgliedern Hilfe gewähren, die vom wachstumsbedingten Strukturwandel betroffen sind. Von Hilfen in Härtefällen abgesehen, lassen sich staatliche Hilfen auf die Dauer nur als Anpassungshilfen rechtfertigen, also nur dann, wenn sie sich selbst auf die Dauer überflüssig machen. Während protektionistische Hilfen die öffentlichen Haushalte von Jahr zu Jahr mehr belasten und darüber hinaus den möglichen Anstieg der Produktivität und des Steueraufkommens vermindern, sind Anpassungshilfen für die Gesellschaft Investitionen, die einen hohen Produktivitätseffekt haben; sie machen sich, da sie in Richtung der Strukturwandlungen gehen, die der Markt so oder so durchmachen muß, selbst überflüssig und können daher von vornherein degressiv angelegt und zeitlich begrenzt werden.

338. All dies muß nicht notwendig auch für das Kapital gelten, obwohl man Strukturpolitik häufig fordert mit dem Zweck, private Kapitalwerte zu erhalten und Kapitalverluste zu sozialisieren. Irgendeinen Anspruch auf Sozialisierung der Verluste — auch in Form von Stillegungs- und Abwrackungsprämien — können private Kapitalbesitzer so lange nicht mit guten Gründen geltend machen, solange der Fiskus Marktlagengewinne in Engpaß- und Wachstumsbranchen nur in einem Umfang besteuert, der die Chancen des Kapitaleinsatzes nicht ungewöhnlich vermindert. Je mehr Hilfen zur privaten Kapitalerhaltung gewährt werden, um so höher muß gerechterweise die Gewinnbelastung sein. Strukturpolitik im Dienste der privaten Kapitalerhaltung liefe daher auf einen gesamtwirtschaftlichen Risikoausgleich hinaus. Dieser könnte die Tendenz zum Risikoausgleich durch Konzernbildung verringern, er wäre aber dem wirtschaftlichen Wachstum kaum förderlich. Denn solange es wagemutige Unternehmer gibt und Kapitalbesitzer, die bereit sind, für die Aussicht auf einen höheren Gewinn ein größeres Risiko auf sich zu nehmen, kommt es mehr darauf an, daß die Gewinnchancen für neue Investitionen erhalten bleiben und nicht durch Hilfen zur Erhaltung des Kapitalwerts früherer Investitionen, die die wirtschaftliche und technische Entwicklung überholt hat, geschmälert werden. Reformen unseres Steuer- und Subventionswesens, die auf frühere Investitionen weniger Rücksicht nehmen und dafür neue Investitionen begünstigen, könnten sich eines Tages als notwendig erweisen, wenn ein angemessenes Wachstum in einer marktwirtschaftlichen Ordnung das Ziel bleibt.

## DRITTES KAPITEL

# Die voraussehbare Entwicklung

339. „Entgegen manchen Vorstellungen, die da und dort bestehen mögen, kann man nicht erwarten, daß irgend jemand, auch nicht ein Gremium, in der Lage ist, die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorherzusehen. Was wir verantworten können, ist sehr viel weniger: Wir können nur die Entwicklungen, die unsere Wirtschaft in der Zukunft nehmen könnte, der Reihe nach überprüfen, um aus dem weiten Bereich der Möglichkeiten jene Zukunftshypothese herauszufinden, die nach unserer Auffassung am besten mit den uns bekannten Tatsachen und Theoremen in Einklang steht und die wir deshalb als unsere beste Setzung ansehen. Sie ist eine Projektion, der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen, aber sie braucht noch nicht einmal eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen" (JG 64 Ziffer 217).

340. Wie schwierig Prognosen in labilen Konjunktursituationen sind, hat das letzte Jahresgutachten gezeigt. Wir haben damals die Entwicklung des Jahres 1967 zwar in ihrer Richtung erkannt, den Konjunkturrückgang in seinem Ausmaß aber unterschätzt.

341. Falsch gesehen haben wir im letzten Jahresgutachten

— das Verhalten der öffentlichen Stellen: Wir nahmen an, daß sie die Investitionen nicht weiter kürzen würden (JG 66 Ziffer 219),

— die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: Wir gingen davon aus, daß die Unternehmen, wie in früheren Perioden der Konjunkturabschwächung, ihre Beschäftigtenzahl durchhalten würden, anstatt in erheblichem Umfang Arbeitskräfte zu entlassen,

— das Verhalten der privaten Investoren: Wir haben aufgrund der damals bekannten Auftragsentwicklung nicht erwartet, daß sie ihre Ausrüstungsinvestitionen so stark kürzen würden.

Außerdem rechneten wir im November 1966 mit Statistiken über die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr 1966, die später erheblich korrigiert worden sind [1]).

Die neuen Informationen über die Auftragslage in der Industrie, über die öffentlichen Ausgaben, über die Arbeitsmarktentwicklung und über die Investitionen veranlaßten uns, im März 1967 ein Sondergutachten zu erstellen (Anhang V).

342. Für die Vorausschau auf das Jahr 1968 besteht zwar mehr Sicherheit über die Wirtschaftspolitik und über die Finanzplanung des Bundes als vor einem Jahre. Aber hinsichtlich der Entscheidungen der Unternehmer und der Verbraucher ist die Unsicherheit genauso groß, wenn nicht noch größer. Es läßt sich nicht absehen, wieweit sich aufgrund der Rezession wirtschaftliche Verhaltensweisen geändert haben. Hinzu kommt die Unsicherheit, die die Abwertung des britischen Pfundes und anderer Währungen in diesen Tagen verursacht hat. Aber je weniger das wirtschaftliche Geschehen festliegt, desto mehr kann man es gestalten.

Deshalb erscheint es uns nicht sinnvoll, mit unserer Prognose, die unter der Bedingung des wirtschaftspolitischen status quo steht, über das erste Halbjahr 1968 hinauszugehen.

343. Diese Halbjahresprognose, die eigentlich drei Vierteljahre umfaßt, da sich die letzten Statistiken bestenfalls auf den Monat September beziehen, berücksichtigt die erkennbaren Aufschwungstendenzen in der gewerblichen Wirtschaft, die Konjunkturprogramme des Bundes und der Länder, die üblichen Frühindikatoren (Ziffern 344 ff.) und Vermutungen über die Wirkungen der Währungsabwertungen, die sich auf Erfahrungen mit früheren Wechselkursänderungen stützen (Ziffer 358 ff.).

Die Ergebnisse sind in den Tabellen 28 und 29 wiedergegeben. Tabelle 28 enthält den üblichen Vorjahresvergleich. Tabelle 29 enthält Schätzwerte für den Vergleich mit dem zweiten Halbjahr 1967; hierfür sind die Werte saisonbereinigt worden.

Weitergehende Überlegungen und Einzelannahmen, die der Vorausschau zugrunde liegen, werden im folgenden mitgeteilt. Ebenso folgt eine Darstellung der Gedankengänge, mit deren Hilfe die Wirkungen der Währungsabwertungen geschätzt worden sind (Ziffern 358 ff.).

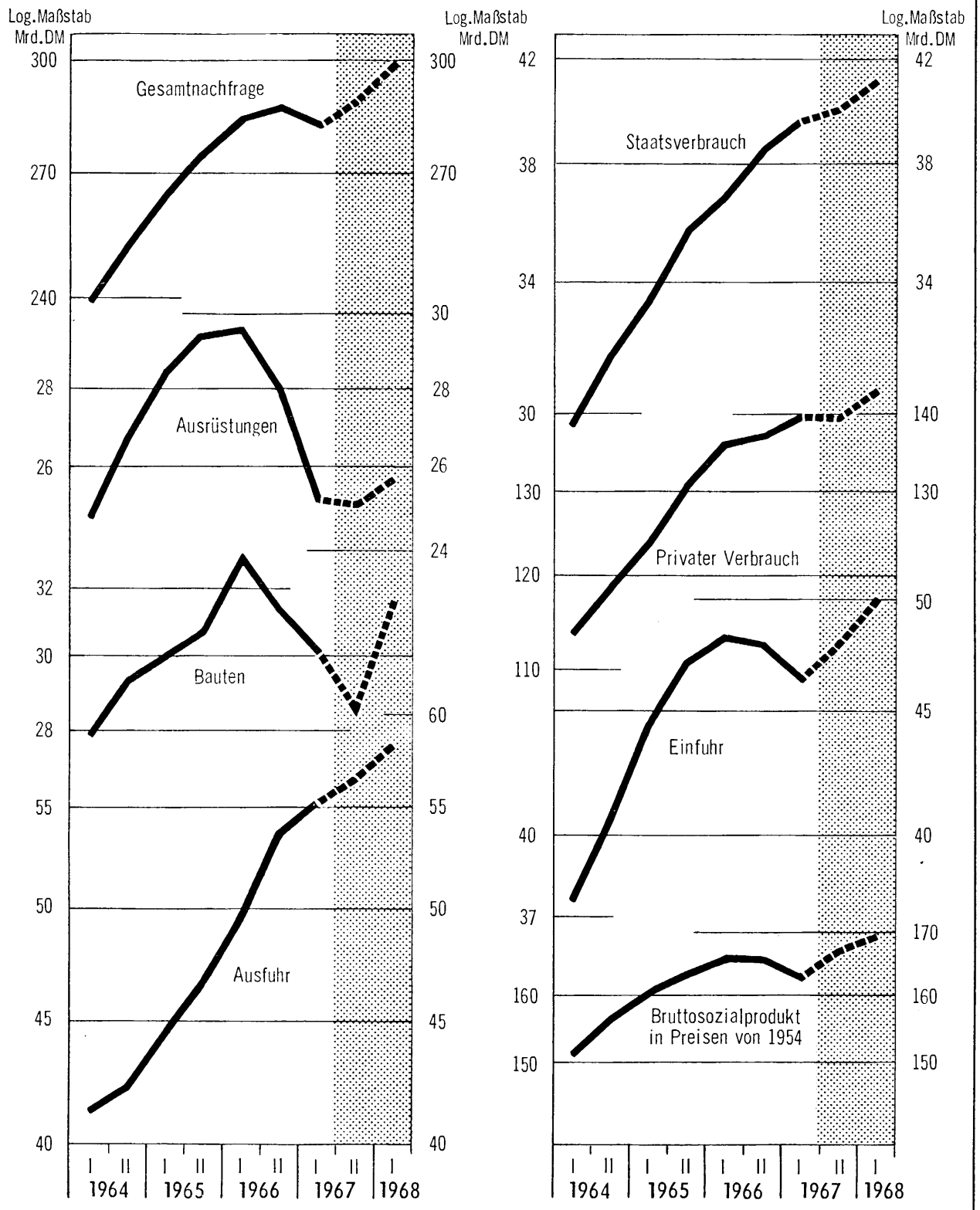
344. An sich bieten die Konjunkturlage und die Wachstumsaussichten in den wichtigsten Partnerländern der Bundesrepublik auch 1968 günstige Bedingungen für einen unvermindert anhaltenden Anstieg der Ausfuhr. Unterschiede

[1]) Die Ausrüstungsinvestitionen waren tatsächlich um 1,1 Mrd. DM geringer, als damals zugrunde gelegt war. Der Rückgang vom zweiten Halbjahr 1965 zum ersten Halbjahr 1966 betrug nicht 1 vH, sondern fast 4 vH.

Schaubild 39

## ENTWICKLUNG WICHTIGER KOMPONENTEN DES SOZIALPRODUKTS
## – SCHÄTZUNG FÜR DAS 2.HALBJAHR 1967 UND PROGNOSE FÜR DAS 1.HALBJAHR 1968 –

Saisonbereinigter Verlauf [1]




1) Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank.

SR 7736

Tabelle 28 **Die wichtigsten Daten der**

Vorausschätzung für 2. Halbjahr 1967

| Lfd. Nr. | | Einheit | 1964 | 1965 [2] | 1966 [2] | 1967 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes | | | absolute Voraus- des Sach- |
| | Nachfrage in jeweiligen Preisen | | | | | |
| 1 | Ausfuhr | Mrd. DM | 83,5 | 91,1 | 103,0 | 111,2 |
| 2 | Bruttoanlageinvestitionen | Mrd. DM | 109,2 | 118,7 | 121,9 | 107,9 |
| 3 | Ausrüstungen | Mrd. DM | 51,6 | 58,0 | 57,6 | 50,3 |
| 4 | Bauten | Mrd. DM | 57,6 | 60,7 | 64,3 | 57,6 |
| 5 | Vorratsveränderungen | Mrd. DM | +4,7 | +8,0 | +1,3 | −3,5 |
| 6 | Staatsverbrauch | Mrd. DM | 61,7 | 69,6 | 75,6 | 79,6 |
| 7 | Privater Verbrauch | Mrd. DM | 232,9 | 255,1 | 273,0 | 278,5 |
| 8 | Endnachfrage | Mrd. DM | 492,0 | 542,5 | 574,8 | 573,7 |
| | Gesamtangebot | | | | | |
| 9 | Bruttosozialprodukt | Mrd. DM | 413,8 | 450,6 | 478,3 | 479,1 |
| 10 | Einfuhr | Mrd. DM | 78,2 | 91,9 | 96,5 | 94,6 |
| | Komponenten des Angebots | | | | | |
| 11 | Erwerbstätige | 1 000 | 26 855 | 27 044 | 26 977 | 26 210 |
| 12 | Arbeitszeit | . | . | . | . | . |
| 13 | Kalenderunregelmäßigkeiten | . | . | . | . | . |
| 14 | Arbeitsvolumen | . | . | . | . | . |
| 15 | Produktivität | . | . | . | . | . |
| 16 | Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 | Mrd. DM | 309,4 | 325,2 | 332,8 | 330,6 |
| | Preisentwicklung | | | | | |
| 17 | Bruttosozialprodukt | 1954=100 | 134,1 | 139,0 | 144,1 | 145,2 |
| 18 | Privater Verbrauch | 1954=100 | 124,2 | 128,1 | 132,7 | 135,2 |
| | Einkommensverteilung | | | | | |
| | Bruttoeinkommen | | | | | |
| 19 | aus unselbständiger Arbeit | Mrd. DM | 204,4 | 225,8 | 243,0 | 241,5 |
| 20 | aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | Mrd. DM | 112,1 | 117,8 | 119,5 | 116,9 |
| | Nettoeinkommen | | | | | |
| 21 | aus unselbständiger Arbeit | Mrd. DM | 151,1 | 168,2 | 178,4 | 176,3 |
| 22 | aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | Mrd. DM | 83,7 | 88,9 | 89,5 | 87,3 |
| 23 | Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte | Mrd. DM | 262,3 | 290,9 | 308,9 | 314,7 |

[1]) Zahlen für die Jahre 1964 bis 1. Halbjahr 1967 Statistisches Bundesamt; für das 2. Halbjahr 1967 und das 1. Halbjahr 1968 eigene Schätzung, teilweise gerundet.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

**Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen [1])** Tabelle 28

und 1. Halbjahr 1968

| 1967 1. Halbjahr [3]) | 1967 2. Halbjahr | 1968 1. Halbjahr | 1964 | 1965 [2]) | 1966 [2]) | 1967 | 1967 1. Halbjahr [3]) | 1967 2. Halbjahr | 1968 1. Halbjahr | Lfd. Nr. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Werte | | | Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | | | |
| schätzung verständigenrates | | | Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes | | | Vorausschätzung des Sachverständigenrates | | | | |
| 53,9 | 57,3 | 57,0 | +11,4 | + 9,1 | +13,0 | + 8,0 | +10,4 | + 5,7 | + 6,0 | 1 |
| 51,0 | 56,9 | 53,4 | +14,5 | + 8,8 | + 2,7 | −11,5 | −13,0 | −10,0 | + 4,5 | 2 |
| 24,6 | 25,7 | 25,1 | +12,2 | +12,4 | − 0,7 | −12,7 | −15,2 | −10,0 | + 2,5 | 3 |
| 26,4 | 31,2 | 28,3 | +16,6 | + 5,5 | + 5,9 | −10,4 | −10,8 | −10,0 | + 7,0 | 4 |
| −2,0 | −1,5 | +3,8 | . | . | . | . | . | . | . | 5 |
| 37,6 | 42,0 | 39,1 | + 4,3 | +12,7 | + 8,6 | + 5,3 | + 7,1 | + 4,0 | + 4,0 | 6 |
| 133,2 | 145,3 | 136,7 | + 7,9 | + 9,5 | + 7,0 | + 2,0 | + 2,6 | + 1,5 | + 2,5 | 7 |
| 273,7 | 300,0 | 290,0 | + 9,8 | +10,3 | + 6,0 | − 0,2 | − 0,9 | + 0,5 | + 6,0 | 8 |
| 228,0 | 251,1 | 240,8 | + 9,6 | + 8,9 | + 6,1 | + 0,2 | − 0,3 | + 0,5 | + 5,5 | 9 |
| 45,7 | 48,9 | 49,2 | +11,8 | +17,5 | + 5,0 | − 2,0 | − 3,9 | ± 0,0 | + 7,5 | 10 |
| 26 135 | 26 280 | 26 130 | + 0,4 | + 0,7 | − 0,2 | − 2,7 | − 3,0 | − 2,5 | − 0,2 | 11 |
| . | . | . | − 0,4 | − 0,6 | − 0,9 | − 0,9 | − 1,0 | − 0,9 | ± 0,0 | 12 |
| . | . | . | + 0,5 | + 0,1 | ± 0,0 | − 0,3 | + 0,3 | − 0,8 | − 0,5 | 13 |
| . | . | . | + 0,5 | + 0,1 | − 1,2 | − 3,9 | − 3,7 | − 4,2 | − 0,7 | 14 |
| . | . | . | + 6,2 | + 5,0 | + 3,5 | + 3,4 | + 2,0 | + 4,7 | + 4,7 | 15 |
| 158,1 | 172,5 | 164,3 | + 6,7 | + 5,1 | + 2,3 | − 0,5 | − 1,7 | + 0,5 | + 4,0 | 16 |
| 144,5 | 145,8 | 146,3 | + 2,8 | + 3,7 | + 3,7 | + 0,8 | + 1,4 | + 0,1 | + 1,5 | 17 |
| 134,4 | 136,0 | 136,8 | + 2,3 | + 3,1 | + 3,6 | + 1,9 | + 2,3 | + 1,6 | + 1,5 | 18 |
| 117,5 | 124,3 | 121,0 | + 9,6 | +10,5 | + 7,6 | − 0,6 | + 1,0 | − 2,0 | + 3,0 | 19 |
| 51,3 | 65,6 | 55,5 [a]) | + 9,4 | + 5,0 | + 1,4 | − 2,2 | − 6,4 | + 1,5 | + 8,0 | 20 |
| 86,8 | 89,5 | 88,0 | + 9,6 | +11,3 | + 6,1 | − 1,2 | + 0,1 | − 2,5 | + 1,5 | 21 |
| 36,4 | 50,9 | 40,0 [a]) | +11,0 | + 6,1 | + 0,8 | − 2,5 | − 6,5 | + 0,5 | +10,0 | 22 |
| 149,1 | 165,5 | 153,0 | + 9,4 | +10,9 | + 6,2 | + 1,9 | + 2,9 | + 1,0 | + 2,5 | 23 |

[3]) Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; erste vorläufige Ergebnisse.
[a]) Die steuerliche Entlastung der Altvorräte ist in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Tabelle 29

**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**
**Saisonbereinigt [1])**

Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in vH

| | 1964 | | 1965 | | 1966 | | 1967 | | 1968 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr [2]) | 1. Halbjahr [2]) |
| Nachfrage in jeweiligen Preisen | | | | | | | | | |
| Ausfuhr ..... | +5,5 | +2,0 | +5,5 | +4,5 | +7,0 | +7,5 | + 3,0 | +2,5 | + 3,0 |
| Bruttoanlageinvestitionen ..... | +4,5 | +6,5 | +4,5 | +3,0 | +4,5 | −5,5 | − 7,0 | −3,5 | + 7,0 |
| Ausrüstungen ..... | +4,5 | +7,5 | +6,5 | +3,5 | +0,5 | −5,5 | −10,0 | −0,5 | + 2,5 |
| Bauten ..... | +4,5 | +5,0 | +2,5 | +2,5 | +8,0 | −5,0 | − 4,0 | −5,5 | +11,5 |
| Vorratsveränderung .. | . | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Staatsverbrauch ..... | −0,0 | +6,5 | +5,5 | +7,0 | +3,0 | +4,5 | + 2,5 | +1,0 | + 3,0 |
| Privater Verbrauch .... | +3,5 | +4,0 | +4,5 | +5,0 | +4,5 | +0,5 | + 2,0 | −0,5 | + 2,0 |
| Endnachfrage ..... | +4,0 | +5,5 | +5,0 | +4,5 | +3,5 | +0,5 | − 1,5 | +2,0 | + 3,5 |
| Gesamtangebot in jeweiligen Preisen | | | | | | | | | |
| Bruttosozialprodukt .. | +4,0 | +5,0 | +4,5 | +3,5 | +4,0 | +1,0 | − 1,0 | +2,5 | + 3,5 |
| Einfuhr ..... | +5,5 | +8,5 | +9,5 | +6,0 | +2,5 | −0,5 | − 3,5 | +3,5 | + 4,5 |
| Bruttosozialprodukt in Preisen von 1954 ..... | **+2,5** | +3,0 | +2,5 | +1,5 | +1,5 | −0,0 | − 1,5 | +2,0 | + 2,0 |

[1]) Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank und eigene Berechnungen — Veränderungsraten gerundet.
[2]) Eigene Schätzung.

in den Preisentwicklungen zwischen dem Inland und dem Ausland, die 1967 entstanden sind, haben dazu beigetragen, die internationalen Wettbewerbspositionen der Unternehmen zu verbessern. Die Pfundabwertung wirkt in der entgegengesetzten Richtung, sie wird allerdings erst im Laufe des nächsten Jahres voll zum Tragen kommen.

Ursprünglich hatten wir geschätzt, daß die Ausfuhr im ersten Halbjahr 1968 um etwa 8 vH höher sein werde als ein Jahr zuvor. Aufgrund überschlägiger Berechnungen über die Wirkung der Wechselkursänderungen haben wir diese Schätzung auf rund 6 vH zurückgenommen.

345. Wir rechnen damit, daß die Investitionstätigkeit der Unternehmen im nächsten Jahr wieder etwas über das — allerdings sehr niedrige — Niveau des Jahres 1967 hinausgehen wird. Denn nahezu alle Investitionsgüterindustrien haben mehr Aufträge aus dem Inland erhalten. Außerdem sind die Genehmigungen für Wirtschaftsbauten im dritten Vierteljahr 1967 — saisonbereinigt — wieder angestiegen. Inwieweit die Abwertungen dämpfend wirken werden, ist schwer abzuschätzen. Sollten aus Furcht vor Absatzverlusten Investitionsvorhaben zurückgestellt werden, so dürfte dies die Investitionsausgaben des ersten Halbjahres 1968 noch nicht wesentlich berühren.

346. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen wirken sich vor allem das zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung und die damit zusammenhängenden Sonderprogramme der Länder aus; den Gemeinden stehen zur Finanzierung von Verkehrsinvestitionen seit Mitte 1967 zusätzliche Mittel aus dem Aufkommen der Mineralölsteuer zur Verfügung. Im Tiefbau waren die Aufträge im Herbst 1967 bereits höher als vor Beginn der Rezession. Daß konjunkturell auch wieder mehr Baupläne für öffentliche Hochbauten genehmigt wurden, läßt sich an den gemeldeten Zahlen noch nicht zuverlässig ablesen; es besteht indessen Anlaß zu vermuten, daß mehr als sonst Aufträge vergeben worden sind, bevor die behördliche Genehmigung vorlag.

347. Im Wohnungsbau hat die Nachfrage bis in die jüngste Zeit abgenommen. Allerdings steigen seit dem Frühjahr die für den sozialen Wohnungsbau bewilligten öffentlichen Mittel wieder. Außerdem werden aus dem zweiten Konjunkturprogramm Zinszuschüsse und Darlehen zur Modernisierung des Wohnungsbestandes zur Verfügung stehen. Da vieles dafür spricht, daß die Baupreise und die Zinsen nicht weiter sinken, entfällt für die Bauherren ein Grund zur Zurückhaltung. Dies wird sich aber im ersten Halbjahr 1968 in der Bautätigkeit wahrscheinlich erst wenig auswirken.

348. Von den Lagerdispositionen der gewerblichen Wirtschaft erwarten wir kräftige expansive Impulse. Während der Rezession haben die Unternehmer ihre Lager so stark abgebaut, daß bei einem weiteren Anstieg der Nachfrage und der Produktion die Lager als zu klein empfunden werden dürften. Mit dem Übergang zur Mehrwertsteuer werden die in weiten Kreisen noch vorherrschende Unsicherheit und mit ihr die Hemmungen, die Lager aufzustocken, schwinden. Zudem verringern sich mit der Mehrwertsteuer die Kosten der Lagerhaltung um die Umsatzsteuervorbelastung.

349. Die Verbrauchsausgaben des Staates werden 1968 wahrscheinlich langsamer zunehmen als 1967. Erhöhen werden sich in erster Linie die Personalausgaben. Wir haben angenommen, daß diese durch zusätzliche Einstellungen, Stellenanhebungen sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen um insgesamt 6 vH steigen werden. Ob sich die inlandswirksamen Verteidigungsausgaben ändern, ist ungewiß. Zwar sehen die Ansätze des Bundeshaushalts für 1968 eine Kürzung um über 1 Mrd. DM vor; die Bundesregierung verfügt jedoch zur Finanzierung ihres Einfuhrbedarfs an militärischen Gütern über Devisenguthaben in den Vereinigten Staaten.

350. Die Entwicklung des privaten Verbrauchs ist besonders schwierig vorauszusagen, vor allem, weil die Lohn- und Gehaltsentwicklung anders als in den früheren Jahren noch ziemlich offen ist. Wir hatten angenommen, daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme, wäre es nicht zu den Abwertungen gekommen, gegenüber dem ersten Halbjahr 1967 um 2,5 bis 3 vH gestiegen wäre; unter Berücksichtigung der Abwertungen setzen wir die Erhöhung mit 2,5 vH an. Noch etwas langsamer werden die Nettoeinkommen zunehmen, vor allem weil die Beitragssätze zur Sozialversicherung erhöht werden und die Einkommensgrenze für die Rentenversicherungspflicht der Angestellten aufgehoben wird.

Mit Sicherheit werden die Renten, Unterstützungen und Pensionen zunehmen; es ist vorgesehen, die Neurenten zum Jahresanfang um 8,3 vH, die Altrenten um 8,1 vH, die Unfallrenten um 8,6 vH zu erhöhen. Dieser Steigerung der Renteneinkommen wirkt entgegen, daß die Rentner erstmals mit Beiträgen zur Krankenversicherung herangezogen werden. Auch werden die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zurückgehen. Insgesamt rechnen wir damit, daß die übertragenen Einkommen um 4 bis 5 vH höher sein werden als im ersten Halbjahr 1967.

Wir nehmen an, daß wegen erhöhter Gewinne die Privatentnahmen und Vermögenseinkommen etwas rascher zunehmen als 1967. Für die gesamten Gewinn- und Vermögenseinkommen, wie sie sich aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben, schätzen wir die Zunahme auf 17,5 vH, ohne die Beträge, die zur steuerlichen Entlastung der Altvorräte erstattet werden und deren Gewinncharakter zweifelhaft ist, sind das 8 vH.

Aus den Berechnungen für die Löhne und Gehälter, für die übertragenen Einkommen sowie für die Privatentnahmen und die Vermögenseinkommen ergibt sich ein Anstieg des gesamten verfügungbaren Einkommens von 2,5 vH. Wir gehen davon aus, daß die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte im gleichen Maße steigen werden, die Sparquote sich also nicht ändert.

351. Treffen unsere Annahmen zu, dann errechnet sich für das erste Halbjahr 1968 eine nominale Gesamtnachfrage von rund 290 Mrd. DM, das sind etwa 6 vH mehr als im ersten Halbjahr 1967. Nach Ausschaltung der Saisonschwankungen ergibt sich vom zweiten Halbjahr 1967 zum ersten Halbjahr 1968 ein Anstieg von 3,5 vH.

352. Nach unseren Berechnungen ändert sich die Zusammensetzung der Nachfrage vom ersten Halbjahr 1967 zum ersten Halbjahr 1968 in folgender Weise: die Investitionsquote, der Anteil der Bruttoinvestitionen einschließlich Vorratsveränderungen am Bruttosozialprodukt, steigt von 21,5 vH auf 23,5 vH, der Exportanteil bleibt nahezu konstant, der Anteil des privaten Verbrauchs geht von 58,5 vH auf knapp 57 vH zurück. Ein solcher Wandel in der Struktur der Nachfrage ist kennzeichnend für eine Phase der Erholung.

353. Für ein der Nachfrage entsprechendes Angebot besteht mehr als genug Spielraum. Für eine Steigerung der Beschäftigung stehen vor allem die entlassenen Arbeitskräfte zur Verfügung. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte nach unseren Schätzungen im ersten Halbjahr 1968 um 100 000 bis 150 000 niedriger sein als im ersten Halbjahr 1967, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wird das Vorjahresniveau noch nicht wieder erreichen. Da im ersten Halbjahr 1968 anders als bisher keine Schulentlassungen stattfinden, rechnen wir damit, daß die Zahl der Erwerbstätigen leicht zurückgeht.

354. Der Anstieg der Gesamtnachfrage wird die Einfuhr anregen. Hierzu kommt die Wirkung der Wechselkursänderungen, die den Anstieg der Importe verstärken wird — nach unseren Schätzungen von 6 vH auf knapp 8 vH.

Nur die Einfuhr an Nahrungsmitteln dürfte wegen der reichlichen Inlandsernten zunächst stagnieren. Die Ausgaben für ausländische Dienstleistungen, namentlich die Ausgaben für Auslandsreisen, werden nach den bisherigen Erfahrungen wieder kräftiger steigen.

355. Obwohl wegen der Abwertungen die Ausfuhr etwas weniger, die Einfuhr stärker zunehmen wird, als wir sonst geschätzt hätten, ergibt sich aufgrund unserer Annahmen für das erste Halbjahr 1968 immer noch ein Exportüberschuß von etwa 8 Mrd. DM.

356. Bei der geschätzten Entwicklung der Gesamtnachfrage und der starken Steigerung der Einfuhr dürfte die Inlandsproduktion im ersten Halbjahr 1968 real um 4 vH höher sein als ein Jahr zuvor.

Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt (gemessen am realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigenstunde) dürfte demnach 4,5 bis 5 vH betragen und damit nicht größer sein als in der zweiten Hälfte 1967. Ohne die Wirkungen der Währungsabwertungen hätte das Bruttosozialprodukt und entsprechend die Produktivität unseren Schätzungen nach im ersten Halbjahr 1968 um 5,5 vH steigen können.

357. Aus konjunkturellen Gründen ist kaum mit Preissteigerungen zu rechnen, da freie Kapazitäten vorhanden sind und da die Produktivität zunächst wahrscheinlich schneller steigen wird als das Lohnniveau. Außerdem rechnen wir damit, daß von den Wechselkursänderungen ein Druck auf die Preise ausgehen wird. Andererseits ist nicht unwahrscheinlich, daß es im Zusammenhang mit dem Übergang zur Mehrwertsteuer zu einer Erhöhung des Preisniveaus kommt; darüber hinaus werden auch staatlich beeinflußte Preise, insbesondere Mieten, weiter steigen. Unseren Berechnungen liegen Annahmen zugrunde, die eine Erhöhung des Preisindex für das Bruttosozialprodukt und des Preisindex für den privaten Verbrauch um je 1,5 vH ergeben.

*Die Wirkungen der Abwertungsmaßnahmen*

358. Nach unseren Informationen haben zwischen dem 18. und 21. November zusammen mit Großbritannien 17 andere Länder ihre Währungen abgewertet, darunter Irland, Dänemark, Israel, Spanien und Neuseeland. Mit Ausnahme von Spanien und Neuseeland, die stärker abgewertet haben, und von Dänemark, das weniger abgewertet hat, beträgt der Abwertungssatz 14,3 vH oder ein Siebentel. Der Einfachheit halber rechnen wir im folgenden nur mit diesem einen Satz. Er bedeutet, daß sich, rein rechnerisch,

— die Exporte dieser Länder um ein Siebentel verbilligen und

— unsere Exporte in diese Länder ebenso wie die Exporte anderer Länder, die den Wechselkurs nicht geändert haben, um ein Sechstel verteuern.

Die Erzeugnisse aller Abwertungsländer gewinnen — verglichen mit vorher — gegenüber den Erzeugnissen aus anderen Ländern einen Wettbewerbsvorsprung, und zwar auf allen Märkten. Er ist zunächst gleich dem Abwertungssatz und vermindert sich in dem Maße, in dem die Preise in den Abwertungsländern steigen.

359. Niemand kann diese Abwertung und die Begleitmaßnahmen, zu denen in Großbritannien auch die Beseitigung von Exportsubventionen und die Verschärfung der Deflationspolitik gehören, in ihrer Wirkung einigermaßen genau abschätzen. Gleichwohl ist es wichtig, daß man sich auch in der Bundesrepublik Vorstellungen von den Größenordnungen macht. Auch zu Größenordnungen gelangt man nur, wenn man von kühnen Annahmen ausgeht. Wir unterstellen,

— daß die britische Regierung für die Abwertung einen Satz gewählt hat, der es ihr erlaubt, das fundamentale Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz in absehbarer Zeit zu beseitigen,

— daß die britische Regierung ihre ergänzenden Maßnahmen entsprechend schärfer dosiert, falls sich der Abwertungssatz hierfür als zu gering erweisen sollte.

Diese Annahmen konzedieren, daß es möglich ist, ein internationales Ungleichgewicht durch einmalige Wechselkurskorrekturen zu beseitigen und daß dafür eine Wechselkurskorrektur der Defizitländer genügt. Mit anderen Worten: Sollten unsere Annahmen falsch sein, so könnten sich weitere Wechselkursänderungen als un-

vermeidlich erweisen, zumal die Weltöffentlichkeit noch für einige Zeit unter dem Eindruck leben wird, daß das System von Bretton Woods kein System mit festen Wechselkursen ist, sondern ein System der Stufenflexibilität. Unsere Annahmen laufen also auch darauf hinaus, daß es zur Beseitigung des gegenwärtigen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts außenwirtschaftlicher Maßnahmen nicht bedarf.

360. Soll das internationale Gleichgewicht durch die Abwertungsmaßnahmen wieder hergestellt werden, so muß ein großer Teil der Anpassungslast auf die Bundesrepublik fallen. Denn die Bundesrepublik

— hat eine Exportstruktur, die der britischen sehr ähnlich ist,

— hat bei ihren Exportgütern einen Qualitätsstandard, der dem der britischen Exportgüter etwa entsprechen dürfte,

— hat außenwirtschaftliche Überschüsse, die mit den Defiziten Großbritanniens in Zusammenhang stehen.

Im folgenden wird versucht, diese Anpassungslast abzuschätzen, und zwar unter der Bedingung des wirtschaftspolitischen status quo in der Bundesrepublik. Zusätzliche expansive Maßnahmen, die die Anpassung wesentlich erleichtern könnten, sind im zweiten Kapitel dieses Gutachtens behandelt. Diese Anpassung bedeutet,

— daß die außenwirtschaftlichen Überschüsse niedriger sein werden, als sie sonst gewesen wären,

— daß ein Ausfall an wirksamer Nachfrage für die in der Bundesrepublik erzeugten Güter und Leistungen entsteht.

Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht wird geringer, das binnenwirtschaftliche größer.
Die Aufgabe besteht nun darin, diesen Vorgang quantitativ abzuschätzen, soweit er in das erste Halbjahr 1968 fällt.

361. Was die zeitliche Verteilung der Anpassungen anlangt, so dürfte der Hauptteil im Prognosezeitraum liegen. Zwar setzen sich nach früheren Erfahrungen die Hauptwirkungen erst in einem halben Jahre voll durch, so daß nur ein bis zwei Monate davon in den Prognosezeitraum fallen würden. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß die britische Regierung alles einsetzen muß, um die Leistungsbilanz schnell zu verbessern, damit das Vertrauen in das Pfund bald wieder zunimmt und einer weiteren Spekulation gegen das Pfund jede Basis entzogen wird. Das bedeutet, daß die Regierung darauf hinwirken muß, daß die britischen Unternehmen den neu gewonnenen Wettbewerbsvorsprung nutzen, bevor er durch interne Preis- und Kostenanpassungen wieder abnimmt.

362. Aufgrund alternativer Annahmen über die Art und Weise, wie sich die Abwertungen auf den Außenhandel und andere gesamtwirtschaftliche Größen auswirken werden, rechnen wir damit, daß die Verminderung des westdeutschen Leistungsbilanzüberschusses im ersten Halbjahr 1968 15 bis 25 vH des Betrages ausmachen wird, der ohne die Abwertungen zu erwarten gewesen wäre. Das sind im Mittel 2 Mrd. DM. Damit würde der Überschuß immer noch dieselbe Größenordnung haben wie im ersten Halbjahr 1967 (damals 8,2 Mrd. DM). Den folgenden Darlegungen liegt die mittlere Variante unserer Annahmen zugrunde.

363. Will man die Gesamtwirkungen der Abwertungen auf Außenhandel und Konjunktur abschätzen, so ist zu berücksichtigen,

— daß deutsche Exporteuere auf allen Auslandsmärkten, auf denen sie mit Anbietern der Abwertungsländer konkurrieren, also auch in Drittländern, verschärfte Wettbewerbsbedingungen vorfinden werden,

— daß die Exporteure der Abwertungsländer die Chance erhalten, auf dem westdeutschen Inlandsmarkt vorzudringen,

— daß sich darüber hinaus unter den Anbietern aller Länder, die nicht abgewertet haben, der Wettbewerb intensivieren wird und daß Anbieter, die Märkte an Konkurrenten aus Abwertungsländern verloren haben, versuchen werden, diese Absatzeinbußen durch verstärkte Ausfuhren in die Bundesrepublik auszugleichen.

364. Um ein quantitatives Urteil über diese Wirkungen gewinnen zu können, müssen folgende Fragen beantwortet werden:

— Um wieviel verteuern sich die Exporte der Abwertungsländer, in deren eigener Währung gemessen?

— Welcher Anteil unserer Exporte und Importe wird von den Abwertungen betroffen?

— Wie hoch sind die Preiselastizitäten für unseren Außenhandel?

— Mit welchen Verzögerungen treten die Preiswirkungen auf?

Gleichzeitig ist zu fragen:

— Wie stark wird das Binnenpreisniveau in der Bundesrepublik als Folge der Abwertungen gedrückt werden, und in welchem Umfange werden abwertungsbedingte Differenzen zwischen Inlands- und Auslandspreisen wieder aufgehoben?

— Wie vermindert sich dadurch die Wirkung der Abwertung auf unsere Leistungsbilanz?

— Wie wird durch die Abwertungen die Binnenkonjunktur in der Bundesrepublik beeinflußt, und wie wirkt dies auf die Leistungsbilanz zurück?

365. Wir erwarten, daß die durch die Abwertungen bewirkten zusätzliche Preissteigerungen in den Abwertungsländern im Prognosezeitraum der Größenordnung nach nicht wesentlich mehr als 3 vH betragen werden, so daß sich der überwiegende Teil des Abwertungssatzes in Preisdifferenzen niederschlagen wird.

366. Da es infolge der Abwertungen zu einer Intensivierung des Preiswettbewerbs auf allen wichtigen Märkten kommen wird, werden die Abwertungen den deutschen Außenhandel viel stärker treffen, als es dem Anteil der Abwertungsländer am deutschen Außenhandel (etwa 10 vH) und ihrem Anteil am Welthandel (rund 12 vH), besonders in Fertigwaren (13 vH allein für Großbritannien), entspricht.

Wir halten es deshalb für wahrscheinlich, daß die Abwertungen im Durchschnitt eine so große Wirkung haben, wie wenn 25 vH unseres Außenhandels in voller Höhe betroffen wären. Man kann daher auch sagen, daß — unter Berücksichtigung der erwähnten Preissteigerungen — die Pfundabwertung einer DM-Aufwertung von 3 bis 4 vH gleichkommt. Das gilt selbstverständlich nur im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

367. Wie Anbieter und Nachfrager auf die Preisänderungen, die die Wechselkursanpassungen mit sich bringen, reagieren werden, ist nicht leicht zu veranschlagen. Berücksichtigt man die Zusammensetzung der von den Abwertungen betroffenen Warenströme, das Ausmaß der Abwertungen sowie früher beobachtete Preiseffekte (als die Integration der Weltmärkte weniger fortgeschritten war als heute), so erscheint es nicht unrealistisch, das die Preiselastizitäten in der Größenordnung von −2 liegen [1]; als Elastizität der Ausfuhr- und Einfuhrerlöse unterstellen wir somit einen Wert von - 1.

368. Da es längere Zeit dauert, bis früher vereinbarte Geschäfte abgewickelt sind, und da Umstellungen auf neue Warensortimente nicht unverzüglich vorgenommen werden können, rechnen wir damit, daß im ersten Halbjahr 1968 durchschnittlich drei Viertel der längerfristig erwarteten Wirkungen zum Tragen kommen.

369. Aus diesen Überlegungen folgt zunächst, daß im ersten Halbjahr 1968 die deutschen Exporterlöse um 2,5 vH gedrückt und die Ausgaben für Importe um 2,5 vH erhöht würden — immer verglichen mit dem Stand, den sie nach unseren Schätzungen ohne die Abwertungen erreicht hätten.

Ohne die Abwertungen hätten wir mit einer Steigerung der Ausfuhr um 8 vH gegenüber dem ersten Halbjahr 1967 auf 58,2 Mrd. DM gerechnet. Davon wären als direkter Abwertungseffekt 1,5 Mrd. DM abzuziehen. Bei den Einfuhren war der erwartete Wert 48,5 Mrd. DM, der nun um 1,2 Mrd. DM zu erhöhen wäre.

Es ergibt sich daraus als Primäreffekt der Abwertungen eine Verminderung der Nachfrage nach Inlandsgütern um etwa 2,7 Mrd. DM.

370. Die Primärwirkungen ziehen Sekundärwirkungen nach sich. Die Einkommensminderung hat zur Folge, daß die Importe etwas weniger steigen, daß die Investitions- und Verbrauchsausgaben etwas beeinträchtigt werden und daß sich deshalb der Exportzwang wieder etwas verstärkt und die wechselkursbedingte Verbilligung der Einfuhr auch einige Preiszugeständnisse im Ausfuhrgeschäft erlaubt.

371. Wenn wir die Primärwirkungen und die teils entgegengesetzten und teils gleichgerichteten Sekundärwirkungen zusammenfassen, so ergibt sich aufgrund unserer Schätzung als Wirkung auf die Ein- und Ausfuhren, die Preise und das Bruttosozialprodukt im ersten Halbjahr 1968 (immer verglichen mit dem, was sonst nach unserem Dafürhalten eingetreten wäre):

- — ein Weniger an Ausfuhren von 1,2 Mrd. DM (statt 58,2 Mrd. DM etwa 57 Mrd. DM),
- — ein Mehr an Einfuhren von 0,7 Mrd. DM (statt 48,5 Mrd. DM etwa 49,2 Mrd. DM),
- — ein Weniger an Bruttosozialprodukt (nominal) von etwa 2,5 Mrd. DM,
- — ein Weniger an Preissteigerungen (gemessen am Preisindex für den privaten Verbrauch) von 0,5 vH.

372. Diese Rechnungen beruhen, wie erwähnt, auf der Annahme des wirtschaftspolitischen status quo in der Bundesrepublik. Möglichkeiten, die geschätzten Wirkungen auf die Einkommensbildung und die Beschäftigung aufzufangen und damit auch im Geiste der internationalen Kooperation die Bemühungen Großbritanniens zur Wiederherstellung des internationalen Gleichgewichts zu unterstützen, bestehen im Rahmen einer Wirtschaftspolitik für Expansion und Stabilität, wie sie im zweiten Kapitel beschrieben ist.

[1] Eine Preissenkung um einen bestimmten Prozentsatz würde demnach zu einer prozentual doppelt so großen Erhöhung der abgesetzten Mengen und infolgedessen zu einer Zunahme der Erlöse führen, die prozentual genauso groß ist wie die Preissenkung.

VIERTES KAPITEL

# Zu Einzelfragen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik

## I. Einkommenspolitik als Stabilitätspolitik: Erfahrungen im Ausland und Lehren für die Bundesrepublik

373. In vielen Industrieländern zeigt sich ein Konflikt zwischen hohem Beschäftigungsstand und Preisniveaustabilität. Er scheint vor allem darin zu liegen, daß die Arbeitnehmerorganisationen bei dauerhaft hohem Beschäftigungsstand eine marktwidrige Erhöhung der Lohnquote anstreben, oder darin, daß die Unternehmer — ebenso gegen den Markt — eine Verteilungsposition aufrecht erhalten wollen, die einer veränderten Knappheit der Arbeitskraft im Vergleich zum Kapitel nicht mehr entspricht. Die Folge ist in manchen Ländern, daß die Wirtschaftspolitik, soll sie auf Geldwertstabilität oder auf außenwirtschaftliches Gleichgewicht verpflichtet bleiben, von Zeit zu Zeit versuchen muß, die Nachfrage zu drosseln, sofern es den wirtschaftspolitischen Instanzen nicht gelingt, funktionslose Verteilungskämpfe zu verhüten.

Mit dem Versuch, die Einkommens- und Preisentwicklung global und unter Mitwirkung der sozialen Gruppen, auf die es dabei vor allem ankommt, zu steuern (Konzertierte Aktion), hat die Bundesregierung einen Weg beschritten, der in einer Reihe westlicher Länder schon vorher eingeschlagen worden ist und der im allgemeinen als Einkommenspolitik bezeichnet wird.

374. Wenn den einkommenspolitischen Bemühungen in anderen Ländern bisher ein dauerhafter Erfolg versagt blieb, so braucht dies keineswegs entmutigend zu sein. Vielmehr liefert die Analyse dieser Versuche wertvolle Aufschlüsse über die Erfolgsbedingungen für eine Einkommenspolitik. Diese Bedingungen brauchen sich für die Bundesrepublik nicht als unerfüllbar zu erweisen. Zu lernen, was man besser machen muß, darauf kommt es vor allem an.

Um auf engem Raum von möglichst unterschiedlichen Erfahrungen berichten zu können, haben wir als Beispiele die Einkommenspolitik in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden ausgewählt. Hier wird sichtbar, wie sehr es für die Möglichkeiten einer wirksamen Einkommenspolitik davon abhängt, welches die wirtschaftspolitische Ausgangslage ist, welche institutionellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegeben sind und welche einkommenspolitische Konzeption zugrunde gelegt wird [1]).

### Vereinigte Staaten

375. Ähnlich wie andere Länder begannen die Vereinigten Staaten mit der Einkommenspolitik in einer Zeit, in der sich die Nation einer besonderen wirtschaftspolitischen Herausforderung gegenübersah: zu Beginn des Jahres 1961 war das Produktionsvolumen wegen konjunkturellen Nachfragemangels — auf das Jahr gerechnet — um rund 50 Mrd. $ oder gut 9 vH geringer, als es nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Beratergremiums des Prä-

[1]) Die folgenden Berichte beruhen im wesentlichen auf monographischen und vergleichenden Untersuchungen von Autoren aus mehreren Ländern sowie amtlichen Dokumenten, insbesondere:
Ackley, G., The Contribution of Guidelines; in Shultz G. P., Aliber R. Z., (edts.), Guidelines, Informal Controls, and the Market Place, Chicago, London 1966, S. 17 bis 39
Brown, E. H. P., Guidelines for Growth and for Incomes in the United Kingdom: Some Possible Lessons for the United States; in Shultz G. P., Aliber R. Z., a. a. O., S. 143 bis 163
Busch-Lüty, C., Gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik, Basel—Tübingen 1964
Council of Economic Advisers, Annual Reports 1963—1967; in Economic Report of the President, Washington 1963—1967
Dunlop, J. T., Guideposts, Wages and Collective Bargaining; in Shultz G. P., Aliber R. Z., a. a. O., S. 81 bis 98
Eckstein, O., Economic Conditions and the Success of United States Policies Against Inflation, 1961—1965; A Paper prepared at the Request of the Expert Council on German Economic Development, November 1, 1966
Economic Council of Canada, Third Annual Review; Prices, Productivity and Employment, Ottawa 1966
Fellner, W., Gilbert M. u. a., The Problem of Rising Prices, Paris 1961
Friedman, M., What Price Guideposts? in Schultz G. P., Aliber R. Z., a. a. O., S. 17 bis 39
National Board for Prices and Incomes, General Report April 1965 to July 1966, London 1966. — Second General Report, July 1966 to August 1967, London 1967
Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD), Policies for Price Stability, Paris 1962; Policies for Prices, Profits and other Non-Wage-Incomes, Paris 1964. — Economic Surveys: Sweden, United States, United Kingdom, Netherlands, Paris 1967
Pen, J., Harmonie und Konflikt in der Einkommenspolitik: Die niederländischen Erfahrungen; in E. Schneider (Hrsg.), Probleme der Einkommenspolitik, Tübingen 1965, S. 123 bis 136
Rothschild, K. W., Einkommenspolitik oder Wirtschaftspolitik? in E. Schneider (Hrsg.), a. a. O., S. 63 bis 80
Saunders, C. T., Incomes Policy in Great Britain: with Special Reference to Considerations of Equity; in E. Schneider, a. a. O., S. 137 bis 161
Smith, D. C., Incomes Policies; Special Study No. 4, prepared for the Economic Council of Canada, Ottawa 1966
Solow, R. M., The Case against the Case against the Guideposts; in Shultz G. P., Aliber R. Z., a. a. O., S. 41 bis 54
Turner, H. A., Zoeteweij H., Prices, Wages and Incomes Policies, International Labour Office (ILO), Geneva 1966

sidenten (Council of Economic Advisers) aufgrund des vorhandenen Produktionspotentials hätte sein können, ohne daß andere Ziele der Wirtschaftspolitik, insbesondere die Stabilität des Preisniveaus, gefährdet worden wären. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 6,7 vH fast den Höchststand der Nachkriegszeit (1958: 6,8 vH). Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe war um etwa 15 vH geringer als in mittleren Konjunkturjahren; die Lohnkosten je Produkteinheit stiegen trotz nahezu stagnierender Stundenverdienste an. Die laufenden Defizite der Zahlungsbilanz wurden als bedrohlich angesehen, zumal sie immer größer zu werden schienen. Auf der Aktivseite der wirtschaftspolitischen Bilanz stand lediglich ein stabiles Niveau der Verbraucherpreise.

376. Der Ausführung des Expansionsprogramms, das die Berater des Präsidenten Kennedy in dieser Situation ausgearbeitet hatten, stand die Inflationsfurcht konservativer Kreise im Kongress, in der Administration, in der Notenbank und in der Geschäftswelt als ernstes Hindernis entgegen, nicht zuletzt genährt durch die Zahlungsbilanznöte. Sollte die Unterstützung des Gesetzgebers und der Öffentlichkeit für das Expansionsprogramm gewonnen werden, so schien eine lohn- und preispolitische Absicherung der geplanten Anregungsmaßnahmen unumgänglich.

Durch die vorangegangene Diskussion der Inflationsursachen war der Boden für eine spezielle Lohn- und Preispolitik bereits vorbereitet. Die Nachkriegserfahrungen hatten gelehrt, daß mit Schwankungen oder Übersteigerungen in der Nachfrageentwicklung die Entwicklung des Preisniveaus, die man erlebt hatte, allein nicht erklärt werden konnte. So rückten Unvollkommenheiten der Güter- und Faktormärkte in den Vordergrund des Interesses: mangelnde Lohn- und Preisflexibilität im allgemeinen sowie die Lohn- und Preisführerschaft einiger Schlüsselbereiche und der oligopolistischen Anbieter auf zahlreichen Einzelmärkten, die wirksamen Preiswettbewerb zu vermeiden trachten und auch zu vermeiden vermögen, im besonderen. Die Alternative zum laisser-faire schien: mit möglichst allgemein anerkannten Spielregeln für ein stabilitätskonformes Lohn- und Preisverhalten zu versuchen, den Wettbewerbsmechanismus möglichst gut zu simulieren. Strenge Lohn- und Preiskontrollen wurden nicht in Betracht gezogen.

377. Die Stabilitätspolitik, die das Expansionsprogramm der Regierung Kennedy absichern sollte, war zunächst nur als Aufklärungsarbeit konzipiert. Die Regeln waren noch sehr allgemein gehalten; nur die Prinzipien einer stabilitätskonformen, an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung orientierten Lohnpolitik und der hierzu komplementären Preispolitik wurden vom Council of Economic Advisers schon 1962 formuliert. Erst nachdem eine rege Diskussion in Gang gekommen war, wurden Ausnahmen von der Produktivitätsregel näher präzisiert. Zugleich begann deutlich zu werden, daß Aufklärungsarbeit allein nicht ausreichen würde. Die Konjunktur hatte sich erholt, und die Gefahr, daß das Preisniveau steigen würde, war wieder unmittelbar aktuell geworden. Das führte 1964 zu einem Wandel in der Einkommenspolitik. Zum ersten Mal wurde eine allgemeine Lohn- und Preisleitlinie quantifiziert. Sie basierte auf dem Trend der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Außerdem: während der Bericht von 1962 den Anwendungsbereich der stabilitätspolitischen Grundsätze noch auf lohn- und preispolitische Entscheidungen von „nationalem Interesse" begrenzt hatte, wurde nun nahezu die gesamte Wirtschaft einbezogen. Darüber hinaus war der Council bestrebt, die Ausnahmeklauseln zur allgemeinen Produktivitätsregel enger auszulegen.

Das Hauptaugenmerk galt in dieser Phase der Preispolitik. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften war im allgemeinen noch zurückhaltend. Doch das Preisniveau hatte wieder stärker zu steigen begonnen. Es schien nur eine Frage der Zeit, wann dies erneut verbreitete Arbeitskämpfe sowie eine stabilitätswidrige Lohnwelle auslösen würde.

378. Die Anstrengungen der wirtschaftspolitischen Instanzen, den Lohn- und Preisleitlinien Geltung zu verschaffen, waren vielfältig; die Regierung nutzte dabei alle ihre Möglichkeiten, die für die Lohn- und Preisentwicklung mitverantwortlichen Entscheidungsträger direkt und indirekt zu beeinflussen oder unter Druck zu setzen. Hierzu gehörten:

- eine breit angelegte Aufklärungsarbeit mit dem Ziel, die Leitlinien als Beurteilungsmaßstäbe für stabilitätswidriges Verhalten im öffentlichen Bewußtsein fest zu verankern und ihnen auf diese Weise ein größeres Gewicht zu verleihen;
- die Diskussion mit Unternehmern und Gewerkschaften über die Bedeutung der Leitlinien als Orientierungshilfen im Einzelfall;
- der Einsatz des öffentlichen Ansehens der Kennedy-Administration, wenn es darum ging, Einzelentscheidungen zu vermeiden oder rückgängig zu machen, die stabilitätswidrig und besonders gefährlich schienen, weil Nachahmung drohte;
- die Ausnutzung der Marktmacht des Staates als Käufer von Rüstungsgütern und als Lagerhalter von Rohstoffen und Agrarprodukten mit dem Ziel, auf Teilmärkten ein stabilitätskonformes Preisverhalten herbeizuführen;
- die Drohung mit Maßnahmen, wie sie in Fällen vermuteten Mißbrauchs wirtschaft-

licher Macht aufgrund der Anti-Trust-Gesetze möglich sind;

— die Bereitschaft, durch handelspolitische Maßnahmen den stabilitätspolitischen Prinzipien Geltung zu verschaffen;

— die Ankündigung, der Präsident werde notfalls von seinem Vetorecht Gebrauch machen, sollte der Kongreß bei Besoldungserhöhungen im Bundesdienst die Lohnleitlinien nicht einhalten.

379. Die Schwierigkeiten, mit denen eine Einkommenspolitik selbst — oder gerade — in einem Lande zu kämpfen hat, das in der Preisentwicklung von seiner Umwelt vergleichsweise unabhängig ist, erwiesen sich als beträchtlich, immerhin vollzog sich der Aufschwung in den USA noch bis 1965 bei einigermaßen stabilem Preisniveau (Tabelle 96 im Anhang). Welchen Anteil die Einkommenspolitik daran hatte, ist umstritten.

Ziemlich einig sind sich alle Beobachter darin, daß die Aufklärungsarbeit des Council und die Versuche, die Leitlinien mit Unterstützung der breiten Öffentlichkeit in Einzelfällen durchzusetzen, dämpfend auf die Preissteigerungserwartungen von Unternehmern, Gewerkschaften und Verbrauchern gewirkt haben. Wie groß die daraus erwachsene Verhaltensänderung gewesen ist, läßt sich nicht leicht abschätzen. Der wichtigste Grund für die anhaltende Preisruhe war sicherlich, daß große Kapazitätsreserven und hohe Arbeitslosigkeit in der ersten Phase des Aufschwungs noch für so viel Wettbewerb sorgten, daß Unternehmer und Gewerkschaften bei Löhnen und Preisen zur Mäßigung gezwungen waren. Die Arbeitslosigkeit nahm nur langsam ab. Jedoch lassen ökonometrische Analysen Raum dafür, den ruhigen Preisverlauf in den vier Jahren von 1961 bis 1965 auch mit stabilisierenden Wirkungen der Einkommenspolitik zu erklären (JG 66 Ziffer 240).

380. Daß der Erfolg, den man den einkommenspolitischen Bemühungen unmittelbar zurechnen kann, nicht eindeutiger ausgefallen ist, mag vor allem an folgenden Gründen gelegen haben:

— Die lohn- und preispolitischen Grundsätze wurden im wesentlichen vom Präsidenten und seinen Beratern entwickelt. Unternehmer und Gewerkschaften wurden nur gelegentlich hinzugezogen. Kritiker machen dieses Vorgehen in der wichtigen Startphase der Einkommenspolitik dafür verantwortlich, daß das Leitlinienprogramm zunächst auf geringe Sympathie bei den Vertretern der großen Einkommensgruppen stieß.

— In der Lohnpolitik erwies sich als besonders nachteilig, daß die Spitzenorganisation der Gewerkschaften nicht mit den Vollmachten ausgestattet ist, die ihr eine für ihre Einzelgewerkschaften auch nur annähernd verbindliche zentrale Lohnpolitik gestatten würde; noch ungünstiger für eine zentrale Lohnpolitik sind die Voraussetzungen auf der Arbeitgeberseite. Über die Lohnentwicklung wird daher von den Arbeitsmarktparteien vielfach nur in lokalem oder gar betrieblichem Rahmen entschieden.

— Der binnenwirtschaftlichen Preispolitik fehlt es an Instrumenten, mit denen bewirkt werden kann, daß Bereiche mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten ihre Kostenvorteile statt in Form von stabilitätswidrigen Lohnerhöhungen, mit denen andere Branchen dann Schritt halten müssen, in Form von Preissenkungen weitergeben.

— Die Administration sah sich in zunehmendem Maße vom Feld gesamtwirtschaftlicher Lohn- und Preisleitlinien auf die Ebene einzelner Branchen gezogen und zu fallweisen Aktionen veranlaßt, mit denen sie versuchte, preis- und lohnpolitischen Vorstellungen wenigstens in Schlüsselbereichen exemplarisch durchzusetzen. Zwar blieb der Erfolg in diesem Bemühen nicht aus, doch mußte das Wirkungsfeld klein bleiben, da keine Organisation aufgebaut wurde, die ständig und auf breiter Front die Einhaltung der Normen stabilitätspolitischen Wohlverhaltens überprüfen konnte.

— Schon bald zeigte sich, daß die gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Preisleitlinien zwar einen hohen Aufklärungswert hatten, aber nur sehr schwer auf den Einzelfall übertragen werden konnten. Die Ausnahmeklauseln, mit denen die generellen Regeln elastisch gehalten werden sollten, lieferten allzu oft den Betroffenen Argumente, das Vorliegen eines Sonderfalles zu begründen. Die Argumente waren vielfach fadenscheinig und nicht überprüfbar; sie konnten aber nicht ohne weiteres beiseite geschoben werden, sollte der Grundsatz überwiegender Freiwilligkeit, auf dem die Einkommenspolitik beruhte, nicht aufgegeben werden.

381. Für die Zeit nach 1965 kann man nicht mehr davon sprechen, daß die Einkommenspolitik in den Vereinigten Staaten wirksam gewesen sei. Offenbar mit Rücksicht auf den Krieg in Vietnam wurde die stabilitätspolitische Aufgabe, die Nachfrageausweitung im Rahmen des Wachstums des Produktionspotentials zu halten, vernachlässigt und damit allen Forderungen nach einer stabilitätskonformen Lohn- und Preispolitik die allgemeine Grundlage entzogen. Niemand konnte mehr hoffen, durch Zurückhaltung in seinem Teilbereich ohne schwere Nachteile für sich selbst eine Stabilität sichern helfen zu können, die durch Entscheidungen über die großen volkswirtschaftlichen Nachfrageströme eigentlich schon aufgegeben worden war. Aber nicht nur die Preissteige-

rungen und der Lohnsog, welche der außerordentlichen Nachfrageexpansion folgten, verhinderten, daß die bisherige Einkommenspolitik wirksam fortgesetzt werden konnte. Hinzu kam, daß sich die Einkommensverteilung in den Jahren des Aufschwungs zugunsten der Unternehmer verschoben hatte.

Die Leitlinienpolitik hatte an eine Trendrate des Produktivitätsfortschritts angeknüpft, die im Aufschwung nicht unwesentlich übertroffen worden war. Die Arbeitslosenquote erreichte ihren niedrigsten Stand seit dem Koreaboom. Angesichts gestiegener Gewinne und steigender Preise waren die Gewerkschaften nicht bereit, weiterhin Zurückhaltung zu üben. Im Jahresbericht 1967 hat der Council dem Rechnung tragen müssen, indem er für eine Übergangszeit zugestand, daß die zu erwartende Geldentwertung einen Zuschlag auf die Lohnleitlinie rechtfertige.

**Großbritannien**

382. Anders als in den Vereinigten Staaten waren die einkommenspolitischen Experimente in Großbritannien nicht so sehr auf die stabilitätspolitische Sicherung eines Expansionsprogramms gerichtet als auf die Überwindung von Zahlungsbilanzkrisen. Die Zeiten einkommenspolitischer Bemühungen fallen mit den großen Zahlungsbilanzkrisen (1949, 1951 bis 1952, 1955 bis 1957, 1961, 1964 bis 1966) zusammen; mehr und mehr wurden es Bemühungen zur Verteidigung des Pfundkurses.

383. Die Anspannung der Ressourcen beim Wiederaufbau sowie zunahmende Zahlungsbilanzschwierigkeiten veranlaßten die Labour-Regierung 1948 zu einem „Statement on Personal Incomes, Costs and Prices" mit dem Ziel, den Lohnauftrieb zu bremsen und die Preiserhöhungen zum Stillstand zu bringen. Die Spitzenorganisation der Gewerkschaften war bereit, ihre Politik dem nationalen Interesse unterzuordnen, die Industrie willigte in einen Dividendenstopp ein. Es folgten zweieinhalb Jahre, in denen die Gewerkschaften stillhielten. Den Bemühungen, auch das Preisverhalten zu ändern, war kein durschlagender Erfolg beschieden. Die Löhne stiegen zwar nur noch mit einer Jahresrate von etwa 2 vH und blieben damit im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts. Gleichwohl stiegen die Einzelhandelspreise um durchschnittlich 3 vH je Jahr. Der anhaltende Preisanstieg, das Zurückbleiben der Löhne hinter den Gewinnen sowie der Umstand, daß die Gewerkschaften die Kontrolle über die Lohnstruktur verloren hatten, all dies führte dazu, daß die Gewerkschaften ihre Zurückhaltung aufkündigten. Was folgte, war ein durch die weltweiten inflationären Wirkungen des Koreakrieges verstärkter Lohn- und Preisauftrieb.

384. Als sich die konservative Regierung bei erneuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten 1952 und 1957 an die Gewerkschaften und Unternehmer wandte, um mit deren Hilfe den Lohnanstieg zu drosseln und ein „Preisplateau" zu halten, lehnten die Gewerkschaften unter dem Eindruck ihrer früheren Erfahrungen ab.

Auch der 1957 geschaffene „Council on Prices, Productivity and Incomes" änderte mit seinen Veröffentlichungen die lohn- und preispolitischen Verhaltensweisen nicht. In seinem ersten Bericht (1957) distanzierte er sich von jeglichen produktivitätsorientierten Leitlinien mit dem Hinweis, sie könnten leicht zur Norm für die Untergrenze von Lohnerhöhungen werden, ein Sinken des Preisniveaus von vornherein verhindern und zu einer Erstarrung der Lohnrelationen führen. Statt dessen plädierte der Council dafür, die Nachfrageausweitung zu dämpfen. Eine höhere Arbeitslosenquote — damals 1,4 vH — würde die Löhne und damit auch die Preise am ehesten unter stabilitätsförderlichem Druck halten.

Erst nachdem sich die personelle Zusammensetzung des Council geändert hatte und neue Erfahrungen hinzugekommen waren, wurde auch von dieser Seite anerkannt, daß mehr direkte Steuerung von Preisen und Löhnen nötig sei, wenn der „Preis" für Geldwertstabilität in Form von Arbeitslosigkeit und geringerem Wachstum gesenkt werden sollte.

385. Im Sommer 1961 kündigte die Regierung, wiederum unter dem Druck einer kritischen Zahlungsbilanzentwicklung, eine Reihe von nachfragedämpfenden Maßnahmen zur Wiederherstellung des äußeren Gleichgewichts an; gleichzeitig forderte sie eine allgemeine Lohnpause. Die Gewerkschaften lehnten erneut ab. Der demonstrative Lohnstopp im öffentlichen Sektor fand keine Nachahmung; die Folge war eine Verzerrung der Lohnrelationen.

386. Mit dem Weißbuch „Incomes Policy: The Next Step" vom Februar 1962 übernahm die Regierung offiziell die Aufgabe, einkommenspolitische Leitlinien zu fixieren; zugleich schuf sie eine Institution, die die Einhaltung dieser „guiding lights" überprüfen sollte, die „National Incomes Commission". Die Lohnleitlinie des Weißbuches fußte wie in den Vereinigten Staaten auf dem in den unmittelbar vorangegangenen Jahren beobachteten Trend der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Gründe für zugelassene Abweichungen von dieser Regel wurden nur knapp umschrieben. Ausdrücklich wurde abgelehnt, daß branchenspezifische Produktivitätsfortschritte oder überdurchschnittliche Gewinnsteigerungen die Tarifvereinbarungen bestimmen dürften; sogar gestiegene Lebenshaltungskosten sollten unberücksichtigt bleiben — und dies, obwohl nicht erkennbar gemacht worden war, wie die Regierung ein stabilitätskonformes Preisverhalten herbeiführen wollte. Letzteres

mag ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß auch dieser einkommenspolitische Versuch ohne Widerhall bei den Vertretern der Arbeitnehmer blieb.

387. Einen neuen Anlauf zu einer stabilitätsorientierten Lohn- und Preispolitik machte die Regierung Wilson unmittelbar nach der Amtsübernahme im Oktober 1964, wiederum gedrängt durch Zahlungsbilanznöte. Mit einem Programm, das allem Anschein nach auch in preispolitischer Hinsicht abgerundet war, gelang es der Regierung, wohl auch unter Ausnutzung der engeren politischen Verbindung mit den Gewerkschaften, eine einkommenspolitische Übereinkunft mit Unternehmern und Gewerkschaften zu erzielen. Nicht nur die Entwicklung der Löhne, sondern auch die der Preise und damit der Gewinne sollte im Rahmen eines umfassenden wirtschaftlichen Entwicklungsplanes stabilitätskonform gesteuert werden. Eine von Gewerkschaften und Unternehmern unterstützte Kommission, der neu eingerichtete „National Board for Prices and Incomes" sollte — anders als in den Vereinigten Staaten und besser ausgerüstet als die „National Incomes Commission" — die Lohn- und Preisentwicklung von vornherein nicht mehr nur beobachten, sondern als eine allseits anerkannte Konsultationsinstanz die Verhaltensweisen unmitellbar beeinflussen.

388. Zwar war nun die grundsätzliche Bereitschaft der Gewerkschaften gewonnen, an einer stabilitätskonformen Einkommenspolitik mitzuwirken, andere Schwierigkeiten, die den Stabilisierungsbemühungen entgegenstanden, hatten sich jedoch — wenn überhaupt — nicht wesentlich verringert:

— Die institutionellen Voraussetzungen für eine zentrale Lohnpolitik sind in Großbritannien eher noch schlechter als in den Vereinigten Staaten. Zwar werden die Lohnverhandlungen meist für Branchen geführt, aber dabei stehen einander in der Regel Berufsgewerkschaften und nach Branchen organisierte Arbeitgeberverbände gegenüber. An einem Tarifabschluß für alle Arbeitnehmer einer Branche sind daher fast immer mehrere Gewerkschaften beteiligt, was den Entscheidungsprozeß erschwert. Hinzu kommt, daß den historischen Lohnrelationen zwischen den Berufen ein nahezu eherner Charakter beigemesssen wird. Die darin angelegte Tendenz zu Kettenreaktionen auf dem Arbeitsmarkt erhöht die Gefahr, daß sich stabilitätswidrige Lohnerhöhungen, die in einzelnen Bereichen vorgenommen werden, rasch auf die gesamte Volkswirtschaft ausbreiten.

— Auch in Großbritannien zeigte sich erneut, daß ein stabilitätskonformes Preisverhalten noch schwerer durchsetzbar ist als lohnpolitische Zurückhaltung.

— Schließlich gibt es noch Hemmnisse, vor allem Starrheiten im Wirtschaftsgefüge, die kaum abwägbar sind; der „National Board for Prices and Incomes" umschreibt sie als eine Kombination institutioneller Faktoren und betont die ineffiziente Ausnutzung der physischen Ressourcen, das Festhalten an überkommenen Vorstellungen und den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht.

389. So blieb auch dem einkommenspolitischen Neubeginn ein sichtbarer Erfolg versagt (Tabelle 96 im Anhang). Ökonometrische Untersuchungen haben ergeben, daß der Lohnanstieg seit 1964 nur wenig geringer war, als auf Grund der Nachkriegserfahrungen ohnehin erwartet werden mußte. Spätestens Ende 1965 wurde der Mißerfolg der jüngsten stabilitätspolitischen Aktion, die noch auf Freiwilligkeit der Beteiligten gegründet war, deutlich. Nachdem sich die Arbeitslosigkeit 1964 fühlbar verringert hatte, schnellten die Stundenverdienste in der Industrie um 9,4 vH und die Verbraucherpreise um 4,8 vH hinauf; das reale Sozialprodukt wuchs nur noch um 2,4 vH.

Die Regierung versuchte in der ersten Hälfte des Jahres 1966 noch einmal, diesmal mit lockeren Kontrollen für Preise von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung, dem Stabilitätsproblem ohne allgemeine Restriktionsmaßnahmen beizukommen und so dem „stop and go" zu entrinnen. Doch die schwere Zahlungsbilanzkrise im Juli 1966 zwang zum Kurswechsel: Es kam zum harten „stop", scharfen Restriktionsmaßnahmen, flankiert von Lohn- und Preiskontrollen. Die Arbeitslosenquote stieg von 1,2 vH im ersten Halbjahr 1966 auf 2 vH (über 600 000 Arbeitslose) im ersten Halbjahr 1967; das Wachstum des Sozialprodukts ist praktisch zum Stillstand gekommen, der Anstieg der Verbraucherpreise hält — wenn auch gedämpft — an. Am 18. November 1967 wurde das Pfund abgewertet.

**Niederlande**

390. Die Einkommenspolitik in den Niederlanden unterscheidet sich, was die institutionellen Regelungen angeht, von der aller anderen westlichen Länder dadurch, daß sie — ähnlich wie andere Bereiche der niederländischen Wirtschaftspolitik — lange Zeit deutlich planwirtschaftliche Züge trug. Was die Zielsetzung angeht, steht das verteilungspolitische Interesse stärker im Vordergrund als anderswo; man hofft, das Verteilungsergebnis des Marktes mit Hilfe der Einkommenspolitik in Richtung einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung beeinflussen zu können. Geldwertpolitisch hat man sich dafür entschlossen, angesichts der starken Außenhandelsverflechtungen des Landes [1]) nicht mehr anzustreben, als der

[1]) Der Export ist fast halb so groß wie das Bruttosozialprodukt (Bundesrepublik rund ein Fünftel).

internationale Preistrend jeweils zuläßt, ohne daß sich ständige Zahlungsbilanzungleichgewichte ergeben oder Anpassungen des Wechselkurses notwendig werden (relative Preisstabilität).

391. Die erste Phase der niederländischen Einkommenspolitik nach dem Kriege war durch eine strenge Kontrolle der Löhne gekennzeichnet; dabei bemühte man sich, eine „harmonische" Lohnstruktur zu schaffen. Die Ausgangsbasis war 1945 ein einheitlicher Mindestlohn für ungelernte Arbeiter; der Mindestlohn für angelernte lag um 10 vH und der für spezialisierte um 20 vH über dem der ungelernten Arbeiter. Mit Hilfe ständig verfeinerter Methoden der Arbeitsplatzbewertung wurde, ausgehend von diesen Mindestlöhnen, die Lohnskala differenziert. Die individuelle Entlohnung regelte sich nach Leistungs- und Prämienlohnsystemen, in denen die maximal möglichen Abweichungen von den offiziellen Stundenlöhnen fixiert waren. Nach dem allgemeinen Lohnstopp Ende 1946 gab es bis 1954 nur noch einheitliche Lohnsteigerungen. Diese orientierten sich in erster Linie an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, nachdem 1948 die Preiskontrollen beseitigt worden waren. Wie breit die Unterstützung der staatlich gelenkten Lohnpolitik war und wie wirksam sie infolgedessen sein konnte, zeigt sich daran, daß die Arbeitnehmer 1951, als das Land eine schwere Zahlungsbilanzkrise erlebte, eine allgemeine Lohnpause und damit eine nicht unerhebliche Senkung der Reallöhne hinnahmen.

392. Nachdem die dringlichsten Probleme des Wiederaufbaus bewältigt und die Störungen überwunden waren, die der Koreakrieg auch im niederländischen Wirtschaftsablauf verursacht hatte, wandelte sich — nicht zuletzt unter dem Einfluß veränderter Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt — der Charakter der Einkommenspolitik. Während man bis 1954 die Nominaleinkommen jeweils lediglich dem Preistrend anpaßte, gab es von da an sogenannte Wohlstandslohnrunden (welvaartsloonronde). Als zusätzliche Orientierungshilfe rückte immer mehr die erwartete Sozialproduktentwicklung in den Vordergrund. Das Gremium staatlicher Schlichter (College van Rijksbemiddelaars), dem es in letzter Instanz oblag, die Entwicklung der Standardlohnsätze festzulegen, erkannte auch die Lenkungsfunktion der Lohnsätze an, indem es Raum schuf für branchenindividuelle Lohnerhöhungen, die dem zuvor ausschließlich befolgten Grundsatz „gleicher Lohn für gleichartige Arbeit" nicht entsprachen: Neben der allgemeinen Lohnsteigerungsrate wurde eine bedingte Rate fixiert, die insoweit in Anspruch genommen werden durfte, als dies nicht dazu zwang, Preiserhöhungen vorzunehmen. Der Arbeitsmarkt ging jedoch über diese Einschränkung hinweg. Nur ein geringer Anteil der Lohnerhöhungen des Jahres 1956, dem ersten Jahr dieser neuen Regelung, blieb unter der Maximalrate. Auch in den Niederlanden begann sich mit zunehmender Verknappung der Arbeitskräfte der Konflikt zwischen Stabilität und Wachstum zu zeigen.

393. Wie sehr der Erfolg einer Einkommenspolitik von flankierenden Maßnahmen in den übrigen Bereichen der Wirtschaftspolitik abhängt, wurde 1956/57 deutlich (Tabelle 96 im Anhang). Die niederländische Wirtschaft hatte sich während des nahezu weltweiten Booms, der 1955 eingesetzt hatte, dem internationalen Konjunkturzusammenhang nicht entschieden zu entziehen versucht. Die Anstöße, die von der starken Auslandsnachfrage ausgingen, ließen das reale Sozialprodukt 1955 um knapp 8 vH wachsen. Die Arbeitslosenquote erreichte im Jahr darauf den bis dahin niedrigsten Stand seit Kriegsende. Dabei war der Preisanstieg zunächst gering geblieben, die Lohnsteigerungen hatten sich im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts gehalten. Einige Zeit hatte sich die Konjunkturpolitik mit dem Versuch begnügt, die Gesamtnachfrage mit schrittweise verschärfter kreditpolitischer Restriktion zu steuern. Ende 1956 verstärkte sie die Preiskontrolle und fixierte Höchstpreise für einige Waren. Die Preis- und Lohnwelle war jedoch nicht mehr aufzuhalten. Von 1956 auf 1957 stiegen die Verbraucherpreise um knapp 7 vH, die Tariflöhne um knapp 11,7 vH. Die Zahlungsbilanz, die vorher Überschüsse aufgewiesen hatte, geriet ins Defizit. Mit einer Stabilisierungskrise, die 1958 das Sozialproduktswachstum zum Stillstand brachte, die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu 1955 nahezu verdoppelte und die Gewerkschaften in Tarifverträge einwilligen ließ, die auf eine Senkung der Reallöhne hinausliefen, wurden die vorangegegangenen Versäumnisse zahlungsbilanzkonform kompensiert.

394. Als 1959 die Sozialisten aus der Regierung ausschieden, beschleunigte sich der Wandel in der Einkommenspolitik. Die zentrale Lohnkontrolle wurde zugunsten einer größeren Autonomie der Arbeitsmarktparteien gelockert, insbesondere die Lohnfindung mehr auf die Branchenebene verlagert. Branchenspezifische Beschäftigungslage, Produktivitätsentwicklung und Gewinnlage sollten nun stärker berücksichtigt werden, allerdings ohne daß die Möglichkeiten für kompensatorische Preissenkungen in produktivitätsstarken Bereichen stabilitätswidrig eingeengt würden. Der Versuch war nicht sehr erfolgreich: Endlose Diskussionen über die Produktivitätsmessung in Einzelbereichen setzten ein; Produktivitätsschätzungen wurden manipuliert; die Schiedsrichtertätigkeit der zentralen Instanzen nahm zu, anstatt sich — wie erwartet — zu verringern. Hinzu kam, daß mit der starken Konjunkturbelebung, die parallel zum Aufschwung

im dritten westdeutschen Wachstumszyklus eingesetzt hatte, die Arbeitslosenquote auf 0,7 vH sank, das heißt die Arbeitskräfte so knapp wurden, daß die Lohnentwicklung der Kontrolle der einkommenspolitischen Instanzen englitt.

395. Die Schwierigkeiten führten 1963 zu einer weiteren Reform der Einkommenspolitik:

— Die produktivitätsorientierte Leitlinie für die Lohnentwicklung wurde in der Öffentlichkeit nicht mehr zur Diskussion gestellt. Am Anfang einer Lohnrunde steht nunmehr (wieder) die Analyse des mit dem nationalen Interesse zu vereinbarenden gesamtwirtschaftlichen Lohnerhöhungsspielraums durch den Sozialökonomischen Rat, in dem Arbeitgeber, Gewerkschaften und Regierung vertreten sind. Der Rat stützt sich dabei auf Projektionen der wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen, die durch das zentrale Planungsbüro unter der Annahme alternativer Lohnbewegegungen erstellt werden. Da „relative Preisstabilität" das Ziel geblieben ist, wird der jeweils erwarteten Entwicklung der Zahlungsbilanz ein besonders großes Gewicht als Entscheidungshilfe beigemessen. Die zukünftige allgemeine Lohnentwicklung wird mit den zentralen Arbeitsmarktorganisationen beraten, die auf privater Basis in der Stiftung der Arbeit (Stichting van den Arbeid) zusammenarbeiten. Hierauf folgen Lohnverhandlungen auf Branchenebene, deren Ergebnisse, sollen sie wirksam werden, der Zustimmung der vorgelagerten Stufen (Sozialökonomischer Rat, Stiftung der Arbeit) und der Anmeldung beim Gremium staatlicher Schlichter bedürfen.

  Die Regierung hat ein Vetorecht.

— Auf dem Gebiete der Preispolitik verläßt man sich, entsprechend dem Ziel der „relativen Preisstabilität", in erster Linie auf den Druck der Auslandskonkurrenz. Für wichtige inlandswirksame Preiserhöhungen gibt es ein Anmeldeverfahren, in dem gegenüber dem Wirtschaftsministerium die Gründe für die geplanten Preiserhöhungen dargelegt werden müssen; der Wirtschaftsminister hat die Möglichkeit, Höchstpreise zu bestimmen. Mit der Verschärfung der Lohnkontrollen wurde 1966 auch die Preisüberwachung verstärkt. Nur noch externe Kostensteigerungen sollen in Preiserhöhungen, alle externen Kostensenkungen in Preissenkungen weitergegeben, die Handelsspannen nicht mehr erhöht werden.

396. Die Ergebnisse auch des neuen einkommenspolitischen Anlaufs sind auf den ersten Blick nicht eindrucksvoll. Von 1963 bis 1966 stiegen die Verbraucherpreise, nicht gerechnet den Preistanstieg als Folge der Erhöhung der indirekten Steuern, mit einer Jahresrate von rund 4,5 vH, die Stundenlöhne in der privaten Wirtschaft um durchschnittlich 12 vH. Das ist sicherlich mehr, als unvermeidbar war, selbst wenn man für gegeben nimmt, daß die Niederlande sich nicht dem Trend der Löhne und Preise in den Nachbarländern zu entziehen beabsichtigten. Denn seit 1966 traten ernstere Zahlungsbilanzschwierigkeiten auf, die mit dem konjunkturellen Ausfall an Inmportnachfrage aus der Bundesrepublik, dem weitaus wichtigsten Handelspartner der Niederlande, nicht ausreichend erklärt werden können. Wenn es der Einkommenspolitik nicht gelang, diese Übersteigerung zu vermeiden, dann vor allem deshalb, weil die Stiftung der Arbeit weniger in der Lage war, die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt zu neutralisieren, als zuvor das Gremium der staatlichen Schlichter. Der Stiftung, das heißt den Parteien am Arbeitsmarkt, wurde ein kaum zu bewältigender Balanceakt zwischen Gruppenegoismus und nationalem Interesse zugemutet. Das Ergebnis konnte aber wahrscheinlich nicht wesentlich anders sein, da die Konjunkturpolitik nicht dafür gesorgt hatte oder — angesichts der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit — nicht dafür sorgen konnte, daß der Markt den sozialen Gruppen ein anderes Verhalten als vernünftig nahelegte. Die Rückkehr zu mehr Stabilität wurde aufgeschoben, bis der außenwirtschaftliche Verbund mit der Bundesrepublik den Deflationsdruck der deutschen Rezession, ja diese selbst, ins Land brachte.

397. Insgesamt dürften in den Niederlanden die Erfolgschancen der Einkommenspolitik in der Vergangenheit größer gewesen sein als in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, obwohl auch hier alle Bemühungen schließlich immer wieder gescheitert sind.

Für eine wirksame Einkommenspolitik sind die Bedingungen in den Niederlanden wohl vor allem deshalb besser, weil das Verhalten der sozialen Gruppen zueinander durch große Loyalität gekennzeichnet ist, die straffe Zentralisation der Arbeitsmarktparteien eine nationale Lohnpolitik erleichtert und einer staatlichen Kontrolle von Löhnen und Preisen Toleranz entgegengebracht wird. Die Bereitschaft der großen Gruppen, eine Einkommenspolitik zu unterstützen, wird vielfach auch darauf zurückgeführt, daß in den Niederlanden sehr ausgeprägte Vorstellungen über eine soziale Harmonie bestehen und die Wirkungsweise des Marktmechanismus bei der Einkommensverteilung auf verbreitetes Mißtrauen trifft.

So wurde, zumindest bis 1959, ein Lohnfindungssystem möglich, das im Zusammenspiel der verschiedenen beteiligten Organisationen privaten und öffentlichen Charakters funktionslose Arbeitskämpfe weitgehend zu vermeiden erlaubte.

Wenn die niederländische Wirtschaftsentwicklung trotz des bescheidenen Ziels der „relati-

ven Preisstabilität" durch Phasen exzessiver Preis- und Lohnsteigerungen und durch Stabilisierungskrisen unterbrochen war, dann vor allem, weil die Einkommenspolitik nicht durch eine autonome Konjunkturpolitik ergänzt werden konnte und weil die Lohnpolitik eine Lohnstruktur aufrechtzuerhalten suchte, die den Marktverhältnissen, insbesondere den Lohnrelationen der Nachbarländer, nicht entsprach, so daß die Anpassung schließlich auf inflatorische Weise erfolgen mußte. Außerdem gelang es noch nicht, die Einkommenspolitik so zielkonform, operational und transparent zu gestalten, daß auch in der auf die Wiederaufbauphase folgenden konfliktsreicheren Zeit eines zunehmend engeren Arbeitsmarktes die zentralisierte Lohnfindung hinreichend einfach geblieben wäre und doch marktgerechte Ergebnisse geliefert hätte.

**Schweden**

398. In Schweden ist eine Einkommenspolitik ohne gezielte Maßnahmen der Lohn- und Preispolitik versucht worden:

— Die Arbeitsmarktparteien haben bisher energisch und erfolgreich verhindert, daß die Regierung über informelle Aktivität und über die Steuerung der Gesamtnachfrage hinaus in die Lohnfindung eingriff.

— Preispolitisch orientiert man sich, wie in den Niederlanden, am Prinzip der „relativen Preisstabilität"; jedoch hat die Regierung nicht die Möglichkeit direkter Preiskontrollen.

— Vorrangige Ziele der Wirtschaftspolitik sind, wenn auch von der Regierung und den großen sozialen Gruppen unterschiedlich betont, die Vollbeschäftigung und das Wirtschaftswachstum bei Vermeidung von Zahlungsbilanzungleichgewichten.

399. Die Lohnpolitik wird getragen von Arbeitsmarktverbänden mit Spitzenorganisationen, denen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um den Entscheidungen, die auf nationaler Ebene getroffen werden, auch in Einzelbereichen Geltung zu verschaffen. Oberstes Gremium der Sozialpartner ist der gemeinsame Arbeitsmarktausschuß, der nach heftigen Arbeitskämpfen in den dreißiger Jahren geschaffen worden ist, und dem es obliegt, in Eigenverantwortung dafür zu sorgen, daß die Interessen der Allgemeinheit in der Lohnpolitik genügend berücksichtigt werden. Die Rolle des Staates beschränkt sich darauf, Schlichtungsstellen anzubieten sowie Arbeitsgerichte und ähnliche institutionelle Hilfen bereitzustellen, die möglichst reibungslosen Arbeitsmarktbeziehungen dienlich sind. Bei der staatlichen Einflußnahme auf die Lohnpolitik, die allerdings institutionell nicht gesichert ist, hält das Finanzministerium als Träger der Konjunkturpolitik und als Koordinationsinstanz für die gesamte Wirtschaftspolitik die Schlüsselstellung. Mit dem Nationalbudget werden entscheidende Akzente gesetzt, an denen die Arbeitsmarktparteien selten vorbeigehen. Bei der Vorlage des Budgets macht der Finanzminister gelegentlich von der Möglichkeit Gebrauch, das mit den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen nach Ansicht des Kabinetts zu vereinbarende Maß an Lohnerhöhungen zu quantifizieren. Das nationale Konjunkturinstitut, auf dessen Analysen und Projektionen sich die Budgetpolitik stützt, ist zugleich — allerdings kontrolliert durch verbandseigene Forschungsinstitute — wichtige Informationsquelle für die Lohnpolitik.

Den nationalen Abkommen auf Branchenebene geht seit 1956 ein Rahmenabkommen über Lohnerhöhungen zwischen den Spitzenorganisationen von Gewerkschaften und Unternehmern voraus, dessen Laufzeit von anfänglich einem Jahr später auf zwei und 1966 auf drei Jahre ausgedehnt wurde. Dieser allgemeine Rahmen wird durch Branchenverträge ausgefüllt, die in der Regel jährlich abgeschlossen werden, meist zu Jahresbeginn. Den Anfang machte gewöhnlich der exportintensive Maschinenbau, der bis in die jüngste Zeit die Rolle des Lohnführers innehatte. Dies bedeutete praktisch: Außenhandelslohnstandard. Denn die Lohnrelationen sind außerordentlich starr; Lohnerhöhungen des Lohnführers werden fast gleichförmig von allen anderen Bereichen übernommen, und zwar aufgrund eines fest eingewurzelten Prinzips der „Solidarität", verwandt dem niederländischen Konzept des „gleicher Lohn für gleichartige Arbeit", das ökonomisch gerechtfertigt wird mit dem Argument, der Produktivitätsfortschritt werde am ehesten gefördert, wenn die Arbeitskräfte aus rentabilitätsschwachen Betrieben durch das allgemeine „Lohnsoll" hinausgepreßt werden, nicht aber, wenn darauf gewartet wird, daß Lohnunterschiede den rentabilitätsstarken Betrieben einen Anreiz geben, sie dort herauszuziehen.

400. Mit der Lohnführerschaft des wichtigsten Exportbereichs ist zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft gesichert und für die Gesamtwirtschaft der Außenhandelspreisstandard unmittelbar etabliert. Strenger als in den Niederlanden ist die Lohnentwicklung auf diese Weise mit der Preisentwicklung in den wichtigsten Partnerländern Schwedens verbunden; damit ist dafür gesorgt, daß das Prinzip der „relativen Preisstabilität" so reibungslos wie möglich funktioniert. Um sozialen Härten der Geldentwertung vorzubeugen, sind Schutz- und Anpassungsmechanismen entwickelt worden.

401. Seit 1950, als man in der Zahlungsbilanzkrise das Vorbild anderer Länder in gleicher Lage nachahmte und einen Lohnstopp einführte, dem

dann, wie anderswo auch, während des Koreakriegs eine Lohn- und Preisexplosion folgte, hat Schweden bis 1965 zwar nahezu ständig Preissteigerungsraten zwischen 2 und 5 vH gehabt, jedoch keine ernsten Zahlungsbilanzschwierigkeiten mehr. Das reale Sozialprodukt ist jährlich um mehr als 4 vH gewachsen. Die Arbeitslosenquote ging stetig zurück. Die Streikbilanz ist noch günstiger als in der Bundesrepublik.

402. In jüngster Zeit jedoch wachsen die stabilitätspolitischen Sorgen, nicht zuletzt infolge des knapper werdenden Arbeitskräfteangebots. Die Exportwirtschaft droht ihre Lohnführerschaft an die binnenwirtschaftlich orientierte Bauindustrie zu verlieren. Erste Folgen des geringeren Kontakts der Lohnpolitik mit der Auslandspreisentwicklung zeigten sich 1965 und 1966: Die Lohnkosten je Produkteinheit in der Industrie nahmen um 5,3 beziehungsweise 3,9 vH zu, verglichen mit jährlich 1 bis 1,5 vH zwischen 1959 und 1964; die Verbraucherpreise stiegen jeweils um rund 5,5 vH; der Außenbeitrag — in den Jahren 1957 bis 1964 fast immer positiv — war stark negativ. Das Sozialprodukt wuchs nur noch mit einer Rate von 3,4 vH (1959 bis 1964: 5 vH). Mit einem breiten struktur- und wachstumspolitischen Programm sucht die Regierung die Schwierigkeiten zu überwinden.

**Zusammenfassung**

403. Die einkommenspolitischen Bemühungen in anderen Ländern haben gezeigt: wirksame Einkommenspolitik ist nicht unmöglich; in allen hier betrachteten Fällen hat die staatliche Wirtschaftspolitik, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und für unterschiedlich lange Zeit, auf die Mitwirkung der sozialen Gruppen, auf die es vor allem ankommt, rechnen können. Es dürfte aber auch unverkennbar sein, daß jede Einkommenspolitik scheitern muß, wenn sie nicht Teil einer umfassenden Wirtschaftspolitik ist, in der die einkommenspolitischen Ziele und die übrigen Ziele der Wirtschaftspolitik aufeinander abgestimmt sind.

404. Läßt die Konjunkturpolitik Übersteigerungen der Nachfrageentwicklung zu, so kann nicht erwartet werden, daß die Gewerkschaften freiwillig auf einen Lohndruck verzichten, der ihnen einen Anteil an den gestiegenen Erträgen der Unternehmen sowie einen Ausgleich für die Reallohneinbußen, die steigende Verbraucherpreise mit sich bringen, verschaffte.

405. Läßt die Wirtschaftspolitik zu, daß der internationale Inflationstrend auf die Dauer das inländische Preisniveau bestimmt, so ist es unrealistisch, für die Einkommenspolitik Grundsätze aufzustellen, die nur für Länder gelten können, die hinsichtlich ihrer Geldwertentwicklung Autonomie haben, sei es, weil sie sich in der Situation einer „économie dominante" befinden, sei es, weil sie sich — währungspolitisch — vom internationalen Preistrend unabhängig gemacht haben.

406. Unterläßt es die Wirtschaftspolitik, für einen allenthalben wirksamen Preiswettbewerb zu sorgen, so kann meist nicht verhindert werden, daß von Bereichen, in denen die Produktivitätsfortschritte groß, jedoch die Wettbewerbsintensität gering ist, Lohnwellen ausgehen, die stabilitätswidrig sind und deren inflatorische Folgen dann nur noch durch eine Politik der allgemeinen Nachfragedämpfung — mit allen Nachteilen eines Deflationsdrucks — zurückgedrängt werden können.

407. Verzichtet man auf eine Strukturpolitik, die den wachstumsbedingten Strukturwandel erleichtert, so werden dem Preis- und Lohnmechanismus Aufgaben zugemutet, die er — nimmt man für gegeben, daß Preise und Löhne nach unten sehr viel weniger flexibel sind als nach oben — ohne Gefahr für einen hohen Beschäftigungsstand nur erfüllen kann, wenn für das Preis- und Lohnniveau ein gewisser inflatorischer Trend zugelassen wird.

408. Stützt sich die Einkommenspolitik auf gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten, zum Beispiel Lohnleitlinien, so dürfen diese, sollen sie wirksam sein, nur geringen Spielraum für Abweichungen nach oben und unten lassen. Andererseits muß gewährleistet bleiben, daß Änderungen in der relativen Knappheit auf Teilarbeitsmärkten in veränderten Lohnrelationen zum Ausdruck kommen können, soll nicht ein aufgestauter Anpassungsbedarf entstehen, der schließlich nur entweder im Zuge einer schubartigen und stabilitätswidrigen Erhöhung des Lohnniveaus oder mit Hilfe eines schweren Deflationsdrucks, der auch Lohnanpassungen nach unten erzwänge, befriedigt werden könnte. Auch das spricht dafür, den Lohnmechanismus durch gezielte Arbeitsmarktpolitik, insbesondere durch Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte, zu entlasten, das heißt den Bedarf an Änderungen von Lohnrelationen zu verringern.

409. Wird den sozialen Gruppen versagt, bei der Aufstellung der wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption mitzuwirken, die sie im Rahmen der Einkommenspolitik verwirklichen helfen sollen, so besteht die Gefahr, daß sie einander nicht das Vertrauen entgegenbringen, das nötig ist, damit vorübergehende Schwierigkeiten einen begonnenen Versuch nicht sofort zum Scheitern bringen.

## II. Zur Diskussion über die Möglichkeiten der wechselkurspolitischen Absicherung einer binnenwirtschaftlichen Stabilitätspolitik

410. In seinem Jahresgutachten 1966/67 hat sich der Sachverständigenrat eingehend mit der Frage befaßt, wie Preisniveaustabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht gleichzeitig erreichbar wären, ohne daß Wachstumsverluste hingenommen werden müßten. Dabei hatten wir für den Fall, daß der Weg einer Härtung des internationalen Währungssystems auf kurze Sicht nicht als realistisch erscheint, zwei Wege aufgezeigt:

— einen mittelfristig garantierten Paritätsanstieg (JG 66 Ziffern 268 ff.),

— eine Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben (JG 66 Ziffern 275 ff.).

Die Bundesregierung brachte in ihrer Stellungnahme zum Ausdruck, sie messe dem Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung einer binnenwirtschaftlichen Stabilitätspolitik große Bedeutung bei und werde die vom Sachverständigenrat aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten prüfen und das Problem in internationalen Gremien zur Diskussion stellen (Stellungnahme 66 Ziffer 13). Dies mag dazu beigetragen haben, daß die Überlegungen des Sachverständigenrates eine rege öffentliche Diskussion auslösten. Von einigen Wirtschaftsorganisationen, vor allem solchen, die sich kritisch zu Wort gemeldet haben, hat der Sachverständigenrat schriftliche Stellungnahmen erbeten, die im Anhang VI beigefügt sind. Wir danken für die Diskussionsbeiträge und nehmen die uns am wichtigsten erscheinenden Einwände zum Anlaß, die Diskussion fortzuführen.

411. Insgesamt waren die Stellungnahmen der Industrie, des Handels und der Banken überwiegend kritisch. Einige der vorgebrachten Einwände wären bei der Durchführung einer wechselkurspolitischen Absicherung zu berücksichtigen. Im Gesamtbild der Kritik aber vermißt der Sachverständigenrat konstruktive Vorschläge, wie denn anders in einer Umwelt mit steigenden Preisen Geldwertstabilität zu verwirklichen sei. Das Bekenntnis zu dem Programm, die Bundesregierung solle im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ihr Gewicht zugunsten von mehr Geldwertstabilität als vorrangigem Ziel einer international koordinierten Konjunkturpolitik einsetzen, wird allzu leicht zum bloßen Alibi dafür, daß überhaupt nichts Wirksames geschieht, wenn man nur für gegeben annimmt, daß unsere wichtigsten Partnerländer dem stabilen Geldwert keinen Vorrang einräumen. Hoffen und Warten auf die internationale Kooperation sowie Ablehnen aller wechselkurspolitischen Möglichkeiten heißt dann nichts anderes, als daß der stabile Geldwert eben auch bei uns nicht den Vorrang haben soll, im Gegensatz zu dem, was fast allenthalben und immer wieder gefordert wird.

412. Die Einwände gegen die wechselkurspolitischen Überlegungen des Sachverständigenrates erstrecken sich auf

— Zweifel an der Richtigkeit der Diagnose des Sachverständigenrates, Zweifel an der Aktualität des Problems, Zweifel an der Weisheit wechselkurspolitischer Maßnahmen überhaupt und

— Zweifel und Bedenken, welche die Funktionsfähigkeit sowie die von den Kritikern befürchteten Nebenwirkungen der erörterten Systeme betreffen.

Zur ersten Gruppe gehören die Argumente,

— der internationale Preiszusammenhang sei nicht so eng, wie vom Sachverständigenrat behauptet wird, der internationale Preistrend sei also auch bei festem Wechselkurs für uns nicht ohne weiteres unausweichlich;

— das Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung sei angesichts der konjunkturellen Lage an der Jahreswende 1966/67, insbesondere der ruhiger werdenden Preisentwicklung im In- und Ausland sowie der ausgeglichenen Devisenbilanz, nicht aktuell gewesen;

— es wäre unverantwortlich, durch wechselkurspolitische Experimente gerade der Außenwirtschaft die Lasten der Preisstabilisierung aufzuerlegen,

— ein so außenhandelsabhängiges Land wie die Bundesrepublik müsse die Gefahr scheuen, sich durch einen „Alleingang" zu isolieren, die internationale Zusammenarbeit zu stören und dem Vorwurf des Bruchs internationaler Verträge ausgesetzt zu werden.

413. Tatsächlich war für uns grundlegend die These, die Entwicklung des inländischen Preisniveaus sei ja schon auf mittlere Sicht fast ausschließlich international bestimmt, und man könne mit Maßnahmen, die lediglich die Salden der Zahlungsbilanz beeinflussen, auf die Dauer nichts gegen die Gefahr der Übernahme ausländischer Preisteigerungen ausrichten. Wir haben daher die Einwände hiergegen besonders ernst genommen und eine Untersuchung dieser Fragen angeregt und gefördert, die breiter angelegt ist, als sie für das letzte Jahresgutachten vorgenommen werden konnte; die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung werden an anderer Stelle dieses Gutachtens mitgeteilt (Ziffern 429 ff.).

414. Inwieweit das Problem der wechselkurspolitischen Absicherung einer binnenwirtschaftlichen Stabilitätspolitik aktuell ist, hängt eng mit der Frage zusammen, ob die Gefahr der

Inflation von außen nur droht, wenn bestimmte Teile der Zahlungsbilanz große Überschüsse aufweisen, oder ob es vor allem der internationale Preiszusammenhang ist, der — zwar von konjunkturellen Erscheinungen überlagert, aber grundsätzlich dauernd „aktuell" — das Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung entstehen läßt.

Außerdem ist zu bedenken: Wartet man mit der Erörterung wechselkurspolitischer Möglichkeiten zur außenwirtschaftlichen Absicherung, bis große außenwirtschaftliche Überschüsse aufgetreten sind, so wird die Umwelt das Problem für so „aktuell" halten, daß eine Aufwertungsspekulation großen Stils die Folge ist; schon in Erwartung dessen müßte dann die Diskussion wiederum unterbleiben. Wartet man mit der wechselkurspolitischen Aktion, bis im Aufschwung die Phase der Mengenkonjunktur zu Ende gegangen ist, das heißt, die Preise wieder stärker steigen und der Anschluß an den internationalen Preistrend wiederhergestellt wird, so verbleibt kaum Spielraum, eine neue Drehung der Inflationsspirale noch zu verhüten, statt sie nachträglich — und dann mit Deflationsdruck — zu bekämpfen. Übermäßige außenwirtschaftliche Überschüsse werden dann allerdings auch nicht mehr zu währungspolitischen Maßnahmen drängen, sondern einfach verschwinden.

Auch der Sachverständigenrat hofft, daß eine bessere internationale Währungsdisziplin alle Maßnahmen der wechselkurspolitischen Absicherung einmal überflüssig macht. Er glaubt jedoch nicht, daß hierauf gegenwärtig vertraut werden darf. Die Stabilisierungsanstrengungen, die im Laufe der vergangenen fünf Jahre in Großbritannien, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten unternommen worden sind, werden als Beleg für größere Währungsdisziplin in der sich integrierenden Gemeinschaft der westlichen Industrieländer angeführt. Es ist jedoch darauf zu verweisen, daß diese Bemühungen bisher stets vor dem Erreichen dauerhafter Stabilität aufgegeben wurden. Beispiele wie die amerikanische Zinsausgleichsteuer, die britische Einfuhrsteuer 1965/66, das schweizerische Verzinsungsverbot für Auslandsanlagen bei Banken, die deutsche Kuponsteuer sowie viele andere in den letzten Jahren ergriffene desintegrierende Maßnahmen zeigen überdies, wie oft man gerade bei einem System fester Wechselkurse in die Versuchung kommt und ihr nachgibt, im Konflikt zwischen Stabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht Eingriffe in den internationalen Kapital- und Warenverkehr vorzunehmen.

415. Um so erstaunlicher ist es, wie stark sich das Mißverständnis hat ausbreiten können, mit Maßnahmen der wechselkurspolitischen Absicherung, wie sie der Sachverständigenrat erörtert hat, würden gerade dem außenwirtschaftlichen Sektor besondere Lasten auferlegt. Den Hintergrund hierfür bilden wohl in der Hauptsache die Erfahrungen mit der abrupten Wechselkursänderung vom März 1961. Hinzu mag kommen, daß das Wissen um die Außenhandelsabhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft sowie um die Bedeutung der Wachstumsanreize von außen, die der Bundesrepublik während der Nachkriegszeit im Rahmen des weltwirtschaftlichen Integrationsprozesses immer wieder und nachhaltig zugute gekommen sind, tief verwurzelt ist. So bedarf es vielleicht nicht einmal immer rationaler Gründe, damit wechelkurspolitische Neuerungen als gefährlich angesehen werden.

Dem Sachverständigenrat liegt bei der Erörterung der Frage, wie Fehlentwicklungen vermieden werden können, nichts ferner als Maßnahmen zu erwägen, die die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung vermindern, die Wettbewerbsposition unserer Wirtschaft gefährden und damit letztlich ihre Investitionsbereitschaft und ihre Wachstumsfähigkeit schmälern könnten. Beide im Jahresgutachten 1966/67 beschriebenen Wege zur wechselkurspolitischen Absicherung sind als integrierende Teile einer umfassenden Stabilisierungsaktion konzipiert (JG 66 Ziffer 267); es ist nie eine Lösung vorgestellt worden, die allein der Außenwirtschaft, oder auch nur insbesondere ihr oder einem anderen einzelnen Bereich, die Last der Stabilisierung aufbürden würde. Im Gegenteil: daß eine Stabilitätspolitik bestimmten Gruppen größere, anderen nur kleinere Lasten auferlegt, manche sogar begünstigt, ist das Kennzeichen gerade der Konjunkturpolitik traditionellen Musters (Ziffer 229). Beide Möglichkeiten der wechselkurspolitischen Absicherung sind ferner dadurch gekennzeichnet, daß sie, anders als abrupte Wechselkursänderungen, keine unvorhersehbaren Wirkungen haben, auch nicht schockartig eingesetzt werden müssen, sondern allmähliche Anpassungen erlauben. Solche Vorteile werden offenbar gering eingeschätzt. Denn diejenigen, die solche Regelungen ablehnen und gleichzeitig dafür eintreten, die Bundesrepublik solle, ohne die freie Konvertibilität der Mark oder gar das Ziel absoluter Preisniveaustabilität aufzugeben, weiter am Prinzip konstant fixierter Wechselkurse festhalten, stimmen damit im Grunde für periodisch wiederkehrende Aufwertungsschocks, wie sie im System von Bretton Woods vorgesehen sind und wie sie der Sachverständigenrat vermeiden helfen wollte (JG 64 Ziffer 240 d).

416. Es ist schwer, sich vorzustellen, aus welchen Gründen die Länder, die mit der Bundesrepublik im Wettbewerb stehen, sich gegen einen Anstieg — auch einen dauernden Anstieg — des DM-Kurses wehren sollten, wenn die Alternative hierzu ist, daß wir unsere Partnerländer immer einmal wieder in Wettbewerbs- und Liquiditätsschwierigkeiten bringen, indem wir es mit einer nicht außenwirtschaftlich abge-

sicherten Stabilitätspolitik versuchen, die die Binnenbereiche einer Gewinnkompression aussetzt und die die Lohnentwicklung bremst, so daß Importe zurückgedrängt werden und die Exporteure auf Auslandsmärkten weiter vordringen.

417. Gewiß wäre es nötig, vor Einführung eines neuen Wechselkurssystems unseren Partnern in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und im Internationalen Währungsfonds die Motive und Absichten einer mit außenwirtschaftlicher Absicherung verknüpften Stabilitätspolitik darzulegen.

Möglicherweise würden die Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sogar gemeinsam den Übergang zu einer unzweideutig auf Stabilität gerichteten und außenwirtschaftlich abgesicherten Politik vornehmen. Angesichts des Bemühens der EWG-Länder um immer engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik könnte ein solcher Schritt den entscheidenden Anstoß zur Schaffung einer europäischen Währung geben (JG 66 Ziffer 274 e). Auch die Probleme, die die Agrarmarktordnung in der EWG bei nationalen Wechselkursänderungen aufwirft, würden dann entfallen, Probleme, die zwar zumeist technischer Art sind (JG 66 Ziffer 274), jedoch anscheinend großes politisches Gewicht haben.

Die Vorschriften des Internationalen Währungsfonds über die Fixierung der Wechselkurse haben nur den Zweck, eine ungestörte, auf optimale internationale Arbeitsteilung gerichtete Zusammenarbeit der Mitgliedsländer zu fördern. Ein fester Wechselkurs hat keinen Eigenwert, der es lohnte, ihn zu tabuieren. Eine Ausnahmeregelung für die Bundesrepublik oder eine Gruppe von Ländern sollte in Verhandlungen zu erlangen sein, wenn diese Länder glaubhaft ihre Entschlossenheit zu einer internen Stabilitätspolitik darlegen. Der Internationale Währungsfonds hat in der Vergangenheit, teils stillschweigend, teils ausdrücklich, zahlreiche Ausnahmen von der Pflicht, die Wechselkurse starr zu halten, genehmigt. Der Sachverständigenrat regt an, gegebenenfalls durch einen anerkannten Experten prüfen zu lassen, welche Ausnahmen von der Regel fixierter Paritäten die IWF-Statuten zulassen.

418. Was die Funktionsfähigkeit und die Gefahr unerwünschter Nebenwirkungen anlangt, so hat das System eines garantierten Paritätsanstiegs zu schärferer Kritik herausgefordert als das einer Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Anpassung nach oben. Allerdings richten sich viele Einwände gegen jedwede Art, die Parität der Mark in Bewegung zu bringen. Im einzelnen wird vor allem, wenn auch in unterschiedlicher Mischung, vorgebracht,

- es müßten wechselkurspolitische Maßnahmen, die auf eine dauernde Aufwertung hinauslaufen, die für die Bundesrepublik lebensnotwendige Ausfuhr gefährden,
- es werde die Mark zum Nachteil der deutschen Wirtschaft als Anleihewährung und Recheneinheit an Geltung verlieren,
- es sei angesichts der rasch wechselnden Situationen im Außenwirtschaftsverkehr unmöglich, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland in die „Programmierung" und „Globalsteuerung" der Konjunkturpolitik einzubeziehen,
- es müsse die Bundesrepublik, und zwar beim garantierten Paritätsanstieg zwangsläufig, zu einer „Insel der Stabilität" werden, was zur Folge hätte, daß ihr allein deshalb in großem Umfange Kapital zuflösse, und daß eine autonome antizyklische Zinspolitik unmöglich würde,
- es werde der garantierte Paritätsanstieg langfristige Preisabmachungen, wie etwa Zinsversprechen in hypothekarischen und anderen langfristigen Kreditverträgen oder langfristige Seefrachtverträge, desavouieren und über die erwartete Senkung des Zinsniveaus auch die Investitionsrate und die Investitionsstruktur in unerwünschter Weise verändern,
- es werde sich die Exportstruktur dauernd daran anzupassen haben, daß die Inflationsrate in den einzelnen Partnerländern unterschiedlich ist,
- es sei ein untragbares deflatorisches Risiko, daß beim garantierten Paritätsanstieg die richtige Aufwertungsrate auf mehrere Jahre im voraus bestimmt werden müsse,
- es bestehe die Gefahr, daß Länder, deren Wirtschaftspolitik weniger auf Geldwertstabilität ausgerichtet ist, das System des garantierten Paritätsanstiegs übernähmen, so daß das Problem des Inflationsimports doch ungelöst bliebe.

Die Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben findet in den im Anhang beigefügten Stellungnahmen kaum spezielle Kritik. Neben den Einwänden, die gegen alle „wechselkurspolitischen Experimente" vorgetragen werden, richtet sich gegen die Bandbreitenerweiterung vor allem die Befürchtung, die Mark werde zum Spekulationsobjekt werden, es werde eine hinreichende Kurssicherung unmöglich sein, und es müsse daher die Unsicherheit für die Preiskalkulation zunehmen.

419. Das Argument, mit wechselkurspolitischen Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung verschlechtere die Bundesrepublik ihre internationale Wettbewerbsposition und setze damit ihre lebenswichtige Ausfuhr aufs Spiel, wird besonders häufig angeführt. Es geht, wie schon erwähnt, daran vorbei, daß die wechselkurspolitische Absicherung nicht als Einzel-

maßnahme erörtert wurde, sondern als Teil einer Konzeption, nach der nicht nur die Entwicklung der Nachfrage, sondern auch die aller Kostenelemente künftig keinen Inflationsfaktor mehr enthalten soll. Würden also die Preise für Kostengüter weniger steigen oder stärker sinken, die Zinsen niedriger sein und die Löhne um die Aufwertungsrate weniger steigen als sonst, so würde sich das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag überhaupt nicht ändern; ein mengenwirksamer Deflationsdruck entfiele. Zur Entlastung auf der Kostenseite gehörte auch die Verbilligung der Einfuhr; dies wird vielfach übersehen, auch dort, wo — wie in der Seeschiffahrt — ausländische Vorleistungen neben den Löhnen einen besonders hohen Anteil an den Gesamtkosten haben.

420. Auch daß die Mark bei wechselkurspolitischen Maßnahmen als internationale Währungseinheit, also als Valuta zur Bestimmung des Inhalts internationaler Geldschulden und als Recheneinheit an Geltung verlöre, erscheint unwahrscheinlich; nach unserer Auffassung dürfte eher das Gegenteil zutreffen. Für ausländische Anleger und Kreditnehmer wären DM-Anleihen nicht weniger attraktiv als heute, würde doch auf die Dauer das Binnenzinsniveau um die Rate der erwarteten Wechselkurssteigerung niedriger sein, als es sonst wäre. Eine Valuta, die durch eine erfolgreiche Stabilisierung ihres Binnenwertes den Charakter eines langfristig geltenden Wertausdrucks, also einer tatsächlichen „Währung" wiedergewönne, wird kaum als Anleihevaluta verdrängt werden. Die Rechenschwierigkeiten im grenzüberschreitenden Verkehr dürften überwindbar sein, haben doch die Erfahrungen in Ländern mit völlig flexiblen Wechselkursen gezeigt, wie rasch die Kaufleute sich umzustellen vermögen. Außerdem: Soll man, statt der Gruppe der Exporteure und Importeure zuzumuten, daß sie mit einem veränderlichen Außenwert der Währung rechnen, von Millionen Bürgern verlangen, daß sie, wollen sie nicht Schaden erleiden, in allen ihren finanziellen Entscheidungen einen sich ändernden Binnenwert der Währung vorwegnehmen? Die Alternative zu „Preisniveaustabilität bei sich verändernden Wechselkursen" ist ja, wie immer wieder betont werden muß, nach Lage der Dinge vorläufig nicht „Preisniveaustabilität bei festen Wechselkursen", sondern „feste Wechselkurse bei steigendem Preisniveau".

421. Die Schwierigkeiten, den Außenwirtschaftsverkehr in die konjunkturpolitische Globalsteuerung einzubeziehen, sind auch heute gegeben. Im Falle einer Bandbreitenerweiterung würden sie sich eher vermindern. Werden marktgerechte Schwankungen des Wechselkurses in ausreichend weiten Grenzen zugelassen, so würde der Zinspolitik konjunkturpolitische Wirksamkeit überhaupt erst verschafft, und zwar nicht nur hinsichtlich zinsabhängiger Investitionen, sondern auch hinsichtlich der Außenhandelsströme (JG 66 Ziffern 277 ff.). Was den Fall eines im voraus fixierten Paritätsanstiegs anlangt, so würde sich hinsichtlich des internationalen Konjunkturverbunds gegenüber den Verhältnissen bei starr fixierten Wechselkursen nichts ändern.

422. Das Argument, daß die Bundesrepublik bei einem garantierten Paritätsanstieg Schwierigkeiten hätte, sich des auf die „Insel der Stabilität" strömenden Auslandskapitals zu erwehren, ist ein ernst zu nehmendes Problem; es braucht jedoch auch nicht überschätzt zu werden. Sollte sich ein solcher Zustrom abzeichnen, so müßte in diesem Falle das Binnenzinsniveau nicht nur um die erwartete Rate des jährlichen Paritätsanstiegs sinken, sondern außerdem um eine „Stabilitätsmarge". Die Zinspolitik könnte sich, wenn eine konzertierte Aktion die Kostenentwicklung und eine antizyklische Fiskalpolitik die Nachfrageentwicklung steuerte, ganz der Aufgabe widmen, für die sie bei fixiertem — wenn auch steigend fixiertem — Wechselkurs allein geeignet ist, nämlich der Beeinflussung der Zahlungsbilanzsalden. Beispiele anderer Länder, die eine „Geldaufbewahrungsprämie" beziehen — und große Vorteile davon haben —, lehren, daß hier keine unlösbaren Probleme liegen, wie etwa Probleme einer Zinsuntergrenze, an der die Zinspolitik unwirksam würde.

423. Anpassungsschwierigkeiten wegen eines Sinkens des allgemeinen Zinsniveaus sind Übergangsprobleme jedweder Stabilisierung, in der Hauptsache Konversionsprobleme. Sie können nicht als Sonderprobleme gegen eine außenwirtschaftliche Absicherung vorgebracht werden. Das gilt auch für längerfristig gebundene Preise im internationalen Verkehr. Wer sich längerfristig gebunden hat, ist nach dem Übergang zu einer preisniveau-stabilisierenden Wechselkursregelung in der gleichen Situation wie der Inhaber einer Anleihe bestimmten Zinsatzes nach einer Zinsänderung. Es handelt sich also um ein reines Übergangsproblem (JG 66 Ziffer 273).

Daß ein Sinken des Zinsniveaus bei Einführung eines garantierten Paritätsanstiegs eine stabilitätspolitisch unerwünschte Verstärkung der Investitionstätigkeit zur Folge hätte, braucht nicht befürchtet zu werden; denn dem Investitionsanreiz, der von der Zinssenkung ausginge, stünde in den Bereichen, die dem Wettbewerb mit dem Ausland ausgesetzt sind, gegenüber, daß gleichzeitig vom Wechselkursanstieg — für sich genommen — Erlösschmälerungen ausgehen. Damit es im Ergebnis zu keiner Erlösschmälerung kommt, ist ja gerade — neben anderem — jene Zinssenkung erforderlich. Sollte es gleichwohl, etwa weil die Wirkungen des Paritätsanstiegs nicht rasch genug auf die Binnenbereiche übergreifen, zu einer dem Zahlungsbilanzgleichgewicht abträglichen Zu-

nahme der Investitionen kommen, so hätte die Fiskalpolitik dem durch Ausgabendrosselung und Steuererhöhung rechtzeitig entgegenzuwirken.

424. Die regionale Struktur des Außenhandels wird von steigend fixierten Wechselkursen ebenso wenig und ebenso viel berührt wie von konstant fixierten. Auch heute begünstigen Preissteigerungen in bestimmten Ländern den Exportabsatz genauso, wie eine Deflationspolitik in anderen ihn erschwert. Was sich bei außenwirtschaftlicher Absicherung allein ändert, ist dies: Aus dem Niveau der Auslandspreise (in DM) wird die Rate des internationalen Inflationstrends gleichsam herausdividiert; das Verhältnis der ausländischen Preisniveaus zueinander wird nicht betroffen.

425. Mit welcher Rate des garantierten Paritätsanstiegs der internationale Inflationstrend richtig antizipiert wird, läßt sich gewiß nicht leicht angeben. Wichtiger aber noch ist die Frage, welche Folgen gegebenenfalls ein Irrtum hätte. Schwächt sich der internationale Inflationstrend unerwartet ab, so könnte ein unerwünschter Deflationsdruck gleichwohl vermieden werden: die Lohnsteigerungsrate hätte entsprechend hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückzubleiben, das Zinsniveau müßte gesenkt werden (JG 66 Ziffer 274). Ähnlich wäre im Falle, daß wichtige Partnerländer abwerten, zu verfahren.

426. Der Gefahr, daß sich Länder dem System des garantierten Paritätsanstiegs anschließen, die dem sich selbst gegebenen Stabilitätsversprechen dann doch untreu würden, könnte man dadurch zu begegnen versuchen, daß ein Land nur dann vom Internationalen Währungsfonds die Erlaubnis erhielte, seine Währung gleitend aufzuwerten, wenn es überzeugend darlegen könnte, daß es den Paritätsanstieg durch eine parallele Stabilisierungsaktion im Innern absichern kann und wird. Aber selbst wenn dies keine wirksame Sperre wäre, so wären doch die Stabilitätsländer der Gefahr des Inflationsimports sehr viel weniger ausgesetzt als heute, ganz abgesehen davon, daß die Länder, die trotz Paritätsanstieg in der Stabilitätspolitik zunächst weniger erfolgreich sind, wahrscheinlich bald von der Zahlungsbilanz her gezwungen wären, sich um mehr Binnenstabilität zu bemühen.

427. Die Furcht vor einer angeblich größeren Unsicherheit in einem Wechselkurssystem mit erweiterter Bandbreite beruht wohl nicht zuletzt darauf, daß die Erfahrungen mit den derzeitigen Devisenmärkten auf dieses andere System übertragen werden. Erfahrungen mit flexibleren Wechselkursen zeigen, daß sich, sobald ein Bedarf besteht, viel differenziertere und tiefere Terminmärkte bilden. Dann wäre für Dispositionen, die in die Zukunft hineinreichen, die Unsicherheit eher vermindert als vergrößert, da der heute gegebene Wechselkursänderungsvorbehalt der Regierungen eine schwer kalkulierbare Unsicherheit mit sich bringt.

428. Die Öffentlichkeit hat die Herausforderung zu einer eingehenden Diskussion der währungspolitischen Probleme, die der Wunsch nach mehr dauerhafter Geldwertstabilität in der Bundesrepublik aufwirft, angenommen. Dafür ist der Sachverständigenrat dankbar. Ihm scheint es auch ein gutes Zeichen, daß mit vielen Einwänden schon technische Probleme in den Vordergrund gerückt werden; zum großen Teil erscheinen sie ihm lösbar, ohne daß auf anderen Gebieten der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Abstriche gefordert werden müßten. Andere Probleme jedoch müssen die politische Gesamtentscheidung mitbestimmen, für die der Sachverständigenrat nur Urteilsgrundlagen beizutragen hat. Für diese Gesamtentscheidung gibt es — dagegen hat die hier fortgeführte Diskussion keine überzeugenden Einwände erbracht — nach wie vor nur die Alternative, die der Sachverständigenrat am Ende seiner stabilitätspolitischen Überlegungen im letzten Jahresgutachten aufgezeigt hat und die offenbar als so erschreckend hart empfunden wird, daß die Öffentlichkeit sich ihr weithin noch verweigert:

„Solange man mit weiteren ausländischen Preissteigerungen rechnen muß, kann von zwei Dingen allenfalls eines versprochen werden,

entweder: Konstanz des Binnenpreisniveaus, also Geldwertstabilität im Sinne des Ziels, das im gesetzlichen Auftrag an den Sachverständigenrat ausdrücklich genannt ist,

oder: Konstanz der Wechselkurse.

Verspricht man Konstanz des Binnenpreisniveaus, dann muß man Raum dafür geben, daß Auslandspreissteigerungen durch entsprechende Verbilligung von Devisen, also Anhebungen der Wechselkurse, kompensiert werden.

Verspricht man Konstanz der Wechselkurse, dann muß der Bevölkerung gegenüber offen bekannt werden, daß man sich dem Ziel der Konstanz des Binnenpreisniveaus nur in dem Maße nähern kann, als auch die wichtigsten Partnerländer aus eigenem Antrieb und unter dem marktmäßigen und politischen Einfluß der Wirtschafts- und Währungspolitik der Bundesrepublik diesem Ziel näherkommen, und dann müssen auch die entsprechenden Konsequenzen für die innere Rechtsordnung gezogen werden [1]).

[1]) Vgl. hierzu das im Jahresgutachten 1966/67 (Anhang V) veröffentlichte Gutachten von Günther Jahr: Implikationen eines anhaltenden Geldwertschwundes in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Wer angesichts dieser Zusammenhänge in einer Umwelt steigender Preise den deutschen Bürgern beides verspricht, Konstanz der Wechselkurse und Konstanz des Binnenpreisniveaus, gibt ein Versprechen ab, von dem von vornherein klar ist, daß er es nicht wird einlösen können." (JG 66 Ziffer 282).

## III. Noch einmal: Der internationale Preiszusammenhang [1])

429. In seinem Jahresgutachten 1966/67 hat der Sachverständigenrat drei Strategien für die außenwirtschaftliche Absicherung einer Stabilisierungspolitik erörtert: die Härtung des Devisenstandards, den mittelfristig garantierten Paritätsanstieg und die Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben.

Gemeinsam ist diesen drei möglichen Wegen die diagnostische Basis. Sie besteht in der These, daß sich der Preisauftrieb in den Partnerländern durch einen permanent wirkenden Prozeß der Preisanpassung und des Preisausgleichs, der für integrierte Märkte typisch ist, auf die Binnenwirtschaft überträgt. Wegen dieses Preiszusammenhangs kann ein mit der Weltwirtschaft eng verflochtenes Land wie die Bundesrepublik selbst dann inflatorische Preissteigerungen „importieren", wenn seine Zahlungsbilanz ausgeglichen ist oder ein Defizit aufweist. Demzufolge hätte sich eine Politik der außenwirtschaftlichen Absicherung nicht an der Zahlungsbilanz, sondern am internationalen Inflationstrend zu orientieren.

430. Die These von der Inflationsübertragung durch den internationalen Preiszusammenhang, obschon nicht neu, hat in der interessierten Öffentlichkeit, die gewohnt ist, „Inflationsimport" mit „Zahlungsbilanzüberschuß" gleichzusetzen, eine lebhafte Diskussion ausgelöst, in der noch viele Fragen als ungeklärt gelten. Im einzelnen bleibt zu fragen,

- wie streng der internationale Preiszusammenhang bei heterogenen Industrieerzeugnissen ist, die den weit überwiegenden Teil der deutschen Exporte und einen erheblichen Teil der deutschen Importe ausmachen;
- wie sich die Exportpreise und die Importpreise der Bundesrepublik entwickeln müssen, damit das inländische Preisniveau stabil bleibt, und welches die für die Bundesrepublik relevante internationale Inflationsrate ist;
- ob man neben dem Preiseffekt, der sich vor allem in einer stabilitätswidrigen Veränderung der Export- und Importpreise zeigt, noch einen Einkommenseffekt und einen Liquiditätseffekt in Rechnung stellen muß, wenn man die inflatorischen (oder deflatorischen) Wirkungen erfassen will, die von der Außenwirtschaft herrühren;
- ob die Bundesrepublik auch im Jahre 1967 inflatorische Preissteigerungen „importiert" hat.

### Die Strenge des internationalen Preiszusammenhangs

431. Die These vom internationalen Preiszusammenhang geht davon aus, daß es auf Wettbewerbsmärkten keine dauerhaften Preisunterschiede für gleiche oder ähnliche Produkte geben kann. Soweit es sich ausschließlich um homogene und leicht bewegliche Stapelgüter handelt, für die meist organisierte Märkte bestehen, bestreitet dies auch niemand. Denn von Transport-, Zoll- und Handelskosten abgesehen können sich zwischen den einzelnen Marktplätzen keine spürbaren Preisdifferenzen herausbilden, weil sonst Arbitragegeschäfte lohnend werden, die die Preise wieder angleichen.

432. Stapelgüter sind jedoch im Außenhandel der Bundesrepublik von geringer Bedeutung. Der weit überwiegende Teil der Ausfuhr und ein großer Teil der Einfuhr bestehen aus heterogenen Industrieerzeugnissen, deren Markt nicht so vollkommen ist, daß man einen automatischen und vollständigen Preisausgleich ohne weiteres erwarten darf. Für diesen Bereich ist die These vom internationalen Preiszusammenhang nur zu halten, wenn sie sich empirisch belegen läßt.

*Der Preiszusammenhang auf der Exportseite*

433. Wie sich verschiedene Exportpreisindizes der Bundesrepublik und anderer wichtiger Industrieländer von 1955 bis 1965 entwickelt haben, zeigen Schaubild 40 und Tabelle 30 [2]). Für die ausländischen Märkte sind die Dollarpreise bedeutsam; deshalb werden alle Preise, Inlands- und Auslandspreise, in US-Dollar ausgedrückt. Wechselkursänderungen schlagen also ebenso zu Buch wie marktbedingte Preisänderungen. Beobachten läßt sich folgendes:

- In den Jahren vor 1961 und nach 1962, also vor und nach der „Aufwertungsphase", er-

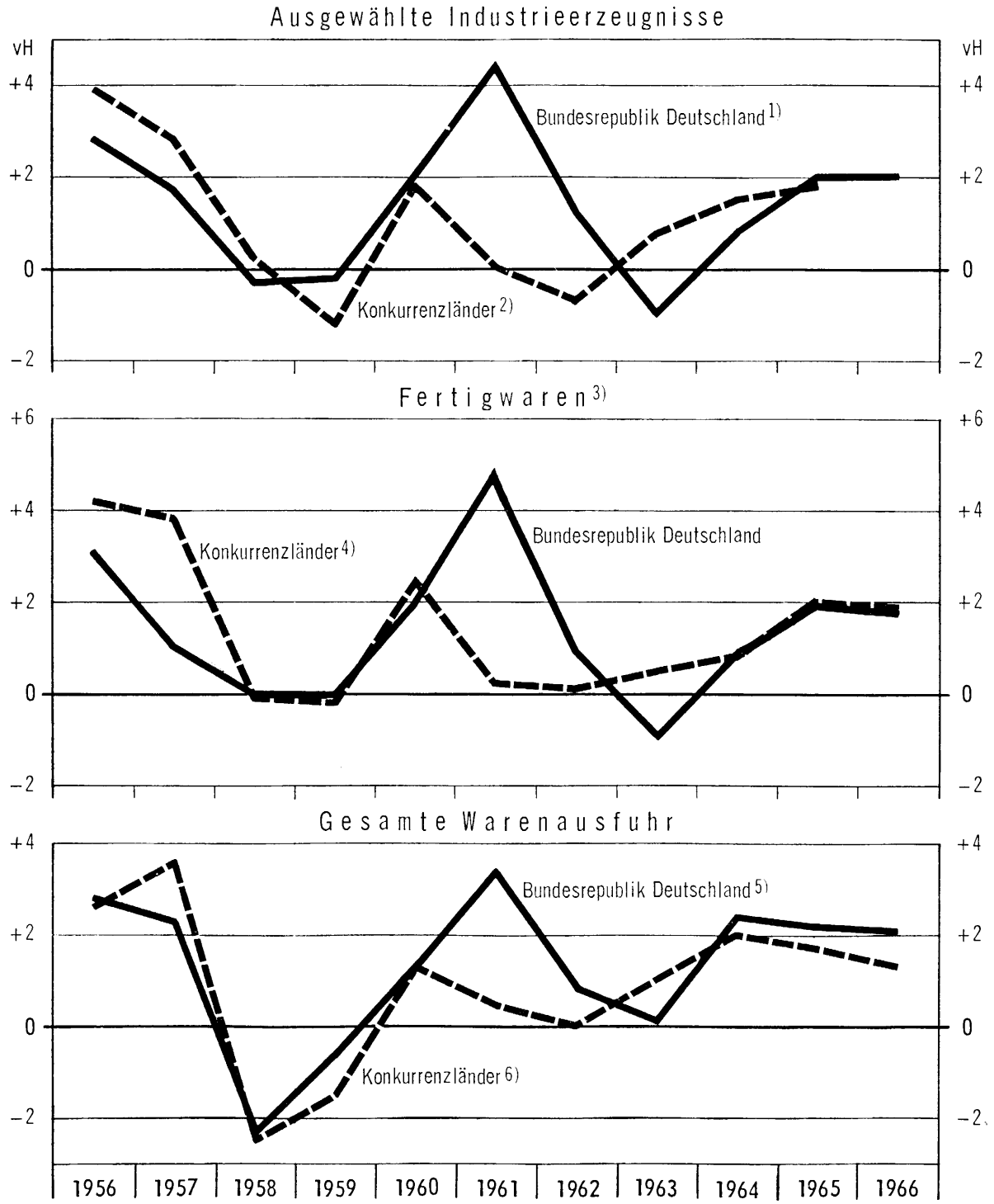
[1]) Ziffer 14 des Vorwortes.

[2]) Da die vorliegenden statistischen Aufzeichnungen absolute Preisvergleiche für international gehandelte Industrieerzeugnisse nicht erlauben, muß man sich bei den empirischen Untersuchungen auf Preismeßziffern, also auf die Beobachtung von Preisentwicklungen stützen. Diese Indizes liegen außerdem in international einigermaßen vergleichbarer Form nur für größere Aggregate vor.

Schaubild 40

## EXPORTPREISE* DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND IHRER KONKURRENZLÄNDER

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH




* In US-Dollar.

1) Durchschnittswerte der Ausfuhr für CST-Teile 5 bis 8; es werden 88,8 vH der deutschen Warenausfuhr 1965 erfaßt. – 2) Entwickelte Länder (Vereinigte Staaten, Kanada, Westeuropa, Australien, Neuseeland, Südafrika, Japan) ohne Bundesrepublik Deutschland. – CST-Teile 5 bis 8. – Quelle: UN. – 3) Quelle: National Institute of Economic and Social Research. – 4) Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Japan; zusammen mit der Bundesrepublik Deutschland entfallen auf diese Länder 71,0 vH der Weltausfuhr 1965 an Fertigwaren. – 5) Verkaufspreise für Ausfuhrgüter. – 6) Preisindex der Warenausfuhr der 10 wichtigsten Außenhandelspartner der Bundesrepublik Deutschland (ohne Frankreich); Gewichtung mit den Anteilen an der Weltausfuhr 1965.

SR 7724

Tabelle 30

**Exportpreise der Bundesrepublik und ihrer Konkurrenzländer in US-Dollar**

Durchschnittliche jährliche Veränderung 1955 bis 1965 in vH

| Warengruppe | Exportpreise | |
|---|---|---|
| | Bundesrepublik | Konkurrenzländer |
| Industrielle Erzeugnisse [1] .. | +1,4 | +1,1 [2] |
| Fertigwaren [3] ..... | +1,4 | +1,4 [4] |
| Gesamte Warenausfuhr | | |
| Index der Durchschnittswerte ..... | +1,3 | +0,9 [5] |
| Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter ..... | +1,3 | . |

[1] Durchschnittswerte der Ausfuhr für CST-Teile 5—8; es werden 88,8 vH der deutschen Warenausfuhr 1965 erfaßt.

[2] Entwickelte Länder (Vereinigte Staaten, Kanada, Westeuropa, Australien, Neuseeland, Südafrika, Japan) ohne Bundesrepublik. — CST-Teile 5—8. — Quelle: UN.

[3] Quelle: National Institute of Economic and Social Research.

[4] Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich Japan; zusammen mit der Bundesrepublik bestreiten diese Länder 71,0 vH der Weltausfuhr 1965 an Fertigwaren.

[5] Preisindex der Warenausfuhr der 10 wichtigsten Außenhandelspartner der Bundesrepublik (ohne Frankreich); Gewichtung mit Anteilen an der Weltausfuhr.

scheint der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der westdeutschen und der ausländischen Exportpreise recht eng, jedenfalls soweit er in den jährlichen Veränderungsraten zum Ausdruck kommt. Für alle drei Beobachtungsreihen gilt in dieser Zeit, daß sich die Exportpreise meist um weniger als einen Prozentpunkt je Jahr auseinanderentwickelt haben, nur in einem Falle waren es mehr als zwei Prozentpunkte.

— Besonders augenfällig ist, wie stark die Dollarpreise der westdeutschen Exporte nach der Aufwertung von 1961 gestiegen sind.

— Über die ganze Periode 1955 bis 1965 gerechnet hat sich der Exportpreisindex für heimische Industrieerzeugnisse gleichwohl nur wenig mehr erhöht als der Exportpreisindex ausländischer Industrieerzeugnisse. Bei den exportierten Fertigerzeugnissen kann man sogar eine völlige Parallelität zwischen der westdeutschen und der ausländischen Preisentwicklung beobachten. Dagegen haben sich die Dollarpreise der gesamten westdeutschen Warenausfuhr spürbar stärker erhöht als die der Konkurrenzländer. Dies scheint jedoch zum größten Teil darauf zu beruhen, daß Agrarerzeugnisse und Rohstoffe, die zusammengenommen von 1955 bis 1965 nicht teurer geworden sind, in den ausländischen Preisindizes ein viel größeres Gewicht haben als in den heimischen.

434. Bevor man diese Beobachtungen würdigt, muß man sich vor Augen halten, daß es sich hier um Indizes handelt, die nur unter Vorbehalten vergleichbar sind:

— Einmal sind die Warenstrukturen, die den inländischen und ausländischen Indizes zugrunde liegen, nicht identisch [1].

— Zum anderen liegen für einen internationalen Vergleich fast nur Indizes der Durchschnittswerte vor. Dabei muß man die Nachteile in Kauf nehmen, daß der Repräsentationsgrad dieser Indizes in anderen Ländern niedriger ist als in der Bundesrepublik, daß Qualitätsänderungen in ihnen nicht zur Geltung kommen und daß sie auf Verschiebungen in der Warenstruktur sehr empfindlich reagieren. Wie groß die dadurch bedingten Meßfehler sind, ist schwer zu schätzen. Nach einer statistischen Konvention werden nur Unterschiede von mindestens einem Prozentpunkt für signifikant gehalten.

435. Die These vom internationalen Preiszusammenhang scheint sich zu bestätigen, wenn man nur die Zeit vor 1961 und nach 1963 betrachtet. Für die Zeit vor 1961 ist die beobachtete Parallelität der Preisentwicklung etwas überraschend, weil in der Diskussion um die „importierte Inflation" vielfach die Auffassung vertreten worden ist, daß die Bundesrepublik im Warenverkehr lange Jahre ein relativ „billiges" Land gewesen sei. Zu dieser These hätte es gepaßt, wenn die Exportpreise der Bundesrepublik nach 1955 schneller gestiegen wären als die des Auslands. Da sich aber die Preise ziemlich parallel entwickelt haben, wird man unterstellen können, daß sich schon vor 1955 das deutsche Exportpreisniveau einigermaßen dem ausländischen angeglichen hatte. Am An-

[1] Auf unterschiedliche Warenstrukturen scheint es auch zurückzugehen, daß die Exportpreisindizes sich von Land zu Land sehr uneinheitlich entwickelt haben, jedenfalls uneinheitlicher als im vorliegenden Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der Gesamtheit der Partnerländer. Denn das Exportsortiment der Partnerländer im gesamten ist dem deutschen Exportsortiment ähnlicher als das Exportsortiment einzelner Länder. Weniger statistisch: Im Angebot einer Ländergruppe finden sich mehr Substitute für die heimischen Exporterzeugnisse als im Angebot eines einzelnen Landes. Eine Ausnahme bildet wahrscheinlich Großbritannien, dessen Exportstruktur der deutschen sehr ähnlich ist. Die Exportpreisindizes Großbritanniens und der Bundesrepublik verliefen auch ziemlich parallel.

fang der außenwirtschaftlichen Integrationsphase (im Jahre 1950) mag das Preisniveau in der Bundesrepublik allerdings noch verhältnismäßig niedrig gewesen sein. Im großen und ganzen hatten sich die Exportpreise aber wahrscheinlich schon während des Korea-Booms den Preisen der ausländischen Konkurrenzerzeugnisse genähert. Dafür spricht jedenfalls, daß die Exportpreise der Bundesrepublik 1951 und 1952 viel stärker gestiegen sind als die der übrigen Industrieländer.

436. Obwohl der Preiszusammenhang in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre recht eng war, haben die westdeutschen Unternehmen dank einer hohen Einkommenselastizität ihrer Erzeugnisse wahrscheinlich immer noch über Preiserhöhungsspielräume auf den Auslandsmärkten verfügt. Da es ihnen aber vor allem darum ging, neue Märkte zu erobern, haben sie sich preispolitisch zurückgehalten. Gleichzeitig zeigt die Parallelität der Preisentwicklung zwischen Inland und Ausland, daß sie dabei nicht so weit gegangen sind, ihren ausländischen Marktanteil durch Unterbietung der Auslandskonkurrenz zu vergrößern. Vielmehr scheinen sie sich in ihren absatzpolitischen Anstrengungen auf den Sortiments- und Qualitätswettbewerb sowie den Ausbau der Vertriebsnetze konzentriert zu haben.

437. Die Aufwertung der DM hat die Exportwirtschaft dazu gezwungen, ihre Preiserhöhungsspielräume voll auszunutzen. Im Unterschied zu der Zeit vor der Aufwertung konnte die Bundesrepublik in der Zeit danach ihren Anteil an der Welt(waren)ausfuhr nicht mehr spürbar erhöhen. Daß die deutschen Exportpreise von 1955 bis 1965 im allgemeinen etwas stärker gestiegen sind als die ausländischen, mag mit der aufwertungsbedingten Verteuerung zusammenhängen, die in den Jahren 1963 und 1964 durch ein zeitweiliges Zurückbleiben hinter dem internationalen Trend nur teilweise wieder ausgeglichen werden konnte.

438. Es bleibt zu klären, wie die These vom internationalen Preiszusammenhang mit der Entwicklung nach der Aufwertung zu vereinbaren ist. Denn es scheint nicht für einen besonders strengen Preiszusammenhang zu sprechen, daß die Dollarpreise der westdeutschen Exporte 1961 um etwa 4 vH stärker gestiegen sind als die Preise der ausländischen Konkurrenzerzeugnisse.

Für die Exportunternehmen bedeutete die Aufwertung eine außergewöhnliche und unerwartete Störung ihrer Dispositionen. Die Aufwertung war lange Zeit immer wieder dementiert worden (eine Übung, die bei Wechselkursänderungen im System von Bretton Woods nicht zu vermeiden ist). Sie kam dann zu einem Zeitpunkt, in dem die deutsche Wirtschaft sich bereits darauf einzurichten begann, daß die Anpassung an den internationalen Inflationstrend eher durch einen beschleunigten Preisanstieg im Innern als durch eine Währungsaufwertung zu erwarten sei. Denn die stürmische Gewinnentwicklung von 1960 hatte die Gewerkschaften zu besonders hohen Lohnforderungen ermutigt, die sich 1961 um so eher durchsetzen ließen, als die Unternehmen mit Aufträgen sehr gut eingedeckt waren. Tariflohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, bei denen die Aufwertung ebenfalls ignoriert wurde, hatten für andere Bereiche einen gewissen Signalcharakter. So blieb die Aufwertung ohne entsprechende Wirkung auf die Lohnentwicklung von 1961 und 1962. Der Anstieg der Lohnkosten schmälerte die Gewinne der Unternehmer und den Spielraum, der es ihnen sonst erlaubt hätte, ihre DM-Preise zu senken und damit ihre Auslandspreise einigermaßen auf dem alten Niveau zu halten. Aber sicher hat die Aufwertung verhindert, daß die DM-Preise der Exportgüter 1961 und 1962 ebenso stark gestiegen sind wie die industriellen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz.

439. Erst unter dem Einfluß der Konjunkturabschwächung von 1963 sind die Ausfuhrpreise der Industrie gesunken und auch 1964 noch hinter der internationalen Entwicklung zurückgeblieben. Ganz konnte die aufwertungsbedingte Verteuerung indessen nicht wettgemacht werden. Die Hochkonjunktur in Frankreich und Italien ließ die Exportnachfrage bald wieder exzessiv zunehmen. Die Unternehmen haben dabei wohl die Erfahrung gemacht, daß sie auch bei den etwas höheren Preisen (als 1960) immer noch gute Absatzchancen im Ausland haben. So blieb es dann bei dem höheren Preisniveau. Die Erfahrungen mit der Aufwertung von 1961 lehren, daß die internationale Inflationsrate mit einer abrupten Aufwertung nur teilweise unterlaufen werden kann, zumal wenn eine solche Maßnahme so spät ergriffen wird wie damals. Andererseits war es das erklärte Ziel der Aufwertung, das „fundamentale Ungleichgewicht" der Zahlungsbilanz zu beseitigen. Dieses Ziel konnte nur erreicht werden, wenn deutsche Außenhandelswaren tatsächlich teurer wurden.

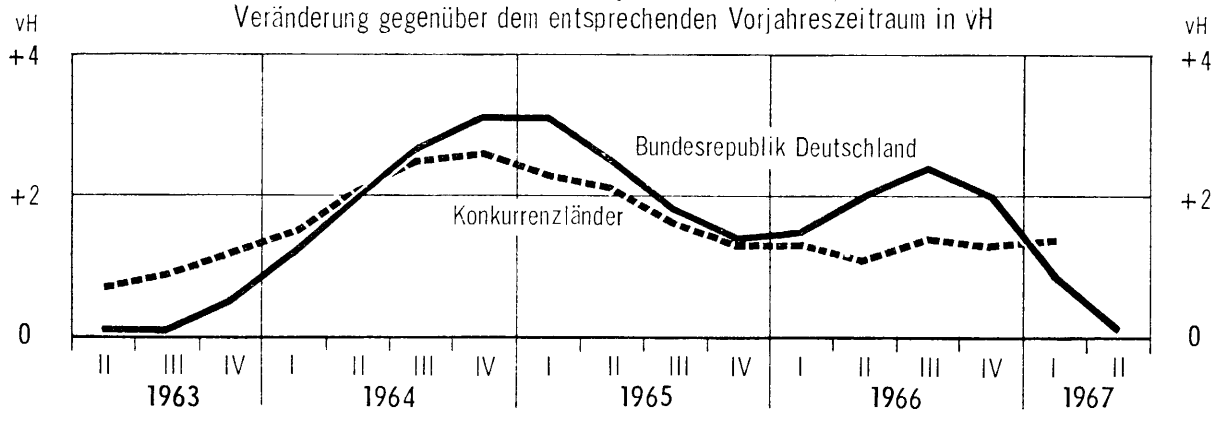
440. Seit 1963 folgen die Exportpreise wieder dem internationalen Trend (Schaubild 41). In dieser Zeit zeigt sich deutlich, wie sehr die Strenge des Preiszusammenhangs kurzfristig auch von der Konjunkturlage im Inland und im Ausland abhängt:

— Während sich die Konjunktur in der Bundesrepublik 1963 abschwächte, hat sich die wirksame Nachfrage in verschiedenen europäischen Partnerländern zügig ausgedehnt. Weil die Binnennachfrage unzureichend war, drängten die heimischen Anbieter mit Preiszugeständnissen auf die ausländischen Märkte. Die Exportpreise stiegen weniger, als es dem internationalen Trend entsprach. Auch als im Herbst 1963 unter dem Einfluß der expansiven Kräfte von außen ein Auf-

Schaubild 41

PREISINDEX DER WARENAUSFUHR DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND IHRER KONKURRENZLÄNDER[1)]

Gleitende 3-Vierteljahresdurchschnitte;
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH




1) Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Großbritannien, Schweiz, Österreich, Norwegen, Schweden, Dänemark.– 1963 u. 1964 ohne Österreich, ab 1965 ohne Norwegen, 1967 ohne Vereinigte Staaten, Belgien, Dänemark. (Zusammengewogen mit dem jeweiligen Anteil an der Weltausfuhr 1965; Preise in US-$ ).

SR 7722

schwung einsetzte, wurde das Preisgefälle noch größer, weil in der ersten Aufschwungphase besonders hohe Produktivitätsfortschritte erzielt wurden, die den Kosten- und Preisauftrieb zunächst dämpften.

— In der Hochkonjunktur (etwa seit Mitte 1964), die dem exportinduzierten Aufschwung folgte, haben die heimischen Preise wieder zum internationalen Trend aufgeschlossen; 1965 und als Spätfolge des Booms nochmals 1966 sind die deutschen Exportpreise schneller gestiegen als die ausländischen. Während dieses Anpassungsprozesses neigte die Bundesrepublik konjunkturbedingt zu Zahlungsbilanzdefiziten, was vielfach als „Stabilitätsimport" gedeutet worden ist (Ziffern 460 f.).

— In der jüngsten Rezession wiederholt sich das Bild von 1963: Seit dem ersten Vierteljahr 1967 bleiben die Ausfuhrpreise wieder hinter dem internationalen Trend zurück (Ziffer 462).

Die Veränderungsraten der Ausfuhrpreise weichen einmal nach oben und einmal nach unten vom internationalen Trend ab; über mehrere Jahre hinweg heben sie sich wieder auf; von 1963 bis zum ersten Halbjahr 1967 sind die Exportpreise der Bundesrepublik um 6,8 vH, die Exportpreise der Außenhandelspartner um 6,5 vH gestiegen.

*Der Preiszusammenhang auf der Importseite*

441. Für die Inlandsmärkte, auf denen heimische mit fremden Erzeugnissen konkurrieren (Schaubild 42), zeigen die statistischen Reihen erst in den letzten Jahren eine einigermaßen parallele Preisentwicklung:

— Während sich die industriellen Erzeugerpreise (im Inlandsabsatz) in den meisten Jahren seit 1955 erhöht haben, sind die Importpreise viele Jahre lang gesunken; ab 1963 steigen Erzeugerpreise und Einfuhrpreise jedoch ziemlich gleichmäßig.

— Auch wenn man von Rohstoffen und Halbwaren absieht, die in der Inlandsproduktion von geringer Bedeutung sind, und die Veränderungen der Importpreise mit den Veränderungen der Erzeugerpreise für die Produkte der verarbeitenden Industrie vergleicht, läßt sich in der Zeit vor 1963 ein enger Zusammenhang nicht erkennen. Dagegen entwickeln sich Einfuhrpreise und Erzeugerpreise in den letzten Jahren wiederum weitgehend parallel.

— Grundsätzlich bleibt es bei diesem Ergebnis, wenn man Einfuhrpreise und Erzeugerpreise für die Produkte eines „Importsubstitutionssektors" [1)] vergleicht.

Diese Beobachtungen legen den Schluß nahe, daß heimische Importsubstitute lange Zeit erheblich billiger waren als Importprodukte. Das Preisgefälle hat sich langsam ausgeglichen, da die Einfuhrpreise gesunken und die Erzeugerpreise gestiegen sind, besonders nachdem die Importgüter durch die Aufwertung noch einmal spürbar billiger geworden waren [2)].

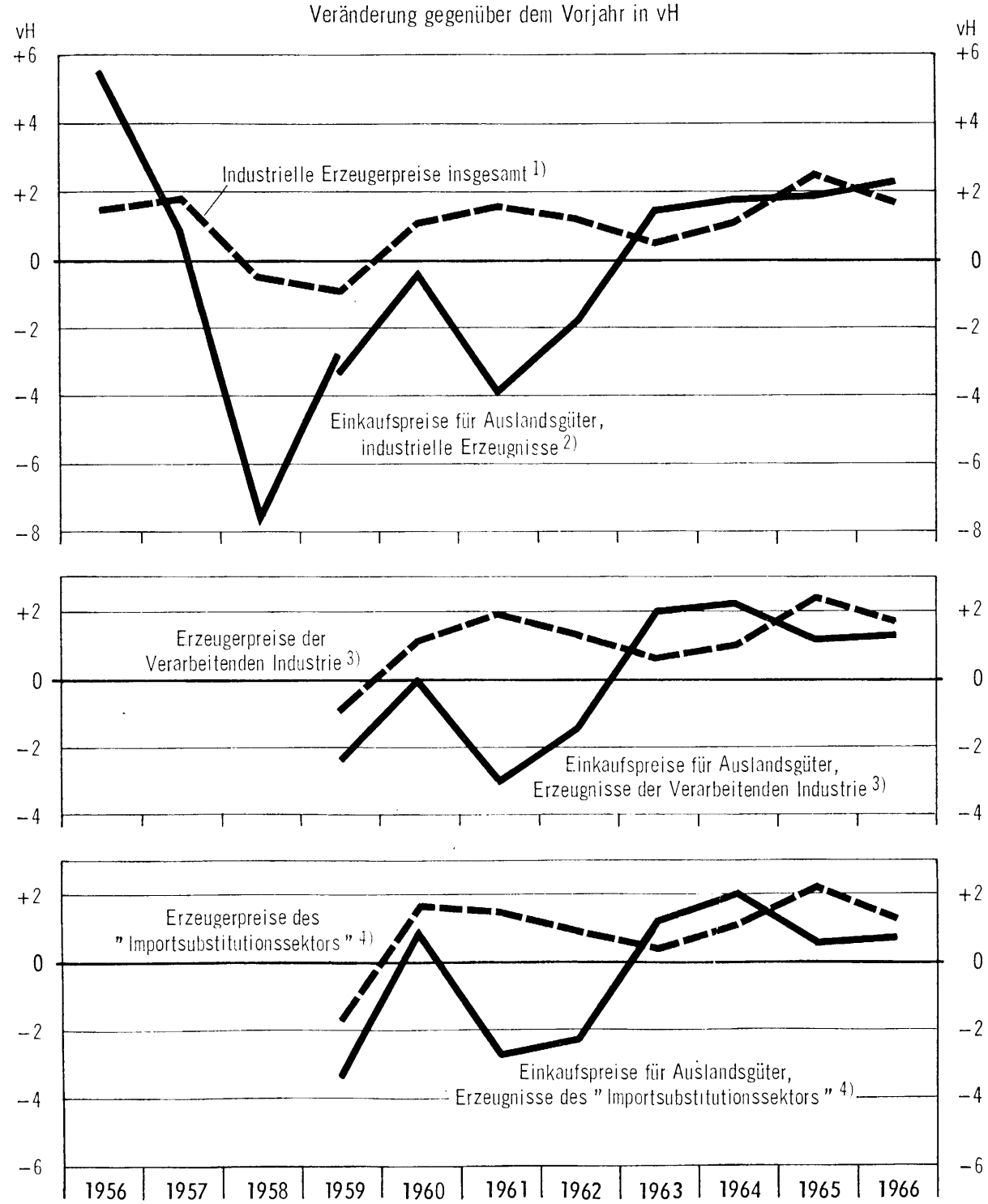
[1)] Abgrenzung in Anhang VII.

[2)] Dabei war das tatsächliche Gefälle noch größer, als die Veränderung der Preisindizes vermuten läßt, da in den fünfziger Jahren noch stärkere Zollschranken bestanden haben.

Schaubild 42

## EINFUHRPREISE UND ERZEUGERPREISE

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH




1) Ohne Elektrizität, Gas und Wasser.– 2) 1956 bis 1959 ohne Gießereierzeugnisse, Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung, Investitionsgüter (jedoch einschl. Stahlbauerzeugnisse), Musikinstrumente, Spielwaren, bearbeitete Edelsteine u. dgl., Glas und Glaswaren, Papier- und Pappewaren, Druckereierzeugnisse, Kunststofferzeugnisse, Gummiwaren.– 3) Ohne Mineralölerzeugnisse und Kohlenwertstoffe, NE-Metalle und -Metallhalbzeug.– 4) Erläuterungen zur Abgrenzung des "Importsubstitutionssektors": Anhang VII.

SR 7725

442. Eine wichtige Ursache für den späten Preisausgleich bei den Importen liegt wohl darin, daß solche Importprodukte, die heimische Erzeugnisse hätten substituieren können, zu Beginn der fünfziger Jahre am Inlandsmarkt nur einen geringen Anteil hatten. Die ausländischen Anbieter konnten erst nach der schrittweisen Liberalisierung der Einfuhr auf den deutschen Markt vordringen. 1950 machte die Einfuhr industrieller Fertigwaren nur 1,9 vH des Umsatzes der verarbeitenden Industrie aus; 1955 waren es 2,9 vH und selbst 1965 erst 8,4 vH. Wegen der autarkieähnlichen Ausgangslage wurden Preisauftriebstendenzen, die in dem vergleichsweise hohen ausländischen Preisniveau angelegt waren, erst allmählich wirksam.

443. Durch den weltweiten Boom von 1955 wurden die ausländischen Anbieter zunächst noch davon abgehalten, sich in besonderem Maße dem deutschen Markt zuzuwenden. Erst während der Nachfrageabschwächung in den Jahren 1957 bis 1959 versuchten sie, ihren Marktanteil in der Bundesrepublik durch Preissenkungen zu vergrößern. Die Zoll- und Integrationspolitik der Bundesrepublik, durch die allerdings vorwiegend der EWG-Raum begünstigt worden ist, und die Aufwertung von 1961 haben die Ausgangslage des Auslandes zusätzlich verbessert.

444. Nach 1963 ist der internationale Preiszusammenhang auf der Importseite ähnlich streng geworden wie auf der Exportseite. Wie auf den Exportmärkten kann man auch auf den Importmärkten beobachten, daß die Preise der heimischen Erzeugnisse in den Zeiten schwacher (1963) oder aufwärts gerichteter Inlandskonjunktur (1964) hinter den Preisen der ausländischen Euzeugnisse zurückbleiben und in der Phase der Hochkonjunktur (1965) über diese hinausgehen.

**Die für die Bundesrepublik relevante internationale Inflationsrate**

445. Um den beobachteten Trend der Ausfuhr- und Einfuhrpreise geldwertpolitisch zu beurteilen, muß man zunächst fragen, wie sich überhaupt Einzelpreise verändern müssen, wenn das allgemeine Preisniveau stabil bleiben soll. Vorweg erscheinen dabei einige grundsätzliche Bemerkungen über die Beziehungen zwischen Preisentwicklung und Produktivitätsentwicklung angebracht [1]).

a) In einer funktionsfähigen Marktwirtschaft gilt, daß sich in keinem Bereich die Preise auf längere Sicht anders entwickeln können als die Kosten. Die Kostenentwicklung ist das Resultat von Produktivitätsänderungen [2]) einerseits und der Entwicklung der Faktorpreise andererseits; unter den Faktorpreisen nehmen die Löhne die wichtigste Rolle ein. Da die Lohnerhöhungen in den einzelnen Sektoren nicht wesentlich voneinander abweichen, kommt es zu einer unterschiedlichen Kostenentwicklung. In Bereichen mit unterdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten steigen die Kosten im Vergleich zu Bereichen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten. Entsprechend müssen die Preise hier sinken und dort steigen, wenn das gesamtwirtschaftliche Preisniveau stabil bleiben soll. Stabilitätskonform ist die Veränderung eines Einzelpreises, wenn sie das Gegenstück zu einer Produktivitätsentwicklung bildet, die vom Durchschnitt abweicht.

b) Ausnahmen von dieser Regel stellen alle Situationen dar, in denen ein Bereich entweder auf eine Übernachfrage oder auf einen Angebotsüberhang mit Preisänderungen reagiert. Ist dafür gesorgt, daß die nominale Gesamtnachfrage und das reale Güterangebot in gleichem Maße zunehmen, so handelt es sich dabei um Prozesse des Strukturwandels, die den Preismechanismus beanspruchen. Kurzfristige Abweichungen vom stabilitätskonformen Preistrend erfüllen unter diesen Umständen eine marktwirtschaftliche Anpassungsfunktion. Je flexibler eine Wirtschaft ist (das heißt vor allem: je schneller die Unternehmer ein Rentabilitätsgefälle ausnutzen), um so eher können sich Abweichungen vom stabilitätskonformen Preistrend wieder zurückbilden. Deshalb verdienen diese Abweichungen nur besonderes Augenmerk, wenn Anzeichen für längerfristige Starrheiten im Faktorenangebot vorhanden sind oder wenn die Beobachtungsperiode sehr kurz ist.

c) Aus der Produktivitätsregel folgt, daß grundsätzlich diejenige Entwicklung der Exportpreise stabilitätskonform ist, die die Produktivitätsentwicklung im Exportsektor widerspiegelt. Für die Preise der mit heimischen Erzeugnissen konkurrierenden Importe gilt die Produktivitätsentwicklung im Importsubstitutionssektor als Maßstab; denn falls die Importpreise stärker steigen (oder weniger sinken), als es der Produktivitätsentwicklung bei der heimischen Konkurrenz entspricht, gewinnt diese Spielraum für eine stabilitätsgefährdende Preispolitik.

446. Produktivitätsuntersuchungen in der Gesamtwirtschaft und im Exportsektor führen zu dem Ergebnis, daß die Preise der Exporte sinken müssen, wenn das gesamtwirtschaftliche Preisniveau stabil bleiben soll.

[1]) Hierzu auch JG 65 Ziffern 237 ff.

[2]) Gemessen an der Totalproduktivität, hier der um Kapital- und Materialkosten bereinigten Arbeitsproduktivität.

Die Produktivität ist dabei gemessen worden als:

— Arbeitsproduktivität auf Beschäftigtenbasis,

— Bereinigte Produktivität I (um Kapitalkosten bereinigte Arbeitsproduktivität) auf Beschäftigtenbasis,

— Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis und

— Bereinigte Produktivität II (um Kapitalkosten bereinigte Arbeitsproduktivität) auf Stundenbasis.

Die Meßvorschriften sind im Anhang VII erläutert. Zum „Exportsektor" sind alle Industriezweige zusammengefaßt, auf die mehr als 1 vH der gesamten Warenausfuhr entfallen; diese Industriezweige sind ebenfalls im Anhang VII aufgeführt.

447. Die Meßergebnisse enthält Tabelle 31:

— Auf Beschäftigtenbasis gerechnet ist die Arbeitsproduktivität im Exportsektor jährlich um 1,7 Prozentpunkte und die Bereinigte Produktivität um 1,8 Prozentpunkte schneller gestiegen als in der Gesamtwirtschaft.

— Mißt man die Produktivität auf Stundenbasis, so beträgt der Abstand zwischen Exportsektor und Gesamtwirtschaft 1,1 Prozentpunkte bei der Arbeitsproduktivität und 2,0 Prozentpunkte bei der Bereinigten Produktivität. Die Differenz zwischen 1,1 und 2,0 läßt sich damit erklären, daß die Arbeitszeit, die in der Gesamtwirtschaft schneller zurückgegangen ist als im Exportsektor, bei der Bereinigten Produktivität viel weniger ins Gewicht fällt als bei der Arbeitsproduktivität.

Tabelle 31

**Produktivitätsentwicklung in der Gesamtwirtschaft und im Exportsektor**

1960 bis 1965

Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH

| Produktivitätsmaß | Gesamtwirtschaft | Exportsektor[1]) | Differenz Exportsektor/Gesamtwirtschaft (2) ./. (1) |
|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 |
| Arbeitsproduktivität auf Beschäftigtenbasis ..... | +2,9 | +4,6 | +1,7 |
| Bereinigte Produktivität auf Beschäftigtenbasis .. | +1,8 | +3,6 | +1,8 |
| Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis .. | +4,7 | +5,8 | +1,1 |
| Bereinigte Produktivität auf Stundenbasis ..... | +2,5 | +4,5 | +2,0 |

[1]) Ohne Berlin.
Erläuterungen: Anhang VII.

Am ehesten erfaßt man die Kosten mit der Bereinigten Produktivität auf Stundenbasis[1]). Aus der Entwicklung dieser Meßziffer in der Gesamtwirtschaft und im Exportsektor kann abgeleitet werden, daß die Exportpreise jährlich um knapp 2 vH hätten sinken müssen, wenn das gesamtwirtschaftliche Preisniveau (in der vorliegenden Rechnung das Preisniveau des Nettoinlandsprodukts zu Marktpreisen) hätte konstant bleiben sollen.

448. Die gleiche Produktivitätsmessung wie für den Exportsektor ist auch für einen Importsubstitutionssektor versucht worden. Dieser Sektor läßt sich abgrenzen, wenn man die Importe nach Industriezweigen ordnet und diejenigen Zweige zusammenfaßt[2]), bei denen die zugeordneten Importe jeweils mindestens 1 vH der gesamten Wareneinfuhr ausmachen (Anhang VII). Die Meßergebnisse unterscheiden sich in Ausmaß und Richtung nur unwesentlich von denen, die man für den Exportsektor erhält. Dies überrascht kaum, da bei der intensiven außenwirtschaftlichen Verflechtung unserer Wirtschaft viele Branchen sowohl zum „Exportsektor" als auch zum „Importsubstitutionssektor" zählen.

Wie man den Importsubstitutionssektor auch immer statistisch abgrenzen mag, ein Fehler ist praktisch nicht vermeidbar: Man kann die heimischen Produktionsbereiche, die mit importierten Enderzeugnissen im Wettbewerb stehen und auf die es hier ja ankommt, nicht unterscheiden von den Produktionsbereichen, bei denen die ausgewiesenen Einfuhren überwiegend Vorerzeugnissen darstellen und mit heimischen Erzeugnisse nicht direkt konkurrieren. Deshalb ist hier darauf verzichtet worden, die Ergebnisse für den Importsubstitutionssektor darzustellen und daran weitere Überlegungen anzuknüpfen.

449. Statt um etwa 2 vH zu sinken, sind die Ausfuhrpreise des Exportsektors, in Dollar gemessen,

[1]) Auch dieses Meßprogramm ist insofern unvollkommen, als eigentlich noch die Preisveränderungen für die Vorerzeugnisse der Gesamtwirtschaft und der Außenhandelsbereiche berücksichtigt werden müßten. Um abzuschätzen, wie sich die Vorleistungspreise entwickeln müßten, damit das Preisniveau stabil bleibt, benötigte man Informationen über die Produktivitätsentwicklung in den in- und ausländischen Vorleistungsbereichen. Diese Informationen liegen in hinreichendem Maße nicht vor. Die Vorleistungspreise bleiben in obiger Rechnung deshalb außer Betracht; es wird also unterstellt, daß die Vorleistungspreise für die Gesamtwirtschaft sich bei stabilem Preisniveau ebenso verändern würden wie die Vorleistungspreise für die Außenhandelsbereiche.

[2]) Ausgenommen Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

in dem Jahrfünft von 1960 bis 1965 jährlich um 2,1 vH gestiegen [1]). Die inflatorische Komponente in den Exportpreisen beträgt also rund 4 vH [2]).

450. Der internationale Inflationstrend erfaßt nicht nur die Preise der Außenhandelsgüter. Über die Faktor- und Gütermärkte, auf denen Binnenwirtschaft und Außenwirtschaft miteinander konkurrieren, breiten sich die außenwirtschaftlichen Preisauftriebstendenzen über die gesamte Wirtschaft aus. Im Verlauf des letzten Konjunkturzyklus haben sich Binnenpreise und Exportpreise sogar simultan an den internationalen Trend angepaßt, und zwar in der zweiten Hälfte des Zyklus 1963/66, als — nach den hohen Gewinnen der Aufschwungsphase — die Lohnwelle ihren Höhepunkt erreichte und der Kostendruck Preiserhöhungen unumgänglich machte. Weil von der Exportkonjunktur, die den Aufschwung eingeleitet hatte, in diesem Stadium nichts mehr zu spüren war, lag dann die Diagnose nahe, der Lohn- und Preisanstieg sei ausschließlich heimischen Ursprungs (JG 66 Ziffer 255).

451. Außenwirtschaftliche Preisauftriebstendenzen werden auf mehreren Wegen in die Binnenwirtschaft hineingetragen:

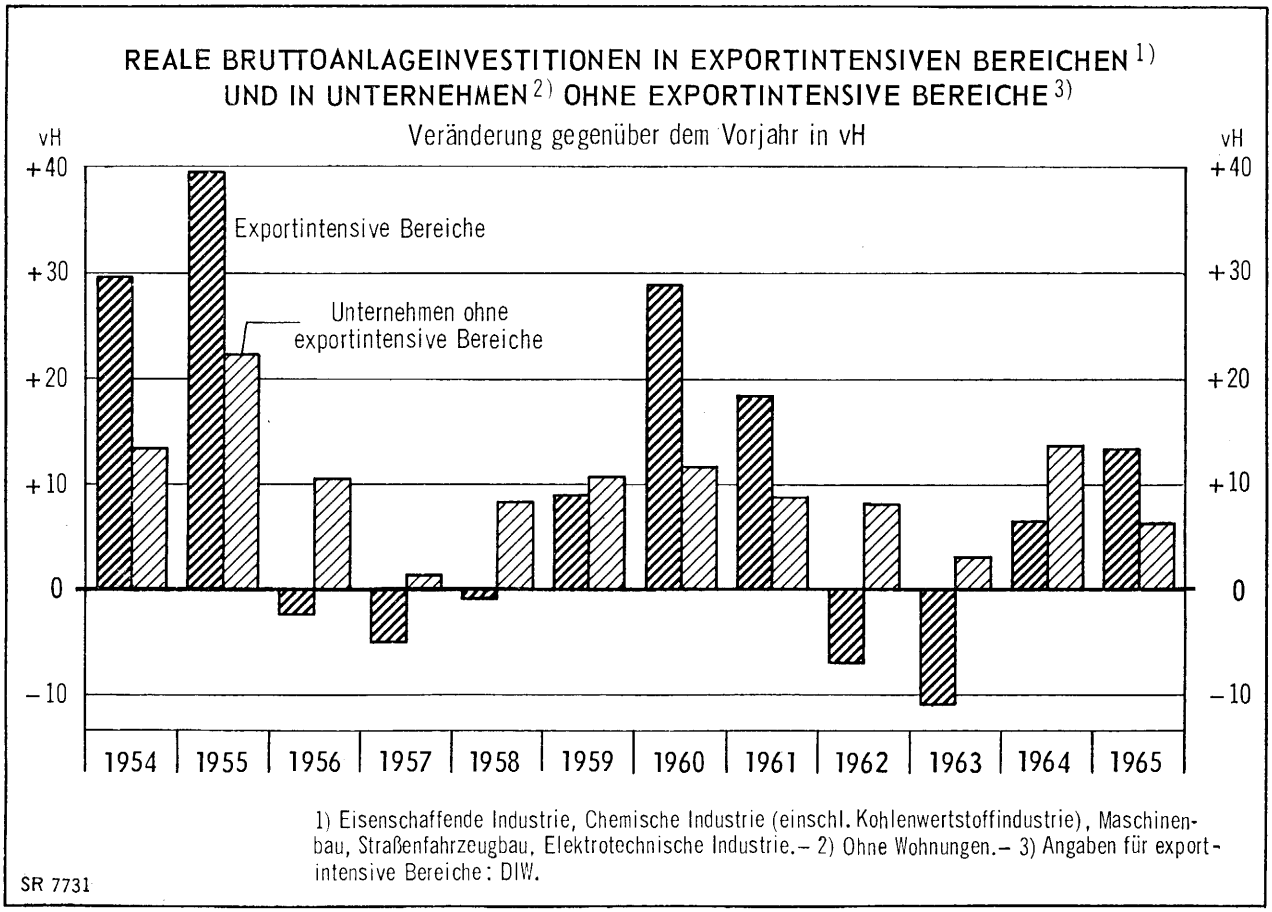
— In der Bundesrepublik hat die Investitionstätigkeit im Anschluß an einen Exportboom besonders stürmisch zugenommen (JG 64 Ziffer 10). Schaubild 43 zeigt, daß in den Jahren übersteigerter Investitionsgüternachfrage (1955, 1960 und 1965) sehr starke Nachfrageimpulse von den fünf exportintensiven Industriezweigen ausgegangen sind. Auf diese Weise wandelten sich die Exportkonjunkturen zu Binnenkonjunkturen.

— War die binnenwirtschaftliche Expansion erst einmal in Gang, ließ auch die Lohnwelle nicht mehr lange auf sich warten. Hätten die Außenhandelsbereiche ihre überdurchschnittlichen Produktivitätsfort-

[1]) Da die Preise in Auslandswährung ausgedrückt sind, ist hinsichtlich der Aufwertung von 1961, die ja eine Art außenwirtschaftliche Absicherung bedeutete, angenommen, daß die DM-Preise der Außenhandelserzeugnisse um den Aufwertungssatz stärker gestiegen wären, wenn die DM nicht aufgewertet worden wäre (vgl. aber Ziffer 439). In Auslandswährungen zu rechnen, ist hier angezeigt, weil es gilt, die internationale Inflationsübertragung bei festen Wechselkursen zu untersuchen.

[2]) Geht man — statt von den Dollarpreisen — von den DM-Preisen aus, so vermindert sich die Komponente auf etwa 3 vH.

Schaubild 43



schritte, die sie im allgemeinen erzielen (Ziffer 447) und die während der Aufschwungsphase infolge zunehmender Kapazitätsauslastung besonders hoch sind, in entsprechenden Preissenkungen weitergegeben, so wären ihre Gewinne nicht übermäßig gestiegen. Für stabilitätswidrige Lohnerhöhungen wäre wenig Spielraum geblieben. Da sich die Preise im Ausland aber dauernd erhöht haben, bestand kein Zwang, die Außenhandelspreise zu senken. Bei festen Wechselkursen hätten Preissenkungen auf die Dauer auch nur zusätzliche Exportüberschüsse zur Folge gehabt — bis schließlich im Sog der ausländischen Nachfrage Preise und Löhne doch gestiegen wären.

— Ein Anstieg der Exportpreise wird auch dadurch direkt auf die Binnenwirtschaft übertragen, daß die Unternehmen Preiserhöhungen, die sie im Auslandsgeschäft erzielen konnten, früher oder später auch auf dem Inlandsmarkt durchzusetzen versuchen; bei konstanten oder bei steigenden Preisen der Konkurrenten im Ausland unterbleiben Preissenkungen, die infolge überdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritte sonst möglich wären.

— Ein Anstieg der Importpreise schließlich breitet sich direkt über die gesamte Wirtschaft aus, weil er den Unternehmen im Bereich der Importsubstitution Preiserhöhungsspielräume verschafft und weil die Importgüter zu einem großen Teil als Kostengüter weiterverarbeitet werden.

Tabelle 32

**Inflationsraten in den Exportpreisen und in den Binnenpreisen**

1960 bis 1965

| | Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH | |
|---|---|---|
| | Dollarpreise | DM-Preise |
| Inflatorische Komponente in den Exportpreisen [1] ..... | +4,0 | +3,0 |
| Preisindex des Nettoinlandsprodukts zu Marktpreisen ..... | +4,6 | +3,7 |
| Preisindex des Bruttosozialprodukts ..... | +4,5 | +3,6 |
| Preisindex für die Lebenshaltung ..... | +3,7 | +2,7 |

[1]) Aus Ziffer 449.

452. Auf mittlere Sicht geht die internationale Inflationsrate in die Binnenpreise ebenso ein wie in die Außenhandelspreise. Die inflatorische Komponente in den Außenhandelspreisen von rund 4 vH für die Periode von 1960 bis 1965 entspricht etwa den Raten, mit denen das westdeutsche Preisniveau während der letzten Jahre, in ausländischer Währung gerechnet, gestiegen ist und in inländischer Währung gestiegen wäre, wenn 1961 nicht aufgewertet worden wäre (Tabelle 32). Rechnet man in inländischer Währung, so vermindern sich alle Zuwachsraten infolge der Aufwertung um etwa einen Prozentpunkt.

Es wäre sicher einseitig, wollte man aus diesen Beobachtungen schließen, daß die schleichende Geldentwertung allein durch den Preisanstieg im Ausland genährt worden ist. Seit mehreren Jahren kommt wohl als nahezu selbständiger Inflationsfaktor hinzu, daß Staat, Unternehmer und Gewerkschaften in ihren Entscheidungen einen Geldwertschwund antizipieren [1]), der der internationalen Inflationsrate etwa entspricht (JG 66 Ziffern 212 f.). Auf mittlere Sicht lassen sich deshalb Ursache und Wirkung kaum noch auseinanderhalten.

Stabilitätspolitisch ist die Zurechnungsdebatte freilich ohne Belang. Ob ein Land in der Vergangenheit Schrittmacher oder Nachzügler im internationalen Inflationsprozeß war, ob es die internationale Inflationsrate antizipiert hatte oder nachträglich übernehmen mußte, ist völlig gleichgültig, wenn es in Zukunft mehr Stabilität erreichen möchte, als seine Partnerländer zu erreichen willens und imstande sind. Dann kommt es in jedem Falle darauf an, daß die Stabilitätspolitik wechselkurspolitisch abgesichert ist. Andernfalls wird der internationale Preis- und Konjunkturzusammenhang jeden Stabilisierungserfolg bald wieder zunichte machen.

453. Obwohl der internationale Preiszusammenhang die nationalen Preisniveaus miteinander verknüpft, ist die Rate der Geldentwertung von Land zu Land recht verschieden (Tabelle 33). Die mittlere Abweichung der nationalen Inflationsraten, gemessen als Variationskoeffizient, beträgt 26 vH bei den Preisindizes für das Bruttosozialprodukt und rund 30 vH bei den Preisindizes für die Lebenshaltung. Abgesehen von Unschärfen bei der Messung der Preisentwicklung, die auf Unterschiede in den Warenkörben und den Erhebungsmethoden zurückgehen, können die Divergenzen damit zusammenhängen,

— daß der internationale Preiszusammenhang nicht für alle Länder gleich streng ist,

— daß preiswirksame staatliche Maßnahmen (Verbrauchsteuererhöhungen, Festsetzung

[1]) Ob die jüngste Rezession daran etwas geändert hat, wird sich erst zeigen, wenn das Produktionspotential wieder voll ausgelastet ist.

von Höchst- und Mindestpreisen usw.) von Land zu Land unterschiedlich getroffen werden,

— daß die Integration der Weltwirtschaft zunimmt (das heißt: mit zunehmender Liberalisierung des Handels, zunehmender Verflechtung der Märkte oder durch Kostensenkungen im Transportsektor verschwinden oder verringern sich bisherige Preisunterschiede, weil immer mehr Binnengüter zu Außenhandelsgütern werden),

— daß ein Land in seinen Außenhandelsbereichen größere Produktivitätsfortschritte erzielt als das andere und deshalb das Preisniveau der Bereiche, die nur unterdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erreichen können und nicht im internationalen Wettbewerb stehen (vor allem der Dienstleistungssektor), in diesem Land stärker steigt als in jenem.

Unter diesen Faktoren scheint dem letzten ein erhebliches Gewicht zuzukommen. Lehrt doch die Erfahrung, daß Länder, Regionen oder Städte mit hohem Produktivitätsniveau auch vergleichsweise „teuer" sind. Der Einfluß der internationalen Produktivitätsentwicklung auf die internationale Preisentwicklung läßt sich auch quantitativ recht gut erfassen.

Tabelle 33

**Inflationsraten in der Bundesrepublik und ihren wichtigsten Partnerländern [1]) 1955—1965**

Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH

| Land | Preisindex des Bruttosozialprodukts [2]) | Preisindex für die Lebenshaltung [2]) |
|---|---|---|
| Bundesrepublik Deutschland | +3,6 | +2,7 |
| Belgien-Luxemburg | +2,4 | +2,1 |
| Italien | +3,7 | +3,4 |
| Niederlande | +4,3 | +3,5 |
| Dänemark | +4,1 | +3,5 |
| Großbritannien | +3,1 | +3,1 |
| Norwegen | +3,2 | +3,4 |
| Österreich | +3,5 | +3,0 |
| Schweden | +3,9 | +3,6 |
| Schweiz | +3,4 | +2,2 |
| Kanada | +1,4 | +1,0 |
| Vereinigte Staaten | +2,0 | +1,6 |
| Mittelwert (ungewogen) | +3,2 | +2,8 |
| Variationskoeffizient (vH) | 26,0 | 29,6 |

[1]) Ohne Frankreich, das in dieser Periode sehr drastische Wechselkursänderungen vorgenommen hat.
[2]) In US-Dollar ausgedrückt.

Tabelle 34

**Koeffizienten der Korrelation zwischen der „Preisschere"**

Binnenpreise / Exportpreise und dem Produktivitätszuwachs Beobachtungsperiode 1955—1965

| Alternative Meßkonzepte für die Binnenpreise, nach denen die „Preisschere" berechnet worden ist [1]) | Produktivitätszuwachs, gemessen am: Bruttosozialprodukt je Einwohner [2]) | Produktivitätszuwachs, gemessen am: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen [3]) |
|---|---|---|
| Preisindex der letzten inländischen Verwendung | | |
| einschließlich Einfuhr | +0,65 | +0,85 |
| ohne Einfuhr | +0,50 | +0,68 |
| Preisindex des Privaten Verbrauchs | +0,58 | +0,83 |
| Preisindex für „lokale" Güter [4]) | +0,78 | +0,73 |

[1]) „Preisschere": Differenz (in Prozentpunkten) zwischen der Veränderung der Binnenpreise und der Veränderung der Exportpreise.
[2]) Länder: Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Kanada.
[3]) Länder: Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Großbritannien, Norwegen, Kanada, Vereinigte Staaten.
[4]) Baugewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Vermögensverwaltung, Wohnungsvermietung, Gesundheitswesen, sonstige Dienstleistungen.

454. Tabelle 34 enthält die Korrelationskoeffizienten für einen internationalen Querschnittsvergleich zwischen der „Preisschere" Binnenpreise/Exportpreise einerseits und den Raten des Produktivitätsanstiegs andererseits. Die Ergebnisse stützen die Vermutung, daß die Binnenpreise im Vergleich zu den Exportpreisen um so stärker steigen, je schneller die Produktivität zunimmt (JG 64 Ziffer 35). Dieser Zusammenhang beruht darauf, daß das Gewicht der Dienstleistungen und anderer Güter, deren Preise im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums steigen — weil sie zunehmend nachgefragt, wegen geringer Produktivitätssteigerung aber beim Binnenpreisniveau größer ist als beim Exportpreisniveau.

455. Bei einer weiteren Korrelation wurde für eine Gruppe von 8 Ländern der Produktivitätsfort-

schritt in Beziehung gesetzt zur Steigerungsrate des Preisniveaus — beides gemessen als Abweichungen vom Durchschnitt (Anhang VII). Es ergab sich, daß ein Produktivitätszuwachs, der um einen Prozentpunkt vom Durchschnitt abweicht, mit einem Preisanstieg einhergeht, der — in der gleichen Richtung — um etwa 0,5 vH vom Durchschnitt abweicht. Trägt man den nationalen Unterschieden in der Produktivitätsentwicklung Rechnung, so vermindert sich die Streuung zwischen den nationalen Inflationsraten recht deutlich (Tabelle 35); der internationale Preiszusammenhang stellt sich bei den Binnenpreisen nun erheblich enger dar als in Tabelle 33. Die verbleibenden Unterschiede müssen überwiegend den anderen in Ziffer 453 genannten Faktoren zugerechnet werden.

**Internationaler Preiszusammenhang und Zahlungsbilanz**

456. In der jüngsten Diskussion um die „importierte Inflation" wurde die Auffassung vertreten — zum Beispiel in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1966/67 (Ziffer 11) —, neben dem internationalen Preiszusammenhang müsse man zusätzlich den sogenannten Einkommenseffekt der Leistungsbilanz sowie den Liquiditätseffekt von Zahlungsbilanzüberschüssen in Rechnung stellen, wenn man die inflatorischen oder deflatorischen Wirkungen der Außenwirtschaft erfassen wolle. In diesem Argument werden die kurzfristigen und die längerfristigen Aspekte der internationalen Inflationsübertragung so behandelt, als wären sie unabhängig voneinander.

457. Einkommenseffekt und Liquiditätseffekt können die internationale Inflationsübertragung nicht erklären. Dies zeigt sich am Beispiel des letzten Konjunkturzyklus in der Bundesrepublik. Zeitlich umfaßt dieser Zyklus etwa die Periode 1963 bis 1966. In dieser Zeitspanne sind die Preise der Exporte um 7,0 vH und die Preise der mit heimischen Erzeugnissen konkurrierenden Importe um 6,9 vH (stabilitätswidrig) gestiegen, während

Tabelle 35

**Inflationsraten und Produktivitätsfortschritte in der Bundesrepublik und in wichtigen Partnerländern 1955 bis 1965**

Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH

| Land | Preisindex | | Produktivität [1] | Produktivitätsbereinigter Preisindex [2] | |
|---|---|---|---|---|---|
| | des Bruttosozialprodukts | für die Lebenshaltung | | des Bruttosozialprodukts | für die Lebenshaltung |
| Belgien | +2,4 | +2,1 | +3,2 | +2,6 | +2,2 |
| Bundesrepublik Deutschland | +3,6 | +2,7 | +4,4 | +3,1 | +2,3 |
| Italien | +3,7 | +3,4 | +5,9 | +2,5 | +2,3 |
| Dänemark | +4,1 | +3,5 | +3,6 [3] | +4,1 | +3,5 |
| Großbritannien | +3,1 | +3,1 | +2,4 | +3,7 | +3,6 |
| Norwegen | +3,2 | +3,4 | +4,1 | +2,9 | +3,1 |
| Schweden | +3,9 | +3,6 | +4,0 [4] | +3,6 | +3,4 |
| Kanada | +1,4 | +1,0 | +2,0 | +2,2 | +1,7 |
| Vereinigte Staaten | +2,0 | +1,6 | +2,1 | +2,7 | +2,3 |
| Mittelwert (ungewogen) | +3,0 | +2,7 | +3,5 | +3,0 | +2,5 |
| Variationskoeffizient (vH) | 28,6 | 32,6 | — | 19,7 | 24,0 |

[1]) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
[2]) Erläuterungen: Anhang VII.
[3]) 1955 bis 1964.
[4]) 1960 bis 1964.

Quelle: OECD

— weder die Leistungsbilanz sich nachhaltig aktiviert hat (der durchschnittliche Überschuß belief sich auf 4,5 Mrd. DM, in den Jahren 1959 bis 1962 auf 6,5 Mrd. DM)

— noch die Zahlungsbilanz einen nennenswerten Überschuß aufwies (durchschnittlich lich 0,5 Mrd. DM, in den Jahren 1959 bis 1962 0,8 Mrd. DM).

Einkommens- und Liquiditätseffekt waren also auf mittlere Sicht negativ. Lediglich im exportinduzierten Aufschwung hatten sich außenwirtschaftliche Überschüsse gebildet, denen aber in der Hochkonjunktur sehr bald kompensatorische Defizite gefolgt sind. Mittel- und längerfristig bestimmt der weltwirtschaftliche Inflationstrend entscheidend, in welchem Maße das Preisniveau in einem außenhandelsabhängigen Land mit festem Wechselkurs steigt. Einem solchen Trendphänomen gegenüber ist jede Zahlungsbilanztheorie blind.

458. Kurzfristig kann die nationale Preisentwicklung jedoch von der internationalen abweichen. Meist ist dies die Folge einer Phasenverschiebung der Konjunkturverläufe:

— Herrscht zum Beispiel im Inland eine Rezession, während die Nachfrage im Ausland zügig expandiert, so fragt das Ausland mehr inländische und das Inland weniger ausländische Güter nach als sonst. Das gilt auch bei unveränderten Preisen im Außenhandel. Es entsteht ein Leistungsbilanzüberschuß; er setzt sich zusammen aus einem Exportüberschuß, der für das Inland eine Konjunkturstütze bedeutet, und einem Importdefizit, in dem ein Teil der inländischen Absorptionslücke zum Vorschein kommt. Die Überschüsse bilden sich zurück, oder es entstehen sogar Defizite, sobald die Binnenkonjunktur wieder Anschluß an die internationale Konjunktur findet — sei es unter dem Einfluß der expansiven Kräfte von außen, sei es dank konjunkturfördernder Maßnahmen.

— Mit dem internationalen Konjunkturgefälle geht in der Regel, aber nicht zwangsläufig, ein internationales Preisgefälle einher. Der Preiszusammenhang ist dann unterbrochen, weil die heimischen Anbieter in der Rezession mit Preiszugeständnissen auf die Weltmärkte drängen und sie auch im Inland die ausländischen Konkurrenten zu unterbieten suchen. Sofern diese nicht ihrerseits mit Preissenkungen ihren Marktanteil verteidigen, werden mehr Güter ausgeführt und weniger Güter eingeführt (als sonst). Die konjunkturbedingte Aktivierungstendenz ist also um so stärker, je reagibler die Außenhandelspreise sind. Sie ist um so schwächer, je weniger der internationale Preiszusammenhang durch das internationale Konjunkturgefälle gelockert worden ist.

Die Leistungs- und Zahlungsbilanzüberschüsse, die ein Land in der Rezession erzielt, sind also Indizien dafür,

— daß der internationale Konjunkturzusammenhang mit großer Sicherheit gelockert ist,

— daß der internationale Preiszusammenhang möglicherweise gelockert ist.

Das gleiche gilt — mit umgekehrten Vorzeichen —, wenn während der Hochkonjunktur außenwirtschaftliche Defizite auftreten.

459. In diesen Vorgängen zeigt sich die klassische Pufferfunktion der Außenwirtschaft. Der Einkommenseffekt und der Liquiditätseffekt sind gleichsam Rückkoppelungseffekte, die etwaige Abweichungen vom internationalen Konjunkturtrend signalisieren und korrigieren. Die internationale Übertragung von Preissteigerungen wird durch diese Effekte nur insoweit bestimmt, als im Prozeß der Konjunkturübertragung auch Abweichungen des nationalen vom internationalen Preistrend auftreten. Mit diesen Effekten kann man deshalb nur die Abweichungen vom Trend erfassen, nicht den Trend selbst.

460. Die Konjunkturreagibilität der Leistungsbilanz hat sich im letzten Wachstumszyklus deutlich gezeigt (Schaubild 44):

— Solange die Weltkonjunktur mehr Auftriebskräfte hatte als die heimische Konjunktur (bis zum vierten Vierteljahr 1963), hat sich die Leistungsbilanz aktiviert;

— während der Hochkonjunktur (erstes Vierteljahr 1964 bis zweites Vierteljahr 1965), die im Inland stärker war als im Ausland, wurden die Leistungsbilanzüberschüsse laufend kleiner, bis in der Jahresmitte 1965 sogar Defizite auftraten; was damals wie „Stabilitätsimport" aussah, war die außenwirtschaftliche Reaktion auf eine exzessive Nachfrageentwicklung im Innern;

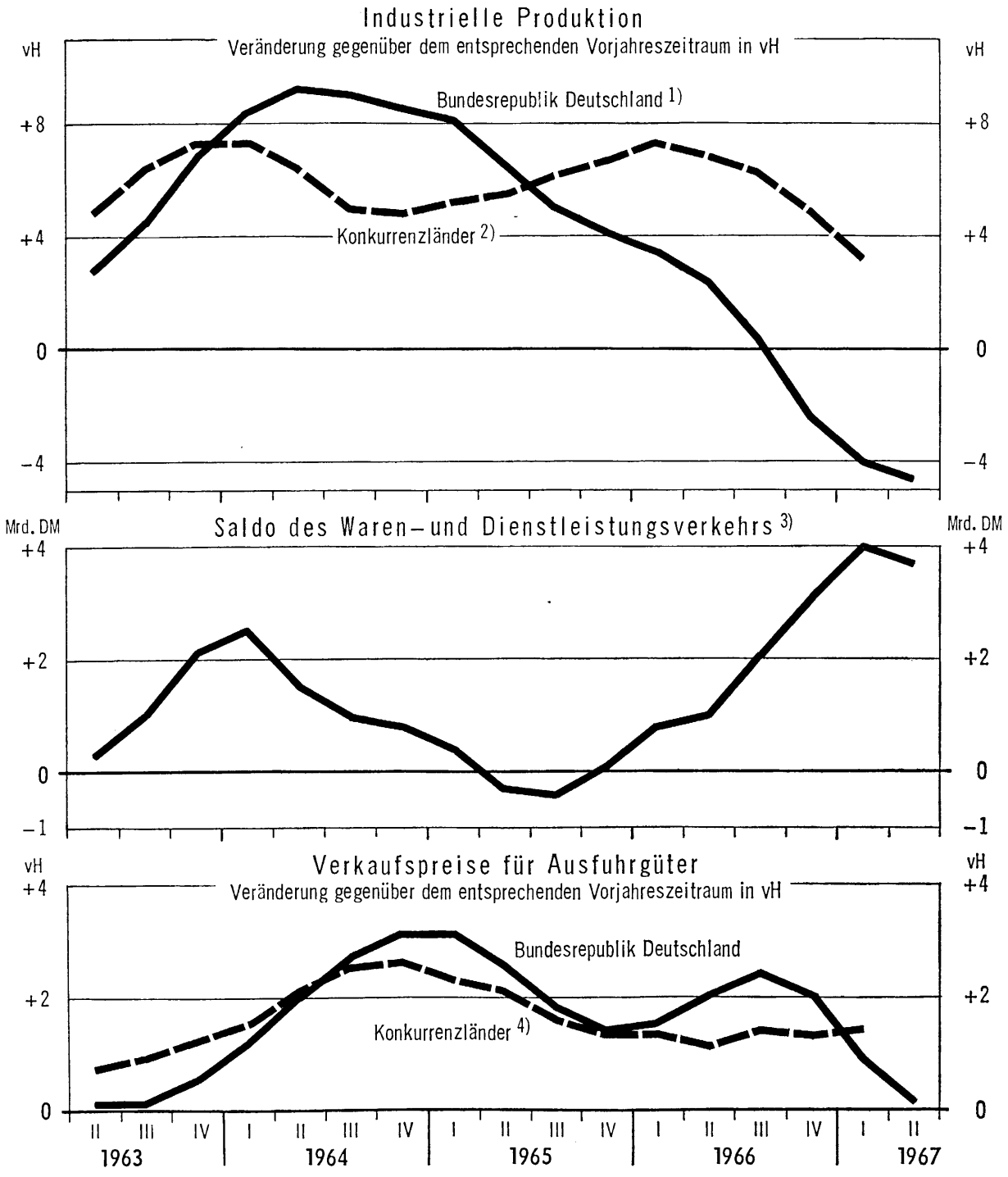
— seit dem dritten Vierteljahr 1965 bleibt die Inlandskonjunktur eindeutig hinter der Weltkonjunktur zurück, seither neigt die Leistungsbilanz wieder zu Überschüssen.

461. Den Abweichungen vom internationalen Konjunkturtrend entsprechen im großen und ganzen auch die Abweichungen vom internationalen Preistrend. In der Rezession und im frühen Aufschwung blieb die heimische Preisentwicklung hinter der internationalen zurück; in der Hochkonjunktur ging sie darüber hinaus. Im Jahre 1965 wies die Leistungs- und Zahlungsbilanz — konjunkturbedingt — ein Defizit auf, während die Außenhandelspreise spürbar stiegen. Die Außenwirtschaft hat damals „stabilisierend" gewirkt — aber auch nur insoweit sie verhindert hat, daß die westdeutsche Wirtschaft vom internationalen Preis- und Konjunkturtrend noch mehr nach oben abweichen konnte.

Schaubild 44

## INTERNATIONALER KONJUNKTUR- UND PREISZUSAMMENHANG

Gleitende 3-Vierteljahresdurchschnitte




1) Industrielle Nettoproduktion.– 2) Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Großbritannien, Schweiz, Österreich, Norwegen, Schweden; Gewichtung mit den Anteilen an der Weltausfuhr 1965. Quelle: OECD.– 3) Quelle: Deutsche Bundesbank.– 4) Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Großbritannien, Schweiz, Österreich, Norwegen, Schweden, Dänemark. 1963 und 1964 ohne Österreich, ab 1965 ohne Norwegen, 1967 ohne Vereinigte Staaten, Belgien, Dänemark; Gewichtung mit den Anteilen an der Weltausfuhr 1965; Preise in US-$. Quelle: UN.

SR 7730

Im Jahre 1966 sind die Preise allerdings noch einmal erheblich stärker gestiegen, als es dem internationalen Trend entsprach, obwohl die Expansion der Nachfrage im Inland mit der im Ausland nicht mehr Schritt hielt. Das Konjunkturgefälle war bald so stark, daß die Aktivierungstendenz der Leistungsbilanz durch die Verteuerung der Exporte nicht unterbrochen wurde. Doch mußte die Exportwirtschaft unter dem Druck der Rezession ihre Preise schon im Frühjahr 1967 wieder senken. Nachdem 1966 das westdeutsche Preisniveau zeitweise an die Obergrenze des Spielraums heranreichte, den der internationale Preiszusammenhang erlaubt, scheint es sich heute an der Untergrenze zu bewegen.

**Der internationale Preiszusammenhang im Jahre 1967**

462. Unterstellt man, daß im Jahre 1965 die Exportpreise den vergleichbaren ausländischen Preisen und die Preise der Importsubstitutionsgüter den vergleichbaren Importpreisen entsprachen, so hatte sich bis zum zweiten Vierteljahr 1967 ein leichtes Preisgefälle herausgebildet: Die Exportpreise lagen (schätzungsweise) um 0,6 vH, die Preise der Importsubstitutionsgüter um 0,2 vH unter den Preisen der ausländischen Konkurrenzerzeugnisse. Diese Differenzen erhöhen sich auf 1,3 vH bei den Exporten und auf 1,2 vH bei den Importsubstituten, wenn man statt 1965 das Jahr 1966 als Ausgangsbasis wählt. In dem Maße, in dem die westdeutsche Wirtschaft nach unten vom internationalen Preistrend abgewichen ist, sind Preiserhöhungsspielräume entstanden.

463. Im November 1967 haben Großbritannien, Dänemark und eine Reihe weiterer Länder ihre Währungen abgewertet. Obwohl durch die Abwertungen nur ein Teil des westdeutschen Außenhandels direkt betroffen wird und obwohl die Abwertungsländer ihre Exportpreise nicht um den vollen Abwertungssatz senken werden, dürfte der für die Bundesrepublik relevante internationale Preistrend durch diese Maßnahmen unterbrochen worden sein. Die Preiserhöhungsspielräume der Außenwirtschaft sind dadurch eingeschränkt worden.

Bis zu einem gewissen Maße neutralisieren die Abwertungen auch künftige Preissteigerungen in den Abwertungsländern und dämpfen den Anstieg der Exportpreise in Drittländern. Dies vermag die westdeutsche Wirtschaft im Jahre 1968 und vielleicht auch noch 1969 vor außenwirtschaftlichen Preissteigerungen zu bewahren. Für die Jahre danach bieten die Wechselkursänderungen von heute jedoch keinen Schutz mehr gegen Preissteigerungen, die sich bei einer Fortsetzung des weltwirtschaftlichen Inflationstrends aus dem internationalen Preiszusammenhang ergeben.

## IV. Umsatzsteuerreform, Außenhandel und Preise [1]

464. Wenn am 1. Januar 1968 in der Bundesrepublik eine Nettoumsatzsteuer (Mehrwertsteuer) [2] an die Stelle der kumulativen Bruttoumsatzsteuer tritt, ändern sich auch die Regelungen für die steuerliche Entlastung der Ausfuhr sowie für die Nachbelastung der Einfuhr. Sieht man von der Übergangszeit ab, in der Steuern auf Investitionen noch nicht dem Steuerausgleich unterliegen werden, so wird künftig anders als bisher sichergestellt sein, daß deutsche Waren vollständig frei von Umsatzsteuer ins Ausland gehen und ausländische Waren im Inland mit genau der gleichen Belastung gehandelt werden wie inländische.

Es ist behauptet worden, daß diese Änderungen des Steuerausgleichs für den grenzüberschreitenden Warenverkehr eine ähnliche Wirkung haben werden wie eine Abwertung der D-Mark (Abwertungseffekt).

465. Wenn die Ausfuhr künftig von inländischer Umsatzsteuer genau entlastet wird und die Einfuhr genau die Steuerlast trifft, die vergleichbare Inlandsgüter tragen, so gewährleistet dies im Prinzip, daß der internationale Handel nicht mehr unter Wettbewerbsverzerrungen stehen wird, die vom deutschen Umsatzsteuersystem ausgehen. Dies zählte zu den wichtigsten Gründen für dessen Reform. Denn da bisher die kumulative umsatzsteuerliche Belastung der einzelnen Güter in der Regel unbekannt war, mußte die Differenzierung der Vergütungssätze für die Ausfuhr unzulänglich bleiben. Auf der Einfuhrseite war niemals ausschließlich der Grundsatz maßgebend, die Ausgleichsteuersätze möglichst in Übereinstimmung mit der Steuerbelastung vergleichbarer Inlandsgüter zu bringen. Je nach der Steuerkumulation auf den voraufgegangenen Produktions- und Handelsstufen war im Falle der Ausfuhr die nach Ausfuhrvergütung verbleibende Restbelastung, im Falle der Einfuhr der Abstand zur Ausgleichsteuer groß oder klein; bei der Ausfuhr ging die Ausfuhrvergütung gelegentlich sogar über die Vorbelastung hinaus.

Mit der Beseitigung solcher unbeabsichtigter Verzerrungen wird sich die relative Wettbewerbsposition der einzelnen deutschen Erzeugnisse sowohl auf Auslandsmärkten als auch auf Inlandsmärkten, soweit sie dort auf konkurrierende Auslandsangebote stoßen, geringfügig oder stärker ändern; dies ist eine beab-

[1] Die folgenden Überlegungen befassen sich mit möglichen Wirkungen der Umsatzsteuerreform für sich genommen. So gesehen werden sie von der Abwertung des britischen Pfundes und anderer Währungen nicht berührt. Diese Abwertungen werden sicherlich Wirkungen haben, die zum Teil die bisher behandelten Wirkungen der Umsatzsteuerreform direkt aufheben oder gar überkompensieren. Das Zusammenwirken beider Vorgänge wird hier nicht erörtert.

[2] Gesetz vom 29. Mai 1967, Bundesgesetzblatt I, Seite 545.

sichtigte Folge der Reform. Zu fragen bleibt, ob die Sätze der Umsatzsteuerrückvergütung beziehungsweise der Umsatzausgleichsteuer bisher nicht nur der Struktur nach falsch waren, sondern auch im Niveau nicht der Vorbelastung der Ausfuhrgüter beziehungsweise der Belastung derjenigen Inlandsgüter, die mit Importen konkurrieren, entsprachen. Während der Diskussion um die Umsatzsteuerreform ist vielfach darüber geklagt worden, daß die Ausfuhrvergütungs- und Ausgleichsteuersätze ganz überwiegend zu niedrig wären. Träfe dies zu, so brächte die künftig korrekte steuerliche Entlastung der Ausfuhr beziehungsweise Nachbelastung der Einfuhr eine ebenso überwiegende — wenn auch im einzelnen sehr unterschiedliche — Begünstigung der deutschen Ausfuhr beziehungsweise der mit Importen konkurrierenden Inlandsgüter gegenüber bisher mit sich. Mit anderen Worten: Der Verbesserung der Wettbewerbsposition einzelner deutscher Erzeugnisse stünde nicht in gleichem Maße eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition anderer deutscher Erzeugnisse gegenüber, wie es bei einer bloßen Bereinigung der Struktur des deutschen Umsatzsteuerausgleichs der Fall wäre. Man dürfte von einem — wenn auch unbeabsichtigten — Abwertungseffekt der Reform sprechen. Dies ist wohl tatsächlich der Fall. Allerdings ist das Ausmaß des zu erwartenden Abwertungseffekts viel geringer zu veranschlagen, als vielfach vermutet worden ist.

466. Nach vorläufigen Schätzungen des Ifo-Instituts beläuft sich für die Ausfuhr die bisherige Umsatzsteuervorbelastung auf durchschnittlich 3,5 vH [1]) und die durchschnittliche Entlastung (Ausfuhrvergütung und gegebenenfalls Ausfuhrhändlervergütung) auf 2,9 vH. Danach verblieb bisher eine Restbelastung von durchschnittlich 0,6 vH. Diese wird künftig wegfallen.

467. Auf den ausgleichsteuerpflichtigen Einfuhrwaren lagen bisher — immer nach den Schätzungen des Ifo-Instituts — durchschnittlich 4,6 vH Umsatzausgleichsteuer, auf den vergleichbaren Inlandsgütern kumulierte Umsatzsteuer in Höhe von durchschnittlich 7,0 vH. Die Minderbelastung der eingeführten gegenüber den im Inland erzeugten Waren, die künftig wegfällt, beträgt hier also 2,4 vH.

468. Knapp ein Viertel der deutschen Wareneinfuhr, in der Hauptsache Rohstoffe, die in der Bundesrepublik nicht oder nicht in ausreichender Menge hergestellt werden können, waren bisher nicht ausgleichsteuerpflichtig; sie werden aber künftig der Mehrwertsteuer unterliegen. Obwohl diese Güter überwiegend nicht in Wettbewerb mit inländischen Erzeugnissen gleicher Art stehen, gleicht doch die Steuererhöhung, die es für sie geben wird, bei der Einfuhrabrechnung ebenso einer Abwertung der DM wie die Steuererhöhung für bisher schon ausgleichsteuerpflichtige Waren: die Einfuhrwaren werden teurer. Außerdem verändern sich auch hier Wettbewerbsbeziehungen, zwar nicht zwischen Gütern gleicher Art, aber zwischen Gütern geichen Gebrauchswertes, beispielsweise zwischen ausländischen Rohstoffen und inländischen Kunststoffen.

Um wieviel teurer es künftig sein wird, Auslandsgüter zu verwenden, die bisher auf der Freiliste gestanden haben, darf allerdings nicht allein nach der Besteuerung an der Grenze (im Regelfall 10 vH) veranschlagt werden, tritt diese doch zum Teil lediglich an die Stelle der Kumulativwirkung der Bruttoumsatzsteuer, der auch Einfuhrgüter der Freiliste bei ihrem Weg durch Handel und Verarbeitung bisher unterlagen und die künftig entfällt. Man trifft die effektive Mehrbelastung, soweit sie hier relevant ist, wahrscheinlich am besten, wenn man sie danach bemißt, welchen — künftig entfallenden — Steuervorteil nicht ausgleichsteuerpflichtige Einfuhrwaren gegenüber inländischen Erzeugnissen gleicher Produktionsstufe bisher gehabt haben; das sind — bei vorsichtiger Schätzung — etwa 5 vH [2])

469. Abzuschätzen, in welchem Maße auch für den Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland mit einem Abwertungseffekt der Umsatzsteuerreform gerechnet werden muß, ist mangels ausreichender Informationen über die bisherigen Steuerbelastungen noch schwieriger. Für den Dienstleistungsverkehr, der dem Steuerausgleich unterliegt oder unterliegen wird, sei hier angenommen, daß der Abwertungseffekt der Umsatzsteuerreform nicht größer anzusetzen ist, als er bei der Warenausfuhr und der Wareneinfuhr im Durchschnitt sein wird.

470. Für den Abwertungseffekt der Umsatzsteuerreform kommen also in Betracht

0,6 vH (durchschnittliche Restbelastung) bei der Warenausfuhr,

2,4 vH (durchschnittliche Minderbelastung) der bisher nicht ausgleichsteuerpflichtigen Wareneinfuhr.

5 vH (durchschnittliche Minderbelastung) bei bei der bisher nicht ausgleichsteuerpflichtigen Wareneinfuhr,

[1]) Der Ausfuhrumsatz selbst ist, wie erwähnt, schon jetzt steuerfrei.

[2]) Die Belastung in inländischen Bereichen der Rohstoffproduktion liegt — nach den Schätzungen des Ifo-Instituts — meist zwischen 5 und 6 vH. Zur Ermittlung des Abwertungseffekts hier einen Satz von 5 vH zu berücksichtigen, ist auch deshalb vorsichtig, weil die Umsatzsteuerreform nicht nur mit der Korrektur des Steuerausgleichs, sondern auch mit der umfassenden Änderung der Belastungsstruktur, die sie mit sich bringt, die Einfuhren benachteiligt, da bei diesen die — bisher vergleichsweise niedrig belasteten — Rohstoffe einen vergleichsweise hohen Anteil haben.

0 vH beim Tourismus (einschließlich Dienstleistungsausfuhren und -Einfuhren der Regierung), beim Transfer von Kapitalerträgen und Arbeitsentgelten sowie bei den verschiedenen Dienstleistungen, die heute und künftig nicht dem Steuerausgleich unterliegen [1],

ein Satz in der Größenordnung von 2 vH (durchschnittlicher Minderausgleich) bei den Dienstleistungsausfuhren und Dienstleistungseinfuhren, die überhaupt dem Steuerausgleich unterliegen oder unterliegen werden.

Natürlich brauchen die Wirkungen der Reform auf den Außenhandel im einzelnen durchaus nicht den Belastungsänderungen zu entsprechen, die sich von Warengruppen zu Warengruppe ergeben; dies stört jedoch die Analogie zur Wechselkursänderung nicht. Denn ebenso wenig hat die einheitliche Datenänderung, wie sie eine tatsächliche Wechselkursänderung schafft, einheitliche Wirkungen.

Bildet man einen gewogenen Durchschnitt der genannten Einzelsätze, so ergibt sich ein Abwertungseffekt von etwa 1,5 vH [2].

471. Der so geschätzte Abwertungseffekt wird nicht in voller Höhe sofort wirksam werden. Es ist nämlich zu berücksichtigen: Die bisherigen Endpreise enthielten — und das Ifo-Institut hat entsprechend gerechnet — pro rata der jeweiligen Abschreibungen auch die kumulierte Umsatzsteuer, die in den Anschaffungspreisen der Anlagegüter enthalten ist. Da die Regelungen der Reform keinen Vorabzug der auf Altinvestitionen früher gezahlten Umsatzsteuer vorsehen und da außerdem während einer Übergangszeit von fünf Jahren auch die Neuinvestitionen noch der Besteuerung (nicht abzugsfähige Steuern auf den Selbstverbrauch, meist Investitionssteuer genannt) unterliegen, wenn auch mit abnehmenden Sätzen, werden die Exportgüter zunächst noch nicht völlig umsatzsteuerfrei ins Ausland gehen. Aus dem gleichen Grund wird sich die Wettbewerbsposition der Importe zunächst weniger verschlechtern als zuvor geschätzt.

Was die auch künftig zunächst verbleibende Restbelastung der Ausfuhr (oder die Minderbelastung der Einfuhr) durch die Doppelbesteuerung der Altinvestitionen oder die — abnehmende — Sonderbesteuerung der Neuinvestitionen im Durchschnitt ausmachen wird, muß auf Grund des Anteils der Abschreibungen an der Wertschöpfung der unmittelbar oder mittelbar beteiligten Bereiche geschätzt werden. Nimmt man an, daß die Investitionsgüter bisher durchschnittlich ebenso hoch belastet waren wie die gesamte Industrieproduktion, nämlich mit etwa 7,5 vH, und daß die mit dem Ausland konkurrierenden Bereiche (einschließlich deren wichtigster Vorleistungsbereiche) nicht kapitalintensiver produzieren als der gesamte Unternehmensbereich, so ist damit zu rechnen, daß kumulierte Umsatzsteuer in Höhe von etwa einem Zehntel der bisherigen durchschnittlichen Gesamtbelastung der Industrie auch nach der Reform anfangs noch nicht dem Steuerausgleich an der Grenze unterworfen sein wird. Der Abwertungseffekt der Reform ist also zunächst um etwa dreiviertel Prozentpunkte geringer als unter Ziffern 466 ff. geschätzt anzusetzen; er wird bei der Einführung der Mehrwertsteuer also nur etwa dreiviertel Prozent betragen und erst im Laufe etlicher Jahre allmählich auf etwa eineinhalb Prozent wachsen, dann nämlich, wenn — bei festen Wechselkursen — die Kosten der Güter wettbewerbsbestimmend werden, die mit Hilfe neuer Anlagen erzeugt werden, für die der Vorsteuerabzug mehr und mehr voll wirksam wird. Nimmt man die Ausfuhr für sich, so wird es anfangs überhaupt an einem Abwertungseffekt fehlen.

472. Für die Mehrwertsteuer werden ab Januar 1968 zunächst Steuersätze gelten, von denen der Gesetzgeber ein Aufkommen erwartet, das nicht über dem liegt, das die alte Bruttoumsatzsteuer unter sonst gleichen Bedingungen voraussichtlich erbracht hätte. Wegen der gegenüber ursprünglichen Plänen verbesserten steuerlichen Entlastung der sogenannten Altvorräte wird das Steueraufkommen vorerst wahrscheinlich sogar geringer sein, als nach dem alten System zu veranschlagen gewesen wäre. Auf diese Umstände hat sich die Erwartung gegründet, daß die Reform das Preisniveau nicht steigen lassen werde. Vertrauen hat auch erweckt, daß der Wettbewerb konjunkturell bedingt schärfer geworden ist; es wird darauf gehofft, er möge ausreichen, überall dort, wo die Steuerlast geringer sein wird als früher, ebenso rasch Preissenkungen zu erzwingen, wie anderswo die Preise heraufgesetzt werden, weil die Steuerlast größer geworden ist. Erst die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze auf 11 vH bzw. 5,5 vH zur Jahresmitte würde demnach das Preisniveau beeinflussen müssen.

473. Ob das Vertrauen auf den Wettbewerb gerechtfertigt ist, mag man bezweifeln. Außerdem kann man aus der Tatsache, daß das Umsatzsteueraufkommen nicht stärker steigen wird, als es bei dem alten Umsatzsteuersystem gestiegen wäre, nicht auf Konstanz des Preisniveaus schließen. Dafür gibt es mehrere Gründe:

[1] Auf die beim Tourismus und bei Kapital- und Arbeitskräfteverkehr mit dem Ausland möglichen mittelbaren Wirkungen eines höheren Ausgleichsniveaus auf längere Sicht kann hier nicht eingegangen werden.

[2] Gewogen wurde mit den entsprechenden Werten der Bilanz der laufenden Posten, also denen der Warenausfuhr, der ausgleichsteuerpflichtigen Wareneinfuhr, der nicht ausgleichsteuerpflichtigen Wareneinfuhr, der Einzelposten der Dienstleistungsbilanz sowie der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen.

— Der unter Ziffern 466 ff. dargestellte Abwertungseffekt der Umsatzsteuerreform wird das Preisniveau auf die Dauer nicht unberührt lassen.

— Das Fehlen einer steuerlichen Entlastung der Altinvestitionen stellt sich in der Kostenrechnung der Unternehmen als Doppelbesteuerung dar, nicht aber sofort für den Bundeshaushalt als Quelle entsprechend hoher zusätzlicher Einnahmen.

— Die steuerliche Entlastung der Altvorräte stellt sich im Bundeshaushalt als Steuerausfall dar, nicht aber in der Kostenrechnung der Unternehmen als entsprechende Minderbelastung gegenüber vorher.

474. Der erwartete Abwertungseffekt der Umsatzsteuerreform würde nur dann lediglich die Außenhandelsströme und nicht auch das Preisniveau beeinflussen, wenn die Exportwirtschaft, soweit sie steuerlich zusätzlich entlastet wird, dies allein dazu nutzen würde, die Preise zu senken und mehr zu exportieren. Die mit Einfuhren konkurrierenden Bereiche müßten ihren neuen Steuervorteil voll ausnutzen, um ihren Anteil am Binnenmarkt zu vergrößern. Die Folge wären zusätzliche Leistungsbilanzüberschüsse. Im anderen Extremfall würden die begünstigten Exporteure ihre Preise trotz höherer Steuerentlastung nicht senken, die mit Importen konkurrierenden Bereiche ihre Preise entsprechend der erhöhten Importbesteuerung ebenso wie die Importeure heraufsetzen. Wahrscheinlich wird zunächst weder ausschließlich das eine noch ausschließlich das andere geschehen. Da jedoch — bei festen Weselkursen — das Preisniveau von Außenhandelsgütern auf längere Zeit weltmarktbestimmt ist, muß sich schließlich der zweite Effekt voll durchsetzen und wie bei der Übertragung von Preissteigerungen aus dem Ausland allmählich auf die übrige Wirtschaft ausbreiten (Ziffern 450 ff.). Am Ende entspräche dem Abwertungseffekt eine etwa gleich große Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus.

Gegenüber der Gefahr einer preisniveauerhöhenden Wirkung des Abwertungseffektes wird oft geltend gemacht, daß die Konjunkturlage bei Jahresende wahrscheinlich noch nicht gestatten werde, durch Unterlassen von Preissenkungen, die von der Kostenseite her möglich werden, oder gar durch Preiserhöhungen, höhere Gewinne anzustreben. Das mag durchaus zutreffen, jedoch nur kurzfristig. Sobald sich die Binnennachfrage wieder normalisiert, wird für die Unternehmer der Anlaß wegfallen, im Wettbewerb mit dem Ausland Preiszugeständnisse zu machen. Der Wettbewerbsvorteil aber, den der Abwertungseffekt der Umsatzsteuerreform gewährt, wird nicht wegfallen.

475. Während die Doppelbesteuerung der Altinvestitionen und die Sonderbesteuerung der Neuinvestitionen während der Übergangszeit zwar den Abwertungseffekt der Umsatzsteuerreform zunächst wesentlich mindern und damit die spezifisch außenwirtschaftlichen Probleme des Übergangs verhältnismäßig gering erscheinen lassen (Ziffer 471), ist dadurch für die Stabilität des Preisniveaus nichts gewonnen. Denn diese Doppelbelastung wirkt in der gleichen Richtung auf das Preisniveau wie der Abwertungseffekt, eher noch unmittelbarer, und wird darin in dem Maße, wie sie an Bedeutung verliert, allmählich durch das Anwachsen des Abwertungseffekts abgelöst.

476. Es hätte durchaus der Logik des Mehrwertsteuersystems entsprochen, wenn man beim Übergang sowohl die Altvorräte als auch die Altinvestitionen von der Vorbelastung mit Bruttoumsatzsteuer befreit hätte; denn die Mehrwertsteuer erfaßt sie ja, wenn und insoweit sie Teil des Endabsatzes werden. Folgerichtig wäre dann die Übergangsregelung für die Besteuerung der Neuinvestitionen entfallen. All dies hätte jedoch den Fiskus mit einem Teil seiner Einnahmen gleichsam in die Lage eines Mannes gebracht, dessen Gehaltstermin vom Anfang auf das Ende des Monats verlegt worden ist und dem daher zunächst ein Monatsgehalt fehlt. Das ist so, weil wegen des Vorsteuerabzuges die Steuer erst beim Endabsatz und nicht wie bisher auf allen Stufen endgültig in das Steueraufkommen eingeht [1]). Nur bei den Vorräten ist der Gesetzgeber den systemgerechten Weg gegangen, vor allem mit Rücksicht auf die Gefahr eines konjunkturpolitisch unerwünschten Abbaus der Vorräte. Bei den Altinvestitionen kommt es — pro rata Abschreibungen — zur vollen Doppelbesteuerung, bei den Neuinvestitionen nur im Maße der — zeitlich degressiven — nicht abzugsfähigen Investitionssteuer. Es ist nicht zu sehen, wie ohne Nachfragerestriktion oder verschärften Wettbewerb von außen verhindert werden könnte, daß die Unternehmer das, was sie für zusätzliche Kosten halten, auf die Preise überwälzen. Kaum wahrscheinlich erscheint, daß sich ohne solche Maßnahmen im Markt schon bald die Wettbewerbshandlungen von Unternehmen durchsetzen, die ihre Abschreibungen auf Grund von Wiederbeschaffungskosten kalkulieren, die dabei in Rechnung stellen, daß

[1]) Daß die Umsatzsteuer für Investitionen künftig später „fällig" ist, stellt gewissermaßen die dauernde Gegenleistung für die „Doppelbesteuerung" der Altinvestitionen dar. In der Tat ist der Gegenwartswert aller zukünftigen „Gegenleistungen", einer im Prinzip unendlichen Reihe von Zinsersparnissen, in einer wachsenden Wirtschaft mit großer Sicherheit höher, als der Nachteil der Doppelbesteuerung der Altinvestition ausmacht. Insoweit kann man also bei entsprechendem Zeithorizont nicht mehr von einer Doppelbesteuerung sprechen. Die zeitliche Verlagerung der Besteuerung hin zum Endabsatz wird etwas verringert durch den Übergang von der Ist-Besteuerung zur Soll-Besteuerung.

Investitionen künftig allmählich steuerfrei werden, und die daher insoweit bereit sind, die Belastung ihrer Altinvestitionen mit Umsatzsteuer als bloßen Buchverlust hinzunehmen.

477. Es muß sogar damit gerechnet werden, daß zumindest die Sonderbelastung der Neuinvestitionen nicht nur pro rata Abschreibungen in die Preise eingeht. Da die Investitionssteuer mit fallenden Sätzen — von 8 vH im Jahre 1968 auf 2 vH im Jahre 1972 — und danach nicht mehr erhoben wird, sind die Unternehmer, die 1968 neue Anlagen anschaffen, genötigt, dies in der Voraussicht zu tun, während der folgenden Jahre den Wettbewerb mit Unternehmen bestehen zu müssen, deren Anlagen geringer besteuert sind oder gar — ab 1973 — überhaupt nicht. Das heißt, viele Anlageinvestitionen werden in den ersten Jahren der Investitionsbesteuerung nur dann lohnend sein (gegenüber einer Vertagung etwa auf 1971, 1972 oder danach), wenn die Marktlage erwarten läßt, daß die Sondersteuer gleich in den ersten Jahren — über höhere Preise als sonst — zusätzlich erwirtschaftet werden kann. So gesehen war es sicherlich keine Verbesserung, daß an die Stelle der pro-rata-temporis-Regelung, die der Regierungsentwurf für die Erstattung der Steuern auf Investitionen im Übergang ursprünglich vorgesehen hatte, eine degressive nicht abzugsfähige Investitionssteuer gesetzt wurde. Die pro-rata-temporis-Regelung hätte sowohl bei den Neuinvestitionen als auch bei den Altinvestitionen eine Doppelbesteuerung vermieden, allerdings — früher als es jetzt nötig sein wird — höhere Steuersätze bedingt. Die degressive Investitionssteuer kann mit sich bringen, daß Investitionen entweder vertagt werden, was zumindest im ersten Jahre der Übergangszeit konjunkturpolitisch unerwünscht wäre, oder daß sie zwar vorgenommen, jedoch von recht erheblichen Preiserhöhungen für die mit neuen Anlagen zu produzierenden Güter begleitet sein werden. Falsch wäre es auf jeden Fall, von der degressiven Gestaltung der Investitionssteuer zu erwarten, sie werde den Preiseffekt der Doppelbesteuerung der Altinvestitionen dämpfen helfen. Zunächst wird vermutlich eher das Gegenteil zutreffen: Die Kostenlage von Unternehmen, die mit alten Anlagen ausreichende Mengen produzieren können, wird den Preiserhöhungsspielraum derer begrenzen, die versuchen müssen, die dauerhafte Rentabilität neuer Anlagen zu sichern, indem sie deren steuerliche Sonderbelastung binnen kurzem erwirtschaften.

478. In einer Konjunkturlage, in der eher zeitlich begrenzte Investitionsprämien angebracht sind, ist eine zeitlich begrenzte — und eben dadurch konjunkturell bedeutsame — Investitionssteuer eine sehr seltsame Erscheinung. Unverträglichkeiten erscheinen kaum vermeidbar: Entweder halten viele Unternehmen von vornherein mit ihren Investitionen weiter zurück, und der Preisauftrieb bleibt von daher gedämpft; oder die Investitionstätigkeit normalisiert sich zunächst, und die Unternehmen versuchen, die Doppelbesteuerung auf die Preise zu überwälzen. Ob solche Überwälzungsversuche allgemein erfolgreich sind, ohne daß der Absatz darunter leidet, hängt von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageentwicklung ab. Zu in diesem Sinne erfolgreichen Überwälzungsversuchen wird die Verbrauchernachfrage wohl nicht ausreichen, es sei denn, man unterstellt Lohnsteigerungen, die nicht kostenniveauneutral sind. Läßt man aber deshalb von vornherein Lohnsteigerungen zu, die die Überwälzung erleichtern, so muß man damit rechnen, daß neue Überwälzungsprozesse in Gang kommen. An diesen Unverträglichkeiten änderte sich nichts, wenn man die als Doppelbesteuerung empfundene Belastung der Alt- und Neuinvestitionen ausgliche, indem man weniger Lohnerhöhungen gewährte, als für sich genommen mit Konstanz des Kostenniveaus vereinbar wäre. Eine Erhöhung der Gesamtkosten wäre damit zwar verhindert und insoweit der Anlaß zu Preiserhöhungen beseitigt; das Problem eines konjunkturellen Nachfragemangels, das die Investitionssteuer hervorruft, bliebe ungelöst.

479. Bei den Altvorräten erscheinen Buchverluste unvermeidbar. Hier werden wahrscheinlich die Kosten neuer Waren, deren Mehrwertsteuerbelastung dem Vorsteuerabzug unterliegt, rasch preisbestimmend sein und eine Neubewertung der Altvorräte erzwingen. Die so entstehenden Buchverluste wird die nachträgliche Erstattung alter Umsatzsteuer, die auf den Vorräten liegt, fast vollständig ausgleichen. Daraus ergibt sich für die Bundeskasse ein Steuerausfall in Höhe von 4,9 Mrd. DM. Aber dieser Steuerverzicht ist in den Unternehmen ein Gegenposten für die Korrektur von Bestandswerten. Der Bund liquidisiert damit einen Teil des Vorratsvermögens der Unternehmen. Ein Kostenvorteil entsteht nur in Höhe der Zinsersparnisse einer solchen Liquidisierung.

480. Einkommenspolitisch sind die einzelnen Komponenten des Preisauftriebs, den die Umsatzsteuerreform für sich genommen erwarten läßt, von sehr unterschiedlicher Bedeutung. Es sind zu trennen Preiserhöhungen und unterlassene Preissenkungen aus Mangel an binnenwirtschaftlichem und außenwirtschaftlichem Wettbewerb auf der einen Seite sowie Preiserhöhungen und unterlassene Preissenkungen wegen der Doppelbelastung der Investitionen und der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze am 1. Juli 1968 auf der anderen Seite.

481. Eine Abwertung oder eine abwertungsgleiche Maßnahme verändert im allgemeinen nicht nachhaltig die Konstellation der Marktkräfte, die die Einkommensverteilung bestimmt. Es ist daher zu erwarten, daß mit der Erhöhung des

Preisniveaus nicht nur die Gewinneinkommen, sondern früher oder später im gleichen Maße auch die Lohneinkommen steigen werden; das gleiche gilt im Falle eines Preisauftriebs aus Mangel an binnenwirtschaftlichem Wettbewerb in maßgeblichen Bereichen. Die Einkommenspolitik als Teil der Konjunkturpolitik muß dies vorgreifend berücksichtigen, will sie ungleichgewichtigen Tendenzen rechtzeitig entgegenwirken.

482. Ein Preisauftrieb, der auf der Doppelbesteuerung der Alt- und Neuinvestitionen oder auf der Erhöhung der Mehrwertsteuersätze beruht, bedeutet keine Änderung der Verteilung der nominalen Einkommen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern [1]). Der Sachverständigenrat hat schon in seinem Jahresgutachten 1966/67 dargelegt, daß bei staatlichen Maßnahmen dieser Art einkommenspolitische Abwehrreaktionen der Betroffenen unterbleiben müssen, wenn die preisniveauerhöhende Wirkung der Maßnahmen auf deren Primäreffekt beschränkt bleiben soll (JG 66 Ziffern 304 ff.).

## V. Unternehmensfinanzierung, private Ersparnis und Finanzpolitik

### Entwicklung der Unternehmensfinanzierung 1950 bis 1966

483. In der Rezession 1966/67 haben die Unternehmen ihre Investitionsausgaben stärker gedrosselt als in früheren Zyklen. Möglicherweise lag das daran, daß die aktuellen konjunkturdämpfenden Faktoren, über die in anderen Teilen dieses Gutachtens berichtet wird, mit langfristigen Tendenzen zusammentrafen, die die Gesamtwirtschaft gegen konjunkturelle Fehlentwicklungen anfälliger machen und die — falls keine Abhilfe geschaffen wird — diese Anfälligkeit in der Zukunft verstärken werden.

484. Schon der Vergleich der gesamten Beträge der Unternehmensinvestitionen, der Privatersparnisse und der Salden der Ausgaben und Einnahmen im Verkehr mit öffentlichen Stellen und mit dem Ausland im Jahre 1950 mit denen des Jahres 1965 ergibt einen bemerkenswerten Befund (Tabelle 36, Schaubild 45):

Im Jahre 1950 standen den Ausgaben der Unternehmen für Netto-Investitionen von rund 10 Mrd. DM

- Geldersparnisse der privaten Haushalte von 2 Mrd. DM,
- Geldersparnisse der öffentlichen Haushalte von 3 Mrd. DM und
- eine „Ersparnis der Unternehmen" von 5 Mrd. DM

gegenüber. Das entspricht einer durchschnittlichen Selbstfinanzierungsquote (Ersparnis der Unternehmen im Verhältnis zu ihren Nettoinvestitionen) von 50 vH.

Im Jahre 1965 aber, dem letzten Boom-Jahr, gab es bei Nettoinvestitionsausgaben der Unternehmen von über 60 Mrd. DM

- neben privaten Geldersparnissen von rund 33 Mrd. DM,
- neben einem Netto-Ausgabenüberschuß im Verkehr mit öffentlichen Stellen und dem Ausland von rund 5 Mrd. DM und
- neben einem Betrag der von Unternehmen netto empfangenen Vermögensübertragungen [1]) von rund 12 Mrd. DM

eine „Ersparnis der Unternehmen" [2]) in Höhe von 12 Mrd. DM.

Das entspricht einer durchschnittlichen Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen von nur noch 20 vH.

485. Bemerkenswert sind außer diesen Angaben, die die Richtung des bisherigen Trends anzeigen, einige Daten aus früheren Aufschwungsphasen.

So gingen in den Aufschwungsphasen einher

| | eine Zunahme der Nettoinvestitionen in DM von | mit einer Zunahme der „Ersparnis der Unternehmen" in DM von |
|---|---|---|
| 1951 gegenüber 1950 | 2 Mrd. | 3 Mrd. |
| 1955 gegenüber 1954 | 9 Mrd. | 6 Mrd. |
| 1960 gegenüber 1959 [3]) | 9 Mrd. | 3 Mrd. |
| 1964 gegenüber 1963 | 10 Mrd. | 2½ Mrd. |

In der Spätphase des letzten Aufschwungs von 1964 auf 1965 haben mit der Zunahme der Nettoinvestitionen von 7 Mrd. DM die Unter-

[1]) Die Realeinkommensrelationen ändern sich, weil die Konsumquoten — und die Konsumgewohnheiten im einzelnen — voneinander abweichen. Bei Verbrauchsteuern ist im Zweifel davon auszugehen, daß der Gesetzgeber dies gewollt hat.

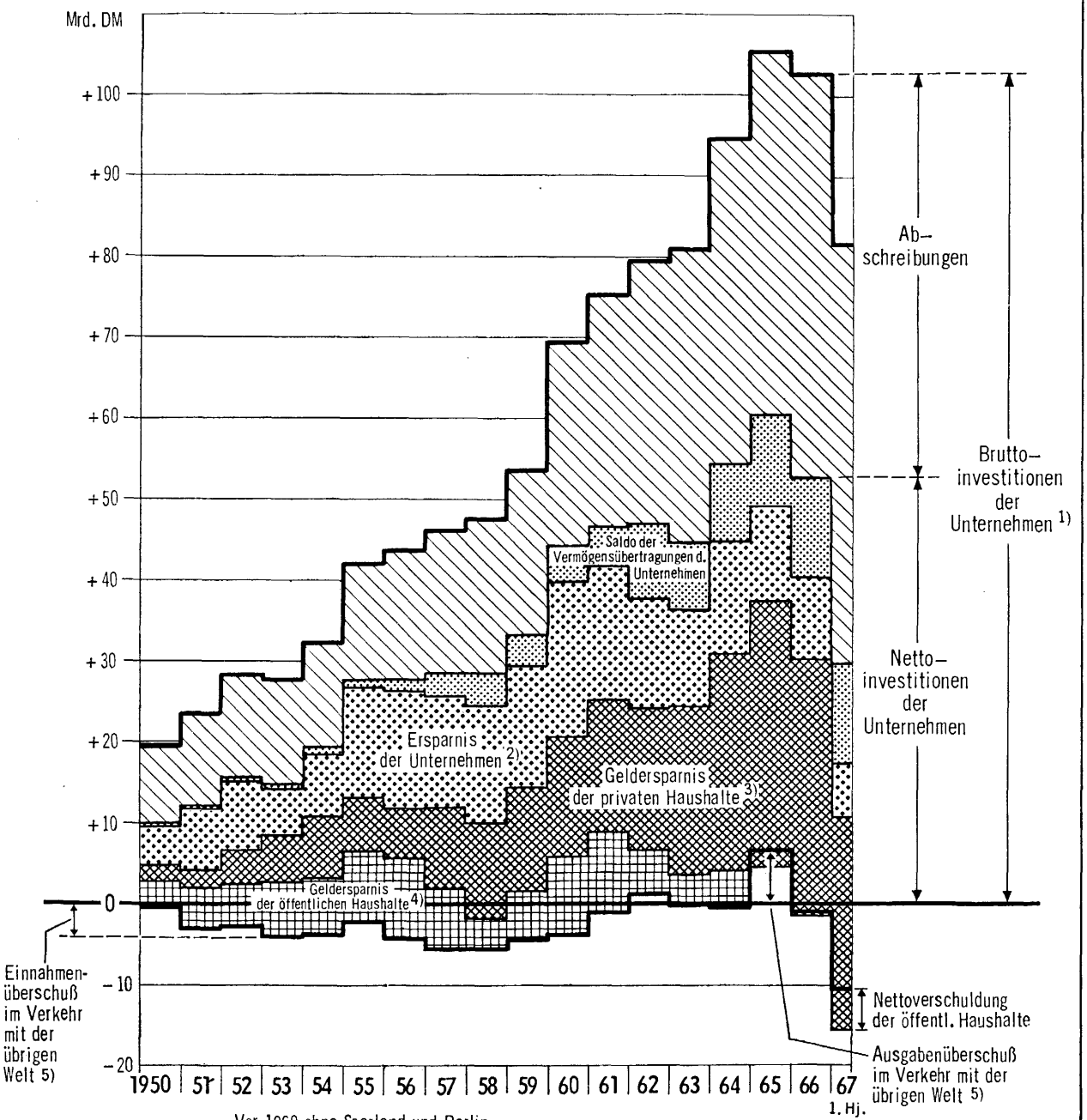
[1]) Als „Vermögensübertragungen" werden — der hier zugrunde gelegten Statistik der Deutschen Bundesbank folgend — vermögenswirksame, aber unentgeltliche Leistungen (im Gegensatz zu einkommenswirksamen Leistungen) bezeichnet. Sie enthalten insbesondere Zuschüsse des Staates zur Investitionsfinanzierung (z. B. Bundesbahn), Einlagen von Gesellschaftern bei ihrer Gesellschaft und die Verwendung von angesparten Guthaben bei Bausparkassen zur Eigenheimfinanzierung, da hier der Wohnungsbau als Investition von Unternehmen betrachtet wird.

[2]) Nur die nicht-entnommenen Gewinne des Unternehmenssektors einschließlich Bundesbahn und Bundespost, und zwar nach Besteuerung, ermittelt als Restposten nach Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen, nicht zu Anschaffungskosten. Als Rückgang dieser Gewinne erscheint auch die Erhöhung der Defizite von Bundesbahn und Bundespost, die hier eigentlich ausgeschlossen werden müßten.

[3]) Beide Jahre ohne Saarland und Berlin.

Schaubild 45

## ZUR ENTWICKLUNG DER UNTERNEHMENSFINANZIERUNG UND DER PRIVATEN ERSPARNIS




Vor 1960 ohne Saarland und Berlin.

1) Einschl. Wohnungswirtschaft.– 2) Nur die nicht–entnommenen Gewinne des Unternehmenssektors einschl. Bundesbahn und Bundespost, und zwar nach Besteuerung, ermittelt als Restposten nach Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen, nicht zu Anschaffungskosten. Als Rückgang dieser Gewinne erscheint auch die Erhöhung der Defizite von Bundesbahn und Bundespost, die hier eigentlich ausgeschlossen werden müßten.– 3) Einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.– 4) Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.– 5) Finanzierungsdefizit des Sektors "Ausland" (Ausgabenüberschuß = Finanzierungsüberschuß).

SR 7662

Zahlen nach der Statistik der Deutschen Bundesbank.

nehmensersparnisse sogar um 2 Mrd. DM abgenommen. Der Anstieg der eigenen Ersparnis der Unternehmen ist also, gemessen am Anstieg der Nettoinvestitionen, von Zyklus zu Zyklus kleiner geworden.

486. Die durchschnittliche Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen hat sich diesen Zahlen zufolge erheblich verringert. In den fünfziger Jahren nahmen die Selbstfinanzierungsspielräume gleichzeitig mit den jährlichen Netto-

Tabelle 36

**Zur Entwicklung der Unternehmensfinanzierung und der privaten Ersparnis**

Milliarden DM

| | 1950 | 1951 | 1952 | 1953 | 1954 | 1955 | 1956 | 1957 | 1958 | 1959 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bruttoinvestitionen der Unternehmen | 20 | 23 | 27 | 28 | 32 | 42 | 44 | 46 | 48 | 53 |
| ./. Abschreibungen | 10 | 11 | 13 | 13 | 13 | 14 | 16 | 17 | 19 | 20 |
| Nettoinvestitionen der Unternehmen (I) | 10 | 12 | 16 | 15 | 19 | 28 | 28 | 29 | 29 | 33 |
| Einnahme-Ausgabe-Salden der anderen Sektoren [1] | | | | | | | | | | |
| a) private Haushalte (Geldersparnis der privaten Haushalte) | 2 | 2 | 4 | 6 | 7 | 6 | 6 | 10 | 12 | 13 |
| b) öffentliche Haushalte [2] (Geldersparnis der öffentlichen Haushalte) | 3 | 5 | 5 | 6 | 7 | 9 | 10 | 8 | 4 | 6 |
| c) Ausland (Einnahmenüberschuß der inländischen Sektoren im Verkehr mit der übrigen Welt = Nettoverschuldungszuwachs der übrigen Welt gegenüber inländischen Sektoren: −) | −0 | −3 | −2 | −4 | −4 | −2 | −4 | −6 | −6 | −5 |
| ./. Summe der Geldersparnis der anderen Sektoren (Snu) = Nettoverschuldungszuwachs des Unternehmenssektors | 5 | 4 | 7 | 8 | 10 | 13 | 12 | 12 | 10 | 14 |
| Ersparnis der Unternehmen [3] (ohne Vermögensübertragungen) | 5 | 8 | 8 | 6 | 8 | 14 | 15 | 14 | 15 | 15 |
| netto empfangene Vermögensübertragungen der Unternehmen | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 3 | 4 | 4 |
| Ersparnis der Unternehmen einschließlich netto empfangener Vermögensübertragungen | 5 | 8 | 9 | 7 | 9 | 15 | 16 | 17 | 19 | 19 |

Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.

[1]) Einnahme-Ausgabe-Saldo eines Sektors = Finanzierungssaldo des Sektors (gemäß der Statistik der Deutschen Bundesbank über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung.

[2]) Einschließlich Sozialversicherungen; die Geldersparnis der öffentlichen Haushalte enthält in erheblichem Umfang unterverzinsliche Geldforderungen, die trotz ihres niedrigeren Vermögenswertes in der statistischen Quelle zum Nennwert eingesetzt sind.

Tabelle 36

**Zur Entwicklung der Unternehmensfinanzierung und der privaten Ersparnis**

Milliarden DM

| 1960 | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1966 1. Halbjahr | 1966 2. Halbjahr | 1967 1. Halbjahr | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 69 | 75 | 79 | 81 | 95 | 107 | 102 | 54 | 48 | 41 | Bruttoinvestitionen der Unternehmen |
| 25 | 28 | 32 | 36 | 40 | 45 | 50 | 25 | 25 | 26 | ./. Abschreibungen |
| 44 | 47 | 47 | 45 | 55 | 62 | 52 | 29 | 23 | 15 | Nettoinvestitionen der Unternehmen (I) |
| | | | | | | | | | | Einnahme-Ausgabe-Salden der anderen Sektoren [1] |
| 15 | 17 | 18 | 22 | 27 | 33 | 31 | 13 | 19 | 13 | a) private Haushalte (Geldersparnis der privaten Haushalte) |
| 10 | 10 | 5 | 4 | 5 | −2 | −1 | 2 | −4 | −2 | b) öffentliche Haushalte [2] (Geldersparnis der öffentlichen Haushalte) |
| −4 | −1 | 1 | −0 | −1 | 7 | −0 | 2 | −2 | −5 | c) Ausland (Einnahmenüberschuß der inländischen Sektoren im Verkehr mit der übrigen Welt = Nettoverschuldungszuwachs der übrigen Welt gegenüber inländischen Sektoren: −) |
| 21 | 26 | 24 | 26 | 31 | 38 | 30 | 17 | 13 | 6 | ./. Summe der Geldersparnis der anderen Sektoren (Snu) = Nettoverschuldungszuwachs des Unternehmenssektors |
| | | | | | | | | | | Ersparnis der Unternehmen [3] |
| 19 | 16 | 13 | 11 | 14 | 12 | 10 | 6 | 3 | 3 | (ohne Vermögensübertragungen) |
| 4 | 5 | 10 | 8 | 10 | 12 | 12 | 6 | 7 | 6 | netto empfangene Vermögensübertragungen der Unternehmen |
| 23 | 21 | 23 | 19 | 24 | 24 | 22 | 12 | 10 | 9 | Ersparnis der Unternehmen einschließlich netto empfangener Vermögensübertragungen |

[3]) Nur die nicht-entnommenen Gewinne des Unternehmenssektors einschließlich Bundesbahn und Bundespost, und zwar nach Besteuerung, ermittelt als Restposten nach Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen, nicht zu Anschaffungskosten. Als Rückgang dieser Gewinne erscheint auch die Erhöhung der Defizite von Bundesbahn und Bundespost, die, wenn, wie hier, die marktbedingte Entwicklung der Unternehmensfinanzierung dargestellt werden soll, eigentlich ausgeschlossen werden müßte.

Quelle: Deutsche Bundesbank

investitionen in einem solchen Umfang zu, daß die schon damals beklagte Strukturschwäche des deutschen Kapitalmarktes — entgegen allen Befürchtungen — die wirtschaftliche Entwicklung nicht grundlegend beeinflussen konnte. Im Aufschwung der Jahre 1964 und 1965 aber wurde die Steigerung der jährlichen Nettoinvestitionen — von rund 45 Mrd. DM im Jahre 1963 auf 62 Mrd. DM im Jahre 1965 — ganz durch Mittelzufuhr von anderen Sektoren (Eigenkapitalaufnahme, Kreditaufnahme) finanziert.

487. Gelegentlich wird in der öffentlichen Diskussion die „Ersparnis des Unternehmenssektors" kurzerhand mit der „Summe der Unternehmensgewinne" und der „gesamten Eigenkapitalfinanzierung" gleichgesetzt Das ist aus mehreren Gründen unzulässig:

— Häufig werden Gewinne an die Anteilseigner ausgeschüttet und in derselben Zeit durch Emissionen wieder ins Unternehmen zurückgeholt (individuelle „Schütt-aus-hol-zurück"-Politik). Insoweit können die Selbstfinanzierungsbeträge der Unternehmen klein sein, obgleich die Gewinne und die Eigenkapitalfinanzierungsraten hoch sind.

— Ähnliches gilt, wenn manche Unternehmen ihre Ausschüttungen erhöhen, ohne selbst neue Kapitaleinlagen von außen hereinzunehmen, und wenn gleichzeitig andere Unternehmen neue Kapitaleinlagen von außen hereinnehmen, ohne ihre Ausschüttungen zu erhöhen (kollektives „Schütt-aus-hol-zurück" oder Verstärkung des Kapitalverkehrs zwischen den Unternehmen).

— Ferner ist daran zu denken, daß vielfach Gewinne ausgeschüttet und von den Empfängern, von deren Banken oder von sonstigen Kapitalsammelstellen in Forderungstiteln, nicht aber in Beteiligungstiteln angelegt werden. In diesem Falle können mit hohen Gewinnen sowohl niedrige Selbstfinanzierungsquoten als auch niedrige Eigenkapitalfinanzierungsquoten einhergehen.

— Vor allem ist der Fall zu berücksichtigen, daß Unternehmen oder Haushalte ihre Bestände an Forderungstiteln einschließlich ihrer Bankeinlagen verringern, um diese Beträge in Aktien oder in anderen Beteiligungstiteln anzulegen. Je mehr auf diese Weise in Beteiligungen gespart wird, desto eher können die Selbstfinanzierungsquoten niedrig und trotzdem die Eigenkapitalfinanzierungsquoten hoch sein, unabhängig von der Höhe der Gewinne.

Aber selbst wenn man all dies in Betracht zieht, so ist doch in der beschriebenen Zeit von 1950 bis 1965 der relative Rückgang der „Ersparnis der Unternehmen" ein Indiz dafür, daß von Zyklus zu Zyklus auch die Summe der Unternehmensgewinne und die gesamte Eigenkapitalfinanzierung (Selbstfinanzierung und Hereinnahme von Kapitaleinlagen) hinter dem Anstieg der jährlichen Nettoinvestitionen zurückblieb. Entsprechend hat der Anteil der Kreditfinanzierung zugenommen.

488. Da der Anteil der Kreditfinanzierung an der Finanzierung des jeweiligen Zuwachses der betrieblichen Aktiven immer höher geworden ist, hat sich auch die Gesamtverschuldung der Unternehmen — bei gewiß großen Unterschieden im einzelnen — gegenüber den fünfziger Jahren stark erhöht.

489. Je höher die Kreditfinanzierungsquote bei einzelnen Unternehmen, desto höher ist deren Belastung mit fixen Kreditkosten (Zinsen). Je größer aber der Anteil fixer Zinskosten in der gesamten Aufwands- und Ertragsrechnung,

— desto eher genügen zwar geringe Zunahmen der Gesamtrentabilität, die Eigenkapitalrentabilität recht stark zunehmen zu lassen,

— desto eher reichen aber auch geringe Abschwächungen der Gesamtkapitalrentabilität aus, die Unternehmen bereits in die Verlustzone zu bringen („leverage effect" der Finanzierung mit festverzinslichen Mitteln).

Mit den Kreditfinanzierungsquoten erhöht sich also die Konjunkturempfindlichkeit der Unternehmensgewinne. Dadurch können Konjunkturschwankungen verstärkt und kann das volkswirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt werden. Denn:

— je höher die Verschuldung eines Unternehmens, desto weniger sind die Unternehmer bereit, Risiken einzugehen, Investitionen vorzunehmen;

— je höher die Unternehmen verschuldet sind, desto weniger sind die Banken bereit, zusätzliche Kredite zu gewähren.

490. In jedem Falle geriete, wenn die Kreditfinanzierungsquote weiterhin zunehmen sollte, die Gesamtwirtschaft immer weiter in einen Bereich, in dem den Fragen der Finanzierungsform — mehr Verschuldung oder mehr Beteiligungsfinanzierung — eine entscheidende Bedeutung zukommt; dies sowohl im Hinblick auf die Aufgabe, schärfere Rezessionen zu vermeiden, als auch im Hinblick auf das Wachstum.

Einige Erklärungshypothesen

491. Man mag den makroökonomischen Befund — relativer Rückgang der Unternehmensgewinne — damit erklären, daß sich unternehmerische Pionierrenten und konjunkturelle Marktlagengewinne mit schärfer werdendem Wettbewerb in immer geringerem Maße bildeten oder schneller zurückbildeten als zu Anfang der fünfziger Jahre. Man kann ihn auch damit erklären, daß das Arbeitsvolumen langsamer als

der Kapitalstock wuchs und daß dies die Lohn- und Gewinnrelation zuungunsten des reichlicher gewordenen Kapitals veränderte.

Beides läßt nicht nur Raum für weitere Fragen, sondern fordert sie heraus:

— Warum sind in den letzten Aufschwüngen weniger konjunkturelle Marktlagengewinne angefallen als zu Beginn der fünfziger Jahre?

— Warum ist der Rückgang der Eigenkapitalrenditen nicht durch eine stärkere Senkung des Zinsniveaus kräftiger gebremst worden?

— Warum decken die Unternehmen, wenn ihre Verschuldungsquote hoch ist, nicht einen größeren Teil ihres Bedarfs an Außenfinanzierungsmitteln dadurch, daß sie Beteiligungskapital hereinnehmen?

492. Der Versuch, diese Fragen zu beantworten, erfordert einige grundsätzliche Klärungen:

— Wo immer Käufe von Konsum- oder Investitionsgütern oder sonstige Ausgaben [1]) getätigt werden, verzeichnen die Verkäufer oder Ausgabenempfänger uno actu gleich hohe Einnahmen [2]).

— Die Ausgabenüberschüsse irgendeiner Gruppe sind also immer genauso groß wie die Einnahmenüberschüsse aller übrigen Gruppen.

— Steigen die Ausgaben der Unternehmen, so erhöhen sich mithin die Einnahmen anderer Wirtschaftssubjekte im gleichen Maße. Zusätzliche Ausgaben der inländischen Unternehmen führen bei ihnen insgesamt zu gleich großen Erlössteigerungen (und Gewinnsteigerungen), wenn auch die Nichtunternehmer ihre Ausgaben im gleichen Maße erhöhen und sich die Salden gegenüber dem Ausland und den öffentlichen Stellen nicht ändern.

— Bilden die Nichtunternehmer mehr Geldersparnisse, so wächst bei den Unternehmen die Notwendigkeit, ihre wachsenden Ausgabenüberschüsse durch Kreditaufnahme oder durch Hereinnahme von Kapitaleinlagen zu finanzieren. Gleichzeitig wächst die Chance, diesen Bedarf zu decken.

493. Diese rein „arithmetischen" Zusammenhänge geben keinen Aufschluß darüber,

— ob die Nettoinvestitionen zunahmen, weil sich die Selbstfinanzierung erhöhte, oder

— ob die Selbstfinanzierung zunahm, weil die Nettoinvestitionen wuchsen, oder

— ob beide Zunahmen auf eine dritte Ursache zurückzuführen sind.

So bleibt auch offen, ob die Investitionen deshalb nicht stärker zunahmen, weil die Selbstfinanzierungsspielräume kleiner wurden, oder ob umgekehrt die Selbstfinanzierungsspielräume schrumpften, weil die Investitionen nicht genügend zunahmen.

494. Die hohen Gewinn- und Selbstfinanzierungsquoten der fünfziger Jahre sind leicht zu erklären: Ist der gesamtwirtschaftliche Produktionsapparat zum Teil zerstört, so daß viele Engpässe bestehen, wie es nach dem Kriege der Fall war, so erlauben selbst geringe Investitionen — wie Reparaturinvestitionen — hohe Produktionszuwächse. Allein das Bestreben, die zerstörten Anlagen wieder herzustellen, gab den Unternehmern starke Impulse zu investieren. Hinzu kam, daß die privaten Haushalte nur geringe Geldersparnisse bildeten (Schaubild 46): Die Einkommen waren niedrig, der Nachholbedarf war groß. Daher bekamen die Unternehmen einen großen Teil dessen, was sie bei Investitionen an Arbeitsentgelten ausgaben, als höhere Verkaufserklöse von den privaten Haushalten wieder zurück. Was vielfach als überraschende Entwicklung angesehen wurde, war ein Prozeß sich weitgehend selbst finanzierender Investitionstätigkeit; mit ihm ist immer zu rechnen, wenn die Investitionen hohe Grenzerträge bringen und die Sparquote der privaten Haushalte niedrig ist.

Nach dem Wiederaufbau haben sich diese Verhältnisse geändert. Die Einkommen der privaten Haushalte sind beträchtlich gestiegen (Zunahme der Arbeitsproduktivität, Verknappung im Arbeitskräfteangebot). Man spart wieder. Erhöhen die Unternehmen ihre Ausgaben, so schlägt sich das immer weniger in höheren Erlösen nieder, immer mehr in höheren Geldersparnissen der privaten Haushalte.

495. Auch die Entwicklung der Unternehmensfinanzierung läßt sich unschwer erklären. Je weniger die Unternehmen von ihren Gesamtausgaben in Form höherer Erlöse zurückerhalten, um so größer ist die Lücke, die sie durch Außenfinanzierung schließen müssen. Gewiß sind die Einnahmenüberschüsse (Geldersparnisse) der übrigen Gruppen so hoch, daß sie diesen Außenfinanzierungsbedarf befriedigen könnten („quantitative Kongruenz"). Aber die privaten Haushalte, die den Großteil der Geldersparnisse bilden, wollen ihre Ersparnisse lieber in kursunempfindlichen Geldforderungen halten, die die Kreditinstitute nur teilweise langfristig weiter verleihen. So werden den Unternehmen zu wenig langfristige Kredite angeboten.

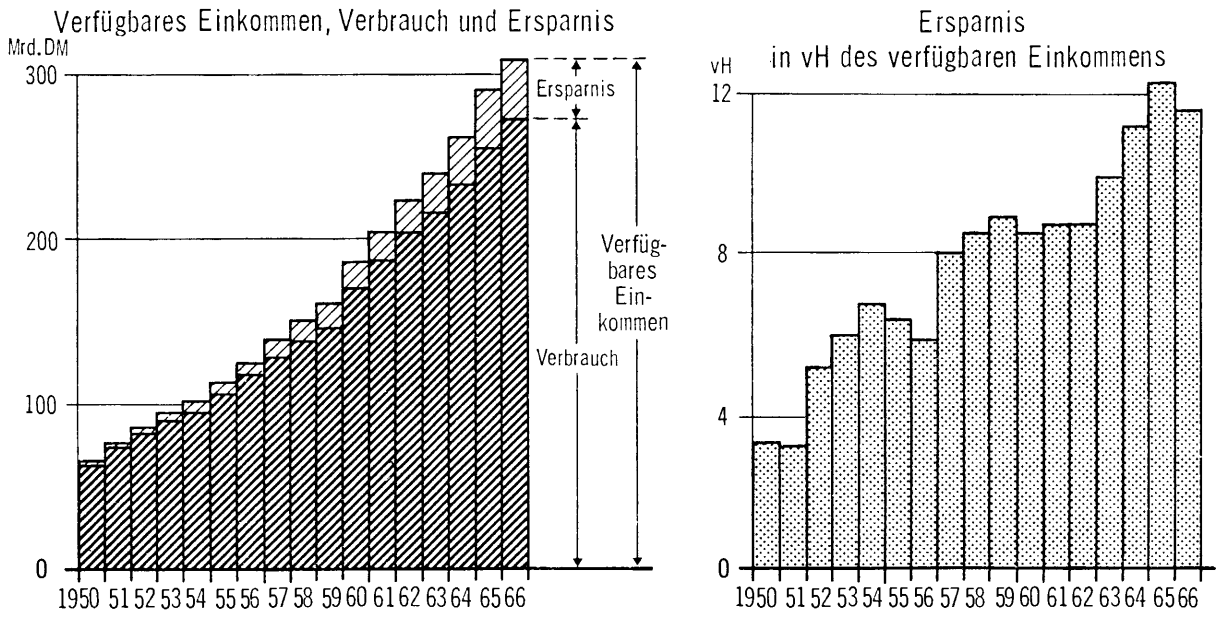
Die Unternehmen haben also einen hohen Konsolidierungsbedarf und die privaten Haushalte eine zu geringe Neigung zur längerfristigen Bindung, das heißt, eine zu hohe Liquiditäts-

[1]) Löhne, Zinsen, Steuern, andere Abgaben, Rentenleistungen u. ä.; genauer: alle Einzeltransaktionen, die, für sich genommen, das Nettogeldvermögen schmälern.

[2]) Verkaufserlöse, Steuereinnahmen u. ä.; genauer: alle Einzeltransaktionen, die das Nettogeldvermögen erhöhen.

Schaubild 46

VERFÜGBARES EINKOMMEN[1], VERBRAUCH UND ERSPARNIS[1] DER PRIVATEN HAUSHALTE[2]




Bis 1959 ohne Saarland und Berlin
1) Ohne nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u.ä. sowie Privateinlagen u.dgl.–
2) Einschl. der Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.

SR 7734

vorliebe („qualitative Inkongruenz"). Im Spannungsfeld dieser Inkongruenz und beeinflußt durch Entwicklungen im internationalen Kapitalverkehr (Ziffer 211) blieben die langfristigen Zinsen auch bei niedrigen kurzfristigen Zinsen über den ganzen Zeitraum hinweg recht hoch. Unter solchen Umständen schlägt alles, was die Gesamtrentabilität schmälert, auf die Eigenkapitalrentabilität durch.

496. Es bleibt die Frage: Warum haben sich die Unternehmen — im Vergleich zu früher und zu anderen Ländern — so hoch verschuldet, statt Eigenkapital von außen aufzunehmen? Die Antwort, der Aktienmarkt oder auch der Markt für sonstige Beteiligungen (GmbH-Anteile, Kommanditeinlagen, Einlagen vollhaftender neuer Gesellschafter) habe das nicht hergegeben, kann nicht überzeugen; denn ob ein Markt etwas hergibt, ist in erster Linie eine Frage des Preises.

Es gibt kaum eine deutsche Aktiengesellschaft, die im letzten Jahrzehnt nicht sehr viel größere Beträge über Aktienemissionen hätte aufnehmen können, als sie es tat. Ähnlich lagen die Verhältnisse für Gesellschafter und Unternehmen anderer Rechtsformen; aber offensichtlich war der „Preis" zu hoch.

497. Zu denken ist hierbei zunächst an die „Einmalkosten" (Emissionsprovisionen oder andere Vermittlungskosten, Gesellschaftsteuer). Sie sind in der Bundesrepublik erheblich höher als die vergleichbaren „Einmalkosten" der Kreditaufnahme. Zu denken ist besonders aber an die Dauerbelastung der Altgesellschafter: Sie hätten den neuen Einlegern — um sie überhaupt zu gewinnen — eine verhältnismäßig hohe Beteiligung an den Gesellschaftserträgen versprechen müssen. Diese hätte um so höher sein müssen, je weniger Mitspracherechte sie den neuen Kapitalgebern eingeräumt hätten, je mehr also die Altgesellschafter hätten Herr im Hause bleiben wollen.

498. Vergleicht man die Kapitalbeschaffungs-„Kosten" der beiden alternativen Formen — Fremdkapital oder Eigenkapital — im Kalkül der Altgesellschafter, so läßt sich der geringe Anteil der Beteiligungsfinanzierung an der gesamten Außenfinanzierung weit überzeugender erklären als mit dem beliebten Hinweis auf eine angeblich chronische Enge des Marktes für Beteiligungsgelder: Zinsleistungen an Gläubiger werden auf Grund des gegenwärtigen Einkommen- und Körperschaftsteuersystems nur einmal steuerlich belastet; der Empfänger hat sie — von Freibeträgen abgesehen — seinen steuerpflichtigen Einkünften hinzuzurechnen und darauf seinen marginalen Einkommensteuersatz zu zahlen.

Alle Ausschüttungen aus privaten Körperschaften aber werden steuerlich doppelt belastet, einmal beim Empfänger (ebenso wie Zinslei-

stungen), dann aber auch noch bei der Gesellschaft mit der Körperschaftsteuer, und zwar mit einem Satz von etwa 23½ vH des auszuschüttenden Betrages [1]).

Vergleicht man, wieviel neue Einlagen im Vergleich zu kurzfristigen Krediten „kosten", so ist außerdem zu berücksichtigen, daß die Einlagen (wie langfristige Darlehen) mit Gewerbekapitalsteuer in Höhe von rund 0,6 vH und die Erträge mit Gewerbeertragsteuer von rund 13,5 vH der Zinsen jährlich belastet werden, während kurzfristige Kredite hiervon frei sind. Das gegenwärtige Steuersystem „bestraft" also die (mithaftenden) Einlagen gegenüber den Krediten im Kalkül der jeweiligen Altgesellschafter mit einer steuerlichen Mehrbelastung (Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer zusammengerechnet), die in der Regel zwischen 25 und 150 vH des schließlich den Geldgeber erreichenden Betrages liegt [2]). Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn der Anteil der (mithaftenden) Einlagen gegenüber der Kreditfinanzierung gering blieb.

*Säkulare Trends*

499. Stellt man die Entwicklung seit 1950 in ihren historischen Zusammenhang, so ergibt sich das folgende Bild:

Noch bis weit in die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts war Vermögen hauptsächlich in Form der Vermehrung eigenen Sachvermögens gebildet worden. Soweit damals Ersparnisse in Form größerer Geldforderungspositionen aufgebaut wurden — hauptsächlich von Kaufleuten, Beamten, freiberuflich Tätigen, kaum von Lohn- und Gehaltsempfängern — lagen die Verschuldungspositionen, die diesen Forderungspositionen entsprachen, hauptsächlich bei den Gebietskörperschaften (Städte- und Staatsanleihen zum Ausbau der Infrastruktur), beim städtischen Wohnungsbau und bei der Landwirtschaft. Für die industriellen Unternehmen spielte die Außenfinanzierung nur eine geringe Rolle. Wenn Außenfinanzierungsbedarf entstand, wurde er weitgehend auf dem Weg der Beteiligungsfinanzierung befriedigt. Es war die Zeit, in der Aktiengesellschaften noch dadurch gekennzeichnet waren, daß sie sich hauptsächlich durch Aktien finanzierten. Das galt selbst für Banken: 1872 hatten sich die deutschen Aktienbanken noch rund 45 vH der gesamten Mittel, die ihnen zur Finanzierung Dritter zur Verfügung standen, nicht durch Depositen beschafft, sondern durch Aktienemission (1900 waren es noch fast 35 vH 1965 nur noch 7 vH).

500. Mit der Zunahme der Lohn- und Gehaltseinkommen änderte sich das Bild. Es begann die Zeit der Massenersparnis. Innerhalb dieser Zeit lassen sich drei Abschnitte unterscheiden.

501. Nach der Jahrhundertwende haben erstmals viele, die allem Unternehmerischen fern standen und deshalb möglichst kursunempfindliche Anlagen bevorzugten, erhebliche Gelderspannisse gebildet. Gleichzeitig nahm die Staatsverschuldung beträchtlich zu. Die Unternehmen hatten zwar gegenüber den privaten Anlegern gewisse Ausgabenüberschüsse, doch nahmen sie aus ihren Lieferungen an öffentliche Stellen viel mehr an Verkaufserlösen ein, als sie an Steuern abführen mußten, so daß sie sich insgesamt nicht nennenswert verschuldeten. Mit der Inflation von 1923 wurden Geldforderungen und Schulden fast gänzlich annulliert.

502. Ähnlich waren die Verhältnisse im zweiten Zeitabschnitt, 1923 bis 1948. Private Haushalte bildeten wiederum Geldvermögen. Wiederum verschuldete sich hauptsächlich die öffentliche Hand. Der Staat gab nach 1935 sogar soviel mehr aus, als er an Steuern einnahm, daß dadurch nicht nur die Geldersparnis der privaten Haushalte übertroffen wurde, sondern auch der Unternehmenssektor große Einnahmenüberschüsse erzielte. Die Unternehmen haben sich entschuldet und ansehnliche eigene Geldforderungspositionen gebildet. Die Währungsreform 1948 hat die so zustande gekommenen Geldvermögen und Verschuldungen dezimiert.

503. Der dritte Zeitabschnitt, die Zeit seit der Währungsreform, unterscheidet sich von den beiden vorangegangenen in einem bedeutsamen Punkt: Die beträchtliche Zunahme der Geldersparnisse privater Haushalte geht diesmal — noch — nicht mit einer entsprechenden Zunahme der Verschuldung öffentlicher Stellen einher. Im Gegenteil: Bis in die jüngste Zeit stand den Geldersparnissen der privaten Haushalte keine öffentliche Nettoverschuldung gegenüber. Erstmals in der neueren Wirtschaftsgeschichte hat nicht der Staat die Geldersparnisse der privaten Haushalte beansprucht. Der Staat hat sogar für die verschiedensten Zwecke (Wohnungsbau, Landwirtschaft, Produktionsgewerbe) umfangreiche Kredite aus Steuermitteln gewährt und so ein gewisses Geldvermögen aufgebaut. Da sich hieran nichts änderte, als die Sparfähigkeit der privaten Haushalte erheblich zunahm, ergab sich ein zunehmender Außenfinanzierungsbedarf der Unternehmen.

Der Anteil der Unternehmensersparnis an der Finanzierung der Unternehmensinvestitionen nahm von Aufschwung zu Aufschwung ab.

[1]) Der Betrag setzt sich zusammen aus 15 vH des Ausschüttungsbetrages selbst und aus 51 vH jenes Betrages, um den der Ertrag vor Steuern, der insgesamt erforderlich ist, um die Netto-Ausschüttung zuzüglich aller Steuern decken zu können, den Netto-Ausschüttungsbetrag selbst übersteigt.

[2]) 25 vH beim Vergleich von langfristigen Darlehen mit Eigenkapital, dessen Reinerträge voll ausgeschüttet werden; 150 vH beim Vergleich von im Sinne des Gewerbesteuerrechts kurzfristigen Krediten mit Eigenkapital, dessen Reinerträge voll einbehalten werden.

504. Wie konjunkturempfindlich damit die Unternehmen geworden sind, hat sich in der jüngsten Rezession gezeigt.

In der Abschwungsphase 1962/63 waren die Nettoinvestitionen im Unternehmensbereich (jetzt: ohne Wohnungsbau) noch verhältnismäßig hoch geblieben, obwohl dessen Ersparnis (zuzüglich der Vermögensübertragungen) etwas zurückgegangen war. Sie hatten trotz der Abschwächung zusätzlich Mittel in etwa gleicher Höhe wie ihre eigene Ersparnis von außen hereingenommen.

Anders war das Verhalten der Unternehmen in der Rezession 1966/67. Sie haben, als ihre Bruttoerträge mit der Abschwächung der Nachfrageexpansion zu schwinden begannen, ihre Anlageinvestitionen stark eingeschränkt und ihre Vorräte abgebaut und damit ihre Nettoinvestitionen viel stärker eingeschränkt als in früheren Jahren, auch stärker als ihre Gewinne schrumpften; im Ergebnis hat sich ihre Nettoverschuldung nicht mehr erhöht, sondern im Gegenteil erstmals seit Jahrzehnten verringert, und zwar um rund 1 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1967 (Ziffer 203).

Gewiß haben zu diesem bemerkenswerten Vorgang — wie in anderen Teilen des Gutachtens dargelegt — viele Faktoren beigetragen. Gleichwohl liefert dieser Verlauf einen Anhaltspunkt dafür, welche Verhaltensweisen in Zukunft in Rechnung gestellt werden müssen, wenn die Verschuldungsquoten der Unternehmen gewisse Schwellen überschreiten.

505. Sollten die privaten Ersparnisse, wie allseits gewünscht wird, weiter stark zunehmen, so steht die Wirtschaftspolitik vor wichtigen neuen Aufgaben, zumal es zu den gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen gehört, die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten aktiv zu fördern.

**Sparförderung ohne Deflationsrisiken und ohne Wachstumshemmung**

506. Aufgaben, die sich aus langfristigen Entwicklungstendenzen ergeben, können nicht mit punktuellen Maßnahmen gelöst werden. Sie erfordern Reformen, die auf Dauer angelegt sind.

507. Fünf Wege bieten sich an, soll verhütet werden, daß die allseits erwünschte starke Zunahme der Ersparnisse privater Haushalte keine unerwünschten Nebenwirkungen mit sich bringt. Das Ziel kann erreicht werden

— durch Förderung der Investitionsneigung,

— durch vermehrten Kapitalexport,

— durch Förderung des Beteiligunssparens und der Beteiligungsfinanzierung,

— durch Zunahme der Staatsverschuldung und

— durch Senkung der Kapitalmarktzinsen.

Vermutlich wird auf mehreren dieser Wege vorgegangen werden müssen.

508. Wir können uns an dieser Stelle in diesem Gutachten nur mit zwei der fünf Wege etwas eingehender befassen: Mit der Förderung des Beteiligungssparens und der Beteiligungsfinanzierung und mit der Zunahme der Staatsverschuldung. Diese Auswahl darf nicht als Stellungnahme gegen die anderen Möglichkeiten mißverstanden werden. Maßgeblich für die Auswahl waren folgende Erwägungen:

— Eine höhere Investitionsneigung bedeutete, daß die Unternehmer auch bei geringeren Gewinnaussichten bereit wären, mehr zu investieren. Erwarten könnte man dies unter anderem bei einer Abnahme der Investitionsrisiken. Hierzu würde eine Verstetigung der Plandaten — auch im Bereich der Lohnpolitik — beitragen, wie sie an anderer Stelle des Gutachtens (Ziffer 312 ff.) erörtert wird.

— Die Vermehrung des Kapitalexports mag in der Zukunft sehr wichtig werden. Sie liefe darauf hinaus, daß ständig Leistungsbilanzüberschüsse erzielt werden. Solange aber zu vermuten ist, daß heimische Investitionen — zumal im Bereich der Infrastruktur

— sehr viel zum Wachstum der Realeinkommen beitragen können, bleibt der Aufbau von Forderungspositionen gegenüber dem Ausland noch etwas im Hintergrund. Da die Aktivierung der Leistungsbilanz in der Öffentlichkeit ohnedies für besonders vorteilhaft gehalten wird, eine Zunahme der Staatsverschuldung aber auf Mißtrauen stößt, schien es angeraten, die Staatsverschuldung als Mittel der Wirtschaftspolitik in diesem Jahr etwas ausführlicher zu behandeln.

— Die Möglichkeiten der Zinssenkungspolitik beziehen sich in erster Linie auf den Kapitalmarktzins, der seit langem über dem internationalen Niveau liegt, während der kurzfristige Zins einigermaßen dem internationalen Niveau entspricht. Das Zinsspannenproblem, das sich daraus ergibt, hängt eng mit der Staatsschuldenpolitik und der Beteiligungsfinanzierung zusammen. Gelänge es, Fremdkapital durch Eigenkapital zu ersetzen, so brauchten die Unternehmen gerade in diesem Maße weniger langfristige Kredite; eine wichtige Ursache der hohen Zinsspanne — hoher Konsolidierungsbedarf bei den Unternehmen — verlöre an Bedeutung. Wenn der Staat die Schuldenpolitik verbesserte und mehr Fristentransformation betriebe (Ziffern 516 ff.), könnte er zur Verkleinerung der Zinsspanne und damit zu einer Senkung des Kapitalmarktzinssatzes beitragen.

**Förderung des Beteiligungssparens und der Beteiligungsfinanzierung**

509. Eine Förderung des Beteiligungssparens würde dazu beitragen, daß die Risiken gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen erst gar nicht entstehen; die erwünschte private Vermögensbildung würde nicht die Verschuldung, sondern das Eigenkapital der Unternehmen erhöhen. Eine Möglichkeit bestünde darin, daß — nach dem Vorbild der „Volksaktien"-Politik — Aktienkäufern bestimmter Einkommensklassen Sozialrabatte auf Bezugskurse bestimmter Aktien oder Steuervorteile gewährt werden. Sie hätte gewiß manche Vorzüge, aber auch Nachteile. Mehr an die Ursachen greift eine andere Möglichkeit. Sie geht davon aus, daß das Beteiligungssparen und die Beteiligungsfinanzierung allein schon durch das geltende Körperschaftsteuerrecht dermaßen benachteiligt sind, daß es möglicherweise ausreicht, wenn dieses Hindernis beseitigt würde.

510. Beteiligungsfinanzierung und Beteiligungssparen sind gegenüber anderen Finanzierungs- und Sparformen steuerrechtlich diskriminiert, seit dem System der progressiven Einkommensteuer die (proportionale) Körperschaftsteuer als Definitivsteuer hinzugefügt wurde. Diese Diskriminierung nahm immer mehr zu: Der Körperschaftsteuersatz wurde von ursprünglich (1920) 10 vH auf 20 vH (1925 bis 1936) und schließlich auf 60 vH (in den ersten Jahren nach der Währungsreform) angehoben. Sie wurde durch die spätere Spaltung des Satzes (zunächst 60 vH für einbehaltene und 30 vH für ausgeschüttete Beträge; zur Zeit 51 vH und 15 vH) nicht beseitigt, allenfalls gemildert. Die Diskriminierung würde verstärkt werden, wenn man — wie da und dort in Aussicht genommen — ohne Systemänderung erneut einen einheitlichen Körperschaftsteuersatz festlegte.

511. In mancherlei Hinsicht ähnelt das derzeitige Einkommensteuersystem, das außer den Einkommen natürlicher Personen auch noch die Gewinne der von ihnen getragenen Körperschaften mit einer Definitivsteuer belastet, dem der Allphasenumsatzsteuer, das mit Beginn des Jahres 1968 durch das Mehrwertsteuersystem abgelöst werden wird.

Im System der Allphasenumsatzsteuer wird derselbe wirtschaftliche Vorgang verschieden belastet, je nachdem wie viele selbständige Unternehmen daran beteiligt sind. Im derzeitigen Ertragsteuersystem (Einkommen- und Körperschaftsteuer zusammen betrachtet) wird derselbe Strom von Finanzierungsmitteln verschieden belastet, je nachdem, ob er nur Personengesellschaften oder auch Körperschaften durchfließt.

Dem Mehrwertsteuersystem entspricht im Bereich der Ertragsteuern ein „System der einmaligen Teilhaberbesteuerung", das alle erwirtschafteten Erträge im Endergebnis nur einmal besteuert, nämlich bei den natürlichen Personen, den Teilhabern der Gesellschaften, denen diese Erträge letztlich zuzurechnen sind. Die besonderen Wirkungen des kumulativen Allstufen-Prinzips im Bereich der Umsatzsteuer (Anreiz zur vertikalen Integration, Benachteiligung von Unternehmen, die sich auf eine Stufe spezialisieren) wurden in den letzten Jahrzehnten in all ihrer Mißlichkeit so deutlich dargestellt, daß sich darüber mehrere Staaten entschlossen haben, dieses System zugunsten der Mehrwertsteuer aufzugeben. Demgegenüber haben die Wirkungen des Allstufen-Prinzips im Bereich der Ertragsteuern erst in jüngerer Zeit wieder stärkere Beachtung gefunden [1]).

512. Die Nachteile der Mehrfachbelastung von Körperschaftserträgen für das Beteiligungssparen und die Beteiligungsfinanzierung könnten beseitigt werden, wenn man die Körperschaftsteuer wie die derzeitige Kapitalertragsteuer als Quellenabzug der Einkommensteuer behandelte, also auf die persönliche Einkommensteuerschuld des Aktionärs und Teilhabers einer GmbH anrechnete.

Das könnte etwa in der Weise geschehen,

— daß die Bruttogewinne je Aktie als Teilhaberertrag je Aktie [2]) in den ersten Monaten nach Ende eines Steuerjahres bekanntgegeben und denen, die die Aktien im Steuerjahr besaßen, zeitanteilig zugerechnet werden [3]),

— daß die Körperschaftsteuerleistung der Gesellschaft anteilig als Einkommensteuer-

[1]) Die gründlichste der bisherigen Untersuchungen ist wohl der Report der kanadischen „Royal Commission on Taxation", Ottawa 1966, 7 Bände. Die Kommission kam nach mehrjähriger Beratung zu dem Ergebnis, daß einem System einmaliger Teilhaberbesteuerung eindeutig der Vorzug gegenüber anderen Formen der Ertragbesteuerung gebühre.

[2]) Da sich die Feststellung der steuerpflichtigen Einkünfte der Gesellschaften oft jahrelang hinzieht, könnte anstelle der definitiv festgestellten steuerpflichtigen Einkünfte der Gesellschaft für ein angenommenes Jahr Y als „Teilhaberertrag (vor Steuern) im Jahr Y" festgestellt werden
— die für das Steuerjahr Y vorläufig erklärten Einkünfte
— vermehrt um die im Steuerjahr Y festgestellten Mehreinkünfte früherer Steuerjahre und vermindert um die im Steuerjahr Y festgestellten Mindereinkünfte früherer Steuerjahre.

[3]) Analog zur Stückzinsberechnung bei Rentenwerten brauchten die Depotbanken hierzu lediglich
— das Produkt aus „Zinstagen" und Aktiennennbetrag der vom Kunden jeweils gehaltenen Aktien auszurechnen und
— nach Information über den „Teilhaberertrag je Aktie" mit $^1/_{360}$ dieses Betrages zu multiplizieren, was bisher bei Renten ohnedies schon immer getan wurde, und nach dem erreichten Rationalisierungsstand (automatisierte Depotbuchhaltung) keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten dürfte.

leistung der Aktionäre anerkannt wird, daß die Aktionäre also einen Steuergutschein in dieser Höhe erhalten,

— daß man den Satz der Körperschaftsteuer (neuer Art) — schon um Hinterziehungen zu vermeiden — höher festlegte als den höchsten marginalen Einkommensteuersatz, also auf etwa 60 Prozent des „Teilhaberertrags"; die bisherige Kapitalertragsteuer auf fungible Beteiligungstitel könnte wegfallen,

— daß die Umstellung der Körperschaftsteuer auf einen Zeitpunkt vorgenommen wird, zu dem infolge der Steuerprogression bei wachsenden Einkommen ohnehin eine Tarifsenkung vorgenommen werden müßte [1]).

513. Aus der Sicht des Sparers ergäbe sich:

— Alle Aktionäre einer Gesellschaft erhielten, unabhängig von ihrer Einkommensstufe, dieselbe Bardividende. Außerdem erhielte jeder Aktionär noch einen „Steuergutschein", der seiner Art nach barem Geld gleichkommt und der für ihn um so mehr wert ist, je weiter sein marginaler Einkommensteuersatz hinter dem Vorsteuersatz von 60 vH zurückbleibt.

— Das skizzierte System trüge nicht die Züge einer besonderen Subventionsmaßnahme. Die beschriebenen Wirkungen — hoher Aktienertrag nach Steuern bei niedrigem, niedriger Aktienertrag nach Steuern bei hohem persönlichen Einkommen — wären lediglich das Resultat einer konsequenten Durchführung der Progressionsidee, die unserem Einkommensteuersystem zugrunde liegt.

— Das System förderte zwar — verglichen mit dem heutigen Zustand — das Beteiligungssparen, bedeutete aber keine Privilegierung des Beteiligungssparens gegenüber dem Sparen in Geldforderungen. Bei Geldforderungen ist es immer schon so gewesen, daß die Erträge nach Steuern bei hohem persönlichen Einkommen niedriger als bei geringem persönlichen Einkommen waren. Das System beseitigte lediglich die seit 1920 bestehende Diskriminierung des Beteiligungssparens [2]).

514. Aus der Sicht des Unternehmers (Altgesellschafters) ergäbe sich:

— Die Erhöhung der Rentabilität von Beteiligungstiteln für den Sparer führte zu einem größeren und (über Kurssteigerungen) billigeren Eigenkapitalangebot; die große Spanne zwischen den Kosten neuen Eigenkapitals und neuen Fremdkapitals schrumpfte. Man dürfte erwarten, daß nicht nur die bestehenden Kapitalgesellschaften Fremdkapital durch Eigenkapital ersetzten, sondern auch, daß viele mittelständische Unternehmen die Form der Aktiengesellschaft wählten und die Eigenkapital-Außenfinanzierung (z. B. Belegschaftsaktien) verstärkten.

— Während die Verwaltungen heute daran interessiert sind, die Gewinne vor den dividendenhungrigen Kleinaktionären zu verstecken, würden sie dann daran interessiert sein, einen möglichst hohen Ertrag vor Steuern bekanntzugeben, weil gerade dadurch der Wert der „Steuergutscheine" für die Aktionäre höher wäre, der Wert der Anteile in der Regel steigen würde und

[1]) Würden die Sätze der Einkommensteuer so gewählt, daß das Gesamtsteueraufkommen durch den Übergang sich nicht änderte, so bliebe auch die Steuerbelastung der Privaten gleich. Vielleicht brauchten dazu die derzeitigen Einkommensteuersätze nicht oder nur unwesentlich geändert zu werden. Denn den Steuerausfällen bei niedrig besteuerten Kleinaktionären und denen wegen des Wegfalls der Doppelbesteuerung bei Ausschüttungen stünden Mehrerträge gegenüber, nämlich:
— Mehrerträge aus der Einkommensteuer auf thesaurierte Gewinne, soweit die Anteilseigner höheren marginalen Steuersätzen unterliegen als dem derzeitigen Körperschaftsteuersatz von 51 vH; das dürfte beim größeren Teil der deutschen Aktien der Fall sein;
— Vermögensteuermehrerträge bei bisher verschwiegenen Aktiendepots, da ein Interesse bestünde, sie zu deklarieren;
— Einkommensteuermehrerträge bei Aktiengesellschaften im Auslandsbesitz, soweit diese ihre Gewinne der Besteuerung in der Bundesrepublik durch Vollausschüttung weitgehend entziehen, wobei das Ausmaß der Mehrerträge von den jeweiligen Abkommen zur Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung abhängt.
Diese Erwägungen betreffen nicht nur die privaten Aktiengesellschaften, die — grob geschätzt — die Hälfte der Körperschaftsteuer aufbringen, sondern auch alle anderen steuerpflichtigen Körperschaften, soweit sie sich in privater Hand befinden; insbesondere die Gesellschaften mbH, bei denen schon deshalb mit Steuermehrerträgen gerechnet werden kann, weil man diese Rechtsform häufig deshalb wählt, um die im Vergleich zur Körperschaftsteuer höhere Einkommensteuer zu sparen.
Käme es bei unveränderten Einkommensteuersätzen wegen eines Übergangs zu einem „System der einmaligen Teilhaberbesteuerung" zu Mindereinnahmen, so wären diese doch bald aufgeholt, weil in diesem System alle Erträge, auch die einbehaltenen Gewinne von Körperschaften, dem Progressionsprinzip unterworfen wären, mithin ein größerer Teil des Steueraufkommens schneller als das Volkseinkommen wächst.

[2]) Das wird deutlich bei folgendem Vergleich:
Wenn unter dem geltenden Steuersystem Personen mit niedrigem Einkommen an einem Unternehmen beteiligt sind, das als Personengesellschaft betrieben wird, so kommen sie in den vollen Genuß der Vorteile des Progressionstarifs auch für die von der Gesellschaft einbehaltenen und investierten Gewinne.
Wenn dieselben Personen an einem Unternehmen beteiligt sind, dessen Rechtsform ihren kleinen Kapitalbeiträgen angemessen ist, z. B. der Aktiengesellschaft, so werden sie in bezug auf die einbehaltenen und investierten Gewinne steuerlich so behandelt, als wären sie reiche Leute.

sich so die Emissionschancen verbesserten, auch ohne daß ausgeschüttet würde.

— Auch die Selbstfinanzierung der Unternehmen wird möglicherweise erleichtert. Gewinne könnten leichter als bisher einbehalten werden, da es für Kleinaktionäre nicht mehr so wichtig wäre, wieviel ausgeschüttet wird, weil sie ja auch bei Thesaurierung den Steuergutschein erhielten.

515. Die Vielzahl der einzelwirtschaftlichen, gesamtwirtschaftlichen, steuerrechtlichen und steuertechnischen Änderungen, die ein Übergang zu einem „System einmaliger Teilhaberbesteuerung" mit sich brächte, kann hier nicht eingehend behandelt werden [1]).

Die skizzierte Form einer einmaligen Teilhaberbesteuerung ist nicht als Vorschlag zu verstehen. Wir wollen damit nur zeigen, daß eine Förderung des Beteiligungssparens und der Beteiligungsfinanzierung wirksam möglich ist. Andere Formen mögen das Gleiche leisten oder besser sein. Probleme des Übergangs brauchten hier nicht erörtert zu werden. Sie wären — wie schon bei der Mehrwertsteuer — schwierig. Eine Reform des Ertragsteuerrechts ist ein Problem der Ordnungspolitik; sie sollte langfristig gesehen werden. Die Frage der Neuordnung ist durch die Aufgabe der Steuerharmonisierung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ohnehin gestellt.

[1]) Einwänden, die unter verschiedenen Gesichtspunkten erhoben werden, steht vor allem gegenüber:
Jede Gesellschaftsform würde gleich besteuert. Nicht mehr die steuerlichen Erwägungen entschieden über die Wahl der Rechtsform (GmbH & Co. KG!), sondern die wirtschaftliche Vernunft.
Das System wäre invariant gegenüber der Vielfalt der Geldbeschaffungsformen. Jede Finanzierungsform wäre steuerlich gleichbelastet.
Der Gegensatz zwischen hoch besteuerten Aktionären, die an der Thesaurierung von Gewinnen, und niedrig besteuerten Aktionären, die an der Ausschüttung interessiert sind, verschwände (kritischer marginaler Steuersatz, derzeit 37 vH).
Der in der Körperschaftsteuer liegende „Strafzoll" (effektiv rund 23,5 vH) auf dem Kapitalverkehr, der sich über die Ausschüttung vollzieht, entfiele. Damit entfiele aber auch der Anreiz (um Steuern zu sparen), die Gewinne immer wieder in Tochtergesellschaften anzulegen und zu diesem Zwecke immer unübersichtlichere Konzerne zu bilden.
Die Progression des Einkommensteuertarifs (bis 53 vH plus 4,2 vH Kirchensteuer) würde für alle Einkommensbezieher effektiv, während heute die Höchstbelastung der Einkünfte auf 51 vH — den Satz der Körperschaftsteuer — gesenkt werden kann.
Der Wert einer Aktie wäre unter dem Gesichtspunkt der Steuerbelastung für alle Aktionäre gleich. Da alle Aktienkäufer den Markt beeinflussen, ergibt sich unter den heutigen Verhältnissen ein Kurs, bei dem für Käufer mit hohem Einkommen die Aktie günstiger ist als andere Anlageformen. Dieses Wertgefälle begünstigt die Aktienbesitzkonzentration.
Das steuerliche Organschaftsprivileg würde gegenstandslos, das gleiche gilt für die Besteuerung von Kursgewinnen mit allen Sonderregelungen, für die Probleme des Gesellschafter-Geschäftsführers, für die steuerlichen Schwierigkeiten von Umwandlungen und Fusionen.
Es bedürfte nicht mehr gelegentlicher steuerlicher Amnestieregelungen, um Aktien wieder in den Verkehr zu bringen, die allein deshalb in Depots festliegen, weil beim Verkauf hohe Steuern auf die Kursgewinne fällig würden (Drittes DM-Bilanz-Ergänzungsgesetz, § 6 b Einkommensteuergesetz). Es käme mehr Material an den Markt, die Kursentwicklung würde stetiger.

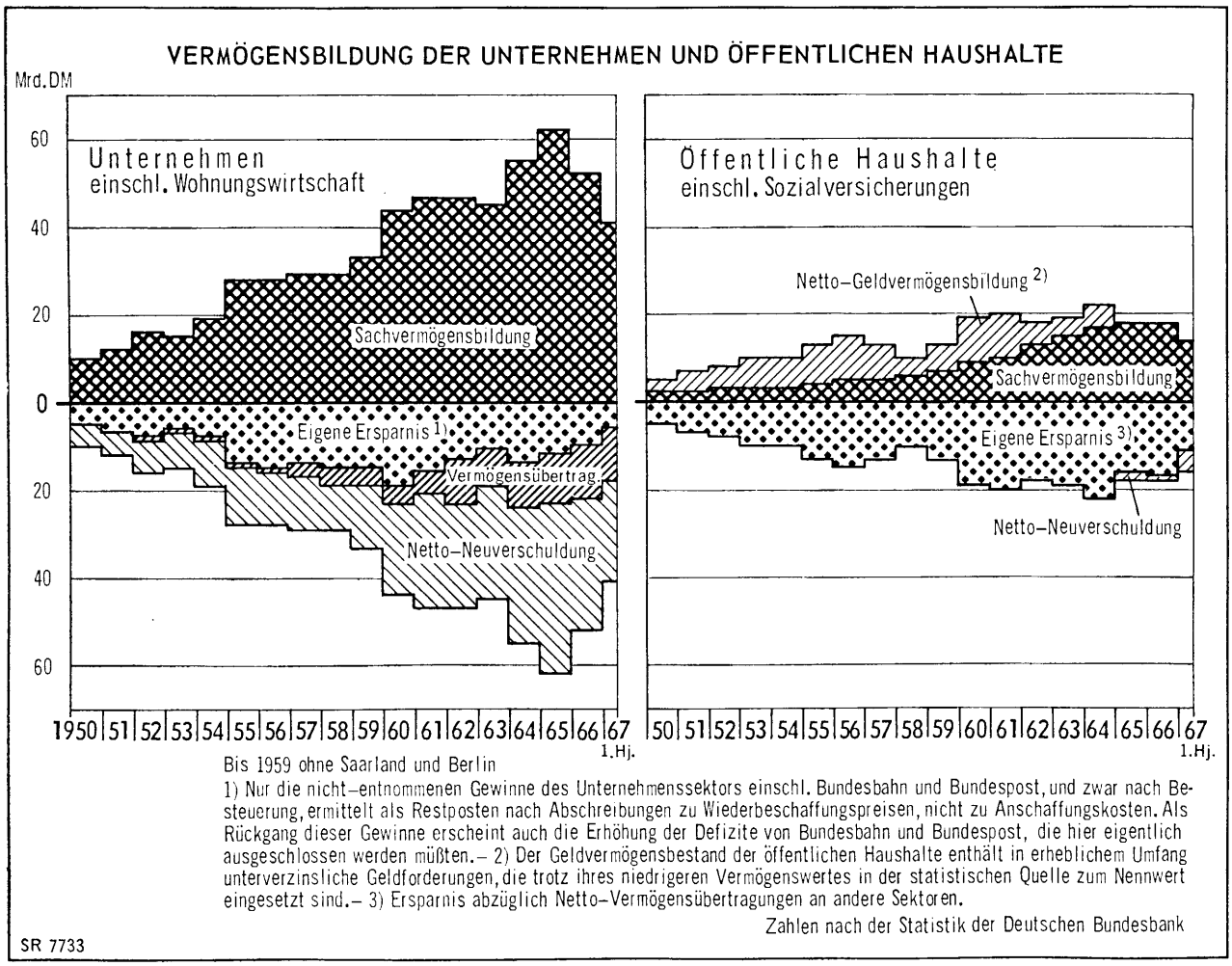
**Zunehmende Staatsverschuldung**

516. Wenn die private Sparquote auf mittlere Sicht steigt, sei es, weil mit der Sparfähigkeit auch die Sparneigung zunimmt, sei es, weil der Staat im Hinblick auf das Ziel einer breiten Vermögensbildung das Sparen fördert, so können auch die Investitionen stärker zunehmen als das Sozialprodukt, oder es kann ein größerer Teil der Staatsausgaben als bisher dadurch finanziert werden, daß die Bürger dem Staat ihr Geld leihen, statt daß dieser es ihnen in Form von Steuern wegnimmt.

517. Läßt man die Möglichkeit zunehmender Investitionen im Ausland, die sicherlich sehr wichtig ist, außer Betracht, so müssen die zunehmenden privaten Ersparnisse, soweit sie nicht an die Stelle von Steuern bei der Finanzierung ohnehin vorgesehener Staatsausgaben treten, mit höheren Inlandsinvestitionen, sei es der Unternehmen, sei es des Staates, einhergehen. Was dabei die Unternehmensinvestitionen anlangt, so kann die Gefahr, daß sie durch Wirksamwerden von Verschuldungsgrenzen gehemmt werden, unter anderem durch die beschriebene Förderung der Beteiligungsfinanzierung verringert werden. Eine andere Möglichkeit, die Investitionsneigung der Unternehmen zu erhöhen, liegt im Ausbau der Infrastruktur, das heißt vor allem in Investitionen, die herkömmlicherweise in den Zuständigkeitsbereich von Bund, Ländern und Gemeinden fallen, aber möglicherweise auch von eigens für bestimmte Gemeinschaftsaufgaben zu schaffenden Körperschaften vorgenommen werden können. Diese zusätzlichen Investitionen mit Hilfe höherer Steuern zu finanzieren, hieße, das ohnehin seit Jahren beträchtlich wachsende Geldvermögen des Staates (Schaubild 47) zusätzlich erhöhen und gleichzeitig die Vermögensbildung bei den privaten Haushalten schmälern oder unmöglich machen und die Investitionsneigung der Unternehmen beeinträchtigen. Es kommt deshalb nur eine Anleihefinanzierung zusätzlicher Gemeinschaftsaufgaben in Betracht, zumal Gebietskörperschaften — anders als private Unternehmen — keine Beteiligungstitel ausgeben dürfen.

518. Der Gedanke, der Staat müsse, um seine Zukunftsaufgaben erfüllen zu können, mehr als bisher Anleihen aufnehmen, so daß die Staatsschuld wächst, stößt in der Öffentlichkeit auf eine Reihe verständlicher Bedenken. Denn häufig haben sich Staaten nicht als gute Schuldner

Schaubild 47




Bis 1959 ohne Saarland und Berlin

1) Nur die nicht-entnommenen Gewinne des Unternehmenssektors einschl. Bundesbahn und Bundespost, und zwar nach Besteuerung, ermittelt als Restposten nach Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen, nicht zu Anschaffungskosten. Als Rückgang dieser Gewinne erscheint auch die Erhöhung der Defizite von Bundesbahn und Bundespost, die hier eigentlich ausgeschlossen werden müßten. – 2) Der Geldvermögensbestand der öffentlichen Haushalte enthält in erheblichem Umfang unterverzinsliche Geldforderungen, die trotz ihres niedrigeren Vermögenswertes in der statistischen Quelle zum Nennwert eingesetzt sind. – 3) Ersparnis abzüglich Netto-Vermögensübertragungen an andere Sektoren.

Zahlen nach der Statistik der Deutschen Bundesbank

SR 7733

erwiesen. In Deutschland haben viele Menschen zweimal eine Entwertung ihrer Staatsanleihen hinnehmen müssen, erst in der offenen Inflation nach dem Ersten Weltkrieg, dann noch einmal während der zurückgestauten Inflation, die mit der Währungsreform von 1948 endete. Zudem haben in den letzten Jahren die Diskussionen über die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben, die die Parlamente — auch im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen — ohne Rücksicht auf künftige Deckungsmöglichkeiten beschlossen haben, die Furcht genährt, eine Zunahme der Staatsschuld sei entweder die Konsequenz von Unordnung in den öffentlichen Haushalten oder ein Zeichen der Verschwendung. Es ist schwierig, solche Befürchtungen überzeugend zu widerlegen. Wir können nur sagen: Es ist häufig so gewesen, aber es muß in der Zukunft nicht so sein.

519. Wenn im folgenden von zunehmender Staatsverschuldung die Rede ist — um der Sparförderung und des wirtschaftlichen Wachstums willen —, so sei dem vorausgeschickt:

— Öffentliche Vorhaben müssen stets sehr sorgfältig daraufhin geprüft werden, ob ihr sozialer Wert die Kosten rechtfertigt, die die Gesamtheit dadurch trägt, daß bei hohem Beschäftigungsstand Produktivkräfte von anderen Verwendungen abgezogen werden müssen und deshalb der Spielraum für private Investitionen eingeengt wird. Der Sachverständigenrat hält es daher für wichtig, daß die Stellen, die über die Dringlichkeit öffentlicher Investitionen zu befinden haben, die Grundsätze der gesamtwirtschaftlichen Kosten- und Ertrags-Analyse („cost-benefit analysis") beachten.

— Auf die Dauer müssen Bund, Länder und Gemeinden darauf hinwirken, daß das Vertrauen, das ihnen die Kreditgeber und Anleihezeichner entgegenbringen, nicht verbraucht, sondern vermehrt wird. Inwieweit dies geschieht, wird durch den Markt für öffentliche Anleihen ziemlich zuverlässig registriert.

520. Die Sorge, eine Zunahme der Staatsschuld führe zu einer schleichenden oder gar galoppierenden Inflation, ist unbegründet,

— wenn das vorhandene gesamtwirtschaftliche Produktionspotential nicht überbeansprucht

ist und auch durch zusätzliche Staatsausgaben nicht überfordert wird,

— wenn die privaten Haushalte das Produktionspotential weniger beanspruchen als bisher, indem sie einen größeren Teil ihrer Einkommen sparen,

— wenn freier Handel und freier Zahlungsverkehr mit dem Ausland bestehen, so daß sich eine Überforderung des inländischen Leistungsvermögens bei starr fixiertem, bei steigend fixiertem oder nur nach oben flexiblem Wechselkurs in Zahlungsbilanzdefiziten niederschlägt.

An der internationalen Liquidität des Landes und am Vertrauen, das der nationalen Währung international entgegengebracht wird, zeigt sich bei freier Konvertibilität, ob die Staatsausgaben zu hoch sind und die Staatsschuld stärker wächst, als es mit der (absoluten oder relativen) Geldwertstabilität vereinbar ist. Die großen Inflationen in Verbindung mit hoher Staatsverschuldung, die die Bürger in Deutschland erlebt haben, waren nur möglich, weil man den Außenwert der Währung sinken ließ oder eine strenge Devisenbewirtschaftung eingeführt hatte. Beides steht heute in unserem Land ganz und gar außer Diskussion [1]).

521. Die Bedenken gegen eine zunehmende Staatsverschuldung gründen sich auch auf die Befürchtung, daß die Finanzierungserfordernisse des Staates mit denen der privaten Wirtschaft so stark in Konkurrenz treten könnten, daß selbst bei höheren Zinssätzen die Finanzierung der privaten Investitionen nicht mehr gesichert erschiene.

Dabei wird manchmal übersehen, daß öffentliche Stellen, ebenso wie Unternehmen, Kredite jeglicher Art, kurz- oder langfristig, gewöhnlich nicht aufnehmen, um die Mittel bei der Notenbank stillzulegen oder im Ausland zu investieren, sondern um sie im Inland auszugeben. Insoweit werden mit jeder Kreditaufnahme auch die Einnahmen der Lieferanten und Vorlieferanten einschließlich der Arbeitnehmer erhöht. Insoweit besteht keine Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Anleihewünschen; denn in dem Maße, in dem der Staat seine geliehenen Mittel ausgibt, schafft er wieder Spielraum für andere Kapitalnachfrager. Wie sich dabei aber die langfristigen Zinssätze entwickeln, hängt wesentlich davon ab, wie lange es dauert, bis die Empfänger dieser liquiden Mittel oder deren Banken bereit sind, das, was ihnen zuströmte, langfristig anzulegen. Diese Bereitschaft wird dadurch bestimmt, wie sie die weitere Kapitalmarktentwicklung beurteilen.

Schwierigkeiten können vor allem auftreten, wenn bei einer schnellen Folge von Neuemismisionen die zur Verfügung stehenden Mittel zu rasch abgeschöpft werden, wenn also die Neigung, Mittel gerade in Form langfristiger Kredite aufzunehmen (Konsolidierungsneigung), die Anlageneigung der potentiellen Geldgeber übersteigt.

522. Diese Schwierigkeiten sind jedoch lösbar, wenn der Staat in einem Augenblick, in dem er sieht, daß die weitere Konjunktur in erster Linie von der Initiative privater Unternehmer getragen wird, auf die anstehende Konsolidierung kurz- und mittelfristiger Schulden vorübergehend verzichtet und sich damit begnügt, sie zu prolongieren. Hinzu kommt, daß in solchen Zeiten seine ordentlichen Einnahmen stärker als geplant zuzunehmen pflegen, so daß er weniger als geplant zusätzliche Kredite aufzunehmen braucht.

Darüber hinaus besteht bei besonders dringenden Investitionsvorhaben der privaten Unternehmen, für die eigentlich die Finanzierung durch Emission von Aktien oder Obligationen vorgesehen ist, die Möglichkeit, diese zunächst durch Bankkredite, etwa Konsortialkredite, mittelfristig vorzufinanzieren und die Konsolidierung durch Emission von Aktien oder Industrieobligationen erst dann vorzunehmen, wenn die neuen Anlagen in Betrieb genommen worden sind und ihre Rentabilität erwiesen ist.

Die meisten privaten Investoren werden ohnehin nicht von Spannungen am Kapitalmarkt betroffen, weil sie ihre Investitionen, soweit nicht Eigenmittel zur Verfügung stehen, fast ausschließlich mit mittelfristigen Bankkrediten zu finanzieren pflegen. Die Bundesbank kann durch ihre Kreditpolitik (Mindestreserven- und Offenmarktpolitik) die Kreditinstitute jederzeit in die Lage versetzen, den Kreditwünschen der privaten Unternehmen zu entsprechen, was sie auch tun wird, solange die Gesamtnachfrage das Produktionspotential nicht überfordert.

523. Länder mit sehr hohen Staatsschulden, wie etwa die Vereinigten Staaten oder auch Großbritannien, verfügen über Schuldenverwaltungen mit großer Erfahrung. Diese haben die Aufgaben,

— für auslaufende Staatsschuldtitel in der Größenordnung von mehreren hundert Millionen Mark wöchentlich die Anschlußfinanzierung zu sichern, das heißt, Substitutionsemissionen zu plazieren,

[1]) Gleichwohl ist zu bedenken, daß nach dem gegenwärtigen Stand des Verfassungsrechts und der Gesetzgebung in der Bundesrepublik
— zwar die Aufnahme allgemeinen Staatskredits und die Erhöhung der Kreditlinien öffentlicher Stellen bei der Bundesbank in der Kompetenz der Gesetzgebungsorgane liegt,
— nicht aber die Einführung einer Divisenbewirtschaftung im Bereich des Kredit- und Kapitalverkehrs, die nach § 22 des Außenwirtschaftsgesetzes in der Kompetenz der Bundesregierung liegt.

— je nach Lage des Marktes die Streuung der Fälligkeiten umlaufender Staatsschuldtitel zu verändern und,

— wenn das Gesamtvolumen ausgeweitet werden soll, dies möglichst so zu bewerkstelligen, daß der Kurs der bereits umlaufenden Schuldtitel davon nicht oder nur wenig beeinflußt wird, damit das Vertrauen in den Staat als guten Schuldner erhalten bleibt.

524. Daß in der Bundesrepublik der Erfahrungsschatz fehlt, der in den großen Finanzzentren der Welt die Staatsschuldenpolitik („debt management") zu einer Kunst hat werden lassen, kann nach den Jahren diktatorischer Staatsverschuldung im Dritten Reich und den Jahren ohne nennenswerte Bestände an revolvierenden Staatstiteln in der Nachkriegszeit nicht verwundern [1]). Aus der reichen Palette möglicher Gestaltungen einer Fremdfinanzierung öffentlicher Ausgaben werden zur Zeit in der Bundesrepublik nur verhältnismäßig wenige praktisch angewandt [2]). Wichtige Möglichkeiten der Ausstattung und Emissionstechnik bleiben ungenutzt [3]).

525. Die Bundesbank ist in jüngster Zeit dazu übergegagen, die Kurse öffentlicher Anleihen auch durch Ankäufe und Verkäufe auf eigene Rechnung zu regulieren. Da jedoch eine erfolgreiche Kurspflege von dem Vertrauen lebt, sie werde konsequent durchgehalten, wird es möglicherweise noch einige Zeit dauern, bis hierdurch ein Wandel im Verhältnis zwischen dem Staat als Schuldner und dem Sparer als Gläubiger eintritt. Die Erfahrung des Kursverfalls am Rentenmarkt nach der Ankündigung und dann noch einmal nach der Einführung der Kuponsteuer wirkt noch nach; der damals entstandene Attentismus der Wertpapiersparer scheint immer noch nicht überwunden zu sein. Zu jener Zeit haben die öffentliche Hand und auch die Bundesbank den Eindruck hervorgerufen, die Kurspflege habe lediglich den Zweck, den Kurs öffentlicher Schuldtitel nur an ein niedrigeres Niveau heranzuführen, nicht aber, ihn wirklich zu halten.

526. Abgesehen von den technischen und taktischen Aufgaben kommt es zur Lösung der längerfristigen Probleme darauf an, daß die verschiedenen öffentlichen Stellen nicht gegeneinander arbeiten, sondern ihr Verhalten aufeinander abstimmen. Gespräche am Runden Tisch reichen hierzu erfahrungsgemäß nicht aus. Zu den öffentlichen Stellen gehören als Großanleger auch die Sozialversicherungsträger. Ihre autonomen Aktionen am Kapitalmarkt haben die zentrale Kapitalmarktzinspolitik, soweit es sie gab, sicherlich nicht immer unterstützt. Unbeschadet der Unabhängigkeit der Sozialversicherungen als Selbstverwaltungskörperschaften könnte geprüft werden, ob sich hier nicht zuallererst und leicht für eine bessere Organisation und für mehr Koordination sorgen ließe (JG 64 Ziffer 190).

527. Die große Spanne zwischen den niedrigen kurzfristigen und höheren langfristigen Zinsen ist, wie erwähnt, ein Zeichen dafür, daß pri-

[1]) In angelsächsischen Ländern herrscht seit Jahren verschiedentlich die Überzeugung, daß unter allen Instrumenten der monetären Politik der Staatsschuldenpolitik eine größere Bedeutung zukommt als etwa der Diskont- oder Mindestreservenpolitik, denen in der Bundesrepublik die zentrale Bedeutung beigmessen wird.

[2]) Nämlich: die Aufnahme von „Buchkrediten" und Schuldscheindarlehen; die Begebung langfristiger Anleihen, regelmäßig mit Schuldner-Kündigungsklausel; die Begebung kurz- und mittelfristiger Schuldtitel (bis zu 15 Jahren Laufzeit), neuerdings auch solcher, die nicht vorzeitig kündbar sind und den Gläubiger davor bewahren, daß er bei sinkenden Marktzinsen das erworbene Zinsversprechen verliert und auf eine niedriger verzinsliche Geldanlage verwiesen wird. Diese Schuldtitel werden im allgemeinen zu fixierten Kursen ausgegeben; erst neuerdings wird, wenigstens bei kürzerfristigen Titeln, auch das Versteigerungsverfahren angewendet (sogenanntes Tenderverfahren).

[3]) Vor allem gibt es keine öffentlichen Titel mit wirklich langfristigen, über zwanzig Jahre hinausreichenden, festen Zinsversprechen, geschweige denn „ewige Renten". Man pflegt öffentliche Anleihen schubweise aufzulegen und zu verkaufen, statt ständig „am Markt zu bleiben", wie es zum Beispiel die Realkreditinstitute in der Bundesrepublik oder manche öffentliche Stellen im Ausland tun, die neue Titel kontinuierlich abgeben und dadurch eine reibungslosere und billigere Plazierung erreichen. Öffentliche Anleihen werden an Übernahmekonsortien abgegeben; der Direktvertrieb an jedermann — etwa durch die Bundesbankfilialen als Agenturen — wurde bislang nur einmal (bei kurzfristigen Titeln) versucht. Die Abgabepreise werden nach Art von „Funktionsrabatten" gestaffelt; ob der Käufer zum Kreis der Begünstigten gehört oder nicht, entscheidet darüber, ob er die Titel billiger oder teurer bekommt; reine Mengenrabatte, unabhängig von der Person der Käufer, oder Einheitspreise, in manchen Ländern eine Selbstverständlichkeit, sind nicht üblich. Die Rabatte werden häufig in Form sogenannter Sperrbonifikationen gewährt: Wenn die unter Bonifikationsabschlag verkauften Titel vor Ablauf der jeweiligen Sperrfrist zum Börsenkurs verkauft werden, verliert der Käufer den Rabatt; ob sich der Absatz ohne solche Sperren nicht erhöhen ließe, wird kaum erörtert, obschon möglicherweise gerade solche Sperren aus sich heraus Mißtrauen verbreiten und infolgedessen einen Kursdruck und Zinsauftrieb begünstigen. Von vielen anderen Geldsuchenden werden längerfristige Anleihen häufig zunächst nicht definitiv plaziert, sondern lediglich auf kürzere oder mittlere Frist (vor allem bei Banken und Versicherungen) in „Pension" gegeben (Verkauf unter gleichzeitigem Rückkauf zu bereits vereinbartem Kurs „per Termin"). Diese Möglichkeit scheint zum Beispiel von den Trägern der Sozialversicherung zur Zeit gar nicht in Betracht gezogen zu werden, obwohl gegenwärtig die Anspannung am Rentenmarkt bei gleichzeitig hoher Liquidität der Banken dazu besonders einlädt.

vate Geldgeber zu wenig geneigt sind, langfristige Bindungen einzugehen, während die Unternehmen und der Staat einen großen langfristigen Finanzierungsbedarf haben. Solange die Anlagefristen der Geldsparer kürzer sind als die Kreditbedarfs-Fristen der Unternehmer und öffentlichen Stellen, müssen diese Fristendifferenzen überbrückt, also „transformiert" werden. Die Institutionen des Kapitalmarktes bewältigen diese Aufgabe in der Bundesrepublik offensichtlich weder in dem erwünschten noch in dem möglichen Umfang. Die Spanne zwischen den Sätzen für kurzfristige Gelder und denen für längerfristige kann also auch als ein Zeichen dafür gedeutet werden, wie groß der ungedeckte Bedarf an Fristentransformation in der Bundesrepublik ist. Hieran gemessen, wird die Aufgabe im Ausland besser gelöst (Ziffern 196, 211). In vielen Jahren seit der Währungsreform ist die Zinsspanne in der Bundesrepublik höher gewesen als auf ausländischen Geld- und Kapitalmärkten; die inländischen Zinssätze für längerfristige Gelder lagen regelmäßig über denen des Auslandes.

528. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Offenmarktpolitik der Bundesbank, erstreckt sie sich auch auf längerfristige Titel, ein geeignetes Mittel der Fristentransformation darstellt und deshalb auch in Zukunft in diesem Sinne betrieben werden sollte. Bei ausreichender Pflege des Marktes wird sich der Bedarf an Fristentransformation, der durch besondere Institutionen gedeckt werden muß, wohl allmählich vermindern, denn bei stabileren Kurserwartungen am Rentenmarkt dürfte die Bereitschaft der Sparer, auch für kürzere Anlagefristen längerfristige, fungible Titel zu wählen, nach und nach größer werden. In die gleiche Richtung würde die Förderung des Beteiligungssparens wirken (Ziffer 513). Die Aufgabe der Fristentransformation darf man auch in einer Marktwirtschaft für eine echte Aufgabe des Staates und der Notenbank halten. Denn die Sparer zu einer längerfristigen Bindung ihrer Ersparnisse zu zwingen, dürfte ebenso wenig in Betracht kommen, wie die Unternehmer zu einer falschen, weil zu kurzfristigen, Finanzierung ihrer Investitionen zu ermuntern.

## Anhang


Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ..... 206

II. Stellungnahme vom 20. 6. 1964 gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Sachverständigenrat ..... 208

III. Brief des Sachverständigenrates an den Bundeskanzler, vom 19. Juni 1965 ..... 211

IV. Auszug aus dem Jahresgutachten 1964 ..... 213

V. Sondergutachten März 1967: Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967 ..... 215

VI. Stellungnahmen zum Problem der wechselkurspolitischen Absicherung ..... 221

VII. Methodische Erläuterungen ..... 234

VIII. Statistischer Anhang ..... 239

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ..... 240

Tabellen, allgemeiner Teil ..... 242

Besondere Tabellen, auf die im Textteil Bezug genommen wird ..... 291

Sachregister ..... 323

# I.

# Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 20. Juni 1964

# II.

# Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Sachverständigenrat

## I. Zur Lage

Wir stimmen mit der Diagnose überein, die die Bundesregierung im Nachtrag zum Wirtschaftsbericht 1964 gibt, wenn wir einleitend folgende Tatsachen hervorheben:

1. Als Folge inflatorischer Entwicklungen in Frankreich, Italien und Holland, eines anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs in den Vereinigten Staaten und einer rascheren Expansion in Großbritannien ist die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland seit Mitte 1963 kräftig gestiegen, während der Wettbewerbsdruck, der vom Angebot an Importgütern ausgeht, in weiten Bereichen fühlbar nachgelassen hat.

2. Ihren Niederschlag findet diese Entwicklung zunächst darin, daß die außenwirtschaftlichen Überschüsse der Bundesrepublik, die im Wirtschaftsbericht 1964 auf DM 3,8 Mrd. vorausgeschätzt wurden, sich wahrscheinlich auf DM 8,5 Mrd. belaufen werden. Damit werden in erheblichem Umfang Produktivkräfte vom Ausland in Anspruch genommen, die sonst zum Ausbau des eigenen Produktionsapparats, der Infrastruktur und des Erziehungswesens oder für den Konsum zur Verfügung stünden.

3. Wie 1959/60 hat die außenwirtschaftliche Entwicklung inzwischen einen kräftigen Investitionsboom im Inlande ausgelöst. Die Statistik der Auftragseingänge für wichtige Industriezweige und die Zahlen der Industrieproduktion lassen den Schluß zu, daß die binnenwirtschaftliche Nachfrage früher oder später an die Grenzen des Angebotspotentials stoßen wird. Die Auslastung der Produktionskapazitäten scheint überall zuzunehmen, so daß es bei einem Fortgang der bisherigen Entwicklung nur noch eine Frage der Zeit ist, bis die einzelnen Branchen einer echten Übernachfrage gegenüberstehen.

## II. Zu den Entwicklungsaussichten

Wenn die Bundesregierung nicht rechtzeitig und energisch mit geeigneten Maßnahmen eingreift, liegt eine Entwicklung im Bereiche des Wahrscheinlichen, die wie folgt zu kennzeichnen ist:

1. Wir glauben mit einiger Sicherheit sagen zu können, daß wichtige Branchen schon im Herbst dieses Jahres den Zustand der Übernachfrage erreichen werden*). Sie werden dann über einen Spielraum für Preiserhöhungen verfügen, der es ihnen erlaubt, kräftige Lohnerhöhungen zuzugestehen und die daraus herrührenden Kostensteigerungen auf die Nachfrager zu überwälzen. Selbst wenn sich die Lohnerhöhungen in mäßigen Grenzen halten sollten, würden Preiserhöhungen auf breiter Front nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die anstehenden Lohnerhöhungen werden überdies dazu führen, daß die Nachfrage nach Verbrauchsgütern dann beschleunigt steigen und weitere Preiserhöhungen nach sich ziehen wird. Hemmungen von der Seite der Liquidität stehen einer solchen Ausweitung des Einkommenskreislaufs nicht im Wege.

2. Mit kräftigen Erhöhungen der Effektivlöhne sollte schon vor dem Herbst dieses Jahres gerechnet werden. Unter dem Einfluß des Investitionsbooms nimmt die Nachfrage nach Arbeitskräften jetzt auch wieder in der Industrie zu, obwohl in manchen Bereichen noch innerbetriebliche, durch Rationalisierungen gebildete Reserven zur Verfügung stehen. Das Arbeitsangebot hingegen ist heute wesentlich unelastischer, als es etwa im Vergleichsjahr 1960 war. Während damals die Zahl der unselbständig Beschäftigten noch um 3,2 % zunahm, ist für 1964 nur ein Anstieg von kaum mehr als 1 % zu erwarten.

3. Von September 1964 bis März 1965 werden die Tarifpartner neue Verträge für etwa 9,3 Millionen Arbeiter und Angestellte verhandeln. Die zunehmende Knappheit am Arbeitsmarkt und die gute Auftrags- und Gewinnlage der Unternehmen werden vermutlich eine relativ große Konzessionsbereitschaft der Arbeitgeber hervorrufen. Sie wird sich auch durch Maßhalteappelle nur unwesentlich verringern lassen. Die Gewerkschaften andererseits werden in der Öffentlichkeit darauf hinweisen können, daß trotz ihrer Zurückhaltung die Konsumgüterpreise während der Laufzeit der alten Verträge nicht unerheblich gestiegen sind; unter Umständen wird es ihnen sogar möglich sein, sich auf die allgemeine Enttäuschung hierüber zu berufen und die Forderung, daß in den neuen Tarifverträgen schon die für die Zukunft befürchtete Steigerung des Preisniveaus vorweggenommen werden müßte, als berechtigt hinzustellen. Das Ergebnis wären wahrscheinlich Tariflohnerhöhungen, die das Ausmaß dessen, was im Hinblick auf die Stabili-

*) Eine Befragungsaktion, die hierüber genaueren Aufschluß geben soll, konnte noch nicht abgeschlossen werden.

tät des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus gerechtfertigt erscheint, weit übersteigen.

Wir sehen in diesen Entwicklungen eine ernste Gefährdung der Geldwertstabilität. Sofern die Bundesregierung nicht Maßnahmen ergreift, die die Gefahr fühlbarer Preissteigerungen weitgehend ausschließen, sehen wir uns auch nicht in der Lage, Maßstäbe für gesamtwirtschaftlich vertretbare Lohnerhöhungen anzugeben. Ohne eine überzeugende Garantie für die binnenwirtschaftliche Geldwertstabilität in Gestalt von ausreichend wirksamen Maßnahmen müssen alle Versuche, spiralenförmige Kosten-Preis-Bewegungen durch eine gesamtwirtschaftlich orientierte Einkommenspolitik zu verhindern, schon im Ansatz scheitern.

### III. Stabilisierungsmöglichkeiten

Angesichts dieser Lage und dieser Entwicklungsaussichten reichen die im Nachtrag zum Wirtschaftsbericht 1964 genannten konjunkturpolitischen Möglichkeiten nach unserem Dafürhalten nicht aus, um den erklärten Willen der Bundesregierung zur Wahrung der Geldwertstabilität in dieser Situation glaubwürdig zu dokumentieren und erfolgreich durchzusetzen. Unsere Auffassung stützt sich auf die nachstehenden Überlegungen (1.). Sie werden ergänzt durch Hinweise auf weitere Maßnahmen, die die Bundesregierung für eine Stabilisierungspolitik in Betracht ziehen könnte (2.).

1. Interpretieren wir den Nachtrag zum Wirtschaftsbericht richtig, so konzentrieren sich die konjunkturpolitischen Absichten der Bundesregierung darauf, die Binnennachfrage durch Begrenzung der öffentlichen Ausgaben und durch Appelle an die Unternehmer und die Tarifpartner zu dämpfen und das Angebot durch Zollsenkungen auszuweiten. Hierzu erlauben wir uns folgende Bemerkungen:

   a) Die vorgesehene Begrenzung der öffentlichen Ausgaben, die an sich ein geeignetes Mittel der Konjunkturdämpfung ist, wird in dem Maße um ihre Wirkung gebracht, in dem durch die beabsichtigte Steuersenkung, die der Nachtragsbericht übrigens nicht erwähnt, der private Verbrauch erhöht und die private Investitionstätigkeit angeregt werden. Will man auf die Steuersenkung nicht verzichten (und andere als konjunkturpolitische Erwägungen mögen dafür sprechen), so können die von ihr ausgehenden unerwünschten Wirkungen nur ausgeglichen werden, wenn die öffentlichen Ausgaben so begrenzt werden, daß sich trotz der Steuersenkung Überschüsse in den öffentlichen Haushalten bilden, die dem Betrag der Steuersenkung ungefähr entsprechen, oder wenn die öffentliche Hand dem Kreislauf entsprechende Mittel durch Anleihen entzieht und diese — unter Inkaufnahme des Zinsaufwandes — stillegt. Statt dieser Liquiditätsabschöpfung könnte die Regierung auch Maßnahmen ergreifen, die die private Konsum- und Investitionsneigung unmittelbar drosseln.

   b) Appelle an die privaten Kreise, die Marktmacht haben und daher gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen, ihre Preis-, Lohn- und Arbeitszeitpolitik den Erfordernissen der Geldwertstabilität unterzuordnen, werden — wenn überhaupt — nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie mit der Marktlage einigermaßen in Einklang stehen.

   c) Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die binnenwirtschaftliche Dämpfungspolitik erfolgreich sein kann, solange unsere Produzenten so gute Absatzchancen und Kreditmöglichkeiten im Ausland haben. Bei der internationalen Preis- und Zinsstruktur, wie sie heute gegeben ist, steht zu befürchten, daß selbst bescheidene Erfolge der binnenwirtschaftlichen Konjunkturdämpfung mit einer weiteren kräftigen Erhöhung unserer Zahlungsbilanzüberschüsse erkauft werden müssen.

   d) Daß Bundesregierung und Bundesbank die monetäre Seite dieses Dilemmas erkannt haben, schließen wir aus den Bestrebungen, die Kreditzufuhr aus dem Ausland zu drosseln und den Geld- und Kapitalexport zu fördern. Derartige Interventionen können als Ersatz für eine partielle Aufwertung aufgefaßt werden, die sich auf den Bereich des Geld- und Kapitalverkehrs beschränkt. Wie alle Eingriffe, die die Wirkungen ungleichgewichtiger Marktsituationen neutralisieren sollen, bedürfen diese Interventionen der Ergänzung durch immer weitere Kontrollen. Am Ende dieser Entwicklung stünde wohl die Preisgabe der Währungskonvertibilität.

   e) Im Gegensatz zu allen bisher genannten Maßnahmen zielt die beabsichtigte Senkung der Einfuhrzölle auf den Kern des konjunkturpolitischen Dilemmas, der in einem fundamentalen Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz besteht. Das gleiche gilt für die Absicht der Bundesregierung, die Partnerländer mit defizitärer Zahlungsbilanz zu einer Politik der internen finanziellen Stabilität zu bewegen. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade hier die Grenzen des politisch Möglichen sehr eng gezogen zu sein scheinen.

2. Selbst wenn es gelänge, die interne finanzielle Stabilität in den Defizitländern wieder herzustellen, wäre es nach aller Erfahrung so gut wie ausgeschlossen, daß deren Preisniveau jemals wieder auf den niedrigeren Stand der vorhergegangenen Jahre zurückgeführt werden kann. Wir befürchten daher, daß der Weg zur Wiederherstellung des internationalen Preisgleichgewichts bei den jetzigen Wechselkursen nur über eine erneute Aushöhlung der Binnenkaufkraft für DM führt. Eine solche Fehlentwicklung kann durch nichts anderes — auch nicht durch Vorgriffe auf später ohnehin fällige Zollsenkungen — vermieden werden als durch Maßnahmen, die auf eine

Änderung der effektiven Wechselkursrelationen hinauslaufen. Wenn auch der Nachtrag zum Wirtschaftsbericht der Bundesregierung begreiflicherweise hierüber schweigt, so müssen doch wir mit allem Nachdruck auf diese einzig wirksame Möglichkeit zur Vermeidung eines weiteren Geldwertschwundes hinweisen.

a) Nach dem Prinzip, daß die Kranken und nicht die Gesunden der Heilung bedürfen, könnte die Bundesregierung den Partnerländern, die unter einer defizitären Zahlungsbilanz leiden, mit Nachdruck die Notwendigkeit vor Augen führen, daß sie mit dem Außenwert ihrer Währung nachholen, was sie mit dem Binnenwert bereits geschehen ließen. Dadurch würde sich die Wettbewerbsposition unserer Produzenten auf wichtigen Auslandsmärkten, aber auch im Inlande, normalisieren mit der Folge, daß ihnen kein wesentlicher Preiserhöhungsspielraum mehr bliebe und preispolitisches Maßhalten zum Gebot der privatwirtschaftlichen Vernunft würde. Stützungskredite an Defizitländer und Maßnahmen zur Verhinderung eines fluchtartigen Kapitalzustroms aus Gebieten des Währungsverfalls lassen sich mit dem Ziel der Geldwertstabilität in der Bundesrepublik, der unsere Sorge gilt, nur vereinbaren, wenn sie an die Bedingung geknüpft sind, daß das fundamentale Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz dieser Länder unverzüglich behoben wird.

b) Falls die Defizitländer nicht abwerten, läge es im Bereich des Möglichen, den Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen in der Bundesrepublik durch lineare Senkung der steuerlichen Abgaben und Rückerstattungen im grenzüberschreitenden Verkehr einzuengen. Nachdem jedoch schon die Zollsenkung in dem ursprünglich geplanten Ausmaß auf anscheinend unüberwindbare parlamentarische Widerstände gestoßen ist, muß diese Möglichkeit wohl ausscheiden, zumal sie kaum als Vorgriff auf ohnehin vorgesehene Schritte begründet werden könnte. Zudem würde von ihr auch nur ein Teil der außenwirtschaftlichen Beziehungen berührt. Für einzelne Bereiche des Warenhandels, den ganzen Dienstleistungsverkehr und das System der internationalen Kreditbeziehungen bliebe es bei den jetzigen Verhältnissen. Schließlich stünde eine Senkung der Ausgleichssätze dem geplanten Übergang zu einem System der Mehrwertsteuer im Wege.

c) Eine Aufwertung, wie sie 1961 durchgeführt wurde, könnte das fundamentale Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz beseitigen. Sie hätte jedoch vor allem den Mangel, daß man nicht genau vorausbestimmen kann, um wieviel aufgewertet werden müßte, und daß man aus Furcht vor deflatorischen Wirkungen im Inlande eher zu wenig als zu viel aufwertete. Die Feinabstimmung vollzöge sich dann wieder über das Preisniveau, und zwar in inflatorischer Richtung.

d) Die wiederholt geforderte Aufgabe der festen Goldparität zugunsten eines Systems flexibler Kassa- und Terminkurse hätte im Vergleich zu einer Aufwertung den Vorteil, daß man keine neue Parität zu fixieren brauchte und daß damit das Risiko eines Zuwenig oder Zuviel wegfiele. Der Nachteil, der dafür in Kauf genommen werden müßte, wäre ein erhöhtes Kursrisiko im laufenden Auslandsgeschäft. Diesem Nachteil steht jedoch gegenüber, daß in einem System flexibler Wechselkurse unvorhersehbare Paritätsänderungen nicht mehr befürchtet werden müßten. Die Gefahr starker Wechselkursschwankungen halten wir für gering, zumal die Bundesbank jederzeit auf den Devisenmärkten ebenso intervenieren könnte, wie sie es heute muß.

   Will man prinzipiell an dem System fester Wechselkurse festhalten, so wäre auch denkbar, die Wechselkurse in einer Übergangszeit frei schwanken zu lassen, um auf diese Weise die neue Parität als Ergebnis der Marktkräfte zu ermitteln.

e) Zur autonomen Wahrung der Geldwertstabilität in der Bundesrepublik könnte der Bundesbank ein größerer Aktionsspielraum in der Form gewährt werden, daß man die Punkte, an denen sie zur Intervention auf den Devisenmärkten verpflichtet ist, weiter auseinandersetzt. Wahrscheinlich wäre dabei heute noch mit einer Bandbreite auszukommen, die bei den am internationalen Wirtschaftsverkehr beteiligten Kreisen noch nicht das Gefühl eines unzumutbar großen Währungsrisikos aufkommen ließe. Auf der anderen Seite liefern die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts genügend Grund zu der Annahme, daß die Obergrenze der größeren Bandbreite um so schneller zum neuen Festkurs wird, je energischer die Bundesregierung den Preissteigerungsgefahren entgegenwirkt. Dies bedeutet, daß bei einer zu geringen Ausweitung der Bandbreite das außenwirtschaftliche Gleichgewicht teilweise auch auf Kosten der inneren Geldwertstabilität zustande kommt; will man dies vermeiden, müßte man die Interventionspunkte gegebenenfalls erneut auseinandersetzen oder im Niveau verlagern.

3. Abschließend sei noch auf folgendes hingewiesen:

   Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß allein eine Politik der Wechselkursanpassung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verschlechtere, eine Politik des Abwartens dagegen nicht. In Wahrheit führt auch das Abwarten früher oder später über eine Steigerung des allgemeinen Kostenniveaus zur gleichen Veränderung der Wettbewerbsbedingungen, weil nur so die überhöhten Leistungsbilanzüberschüsse abgebaut werden können. Eine Wechselkursanpassung im richtigen Maße würde überdies gegenwärtig aller Voraussicht nach eine besondere Nachfragedämpfung im Innern überflüssig machen.

# III.

# Brief des Sachverständigenrates an den Bundeskanzler vom 19. Juni 1965

Der Sachverständigenrat soll gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes vom 14. 8. 1963 nach seinem Ermessen zusätzliche Gutachten erstatten, wenn Entwicklungen erkennbar werden, die die Ziele des § 2 des Gesetzes — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum — gefährden.

Aufgrund dieses gesetzlichen Auftrages hält der Sachverständigenrat sich für verpflichtet, Sie und damit die Bundesregierung in diesem Zeitpunkt von seiner Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage und Entwicklung zu unterrichten, weil er das Ziel der Stabilität des Preisniveaus nach wie vor für ernsthaft gefährdet hält.

1. Im Jahresdurchschnitt 1964 erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung um 2,5 vH. Für 1965 hat die Bundesregierung einen weiteren Anstieg um 2,3 vH geschätzt, der Sachverständigenrat um 3 vH.

   Im bisherigen Verlauf des Jahres hat sich der Preisindex für die Lebenshaltung wie folgt erhöht (im Vergleich zum Vorjahr):

| | Januar | Februar | März | April | Mai |
|---|---|---|---|---|---|
| | | | in vH | | |
| einschl. Ernährung | 2,3 | 2,3 | 2,5 | 2,6 | 3,1 |
| ohne Ernährung | 2,4 | 2,4 | 2,5 | 2,5 | 2,6 |

   Die bisherige Politik von Bundesregierung und Bundesbank reicht offenbar nach Art und Umfang nicht aus, um die Geldentwertung zu beenden oder ihr Tempo wenigstens fühlbar zu verlangsamen. Vielmehr ist zu befürchten, daß dieser Prozeß sich beschleunigt, weil bei anhaltender Preissteigerung immer weitere Kreise den Fortgang der Teuerung zur Grundlage ihres Verhaltens machen; unverkennbar ist auch, daß die Bevölkerung die währungspolitisch wichtigen Bestandteile unserer Rechtsordnung, die sich auf das Nominalwertprinzip (Mark gleich Mark) stützen, mehr und mehr als unzumutbar empfindet. Sollten sich die Anbieter und Nachfrager, einzeln und in Gruppen, zunehmend der Geldentwertung anpassen, und wird dies gar noch institutionell sanktioniert, so wird es immer schwieriger, ja vielleicht unmöglich, zu einer Politik der Geldwertstabilität zurückzukehren, ohne daß eine Stabilisierungskrise in Kauf genommen werden müßte. Äußerungen, die Sie, Herr Bundeskanzler, in letzter Zeit in der Öffentlichkeit getan haben, lassen erkennen, daß Sie diese Sorge teilen.

2. Die in den letzten Monaten häufig vertretene Auffassung, die Preissteigerung sei nunmehr allein inländischen Ursprungs, ist zu einseitig, als daß wir ihr beipflichten könnten. Ein Vergleich der Tendenzen bei den Einfuhr-, Ausfuhr- und Binnenpreisen mit der Entwicklung der Preise in wichtigen Partnerländern zeigt vielmehr, daß unser außenwirtschaftliches Gleichgewicht nicht zuletzt der nachholenden Anpassung an das internationale Inflationsklima zu verdanken ist. Eine Politik der Geldwertstabilität allein mit binnenwirtschaftlichen Mitteln hätte unter diesen Umständen bald wieder ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht zur Folge, verstärkt durch Auftriebskräfte, die sich aus der Überwindung der Stagnation in Italien und Frankreich ergeben können.

3. Zur Stützung des gegenwärtigen inflationären Gleichgewichts im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland tragen alle binnenwirtschaftlichen Nachfragekomponenten annähernd im gleichen Maße bei. Die gesamtwirtschaftliche Lage läßt, abgesehen von der Preisentwicklung, keine wesentlichen Disproportionalitäten zwischen den Komponenten der Nachfrage und des Angebots und im Bereich der Erlös-Kosten-Relationen erkennen.

   Einen einzelnen Bereich, etwa die Lohnpolitik oder das Verhalten der öffentlichen Hand, als die Inflationsursache herauszustellen, ist unter diesen Umständen sachlich nicht gerechtfertigt. Der Sachverständigenrat ist der Auffassung, daß die aktuelle Lohnpolitik der Sozialpartner die Preissteigerungen eher konstatiert denn provoziert. Dafür sprechen die bisherigen Tariflohnerhöhungen in diesem Jahr, die — anders als in der vergleichbaren Phase des letzten Wachstumszyklus — nicht größer sind als Produktivitätsfortschritt und Inflationsrate zusammengenommen.

4. In einem Gespräch zur Versachlichung der Lohnpolitik, das der Sachverständigenrat entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag, zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen beizutragen, am 18. Juni 1965 mit Vertretern der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, der Deutschen Angestelltengewerkschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes geführt hat, ergab sich, daß die lohnpolitischen Grundsätze, die in Ziffer 248 unseres Jahresgutachtens 1964/65 niedergelegt sind (vgl. Anhang IV), als Leitregel für die Lohnpolitik Anerkennung finden, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß nicht nur das außenwirtschaftliche, sondern auch das monetäre Gleichgewicht verbürgt ist. Die Gesprächspartner, einschließlich der Mitglieder des Sachverständigenrates, waren sich darin einig, daß alle für Wirtschafts- und Währungspolitik und für Lohn- und Preispolitik Verantwortlichen gleichzeitig und gemeinsam handeln müssen, wenn das Ziel der Geldwertstabilität ohne Beeinträchtigung des realen Wachstums erreicht werden soll.

5. Nach diesem Gespräch ist der Sachverständigenrat der Auffassung, daß die wertvolle Übereinstimmung der Sozialpartner wohl dazu beitragen kann, in absehbarer Zeit das Ausmaß der Preissteigerung, wenn auch nur schrittweise, zu verringern; doch müssen auch diejenigen, die die Verantwortung für die Geldwertstabilität mit den Sozialpartnern teilen, simultan in ihrem Zuständigkeits- und Einflußbereich die erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Dabei verkennt der Sachverständigenrat nicht, daß eine solche „Aktion Geldwertstabilität" einer intensiven gedanklichen Vorarbeit bedarf. Eben deshalb scheint es ihm nicht zu früh, Sie, Herr Bundeskanzler, zu bitten, das Gespräch des Sachverständigenrates mit der Bundesregierung über die bestehenden Möglichkeiten einzuleiten; hieran zum geeigneten Zeitpunkt teilzunehmen, haben sich die Sozialpartner bereit erklärt.

# IV.

## Auszug aus dem Jahresgutachten 1964

248. Wenn sich bei Vollbeschäftigung von der Preis-, Lohn- und Kostenseite her Gefahren der beschriebenen Art zeigen, kann die Geldwertstabilität zwar verteidigt werden, aber kurzfristig und ohne unmittelbare Eingriffe in die Preis- und Lohnbildung nur mit Mitteln, die zu sinkenden Investitionen und zunehmender Arbeitslosigkeit führen. Der Standpunkt, daß alle, die mehr für ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse fordern, als der Markt zu zahlen bereit ist, es selbst zu verantworten haben, wenn sie aus dem Markt gedrängt werden, ist so weit entfernt von den im Gesetz über den Sachverständigenrat niedergelegten Zielen, daß er hier ohne nähere Prüfung ausscheiden kann. Wir müssen also nach anderen Möglichkeiten suchen, die Vollbeschäftigung und die Geldwertstabilität gegen die Gefahren zu sichern, die nunmehr von dem Verhalten der Sozialpartner ausgehen können. Die einzige, die mit unserer Wirtschaftsordnung vereinbar ist — eine andere sehen wir nicht —, liegt in der Aufklärung über jene lohnpolitischen Bedingungen, unter denen ohne Beschränkung der tarifpolitischen Autonomie der Sozialpartner Geldwertstabilität ohne Arbeitslosigkeit — oder Vollbeschäftigung ohne Inflation — möglich ist.

a) Bei gegebenen Wettbewerbsbedingungen spielt sich im monetären Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Preisen und Kosten und damit auch zwischen Preis- und Kostenniveau ein. Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist daher identisch mit dem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.

b) Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne, solange die oben genannten Annahmen und Bedingungen — insbesondere monetäres und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — gegeben sind, dem Grundsatz nach im Durchschnitt nicht stärker erhöht werden als um den Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde — von etwaigen Struktureffekten bereinigt — erhöht. Wenn dagegen der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten abnimmt — zum Beispiel wegen Zinssenkung infolge zunehmenden Kapitalreichtums oder wegen kapitalsparenden technischen Fortschrittes — oder wenn die „terms of trade" sich verbessern — niedrigere Importpreise oder höhere Exportpreise —, so ist für Lohnerhöhungen ein zusätzlicher Spielraum über den Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinaus gegeben, ohne daß das Kostenniveau steigt — und umgekehrt. Ebenso mag es angebracht sein, den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt optimistisch einzuschätzen, in der Hoffnung, daß ein gewisser Lohndruck die Rationalisierungsbemühungen in den Unternehmen verstärkt.

c) Zu den Lohnerhöhungen gehören im Hinblick auf die Kostenseite auch Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, soweit sie den Arbeitgeberanteil betreffen. Es müßte daher die Regel gelten, die Beitragssätze, soweit erforderlich, in kürzeren Zeitabständen und dann jeweils nur geringfügig anzuheben; eine sprunghafte Beitragserhöhung würde den Spielraum der Sozialpartner für kostenniveau-neutrale Lohnerhöhungen in dem betreffenden Jahr zu sehr einengen.

d) Die Lohnerhöhung, die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kostenniveau-neutral ist, kann nur für jene Bereiche den Maßstab bilden, die sich im Gleichgewicht befinden und voraussichtlich im Gleichgewicht bleiben werden. Zeigt sich irgendwo ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften, der nicht aus dem Neuzugang, sondern nur durch Abzug aus anderen Bereichen gedeckt werden kann, so müssen, wie dies in der effektiven Lohnbemessung in der Regel schon geschieht, die Löhne in den Mangelbereichen stärker erhöht werden, und zwar um so mehr, je größer die Friktionen und der Widerstand sind, die der Lohnanreiz überwinden soll.

e) Auf der anderen Seite ist es erforderlich, daß überall dort die Löhne langsamer steigen, wo Arbeitskräfte nicht mehr so dringend benötigt werden, weil der Absatz schrumpft oder der technische Fortschritt Einsparungen ermöglicht; sonst fehlt für die Arbeitnehmer der Anreiz, von sich aus den Arbeitsplatz zu wechseln. Wenn die Unternehmen zögern, nicht mehr benötigte Arbeitskräfte zu entlassen, und sogar erhebliche Lohnzugeständnisse machen — vielleicht auch, weil sie mit entsprechender staatlicher Hilfe rechnen, die aus politischen Gründen gerechtfertigt sein mag —, so wird in solchen Bereichen ein Beschäftigungsstand aufrechterhalten, der die an sich mögliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und damit letzten Endes auch der Reallöhne verringert.

f) Da die Knappheitsbedingungen in den verschiedenen Gebieten, Industriezweigen und Berufssparten am besten in kollektiven Verhandlungen ermittelt werden können, macht die gesamtwirtschaftliche Leitregel den Lohnfindungsprozeß durch die Tarifparteien nicht entbehrlich. Die Leitregel zeigt nur den Richtpunkt an, bei dem die Ziele der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zum Wohle aller am wenigsten miteinander in Konflikt stehen.

# V.

# Sondergutachten März 1967

## Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967

1. Die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik stellt sich im März 1967 erheblich ungünstiger dar, als der Sachverständigenrat im Herbst vorigen Jahres vorausgeschätzt hat (JG 66 Ziffern 214 bis 230). Dies veranlaßt den Rat, sich jetzt erneut zur Konjunkturentwicklung zu äußern (Sondergutachten gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966). Er folgt damit zugleich einer Bitte des Bundeswirtschaftsministers.

   Die seit Abschluß des Jahresgutachtens 1966/67 bekanntgewordenen Daten lassen es erforderlich erscheinen, die damalige Vorausschau für das Jahr 1967 zu revidieren (Abschnitt A).

   Von den Zielen, die im Sachverständigenratsgesetz genannt sind — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, sieht der Rat gegenwärtig das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes und das eines angemessenen Wirtschaftswachstums als am meisten gefährdet an. Hingegen scheinen die Gefahren für die Stabilität des Preisniveaus einstweilen nicht mehr so groß zu sein, da der zunehmende Nachfragemangel auf den Binnenmärkten Preiserhöhungen erheblich schwerer macht und mehr Preissenkungen erzwingt. Allerdings: hält dieser Nachfragemangel an, so ist damit zu rechnen, daß sich ein anhaltendes Zahlungsbilanzungleichgewicht herausbildet (Abschnitt B).

   Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, wie möglichst bald die Arbeitslosigkeit verringert und die Ausnutzung der Kapazitäten verbessert werden kann und was zu unternehmen wäre, einer Expansion, ist sie erst einmal im vollen Schwunge, den Charakter einer Mengenkonjunktur zu erhalten (Abschnitt C).

### A. Die voraussehbare Entwicklung

2. In der folgenden Vorausschau haben wir schon die expansiven Wirkungen zu berücksichtigen versucht, die davon zu erwarten sind, daß ein zusätzlicher Investitionshaushalt des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. DM beschlossen, die Möglichkeit zu Sonderabschreibungen gewährt und die Kreditpolitik gelockert wurde.

3. Die Bundesbank hat zugesagt, daß sie für die Finanzierung jenes Defizites im Bundeshaushalt sorgen werde, das durch konjunkturell bedingte Steuerausfälle entsteht. Wir gehen daher davon aus, daß zumindest beim Bund der planmäßige Haushaltsvollzug gesichert ist. Was dagegen die Haushalte der Länder und Gemeinden anlangt, so scheint noch immer nicht ausgeschlossen, daß es zu einem gefährlichen Wettlauf zwischen nach unten revidierten Einnahmeschätzungen und Ausgabekürzungen kommt. Gleichwohl haben wir im folgenden unterstellt, daß solcher Widersinn unterbleibt, gibt es doch keinen volkswirtschaftlichen Grund dafür, die Verabschiedung und den Vollzug öffentlicher Haushalte, deren Volumina — unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten — ohnehin eher zu knapp als zu reichlich bemessen sind, an Finanzierungsfragen scheitern zu lassen. Strukturpolitisch ist es zwar nach wie vor gerechtfertigt, die öffentlichen Haushalte von Ausgaben zu entlasten und zu bereinigen, die auf die Dauer entbehrlich sind. Dies brauchte auch die gegenwärtige konjunkturpolitische Aufgabe nicht zu erschweren, wenn man gleichzeitig die Ausgaben forcierte, die längerfristig für wichtig gehalten werden. Es hieße jedoch wider alle volkswirtschaftliche Vernunft handeln, wollte man in der gegenwärtigen Situation wegen Finanzierungsschwierigkeiten auch diese Ausgaben vorübergehend aussetzen oder aufschieben, da sie bei allenthalben brachliegenden Produktionskapazitäten die Entfaltungsmöglichkeiten der Privatwirtschaft nicht beeinträchtigen, ja diese sogar fördern. Konjunkturpolitisch gerechtfertigte Ausgaben zu finanzieren, die gegenwärtig durch Steuermittel nicht gedeckt werden können, ist Aufgabe des Kapitalmarkts und des Bankensystems einschließlich der Deutschen Bundesbank. Daß deren Möglichkeiten hierzu ausreichen, kann keinem Zweifel unterliegen.

   Auf solche volkswirtschaftlichen Selbstverständlichkeiten an dieser Stelle hinzuweisen, sieht sich der Sachverständigenrat veranlaßt, da Länder und Gemeinden konjunkturpolitisch sinnwidrige Kürzungsmaßnahmen erwägen, auch gedrängt von einer öffentlichen Meinung, die noch von „unvermeidlichen Opfern" spricht, obwohl die Übernachfrage längst einem Nachfragemangel gewichen ist.

4. Da die seit Anfang des Jahres ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen erst mit erheblichen Verzögerungen wirken dürften, wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im ersten Halbjahr 1967 konjunkturell weiter

zurückgehen, während die Produktionskapazitäten, die schon im Vorjahr nicht voll ausgenutzt waren, weiter wachsen werden.

— Nach unserer Schätzung werden die privaten und öffentlichen Anlageinvestitionen im ersten Halbjahr 1967 um 6 bis 10 v. H. niedriger sein als im ersten Halbjahr 1966, es sei denn, daß von den öffentlichen Investitionsausgaben, insbesondere von denen des Bundes, schon früher und noch stärker Impulse ausgehen, als heute abzusehen ist.

— Die privaten Verbrauchsausgaben dürften kaum höher sein als im ersten Halbjahr 1966, da Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zugenommen haben, zahlreiche ausländische Arbeitskräfte ausgeschieden sind, Überstunden und übertarifliche Leistungen abgebaut worden sind und die privaten Haushalte wegen der Ungewißheit über die Einkommensentwicklung sich vermutlich mit ihren Käufen — auf sie entfällt knapp die Hälfte der Endnachfrage — zurückhalten werden.

— Dagegen besteht kein Grund, die Vorausschätzung der staatlichen Verbrauchsausgaben (+8 v. H.) zu revidieren, wenn man davon ausgeht (Ziffer 3), daß konjunkturpolitisch nicht gerechtfertigte Kürzungen an den ursprünglichen Ausgabeplänen unterbleiben.

— Auch unsere Ausfuhrschätzung für das erste Halbjahr 1967 (+10 v. H.) bedarf keiner nennenswerten Änderung.

5. Treffen diese Annahmen über die Entwicklung der Nachfrage zu, so wird das Bruttosozialprodukt — gemessen in jeweiligen Preisen — im ersten Halbjahr 1967 kaum, bestenfalls um 1 v. H. höher sein als im Jahre zuvor; gemessen in konstanten Preisen dürfte es sogar um 1 bis 2 v. H. unter dem Vorjahresniveau liegen. Mit diesem Rückgang, der sich schon in der zweiten Hälfte von 1966 abzeichnete, wird der Wachstumsprozeß der deutschen Volkswirtschaft zum ersten Mal in der Nachkriegszeit einschneidend unterbrochen.

6. Die gegenwärtige Konjunkturlage ist durch eine besonders große Labilität im Verhalten nicht nur der Investoren, sondern auch der Konsumenten gekennzeichnet. Deshalb erscheint uns eine einigermaßen verläßliche Projektion über ein halbes Jahr hinaus nicht möglich. Selbst für das erste Halbjahr 1967 ist der Unsicherheitsbereich noch sehr groß. Für das zweite Halbjahr und damit für das ganze Jahr 1967 kann man eigentlich nur „normative Prognosen" aufstellen. Einen solchen Charakter hat die „Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung 1967".

7. Hält man die in den Ziffern 4 bis 6 mitgeteilte Vorausschätzung der Entwicklung im ersten Halbjahr 1967 für realistisch, so erscheint es zweifelhaft, ob die vom Bundeswirtschaftsministerium angestrebten Ziele mit den bisherigen Maßnahmen erreicht werden können. Ein reales Wachstum des Sozialprodukts um 2 v. H. im ganzen Jahre 1967 wird sich wohl nur ergeben, wenn schon sehr bald starke konjunkturelle Auftriebskräfte zu wirken beginnen oder aber weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden. Hierzu wird in Abschnitt C Stellung genommen.

## B. Art und Ausmaß der Fehlentwicklungen

8. Vergleicht man die voraussehbare Entwicklung mit den Zielen, die der Rat seiner Arbeit zugrunde zu legen hat, so ergibt sich folgendes Bild:

— Das Ziel der Stabilität des Preisniveaus erscheint vorerst weniger gefährdet als die anderen Ziele. Wenn auch 1967 der Preisindex für die Lebenshaltung im Durchschnitt den Vorjahresstand noch um etwas mehr als 2 Prozent übersteigen wird, so geht doch rund die Hälfte davon auf Preissteigerungen im zweiten Halbjahr 1966 zurück; zu etwa 0,3 Prozentpunkten ist der voraussichtliche Preisanstieg durch die Erhöhung von einzelnen Verbrauchsteuern verursacht. Ferner ist auch 1967 noch mit Mietanpassungen zu rechnen, die mit der Freigabe der Altbaumieten zusammenhängen. Nur ein geringer Teil der Preissteigerungen ist somit aus der konjunkturellen Entwicklung zu erklären, wobei überdies verzögerte Preisreaktionen in Rechnung zu stellen sind. Selbst bei einer raschen Wiederbelebung der Binnenkonjunktur brauchte der Preisanstieg, der gegenwärtig noch durch Nachfragemangel begrenzt wird, nicht über die erwähnten 2 Prozent hinauszugehen, da erfahrungsgemäß zu Beginn eines Aufschwungs die Preise nur wenig steigen.

  Der Preisauftrieb in unseren Partnerländern hält zwar unvermindert an, doch werden preissteigernde Wirkungen aus dem Ausland im Augenblick von internen deflatorischen Kräften teilweise eingedämmt. Im übrigen: selbst bei konstanten Außenhandelspreisen importiert die Bundesrepublik noch Preissteigerungstendenzen, da sie am internationalen Handel überwiegend mit solchen Gütern beteiligt ist, deren Preise eigentlich sinken müßten, soll das inländische Preisniveau stabil bleiben.

— Der Nachfragemangel im Inland stört das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ganz erheblich. Unter der Annahme, daß es bei den in Ziffer 2 genannten Maßnahmen bleibt, rechnen wir für 1967 mit einem Leistungsbilanzüberschuß, der eher in der Nähe von 15 als von 10 Mrd. DM liegen wird. Je mehr der interne Nachfragemangel die Unternehmen dazu zwingt, auf den ausländischen Märkten vorzudringen, um so mehr geraten

wichtige Partnerländer in Zahlungsbilanzschwierigkeiten und um so schmerzhafter wird es dann sein, das internationale Gleichgewicht wiederherzustellen.

— Die bedenklichste Fehlentwicklung besteht jedoch gegenwärtig darin, daß zahlreiche Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz verloren haben oder nicht voll arbeiten können und daß ein nicht geringer Teil des sachlichen Produktionspotentials brachliegt. Die Minderauslastung der Kapazitäten ist begleitet von einer Gewinnkompression, die die Investitionsbereitschaft nachhaltig gefährden und damit ein angemessenes Wachstum in der Zukunft beeinträchtigen kann.

9. Wir haben versucht, das brachliegende Produktionspotential der Größenordnung nach zu schätzen.

Geht man von einem durchschnittlichen Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten aus, wie er 1965 erreicht war, so ergibt sich, daß sowohl der Anlagenbestand als auch das Arbeitskräftepotential für das Jahr 1967 Spielraum für eine Ausweitung der Produktion um fast 30 Mrd. DM (gemessen in Preisen von 1966) geboten hätte. Selbst wer die optimistische Auffassung teilt, daß die ergriffenen Maßnahmen zur Anregung konjunktureller Auftriebskräfte ausreichen werden, 1967 wenigstens ein Produktionswachstum von 2 v. H. zu erzielen, müßte demnach mit einem Produktionsausfall von fast 20 Mrd. DM rechnen.

Der gesamtwirtschaftliche Anlagenbestand ist auch 1966 noch kräftig gestiegen, obwohl die Bruttoinvestitionen stagnierten. Bei einer Kapazitätsauslastung, die der des Jahres 1965 entspricht, reichen nach unserer Schätzung die Anlagen aus, 1967 6 bis 7 v. H. mehr zu produzieren als 1966 [1]).

Die Reserven an Arbeitskräften wären unserer Ansicht nach groß genug, damit der im Anlagenbestand ruhende Produktionszuwachs ausgeschöpft werden könnte [2]). Dabei wird als wahrscheinlich unterstellt, daß zumindest ebenso viele zusätzliche ausländische Arbeitskräfte einen Anreiz sähen, sich um eine Tätigkeit in der Bundesrepublik zu bemühen wie 1966, sofern nur die Nachfrage groß genug wäre.

[1]) Für 1967 ist mit einem Kapazitätszuwachs von 4 bis 5 v. H. zu rechnen. Ausschlaggebend für den immer noch kräftigen Kapazitätszuwachs ist, daß in der Bundesrepublik ein außerordentlich hoher Anteil des Anlagevermögens auf jüngere Investitionen zurückgeht, eine Folge der raschen Ausweitung des Investitionsvolumens seit 1950; der Abgang alter Anlagen wird unter diesen Umständen selbst dann noch weit übertroffen von dem Zugang neuer Anlagen, wenn die Investitionen stagnieren oder gar sinken. Unsere Schätzung des Kapazitätszuwachses berücksichtigt, daß der Kapitalaufwand je Kapazitätseinheit möglicherweise gestiegen ist. Der Spielraum für eine Ausweitung der Produktion, den der Anfangsbestand 1967 zuläßt, wird durch den Kapazitätszuwachs von 1966 auf 1967 und durch die bereits 1966 im Vergleich zu 1965 ungenutzten Kapazitäten bestimmt.

## C. Möglichkeiten zur Beseitigung der Fehlentwicklungen

10. Gäbe es nur die Ziele eines hohen Beschäftigungsstandes, eines angemessenen Wachstums und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, so erforderte die gegenwärtige Situation lediglich eine expansive Geld- und Fiskalpolitik; diese müßte — über einen Zeitraum von 12 Monaten gerechnet — eine zusätzliche Nachfrage nach inländischen und ausländischen Gütern und Diensten im Ausmaß von 30 bis 40 Mrd. DM [3]) schaffen und hervorrufen, damit die Voll-

[2]) Einen Eindruck davon, in welchem Umfang unser Arbeitskräftepotential Anfang 1967 weniger ausgenutzt war als ein Jahr zuvor, möge die folgende Rechnung vermitteln:

| | |
|---|---|
| Gegenüber Januar/Februar 1966 waren im Januar/Februar 1967 ..... mehr Arbeitslose registriert. | 395 000 |
| Zu diesen müssen noch mindestens ..... von den 250 000 Gastarbeitern gezählt werden, die zwischen September 1966 und Januar 1967 die Bundesrepublik verlassen haben (Abnahme von September 1965 bis Januar 1966 : 100 000). | 150 000 |
| Im Januar/Februar 1967 waren 280 000 mehr Kurzarbeiter registriert als vor einem Jahr. Dies entspricht einer Zahl von etwa ..... Vollarbeitskräften. | 70 000 |
| Daneben dürfte es zu einer unsichtbaren Arbeitslosigkeit durch das konjunkturbedingte Ausscheiden von rund ..... Hausfrauen, Rentnern usw. gekommen sein. | 100 000 |
| Zusammen ergibt dies eine nachfragebestimmte Abnahme der Zahl der Vollarbeitskräfte von über ..... | 700 000. |
| Dieser Beschäftigungsrückgang entspricht rund ..... unserer Erwerbstätigen. | 2,5 v. H. |
| Hinzu kommt der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit (Fortfall von Überstunden, nichtregistrierte Kurzarbeit, tarifliche Arbeitszeitverkürzungen), den wir mit ansetzen. | 1,5 v. H. |
| Daraus ergibt sich gegenüber dem Beginn des Jahres 1966 eine Minderausnutzung unseres Arbeitsvolumens von mindestens | 4 v. H. |

Berücksichtigt man ferner einen laufenden Produktivitätszuwachs infolge technischen und organisatorischen Fortschritts von 4 v. H. per annum, so erhöht sich das Produktionspotential im Jahresdurchschnitt 1967 gegenüber dem Stand vom Jahresanfang noch einmal um 2 v. H.
Alles in allem würde das bedeuten, daß von dieser Seite her gesehen das potentielle Produktionsvolumen übers Jahr gerechnet um etwa ..... 6 v. H.
über dem Niveau liegt, das der tatsächlichen Produktion der Monate Januar/Februar — auf Jahresbasis umgerechnet — entspricht.
Diese Schätzung berücksichtigt — vorsichtigerweise — nicht, daß bei verschlechterter Beschäftigungslage erfahrungsgemäß in den Betrieben Arbeitskraft ungenutzt bleibt. Auch hier liegt eine Reserve für Produktionssteigerungen, sobald sich die Auftragslage wieder bessert.

[3]) In Preisen von 1966 und geschätzt als Absorptionslücke, das heißt einschließlich des zu erwartenden exzessiven außenwirtschaftlichen Überschusses, der durch Mangel an inländischer Nachfrage verursacht ist.

beschäftigung recht bald wieder erreicht wird und die Unternehmen nicht länger gezwungen sind, stärker auf Auslandsmärkten vorzudringen, als mit dem internationalen Gleichgewicht vereinbar ist. Doch muß die Wirtschaftspolitik nach wie vor auch auf die Geldwertstabilität bedacht sein.

11. Räumt man jedoch dem Ziel der Geldwertstabilität Vorrang ein und zieht man außer der Geld- und Fiskalpolitik keine weiteren wirtschaftspolitischen Instrumente in Betracht, so mag es angeraten erscheinen, die Minderausnutzung des menschlichen und sachlichen Produktionspotentials in Kauf zu nehmen, in der Hoffnung, daß die Preisniveaustabilität damit für geraume Zeit gesichert werden kann. Allerdings würde das erhebliche außenwirtschaftliche Ungleichgewicht, mit dem unter diesen Umständen zu rechnen wäre, die internationale Währungskooperation vor schwere Aufgaben stellen. Dies gilt insbesondere, wenn unsere Handelspartner zur Beseitigung der Zahlungsbilanzdefizite, die mit unseren Überschüssen zusammenhängen, keinen anderen Weg sehen sollten, als ihre Beschäftigung und ihr Wachstum zu drosseln.

Freilich dürfte sich bei einer derartigen Politik die Bundesrepublik um des internationalen Gleichgewichts willen wahrscheinlich schon in naher Zukunft vor die Wahl gestellt sehen, entweder auf innere Geldwertstabilität, deretwegen bewußt eine fühlbare Arbeitslosigkeit und größere Produktionsausfälle in Kauf genommen wurden, zu verzichten — oder im traditionellen Stil aufzuwerten. Indessen: welchen dieser beiden Wege man auch wählen würde — interne Lohn- und Preisanpassung nach oben oder eine abrupte Wechselkursänderung —, die Enttäuschung wäre in beiden Fällen sehr groß.

12. Wie in seinen bisherigen Gutachten muß der Sachverständigenrat auch im vorliegenden Falle davon ausgehen, daß sich mehrere Ziele gleichzeitig nur erreichen lassen, wenn man entsprechend viele Instrumente gleichzeitig einsetzt. Um die Jahreswende 1965/66 stellte sich die Aufgabe einer Stabilisierung ohne Stagnation; sie erschien nur lösbar bei gleichzeitiger, gleichmäßiger und allmählicher Verringerung sowohl der Übernachfrage in allen Bereichen als auch der Zinssätze und der Lohnsteigerungsraten. Heute geht es um Expansion und Stabilität. Beide Ziele lassen sich nachhaltig nur in Einklang bringen, wenn zu der staatlichen Investitionsförderung rechtzeitig Maßnahmen hinzukommen, die den Lohn- und Preisauftrieb wirksam begrenzen, der bei zunehmender Ausschöpfung des Beschäftigungs- und Produktionspotentials zu erwarten ist.

13. Was dabei die Löhne angeht, so kann die Expansionspolitik um so mutiger auf ihr Ziel zusteuern, je größer die Gewähr ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch bei einer schnellen Rückkehr zur Vollbeschäftigung die Regeln einer stabilitätskonformen Lohnpolitik einhalten werden. In einer Gesellschaft, die der Preisniveaustabilität einen hohen Rang einräumt, ergibt sich somit, von Außeneinflüssen abgesehen, die Wahl zwischen

— einer so großen Unterbeschäftigung, daß stabilitätswidrige Lohnerhöhungen unmöglich sind, und

— einer Vollbeschäftigungspolitik, die durch die (möglicherweise an Bedingungen geknüpfte) Zusage zu einer stabilitätskonformen Lohnpolitik allseits akzeptabel wird.

Selbstverständlich ist mit der zweiten Alternative eine sehr viel größere reale Lohnsumme verbunden.

14. Die Notwendigkeit, den Preisauftrieb wirksam zu begrenzen, steht mit dem Erfordernis einer stabilitätskonformen Lohnpolitik in engem Zusammenhang. Nur eine lohnpolitische Zurückhaltung, die durch Unterbeschäftigung erzwungen wird, bedarf, zumindest auf kurze Sicht, keiner preispolitischen Ergänzung. Sobald jedoch mit einer erhöhten Kapazitätsauslastung die Gefahr entsteht, daß wieder weniger Preise sinken und mehr Preise steigen, als mit Geldwertstabilität vereinbar ist, werden die Tarifpartner sich weigern, eine unbedingte Zusage zu einer stabilitätskonformen Lohnpolitik bei Vollbeschäftigung zu geben, es sei denn, die Mittel einer wirksamen gesamtwirtschaftlichen Preispolitik — und das sind Mittel der Währungs- und Wettbewerbspolitik — lägen bereit und ihr Einsatz wäre zuversichtlich zu erwarten. An der Zuversicht, die eine unbedingte Zusage erlaubte, wird es — zumindest auf seiten der Arbeitnehmerorganisationen — wahrscheinlich schon dann fehlen, wenn die Vertreter der Unternehmerinteressen dabei bleiben, sich uneingeschränkt selbst gegen solche Formen der Absicherung zu wenden, die schon mit Rücksicht auf das internationale Gleichgewicht unentbehrlich sind (auch und vor allem bei einer Stabilitätspolitik, die das Ziel eines hohen Beschäftigungsgrades hintanstellt — Ziffer 11). Der Streitwert liegt, aufs Jahr gerechnet, in der Größenordnung zwischen 10 und 20 Mrd. DM; das sind 2 bis 4 v. H. des Sozialprodukts von 1966.

Sofern man auf Absicherung nur einstweilen verzichtet (etwa im Hinblick auf mögliche internationale Verhandlungen), nicht jedoch endgültig, ließen sich gleichwohl zusätzliche Maßnahmen der Expansionspolitik wagen; die Tarifpartner könnten dann immer noch eine Zusage geben, auch bei Vollbeschäftigung die Regeln einer stabilitätskonformen Lohnpolitik einzuhalten. Allerdings müßte man dann wohl zugestehen, daß die Gewerkschaften ihre Zusage an die Bedingung knüpfen, daß in den Tarifverträgen für den Fall einer fühlbaren Abweichung von der Geldwertstabilität eine vorzei-

tige Kündigungsmöglichkeit vereinbart wird (JG 66 Ziffer 247). Die Verantwortung für die Geldwertstabilität läge dann eindeutig bei der Währungspolitik und der staatlichen Wettbewerbspolitik.

15. Auf mittlere Sicht läßt sich die Stabilität im Wachstum nur sichern, wenn zu der Vermeidung einer internen Übernachfrage und zu einer stabilitätskonformen Lohnpolitik währungspolitische Aktionen hinzukommen, die entweder Geldwertstabilität in unseren wichtigsten Partnerländern gewährleisten oder für unsere Wirtschaft Verhältnisse schaffen, „als ob" im Ausland Geldwertstabilität herrschte. Gegenwärtig (Anfang 1967) mag, wie erwähnt, der direkte internationale Preiszusammenhang durch die rezessiven Tendenzen im Inlande und durch den Zwang zum Export mit Preiszugeständnissen, der sich hieraus für unsere Unternehmen ergibt, verdeckt sein. Sobald jedoch mit zunehmender Kapazitätsauslastung der Zwang zum Export wieder nachläßt und Exportaufträge mit Inlandsaufträgen konkurrieren, muß damit gerechnet werden, daß exportintensive Unternehmen ihre Preiserhöhungsspielräume im Ausland wie im Inland ausschöpfen oder weniger geneigt sind, überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte in Form niedrigerer Preise weiterzugeben. Mit ähnlichen Reaktionen wird man bei den Importpreisen zu rechnen haben, sobald die ausländischen Anbieter sich nicht mehr gezwungen sehen, ihren Marktanteil in der Bundesrepublik mit preispolitischer Zurückhaltung zu verteidigen. Eine Rückkehr zur vollen Ausnutzung der Produktionskapazitäten in den nächsten 12 bis 18 Monaten könnte ohne Absicherung nach außen sehr leicht zu einer Situation führen, aus der heraus sich, ähnlich wie von 1964 bis 1966, ein kräftiger Anstieg von Löhnen und Preisen ergeben würde. Diese Welle würde das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen, das durch die bisherige Stabilitätspolitik gestört ist — vielleicht sogar ausgleichende Defizite zur Folge haben — und der deutschen Exportwirtschaft sehr schnell jenen Wettbewerbsvorsprung nehmen, den ihre Sprecher durch kompromißlose Ablehnung jeder außenwirtschaftlichen Absicherung verteidigen zu können glauben. Der Sachverständigenrat ist der Überzeugung, daß für das Programm der Geldwertstabilität im Wachstum nichts gewonnen ist, wenn diese mittelfristigen Zusammenhänge diskret in den Hintergrund gedrängt werden. Sollte sich die rechtzeitige lohn-, währungs- und wettbewerbspolitische Absicherung einer Expansionspolitik als politisch nicht durchsetzbar erweisen, ist das Versprechen „Geldwertstabilität im Wachstum" unerfüllbar.

16. Will man das Produktionspotential möglichst schnell besser auslasten, so bietet sich ein beschleunigter Vollzug des zusätzlichen Investitionshaushaltes des Bundes an, aber auch eine beschleunigte Verwirklichung der in anderen öffentlichen Haushalten vorgesehenen Investitionsausgaben. Je mehr Staatsausgaben in die nächsten Monate vorgezogen werden, um so größer ist die Chance, daß gefährdete Arbeitsplätze noch rechtzeitig gesichert und unwiederbringliche Produktionsausfälle vermieden werden. Den Ländern und Gemeinden könnte sogar nahegelegt werden, Investitionsausgaben über die bisherigen Pläne hinaus vorzunehmen.

17. Um in der Lage zu sein, einer etwaigen Verschlechterung der konjunkturellen Situation rasch und wirksam entgegenzutreten, könnte die Bundesregierung zusätzlich zu dem verabschiedeten Investitionshaushalt einen weiteren Eventualhaushalt vorbereiten. Dieser müßte in seiner Struktur so beschaffen sein, daß sein Vollzug keine Produktionsengpässe entstehen läßt. Dabei wären die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Mehrausgaben sachlich und räumlich so gestreut werden können, wie dies konjunkturpolitisch erwünscht ist; besonders solche öffentlichen Aufgaben, denen ein hoher Rang für das wirtschaftliche Wachstum zukommt, wie etwa die Ausbildung, der Nahverkehr oder der Ausbau der kommunalen Versorgungsnetze, sollten berücksichtigt werden. Bei der Aufstellung eines solchen Eventualhaushaltes brauchte der Gesichtspunkt der strukturellen Bereinigung des Kernhaushaltes nicht verlorenzugehen.

    Bei der Auftragsvergabe könnte die öffentliche Hand ihre Nachfrageposition im Interesse der Preisniveaustabilität voll nutzen; sie könnte durchsetzen, daß öffentliche Aufträge nur zu gleichen Preisen wie im Vorjahr oder zu Preisen, die darunter liegen, erteilt werden.

18. Unter der Bedingung, daß es gelingt, die Tarifpartner und die Vertreter der wichtigsten Wirtschaftsgruppen zu einer lohn- und preispolitischen Absicherung einer Expansionspolitik im Sinne der Ziffern 10 ff. zu bewegen, a b e r n u r d a n n, entfallen stabilitätspolitische Bedenken gegen noch weitergehende Maßnahmen der Nachfrageexpansion, wie sie im Interesse eines hohen Beschäftigungsstandes, eines angemessenen Wachstums und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts liegen. Als zusätzliche Maßnahmen kämen unter anderem in Betracht:

    a) Eine befristete lineare Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze — als kurzfristig wirksames Mittel zur Belebung der privaten Nachfrage auf breiter Front.

    b) Sonderabschreibungen, die erheblich über das nach § 51 Abs. 1 Nr. 2 s Einkommensteuergesetz zulässige Maß hinausgehen.

    c) Der in Ziffer 17 zur Diskussion gestellte weitere Eventualhaushalt des Bundes könnte sofort verwirklicht werden.

19. Diese Maßnahmen könnten entweder einzeln oder — entsprechend schwächer dosiert — in Kombination ergriffen werden. In jedem Falle

wäre im Rahmen einer lohn- und preispolitisch abgesicherten Expansion der Geld- und Kreditpolitik die Aufgabe gestellt, die Ausweitung der Inlandsnachfrage durch entsprechende expansive Maßnahmen, insbesondere durch eine weitere Senkung der Mindestreservesätze und des Diskontsatzes, zu erleichtern. Je rascher die Zinsen auf jenes Niveau gebracht werden, bei dem das Publikum keinen weiteren Zinsrückgang mehr erwartet, um so eher wird die Verschuldungsbereitschaft der privaten Investoren wieder zunehmen.

20. Während eine Senkung von Steuersätzen sowie eine Erleichterung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten schnell wirken mögen, aber für eine starre Mindestfrist zugesagt werden müssen, kann ein zusätzlicher Haushalt im Vollzug flexibler gestaltet werden. Er wäre damit wahrscheinlich am besten geeignet, unsere Wirtschaft wieder an den mittelfristigen Wachstumspfad heranzuführen, ohne daß es dabei erneut zu konjunkturellen Übersteigerungen käme.

21. Wenn der Sachverständigenrat eine beträchtliche Ausweitung der Staatsausgaben aus konjunkturellen Gründen zur Diskussion stellt, so darf dies nicht als Plädoyer für eine nachhaltige Erhöhung des staatlichen Anteils am Sozialprodukt mißverstanden werden. Im konjunkturellen Rückgang der privaten Investitionen sehen wir kein Zeichen dafür, daß die unternehmerischen Triebkräfte unserer wirtschaftlichen Entwicklung dauerhaft geschwächt wären. Sobald wieder eine normale Kapazitätsauslastung erreicht ist, wird es konjunkturpolitischer Investitionsanreize nicht mehr bedürfen. Unternehmen, die in der gegenwärtigen Phase des Nachfragemangels nicht zögern, die Investitionen vorzunehmen, die sich bei besserem Gang der Geschäfte ohnehin bald als unumgänglich erweisen werden, können erwarten, daß sie einen Wettbewerbsvorsprung vor ihren Konkurrenten haben werden, sobald die Ziele eines hohen Beschäftigungsstandes und eines angemessenen Wachstums mit Hilfe der Expansionspolitik auch nur annähernd erreicht sind.

# VI.

# Auszug aus der Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1966 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

11. Mit einem besonders ernsten Problem, das sowohl für die künftigen Entscheidungen der Bundesregierung als auch für ein späteres Stadium der konzertierten Aktion von Bedeutung werden kann, konfrontiert der Sachverständigenrat die Öffentlichkeit durch seine Aussagen zur außenwirtschaftlichen Absicherung. Er vertritt die Auffassung, daß sich inflationäre Erscheinungen im Ausland durch den „direkten internationalen Preiszusammenhang" gleichsam automatisch und unabhängig von der jeweiligen Zahlungsbilanzsituation auf die Wirtschaft der Bundesrepublik übertragen. Die Erfahrungen und Beobachtungen zeigen, daß in der Tat solche direkten Einflüsse auf das innere Preisniveau von außen wirksam werden können. Allerdings mußte sich die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren immer wieder gerade auch mit den Fragen des Inflationsimports durch die Liquiditätszuflüsse auseinandersetzen. Sie wird ihre Reaktionen und Entscheidungen stets an dem konkreten Erscheinungsbild dieser außenwirtschaftlichen Einflüsse, sei es durch den „Preiseffekt", den „Einkommenseffekt" oder den „Liquiditätseffekt" verursacht, orientieren müssen.

12. Es ist dem Sachverständigenrat daher voll zuzustimmen, daß sich Preisniveausteigerungen in der Bundesrepublik trotz aller eigenen Anstrengungen um Stabilität längerfristig nur insoweit vermeiden lassen, wie das Preisniveau auch in unseren wichtigsten Partnerländern stabilisiert oder aber das eigene Preisniveau aus dem internationalen Zusammenhang gelöst wird. Es ist zu begrüßen, daß der Sachverständigenrat dafür alternative Vorschläge gemacht hat. Wie schon in den Stellungnahmen zu den früheren Jahresgutachten gesagt, sucht die Bundesregierung das außenwirtschaftliche Problem in erster Linie durch eine auf Stabilität gerichtete internationale Koordinierung zu lösen. Sie wird daher ihre Bemühungen in Richtung auf einen „gehärteten Devisenstandard", den auch der Sachverständigenrat letztlich als das erstrebenswerte System ansieht, verstärken.

    Die Zweifel des Sachverständigenrates, ob eine wesentliche Annäherung an dieses Ziel in den nächsten Jahren erreicht werden kann, sind nicht ganz unberechtigt. Man darf andererseits aber nicht verkennen, daß in vielen Ländern der westlichen Welt, und gerade auch in den für uns wichtigen Partnerstaaten die Bemühungen um Preisstabilität an Boden gewonnen haben. Die in Richtung auf dieses Ziel von vielen Ländern getroffenen Maßnahmen sind ein Beweis dafür.

13. Zu den Überlegungen des Sachverständigenrates zur wechselkurspolitischen Absicherung (mittelfristig garantierter Paritätsanstieg, Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben) ist darauf hinzuweisen, daß ein autonomes Abgehen von dem bestehenden Wechselkurssystem und in Widerspruch zu internationalen Verträgen in ihrer gegenwärtigen Fassung setzte und ein solcher Schritt Rückwirkungen auf die internationale Zusammenarbeit haben müßte.

    Die Bundesregierung anerkennt die großen Exportleistungen der deutschen Wirtschaft.

    Im übrigen schätzt die Bundesregierung auch die Risiken für die Binnenwirtschaft (möglicherweise unterschätzte Deflatorische Wirkungen), die mit dem neuartigen Wechselkurssystem verbunden sein könnten und auf die der Sachverständigenrat selbst hinweist, nicht gering ein.

    Die Bundesregierung wird daher die Überlegungen des Sachverständigenrates zur Wechselkurspolitik eingehend prüfen und die Frage, wie sich ein einzelnes Land ohne Verzicht auf die Konvertibilität in einer weniger stabilitätsorientierten Umwelt schützen kann, mit großem Ernst und Nachdruck in den internationalen Gremien zur Diskussion stellen. Die Bundesregierung ist mit dem Sachverständigenrat der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, wenn sich wirtschaftspolitisch gleichorientierte Länder zu einer Stabilitätsgemeinschaft, z. B. zu einem europäischen Hartwährungsblock, zusammenfänden.

14. Für das Jahr 1967 kann eine den Vorschlägen des Sachverständigenrates entsprechende Politik der kontrollierten Expansion auch ohne „automatisch" außenwirtschaftliche Absicherung gewagt werden. In der nächsten Zukunft dürfte die Gefahr relativ gering sein, daß die interne Preisstabilität von außen in Frage gestellt wird. Sollte sich 1968 dennoch eine ernste Gefahr für die Preisstabilität durch außenwirtschaftliche Einflüsse anbahnen, so werden Entscheidungen entsprechend den dann herrschenden Umständen zu treffen sein. Im Einklang mit dem Sachverständigenrat wird auf keinen Fall an Restriktionen des Zahlungsverkehrs (Abwehr von Devisenzuflüssen) gedacht.

15. Die Gegebenheiten und sachlichen Notwendigkeiten unserer freiheitlich geordneten Wirtschaft und Gesellschaft von heute und morgen haben zur Konsequenz, daß die wirtschaftspolitischen Ziele nicht mehr allein durch staatliche Maßnahmen gleichzeitig verwirklicht werden können. Gerade in einem marktwirtschaftlichen System muß die notwendige staatliche Globalsteuerung durch die verantwortungsbewußte Mitarbeit der wirtschaftlichen und sozialen Gruppen unterstützt und ergänzt werden. Der Spielraum für ein optimales Wachstum und damit für die mögliche Erhöhung der Realeinkommen wird also auch vom Verhalten der Mitglieder und Gruppen einer mündigen Gesellschaft bestimmt. Die Bundesregierung sieht ihre politische Führungs- und Entscheidungsaufgabe zugleich als Pflicht zu politischen Vorangehen und Handeln an. In diesem Sinne hat sie dem Deutschen Bundestag ihre Wirtschafts- und Finanzprogramme vorgelegt. Sie richtet sich damit

nicht an andere, sondern in erster Linie an sich selbst und an die übrigen staatlichen Stellen. Sie hofft, damit eine Grundlage dafür zu schaffen, daß alle wirtschaftlichen und sozialen Gruppen, insbesondere die Unternehmerverbände und Gewerkschaften, freiwillig und gemeinsam an einem wirtschaftlichen Wachstum nach Maß mitwirken können. Die Bundesregierung weiß, daß dazu die laufende Information über die Wirtschaftsentwicklung und ihre Gesamtzusammenhänge notwendig ist. Der Beitrag des Sachverständigenrates ist dabei für die Bundesregierung eine stets willkommene und wertvolle Hilfe.

In seinem letzten Jahresgutachten hat der Sachverständigenrat dargestellt, wie eine konzertierte Stabilisierungsaktion außenwirtschaftlich abgesichert werden könnte. Eine der dargestellten Möglichkeiten ist in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert worden. Im folgenden sind die Stellungnahmen wiedergegeben, die dem Sachverständigenrat hierzu schriftlich zugegangen sind.

### (1) Außenhandelsbeirat beim Bundesminister für Wirtschaft

(Bonn, den 3. März 1967)

I.

Das Dritte Jahresgutachten des Sachverständigenrates hat sich in verschiedenen Teilen mit außenwirtschaftlichen Vorgängen und ihrer Bedeutung für Konjunktur und Preisstabilität befaßt. Die entsprechenden Kapitel des Gutachtens finden verständlicherweise das besondere Interesse der Wirtschaft.

Auf einer Sitzung am 3. März 1967 hat sich der Außenhandelsbeirat (AHB) deshalb ausführlich mit diesen Teilen des Sachverständigengutachtens auseinandergesetzt und eine Stellungnahme verabschiedet. Diese Stellungnahme war von einer Ad-hoc-Kommission unter dem Vorsitz von Herrn Wolff von Amerongen vorbereitet worden.

II.

Der AHB vertritt grundsätzlich die Auffassung, daß eine möglichst enge internationale wirtschaftliche Verflechtung zu den grundlegenden Zielen unserer Wirtschaftspolitik gehört. Dies läßt sich dauerhaft nur durch kontinuierliches Bemühen der deutschen Ausfuhrwirtschaft um alle internationalen Märkte erreichen. Unerläßliche Voraussetzung zur Sicherung der internationalen Position besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowohl im Inland als auch im Ausland zu erhalten. Unter diesen Gesichtspunkten vertritt der AHB die Auffassung, daß die Außenwirtschaft nicht vorwiegend als abhängige Größe der konjunkturellen Entwicklung im Inland gesehen werden darf. Dies würde weder dem handelspolitischen Ziel einer möglichst starken internationalen wirtschaftlichen Verflechtung noch den unternehmerischen Voraussetzungen in der Ausfuhrwirtschaft gerecht. Dabei ist sich der AHB der möglichen Gefahren bewußt, die von außenwirtschaftlichen Vorgängen auf die binnenwirtschaftliche Stabilität ausgehen können.

Im einzelnen nimmt der AHB zu den außenwirtschaftlichen Aussagen des Gutachtens wie folgt Stellung:

1. Aus den aktuellen Zuwachsraten unseres Exports kann nicht unbedingt auf unsere langfristige Wettbewerbsfähigkeit geschlossen werden. Es ist zu bedenken, daß

   a) die Exportzunahmen zum Teil nur unter erheblichen Preiszugeständnissen verwirklicht werden konnten, wie der Unterschied zwischen den Wertsteigerungen und den Mengensteigerungen beweist. Hinzu kommt, daß ein Teil des Exportes dem Lageraufbau im Ausland gedient hat,

   b) Die Aus- und Einfuhrentwicklung nicht allein ein Ergebnis der Preisgestaltung, sondern auch des konjunkturellen Gefälles ist. Gerade im vergangenen Jahr hat das Konjunkturgefälle eine erhebliche Rolle für die relativ günstige Entwicklung unseres Außenhandelsüberschusses gespielt.

2. Der Austauschbarbeit von Marktanteilen, sei es zwischen Binnen- und Auslandsmärkten, sei es zwischen den verschiedenen Auslandsmärkten, sind weitaus engere Grenzen gesetzt, als es manchen Überlegungen des Sachverständigenrates zugrunde zu liegen scheint. Ein gleitender Paritätsanstieg würde auch eine außerordentliche unterschiedliche Beeinflussung unserer Wettbewerbsposition in den verschiedenen Märkten zur Folge haben. Der AHB hält es für äußerst fraglich, ob sich die Markteinbußen, die sich dann in den vergleichsweise preismäßig stabileren Ländern ergäben, durch Mehrabsatz in den Ländern überdurchschnittlicher Preissteigerungen ausgleichen ließen.

3. Ein mittelfristig garantierter Paritätsanstieg würde außerdem der Außenwirtschaft Risiken auferlegen, die zwar für die garantierte Periode möglicherweise kalkulierbar, aber nicht langfristig finanzierbar wären. Dies gilt insbesondere für das mit Lieferantenkrediten finanzierte Anlagengeschäft, das für das binnenwirtschaftliche Wachstum von vielfältiger und weitreichender Bedeutung ist.

4. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würden also „ansteigend fixierte Wechselkurse" die Exportneigung erheblich verringern und daher zu einem weit niedrigeren Ausfuhrvolumen führen.

5. Der Vorschlag eines mittelfristig garantierten Paritätsanstiegs basiert darauf, daß die internationale wirtschaftliche Entwicklung vorhersehbar und manipulierbar ist, was jedoch in der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht gegeben ist. Weder die internationale noch die eigene Preisentwicklung lassen sich hinreichend zuverlässig für mehrere Jahre vorausschätzen.

6. Das System des garantierten Paritätsanstiegs geht u. a. davon aus, daß die Lohn- und Gehaltssteigerungen streng auf den Produktivitätszuwachs begrenzt und das inländische Zinsniveau um den Prozentsatz des garantierten Paritätsanstieg gesenkt werden können. Ob diese beiden Voraussetzungen erfüllbar sind, erscheint fraglich. Zweifelhaft erscheint insbesondere, ob das inländische Zinsniveau auf das geforderte Niveau herabgedrückt werden kann. Die Ermäßigung des Zinsniveaus auch langfristiger Mittel auf einen systemgerechten Stand würde für die Bereitstellung des erforderlichen Kapitalangebots einen Zufluß an Auslandskapital voraussetzen, der wiederum seinerseits Zahlungsbilanzprobleme aufwirft.

7. Ansteigend fixierte Wechselkurse für unsere Währung würden die D-Mark als internationale Anleihe und Rechnungswährung weitgehend verdrängen und auf diese Weise die deutsche Außenwirtschaft noch zusätzlich belasten.

8. Das Sachverständigengutachten überschätzt den Einfluß der Außenwirtschaft auf die Gefährdung des eigenen Preisniveaus im allgemeinen und auf den direkten internationalen Preiszusammenhang im besonderen. Die Überwälzbarkeit von inneren Kostensteigerungen ist auf den Weltmärkten in der Regel eher schwieriger als auf dem Binnenmarkt. Eine Übergewinnsteuer für Exporte erscheint daher dem AHB nicht gerechtfertigt. Sie würde mit hoher Wahrscheinlichkeit die Ausfuhraktivität nachhaltig dämpfen und das Beschäftigungsniveau entsprechend beeinträchtigen.
9. Der AHB empfiehlt nachdrücklich, eine Lösung des Problems der außenwirtschaftlichen Absicherung im Rahmen einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik zu suchen, zumal sich hierzu hoffnungsvolle Ansätze abzuzeichnen scheinen. Wechselkursänderungen dürfen nur als ultima ratio bei lang anhaltenden und schwerwiegenden Zahlungsbilanzungleichgewichten in Betracht gezogen werden.
10. Die Anwendung der vom Sachverständigenrat aufgezeigten Instrumente würde die Bundesrepublik, abgesehen von bestehenden rechtlichen Bindungen im internationalen Handelssystem isolieren. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Stabilität und Wachstum gerichtet ist, kann jedoch auf den strukturverbessernden Effekt der internationalen Arbeitsteilung, d. h. einer zunehmenden Teilnahme an dem weltwirtschaftlichen Austausch, nicht verzichten.

III.

Der AHB begrüßt, daß die Stellungnahme der Bundesregierung vom 19. Januar 1967 eine automatische außenwirtschaftliche Absicherung nicht für aktuell hält und die schwerwiegenden Nachteile einer autonomen Wechselkurspolitik herausgestellt hat.

Abschließend weist der AHB darauf hin, daß die Situation der deutschen Außenwirtschaft nicht nur unter konjunkturellen Aspekten gesehen werden kann, sondern daß auch die besonderen strukturellen Wettbewerbsbedingungen beachtet werden müssen. Das betrifft gerade die künstlichen Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere durch die Besteuerung, die sich nicht nur im Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den EWG-Ländern und Drittländern bemerkbar machen, sondern auch auf dem innerdeutschen Markt zu einem zusätzlichen Preisdruck für die Industrie führen. Der AHB mißt diesem Komplex der Wettbewerbsverzerrungen ein besonderes Gewicht bei.

### (2) Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels [1])

*Gegen Programmierung des Außenhandels*

Die handelspolitische Zielsetzung der neuen Bundesregierung hat Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller mit der Maxime „Ausweitung des Außenhandels soweit wie möglich, Exportüberschüsse soviel wie nötig", umrissen. Während der erste Halbsatz die volle Unterstützung des Bundesverbandes findet, muß er kategorisch jegliche Steuerung der Ausfuhr, wie sie im zweiten Halbsatz anklingt, ablehnen. Eine Programmierung des Außenhandels, wie sie beispielsweise im Sachverständigen-Gutachten zur Absicherung stabilitätsgefährdender außenwirtschaftlicher Einflüsse empfohlen wird, birgt zu sehr die Gefahr bloß interventionistischer Eingriffe in sich. Außerdem zeigen die rasch wechselnden Situationen im grenzüberschreitenden Warenverkehr in den Jahren 1965 bis 1966 deutlich, daß Prognosen über die Entwicklung von Ein- und Ausfuhr kaum möglich sind. Darüber hinaus darf die inzwischen erreichte weltwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik durch fragwürdige Experimente im Außenhandel nicht gefährdet werden; von den Konsequenzen solcher Experimente würde die Volkswirtschaft in weiten Bereichen berührt. Und schließlich sorgt der Marktmechanismus von selbst für den notwendigen Ausgleich, falls er nicht von der öffentlichen Haushaltspolitik neutralisiert wird.

...

*Außenhandel*

Eine Zäsur der deutschen Handelspolitik kennzeichnet den Berichtszeitraum. Der Außenhandel wurde nicht nur mit neuen theoretischen Denkmodellen des Sachverständigenrats konfrontiert, sondern der Regierungswechsel brachte auch eine neue Betrachtungsweise der außenwirtschaftlichen Beziehungen mit sich.

Als korrekturbedürftig wurden die bis dahin fast ausnahmslos nach ordoliberalem Vorbild praktizierten handelspolitischen Prinzipien angesehen. Zwar wird eine Ausweitung des Außenhandels soweit wie möglich von der neuen Bundesregierung befürwortet, jedoch gleichzeitig eine wirksame Globalsteuerung zur Absicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts für erforderlich gehalten.

Das Problem der Absicherung stabilitätsgefährdender außenwirtschaftlicher Einflüsse ist nach Ansicht des Bundesverbandes derart hoch gespielt worden, daß der Tatsache der engen weltwirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik mit all ihren vorteilhaften Auswirkungen auf die Volkswirtschaft nicht Rechnung getragen wird. Natürlich ist die Binnenwirtschaft wirkungsvoller als die Außenwirtschaft zu steuern. Hierauf beruhen offensichtlich die Versuche, nun ebenfalls den Außenhandel programmieren zu wollen.

Der Handels- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland wird aber nicht nur von der nationalen Wirtschaftspolitik beeinflußt, er unterliegt in sehr viel stärkerem Maße der Konjunktursituation auf den Weltmärkten und den internationalen Vereinbarungen.

*Gegen gleitende Aufwertung*

Der Sachverständigenrat geht von der These aus, daß Preiserhöhungen im Export und steigende Importpreise die Formen sind, in denen sich bei enger Verflechtung der Märkte die internationale Inflationsübertragung vollzieht, und zwar auch dann, wenn die Zahlungsbilanz ein Defizit ausweist. Nicht die Zahlungsbilanzüberschüsse seien allein für den Inflations-Import verantwortlich, sondern maßgebliches Übertragungsmittel seien vielmehr die direkten internationalen Preiszusammenhänge. Hieraus wird gefolgert, daß sich eine auf Stabilität gerichtete Politik gegen Preissteigerungen aus der Handelsverflechtung abschirmen müsse.

Als Mittel, dieses Ziel zu erreichen, werden gefordert:

— die gleitende Aufwertung,
— eine flexible Wechselkurspolitik,
— die Einführung einer Übergewinnsteuer für besonders exportintensive Wirtschaftszweige mit überdurchschnittlichen Gewinnzunahmen,
— die Bildung eines Hartwährungsblocks.

Gegen diese einseitige Betrachtungsweise der Sachverständigen ist jedoch einzuwenden:

— Die Preisentwicklung der Außenhandelsgüter beweist, daß kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen die-

1) Jahresbericht 1965/66, Seite 8 und Seiten 25, 26 und 27.

sen und den Kostensteigerungen im Inland besteht. Während sich die Lebenshaltungskosten in den Jahren von 1953 bis 1963 um 21 % und die Durchschnittspreise des Sozialproduktes sogar um 30 % erhöhten, stiegen in dieser Zeit die Preise für Exportgüter nur um 5 % und die Preise der Importgüter fielen sogar um 7 %.

— Aus dieser Gegenüberstellung ist ersichtlich, daß die importierte Inflation sich nicht aus dem direkten Preiszusammenhang erklären läßt. Devisenüberschüsse in der Kapitalbilanz sind durch ihren Liquiditätseffekt eher geeignet, das innere wirtschaftliche Gleichgewicht zu stören.

— Der Versuch, im Vorwege die zu kompensierende Inflationsrate in einer globalen Aufwertungsrate einzufangen, muß scheitern, weil die Geld- und Konjunkturpolitik dritter Länder nicht konstant ist. Fehlschätzungen müßten zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen führen.

— Der Paritätsanstieg wirkt gegenüber allen Empfängerländern deutscher Exportgüter gleich. Die Inflationsraten sind aber in den Importländern völlig unterschiedlich.

— Eine Verwirklichung der Forderungen des Sachverständigenrats würde für die Ein- und Ausfuhrfirmen bedeuten, daß die Konkurrenzländer den deuschen Paritätsanstieg ausnutzen würden, um ihre Marktposition auf den Weltmärkten auszubauen. Die DM-Fakturierung würde die Kalkulation der Empfänger deutscher Exportgüter komplizieren. Bei einer Fakturierung in Valuta würde die gleitende Aufwertung einer Konventionalstrafe für die — oft ohne eigenes Verschulden — in Verzug geratenen Exporteure gleichkommen.

— Auf der Einfuhrseite hätte eine fraktionierte Aufwertung beträchtliche Auswirkungen auf die Lagerhaltung preisempfindlicher Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren, weil bei gleichbleibenden Auslandspreisen in Valuta jede Einfuhr des folgenden Monats um die monatliche Aufwertungsrate billiger sein würde und damit zur Abwertung von Lägern führt, die in den vorangegangenen Monaten zu einem höheren Fremdwährungskurs bezahlt wurden.

— Auf dem Agrarsektor müßten die Abschöpfungen und Zusatzabschöpfungen an den Außengrenzen durch eine weitere Komponente angereichert werden, um zu verhindern, daß der Außenschutz durch die Aufwertungsraten überspielt wird. Das würde aber die bereits bestehenden begrifflichen Schwierigkeiten des Marktordnungs-Instrumentariums noch unübersehbarer machen.

— Eine Bandbreitenerweiterung der Wechselkurse sowie die Einführung einer Übergewinnsteuer würden irreparable Folgen nach sich ziehen. Abgesehen von dem Verstoß gegen die Grundsätze der Besteuerung, würde die Verwirklichung der Übergewinnsteuer bedeuten, daß die Wanderung der Arbeitskräfte zu den wachstumsträchtigen Wirtschaftszweigen unterbunden würde.

Die Vorschläge des Sachverständigenrates hatten insofern konkrete Folgen, als bei den Änderungsvorschlägen der Bundesregierung zum Stabilitätsgesetz eine Ermächtigung zur Variierung der Umsatzausgleichsteuersätze bzw. der Ausfuhrvergütung vorgesehen wurde.

*Außenhandelsprogrammierung absurd*

Der in der Vergangenheit erfolgte rasche Wechsel der Außenhandelssituationen zeigt jedoch, daß sich die Handelsbeziehungen nicht für eine Vorausschau oder gar eine Programmierung eignen. Noch Ende 1965 wäre eine derartige Voraussage des Handelsbilanzüberschusses für 1966 wohl als Utopie verworfen worden. Die zahlreichen Faktoren, die die Außenhandelsergebnisse kurzfristig beeinflussen, führen besser als andere Argumente die Programmierung ad absurdum; sie zeigen, wie schwer es ist, auch nur für eine begrenzte Zukunft eine einigermaßen richtige Prognose zu stellen. Aus diesem Grunde muß der Maxime „Exportüberschüsse so viel wie nötig", entschieden widersprochen werden.

Die Einfuhr könnte in gewissem Umfang durch Kontingente, Exportselbstbeschränkungsabkommen, Veränderung der Eingangsabgaben etc. beeinflußt werden. Die Ausfuhr kurzfristig manipulieren zu wollen, würde bedeuten, daß Positionen auf den Weltmärkten aufgegeben werden müßten, die nicht oder nur unter sehr schweren Bedingungen zurückerobert werden können.

Oberster Grundsatz der Handelspolitik muß es deshalb bleiben, die Stetigkeit der Außenhandelsbeziehungen zu gewährleisten.

### (3) Bundesverband des privaten Bankgewerbes

(Köln, den 21. Juli 1967)

I.

1. Wir bestreiten nicht die Existenz eines „direkten internationalen Preiszusammenhangs", der auf das binnenwirtschaftliche Kosten- und Preisniveau einwirkt. Wir möchten aber betonen, daß die Hervorkehrung des internationalen Preiszusammenhangs ein ebenso einseitiger und daher unzulänglicher Erklärungsversuch wäre wie die vom Sachverständigenrat als veraltet bezeichnete Liquiditätstheorie. Es ist deshalb zu bedauern, daß die allgemeine Gedankenführung des Dritten Jahresgutachtens auf den Preiszusammenhang als Übertragungsmedium ein Gewicht legt, das ihm nicht zukommt.

   Der Sachverständigenrat hat richtig festgestellt, daß das Problem der schleichenden Inflation nur „bei hinreichend langfristiger Betrachtung" erfaßt werden kann. Deshalb hat er den Vergleich des „Preisindex" für das Brutto-Sozialprodukt in der Bundesrepublik und im Ausland sowie die Indizes der Ausfuhrpreise für einen Zeitraum von zehn Jahren zur Veranschaulichung herangezogen. Wir haben jedoch den Eindruck, daß der Hinweis auf die Erfahrung der letzten zehn Jahre nur den allseits bekannten Tatbestand erhärtet, daß in allen Ländern ein inflationärer Trend spürbar gewesen ist. Der statistische Nachweis des Inflationstrends im Ausland und Inland bietet jedoch kein Indiz dafür, daß die Inflation sich *nur* im Wege des direkten internationalen Preiszusammenhangs auf die Bundesrepublik übertragen habe.

2. Die Formulierungen des Jahresgutachtens in den Ziffern 203 bis 211 sind leider geeignet, den Eindruck zu erwecken, daß *alle* bisherigen Erklärungsversuche der „importierten Inflation" vom Sachverständigenrat gänzlich verworfen werden. Bei sorgfältiger Lektüre bemerkt man allerdings, daß Gültigkeit der „Liquiditätstheorie" und anderer Partialanalysen auch vom Sachverständigenrat nicht vollständig geleugnet wird. So stellt er in Ziffer 207 einschränkend fest, daß die deutsche Anpassung an das internationale Inflationstempo „nicht vor allem" durch Zahlungsbilanzüberschüsse geschehen ist; und in Ziffer 255 wird davor gewarnt, „die Preiswelle 1965/66 auf

*rein* inländische Gründe" zurückzuführen und „*nur* die Liquiditätsaspekte wichtig zu nehmen". Wir entnehmen daraus, daß auch der Sachverständigenrat die Wirkungsweise des internationalen Preiszusammenhangs nicht zum ausschließlichen Kausalfaktor der „importierten Inflation" erklären konnte und wollte, andererseits dieses Theorem aber stark in den Vordergrund rücken mußte, weil sonst die Notwendigkeit einer dauernden und von der Zahlungsbilanzlage unabhängigen Paritätsänderung keine Grundlage mehr gehabt hätte.

3. Im Vergleich zu der Bedeutung des Preiszusammenhangs ist ein anderes Moment, das der Sachverständigenrat selbst zur Erklärung der Geldwertentwicklung angibt, weit weniger betont worden. Alles, was mit der „Gewöhnung an die Inflation" zusammenhängt (Marktmacht, Schwächen des Preiswettbewerbs), verdient unserer Auffassung nach mindestens ebenso starke Beachtung. Selbst der Preiszusammenhang setzt ja voraus, daß es eine Marktmacht der Gewerkschaften gibt, die eine Ausbreitung der „übermäßigen" Lohnzugeständnisse in den exportintensiven Zweigen auf die gesamte Industrie und Volkswirtschaft durchsetzt.

4. Bei der Beurteilung der Rolle, die der Preiszusammenhang für die Geldentwertung gespielt hat, sollte auch nicht vergessen werden, daß in der Vergangenheit niemals alle vorhandenen wirtschaftspolitischen Instrumente zur binnenwirtschaftlichen Inflationsbekämpfung ausgeschöpft worden sind. Der Sachverständigenrat hat in Ziffer 212 selbst die Frage gestellt, ob die Bundesrepublik in letzter Zeit nicht die Weltinflation eher mitgetrieben hat als sie von ihr gezogen wurde. Wir neigen dazu, diese Frage — nicht nur mit dem Blick auf das Jahr 1965 — zu bejahen und fühlen uns so berechtigt, angesichts der im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums neugeschaffenen fiskal- und kreditpolitischen Instrumente für die Zukunft mit einer konsequenteren und effizienteren Bekämpfung der inneren Inflationsquellen rechnen zu dürfen. Dem Preisanstieg in der Bundesrepublik wäre dann schon viel von seiner Schärfe genommen, und der Verzicht auf die Absicherung gegen den restlichen Preiserhöhungseffekt via direktem Preiszusammenhang wäre vertretbar.

5. Die gegenwärtige konjunkturelle Situation ist nach wohl unbestrittener Meinung dazu angetan, die Preisstabilität für dieses und das kommende Jahr als hinreichend gesichert anzusehen. Auch die Konjunkturentwicklung im Ausland läßt kaum erwarten, daß in diesem Zeitraum der inflationsfördernde Einfluß des internationalen Preiszusammenhangs in der Bundesrepublik wieder zu einem nennenswerten Störungsfaktor wird. Unter diesen Umständen kann die außenwirtschaftliche Absicherung durch Änderung der Wechselkurspolitik nicht als akut gelten.

6. Hinzu kommt, daß die Verbesserung der währungspolitischen Kooperation in der westlichen Welt unseres Erachtens nicht hoffnungslos ist. Die Währungsdisziplin hat sich in den letzten Jahren allenthalben gebessert. In Großbritannien hat sich seit Juli 1966 eine ernsthafte Deflationspolitik durchgesetzt. In den Vereinigten Staaten ist im vergangenen Herbst eine deutliche konjunkturelle Abschwächung herbeigeführt worden, nachdem sich gewisse Gefahren für die Preisstabilität gezeigt hatten. Italien nahm 1964 eine ausgeprägte Rezession bewußt in Kauf. Auch Frankreich verzichtete mit den ab Herbst 1963 ergriffenen Dämpfungsmaßnahmen auf die Priorität des Wachstumsziels. Somit darf angenommen werden, daß dieser Wandel in der Einstellung vieler wichtiger Länder ein neues Datum für die künftige währungspolitische Entwicklung setzt. Es gilt heute —anders als in zurückliegenden Jahren — als international anerkannt, daß größere und länger anhaltende Defizite der Zahlungsbilanz bedeutender Länder, die in den letzten sieben Jahren für Europa entscheidende Inflationsimpulse mit sich brachten, nicht geduldet werden dürfen. Ebenso allgemein akzeptiert wird der Grundsatz, daß von keinem einzelnen Land verlangt werden darf, sein Preisniveau an den Inflationstrend in anderen Ländern auszurichten, nur weil andere Länder Schwierigkeiten mit ihrem eigenen „Anpassungsprozeß" haben. In bestimmten Fällen wird sogar nach internationaler Auffassung eine Aufwertung oder Abwertung im Sinne der Stufenflexibilität vorzuziehen sein. Wenn sich hier eine communis opinio herausgebildet hat, wäre es vom Ausland her gesehen kaum verständlich, würde die Bundesrepublik in einem ostentativen Alleingang ihr Mißtrauen in die Stärkung der internationalen Währungsdisziplin mit einer den Inflationstrend gleichsam antizipierenden Gleitparität geradezu dokumentieren.

II.

7. Wenn wir der Auffassung sind, daß eine außenwirtschaftliche Absicherung gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht dringlich ist, so soll damit nicht geleugnet werden, daß das Problem als solches bestehenbleibt. Es ist durchaus zuzugeben, daß die Bundesrepublik sich von Zeit zu Zeit immer wieder vor währungspolitische Entscheidungen gestellt sehe, wenn es ihr durch erfolgreiche Bekämpfung der internen Inflationsquellen gelänge, ihre eigene Geldwertentwicklung stabiler zu halten als es der Wirtschaftspolitik im Ausland möglich ist. Da wir aber der Meinung sind, daß für das Stabilitätsziel schon sehr viel gewonnen wäre, wenn wenigstens die internen Faktoren des Preisauftriebs eliminiert werden, erscheint der von dem direkten internationalen Preiszusammenhang (oder dem nicht kompensierbaren Überschuß der Leistungsbilanz) ausgehende Preisauftrieb als Restfaktor eher tragbar. Jedenfalls ist das Risiko, das — wie noch zu zeigen sein wird — mit den wechselkurspolitischen Lösungen des Sachverständigenrates verbunden ist, viel größer als die Mißhelligkeiten einer von Zeit zu Zeit vielleicht erforderlichen Neufestsetzung der Kursverhältnisse.

8. Die Konzeption eines Binnenmarktes in der EWG beinhaltet, daß die Preise in den Partnerländern so eng miteinander korrespondieren, wie es in Regionen eines vereinigten Wirtschaftsgebietes selbstverständlich ist. Obwohl die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft noch ein gutes Stück von der Währungsunion entfernt ist und dem Idealzustand eines Binnenmarktes noch nicht nahekommt, würde die Zerreißung des Preiszusammenhangs sicher als eine Absage an das Gemeinschaftsprinzip aufgefaßt werden, auch wenn nachzuweisen ist, das durch die Realisierung der wechselkurspolitischen Vorschläge des Sachverständigenrates weder die Intensivierung des Handels- und Dienstleistungsverkehrs noch der konjunkturelle Zusammenhang mit den EWG-Partnern beeinträchtigt wäre.

III.

9. In Ziffer 273 ff. des Gutachtens behandelt der Sachverständigenrat die Auswirkungen auf die Ausfuhr.

Er kommt zu dem Ergebnis, daß die „konzertierte Aktion" mit Paritätsanstieg keine Erschwerung der Ausfuhr mit sich bringt. Diese Aussage beruht wesentlich auf der Erwartung, daß die Minderung der Exporterlöse gesamtwirtschaftlich voll kompensiert wird durch die Minderung der Lohnsteigerung und der Zinskosten.

Die Auswirkungen auf der *Import*seite sind vom Sachverständigenrat nicht näher untersucht worden. Das private Bankgewerbe bedauert diesen Mangel. Es wäre wesentlich zu erfahren, wie der Sachverständigenrat Asymmetrie beurteilt, die sich daraus ergibt, daß — im Gegensatz zu dem gekennzeichneten Kompensationsvorgang bei der Ausfuhr — auf der Einfuhrseite die Senkung der Lohn- und Zinskosten von der relativen Senkung der Importpreise verstärkt wird. Es fragt sich, ob die Kumulation von Einfuhrverbilligung und Stabilhaltung des internen Kostenniveaus nicht über das erforderliche und durch die Wechselkurspolitik beabsichtigte Maß hinausgehen und so zu einem unerwünschten Preisdruck führen könnte.

10. Der Vorschlag des Sachverständigenrates impliziert, daß das innerdeutsche Zinsniveau entsprechend dem Paritätsanstieg ermäßigt werden kann und zur Abwehr von Kapitalzuflüssen auch ermäßigt werden muß (verglichen mit dem Zinsniveau, das sich ohne Paritätsanstieg einstellen würde). Es ist nun aber denkbar, daß ein Kapitalzufluß allein deswegen entsteht, weil die Bundesrepublik zu einer Insel der Stabilität wird und diese Stabilität sogar auf Dauer garantiert erscheint. Dann aber würde die Zins- und Liquiditätspolitik der Bundesbank, die sich nach dem Vorschlag des Gutachtens an der Zahlungsbilanz orientieren müßte, so stark belastet, daß die Bundesbank gar keine Konjunkturpolitik mehr treiben könnte.

11. Die privaten Banken verkennen durchaus nicht, daß eine Ermäßigung des Zinsniveaus der Gesundung des Kapitalmarktes dienlich wäre (Ziffer 269); sie geben jedoch zu bedenken, daß die Vorstellungskraft nicht ausreicht, um die Übergangsprobleme mit genügender Zuverlässigkeit durchleuchten zu können. Es läßt sich nicht übersehen, daß ein relativ schnelles Absinken des deutschen Zinsniveaus recht unvermittelte Änderungen in der Investitions*rate* und der Kapital*verwendung* hervorrufen müßte. Die Bauwirtschaft beispielsweise, deren Preise sich nicht wie die Preise der in Auslandkonkurrenz stehenden Industrieerzeugnisse entwickelten, würde abrupt auf der Kostenseite entlastet. Es ist wahrscheinlich, daß daraus eine plötzliche Reaktion der Bauinvestitionen entsteht, die auch auf das Mietgefüge ausstrahlen müßte. Unklar ist auch das Schicksal der Verzinsung der Althypotheken wie überhaupt der langfristig gebundenen Zinsen für Altschulden.

    Diese und ähnliche Bedenken sind kaum mit dem Hinweis darauf auszuräumen, daß die Übergangsschwierigkeiten geringer werden, je länger die Festlegungsperiode gewählt wird (Ziffer 274 a).

12. Der Bundesverband weist ferner auf die Schwierigkeiten hin, die sich nach den eigenen Ausführungen des Sachverständigenrates (Ziffer 274 e) im Internationalen Währungsfonds ergeben müßten. Der Sachverständigenrat erkennt die Gefahr an, daß andere Länder mit dem System des garantierten Paritätsanstiegs Mißbrauch treiben könnten, der praktisch nur durch eine Änderung der Statuten des Fonds — in Richtung auf schärfere Sanktionen gegen einzelne Länder — verhütet werden kann. Nach Lage der Dinge muß es als ausgeschlossen gelten, derartige Sanktionen bei den gegenwärtig im Fonds geltenden Machtverhältnissen durchzusetzen. Um so ernster wäre die Gefahr des Mißbrauchs zu nehmen.

## IV.

13. Die obigen Ausführungen lassen erkennen, daß der Bundesverband des privaten Bankgewerbes den wechselkurspolitischen Vorschlägen des Sachverständigenrates schon deshalb nicht zustimmen kann, weil die Folgen ihrer Verwirklichung nicht klar zu übersehen sind. Zahlreiche Zweifel dieser Art sind auch den Äußerungen anderer Kreise der Wirtschaft zu entnehmen. Ein solches Ausmaß überall empfundenen Zweifels veranlaßt uns zu einem Einwand sehr grundlegender Art:

    Es ist bekannt, wie schwer die öffentliche Meinung für eine Stabilitätspolitik gewonnen werden kann, selbst wenn nur konventionelle Maßnahmen ergriffen werden sollen. Schon die konventionelle Wirtschaftspolitik setzt voraus, daß in einem frühen Zeitpunkt Maßnahmen konzipiert und beschlossen werden, die eine noch in der Zukunft liegende Fehlentwicklung verhüten sollen. Die Erwartung einer derartigen Fehlentwicklung beruht zwangsläufig auf einer Tendenzanalyse, die sich auf das Urteil von Experten stützt und die kaum von den eigentlichen Trägern politischer Entscheidungen nachgeprüft werden kann. Zudem handelt es sich oft um Maßnahmen, deren Wirkung erst nach Monaten einsetzt und deren Richtigkeit kaum nachweisbar ist, weil niemand wissen kann, wie die Entwicklung ohne diese Maßnahme verlaufen wäre. Aus allen diesen Gründen stellt schon die konventionelle Konjunktursteuerung sehr hohe Ansprüche an die Einsicht des Parlaments und der Öffentlichkeit schlechthin.

    Noch höhere Ansprüche aber stellt die Konzeption des Sachverständigenrates. Er hat mehrfach betont, daß zwischen der wechselkurspolitischen Absicherung und der „konzertierten Aktion" — im wesentlichen also der Einkommenspolitik — eine wechselseitige Abhängigkeit steht. Die außenwirtschaftliche Absicherung könne nur zusammen mit einer rationalen Einkommenspolitik gelingen, und umgekehrt gäbe die „konzertierte Aktion" der wechselkurspolitischen Absicherung erst ihren Sinn.

    Für das Gelingen der „konzertierten Aktion" allein ist schon ein sehr großes Maß an Vertrauen seitens der Beteiligten erforderlich. Jede einzelne Gruppe muß sich darauf verlassen können, daß alle anderen sich ebenfalls „konzertiert" verhalten. Die Beteiligten müssen sich nun auch noch darauf verlassen, daß die außenwirtschaftliche Absicherung sämtliche vorausgesagten Wirkungen — und dazu in der richtigen Dosis — zur Folge hat.

    Da die Folgen der Vorschläge des Sachverständigenrates naturgemäß nur theoretisch deduzierbar sind, können sie nicht als völlig sicher gelten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen bedürfen der Zustimmung einer größeren Zahl von Entscheidungsträgern, von denen nur wenige in der Lage sind, solche theoretischen Deduktionen nachzuvollziehen. Für die überwiegende Mehrheit kann deshalb nicht die Erkenntnis, sondern nur blinder Glaube die Basis ihres Vertrauens sein. Dieser Sachverhalt ist sicherlich nicht von den Autoren des Jahresgutachtens zu vertreten, ebensowenig wie die ihnen im Gesetz gestellte Aufgabe. Aber es muß bezweifelt werden, ob es sinnvoll ist, in einem Gutachten wirtschaftspolitische Möglichkeiten aufzuzeigen, deren Verwirklichungschancen — wie von vornherein zu

erkennen war — angesichts der praktischen, politischen und psychologischen Verhältnisse mit Null anzusetzen waren.

**(4) Deutscher Gewerkschaftsbund (Bundesvorstand)**

(30. August 1967)

Das Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung der Stabilisierungspolitik war für den DGB stets ein Teil der allgemeinen preispolitischen Problematik, die sich für uns jedoch vor allem auf das Thema Preis-Lohn- oder Lohn-Preis-Spirale zuspitzt. Gewerkschaftliche Stellungnahmen zur Preispolitik waren daher in der jüngsten Vergangenheit fast ausnahmslos auf diese Thematik angestellt. Uns kam es dabei darauf an, deutlich zu machen, daß es verschiedene Ursachen für die Preisniveausteigerungen in der Bundesrepublik gab, wobei wir vor allem den administrativen Maßnahmen (Ernährung, Bundesbahn, Bundespost, Mieten), dem gestörten Wettbewerb (Preisbindung, Preisabreden usw.) und der Übertragung ausländischer Preiserhöhungen größere Bedeutung beimaßen.

Da sich die Gewerkschaften stets für eine Politik möglichst stabiler Preise unter Wahrung der übrigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen einsetzten, ergaben sich daraus zwangsläufig Forderungen nach einer langfristigen Einordnung der administrativen Preispolitik in die allgemeine Wirtschaftspolitik, nach einer Verstärkung des Wettbewerbs und nach einer außenwirtschaftlichen Absicherung. Der DGB hat es bisher, von wenigen Ausnahmen (Preisbindung) abgesehen, jedoch nicht für richtig gehalten, detaillierte Stellungnahmen zu bestimmten Techniken der administrativen Preispolitik, der Wettbewerbspolitik oder der außenwirtschaftlichen Absicherung abzugeben. Wir waren vielmehr bemüht, im Prozeß der politischen Diskussion jeweils realisierbare Vorschläge von Fall zu Fall zu unterstützen. Es liegen daher auch keine offiziellen gewerkschaftlichen Äußerungen zu den verschiedenen Alternativvorschlägen des Sachverständigenrates für bestimmte Absicherungsverfahren vor.

Die Haltung des DGB zu diesem Problem kann jedoch etwa in gleicher Weise zusammengefaßt werden, wie es die Bundesregierung in ihrer Erklärung vom 14. Dezember 1966 und in ihrer Stellungnahme zum dritten Sachverständigengutachten formulierte. Diese Stellungnahme haben wir ausdrücklich gebilligt.

Wir halten eine weitergehende Koordinierung der internationalen Währungs- und Konjunkturpolitik aus mehrfachen Gründen für unerläßlich. Sollten sich jedoch auf weltweiter Ebene keine Fortschritte erreichen lassen, so würden wir die möglich erscheinende Entwicklung eines europäischen Hartwährungsblocks auf jeden Fall einem nationalen Alleingang vorziehen. Wir glauben daher, daß die außenwirtschaftliche Absicherung der Währungsstabilität vor allem in derartigen internationalen Lösungen gesucht werden sollte.

An der Bereitschaft des DGB, mit dem Sachverständigenrat über alle wichtigen Fragen freimütig zu diskutieren, hat sich seit unserer letzten Begegnung nichts verändert. Diese Bereitschaft erstreckt sich auch auf den Bereich außenwirtschaftlicher Stabilisierungsvorschläge.

**(5) Deutscher Industrie- und Handelstag**

(Berlin, den 5. Juni 1967)

Das vom Sachverständigenrat erörterte Problem einer außenwirtschaftlichen Absicherung der innerwirtschaftlichen Stabilität gegenüber Inflationsübertragungen aus dem Ausland besteht latent und sollte von der amtlichen Wirtschaftspolitik ständig beachtet werden.

Bundesregierung und Bundesbank ist allerdings zuzustimmen, wenn sie dieses Problem gegenwärtig nicht für aktuell halten. Man sollte deshalb die gegenwärtige Situation nutzen, das richtig erkannte Problem in seinen Ursachen und möglichen Ausmaßen noch gründlicher zu erforschen. Das gilt sowohl für den vom Sachverständigenrat in den Vordergrund gestellten direkten internationalen Preiszusammenhang als auch hinsichtlich der Wirkungen von Handelsbilanz- und Zahlungsbilanzüberschüssen. Der internationale Preiszusammenhang bei Einfuhr und Ausfuhr ist noch nicht hinreichend erforscht und bei den verschiedenen Branchen auch sehr unterschiedlich. Zudem werden Einfuhr- und Ausfuhrpreise häufig unter den besonderen Voraussetzungen der Wettbewerbslage im Außenhandel gebildet, so daß ein etwaiger allgemeiner Preiszusammenhang gegenüber Preiseinflüssen infolge dieser Wettbewerbslage häufig in den Hintergrund treten wird.

Die Sachverständigen haben zur Abwehr der Inflationsübertragung aus dem Ausland zwei Formen einer gleitenden Aufwertung zur Diskussion gestellt. Soweit das Sachverständigengutachten einen mittelfristig garantierten Paritätsanstieg in Betracht zieht, beruht dies auf der unrealistischen Annahme einer im voraus berechenbaren internationalen Inflationsrate. Als zweite Möglichkeit einer gleitenden Aufwertung erwägt der Sachverständigenrat eine Bandbreitenerweiterung mit begrenzter Paritätsanpassung nach oben. Obwohl die Außenwirtschaft an einer Unterbindung der Inflationsübertragung aus dem Ausland allein schon deshalb ein großes Interesse hat, um die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft von der Kostenseite nicht zu gefährden, müssen gegen beide Formen einer gleitenden Aufwertung aus der außenwirtschaftlichen Praxis heraus folgende Bedenken vorgebracht werden:

1. Nach den Erfahrungen der Praxis würde die Lösung der Bundesrepublik von den allgemein gültigen Vorschriften des Internationalen Währungsfonds doch einem Austritt aus der internationalen Konjunkturgemeinschaft nahekommen (siehe 274 d des dritten Jahresgutachtens). Die Argumentation dieses Abschnitts im Jahresgutachten übersieht, daß Währungsbeziehungen nicht abstrakt, sondern als Ausdruck wirtschaftlicher Leistungsbeziehungen angesehen werden müssen. Eine systematische Anhebung des Kurses der DM würde also nicht nur die Ausfuhrbedingungen verschlechtern, sondern die wirtschaftlichen Beziehungen insgesamt in Mitleidenschaft ziehen.

2. Selbst wenn die formale Zustimmung des Internationalen Währungsfonds als Hüter des Weltwährungssystems zu erreichen wäre, würden andere vertragliche Verpflichtungen betroffen, die nicht von einer Genehmigung durch den Währungsfonds berührt werden. Vor allem würde die Währung als System eines langfristigen Wertausdrucks infrage gestellt, was nicht nur für den Inländer, sondern mindestens in gleichem Maß für den ausländischen Handelspartner der Bundesrepublik negative Folgen hat. Angesichts der bedeutsamen Stellung der Bundesrepublik im Welthandel würde die internationale Zusammenarbeit erheblich gestört.

3. Eine gleitende Aufwertung wäre rein theoretisch mit den Agrarpreisfestsetzungen in der EWG zwar vereinbar. Die Möglichkeit, jeweils kurzfristig die im Gemeinsamen Agrarmarkt auf Dollar-Basis festgelegten Preise für die deutschen Erzeuger herabzusetzen, dürfte praktisch nicht realisierbar und politisch nicht durchsetzbar sein.

4. Ermöglichung einer *Spekulation mit der DM,* insbesondere bei einer Aufwertung durch Bandbreitenerweiterung, die — innerhalb bestimmter Grenzen — praktisch unbeschränkte Flexibilität bedeutet.
5. Erhebliche Schwierigkeiten zur Durchsetzung der *DM-Fakturierung* bei Ausfuhrgeschäften und Unmöglichkeit einer ausreichenden Kurssicherung durch *Devisentermingeschäfte* für alle längerfristigen Ausfuhrgeschäfte (Problem behandelt in Ziffer 279 b), insbesondere bei einer Bandbreitenerweiterung.
6. Bei Ausfuhrgeschäften mit Anlagegütern, deren Dauer von der Offerte bis zur Zahlung des Restbetrages in der Regel mehrere Jahre umfaßt, ist Kurssicherung häufig nicht möglich oder extrem teuer. Auch im normalen mittel- oder kurzfristigen Exportgeschäft ist die Kalkulation unerträglich erschwert, weil eine dem Aufwertungssatz entsprechende Kostensenkung im Inland nicht mit Sicherheit erwartet werden kann.
7. Erschwerung der *Lagerhaltung,* da die Einfuhrpreise durch eine gleitende Aufwertung ständig fallen (sofern die Preise in Valuta infolge inflationärer Entwicklung im Ausland nicht entsprechend steigen). Die Bundesrepublik hat aber ein nicht zu unterschätzendes Interesse an einer großen Lagerhaltung für Konfliktsfälle. Es wird bezweifelt, daß ein Ausgleich durch sinkende Lagerhaltungskosten tatsächlich erfolgt.
8. Beeinträchtigung der deutschen Seeschiffahrt, deren Frachtraten ausschließlich auf Pfund- oder Dollar-Basis beruhen, so daß jede Änderung der DM-Parität zu sofortigen und langfristig andauernden Ertrags- und Liquiditätseinbußen bei den Reedereien führt.

Die *gesamtwirtschaftlichen* Auswirkungen der vorgeschlagenen Varianten einer gleitenden Aufwertung zur Absicherung einer Stabilitätspolitik im Inland gegenüber Inflationsübertragungen aus dem Ausland sind von den Sachverständigen hinreichend dargelegt worden. Vom Standpunkt der *Außenwirtschaft* müssen diese wechselkurspolitischen Maßnahmen angesichts der zahlreichen genannten Erschwernisse des Außenhandelsgeschäftes jedoch als unpraktikabel bezeichnet und daher abgelehnt werden. Ihre Verwirklichung würde sich entgegen der Auffassung der Sachverständigen äußerst nachteilig auf die Außenwirtschaft und damit letztlich auch auf die gesamte Volkswirtschaft, deren lebensnotwendiger und gewichtiger Bestandteil sie ist, auswirken. Soweit das Problem einer Inflationsübertragung aus dem Ausland — auf lange Sicht betrachtet — besteht, sollte eine Lösung vor allem durch eine intensivere auf Stabilität gerichtete internationale Zusammenarbeit angestrebt werden. Die verhältnismäßig geringen bisherigen Erfolge auf diesem Gebiet sollten nicht zur Resignation führen, wie sie im Sachverständigengutachten zum Ausdruck kommt.

### (6) Bundesverband der Deutschen Industrie

(Köln, den 9. August 1967)

I.

Der BDI hat sich in der Vergangenheit wiederholt gegen alle Bestrebungen gewandt, das System fester Wechselkurse, wie es in den bestehenden internationalen Währungsvereinbarungen verankert ist, zugunsten ganz oder partiell schwankender Kurse aufzugeben. Anlaß hierfür war die nunmehr schon seit Jahren in der Bundesrepublik im Gang befindliche Diskussion über die Frage, ob und inwieweit eine erfolgreiche Stabilitätspolitik im Inneren ohne eine besondere Form der außenwirtschaftlichen Absicherung überhaupt möglich ist.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat diese Frage bereits in seinem ersten Jahresgutachten verneint und daraus gefolgert, daß sich Konflikte zwischen binnenwirtschaftlicher Stabilität und außenwirtschaftlichen Störungen am besten durch einen Übergang zu flexiblen Kursen vermeiden lassen. In seinen späteren Gutachten hat allerdings der Sachverständigenrat diese Empfehlung modifiziert und ein verfeinertes Spektrum wechselkurspolitischer Vorschläge entwickelt. Dies gilt insbesondere für den Vorschlag eines gleitenden Paritätsanstiegs.

II.

Der BDI erkennt an, daß der Sachverständigenrat kraft seines gesetzlichen Auftrages verpflichtet ist, auf alle Gefahren, die einer Politik der Geldwertstabilität entgegenstehen, aufmerksam zu machen und entsprechende Vorschläge zur Abwehr etwaiger Störungen, aus welchen Quellen sie auch kommen mögen, zu entwickeln. Der Sachverständigenrat muß sich jedoch entgegenhalten lassen, daß eine so schwerwiegende Maßnahme, wie sie die Abkehr vom System fester Wechselkurse und damit der bestehenden internationalen Währungsordnung darstellen würde, nicht allein unter dem Gesichtspunkt eines währungspolitischen Modells gesehen werden kann. Es handelt sich vielmehr um eine Entscheidung von außerordentlich großer wirtschafts- und auch außenpolitischer Tragweite, die von der Bundesrepublik keineswegs im Alleingang getroffen werden sollte.

III.

Der BDI vermag nicht die Skepsis des Sachverständigenrates gegenüber den Bemühungen um eine Härtung des Devisenstandards zu teilen. Eine solche Resignation verkennt, daß gerade in den letzten Jahren viele Länder in zunehmendem Maße mit Erfolg große Anstrengungen unternommen haben, teilweise sogar unter erheblichen Opfern an Wachstum und Vollbeschäftigung, um Preisauftrieb und Zahlungsbilanzdefiziten entgegenzutreten. Als zweitgrößtes Welthandelsland muß die Bundesrepublik ein besonderes Interesse daran haben, die bereits bestehende währungspolitische Zusammenarbeit weiter auszubauen und im engeren und weiteren Rahmen der EWG, der OECD und der Zehnergruppe daran mitzuwirken, daß alle Länder noch mehr als in der Vergangenheit die innere wirtschaftliche Stabilität zu einem zentralen Anliegen ihrer Wirtschaftspolitik machen. Dieses Ziel kann aber nicht durch autonome währungspolitische Maßnahmen der Bundesrepublik erreicht werden, sondern nur im Wege internationaler Verhandlungen und Regelungen. Wir haben sogar die Sorge, daß autonome Paritätsänderungen andere Länder aus dem Zwang zur währungspolitischen Disziplin entlassen würden.

IV.

Ebensowenig würden sich die Vorschläge des Sachverständigenrates mit dem Wesen und der Funktion der europäischen Integration in Einklang bringen lassen. Sie würden vielmehr die von der Industrie nachhaltig befürwortete Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes mit binnenmarktähnlichem Charakter außerordentlich erschweren, wenn nicht gar verhindern. Eine Integration so enger Art ist nur bei festen Wechselkursen möglich.

Dieses integrationspolitische Bedenken halten wir für besonders gravierend. Dabei müssen u. E. auch stärker die speziellen Einwände berücksichtigt werden, die sich bezüglich der in langwierigen Verhandlungen in Rech-

nungseinheiten festgelegten Agrarpreise in der EWG ergeben.

V.

Nicht minder schwer wiegen unsere prinzipiellen Einwände gegen die den Vorschlägen des Sachverständigenrates zugrunde liegenden Prämissen und die Möglichkeiten ihrer praktischen Durchführbarkeit. Sie gehen von der Unterstellung aus, daß in einem System fester Wechselkurse alle Stabilitätsbemühungen erfolglos seien, weil sie von der Außenwirtschaft jederzeit unterlaufen werden können. Durch den sog. direkten Preiszusammenhang vollziehe sich nämlich unabhängig von der Zahlungsbilanzsituation eine Inflationsübertragung aus dem Ausland, solange in den wichtigsten Welthandelsländern die dort bestehenden Inflationstrends nicht eingedämmt werden.

Die Industrie bestreitet zwar nicht, daß auch aus dem Bereich der Außenwirtschaft Einflüsse auf das interne Preisgefüge ausgehen. Sie teilt jedoch nicht die Ansicht, daß diesem internationalen Preiszusammenhang eine solche Bedeutung für die Geldwertstabilität in der Bundesrepublik zukommt, wie dies der Sachverständigenrat annimmt. Diese These findet in den zur Verfügung stehenden Zahlen über die Bewegungen der Export- und Importpreise, der Lebenshaltungskosten sowie der Preisentwicklung des Bruttosozialprodukts in den wichtigsten Welthandelsländern keine überzeugende Stütze (vgl. Untersuchung des Deutschen Industrieinstituts zur „Außenwirtschaftlichen Absicherung"). Die Veränderungen in den Aus- und Einfuhrpreisen waren in den letzten Jahren viel zu gering, um die beachtlichen Steigerungen des Index der Lebenshaltungskosten oder des Preisindex für das Bruttosozialprodukt auch nur hinreichend erklären zu können. Wir bezweifeln auch, daß der Bereich, in dem sich ein direkter Preiszusammenhang mit dem Ausland abwickelt, so groß ist, um diese These hinreichend stützen zu können, zumal nahezu der gesamte Agrarsektor aus der internationalen Arbeitsteilung herausgelöst ist.

Der BDI empfindet es im übrigen als einen gewissen Widerspruch, wenn der Sachverständigenrat einerseits darauf hinweist, daß sich die Ursachen der schleichenden Geldentwertung nicht einzelnen Teilbereichen und Faktoren zuordnen lassen, gleichzeitig jedoch der These vom internationalen Preiszusammenhang eine solche Präponderanz einräumt. Nach Ansicht der Industrie hätte der Sachverständigenrat bei seinen Vorschlägen sehr viel stärkeres Gewicht auf Maßnahmen zur binnenwirtschaftlichen Absicherung legen müssen. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren zu verzeichnenden Preissteigerungen in erster Linie auf binnenwirtschaftliche Ursachen zurückzuführen waren. Dabei ist vor allem an die nicht stabilitätsorientierte Ausgabenpolitik der öffentlichen Hände und an das starke Ansteigen der Lohn- und Sozialkosten zu erinnern.

VI.

Gegen die beiden wechselkurspolitischen Vorschläge des Sachverständigenrates gelten aus der Sicht der Industrie praktisch die gleichen oder ähnliche Bedenken wie gegen eine Aufwertung schlechthin. Der Sachverständigenrat geht zwar davon aus, daß in Höhe des garantierten Paritätsanstiegs bzw. der Bandbreitenerweiterung nach oben für die Industrie eine entsprechende Entlastung durch Kostensenkungen, insbesondere bei den Löhnen und Zinsen eintritt. Es erscheint aber höchst fraglich, ob in der Praxis solche kompensatorischen Maßnahmen auf der Kostenseite auch wirklich durchgesetzt werden können.

Es kommt hinzu, daß es sich in der Praxis als außerordentlich schwierig, wenn nicht gar unmöglich erweisen dürfte, im voraus den Durchschnitt einer internationalen Inflationsrate zu errechnen, wobei gleichzeitig auch die Streuung der ausländischen Teuerungsraten — differenziert nach den wichtigsten Absatz- und Bezugsländern — berücksichtigt werden müßte. Wer dies versucht, läuft Gefahr, eine höchst ungewisse Komponente zur Grundlage eines verkündeten Paritätsanstiegs zu machen und daran die gesamte Zins-, Lohn- und Wirtschaftspolitik aufzuhängen. Da jedoch eine Korrektur des für eine bestimmte Periode gewählten Inflationssatzes systemwidrig wäre und überdies das Vertrauen in die Politik der Bundesregierung und Notenbank erschüttern würde, können sich aus dem Festhalten an einer falsch vorausgeschätzten Marge schwerwiegende Gefahren und Risiken ergeben.

VII.

In diesem Zusammenhang wendet sich der BDI entschieden gegen die generalisierende Feststellung, daß die Industrie im Exportgeschäft hohe Preise und übermäßige Gewinne erziele, die die besonders exportintensiven Unternehmen in die Lage versetzten, Effektivlöhne in einem vom Ausland vorgegebenen Preiserhöhungsspielraum zu zahlen. Richtig ist vielmehr, daß selbst in Abnehmerländern, deren Preisgefüge weniger stabil als in der Bundesrepublik ist, die Ausfuhrpreise in aller Regel einem harten internationalen Konkurrenzdruck unterliegen. In besonderem Maße dürfte dies für solche Bereiche gelten, die zu den Domänen der deutschen Ausfuhr gehören, also für den gesamten Anlagen- und Produktionsmittelexport.

Im übrigen kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine Zurücknahme des Exports, wie sie im Falle der Verwirklichung der Vorschläge des Sachverständigenrates zu befürchten wäre, infolge der daraus resultierenden Kostenprogression je nach der Marktlage in vielen Fällen in der Tendenz eher zu einer Preiserhöhung führen kann. Der Export hat also mit anderen Worten vielfach sogar eine preisstabilisierende Wirkung.

VIII.

Selbst wenn man die Prämissen des Sachverständigenrates akzeptieren könnte, sind die von ihm entwickelten wechselkurspolitischen Vorschläge für die Industrie nicht akzeptabel, weil sie der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Exports, insbesondere für Beschäftigung und Forschung, nicht gerecht werden.

Die ausdrückliche Feststellung des Sachverständigenrates, daß das System des garantierten Paritätsanstiegs nicht gegen den Export gerichtet sei und keinesfalls als eine Maßnahme zur Exporterschwerung verstanden werden dürfe, bedarf in mehrfacher Hinsicht einer Korrektur:

1. Der Sachverständigenrat räumt selbst ein, daß für den Fall, daß bei einer vorher festgelegten graduellen Aufwertungsmarge der internationale Preisanstieg nachhaltig geringer als angenommen verlaufe, deflatorische Auswirkungen eintreten können. Wir haben jedoch erhebliche Zweifel, ob die Annahme des Sachverständigenrates zutrifft, daß diese Nachteile relativ geringfügig seien, da sie leicht durch einen entsprechend geringeren Lohnanstieg aufgefangen werden könnten. Sie unterstellt nämlich u. E. eine zu einseitige und mechanistische Orientierung der Lohnpolitik an der außenwirtschaftlichen Situation. Überdies kann es in absehbarer Zeit keineswegs als gesichert angesehen werden, daß ein Swapsatz von 2 bis 3 % nennenswert

unter der Rate des zu erwartenden Produktivitätsanstiegs liegen wird.

2. Ebensowenig vermag sich der BDI der Ansicht anzuschließen, daß das System des garantierten Paritätsanstiegs keine nachteiligen Folgen für das langfristige Exportgeschäft mit sich bringen wird. Hier unterstellt der Sachverständigenrat, daß die Aufwertungsverluste des Exporteurs entweder durch entsprechende Terminsicherungen oder durch eine entsprechende Herabsetzung seiner Zinsbelastung vermindert bzw. kompensiert werden können. Dabei wird jedoch außer acht gelassen, daß Devisentermingeschäfte nur für einen begrenzten Zeitraum, also keinesfalls für 3 oder mehr Jahre abgeschlossen werden können und daß in aller Regel nahezu alle Konkurrenzländer ihrer am langfristigen Anlagengeschäft beteiligten Industrie besonders günstige Refinanzierungssätze einräumen. Angesichts dieser manipulierten Kreditsätze kann daher nicht davon ausgegangen werden, daß die vom deutschen Exporteur in Anspruch genommenen Kredite für Lieferungen mit längeren Zahlungszielen einen gegenüber der Konkurrenz niedrigeren Zinszuschlag auf die Preise ermöglichten.

Abschließend möchten wir besonders unterstreichen, daß wir eine Wiederbelebung der Diskussion über das Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unangebracht halten. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß zur Zeit nichts geschehen darf, was zur Beunruhigung der Öffentlichkeit und der Wirtschaft beitragen kann und daß weder die Entwicklung des internen Preisniveaus in der Bundesrepublik noch die der Zahlungsbilanz einen Anlaß geben, an irgendwelche Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung zu denken. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß auch nach Auffassung der Bundesbank gerade die Außenwirtschaft in den letzten Jahren der Hauptverbündete ihrer Stabilitätspolitik gewesen ist.

### (7) Verband Deutscher Reeder

(Hamburg, den 27. Juni 1967)

I.

Der Verband stellt zunächst im Hinblick auf die vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgebrachten zwei Alternativvorschläge zur Änderung der Wechselkursparität der D-Mark gegenüber allen ausländischen Währungen fest, daß eine Manipulation der Wechselkursrelation in Richtung einer Aufwertung der D-Mark grundsätzlich eine währungspolitische Maßnahme, nicht hingegen eine konjunkturpolitische Maßnahme darstellt.

Tatsächlich ist die Lage der deutschen Wirtschaft während des Jahres 1966 und des ersten Quartals 1967 im Gegensatz zu derjenigen in der Zeit 1960/1961, welche die D-Mark-Aufwertung vom 5. März 1961 wegen eines fundamentalen Ungleichgewichts der deutschen Zahlungsbilanz — beträchtliche Außenhandelsüberschüsse bei hoher inländischer Nachfrage — in Zusammenhang mit einer aus dem Ausland „importierten Inflation" unter Beachtung der Statuten des Internationalen Währungsfonds bedingte, als das Resultat von ökonomischen Tatbeständen zu betrachten, welche ausschließlich dem konjunkturellen Bereich des Binnenmarktes zuzurechnen sind: Die sich im Verlauf des Jahres 1966 abschwächende Inlandsnachfrage, im besonderen im Investitionsbereich, hat bei insgesamt kaum zunehmenden Importen, wertmäßig in der ersten Hälfte 1966 um 3 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres steigend, in der zweiten Hälfte 1966 unter das Vorjahresniveau sinkend zu verstärkten Exporten der deutschen Wirtschaftszweige — + 22,5 % gegenüber 1965 — bei teilweisen Preisreduzierungen geführt. Diese Tatsache fand ihren Niederschlag in der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik für das vorangegangene Jahr. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank wies die Handelsbilanz — Ausfuhr und Einfuhr auf der Basis von fob-Werten — bei einer Ausfuhr in Höhe von 80,6 Milliarden DM und einer Einfuhr in Höhe von 68,9 Milliarden DM einen Überschuß von 11,7 Milliarden DM auf (Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966, Frankfurt/Main 1967, S. 90).

Auch in den drei ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich die oben beschriebene Entwicklung, nämlich die der hohen Außenhandelsüberschüsse auf Grund stetig wachsender Exporte und der nahezu konstanten Importe bei gedämpfter Nachfrage im Inland weiter fortgesetzt, so daß die betreffende Periode mit einem Aktivsaldo von rd. 3,5 Milliarden DM — Ausfuhr fob, Einfuhr fob — schloß.

Der Verband ist aus den angegebenen Gründen der Auffassung, daß der derzeitigen, im vorstehenden geschilderten Wirtschaftslage der Bundesrepublik im Hinblick auf einen Ausgleich der Handelsbilanz bei Preisniveaustabilität mit anderen gezielt eingesetzten wirtschaftspolitischen Instrumenten als denjenigen, welche auf eine Aufwertung der D-Mark hinauslaufen, begegnet werden sollte.

II.

Der Verband weist im besonderen und sehr eindringlich auf die Sonderstellung der deutschen Seeschiffahrt im nationalen Wirtschaftsgefüge und auf die aus einer D-Mark-Aufwertung resultierenden verhängnisvollen Folgen für diesen Wirtschaftszweig hin:

1. Im Gegensatz zu allen anderen Wirtschaftsgruppen in der Bundesrepublik ist die deutsche Seeschiffahrt hinsichtlich ihres Angebots an Dienstleistungen ausschließlich auf den internationalen Markt, i. e. den Weltverkehrsmarkt, angewiesen. Dieser Markt, verstanden als die weltweite Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen zwischen den deutschen und ausländischen Anbietern von Seeverkehrsleistungen und den deutschen und ausländischen Nachfragern nach diesen Verkehrsleistungen, gilt als vollkommen liberalisiert. Die deutschen Reedereien, die mit ihrem Angebot an Transportleistungen auf einen geschützten Inlandsmarkt nicht ausweichen können, stehen mithin bei ihrem Angebot an Seeschiffstonnage, sei es in dem Beschäftigungsbereich der Linienfahrt, der Trampfahrt, der Tankfahrt oder der Kühlschiffahrt, mit einer Vielzahl von ausländischen Schiffahrtsunternehmen um jede Tonne Ladung in einem harten Wettbewerb.

2. Die Bildung der Frachtrate als dem Preis für die Beförderungsleistung vollzieht sich auf dem internationalen Seeverkehrsmarkt, bei der Linienfahrt innerhalb der Konferenzen, bei der Tramp- und Tankfahrt auf dem freien Chartermarkt — kurzfristig in Form der Reisecharter, langfristig in Form der Zeitcharter —, bei der Kühlschiffahrt in Verhandlungen zwischen Reedern und Verladern. Dabei, und dies ist vor allem anzumerken, werden die Frachtraten ausschließlich in den ausländischen Währungen US-Dollar und £-Sterling festgesetzt. Die von den deutschen Verladern an die deutsche Seeschiffahrt gezahlten D-Mark-Frachtbeträge stellen deshalb lediglich das Spiegelbild der auf US-Dollar- oder £-Sterling-Basis zustande gekommenen internationalen Frachtraten multipliziert mit der jeweiligen Gütermenge dar.

3. Da ein selbständiger deutscher Schiffsverkaufmarkt sowie ein Schiffsabwrackmarkt, die von den internationalen Gegebenheiten unabhängig sind, nicht existieren, ist das in den Seeschiffen investierte Kapital nur auf den entsprechenden internationalen Märkten realisierbar. Die Preisbildung für Zweithand- und Abwracktonnage geschieht demnach gleichfalls auf der Basis der Valuten US-Dollar und £-Sterling.

   Aus dem Gesagten geht hervor, daß die deutsche Handelsflotte und ihre Wettbewerbsfähigkeit wegen der internationalen Bezogenheit in außerordentlich hohem Maße von konstanten Währungsparitäten abhängig sind. Dieser Umstand ist der Anlaß dazu, daß sich jede Aufwertung der D-Mark bei den deutschen Schiffahrtsunternehmen im Gegensatz zu ihren ausländischen Konkurrenten in einer sofortigen Substanzeinbuße des Anlagevermögens, i. e. der Handelsschiffe, in Höhe des Aufwertungsprozentsatzes niederschlägt. Darüber hinaus führt jede D-Mark-Aufwertung zwangsläufig einerseits zu einer unmittelbaren Verringerung der Frachteinnahmen der Reedereien, andererseits zu einer Verminderung der Einnahmen aus den Schiffsverkäufen. In beiden Fällen jedoch wirkt sich die Aufwertung der D-Mark über das Sinken der Einnahmen in einem niedrigeren Liquiditätsgrad der Reedereiunternehmen aus.

III.

Schon einmal, und zwar mit der 5%igen Aufwertung der D-Mark vom Jahre 1961, hat die deutsche Seeschiffahrt hohe Einnahmeeinbußen sowie eine Einengung der Liquidität hinnehmen müssen. Folgende Berechnungen mögen zur Verdeutlichung dieses Tatbestandes dienen:

1. Die Fracht- und Passageeinnahmen der deutschen Handelsflotte in Devisen und D-Mark beliefen sich für das Jahr 1961 auf 2636 Millionen DM; davon stellten die Frachten in D-Mark in Höhe von 668 Millionen DM lediglich den Umrechnungswert der auf der Basis von US-Dollar oder £-Sterling von inländischen Verladern an die deutschen Reeder gezahlten Frachten dar. Diesen Gesamteinnahmen standen Devisenausgaben — Chartergebühren, Hafenausgaben — in Höhe von 1084 Millionen DM gegenüber (Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1965, Frankfurt/Main 1966, S. 60, Sonderdruck aus „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank" Nr. 6, Juni 1966, 18. Jahrgang).

   Unter Zugrundelegung der Verminderung der Einnahmen aus dem Fracht- und Passagegeschäft um 5% — 131,8 Millionen DM — und der Verbilligung der im Ausland in Anspruch genommenen Dienstleistungen um 4,76% — 51,6 Millionen DM — entstand für die deutsche Seeschiffahrt als Folge der D-Mark-Aufwertung vom Jahre 1961 ein Einnahmenausfall von 80,2 Millionen DM. Dieser Einnahmenausfall läßt sich seiner vollen Höhe nach erst richtig einschätzen, wenn man bedenkt, daß sich die Haushaltsansätze der Bundesrepublik Deutschland für die deutsche Seeschiffahrt — zinsverbilligte Neubaudarlehen, Barzuschüsse und Abwrackprämien — in den Jahren 1962 bis 1966 auf im Durchschnitt 60 Millionen DM jährlich beliefen.

   Die durchgeführte Rechnung hinsichtlich der Aufwertungsverluste kann infolge ihres Durchschnittscharakters über die Auswirkungen der D-Mark-Aufwertung auf die Einnahmensituation jeder einzelnen deutschen Reederei nur wenig aussagen. Diese Auswirkungen sind abhängig von der Art des jeweiligen Reedereigeschäftes und des sich daraus ergebenden Verhältnisses von Fracht- und Passageeinnahmen in Devisen und D-Mark und Devisenausgaben.

2. Durch die Änderung der Währungsparität der D-Mark vom März 1961 wurden im besonderen diejenigen Zweige der deutschen Handelsflotte — Tonnagebestand am 31. Dezember 1961 4,470 Millionen BRT — hart betroffen, deren Tätigkeit sich überwiegend auf der Grundlage von langfristigen Frachtverträgen, Frachtrate in US-Dollar oder £-Sterling, zwischen Reedern und Verladern vollzog. Aus dem Bereich der deutschen Tramp-, Tank- und Kühlschiffahrt, welche tonnagemäßig im Jahre 1961 rd. 60% der gesamten Seeschiffstonnage repräsentierten und 42,6% — 1124 Millionen DM — der Gesamteinnahmen der deutschen Seeschiffahrteinfuhren, sei das nachstehende Beispiel genannt. Ein deutscher Reeder vercharterte Anfang des Jahres 1961 ein Trampschiff von 15 000 t Tragfähigkeit für die Dauer eines Jahres an einen ausländischen Befrachter. Die im Zeitchartervertrag zwischen Vercharterer und Charterer vereinbarte Frachtrate betrug 3 US-Dollar per t Tragfähigkeit und Monat. Da der deutsche Reeder auf Grund des Vertrages keine Devisenausgaben zu leisten hatte, erzielte er vor der D-Mark-Aufwertung bei einem Wechselkurs von 1 US-Dollar gleich DM 4,20 eine monatliche Frachteinnahme von DM 189 000. Mit der Aufwertung der D-Mark, gültiger Wechselkurs nunmehr 1 US-Dollar gleich DM 4,00, reduzierte sich diese Frachteinnahme auf monatlich DM 180 000. Für den deutschen Reeder ergab sich mithin in den restlichen zehn Monaten des betreffenden Jahres ein Verlust von insgesamt DM 90 000.

3. Nicht nur der Ertragsbereich der deutschen Seeschiffahrt wurde durch die Heraufsetzung des Wechselkurses der D-Mark empfindlich getroffen; es verschlechterte sich weiterhin als Folge der Einnahmenminderung die Liquiditätslage der deutschen Reedereien erheblich. Wie schon an anderer Stelle gesagt, standen 1961 den Gesamteinnahmen der deutschen Handelsflotte aus der Beförderung von Personen und Gütern in Höhe von 2636 Millionen DM (Devisen und D-Mark) 1084 Millionen DM an Ausgaben (Devisen) gegenüber. Den deutschen Reedereien verblieben somit nach Abzug der Charter- und Hafenausgaben 1552 Millionen DM. Unter der Voraussetzung, daß die deutschen Schiffahrtsunternehmen im Jahre 1961 durchschnittlich Roherträge in Höhe von 10% der Gesamteinnahmen — also 263,6 Millionen DM — erzielten, brachte ihnen der 5%ige Aufwertungssatz der D-Mark eine Einnahmenminderung von 80,2 Millionen DM. Die Liquidität — als Maßstab hierfür gilt der Rohertrag der deutschen Reedereiunternehmen — ist durch die Veränderung der Wechselkursparität der D-Mark demnach im Durchschnitt um etwa ein Drittel eingeschränkt worden.

   Die angeführten Beispiele lassen deutlich erkennen, daß die D-Mark-Aufwertung des Jahres 1961 die Wettbewerbslage und Leistungsfähigkeit der deutschen Seeschiffahrt nicht unerheblich beeinträchtigt hat. Da die deutsche Handelsflotte wegen ihres geringen Anteils an der Welthandelsflotte zum einen nicht in der Lage war, das Frachtratenniveau zu beeinflussen und der Weltseeverkehrsmarkt zum anderen in den Jahren nach der D-Mark-Aufwertung unter einer Frachtratendepression litt, so bestehen die Auswirkungen der D-Mark-Aufwertung innerhalb der deutschen Seeschiffahrt bis in die Gegenwart fort.

IV.

Zu den entsprechenden negativen Folgen, wie sie die D-Mark-Aufwertung vom 5. März 1961 für die deutschen Reeder brachte, würde eine erneute Änderung der Wechselkursparität der D-Mark in Richtung einer Aufwertung,

wie sie im 3. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen wird, führen.

Unter der Annahme einer D-Mark-Aufwertung von jährlich 2,5 % im Aufwertungszeitraum 1968 bis 1971 — Einnahmenminderung von 2,5 %, Ausgabenminderung von 2,44 % — hat der Verband auf der Grundlage der von der Deutschen Bundesbank für die Jahre 1960 bis 1965 gemeldeten Gesamteinnahmen in Devisen und D-Mark und Devisenausgaben der deutschen Reedereien Vorausschätzungen über die Höhe der Einnahmenausfälle bei den deutschen Reedereien angestellt.

Eine jährliche durchschnittliche Wachstumsrate von 6,5 % bei den Einnahmen, von 15,0 % bei den Charterausgaben und von 4,0 % bei den Hafenausgaben vorausgesetzt, zeigt folgendes Bild:

| Jahr | 1968 | | 1969 | | 1970 | | 1971 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Vorausschätzungen (in Millionen DM) | gesamt | nach Aufwertung | gesamt | nach Aufwertung | gesamt | nach Aufwertung | gesamt | nach Aufwertung |
| Einnahmen in Devisen und D-Mark .. | 4260 | −106,5 | 4535 | −113,4 | 4830 | −120,8 | 5145 | −128,6 |
| Devisenausgaben ..... | 1693 | + 41,3 | 1808 | + 44,1 | 1935 | + 47,2 | 2075 | + 50,6 |
| Verlust nach Aufwertung ..... | | −65,2 | | −69,3 | | −73,6 | | −78,0 |

Wie die Aufstellung zeigt, würden sich die Verluste ihrer absoluten Höhe nach auf etwa diejenigen stellen, welche der deutschen Handelsflotte auf Grund der D-Mark-Aufwertung von 1961 erwachsen sind.

Angesichts der Tatsache, daß sich die deutsche Seeschiffahrt auf Grund ihrer besonderen Konkurrenzsituation sowie ihrer zahlreichen Wettbewerbsnachteile auf finanziellem und steuerlichem Gebiet gegenüber den ausländischen Handelsflotten schon vor der D-Mark-Aufwertung von 1961 in einer besorgniserregenden Lage befand, welche durch die Änderung der Währungsparität der D-Mark mit Wirkung vom 5. März 1961 noch verschlechtert wurde, äußert der Verband starke Bedenken gegen eine wiederholte außenwirtschaftliche Absicherung mittels einer wechselkurspolitischen Maßnahme. Eine derartige Maßnahme wäre nach Meinung des Verbandes dazu angetan, die deutschen Reedereien auf dem internationalen Seeverkehrsmarkt erneut schwer zu benachteiligen, nachdem sie sich in den vergangenen siebzehn Jahren nur unter größten Schwierigkeiten diesen Markt haben erschließen können.

Der Verband weist weiter auf den Umstand hin, daß die deutsche Seeschiffahrt im 2. Weltkrieg 98 % ihrer gesamten Handelstonnage in Höhe von 3,981 Millionen BRT nach dem Stand vom 1. September 1939 verlor beziehungsweise abliefern mußte. Nach 1945 konnte der Wiederaufbau der Handelsflotte nur unter schwierigsten Bedingungen vollzogen werden. Der Wiederaufbau, welcher Ende 1958 abgeschlossen werden konnte, sowie die Steigerung des Tonnagebestandes bis zu seiner derzeitigen Höhe — nach dem Stand vom 31. Mai 1967 5,641 Millionen BRT — konnte seitens der deutschen Reeder allerdings nur unter Hinnahme einer durchschnittlichen 70 bis 75%igen Fremdverschuldung durchgeführt werden, so daß im Hinblick auf die unzureichende Eigenkapitalausstattung der deutschen Reedereien vor einer neuerlichen D-Mark-Aufwertung gewarnt werden muß.

Sie würde auch alle gegenwärtig bestehenden Neubauplanungen, die in weiten Teilen mit Unterstützung der öffentlichen Hand erfolgt sind, schwer beeinträchtigen, wenn nicht gar gegenstandslos machen können.

Aus den vorgetragenen Gründen sieht sich daher der Verband Deutscher Reeder veranlaßt, die wechselkurspolitische Absicherung der D-Mark im Rahmen einer konzertierten Stabilisierungsaktion abzulehnen.

# VII.
# Methodische Erläuterungen

**Zum Abschnitt: „Noch einmal: Der internationale Preiszusammenhang"**

1. Zum „Exportsektor" sind die folgenden Industriezweige zusammengefaßt worden:

| Industriezweig | Zum Vergleich: Anteil an der Warenausfuhr 1965 in vH [1]) |
|---|---|
| Kohlenbergbau | 2,9 |
| Eisenschaffende Industrie | 6,9 |
| Ziehereien und Kaltwalzwerke | 1,1 |
| NE-Metallindustrie (einschließlich NE-Metallgießerei) | 2,4 |
| Mineralölverarbeitung | 1,1 |
| Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie) | 13,1 |
| Stahl- und Leichtmetallbau | 1,1 |
| Maschinenbau | 20,9 |
| Straßenfahrzeugbau | 14,1 |
| Schiffbau | 1,1 |
| Elektrotechnische Industrie | 9,0 |
| Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie | 2,4 |
| Stahlverformung, Eisen-, Blech-, Metallwarenindustrie | 5,0 |
| Musikinstrumenten-, Sportgeräte-, Spiel- und Schmuckwarenindustrie | 1,0 |
| Textilindustrie | 3,7 |
| insgesamt ... | 85,8 |

[1]) Warenausfuhr bzw. -einfuhr (Spezialhandel) in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik

2. Zum „Importsubstitutionssektor" sind die folgenden Industriezweige zusammengefaßt worden:

| Industriezweig | Zum Vergleich: Anteil an der Wareneinfuhr 1965 in vH [1]) |
|---|---|
| Industrie der Steine und Erden | 1,5 |
| Eisenschaffende Industrie | 4,3 |
| NE-Metallindustrie (einschließlich NE-Metallgießerei) | 7,2 |
| Mineralölverarbeitung | 1,8 |
| Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie) | 6,1 |
| Sägewerke und holzbearbeitende Industrie | 1,9 |
| Zellstoff-, papier- und pappeerzeugende Industrie | 2,9 |
| Maschinenbau | 6,2 |
| Straßenfahrzeugbau | 2,5 |
| Stahlverformung, Eisen-, Blech-, Metallwarenindustrie | 1,5 |
| Elektrotechnische Industrie | 3,2 |
| Textilindustrie | 7,0 |
| Bekleidungsindustrie | 1,6 |
| insgesamt ... | 47,7 |

3. Die Arbeitsproduktivität für die Gesamtwirtschaft ist gemessen worden

   — als Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 1954 je Erwerbstätigen (Beschäftigtenbasis) und

   — als Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 1954 je Erwerbstätigenstunde (Stundenbasis).

4. Die Bereinigte Produktivität für die Gesamtwirtschaft ist gemessen worden

   — als Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 1954 je Inputeinheit I (Beschäftigtenbasis) und

   — als Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 1954 je Inputeinheit II (Stundenbasis).

   Die Inputeinheiten messen den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Es bezeichnen

   $I_I$ die Inputeinheit I,

   $I_{II}$ die Inputeinheit II,

   E die Anzahl der Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft,

   $E_{60}$ die Anzahl der Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft im Jahre 1960,

   $w_A$ die Bruttolohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft im Jahre 1954,

[1]) Warenausfuhr bzw. -einfuhr (Spezialhandel) in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik

V ein Index des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens (1960 = 100),

r der Sollverzinsungssatz, der die Kosten einer alternativen Verwendung des Kapitals angeben soll; er wurde mit 5 vH für die ganze Zeit angenommen (JG 65 Ziffer 232),

K das gesamtwirtschaftliche Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1954 [1]).

[1]) Schätzungen von Wolfgang Kirner, Berlin

Die Inputeinheiten sind dann definiert als

$$I_I = w_A E + rK \text{ und}$$

$$I_{II} = w_A E_{60} V + rK$$

5. Die Arbeitsproduktivität im „Exportsektor" ist gemessen worden

— als Nettoproduktionswert in Preisen von 1958 je Beschäftigten und

— als Nettoproduktionswert in Preisen von 1958 je Beschäftigtenstunde.

Die Nettoproduktionswerte erhält man, indem man die Basiswerte von 1958 mit den Indices der industriellen Nettoproduktion fortschreibt. Von diesen Werten sind die Abschreibungen und die speziellen Verbrauchsteuern abgezogen. Dabei wurden die Verbrauchsteuer- und Abschreibungsquoten von 1958 zugrunde gelegt (im einzelnen vgl. JG 65 Anhang IV, Ziffer 13).

Die Beschäftigten und die Beschäftigtenstunden wurden nach den im JG 65 Anhang IV, Ziffer 12 beschriebenen Vorschriften berechnet.

6. Die Bereinigte Produktivität im „Exportsektor" ist gemessen worden

— als Nettoproduktionswert in Preisen von 1958 je Inputeinheit III (Beschäftigtenbasis) und

— als Nettoproduktionswert in Preisen von 1958 je Inputeinheit IV (Stundenbasis).

Die Nettoproduktionswerte sind die gleichen wie bei der Arbeitsproduktivität.

Für die Inputeinheiten gelten hier ähnliche Meßvorschriften wie bei den Inputeinheiten für die Gesamtwirtschaft. Es bedeuten

$I_{III}$ Inputeinheit III,

$I_{IV}$ Inputeinheit IV,

B die Anzahl der Beschäftigten im „Exportsektor",

H die Anzahl der Beschäftigtenstunden im „Exportsektor",

$w_B$ die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten im Jahre 1958 im „Exportsektor" (Da bei den Beschäftigten die Betriebsinhaber mitgezählt werden, ist die Bruttolohn- und -gehaltssumme über das Verhältnis Beschäftigte/Arbeitnehmer korrigiert worden.),

$w_H$ die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigtenstunde im Jahre 1958 im „Exportsektor" (Die Bruttolohn- und -gehaltssumme ist entsprechend dem Verfahren bei der Berechnung von $w_B$ um die Arbeitsstunden der Betriebsinhaber korrigiert.),

r der Sollverzinsungssatz von 5 vH (vgl. Ziffer 4),

K das Bruttoanlagevermögen im „Exportsektor" in Preisen von 1958 (Quelle: DIW).

Die Inputeinheiten sind dann definiert als

$$I_{III} = w_B B + rK$$

$$I_{IV} = w_H H + rK$$

7. Über die Beziehung zwischen Produktivitätsfortschritt und Preisanstieg (Ziffer 455) gibt die folgende Korrelationsanalyse Aufschluß. Es bezeichnen

   $G_Y$ die durchschnittliche jährliche Veränderung des Preisindex für das Bruttosozialprodukt von 1955 bis 1965 in vH,

   $G_V$ die durchschnittliche jährliche Veränderung der Verbraucherpreise von 1955 bis 1965 in vH,

   P die durchschnittliche jährliche Veränderung des realen Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen von 1955 bis 1965 in vH.

   Für eine Beobachtungsreihe, die sich aus den Werten von 8 Ländern (Länder in Tabelle 35, außer Schweden) ergibt, erhält man folgende Regressionsgleichungen:

$$(G_Y - \overline{G_Y})^* = \underset{(\pm\ 0{,}19)}{0{,}51}\ (P - \overline{P}),\ R = 0{,}61;$$

$$(G_V - \overline{G_V})^* = \underset{(\pm\ 0{,}21)}{0{,}48}\ (P - \overline{P}),\ R = 0{,}54.$$

   Die Variablen sind dabei als Abweichungen vom Durchschnitt ($\overline{P}$, $\overline{G_Y}$ und $\overline{G_V}$) definiert. Die produktivitätsbereinigte Veränderung der Preisindices ($G_Y^P$ und $G_V^P$) erhält man dann wie folgt:

$$G_Y^P = G_Y - (G_Y - \overline{G_Y})^*,$$

$$G_V^P = G_V - (G_V - \overline{G_V})^*.$$

**Zur Projektion des mittelfristigen Wachstums des Produktionspotentials (Ziffern 289 ff.)**

8. Es bezeichnen für das Jahr t

   $K_t$ das (reale) Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang [1]),

   $A_t$ die rechnerischen Abgänge vom Bruttoanlagevermögen (Verschrottungen) [1]),

   $I_t$ die (realen) Bruttoanlageinvestitionen,

   $Y_t$ das (reale) Bruttoinlandsprodukt

   sowie

   i eine gegebene Investitionsquote und

   g die zu bestimmende Wachstumsrate des (realen) Bruttoinlandsprodukts.

9. Ausgangspunkt ist folgende Definitionsgleichung für den jahresdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Kapitalkoeffizienten im Jahre 1971:

$$(1)\quad \frac{1/2\ (K_{71} + K_{72})}{Y_{71}} = \frac{K_{67} + \Sigma_{67}^{70} I_t + 1/2\ I_{71} - R}{Y_{71}}$$

   wobei

$$(1a)\quad R = \Sigma_{67}^{70} A_t - 1/2\ A_{71}$$

   Der Wert auf der linken Seite der Gleichung (1) wird vorgegeben. Von den Werten auf der rechten Seite sind $K_{67}$ und die Abgänge $A_t$ bekannt. Fordert man für die Projektionsperiode einen bestimmten

[1]) Schätzungen von Wolfgang Kirner, Berlin

Anteil der jährlichen Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (i), so folgt aus (1):

$$(2) \quad \frac{1/2\ (K_{71} + K_{72})}{Y_{71}} = \frac{K_{67} + i\ (\Sigma_{67}^{70} Y_t + 1/2\ Y_{71}) - R}{Y_{71}}$$

Verlangt man, daß das Bruttoinlandsprodukt in der Projektionsperiode von Jahr zu Jahr mit derselben Rate wächst, so geht (2) über in

$$(3) \quad \frac{1/2\ (K_{71} + K_{72})}{Y_{71}} = \frac{K_{67} + i\ Y_{66}\ [(1+g) + \ldots + (1+g)^4 + 1/2\ (1+g)^5] - R}{Y_{66}\ (1+g)^5}$$

Je nachdem, welchen Wert des Kapitalkoeffizienten man für das Jahr 1971 vorgibt und mit welcher konstanten Investitionsquote gerechnet wird, erhält man aus (3) alternative Werte für die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in der Projektionsperiode.

## Statistischer Anhang


| | | |
|---|---|---|
| Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ..... | Seite | 240 |
| Allgemeiner Teil ..... | Tabellen | 37—73 |
| Besondere Tabellen, auf die im Textteil Bezug genommen wird ..... | Tabellen | 74—96 |

# Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

## 1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, um das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar darstellen zu können.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

## 2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| | Bruttoinlandsprodukt |
| + | Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt |
| = | Bruttosozialprodukt |
| − | Abschreibungen |
| = | Nettosozialprodukt zu Marktpreisen |
| − | Indirekte Steuern |
| + | Subventionen |
| = | Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen |

## 3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Wegen fehlender statistischer Unterlagen sind bestimmte freiwillige Sozialleistungen, wie Aufwendungen zur zusätzlichen Alters- und Krankenvorsorge, noch nicht einbezogen.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Gewinn, Zinsen,

Nettomieten und -pachten, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

### 4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, den Sowjetsektor von Berlin und die deutschen Ostgebiete (zur Zeit unter fremder Verwaltung) umfaßt, bis 1959 auch das Saarland und Berlin (West). Für 1960 liegen Angaben ohne und einschließlich Saarland und Berlin (West) vor.

### 5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1954) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindices auf der Basis 1954. Diese Preisindices haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1954; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabelle 37

## Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

| Zeitraum | Einwohner (Wohnbevölkerung | Erwerbspersonen | Erwerbsquote [1]) | Erwerbstätige | Beschäftigte Arbeitnehmer | Arbeitslose | Arbeitslosenquote [2]) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1000 | | vH | 1000 | | | vH |
| 1950 [3]) | 46 908 | 21 577 | *46,0* | 19 997 | 13 674 | 1 580 | *7,3* |
| 1951 | 47 413 | 21 952 | *46,3* | 20 520 | 14 286 | 1 432 | *6,5* |
| 1952 | 47 728 | 22 289 | *46,7* | 20 910 | 14 754 | 1 379 | *6,2* |
| 1953 | 48 172 | 22 684 | *47,1* | 21 425 | 15 344 | 1 259 | *5,6* |
| 1954 | 48 710 | 23 216 | *47,7* | 21 995 | 15 968 | 1 221 | *5,3* |
| 1955 | 49 203 | 23 758 | *48,3* | 22 830 | 16 840 | 928 | *3,9* |
| 1956 | 49 797 | 24 196 | *48,6* | 23 435 | 17 483 | 761 | *3,1* |
| 1957 | 50 434 | 24 602 | *48,8* | 23 940 | 17 992 | 662 | *2,7* |
| 1958 | 51 056 | 24 807 | *48,6* | 24 124 | 18 188 | 683 | *2,8* |
| 1959 | 51 634 | 24 857 | *48,1* | 24 381 | 18 531 | 476 | *1,9* |
| 1960 | 52 183 | 25 043 | *48,0* | 24 808 | 19 067 | 235 | *0,9* |
| 1960 | 55 433 | 26 518 | *47,8* | 26 247 | 20 331 | 271 | *1,0* |
| 1961 | 56 175 | 26 772 | *47,7* | 26 591 | 20 730 | 181 | *0,7* |
| 1962 | 56 938 | 26 938 | *47,3* | 26 783 | 21 053 | 155 | *0,6* |
| 1963 | 57 587 | 27 066 | *47,0* | 26 880 | 21 303 | 186 | *0,7* |
| 1964 | 58 266 | 27 148 | *46,6* | 26 979 | 21 547 | 169 | *0,6* |
| 1965 | 59 012 | 27 300 | *46,3* | 27 153 | 21 841 | 147 | *0,5* |
| 1966 | 59 638 | 27 243 | *45,7* | 27 082 | 21 870 | 161 | *0,6* |
| 1960 1. Halbjahr | 55 246 | 26 387 | *47,8* | 26 002 | 20 076 | 385 | *1,5* |
| 2. Halbjahr | 55 622 | 26 648 | *47,9* | 26 492 | 20 586 | 156 | *0,6* |
| 1961 1. Halbjahr | 55 984 | 26 665 | *47,6* | 26 427 | 20 541 | 238 | *0,9* |
| 2. Halbjahr | 56 488 | 26 879 | *47,6* | 26 755 | 20 919 | 124 | *0,5* |
| 1962 1. Halbjahr | 56 752 | 26 887 | *47,4* | 26 690 | 20 917 | 197 | *0,7* |
| 2. Halbjahr | 57 124 | 26 988 | *47,2* | 26 875 | 21 188 | 113 | *0,4* |
| 1963 1. Halbjahr | 57 403 | 27 017 | *47,1* | 26 770 | 21 160 | 247 | *0,9* |
| 2. Halbjahr | 57 771 | 27 114 | *46,9* | 26 990 | 21 445 | 124 | *0,5* |
| 1964 1. Halbjahr | 58 061 | 27 054 | *46,6* | 26 833 | 21 364 | 221 | *0,8* |
| 2. Halbjahr | 58 471 | 27 242 | *46,6* | 27 125 | 21 730 | 117 | *0,4* |
| 1965 1. Halbjahr | 58 811 | 27 215 | *46,3* | 27 022 | 21 682 | 193 | *0,7* |
| 2. Halbjahr | 59 212 | 27 385 | *46,2* | 27 284 | 22 000 | 101 | *0,4* |
| 1966 1. Halbjahr | 59 481 | 27 253 | *45,8* | 27 084 | 21 839 | 169 | *0,6* |
| 2. Halbjahr | 59 794 | 27 233 | *45,5* | 27 080 | 21 901 | 153 | *0,6* |
| 1967 1. Halbjahr | 59 824 | 26 794 | *44,8* | 26 257 | 21 072 | 537 | *2,0* |

[1]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2]) Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 38

## Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

| Jahr | Alle Wirtschaftsbereiche | | Land- und Forstwirtschaft [1] | | Produzierendes Gewerbe [2] | | Handel und Verkehr [3] | | Übrige Bereiche [4] | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Selbständige [5] | Abhängige | Erwerbstätige | darunter Abhängige | Erwerbstätige | darunter Abhängige | Erwerbstätige | darunter Abhängige | Erwerbstätige | darunter Abhängige |
| 1950 [6] | 31,6 | 68,4 | 24,8 | 5,0 | 42,6 | 37,3 | 16,0 | 11,6 | 16,6 | 14,5 |
| 1951 | 30,4 | 69,6 | 23,4 | 4,5 | 43,3 | 38,2 | 16,8 | 12,5 | 16,5 | 14,4 |
| 1952 | 29,4 | 70,6 | 22,2 | 4,2 | 43,8 | 38,7 | 17,5 | 13,2 | 16,6 | 14,5 |
| 1953 | 28,4 | 71,6 | 21,0 | 3,9 | 44,5 | 39,6 | 18,1 | 13,8 | 16,5 | 14,3 |
| 1954 | 27,4 | 72,6 | 19,8 | 3,6 | 45,6 | 40,9 | 18,1 | 13,7 | 16,4 | 14,3 |
| 1955 [6] | 26,2 | 73,8 | 18,6 | 3,2 | 46,7 | 42,2 | 18,5 | 14,3 | 16,2 | 14,1 |
| 1956 | 25,4 | 74,6 | 17,7 | 3,0 | 47,5 | 43,1 | 18,7 | 14,5 | 16,2 | 14,0 |
| 1957 | 24,8 | 75,2 | 17,0 | 2,8 | 47,4 | 43,0 | 19,3 | 15,1 | 16,4 | 14,2 |
| 1958 | 24,6 | 75,4 | 16,3 | 2,6 | 47,5 | 43,2 | 19,4 | 15,1 | 16,7 | 14,5 |
| 1959 | 24,0 | 76,0 | 15,5 | 2,4 | 47,7 | 43,4 | 19,6 | 15,2 | 17,2 | 15,0 |
| 1960 | 23,0 | 77,0 | 14,4 | 2,2 | 48,2 | 43,9 | 19,9 | 15,7 | 17,5 | 15,2 |
| 1960 | 22,5 | 77,5 | 13,8 | 2,0 | 47,7 | 43,7 | 17,2 | 13,2 | 21,3 | 18,6 |
| 1961 | 22,0 | 78,0 | 13,0 | 1,8 | 48,1 | 44,2 | 17,4 | 13,3 | 21,6 | 18,7 |
| 1962 | 21,4 | 78,6 | 12,6 | 1,7 | 48,2 | 44,6 | 17,3 | 13,3 | 21,8 | 19,0 |
| 1963 | 20,7 | 79,3 | 12,0 | 1,6 | 48,2 | 44,7 | 17,6 | 13,6 | 22,1 | 19,3 |
| 1964 | 20,1 | 79,9 | 11,4 | 1,4 | 48,3 | 44,7 | 17,6 | 13,8 | 22,7 | 19,9 |
| 1965 | 19,6 | 80,4 | 10,9 | 1,4 | 48,7 | 45,1 | 17,6 | 13,9 | 22,8 | 20,0 |
| 1966 | 19,2 | 80,8 | 10,6 | 1,3 | 48,4 | 45,0 | 17,7 | 14,0 | 23,3 | 20,5 |

[1]) Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2]) Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4]) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 39

**Sozialprodukt und**

Millionen

| Zeitraum | Bruttoinlandsprodukt | Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt [1] | Bruttosozialprodukt | Abschreibungen | Nettosozialprodukt zu Marktpreisen | Indirekte Steuern abzüglich Subventionen | Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | in jeweiligen Preisen | | | | | | |
| 1950 | 97 820 | + 80 | 97 900 | 10 080 | 87 820 | 12 660 | 75 160 |
| 1951 | 119 430 | + 70 | 119 500 | 11 970 | 107 530 | 16 450 | 91 080 |
| 1952 | 136 490 | + 110 | 136 600 | 13 300 | 123 300 | 19 530 | 103 770 |
| 1953 | 147 010 | + 90 | 147 100 | 13 400 | 133 700 | 21 570 | 112 130 |
| 1954 | 158 240 | − 340 | 157 900 | 13 640 | 144 260 | 23 180 | 121 080 |
| 1955 [2] | 180 830 | − 430 | 180 400 | 14 830 | 165 570 | 26 110 | 139 460 |
| 1956 | 199 000 | − 200 | 198 800 | 16 530 | 182 270 | 27 900 | 154 370 |
| 1957 | 216 390 | − 90 | 216 300 | 18 370 | 197 930 | 29 640 | 168 290 |
| 1958 | 231 210 | + 290 | 231 500 | 20 190 | 211 310 | 31 170 | 180 140 |
| 1959 | 250 750 | + 150 | 250 900 | 22 070 | 228 830 | 34 860 | 193 970 |
| 1960 | 279 420 | + 380 | 279 800 | 24 810 | 254 990 | 38 070 | 216 920 |
| 1960 | 296 640 | + 160 | 296 800 | 26 240 | 270 560 | 40 760 | 229 800 |
| 1961 | 326 600 | − 400 | 326 200 | 29 650 | 296 550 | 44 950 | 251 600 |
| 1962 | 354 880 | − 380 | 354 500 | 33 830 | 320 670 | 48 770 | 271 900 |
| 1963 | 377 960 | − 360 | 377 600 | 37 800 | 339 800 | 50 760 | 289 040 |
| 1964 | 414 600 | − 800 | 413 800 | 41 960 | 371 840 | 55 340 | 316 500 |
| 1965 [3] | 451 660 | −1 060 | 450 600 | 47 080 | 403 520 | 59 910 | 343 610 |
| 1966 [3] | 479 110 | − 810 | 478 300 | 52 200 | 426 100 | 63 660 | 362 440 |
| 1960 1. Halbjahr | 139 810 | + 260 | 140 070 | 12 660 | 127 410 | 19 330 | 108 080 |
| 2. Halbjahr | 156 830 | − 100 | 156 730 | 13 580 | 143 150 | 21 430 | 121 720 |
| 1961 1. Halbjahr | 155 940 | + 20 | 155 960 | 14 320 | 141 640 | 21 790 | 119 850 |
| 2. Halbjahr | 170 660 | − 420 | 170 240 | 15 330 | 154 910 | 23 160 | 131 750 |
| 1962 1. Halbjahr | 168 510 | − 50 | 168 460 | 16 400 | 152 060 | 23 810 | 128 250 |
| 2. Halbjahr | 186 370 | − 330 | 186 040 | 17 430 | 168 610 | 24 960 | 143 650 |
| 1963 1. Halbjahr | 176 890 | − 230 | 176 660 | 18 420 | 158 240 | 24 530 | 133 710 |
| 2. Halbjahr | 201 070 | − 130 | 200 940 | 19 380 | 181 560 | 26 230 | 155 330 |
| 1964 1. Halbjahr | 194 760 | − 460 | 194 300 | 20 320 | 173 980 | 26 650 | 147 330 |
| 2. Halbjahr | 219 840 | − 340 | 219 500 | 21 640 | 197 860 | 28 690 | 169 170 |
| 1965 1. Halbjahr [3] | 213 330 | − 730 | 212 600 | 22 930 | 189 670 | 29 160 | 160 510 |
| 2. Halbjahr [3] | 238 330 | − 330 | 238 000 | 24 150 | 213 850 | 30 750 | 183 100 |
| 1966 1. Halbjahr [3] | 229 020 | − 320 | 228 700 | 25 580 | 203 120 | 32 010 | 171 110 |
| 2. Halbjahr [3] | 250 090 | − 490 | 249 600 | 26 620 | 222 980 | 31 650 | 191 330 |
| 1967 1. Halbjahr [4] | 228 200 | − 200 | 228 000 | 27 100 | 200 900 | 32 120 | 168 780 |

[1] Ein Pluszeichen bedeutet, daß Inländern mehr Einkommen aus der übrigen Welt zugeflossen sind als der übrigen Welt von Inländern. Ein Minuszeichen bedeutet das Umgekehrte.
[2] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 39

## Volkseinkommen

DM

| Bruttoinlandsprodukt | Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt [1] | Bruttosozialprodukt | Abschreibungen | Nettosozialprodukt zu Marktpreisen | Zeitraum |
|---|---|---|---|---|---|
| | | in Preisen von 1954 | | | |
| 112 790 | + 110 | 112 900 | 12 260 | 100 640 | 1950 |
| 125 100 | + 100 | 125 200 | 12 510 | 112 690 | 1951 |
| 136 380 | + 120 | 136 500 | 12 790 | 123 710 | 1952 |
| 147 210 | + 90 | 147 300 | 13 160 | 134 140 | 1953 |
| 158 240 | − 340 | 157 900 | 13 640 | 144 260 | 1954 |
| 177 340 | − 440 | 176 900 | 14 410 | 162 490 | 1955 [2] |
| 189 530 | − 230 | 189 300 | 15 620 | 173 680 | 1956 |
| 200 320 | − 120 | 200 200 | 16 840 | 183 360 | 1957 |
| 206 670 | + 130 | 206 800 | 18 200 | 188 600 | 1958 |
| 221 070 | − 70 | 221 000 | 19 740 | 201 260 | 1959 |
| 240 320 | + 80 | 240 400 | 21 630 | 218 770 | 1960 |
| 254 980 | − 80 | 254 900 | 22 870 | 232 030 | 1960 |
| 269 170 | − 570 | 268 600 | 25 040 | 243 560 | 1961 |
| 280 180 | − 580 | 279 600 | 27 370 | 252 230 | 1962 |
| 289 860 | − 560 | 289 300 | 29 940 | 259 360 | 1963 |
| 309 400 | − 900 | 308 500 | 32 780 | 275 720 | 1964 |
| 325 160 | − 1 060 | 324 100 | 35 930 | 288 170 | 1965 [3] |
| 332 760 | − 860 | 331 900 | 39 100 | 292 800 | 1966 [3] |
| 120 940 | + 130 | 121 070 | . | . | 1960 1. Halbjahr |
| 134 040 | − 210 | 133 830 | . | . | 2. Halbjahr |
| 130 270 | − 110 | 130 160 | . | . | 1961 1. Halbjahr |
| 138 900 | − 460 | 138 440 | . | . | 2. Halbjahr |
| 134 250 | − 170 | 134 080 | . | . | 1962 1. Halbjahr |
| 145 930 | − 410 | 145 520 | . | . | 2. Halbjahr |
| 137 230 | − 330 | 136 900 | . | . | 1963 1. Halbjahr |
| 152 630 | − 230 | 152 400 | . | . | 2. Halbjahr |
| 147 400 | − 500 | 146 900 | . | . | 1964 1. Halbjahr |
| 162 000 | − 400 | 161 600 | . | . | 2. Halbjahr |
| 156 180 | − 680 | 155 500 | . | . | 1965 1. Halbjahr [3] |
| 168 980 | − 380 | 168 600 | . | . | 2. Halbjahr [3] |
| 160 870 | − 370 | 160 500 | . | . | 1966 1. Halbjahr [3] |
| 171 890 | − 490 | 171 400 | . | . | 2. Halbjahr [3] |
| 158 130 | − 330 | 157 800 | . | . | 1967 1. Halbjahr [4] |

[3]) Vorläufige Ergebnisse.
[4]) Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 40

**Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts**

Millionen

| Zeitraum | Bruttoinlands-produkt | Land- und Forst-wirtschaft [1]) | Produzierendes Gewerbe [2]) | Handel und Verkehr [3]) | Übrige Bereiche [4]) |
|---|---|---|---|---|---|
| | in jeweiligen Preisen | | | | |
| 1950 | 97 820 | 10 180 | 48 480 | 19 430 | 19 730 |
| 1951 | 119 430 | 12 270 | 61 270 | 23 060 | 22 830 |
| 1952 | 136 490 | 13 330 | 69 290 | 27 780 | 26 090 |
| 1953 | 147 010 | 13 430 | 76 110 | 28 550 | 28 920 |
| 1954 | 158 240 | 13 760 | 82 560 | 30 220 | 31 700 |
| 1955 [5]) | 180 830 | 14 540 | 95 780 | 35 200 | 35 310 |
| 1956 | 199 000 | 14 970 | 105 190 | 39 070 | 39 770 |
| 1957 | 216 390 | 15 620 | 113 240 | 43 490 | 44 040 |
| 1958 | 231 210 | 16 520 | 120 390 | 46 240 | 48 060 |
| 1959 | 250 750 | 16 880 | 131 700 | 50 310 | 51 860 |
| 1960 | 279 420 | 17 520 | 148 440 | 55 360 | 58 100 |
| 1960 | 296 640 | 17 720 | 158 080 | 58 490 | 62 350 |
| 1961 | 326 600 | 17 940 | 174 700 | 63 400 | 70 560 |
| 1962 | 354 880 | 17 970 | 189 910 | 69 670 | 77 330 |
| 1963 | 377 960 | 19 280 | 199 000 | 73 920 | 85 760 |
| 1964 | 414 600 | 20 510 | 218 910 | 80 610 | 94 570 |
| 1965 [6]) | 451 660 | 20 050 | 238 480 | 87 700 | 105 430 |
| 1966 [6]) | 479 110 | 20 040 | 248 570 | 93 130 | 117 370 |
| 1960 1. Halbjahr | 139 810 | 8 570 | 73 830 | 27 500 | 29 910 |
| 2. Halbjahr | 156 830 | 9 150 | 84 250 | 30 990 | 32 440 |
| 1961 1. Halbjahr | 155 940 | 9 240 | 82 900 | 29 720 | 34 080 |
| 2. Halbjahr | 170 660 | 8 700 | 91 800 | 33 680 | 36 480 |
| 1962 1. Halbjahr | 168 510 | 8 790 | 89 360 | 33 010 | 37 350 |
| 2. Halbjahr | 186 370 | 9 180 | 100 550 | 36 660 | 39 980 |
| 1963 1. Halbjahr | 176 890 | 9 140 | 91 720 | 34 580 | 41 450 |
| 2. Halbjahr | 201 070 | 10 140 | 107 280 | 39 340 | 44 310 |
| 1964 1. Halbjahr | 194 760 | 10 180 | 101 880 | 37 410 | 45 290 |
| 2. Halbjahr | 219 840 | 10 330 | 117 030 | 43 200 | 49 280 |
| 1965 1. Halbjahr [6]) | 213 330 | 10 050 | 112 440 | 40 520 | 50 320 |
| 2. Halbjahr [6]) | 238 330 | 10 000 | 126 040 | 47 180 | 55 110 |
| 1966 1. Halbjahr [6]) | 229 020 | 9 860 | 119 460 | 43 900 | 55 800 |
| 2. Halbjahr [6]) | 250 090 | 10 180 | 129 110 | 49 230 | 61 570 |
| 1967 1. Halbjahr [7]) | 228 200 | 10 020 | 114 050 | 43 690 | 60 440 |

[1]) Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2]) Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4]) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 40

**bereiche zum Bruttoinlandsprodukt**

DM

| Bruttoinlands-produkt | Land- und Forst-wirtschaft [1]) | Produzierendes Gewerbe [2]) | Handel und Verkehr [3]) | Übrige Bereiche [4]) | Zeitraum | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | in Preisen von 1954 | | | | |
| 112 790 | 11 610 | 53 380 | 23 320 | 24 480 | 1950 | [5]) |
| 125 100 | 13 290 | 60 920 | 25 070 | 25 820 | 1951 | |
| 136 380 | 13 400 | 68 250 | 26 630 | 28 100 | 1952 | |
| 147 210 | 13 450 | 75 450 | 28 360 | 29 950 | 1953 | |
| 158 240 | 13 760 | 82 560 | 30 220 | 31 700 | 1954 | |
| 177 340 | 13 670 | 95 730 | 34 010 | 33 930 | 1955 | |
| 189 530 | 13 550 | 102 760 | 37 360 | 35 860 | 1956 | |
| 200 320 | 14 000 | 108 020 | 39 840 | 38 460 | 1957 | |
| 206 670 | 14 840 | 111 570 | 40 460 | 39 800 | 1958 | |
| 221 070 | 15 330 | 120 500 | 43 580 | 41 660 | 1959 | |
| 240 320 | 15 910 | 133 160 | 47 430 | 43 820 | 1960 | |
| 254 980 | 16 090 | 141 880 | 50 010 | 47 000 | 1960 | |
| 269 170 | 16 360 | 150 800 | 52 250 | 49 760 | 1961 | |
| 280 180 | 15 710 | 157 460 | 54 580 | 52 430 | 1962 | |
| 289 860 | 16 980 | 162 000 | 56 060 | 54 820 | 1963 | |
| 309 400 | 17 890 | 175 660 | 58 790 | 57 060 | 1964 | |
| 325 160 | 16 720 | 187 130 | 61 880 | 59 430 | 1965 [6]) | |
| 332 760 | 16 470 | 190 850 | 63 630 | 61 810 | 1966 [6]) | |
| 120 940 | 7 520 | 66 960 | 23 430 | 23 030 | 1960 | 1. Halbjahr |
| 134 040 | 8 570 | 74 920 | 26 580 | 23 970 | | 2. Halbjahr |
| 130 270 | 8 740 | 72 500 | 24 680 | 24 350 | 1961 | 1. Halbjahr |
| 138 900 | 7 620 | 78 300 | 27 570 | 25 410 | | 2. Halbjahr |
| 134 250 | 7 480 | 74 970 | 25 960 | 25 840 | 1962 | 1. Halbjahr |
| 145 930 | 8 230 | 82 490 | 28 620 | 26 590 | | 2. Halbjahr |
| 137 230 | 8 070 | 75 670 | 26 440 | 27 050 | 1963 | 1. Halbjahr |
| 152 630 | 8 910 | 86 330 | 29 620 | 27 770 | | 2. Halbjahr |
| 147 400 | 9 010 | 82 710 | 27 640 | 28 040 | 1964 | 1. Halbjahr |
| 162 000 | 8 880 | 92 950 | 31 150 | 29 020 | | 2. Halbjahr |
| 156 180 | 8 810 | 89 240 | 28 920 | 29 210 | 1965 | 1. Halbjahr [6]) |
| 168 980 | 7 910 | 97 890 | 32 960 | 30 220 | | 2. Halbjahr [6]) |
| 160 870 | 7 940 | 92 400 | 30 220 | 30 310 | 1966 | 1. Halbjahr [6]) |
| 171 890 | 8 530 | 98 450 | 33 410 | 31 500 | | 2. Halbjahr [6]) |
| 158 130 | 8 530 | 88 510 | 29 910 | 31 180 | 1967 | 1. Halbjahr [7]) |

[5]) Ohne Saarland und Berlin.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
[7]) Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 41

## Verteilung des Volkseinkommens

Millionen DM

| Zeitraum | Volkseinkommen | Einkommen aus unselbständiger Arbeit [1] | Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | insgesamt | der privaten Haushalte [2] | der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [3] = unverteilte Gewinne [4] | des Staates [5] |
| 1950 | 75 160 | 44 070 | 31 090 | 26 110 | 4 280 | 700 |
| 1951 | 91 080 | 53 430 | 37 650 | 31 880 | 4 690 | 1 080 |
| 1952 | 103 770 | 59 600 | 44 170 | 35 820 | 6 730 | 1 620 |
| 1953 | 112 130 | 65 770 | 46 360 | 37 160 | 7 440 | 1 760 |
| 1954 | 121 080 | 71 870 | 49 210 | 39 700 | 7 640 | 1 870 |
| 1955 [6] | 139 460 | 81 950 | 57 510 | 45 890 | 9 100 | 2 520 |
| 1956 | 154 370 | 91 820 | 62 550 | 50 080 | 9 820 | 2 650 |
| 1957 | 168 290 | 100 520 | 67 770 | 53 660 | 10 980 | 3 130 |
| 1958 | 180 140 | 108 990 | 71 150 | 56 610 | 11 350 | 3 190 |
| 1959 | 193 970 | 116 830 | 77 140 | 61 380 | 12 800 | 2 960 |
| 1960 | 216 920 | 131 400 | 85 520 | 67 490 | 14 560 | 3 470 |
| 1960 | 229 800 | 139 770 | 90 030 | 70 910 | 15 480 | 3 640 |
| 1961 | 251 600 | 157 180 | 94 420 | 74 680 | 15 430 | 4 310 |
| 1962 | 271 900 | 173 860 | 98 040 | 78 350 | 15 100 | 4 590 |
| 1963 | 289 040 | 186 530 | 102 510 | 82 510 | 14 970 | 5 030 |
| 1964 | 316 500 | 204 360 | 112 140 | 90 160 | 16 610 | 5 370 |
| 1965 [7] | 343 610 | 225 840 | 117 770 | 95 740 | 16 470 | 5 560 |
| 1966 [7] | 362 440 | 242 970 | 119 470 | 98 170 | 15 780 | 5 520 |
| 1960 1. Halbjahr | 108 080 | 65 660 | 42 420 | . | . | . |
| 2. Halbjahr | 121 720 | 74 110 | 47 610 | . | . | . |
| 1961 1. Halbjahr | 119 850 | 75 270 | 44 580 | . | . | . |
| 2. Halbjahr | 131 750 | 81 910 | 49 840 | . | . | . |
| 1962 1. Halbjahr | 128 250 | 82 840 | 45 410 | . | . | . |
| 2. Halbjahr | 143 650 | 91 020 | 52 630 | . | . | . |
| 1963 1. Halbjahr | 133 710 | 88 340 | 45 370 | . | . | . |
| 2. Halbjahr | 155 330 | 98 190 | 57 140 | . | . | . |
| 1964 1. Halbjahr | 147 330 | 96 860 | 50 470 | . | . | . |
| 2. Halbjahr | 169 170 | 107 500 | 61 670 | . | . | . |
| 1965 1. Halbjahr [7] | 160 510 | 106 580 | 53 930 | . | . | . |
| 2. Halbjahr [7] | 183 100 | 119 260 | 63 840 | . | . | . |
| 1966 1. Halbjahr [7] | 171 110 | 116 330 | 54 780 | . | . | . |
| 2. Halbjahr [7] | 191 330 | 126 640 | 64 690 | . | . | . |
| 1967 1. Halbjahr [8] | 168 780 | 117 480 | 51 300 | . | . | . |

[1] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä. — Werbungskosten sind nicht abgezogen.

[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. — Einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anmerkung 1). — Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

[3] Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

[4] Vor Abzug der direkten Steuern u. ä. der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

[5] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

[6] Ohne Saarland und Berlin.

[7] Vorläufige Ergebnisse.

[8] Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 42

## Volkseinkommen und Produktivität

| Zeitraum | Volkseinkommen | | | | Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer | | Bruttoinlandsprodukt je durchschnittlich Erwerbstätigen (Produktivität) [1] | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | je Einwohner | | je durchschnittlich Erwerbstätigen | | | | | |
| | DM | 1960 = 100 | DM | 1960 = 100 | DM | 1960 = 100 | DM | 1960 = 100 |
| 1950 [2] | 1 602 | 39 | 3 759 | 43 | 3 223 | 47 | 5 647 | 58 |
| 1951 [2] | 1 921 | 46 | 4 439 | 51 | 3 740 | 54 | 6 104 | 63 |
| 1952 [2] | 2 174 | 52 | 4 963 | 57 | 4 040 | 59 | 6 533 | 67 |
| 1953 [2] | 2 328 | 56 | 5 234 | 60 | 4 286 | 62 | 6 883 | 71 |
| 1954 [2] | 2 486 | 60 | 5 505 | 63 | 4 501 | 65 | 7 207 | 74 |
| 1955 [2] | 2 834 | 68 | 6 109 | 70 | 4 866 | 71 | 7 781 | 80 |
| 1956 [2] | 3 100 | 75 | 6 587 | 75 | 5 252 | 76 | 8 104 | 83 |
| 1957 [2] | 3 337 | 80 | 7 030 | 80 | 5 587 | 81 | 8 388 | 86 |
| 1958 [2] | 3 528 | 85 | 7 467 | 85 | 5 992 | 87 | 8 624 | 88 |
| 1959 [2] | 3 757 | 90 | 7 956 | 91 | 6 305 | 91 | 9 141 | 94 |
| 1960 [2] | 4 157 | 100 | 8 744 | 100 | 6 891 | 100 | 9 759 | 100 |
| 1960 | 4 146 | 100 | 8 755 | 100 | 6 875 | 100 | 9 773 | 100 |
| 1961 | 4 479 | 108 | 9 462 | 108 | 7 582 | 110 | 10 176 | 104 |
| 1962 | 4 775 | 115 | 10 152 | 116 | 8 258 | 120 | 10 518 | 108 |
| 1963 | 5 019 | 121 | 10 753 | 123 | 8 756 | 127 | 10 839 | 111 |
| 1964 | 5 432 | 131 | 11 731 | 134 | 9 484 | 138 | 11 521 | 118 |
| 1965 [3] | 5 823 | 140 | 12 655 | 145 | 10 340 | 150 | 12 023 | 123 |
| 1966 [3] | 6 077 | 147 | 13 383 | 153 | 11 110 | 162 | 12 335 | 126 |
| 1960 1. Halbjahr | 1 956 | 94 | 4 157 | 95 | 3 271 | 95 | 4 680 | 96 |
| 2. Halbjahr | 2 188 | 106 | 4 595 | 105 | 3 600 | 105 | 5 088 | 104 |
| 1961 1. Halbjahr | 2 141 | 103 | 4 535 | 104 | 3 664 | 107 | 4 954 | 101 |
| 2. Halbjahr | 2 332 | 112 | 4 924 | 112 | 3 916 | 114 | 5 220 | 107 |
| 1962 1. Halbjahr | 2 260 | 109 | 4 805 | 110 | 3 960 | 115 | 5 059 | 104 |
| 2. Halbjahr | 2 515 | 121 | 5 345 | 122 | 4 296 | 125 | 5 458 | 112 |
| 1963 1. Halbjahr | 2 329 | 112 | 4 995 | 114 | 4 175 | 121 | 5 154 | 105 |
| 2. Halbjahr | 2 689 | 130 | 5 755 | 131 | 4 579 | 133 | 5 683 | 116 |
| 1964 1. Halbjahr | 2 538 | 122 | 5 491 | 125 | 4 534 | 132 | 5 520 | 113 |
| 2. Halbjahr | 2 893 | 140 | 6 237 | 142 | 4 947 | 144 | 5 998 | 123 |
| 1965 1. Halbjahr [3] | 2 729 | 132 | 5 940 | 136 | 4 916 | 143 | 5 804 | 119 |
| 2. Halbjahr [3] | 3 092 | 149 | 6 711 | 153 | 5 421 | 158 | 6 217 | 127 |
| 1966 1. Halbjahr [3] | 2 877 | 139 | 6 318 | 144 | 5 327 | 155 | 5 963 | 122 |
| 2. Halbjahr [3] | 3 200 | 154 | 7 065 | 161 | 5 782 | 168 | 6 372 | 130 |
| 1967 1. Halbjahr [4] | 2 821 | 136 | 6 428 | 147 | 5 575 | 162 | 6 051 | 124 |

[1] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.
[4] Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 43

**Verwendung des**

Millionen

| Zeitraum | Bruttosozialprodukt | Privater Verbrauch | Staatsverbrauch | Anlageinvestitionen insgesamt | Anlageinvestitionen Ausrüstungen | Anlageinvestitionen Bauten | Vorratsveränderung | Ausfuhr | Einfuhr | Außenbeitrag [1] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | in jeweiligen Preisen | | | | | | | | | |
| 1950 | 97 900 | 63 360 | 14 000 | 18 140 | 9 290 | 8 850 | +3 670 | 11 310 | 12 580 | −1 270 |
| 1951 | 119 500 | 73 710 | 17 500 | 22 320 | 11 970 | 10 350 | +3 720 | 18 720 | 16 470 | +2 250 |
| 1952 | 136 600 | 81 820 | 20 800 | 25 570 | 13 920 | 11 650 | +5 120 | 22 120 | 18 830 | +3 290 |
| 1953 | 147 100 | 89 560 | 21 170 | 29 100 | 15 150 | 13 950 | +1 910 | 25 360 | 20 000 | +5 360 |
| 1954 | 157 900 | 95 110 | 22 030 | 32 760 | 17 260 | 15 500 | +2 840 | 30 770 | 25 610 | +5 160 |
| 1955 [2] | 180 400 | 106 190 | 23 820 | 40 660 | 21 560 | 19 100 | +5 590 | 36 620 | 32 480 | +4 140 |
| 1956 | 198 800 | 117 750 | 25 350 | 44 830 | 23 430 | 21 400 | +4 010 | 44 130 | 37 270 | +6 860 |
| 1957 | 216 300 | 128 160 | 27 300 | 46 490 | 23 790 | 22 700 | +5 320 | 52 500 | 43 470 | +9 030 |
| 1958 | 231 500 | 137 710 | 30 590 | 50 430 | 25 630 | 24 800 | +3 670 | 54 180 | 45 080 | +9 100 |
| 1959 | 250 900 | 146 480 | 33 530 | 57 960 | 28 460 | 29 500 | +4 200 | 60 580 | 51 850 | +8 730 |
| 1960 | 279 800 | 158 870 | 37 730 | 67 030 | 33 900 | 33 130 | +7 990 | 69 750 | 61 570 | +8 180 |
| 1960 | 296 800 | 170 030 | 40 400 | 70 620 | 35 600 | 35 020 | +8 590 | 62 910 | 55 750 | +7 160 |
| 1961 | 326 200 | 186 760 | 46 050 | 80 710 | 40 660 | 40 050 | +5 900 | 65 810 | 59 030 | +6 780 |
| 1962 | 354 500 | 204 030 | 53 100 | 90 200 | 44 660 | 45 540 | +3 500 | 68 950 | 65 280 | +3 670 |
| 1963 | 377 600 | 215 940 | 59 180 | 95 340 | 45 970 | 49 370 | +2 100 | 74 990 | 69 950 | +5 040 |
| 1964 | 413 800 | 232 900 | 61 740 | 109 150 | 51 600 | 57 550 | +4 700 | 83 530 | 78 220 | +5 310 |
| 1965 [3] | 450 600 | 255 050 | 69 600 | 118 720 | 58 000 | 60 720 | +8 000 | 91 140 | 91 910 | − 770 |
| 1966 [3] | 478 300 | 273 000 | 75 600 | 121 900 | 57 600 | 64 300 | +1 300 | 103 000 | 96 500 | +6 500 |
| 1960 1. Halbjahr | 140 070 | 79 830 | 19 520 | 32 290 | 16 530 | 15 760 | +5 270 | 30 070 | 26 910 | +3 160 |
| 2. Halbjahr | 156 730 | 90 200 | 20 880 | 38 330 | 19 070 | 19 260 | +3 320 | 32 840 | 28 840 | +4 000 |
| 1961 1. Halbjahr | 155 960 | 87 680 | 21 270 | 37 610 | 19 520 | 18 090 | +5 060 | 32 580 | 28 240 | +4 340 |
| 2. Halbjahr | 170 240 | 99 080 | 24 780 | 43 100 | 21 140 | 21 960 | + 840 | 33 230 | 30 790 | +2 440 |
| 1962 1. Halbjahr | 168 460 | 96 830 | 24 170 | 41 490 | 21 470 | 20 020 | +3 780 | 33 480 | 31 290 | +2 190 |
| 2. Halbjahr | 186 040 | 107 200 | 28 930 | 48 710 | 23 190 | 25 520 | − 280 | 35 470 | 33 990 | +1 480 |
| 1963 1. Halbjahr | 176 660 | 101 710 | 27 850 | 41 470 | 21 630 | 19 840 | +4 300 | 35 200 | 33 870 | +1 330 |
| 2. Halbjahr | 200 940 | 114 230 | 31 330 | 53 870 | 24 340 | 29 530 | −2 200 | 39 790 | 36 080 | +3 710 |
| 1964 1. Halbjahr | 194 300 | 109 240 | 28 310 | 49 480 | 24 300 | 25 180 | +3 400 | 40 690 | 36 820 | +3 870 |
| 2. Halbjahr | 219 500 | 123 660 | 33 430 | 59 670 | 27 300 | 32 370 | +1 300 | 42 840 | 41 400 | +1 440 |
| 1965 1. Halbjahr [3] | 212 600 | 118 970 | 31 890 | 54 710 | 27 900 | 26 810 | +6 900 | 43 870 | 43 740 | + 130 |
| 2. Halbjahr [3] | 238 000 | 136 080 | 37 710 | 64 010 | 30 100 | 33 910 | +1 100 | 47 270 | 48 170 | − 900 |
| 1966 1. Halbjahr [3] | 228 700 | 129 900 | 35 120 | 58 600 | 29 000 | 29 600 | +3 800 | 48 840 | 47 560 | +1 280 |
| 2. Halbjahr [3] | 249 600 | 143 100 | 40 480 | 63 300 | 28 600 | 34 700 | −2 500 | 54 160 | 48 940 | +5 220 |
| 1967 1. Halbjahr [4] | 228 000 | 133 200 | 37 600 | 51 000 | 24 600 | 26 400 | −2 000 | 53 900 | 45 700 | +8 200 |

[1] Ausfuhr ./. Einfuhr.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 43

## Sozialprodukts

DM

| Bruttosozialprodukt | Privater Verbrauch | Staatsverbrauch | Anlageinvestitionen insgesamt | Anlageinvestitionen Ausrüstungen | Anlageinvestitionen Bauten | Vorratsveränderung | Ausfuhr | Einfuhr | Außenbeitrag [1] | Zeitraum | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| in Preisen von 1954 | | | | | | | | | | | |
| 112 900 | 68 960 | 17 430 | 21 800 | 11 200 | 10 600 | +3 900 | 13 630 | 12 820 | + 810 | 1950 | |
| 125 200 | 74 440 | 19 410 | 23 150 | 12 440 | 10 710 | +3 310 | 18 490 | 13 600 | + 4 890 | 1951 | |
| 136 500 | 81 180 | 21 560 | 24 600 | 13 290 | 11 310 | +4 840 | 21 040 | 16 720 | + 4 320 | 1952 | |
| 147 300 | 90 060 | 21 430 | 28 780 | 14 760 | 14 020 | +1 800 | 24 940 | 19 710 | + 5 230 | 1953 | |
| 157 900 | 95 110 | 22 030 | 32 760 | 17 260 | 15 500 | +2 840 | 30 770 | 25 610 | + 5 160 | 1954 | |
| 176 900 | 104 540 | 22 970 | 39 460 | 21 340 | 18 120 | +5 510 | 36 250 | 31 830 | + 4 420 | 1955 | [2] |
| 189 300 | 113 470 | 23 150 | 42 380 | 22 620 | 19 760 | +3 860 | 42 270 | 35 830 | + 6 440 | 1956 | |
| 200 200 | 120 450 | 24 150 | 42 590 | 22 340 | 20 250 | +5 090 | 49 120 | 41 200 | + 7 920 | 1957 | |
| 206 800 | 126 210 | 26 150 | 45 210 | 23 740 | 21 470 | +3 450 | 50 890 | 45 110 | + 5 780 | 1958 | |
| 221 000 | 132 970 | 28 450 | 51 000 | 26 600 | 24 400 | +4 060 | 57 940 | 53 420 | + 4 520 | 1959 | |
| 240 400 | 142 320 | 30 720 | 56 880 | 31 260 | 25 620 | +7 680 | 65 670 | 62 870 | + 2 800 | 1960 | |
| 254 900 | 152 430 | 32 780 | 60 000 | 32 870 | 27 130 | +8 190 | 59 280 | 57 780 | + 1 500 | 1960 | |
| 268 600 | 162 980 | 35 480 | 65 630 | 36 650 | 28 980 | +5 500 | 61 250 | 62 240 | — 990 | 1961 | |
| 279 600 | 172 770 | 39 770 | 69 440 | 38 860 | 30 580 | +3 100 | 63 860 | 69 340 | — 5 480 | 1962 | |
| 289 300 | 177 900 | 43 080 | 71 390 | 39 900 | 31 490 | +2 000 | 70 020 | 75 090 | — 5 070 | 1963 | |
| 308 500 | 187 530 | 42 630 | 79 960 | 44 500 | 35 460 | +4 400 | 77 260 | 83 280 | — 6 020 | 1964 | |
| 324 100 | 199 060 | 45 450 | 85 110 | 48 590 | 36 520 | +7 300 | 82 770 | 95 590 | —12 820 | 1965 [3] | |
| 331 900 | 205 700 | 46 040 | 85 380 | 47 410 | 37 970 | +1 100 | 91 900 | 98 220 | — 6 320 | 1966 [3] | |
| 121 070 | 71 900 | 16 060 | 27 570 | 15 300 | 12 270 | +5 000 | 28 490 | 27 950 | + 540 | 1960 | 1. Halbjahr |
| 133 830 | 80 530 | 16 720 | 32 430 | 17 570 | 14 860 | +3 190 | 30 790 | 29 830 | + 960 | | 2. Halbjahr |
| 130 160 | 77 130 | 16 480 | 31 180 | 17 640 | 13 540 | +4 730 | 30 360 | 29 720 | + 640 | 1961 | 1. Halbjahr |
| 138 440 | 85 850 | 19 000 | 34 450 | 19 010 | 15 440 | + 770 | 30 890 | 32 520 | — 1 630 | | 2. Halbjahr |
| 134 080 | 82 490 | 18 220 | 32 430 | 18 730 | 13 700 | +3 310 | 31 080 | 33 450 | — 2 370 | 1962 | 1. Halbjahr |
| 145 520 | 90 280 | 21 550 | 37 010 | 20 130 | 16 880 | — 210 | 32 780 | 35 890 | — 3 110 | | 2. Halbjahr |
| 136 900 | 84 090 | 20 570 | 31 620 | 18 810 | 12 810 | +4 070 | 32 860 | 36 310 | — 3 450 | 1963 | 1. Halbjahr |
| 152 400 | 93 810 | 22 510 | 39 770 | 21 090 | 18 680 | —2 070 | 37 160 | 38 780 | — 1 620 | | 2. Halbjahr |
| 146 900 | 88 480 | 19 820 | 36 680 | 21 040 | 15 640 | +3 170 | 38 070 | 39 320 | — 1 250 | 1964 | 1. Halbjahr |
| 161 600 | 99 050 | 22 810 | 43 280 | 23 460 | 19 820 | +1 230 | 39 190 | 43 960 | — 4 770 | | 2. Halbjahr |
| 155 500 | 94 070 | 21 190 | 39 800 | 23 580 | 16 220 | +6 300 | 40 030 | 45 890 | — 5 860 | 1965 | 1. Halbjahr [3] |
| 168 600 | 104 990 | 24 260 | 45 310 | 25 010 | 20 300 | +1 000 | 42 740 | 49 700 | — 6 960 | | 2. Halbjahr [3] |
| 160 500 | 98 850 | 21 860 | 41 480 | 23 950 | 17 530 | +3 100 | 43 750 | 48 540 | — 4 790 | 1966 | 1. Halbjahr [3] |
| 171 400 | 106 850 | 24 180 | 43 900 | 23 460 | 20 440 | —2 000 | 48 150 | 49 680 | — 1 530 | | 2. Halbjahr [3] |
| 157 800 | 99 130 | 22 420 | 36 510 | 20 460 | 16 050 | —1 800 | 48 800 | 47 260 | + 1 540 | 1967 | 1. Halbjahr [4] |

[1] Erste vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 44

## Investitionen der Unternehmen

| Jahr | Insgesamt [1] | | Ausrüstungs- / Bau- [1] investitionen | | | | Vorratsveränderung | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH |
| 1950 [2] | 15 620 | *100* | 9 020 | *57,7* | 2 930 | *18,8* | +3 670 | *23,5* |
| 1951 [2] | 18 350 | *100* | 11 590 | *63,2* | 3 040 | *16,6* | +3 720 | *20,3* |
| 1952 [2] | 21 610 | *100* | 13 500 | *62,5* | 2 990 | *13,8* | +5 120 | *23,7* |
| 1953 [2] | 20 290 | *100* | 14 710 | *72,5* | 3 670 | *18,1* | +1 910 | *9,4* |
| 1954 [2] | 23 790 | *100* | 16 800 | *70,6* | 4 150 | *17,4* | +2 840 | *11,9* |
| 1955 [2] | 32 340 | *100* | 21 060 | *65,1* | 5 690 | *17,6* | +5 590 | *17,3* |
| 1956 [2] | 33 630 | *100* | 22 880 | *68,0* | 6 740 | *20,0* | +4 010 | *11,9* |
| 1957 [2] | 35 870 | *100* | 23 200 | *64,7* | 7 350 | *20,5* | +5 320 | *14,8* |
| 1958 [2] | 36 870 | *100* | 24 970 | *67,7* | 8 230 | *22,3* | +3 670 | *10,0* |
| 1959 [2] | 41 020 | *100* | 27 750 | *67,6* | 9 070 | *22,1* | +4 200 | *10,2* |
| 1960 [2] | 51 240 | *100* | 33 020 | *64,4* | 10 230 | *20,0* | +7 990 | *15,6* |
| 1960 | 54 140 | *100* | 34 670 | *64,0* | 10 880 | *20,1* | +8 590 | *15,9* |
| 1961 | 57 970 | *100* | 39 600 | *68,3* | 12 470 | *21,5* | +5 900 | *10,2* |
| 1962 | 60 520 | *100* | 43 410 | *71,7* | 13 610 | *22,5* | +3 500 | *5,8* |
| 1963 | 60 570 | *100* | 44 500 | *73,5* | 13 970 | *23,1* | +2 100 | *3,5* |
| 1964 | 71 220 | *100* | 50 060 | *70,3* | 16 460 | *23,1* | +4 700 | *6,6* |
| 1965 [3] | 81 900 | *100* | 56 360 | *68,8* | 17 540 | *21,4* | +8 000 | *9,8* |
| 1966 [3] | 76 760 | *100* | 55 920 | *72,9* | 19 540 | 25,5 | +1 300 | *1,7* |

[1] Ohne Wohnungen.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 45

## Bauinvestitionen

| Jahr | Insgesamt | Unternehmen [1] | Staat | | | Wohnungen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | insgesamt | Verkehrsbauten | sonstige Bauten | |
| | Millionen DM | | | | | |
| 1950 | 8 850 | 2 930 | 1 570 | 510 | 1 060 | 4 350 |
| 1951 | 10 350 | 3 040 | 1 940 | 690 | 1 250 | 5 370 |
| 1952 | 11 650 | 2 990 | 2 360 | 850 | 1 510 | 6 300 |
| 1953 | 13 950 | 3 670 | 2 880 | 1 020 | 1 860 | 7 400 |
| 1954 | 15 500 | 4 150 | 3 090 | 1 160 | 1 930 | 8 260 |
| 1955 [2] | 19 100 | 5 690 | 4 090 | 1 670 | 2 420 | 9 320 |
| 1956 | 21 400 | 6 740 | 4 710 | 1 990 | 2 720 | 9 950 |
| 1957 | 22 700 | 7 350 | 4 900 | 2 060 | 2 840 | 10 450 |
| 1958 | 24 800 | 8 230 | 5 470 | 2 350 | 3 120 | 11 100 |
| 1959 | 29 500 | 9 070 | 6 980 | 3 130 | 3 850 | 13 450 |
| 1960 | 33 130 | 10 230 | 8 000 | 3 630 | 4 370 | 14 900 |
| 1960 | 35 020 | 10 880 | 8 400 | 3 740 | 4 660 | 15 740 |
| 1961 | 40 050 | 12 470 | 9 770 | 4 360 | 5 410 | 17 810 |
| 1962 | 45 540 | 13 610 | 12 160 | 5 570 | 6 590 | 19 770 |
| 1963 | 49 370 | 13 970 | 14 170 | 6 520 | 7 650 | 21 230 |
| 1964 | 57 550 | 16 460 | 16 720 | 7 120 | 9 600 | 24 370 |
| 1965 [3] | 60 720 | 17 540 | 17 700 | 7 670 | 10 030 | 25 480 |
| 1966 [3] | 64 300 | 19 540 | 18 260 | 7 750 | 10 510 | 26 500 |
| | Anteil in vH | | | | | |
| 1950 | *100* | *33,1* | *17,7* | *5,8* | *11,9* | *49,2* |
| 1951 | *100* | *29,4* | *18,7* | *6,7* | *12,0* | *51,9* |
| 1952 | *100* | *25,7* | *20,3* | *7,3* | *13,0* | *54,0* |
| 1953 | *100* | *26,3* | *20,6* | *7,3* | *13,3* | *53,1* |
| 1954 | *100* | *26,8* | *19,9* | *7,5* | *12,4* | *53,3* |
| 1955 [2] | *100* | *29,8* | *21,4* | *8,7* | *12,7* | *48,8* |
| 1956 | *100* | *31,5* | *22,0* | *9,3* | *12,7* | *46,5* |
| 1957 | *100* | *32,4* | *21,6* | *9,1* | *12,5* | *46,0* |
| 1958 | *100* | *33,2* | *22,1* | *9,5* | *12,6* | *44,7* |
| 1959 | *100* | *30,7* | *23,7* | *10,6* | *13,1* | *45,6* |
| 1960 | *100* | *30,9* | *24,1* | *11,0* | *13,1* | *45,0* |
| 1960 | *100* | *31,1* | *24,0* | *10,7* | *13,3* | *44,9* |
| 1961 | *100* | *31,1* | *24,4* | *10,9* | *13,5* | *44,5* |
| 1962 | *100* | *29,9* | *26,7* | *12,2* | *14,5* | *43,4* |
| 1963 | *100* | *28,3* | *28,7* | *13,2* | *15,5* | *43,0* |
| 1964 | *100* | *28,6* | *29,1* | *12,4* | *16,7* | *42,3* |
| 1965 [3] | *100* | *28,9* | *29,2* | *12,6* | *16,5* | *42,0* |
| 1966 [3] | *100* | *30,4* | *28,4* | *12,1* | *16,3* | *41,2* |

[1] Ohne Wohnungen.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 46

**Einnahmen und Aus**

Millionen

| Jahr | Einnahmen [1] insgesamt | Steuern u. ä. Übertragungen [2] | Erwerbs- und Vermögenseinkommen [3] | Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen [4] | Veränderung der Verbindlichkeiten [5] |
|---|---|---|---|---|---|
| | Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung) | | | | |
| 1950 | 36 490 | 29 900 | 1 120 | 1 880 | + 3 590 |
| 1955 | 67 340 | 59 370 | 3 470 | 2 930 | + 1 570 |
| 1956 | 73 750 | 66 000 | 3 610 | 3 190 | + 950 |
| 1957 [12] | 81 230 | 72 490 | 4 050 | 3 510 | + 1 180 |
| 1958 | 88 030 | 77 720 | 4 120 | 3 920 | + 2 270 |
| 1959 | 100 090 | 86 200 | 4 020 | 4 340 | + 5 530 |
| 1960 | 110 540 | 98 620 | 4 570 | 4 830 | + 2 520 |
| 1960 | 114 440 | 102 070 | 4 770 | 5 140 | + 2 460 |
| 1961 | 130 480 | 115 060 | 5 320 | 5 570 | + 4 530 |
| 1962 | 141 570 | 126 510 | 5 690 | 6 140 | + 3 230 |
| 1963 | 153 300 | 134 170 | 6 180 | 6 700 | + 6 250 |
| 1964 | 166 410 | 145 940 | 6 510 | 7 620 | + 6 340 |
| 1965 [13] | 179 810 | 156 360 | 6 820 | 8 280 | + 8 350 |
| 1966 [13] | 193 060 | 168 440 | 7 050 | 8 880 | + 8 690 |
| | | | Sozialversicherung | | |
| 1950 | . | 8 920 | 110 | 10 | . |
| 1955 | . | 16 650 | 780 | 30 | . |
| 1956 | . | 18 570 | 1 030 | 20 | . |
| 1957 [12] | . | 22 170 | 1 230 | 20 | . |
| 1958 | . | 25 000 | 1 320 | 20 | . |
| 1959 | . | 26 620 | 1 410 | 20 | . |
| 1960 | . | 29 720 | 1 530 | 30 | . |
| 1960 | . | 31 680 | 1 600 | 30 | . |
| 1961 | . | 34 580 | 1 780 | 30 | . |
| 1962 | . | 38 300 | 2 040 | 40 | . |
| 1963 | . | 41 130 | 2 330 | 40 | . |
| 1964 | . | 44 080 | 2 610 | 40 | . |
| 1965 [13] | . | 48 690 | 2 750 | 40 | . |
| 1966 [13] | . | 53 420 | 2 950 | 40 | . |

[1]) Ohne Einnahmen von anderen Körperschaften des Staatssektors. Im Prinzip dargestellt im Stadium der Entstehung von Forderungen und Verbindlichkeiten.

[2]) Unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

[3]) Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen zuzüglich unterstellter Bankgebühren für Einlagen.

[4]) Gebühren und Entgelte von Unternehmen sowie von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter; die Verkäufe der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung sind nicht enthalten.

[5]) Nach Abzug von Tilgungsausgaben; die Angaben über die Veränderung der Verbindlichkeiten sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen (einschließlich einer „statistischen Differenz").

[6]) Ohne Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors (vgl. Anmerkung 1).

[7]) Käufe von Waren und Dienstleistungen für die Bereitstellung von Verwaltungsleistungen und die Durchführung von Investitionen in eigener Regie ohne die vom Staat gezahlten indirekten Steuern; die Käufe der Sozialversicherung von Gebietskörperschaften sind nicht enthalten.

Tabelle 46

## gaben des Staates

DM

| Ausgaben [6] | | | | | | | Jahr |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| insgesamt | Käufe für den laufenden Bedarf [7] | Investitionen [8] | Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Löhne, Gehälter u. ä. [9] | Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Zinsen auf öffentliche Schulden | Renten u. ä. Übertragungen, Subventionen [10] | Veränderung der Forderungen [11] | |
| | | | Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung) | | | | |
| 36 490 | 8 220 | 1 860 | 7 050 | 550 | 14 420 | + 4 390 | 1950 |
| 67 340 | 13 680 | 4 830 | 11 990 | 1 270 | 25 280 | +10 290 | 1955 |
| 73 750 | 13 910 | 5 480 | 13 380 | 1 370 | 28 900 | +10 710 | 1956 |
| 81 230 | 14 620 | 5 770 | 14 800 | 1 380 | 35 840 | + 8 820 | 1957 [12] |
| 88 030 | 16 870 | 6 460 | 16 110 | 1 450 | 41 210 | + 5 930 | 1958 |
| 100 090 | 19 650 | 8 020 | 16 520 | 1 650 | 43 560 | +10 690 | 1959 |
| 110 540 | 22 220 | 9 320 | 18 430 | 1 770 | 46 780 | +12 020 | 1960 |
| 114 440 | 23 430 | 9 770 | 20 110 | 1 840 | 47 210 | +12 080 | 1960 |
| 130 480 | 26 240 | 11 390 | 23 070 | 1 860 | 53 560 | +14 360 | 1961 |
| 141 570 | 31 400 | 14 230 | 25 220 | 2 050 | 60 110 | + 8 560 | 1962 |
| 153 300 | 34 910 | 16 510 | 27 980 | 2 260 | 61 750 | + 9 890 | 1963 |
| 166 410 | 35 290 | 19 260 | 30 610 | 2 430 | 67 920 | +10 900 | 1964 |
| 179 810 | 39 110 | 20 330 | 34 890 | 2 740 | 76 430 | + 6 310 | 1965 [13] |
| 193 060 | 41 300 | 20 820 | 38 810 | 3 230 | 81 060 | + 7 840 | 1966 [13] |
| | | | Sozialversicherung | | | | |
| . | 1 690 | 70 | 340 | 0 | 7 400 | . | 1950 |
| . | 3 340 | 110 | 660 | 0 | 14 320 | . | 1955 |
| . | 3 820 | 120 | 730 | 0 | 16 070 | . | 1956 |
| . | 4 320 | 130 | 780 | 0 | 21 100 | . | 1957 [12] |
| . | 4 960 | 180 | 890 | 0 | 24 760 | . | 1958 |
| . | 5 490 | 170 | 930 | 0 | 26 050 | . | 1959 |
| . | 6 110 | 160 | 1 030 | 0 | 27 590 | . | 1960 |
| . | 6 590 | 170 | 1 100 | 0 | 29 750 | . | 1960 |
| . | 7 350 | 120 | 1 240 | 0 | 33 140 | . | 1961 |
| . | 8 270 | 180 | 1 320 | 0 | 36 490 | . | 1962 |
| . | 9 050 | 170 | 1 430 | 0 | 39 670 | . | 1963 |
| . | 9 910 | 170 | 1 560 | 0 | 42 350 | . | 1964 |
| . | 11 420 | 170 | 1 720 | 0 | 45 870 | . | 1965 [13] |
| . | 13 380 | 150 | 1 870 | 0 | 50 640 | . | 1966 [13] |

[8]) Käufe für Anlageinvestitionen von Unternehmen (ohne selbsterstellte Anlagen) sowie Käufe von Land und gebrauchten Anlagen.

[9]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung einschließlich unterstellter Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sowie Personalkosten für selbsterstellte Anlagen; ferner Sold und Verpflegung des Militärpersonals (einschließlich der Entgelte für die bei den Besatzungsmächten in Berlin (West) beschäftigten deutschen Arbeitnehmer).

[10]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.

[11]) Nach Abzug von Tilgungseinnahmen; die Angaben über die Veränderung der Forderungen sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen.

[12]) Ohne Saarland und Berlin.

[13]) Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 47

**Zahlungs-**

Millionen

| Zeitraum | Saldo der Devisenbilanz [1] | Bilanz der laufenden Posten | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | insgesamt | Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs | | | Saldo der Übertragungen (eigene: −) |
| | | | zusammen | Handelsbilanz [2] | Dienstleistungsbilanz [3] | |
| 1950 [7] | − 564 | − 407 | −2 472 | −3 012 | + 540 | +2 065 |
| 1951 [7] | +2 038 | +2 341 | + 812 | − 149 | + 961 | +1 529 |
| 1952 [7] | +2 761 | +2 528 | +2 368 | + 706 | +1 662 | + 160 |
| 1953 [7] | +3 614 | +3 793 | +4 244 | +2 516 | +1 728 | − 451 |
| 1954 [7] | +2 782 | +3 609 | +4 083 | +2 698 | +1 385 | − 474 |
| 1955 [7] | +1 851 | +2 205 | +3 039 | +1 245 | +1 794 | − 834 |
| 1956 [7] | +5 014 | +4 477 | +5 700 | +2 897 | +2 803 | −1 223 |
| 1957 [7] | +5 122 | +5 864 | +7 743 | +4 083 | +3 660 | −1 879 |
| 1958 [7] | +3 188 | +5 948 | +7 966 | +4 954 | +3 012 | −2 018 |
| 1959 [7] | −2 204 | +4 195 | +7 495 | +5 361 | +2 134 | −3 300 |
| 1960 | +8 007 | +4 654 | +8 107 | +5 223 | +2 884 | −3 453 |
| 1961 | −1 928[a] | +2 887 | +7 358 | +6 615 | + 743 | −4 471 |
| 1962 | − 552 | −2 142 | +3 082 | +3 477 | − 395 | −5 224 |
| 1963 | +2 572 | + 913 | +5 999 | +6 032 | − 33 | −5 086 |
| 1964 | + 12 | + 226 | +5 469 | +6 081 | − 612 | −5 243 |
| 1965 | −1 506 | −6 427 | − 46 | +1 203 | −1 249 | −6 381 |
| 1966 | +1 030 | + 428 | +6 692 | +7 958 | −1 266 | −6 264 |
| 1966 1. Vierteljahr | −1 177 | −1 171 | + 515 | + 846 | − 331 | −1 686 |
| 2. Vierteljahr | + 170 | − 585 | + 974 | +1 376 | − 402 | −1 559 |
| 3. Vierteljahr | + 745 | + 197 | +1 637 | +2 258 | − 621 | −1 440 |
| 4. Vierteljahr | +1 292 | +1 987 | +3 566 | +3 478 | + 88 | −1 579 |
| 1967 1. Vierteljahr | + 142 | +2 675 | +4 238 | +4 335 | − 97 | −1 563 |
| 2. Vierteljahr | − 926 | +2 562 | +4 208 | +4 436 | − 228 | −1 646 |
| 3. Vierteljahr | + 801 | +1 332 | +2 744 | +3 792 | −1 048 | −1 412 |

[1] Veränderung der Währungsreserven (netto) der Deutschen Bundesbank (Zunahme: +). Ohne die bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigten Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank, bei denen es sich hauptsächlich um die in der Position „Wertpapiere" des Bundesbankausweises enthaltenen Weltbankbonds und Weltbanknotes handelt. Ab Januar 1959 einschließlich der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschließlich der Veränderungen der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger".

[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschließlich nachträglich gemeldeter und in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung.

[3] Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen.

Tabelle 47

**bilanz**

DM

| Kapitalbilanz (Kapitalexport: −) [4] | | | | | | | Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs | Restposten der Zahlungsbilanz [6] | Zeitraum | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Saldo der gesamten Kapitalleistungen | Saldo der langfristigen Kapitalleistungen | | | Saldo der kurzfristigen Kapitalleistungen | | | | | | |
| | zusammen | privat | öffentlich [5] | zusammen | privat | öffentlich | | | | |
| + 207 | + 458 | . | + 458 | − 251 | − 251 | — | − 200 | − 364 | 1950 | [7] |
| + 87 | − 149 | . | − 149 | + 236 | + 236 | — | +2 428 | − 390 | 1951 | |
| − 23 | − 586 | − 15 | − 571 | + 563 | + 477 | + 86 | +2 505 | + 256 | 1952 | |
| + 50 | −1 645 | − 61 | −1 584 | +1 695 | + 395 | +1 300 | +3 843 | − 229 | 1953 | |
| − 375 | − 518 | − 264 | − 254 | + 143 | + 305 | − 162 | +3 234 | − 452 | 1954 | |
| − 450 | − 381 | − 110 | − 271 | − 69 | + 119 | − 188 | +1 755 | + 96 | 1955 | |
| + 52 | − 555 | + 134 | − 689 | + 607 | + 894 | − 287 | +4 529 | + 485 | 1956 | |
| −2 460 | − 595 | + 267 | − 862 | −1 865 | − 55 | −1 810 | +3 404 | +1 718 | 1957 | |
| −2 405 | −1 557 | − 507 | −1 050 | − 848 | − 761 | − 87 | +3 543 | − 355 | 1958 | |
| −6 432 | −5 667 | −1 372 | −4 295 | − 765 | −1 163 | + 398 | −2 237 | + 33 | 1959 | |
| +1 788 | − 99 | +1 140 | −1 239 | +1 887 | +2 844 | − 957 | +6 442 | +1 565 | 1960 | |
| −5 227 | −4 236 | + 885 | −5 121 | − 991 | + 281 | −1 272 | −2 340 | + 412 | 1961 | |
| + 509 | − 274 | + 899 | −1 173 | + 783 | + 358 | + 425 | −1 633 | +1 081 | 1962 | |
| +2 179 | +1 782 | +2 963 | −1 181 | + 397 | + 743 | − 346 | +3 092 | − 520 | 1963 | |
| −2 022 | − 871 | + 369 | −1 240 | −1 151 | + 276 | −1 427 | −1 796 | +1 808 | 1964 | |
| +2 421 | + 940 | +2 227 | −1 287 | +1 481 | + 611 | + 870 | −4 006 | +2 500 | 1965 | |
| − 66 | −2 451 | +1 688 | −4 139 | +2 385 | +1 320 | +1 065 | + 362 | + 668 | 1966 | |
| − 800 | + 243 | + 584 | − 341 | −1 043 | − 893 | − 150 | −1 971 | + 794 | 1966 | 1. Vierteljahr |
| + 281 | −1 727 | + 516 | −2 243 | +2 008 | + 403 | +1 605 | − 304 | + 474 | | 2. Vierteljahr |
| + 422 | + 132 | + 474 | − 342 | + 290 | + 332 | − 42 | + 619 | + 126 | | 3. Vierteljahr |
| + 31 | −1 099 | + 114 | −1 213 | +1 130 | +1 478 | − 348 | +2 018 | − 726 | | 4. Vierteljahr |
| −3 464 | − 432 | − 235 | − 197 | −3 032 | −2 688 | − 344 | − 789 | + 931 | 1967 | 1. Vierteljahr |
| −2 662 | −1 075 | − 721 | − 354 | −1 587 | −1 259 | − 328 | − 100 | − 826 | | 2. Vierteljahr |
| − 915 | − 906 | − 611 | − 295 | − 9 | − 660 | + 651 | + 417 | + 384 | | 3. Vierteljahr |

[4]) Für die Aufgliederung in „privat" und „öffentlich" ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört.

[5]) Vgl. Anmerkung [1]).

[6]) Saldo der nicht erfaßten Posten und der statistischen Ermittlungsfehler; hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment.

[7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland.

a) Ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 48

## Einkommen und Ersparnis

Millionen

| Jahr | Erwerbs- und Vermögenseinkommen insgesamt | Einkommen aus unselbständiger Arbeit [2] | Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [3] | Empfangene laufende Übertragungen [4] | Einkommen insgesamt (brutto) | Geleistete laufende Übertragungen [5] |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1950 [9] | 70 180 | 44 070 | 26 110 | 12 080 | 82 260 | 13 700 |
| 1951 [9] | 85 310 | 53 430 | 31 880 | 13 460 | 98 770 | 16 850 |
| 1952 [9] | 95 420 | 59 600 | 35 820 | 15 850 | 111 270 | 20 330 |
| 1953 [9] | 102 930 | 65 770 | 37 160 | 17 580 | 120 510 | 22 780 |
| 1954 [9] | 111 570 | 71 870 | 39 700 | 18 580 | 130 150 | 23 950 |
| 1955 [9] | 127 840 | 81 950 | 45 890 | 20 810 | 148 650 | 26 650 |
| 1956 [9] | 141 900 | 91 820 | 50 080 | 23 190 | 165 090 | 29 790 |
| 1957 [9] | 154 180 | 100 520 | 53 660 | 28 280 | 182 460 | 33 440 |
| 1958 [9] | 165 600 | 108 990 | 56 610 | 31 820 | 197 420 | 36 510 |
| 1959 [9] | 178 210 | 116 830 | 61 380 | 32 960 | 211 170 | 40 290 |
| 1960 [9] | 198 890 | 131 400 | 67 490 | 34 220 | 233 110 | 47 050 |
| 1960 | 210 680 | 139 770 | 70 910 | 37 490 | 248 170 | 49 790 |
| 1961 | 231 860 | 157 180 | 74 680 | 41 050 | 272 910 | 57 610 |
| 1962 | 252 210 | 173 860 | 78 350 | 44 960 | 297 170 | 64 840 |
| 1963 | 269 040 | 186 530 | 82 510 | 47 960 | 317 000 | 70 550 |
| 1964 | 294 520 | 204 360 | 90 160 | 52 840 | 347 360 | 76 850 |
| 1965 [10] | 321 580 | 225 840 | 95 740 | 59 020 | 380 600 | 82 930 |
| 1966 [10] | 341 140 | 242 970 | 98 170 | 64 590 | 405 730 | 92 570 |

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[2] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä. — Werbungskosten sind nicht abgezogen.

[3] Einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anmerkung 2). — Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

[4] Öffentliche Renten und Pensionen, Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung und -hilfe, der Sozialhilfe und sozialen Krankenversicherung, Hausrat- und Kriegsgefangenenentschädigung, gesetzliches Kindergeld u. a. m., Zuschüsse an private Organisationen ohne Erwerbscharakter von Gebietskörperschaften, ferner laufende Übertragungen von der übrigen Welt.

[5] Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen sowie laufende Übertragungen an die übrige Welt.

Tabelle 48

## der privaten Haushalte [1])

DM

| Verfügbares Einkommen nach der Umverteilung | Privater Verbrauch | Ersparnis | Empfangene Vermögensübertragungen [6]) | Geleistete Vermögensübertragungen [7]) | Nicht entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. [8]) | Finanzierungssaldo | Jahr | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 68 560 | 63 360 | 5 200 | — | 120 | 3 130 | 1 950 | 1950 | |
| 81 920 | 73 710 | 8 210 | — | 190 | 5 840 | 2 180 | 1951 | |
| 90 940 | 81 820 | 9 120 | 40 | 280 | 4 720 | 4 160 | 1952 | |
| 97 730 | 89 560 | 8 170 | 660 | 460 | 2 600 | 5 770 | 1953 | |
| 106 200 | 95 110 | 11 090 | 1 320 | 690 | 4 210 | 7 510 | 1954 | |
| 122 000 | 106 190 | 15 810 | 530 | 1 000 | 8 690 | 6 650 | 1955 | [9]) |
| 135 300 | 117 750 | 17 550 | 450 | 1 500 | 10 270 | 6 230 | 1956 | |
| 149 020 | 128 160 | 20 860 | 430 | 1 690 | 9 720 | 9 880 | 1957 | |
| 160 910 | 137 710 | 23 200 | 930 | 2 090 | 10 400 | 11 640 | 1958 | |
| 170 880 | 146 480 | 24 400 | 1 240 | 2 670 | 10 150 | 12 820 | 1959 | |
| 186 060 | 158 870 | 27 190 | 2 120 | 3 080 | 12 050 | 14 180 | 1960 | |
| 198 380 | 170 030 | 28 350 | 2 250 | 3 110 | 12 480 | 15 010 | 1960 | |
| 215 300 | 186 760 | 28 540 | 2 800 | 3 810 | 10 660 | 16 870 | 1961 | |
| 232 330 | 204 030 | 28 300 | 3 030 | 4 680 | 8 790 | 17 860 | 1962 | |
| 246 450 | 215 940 | 30 510 | 3 010 | 5 060 | 6 720 | 21 740 | 1963 | |
| 270 510 | 232 900 | 37 610 | 3 530 | 6 100 | 8 180 | 26 860 | 1964 | |
| 297 670 | 255 050 | 42 620 | 3 780 | 6 740 | 6 740 | 32 920 | 1965 [10]) | |
| 313 160 | 273 000 | 40 160 | 3 290 | 7 560 | 4 270 | 31 620 | 1966 [10]) | |

[6]) Hauptentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs, Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener, Altsparerentschädigung, Wiedergutmachungsleistungen (soweit Kapitalentschädigung), Sparprämien, Gratisaktien u. a. m.

[7]) Erbschaftsteuer, Lastenausgleichsablösungsbeträge, Rückzahlungen von Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen.

[8]) Einschließlich der Einlagen und Darlehen (netto) der privaten Haushalte u. ä. in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, der Eigenmittel von privaten Haushalten u. ä. als Bauherren (ohne Auszahlungen der Bausparkassen und Tilgungen von Bauspardarlehen), des Erwerbs von GmbH- und Genossenschaftsanteilen (jedoch nicht Aktienerwerb) sowie der Zunahme (netto) der Pensionsrückstellungen.

[9]) Ohne Saarland und Berlin.

[10]) Vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 49

**Käufe der inländischen privaten**

nach Verwen-

| Jahr | | Insgesamt | | Nahrungs- und Genußmittel [2]) | | Kleidung, Schuhe | | Wohnungsmieten u. ä. [3]) | | Elektrizität, Gas, Brennstoffe | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH |
| | | in jeweiligen Preisen | | | | | | | | | |
| 1950 | | 62 150 | 100 | 26 680 | 43,0 | 9 560 | 15,4 | 4 450 | 7,2 | 1 870 | 3,0 |
| 1951 | | 72 290 | 100 | 30 730 | 42,5 | 11 180 | 15,5 | 4 670 | 6,5 | 2 390 | 3,3 |
| 1952 | | 80 210 | 100 | 34 390 | 42,8 | 11 880 | 14,8 | 5 100 | 6,4 | 2 980 | 3,7 |
| 1953 | | 87 760 | 100 | 37 190 | 42,4 | 12 310 | 14,0 | 5 660 | 6,4 | 3 080 | 3,5 |
| 1954 | | 93 170 | 100 | 39 030 | 41,9 | 12 950 | 13,9 | 6 040 | 6,5 | 3 700 | 4,0 |
| 1955 | [5]) | 104 120 | 100 | 43 310 | 41,6 | 14 070 | 13,5 | 6 700 | 6,4 | 4 240 | 4,1 |
| 1956 | | 115 490 | 100 | 47 120 | 40,8 | 15 660 | 13,6 | 7 600 | 6,6 | 4 930 | 4,3 |
| 1957 | | 125 790 | 100 | 50 650 | 40,3 | 17 050 | 13,6 | 8 350 | 6,6 | 5 330 | 4,2 |
| 1958 | | 135 210 | 100 | 54 140 | 40,0 | 17 350 | 12,8 | 9 130 | 6,8 | 5 610 | 4,1 |
| 1959 | | 143 950 | 100 | 57 150 | 39,7 | 17 830 | 12,4 | 10 040 | 7,0 | 5 620 | 3,9 |
| 1960 | | 156 190 | 100 | 60 230 | 38,6 | 19 600 | 12,5 | 11 640 | 7,5 | 6 080 | 3,9 |
| 1960 | | 167 180 | 100 | 64 470 | 38,6 | 20 890 | 12,5 | 12 640 | 7,6 | 6 510 | 3,9 |
| 1961 | | 183 620 | 100 | 69 260 | 37,7 | 22 870 | 12,5 | 14 870 | 8,1 | 7 240 | 3,9 |
| 1962 | | 200 840 | 100 | 74 580 | 37,1 | 24 940 | 12,4 | 16 230 | 8,1 | 9 000 | 4,5 |
| 1963 | | 212 490 | 100 | 77 070 | 36,3 | 25 700 | 12,1 | 18 310 | 8,6 | 10 750 | 5,1 |
| 1964 | | 229 110 | 100 | 81 520 | 35,6 | 27 760 | 12,1 | 20 770 | 9,1 | 10 350 | 4,5 |
| 1965 [6]) | | 250 950 | 100 | 88 370 | 35,2 | 30 640 | 12,2 | 23 440 | 9,3 | 10 970 | 4,4 |
| 1966 [6]) | | 268 620 | 100 | 92 860 | 34,6 | 32 090 | 11,9 | 27 180 | 10,1 | 12 040 | 4,5 |
| | | in Preisen von 1954 | | | | | | | | | |
| 1950 | | 67 370 | 100 | 28 680 | 42,6 | 9 080 | 13,5 | 4 860 | 7,2 | 2 470 | 3,7 |
| 1951 | | 72 780 | 100 | 31 240 | 42,9 | 9 490 | 13,0 | 5 040 | 6,9 | 2 870 | 3,9 |
| 1952 | | 79 450 | 100 | 34 440 | 43,3 | 10 580 | 13,3 | 5 370 | 6,8 | 3 200 | 4,0 |
| 1953 | | 88 230 | 100 | 37 490 | 42,5 | 12 120 | 13,7 | 5 710 | 6,5 | 3 240 | 3,7 |
| 1954 | | 93 170 | 100 | 39 030 | 41,9 | 12 950 | 13,9 | 6 040 | 6,5 | 3 700 | 4,0 |
| 1955 | [5]) | 102 530 | 100 | 42 510 | 41,5 | 14 140 | 13,8 | 6 540 | 6,4 | 4 140 | 4,0 |
| 1956 | | 111 390 | 100 | 45 400 | 40,8 | 15 600 | 14,0 | 7 040 | 6,3 | 4 710 | 4,2 |
| 1957 | | 118 370 | 100 | 48 050 | 40,6 | 16 280 | 13,8 | 7 670 | 6,5 | 4 930 | 4,2 |
| 1958 | | 124 120 | 100 | 50 320 | 40,5 | 16 040 | 12,9 | 8 280 | 6,7 | 5 050 | 4,1 |
| 1959 | | 130 870 | 100 | 52 050 | 39,8 | 16 640 | 12,7 | 8 930 | 6,8 | 5 260 | 4,0 |
| 1960 | | 140 210 | 100 | 55 010 | 39,2 | 17 930 | 12,8 | 9 690 | 6,9 | 5 770 | 4,1 |
| 1960 | | 150 180 | 100 | 58 940 | 39,2 | 19 160 | 12,8 | 10 510 | 7,0 | 6 180 | 4,1 |
| 1961 | | 160 660 | 100 | 62 420 | 38,9 | 20 510 | 12,8 | 11 310 | 7,0 | 6 970 | 4,3 |
| 1962 | | 170 500 | 100 | 65 310 | 38,3 | 21 710 | 12,7 | 12 120 | 7,1 | 8 520 | 5,0 |
| 1963 | | 175 560 | 100 | 66 010 | 37,6 | 21 760 | 12,4 | 12 930 | 7,4 | 9 890 | 5,6 |
| 1964 | | 185 080 | 100 | 68 100 | 36,8 | 23 030 | 12,4 | 13 640 | 7,4 | 10 120 | 5,5 |
| 1965 [6]) | | 196 560 | 100 | 71 440 | 36,3 | 24 720 | 12,6 | 14 360 | 7,3 | 10 890 | 5,5 |
| 1966 [6]) | | 203 150 | 100 | 72 680 | 35,8 | 25 150 | 12,4 | 15 060 | 7,4 | 11 590 | 5,7 |

[1]) Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.
[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.

Tabelle 49

## Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

| Übrige Haushaltsführung | | Verkehr, Nachrichtenübermittlung | | Körper- und Gesundheitspflege | | Bildung und Unterhaltung | | Persönliche Ausstattung u. ä. [4]) | | Jahr |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | Millionen DM | vH | |
| | | | | in jeweiligen Preisen | | | | | | |
| 7 540 | 12,1 | 3 550 | 5,7 | 2 010 | 3,2 | 4 110 | 6,6 | 2 380 | 3,8 | 1950 |
| 9 420 | 13,0 | 4 090 | 5,7 | 2 230 | 3,1 | 4 810 | 6,7 | 2 770 | 3,8 | 1951 |
| 10 070 | 12,6 | 4 670 | 5,8 | 2 520 | 3,1 | 5 500 | 6,9 | 3 100 | 3,9 | 1952 |
| 11 670 | 13,3 | 5 350 | 6,1 | 2 830 | 3,2 | 6 200 | 7,1 | 3 470 | 4,0 | 1953 |
| 12 360 | 13,3 | 5 760 | 6,2 | 3 000 | 3,2 | 6 460 | 6,9 | 3 870 | 4,2 | 1954 |
| 13 920 | 13,4 | 6 580 | 6,3 | 3 470 | 3,3 | 7 540 | 7,2 | 4 290 | 4,1 | 1955 [5]) |
| 15 570 | 13,5 | 7 640 | 6,6 | 3 810 | 3,3 | 8 360 | 7,2 | 4 800 | 4,2 | 1956 |
| 17 040 | 13,5 | 8 350 | 6,6 | 4 330 | 3,4 | 9 310 | 7,4 | 5 380 | 4,3 | 1957 |
| 18 270 | 13,5 | 9 740 | 7,2 | 4 810 | 3,6 | 10 150 | 7,5 | 6 010 | 4,4 | 1958 |
| 19 430 | 13,5 | 10 910 | 7,6 | 5 250 | 3,6 | 10 830 | 7,5 | 6 890 | 4,8 | 1959 |
| 21 090 | 13,5 | 12 400 | 7,9 | 5 700 | 3,6 | 11 700 | 7,5 | 7 750 | 5,0 | 1960 |
| 22 570 | 13,5 | 13 070 | 7,8 | 6 090 | 3,6 | 12 740 | 7,6 | 8 200 | 4,9 | 1960 |
| 24 580 | 13,4 | 14 540 | 7,9 | 6 550 | 3,6 | 14 170 | 7,7 | 9 540 | 5,2 | 1961 |
| 26 420 | 13,2 | 16 330 | 8,1 | 7 280 | 3,6 | 15 250 | 7,6 | 10 810 | 5,4 | 1962 |
| 27 260 | 12,8 | 17 950 | 8,4 | 7 860 | 3,7 | 15 980 | 7,5 | 11 610 | 5,5 | 1963 |
| 30 000 | 13,1 | 19 390 | 8,5 | 8 590 | 3,7 | 17 690 | 7,7 | 13 040 | 5,7 | 1964 |
| 32 580 | 13,0 | 21 610 | 8,6 | 9 410 | 3,7 | 19 230 | 7,7 | 14 700 | 5,9 | 1965 [6]) |
| 34 500 | 12,8 | 23 250 | 8,7 | 10 190 | 3,8 | 20 500 | 7,6 | 16 010 | 6,0 | 1966 [6]) |
| | | | | in Preisen von 1954 | | | | | | |
| 8 270 | 12,3 | 4 180 | 6,2 | 2 390 | 3,5 | 4 610 | 6,8 | 2 830 | 4,2 | 1950 |
| 9 150 | 12,6 | 4 380 | 6,0 | 2 360 | 3,2 | 5 030 | 6,9 | 3 220 | 4,4 | 1951 |
| 9 650 | 12,1 | 4 630 | 5,9 | 2 560 | 3,2 | 5 500 | 6,9 | 3 520 | 4,4 | 1952 |
| 11 660 | 13,2 | 5 360 | 6,1 | 2 840 | 3,2 | 6 250 | 7,1 | 3 560 | 4,0 | 1953 |
| 12 360 | 13,3 | 5 760 | 6,2 | 3 000 | 3,2 | 6 460 | 6,9 | 3 870 | 4,2 | 1954 |
| 13 710 | 13,4 | 6 610 | 6,4 | 3 350 | 3,3 | 7 380 | 7,2 | 4 150 | 4,0 | 1955 [5]) |
| 14 960 | 13,4 | 7 700 | 6,9 | 3 580 | 3,2 | 7 980 | 7,2 | 4 420 | 4,0 | 1956 |
| 15 860 | 13,4 | 8 290 | 7,0 | 3 950 | 3,3 | 8 640 | 7,3 | 4 700 | 4,0 | 1957 |
| 16 570 | 13,3 | 9 170 | 7,4 | 4 200 | 3,4 | 9 150 | 7,4 | 5 340 | 4,3 | 1958 |
| 17 480 | 13,4 | 10 290 | 7,9 | 4 510 | 3,4 | 9 790 | 7,5 | 5 920 | 4,5 | 1959 |
| 18 640 | 13,3 | 11 560 | 8,2 | 4 760 | 3,4 | 10 430 | 7,4 | 6 420 | 4,6 | 1960 |
| 20 010 | 13,3 | 12 280 | 8,2 | 5 110 | 3,4 | 11 400 | 7,6 | 6 590 | 4,4 | 1960 |
| 21 030 | 13,1 | 13 580 | 8,5 | 5 280 | 3,3 | 12 270 | 7,6 | 7 290 | 4,5 | 1961 |
| 21 580 | 12,7 | 15 110 | 8,9 | 5 620 | 3,3 | 12 730 | 7,5 | 7 800 | 4,6 | 1962 |
| 21 850 | 12,4 | 16 240 | 9,3 | 5 850 | 3,3 | 13 050 | 7,4 | 7 980 | 4,5 | 1963 |
| 23 720 | 12,8 | 17 500 | 9,5 | 6 170 | 3,3 | 14 120 | 7,6 | 8 680 | 4,7 | 1964 |
| 24 790 | 12,6 | 19 740 | 10,0 | 6 490 | 3,3 | 14 840 | 7,5 | 9 290 | 4,7 | 1965 [6]) |
| 25 800 | 12,7 | 20 990 | 10,3 | 6 670 | 3,3 | 15 470 | 7,6 | 9 740 | 4,8 | 1966 [6]) |

[5]) Ohne Saarland und Berlin.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 50

## Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt

| Zeitraum | Auftragseingang | | | | Auftragseingang in vH des Umsatzes | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien | Investitionsgüter-industrien | Verbrauchsgüter-industrien | insgesamt | Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien | Investitionsgüter-industrien | Verbrauchsgüter-industrien |
| | Wertindex; Umsatz 1954 = 100 | | | | vH | | | |
| 1954 | 107 | 111 | 111 | 99 | *107* | *111* | *111* | *99* |
| 1955 | 126 | 127 | 136 | 112 | *105* | *105* | *108* | *101* |
| 1956 | 137 | 136 | 147 | 126 | *103* | *102* | *105* | *103* |
| 1957 | 143 | 142 | 154 | 129 | *99* | *99* | *101* | *98* |
| 1958 | 142 | 137 | 163 | 119 | *97* | *96* | *99* | *94* |
| 1959 | 175 | 168 | 203 | 147 | *109* | *107* | *111* | *109* |
| 1960 | 201 | 185 | 255 | 148 | *108* | *103* | *119* | *98* |
| 1961 | 201 | 179 | 254 | 160 | *101* | *97* | *105* | *99* |
| 1962 | 207 | 188 | 253 | 170 | *98* | *100* | *97* | *99* |
| 1963 | 216 | 193 | 269 | 176 | *100* | *101* | *99* | *99* |
| 1964 | 247 | 223 | 310 | 196 | *103* | *102* | *103* | *101* |
| 1965 | 263 | 230 | 336 | 210 | *101* | *99* | *103* | *100* |
| 1966 | 263 | 236 | 332 | 206 | *97* | *99* | *97* | *95* |
| 1966 1. Vierteljahr | 268 | 233 | 343 | 214 | *101* | *103* | *103* | *96* |
| 2. Vierteljahr | 271 | 243 | 340 | 218 | *100* | *99* | *98* | *106* |
| 3. Vierteljahr | 254 | 238 | 320 | 187 | *94* | *96* | *97* | *86* |
| 4. Vierteljahr | 257 | 230 | 323 | 207 | *94* | *99* | *90* | *94* |
| 1967 1. Vierteljahr | 241 | 228 | 294 | 184 | *99* | *104* | *99* | *89* |
| 2. Vierteljahr | 258 | 239 | 316 | 204 | *102* | *99* | *100* | *110* |
| 3. Vierteljahr [2]) | 253 | 241 | 316 | 184 | *99* | *98* | *103* | *92* |

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ohne Saarland und Berlin.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 50

## Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland

| Zeitraum | Auftragseingang | | | | Auftragseingang in vH des Umsatzes | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | insgesamt | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- |
| | | industrien | | | | industrien | | |
| | Wertindex; Umsatz 1954 = 100 | | | | vH | | | |
| 1954 | 106 | 110 | 111 | 99 | *106* | *110* | *111* | *99* |
| 1955 | 125 | 127 | 135 | 112 | *104* | *104* | *107* | *101* |
| 1956 | 132 | 130 | 139 | 126 | *101* | *99* | *100* | *103* |
| 1957 | 137 | 137 | 146 | 129 | *99* | *100* | *99* | *98* |
| 1958 | 136 | 131 | 158 | 119 | *97* | *96* | *100* | *93* |
| 1959 | 167 | 160 | 194 | 146 | *108* | *107* | *110* | *108* |
| 1960 | 191 | 179 | 246 | 148 | *107* | *103* | *117* | *98* |
| 1961 | 193 | 173 | 248 | 159 | *100* | *97* | *104* | *99* |
| 1962 | 200 | 182 | 248 | 170 | *98* | *100* | *97* | *98* |
| 1963 | 203 | 182 | 255 | 174 | *98* | *100* | *97* | *99* |
| 1964 | 233 | 213 | 293 | 194 | *102* | *102* | *102* | *101* |
| 1965 | 248 | 216 | 321 | 208 | *100* | *99* | *101* | *100* |
| 1966 | 239 | 217 | 301 | 202 | *96* | *99* | *94* | *95* |
| 1966 1. Vierteljahr | 247 | 215 | 319 | 209 | *100* | *102* | *101* | *95* |
| 2. Vierteljahr | 250 | 225 | 312 | 214 | *99* | *99* | *95* | *106* |
| 3. Vierteljahr | 234 | 224 | 292 | 183 | *93* | *96* | *94* | *86* |
| 4. Vierteljahr | 227 | 204 | 281 | 200 | *92* | *97* | *87* | *93* |
| 1967 1. Vierteljahr | 209 | 197 | 253 | 177 | *96* | *102* | *97* | *88* |
| 2. Vierteljahr | 227 | 212 | 272 | 197 | *101* | *99* | *97* | *110* |
| 3. Vierteljahr [2]) | 228 | 221 | 279 | 180 | *98* | *100* | *101* | *92* |

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ohne Saarland und Berlin.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

n o c h Tabelle 50

## Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Ausland

| Zeitraum | Auftragseingang | | | | Auftragseingang in vH des Umsatzes | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | insgesamt | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- |
| | | industrien | | | | industrien | | |
| | Wertindex; Umsatz 1954 = 100 | | | | vH | | | |
| 1954 | 114 | 118 | 113 | 106 | *114* | *118* | *113* | *106* |
| 1955 | 135 | 130 | 142 | 115 | *112* | *109* | *116* | *103* |
| 1956 | 168 | 172 | 175 | 126 | *117* | *115* | *121* | *104* |
| 1957 | 172 | 176 | 180 | 127 | *101* | *97* | *104* | *99* |
| 1958 | 168 | 171 | 177 | 119 | *96* | *98* | *95* | *98* |
| 1959 | 215 | 216 | 231 | 149 | *112* | *109* | *114* | *109* |
| 1960 | 248 | 226 | 281 | 160 | *114* | *102* | *123* | *102* |
| 1961 | 241 | 225 | 268 | 163 | *104* | *99* | *107* | *101* |
| 1962 | 241 | 228 | 265 | 169 | *99* | *99* | *98* | *102* |
| 1963 | 283 | 266 | 311 | 203 | *106* | *106* | *105* | *107* |
| 1964 | 318 | 286 | 357 | 224 | *105* | *102* | *107* | *101* |
| 1965 | 340 | 316 | 377 | 240 | *104* | *100* | *106* | *103* |
| 1966 | 385 | 361 | 425 | 268 | *104* | *102* | *105* | *101* |
| 1966 1. Vierteljahr | 376 | 352 | 413 | 274 | *108* | *106* | *110* | *105* |
| 2. Vierteljahr | 385 | 358 | 428 | 270 | *106* | *101* | *108* | *107* |
| 3. Vierteljahr | 361 | 335 | 405 | 234 | *99* | *94* | *104* | *87* |
| 4. Vierteljahr | 417 | 398 | 455 | 295 | *102* | *108* | *99* | *106* |
| 1967 1. Vierteljahr | 406 | 425 | 426 | 277 | *106* | *109* | *105* | *98* |
| 2. Vierteljahr | 423 | 415 | 455 | 306 | *105* | *99* | *107* | *111* |
| 3. Vierteljahr [2]) | 390 | 374 | 432 | 253 | *102* | *93* | *109* | *87* |

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ohne Saarland und Berlin.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 51

## Umsatz in der Industrie [1])

a) Insgesamt

Millionen DM

| Zeitraum | | Insgesamt | Bergbau | Verarbeitende Industrie | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | zusammen | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | Nahrungs- und Genußmittel- |
| | | | | | industrien | | | |
| 1950 | [2]) | 80 395 | 4 573 | 75 822 | 22 459 | 18 348 | 20 139 | 14 875 |
| 1951 | | 109 908 | 5 776 | 104 133 | 33 372 | 26 531 | 26 520 | 17 708 |
| 1952 | | 119 392 | 6 908 | 112 484 | 36 821 | 31 783 | 25 013 | 18 867 |
| 1953 | | 126 162 | 7 321 | 118 841 | 36 928 | 34 147 | 27 108 | 20 658 |
| 1954 | | 140 943 | 7 718 | 133 225 | 42 197 | 39 630 | 29 055 | 22 343 |
| 1955 | | 166 511 | 8 464 | 158 048 | 51 313 | 49 496 | 32 713 | 24 525 |
| 1956 | | 185 646 | 9 452 | 176 194 | 56 417 | 55 471 | 36 282 | 28 023 |
| 1957 | | 199 551 | 10 186 | 189 365 | 59 639 | 60 634 | 39 032 | 30 060 |
| 1958 | | 205 069 | 9 577 | 195 493 | 59 990 | 65 253 | 38 726 | 31 524 |
| 1959 | | 223 656 | 9 400 | 214 256 | 67 414 | 72 168 | 41 492 | 33 182 |
| 1960 | | 266 373 | 11 374 | 254 999 | 81 585 | 87 678 | 48 458 | 37 277 |
| 1961 | | 287 018 | 11 011 | 276 007 | 85 200 | 98 294 | 52 348 | 40 166 |
| 1962 | | 304 028 | 11 123 | 292 906 | 87 207 | 105 652 | 56 288 | 43 759 |
| 1963 | | 315 309 | 11 702 | 303 608 | 89 446 | 110 405 | 57 908 | 45 848 |
| 1964 | | 346 804 | 11 026 | 335 779 | 100 931 | 121 660 | 63 656 | 49 531 |
| 1965 | | 374 612 | 10 606 | 364 006 | 108 161 | 132 714 | 69 718 | 53 413 |
| 1966 | | 388 029 | 10 099 | 377 930 | 111 592 | 138 685 | 72 355 | 55 299 |
| 1966 | 1. Vierteljahr | 93 765 | 2 588 | 91 177 | 26 625 | 33 358 | 18 275 | 12 919 |
| | 2. Vierteljahr | 97 151 | 2 605 | 94 546 | 28 626 | 34 945 | 17 234 | 13 741 |
| | 3. Vierteljahr | 97 421 | 2 430 | 94 991 | 28 907 | 33 627 | 18 265 | 14 192 |
| | 4. Vierteljahr | 99 692 | 2 476 | 97 216 | 27 433 | 36 755 | 18 580 | 14 447 |
| 1967 | 1. Vierteljahr | 88 750 | 2 218 | 86 533 | 25 449 | 30 272 | 17 225 | 13 587 |
| | 2. Vierteljahr | 92 858 | 2 299 | 90 558 | 27 934 | 32 154 | 15 912 | 14 558 |
| | 3. Vierteljahr | 93 888 | 2 374 | 91 514 | 28 349 | 31 333 | 17 134 | 14 698 |

[1]) Ohne Energie und Bau. — Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte).
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 51

## Umsatz in der Industrie [1])

b) Inland

Millionen DM

| Zeitraum | Insgesamt | Bergbau | Verarbeitende Industrie | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | zusammen | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | Nahrungs- und Genußmittel- |
| | | | | industrien | | | |
| 1953 | 110 894 | 5 729 | 105 166 | 32 617 | 26 591 | 25 482 | 20 476 |
| 1954 | 122 424 | 6 014 | 116 410 | 36 985 | 30 353 | 26 958 | 22 113 |
| 1955 | 144 717 | 6 790 | 137 927 | 45 148 | 38 234 | 30 297 | 24 247 |
| 1956 [2]) | 159 570 | 7 639 | 151 931 | 48 594 | 42 030 | 33 668 | 27 638 |
| 1957 | 169 166 | 8 293 | 160 873 | 50 518 | 44 475 | 36 247 | 29 633 |
| 1958 | 174 201 | 7 757 | 166 445 | 51 186 | 48 143 | 36 064 | 31 052 |
| 1959 | 189 904 | 7 689 | 182 215 | 57 447 | 53 595 | 38 525 | 32 647 |
| 1960 | 225 616 | 9 142 | 216 474 | 69 191 | 65 721 | 44 887 | 36 676 |
| 1961 | 244 016 | 8 834 | 235 182 | 72 372 | 74 643 | 48 676 | 39 491 |
| 1962 | 259 081 | 8 947 | 250 134 | 74 150 | 80 477 | 52 461 | 43 045 |
| 1963 | 266 359 | 9 398 | 256 961 | 75 379 | 82 946 | 53 620 | 45 015 |
| 1964 | 292 167 | 8 833 | 283 334 | 85 370 | 90 743 | 58 643 | 48 578 |
| 1965 | 315 772 | 8 426 | 307 346 | 90 772 | 99 779 | 64 413 | 52 382 |
| 1966 | 321 720 | 8 026 | 313 694 | 91 897 | 101 177 | 66 390 | 54 229 |
| 1966 1. Vierteljahr | 78 301 | 2 067 | 76 235 | 22 006 | 24 733 | 16 835 | 12 661 |
| 2. Vierteljahr | 80 834 | 2 109 | 78 725 | 23 716 | 25 723 | 15 804 | 13 482 |
| 3. Vierteljahr | 81 126 | 1 915 | 79 211 | 23 910 | 24 630 | 16 744 | 13 927 |
| 4. Vierteljahr | 81 458 | 1 935 | 79 523 | 22 265 | 26 091 | 17 007 | 14 160 |
| 1967 1. Vierteljahr | 71 851 | 1 745 | 70 105 | 20 139 | 21 010 | 15 670 | 13 286 |
| 2. Vierteljahr | 75 031 | 1 837 | 73 194 | 22 274 | 22 332 | 14 349 | 14 240 |
| 3. Vierteljahr | 76 882 | 1 879 | 75 003 | 22 891 | 22 233 | 15 507 | 14 372 |

[1]) Ohne Energie und Bau. — Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte).
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 51

## Umsatz in der Industrie [1])

c) Ausland

Millionen DM

| Zeitraum | | Insgesamt | Bergbau | Verarbeitende Industrie | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | zusammen | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | Nahrungs- und Genußmittel- |
| | | | | | industrien | | | |
| 1953 | | 15 268 | 1 593 | 13 675 | 4 312 | 7 556 | 1 626 | 182 |
| 1954 | | 18 519 | 1 704 | 16 816 | 5 212 | 9 277 | 2 096 | 230 |
| 1955 | | 21 795 | 1 674 | 20 121 | 6 165 | 11 262 | 2 416 | 279 |
| 1956 | [2]) | 26 076 | 1 813 | 24 263 | 7 823 | 13 440 | 2 614 | 385 |
| 1957 | | 30 385 | 1 893 | 28 492 | 9 122 | 16 159 | 2 784 | 427 |
| 1958 | | 30 868 | 1 820 | 29 048 | 8 804 | 17 110 | 2 662 | 472 |
| 1959 | | 33 752 | 1 711 | 32 041 | 9 967 | 18 573 | 2 966 | 535 |
| 1960 | | 40 757 | 2 232 | 38 525 | 12 395 | 21 957 | 3 572 | 601 |
| 1961 | | 43 003 | 2 177 | 40 826 | 12 828 | 23 651 | 3 672 | 675 |
| 1962 | | 44 947 | 2 176 | 42 772 | 13 057 | 25 175 | 3 827 | 713 |
| 1963 | | 48 950 | 2 303 | 46 647 | 14 068 | 27 458 | 4 288 | 833 |
| 1964 | | 54 637 | 2 192 | 52 445 | 15 561 | 30 917 | 5 013 | 953 |
| 1965 | | 58 840 | 2 180 | 56 660 | 17 389 | 32 935 | 5 305 | 1 031 |
| 1966 | | 66 309 | 2 074 | 64 236 | 19 694 | 37 508 | 5 964 | 1 069 |
| 1966 | 1. Vierteljahr | 15 463 | 521 | 14 942 | 4 619 | 8 625 | 1 440 | 257 |
| | 2. Vierteljahr | 16 317 | 496 | 15 821 | 4 910 | 9 222 | 1 429 | 259 |
| | 3. Vierteljahr | 16 295 | 514 | 15 780 | 4 997 | 8 997 | 1 522 | 265 |
| | 4. Vierteljahr | 18 234 | 542 | 17 692 | 5 168 | 10 664 | 1 573 | 288 |
| 1967 | 1. Vierteljahr | 16 900 | 472 | 16 427 | 5 310 | 9 262 | 1 555 | 301 |
| | 2. Vierteljahr | 17 827 | 462 | 17 365 | 5 660 | 9 823 | 1 563 | 318 |
| | 3. Vierteljahr | 17 006 | 495 | 16 511 | 5 458 | 9 100 | 1 627 | 326 |

[1]) Ohne Energie und Bau. — Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte).
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 52

**Beschäftigte**

in

| Zeitraum | Insgesamt | | Bergbau | | Verarbeitende Industrie zusammen | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Beschäftigte | Arbeiter | Beschäftigte | Arbeiter | Beschäftigte | Arbeiter |
| 1950 [2] | 4 797 | 4 039 | 571 | 528 | 4 226 | 3 510 |
| 1951 [2] | 5 332 | 4 493 | 593 | 548 | 4 739 | 3 945 |
| 1952 [2] | 5 518 | 4 633 | 614 | 568 | 4 903 | 4 066 |
| 1953 [2] | 5 751 | 4 814 | 643 | 591 | 5 108 | 4 222 |
| 1954 [2] | 6 062 | 5 070 | 642 | 588 | 5 420 | 4 482 |
| 1955 [2] | 6 576 | 5 498 | 644 | 587 | 5 932 | 4 910 |
| 1956 [2] | 6 991 | 5 820 | 652 | 594 | 6 338 | 5 226 |
| 1957 [2] | 7 221 | 5 984 | 668 | 606 | 6 553 | 5 378 |
| 1958 [2] | 7 273 | 5 979 | 657 | 593 | 6 616 | 5 385 |
| 1959 [2] | 7 301 | 5 949 | 613 | 549 | 6 688 | 5 400 |
| 1960 | 8 081 | 6 545 | 616 | 547 | 7 465 | 5 998 |
| 1961 | 8 316 | 6 674 | 586 | 517 | 7 730 | 6 157 |
| 1962 | 8 339 | 6 623 | 549 | 481 | 7 790 | 6 141 |
| 1963 | 8 264 | 6 500 | 517 | 452 | 7 747 | 6 049 |
| 1964 | 8 301 | 6 491 | 497 | 432 | 7 804 | 6 059 |
| 1965 | 8 460 | 6 578 | 474 | 410 | 7 986 | 6 168 |
| 1966 | 8 385 | 6 452 | 435 | 373 | 7 949 | 6 079 |
| 1966 1. Vierteljahr | 8 421 | 6 512 | 455 | 391 | 7 966 | 6 120 |
| 2. Vierteljahr | 8 459 | 6 520 | 443 | 379 | 8 017 | 6 140 |
| 3. Vierteljahr | 8 414 | 6 472 | 430 | 368 | 7 985 | 6 105 |
| 4. Vierteljahr | 8 245 | 6 306 | 415 | 354 | 7 830 | 5 952 |
| 1967 1. Vierteljahr | 7 973 | 6 043 | 400 | 341 | 7 573 | 5 703 |
| 2. Vierteljahr | 7 826 | 5 910 | 383 | 325 | 7 443 | 5 585 |
| 3. Vierteljahr | 7 799 | 5 890 | 370 | 314 | 7 429 | 5 576 |

[1]) Ohne Energie und Bau.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 52

## in der Industrie [1])

1000

| arbeitende Industrie | | | | | | | | Zeitraum | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien | | Investitionsgüterindustrien | | Verbrauchsgüterindustrien | | Nahrungs- und Genußmittelindustrien | | | |
| Beschäftigte | Arbeiter | Beschäftigte | Arbeiter | Beschäftigte | Arbeiter | Beschäftigte | Arbeiter | | |
| 1 095 | 915 | 1 457 | 1 186 | 1 336 | 1 143 | 338 | 266 | 1950 | [2]) |
| 1 202 | 1 004 | 1 679 | 1 372 | 1 501 | 1 287 | 357 | 282 | 1951 | |
| 1 243 | 1 030 | 1 776 | 1 440 | 1 508 | 1 302 | 376 | 294 | 1952 | |
| 1 248 | 1 029 | 1 866 | 1 503 | 1 605 | 1 386 | 389 | 304 | 1953 | |
| 1 313 | 1 080 | 2 020 | 1 631 | 1 684 | 1 457 | 403 | 314 | 1954 | |
| 1 422 | 1 170 | 2 302 | 1 867 | 1 787 | 1 545 | 421 | 328 | 1955 | |
| 1 496 | 1 225 | 2 522 | 2 035 | 1 879 | 1 622 | 442 | 344 | 1956 | |
| 1 538 | 1 254 | 2 650 | 2 126 | 1 906 | 1 642 | 458 | 356 | 1957 | |
| 1 539 | 1 243 | 2 722 | 2 168 | 1 888 | 1 614 | 467 | 360 | 1958 | |
| 1 564 | 1 256 | 2 793 | 2 205 | 1 864 | 1 583 | 467 | 356 | 1959 | |
| 1 722 | 1 379 | 3 232 | 2 536 | 2 005 | 1 699 | 506 | 384 | 1960 | |
| 1 784 | 1 416 | 3 398 | 2 641 | 2 033 | 1 713 | 514 | 387 | 1961 | |
| 1 771 | 1 390 | 3 462 | 2 659 | 2 033 | 1 702 | 524 | 391 | 1962 | |
| 1 750 | 1 358 | 3 454 | 2 623 | 2 015 | 1 678 | 528 | 390 | 1963 | |
| 1 770 | 1 366 | 3 508 | 2 648 | 2 006 | 1 663 | 522 | 382 | 1964 | |
| 1 804 | 1 384 | 3 629 | 2 726 | 2 032 | 1 680 | 520 | 379 | 1965 | |
| 1 771 | 1 339 | 3 617 | 2 683 | 2 040 | 1 679 | 521 | 379 | 1966 | |
| 1 769 | 1 343 | 3 632 | 2 710 | 2 050 | 1 694 | 514 | 373 | 1966 | 1. Vierteljahr |
| 1 792 | 1 358 | 3 649 | 2 711 | 2 060 | 1 698 | 516 | 373 | | 2. Vierteljahr |
| 1 784 | 1 349 | 3 630 | 2 690 | 2 041 | 1 679 | 529 | 386 | | 3. Vierteljahr |
| 1 737 | 1 303 | 3 559 | 2 621 | 2 007 | 1 644 | 527 | 384 | | 4. Vierteljahr |
| 1 673 | 1 240 | 3 449 | 2 517 | 1 949 | 1 587 | 501 | 359 | 1967 | 1. Vierteljahr |
| 1 671 | 1 239 | 3 373 | 2 448 | 1 899 | 1 541 | 500 | 357 | | 2. Vierteljahr |
| 1 675 | 1 242 | 3 359 | 2 439 | 1 880 | 1 524 | 515 | 372 | | 3. Vierteljahr |

Tabelle 53

## Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Millionen Stunden

| Zeitraum | | Insgesamt | Bergbau | Verarbeitende Industrie | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | zusammen | Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien | Investitionsgüter-industrien | Verbrauchsgüter-industrien | Nahrungs- und Genußmittelindustrien |
| 1950 | [2]) | 9 240 | 1 152 | 8 088 | 2 146 | 2 723 | 2 594 | 625 |
| 1951 | | 10 218 | 1 204 | 9 014 | 2 348 | 3 156 | 2 851 | 659 |
| 1952 | | 10 501 | 1 230 | 9 273 | 2 398 | 3 319 | 2 861 | 695 |
| 1953 | | 10 885 | 1 258 | 9 627 | 2 388 | 3 433 | 3 085 | 721 |
| 1954 | | 11 516 | 1 218 | 10 298 | 2 541 | 3 777 | 3 234 | 746 |
| 1955 | | 12 484 | 1 213 | 11 271 | 2 738 | 4 319 | 3 436 | 778 |
| 1956 | | 12 952 | 1 218 | 11 734 | 2 809 | 4 557 | 3 560 | 808 |
| 1957 | | 12 624 | 1 188 | 11 436 | 2 714 | 4 478 | 3 430 | 813 |
| 1958 | | 12 377 | 1 135 | 11 242 | 2 624 | 4 545 | 3 272 | 801 |
| 1959 | | 12 231 | 1 014 | 11 217 | 2 654 | 4 558 | 3 221 | 784 |
| 1960 | | 13 394 | 1 026 | 12 368 | 2 900 | 5 230 | 3 407 | 831 |
| 1961 | | 13 403 | 962 | 12 441 | 2 923 | 5 352 | 3 345 | 821 |
| 1962 | | 12 998 | 889 | 12 109 | 2 802 | 5 219 | 3 269 | 819 |
| 1963 | | 12 579 | 833 | 11 746 | 2 713 | 5 070 | 3 154 | 810 |
| 1964 | | 12 609 | 795 | 11 814 | 2 758 | 5 133 | 3 130 | 793 |
| 1965 | | 12 654 | 738 | 11 916 | 2 764 | 5 250 | 3 123 | 779 |
| 1966 | | 12 221 | 656 | 11 565 | 2 632 | 5 090 | 3 071 | 772 |
| 1966 | 1. Vierteljahr | 3 109 | 175 | 2 933 | 661 | 1 297 | 789 | 186 |
| | 2. Vierteljahr | 3 074 | 164 | 2 910 | 665 | 1 286 | 771 | 188 |
| | 3. Vierteljahr | 3 001 | 159 | 2 843 | 661 | 1 240 | 746 | 195 |
| | 4. Vierteljahr | 3 037 | 157 | 2 880 | 645 | 1 267 | 765 | 203 |
| 1967 | 1. Vierteljahr | 2 788 | 148 | 2 640 | 590 | 1 149 | 720 | 181 |
| | 2. Vierteljahr | 2 715 | 133 | 2 582 | 599 | 1 120 | 683 | 180 |
| | 3. Vierteljahr | 2 678 | 132 | 2 546 | 597 | 1 090 | 671 | 188 |

[1]) Ohne Energie und Bau. — Von Arbeitern (einschließlich gewerblicher Lehrlinge) geleistete Stunden.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 54

## Industrielle Produktion

1958 = 100

| Zeitraum | Index der industriellen Nettoproduktion [1] | | | | | | | | Index der industriellen Bruttoproduktion [1] | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Industrie insgesamt | | Bergbau | Verarbeitende Industrie | | | | | | |
| | einschließlich Energieversorgungsbetriebe und Bauhauptgewerbe | ohne | | zusammen | Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien | Investitionsgüterindustrien | Verbrauchsgüterindustrien | Nahrungs- und Genußmittelindustrien | Investitionsgüter [2] | Verbrauchsgüter [3] |
| 1950 | 49,3 | 49,3 | 73,8 | 47,0 | 51,5 | 39,4 | 52,0 | 49,5 | 40,4 | 42,7 |
| 1951 | 57,7 | 57,9 | 81,7 | 55,7 | 60,5 | 50,1 | 58,5 | 55,5 | 49,5 | 49,1 |
| 1952 | 61,2 | 61,3 | 85,9 | 59,0 | 62,4 | 55,4 | 59,7 | 59,6 | 57,4 | 52,8 |
| 1953 | 66,6 | 66,5 | 87,8 | 64,5 | 66,9 | 58,3 | 69,5 | 67,4 | 60,2 | 61,6 |
| 1954 | 74,1 | 74,0 | 90,0 | 72,5 | 76,1 | 68,0 | 75,4 | 71,9 | 69,9 | 67,9 |
| 1955 | 85,5 | 85,5 | 95,4 | 84,6 | 88,6 | 83,6 | 83,9 | 79,4 | 85,6 | 78,0 |
| 1956 | 92,3 | 92,2 | 99,2 | 91,6 | 94,0 | 91,0 | 92,6 | 86,7 | 92,9 | 87,2 |
| 1957 | 97,3 | 97,3 | 100,9 | 97,0 | 98,9 | 94,5 | 99,6 | 95,6 | 95,6 | 94,9 |
| 1958 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1959 | 107,4 | 107,1 | 97,0 | 108,1 | 112,7 | 106,9 | 107,5 | 102,1 | 105,3 | 108,5 |
| 1960 | 119,2 | 119,4 | 99,1 | 121,3 | 128,6 | 123,8 | 117,8 | 105,2 | 120,2 | 121,8 |
| 1961 | 126,8 | 126,8 | 101,4 | 129,2 | 135,2 | 134,5 | 124,3 | 111,1 | 133,1 | 129,0 |
| 1962 | 132,4 | 132,1 | 102,0 | 134,9 | 141,2 | 138,2 | 132,3 | 117,6 | 137,9 | 137,2 |
| 1963 | 137,5 | 136,7 | 103,7 | 139,8 | 148,2 | 141,4 | 136,0 | 124,0 | 137,6 | 144,6 |
| 1964 | 149,2 | 148,1 | 105,5 | 152,1 | 167,5 | 152,6 | 144,9 | 129,3 | 147,3 | 154,4 |
| 1965 | 157,5 | 156,6 | 102,6 | 161,6 | 177,9 | 163,0 | 155,0 | 134,0 | 156,2 | 164,1 |
| 1966 | 160,0 | 158,7 | 98,2 | 164,4 | 185,2 | 161,3 | 158,8 | 136,6 | 156,6 | 165,5 |
| 1966 1. Vierteljahr | 156,3 | 155,7 | 103,6 | 160,6 | 178,3 | 161,1 | 160,1 | 123,6 | 155,3 | 169,0 |
| 2. Vierteljahr | 168,0 | 166,9 | 98,3 | 173,3 | 195,0 | 173,5 | 166,6 | 137,7 | 170,1 | 174,6 |
| 3. Vierteljahr | 152,1 | 150,8 | 94,3 | 156,1 | 185,2 | 146,2 | 146,8 | 132,9 | 141,2 | 150,1 |
| 4. Vierteljahr | 163,8 | 161,6 | 96,8 | 167,7 | 182,7 | 165,9 | 162,2 | 148,5 | 161,7 | 169,4 |
| 1967 1. Vierteljahr | 148,6 | 147,6 | 95,3 | 152,4 | 178,9 | 143,1 | 148,1 | 126,5 | 137,5 | 153,6 |
| 2. Vierteljahr | 157,5 | 156,5 | 91,2 | 162,6 | 196,5 | 151,5 | 148,2 | 139,1 | 149,2 | 154,5 |
| 3. Vierteljahr [4] | 148,4 | 147,3 | 89,2 | 152,7 | 188,7 | 135,8 | 139,4 | 137,4 | 131,0 | 143,9 |

Ohne Berlin.

[1] Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

[2] Einschließlich Produktion der Pkw über 2 Liter Hubraum sowie 40 vH der Pkw-Produktion mit 1 bis 2 Liter Hubraum.

[3] Einschließlich Produktion der Pkw bis 1 Liter Hubraum sowie 60 vH der Pkw-Produktion mit 1 bis 2 Liter Hubraum.

[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 55

## Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde

1958 = 100

| Zeitraum | Industrie insgesamt [1] | Bergbau [2] | Verarbeitende Industrie [2] | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | zusammen | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | Nahrungs- und Genußmittel- |
| | | | | industrien | | | |
| 1950 | 67,5 | 72,4 | 67,0 | 65,7 | 67,2 | 66,9 | 62,5 |
| 1951 | 72,1 | 76,8 | 71,6 | 70,3 | 74,6 | 69,4 | 66,9 |
| 1952 | 74,3 | 79,2 | 73,8 | 71,0 | 78,1 | 70,7 | 69,8 |
| 1953 | 77,5 | 80,2 | 77,3 | 75,2 | 78,9 | 76,4 | 76,0 |
| 1954 | 81,8 | 84,7 | 81,5 | 80,5 | 84,0 | 79,5 | 78,1 |
| 1955 | 87,1 | 89,6 | 86,8 | 86,7 | 90,4 | 83,1 | 83,0 |
| 1956 | 90,0 | 92,5 | 89,7 | 89,2 | 92,4 | 88,0 | 87,2 |
| 1957 | 96,0 | 96,0 | 96,0 | 96,5 | 96,5 | 95,7 | 94,7 |
| 1958 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1959 | 107,9 | 107,4 | 107,9 | 111,3 | 106,0 | 109,1 | 103,3 |
| 1960 | 116,6 | 119,0 | 116,3 | 122,3 | 114,7 | 118,0 | 107,1 |
| 1961 | 122,0 | 127,9 | 121,4 | 126,1 | 119,8 | 125,3 | 112,8 |
| 1962 | 129,3 | 138,5 | 128,4 | 135,6 | 124,1 | 135,1 | 118,5 |
| 1963 | 136,5 | 149,9 | 135,4 | 145,6 | 128,5 | 142,6 | 124,7 |
| 1964 | 147,8 | 159,3 | 146,7 | 162,2 | 137,2 | 153,5 | 132,6 |
| 1965 | 155,0 | 166,0 | 154,1 | 170,7 | 142,8 | 164,7 | 139,7 |
| 1966 | 160,8 | 175,9 | 159,6 | 183,7 | 143,9 | 170,0 | 143,0 |
| 1966 1. Vierteljahr | 157,0 | 172,3 | 155,8 | 176,0 | 143,8 | 169,7 | 135,8 |
| 2. Vierteljahr | 160,9 | 174,0 | 159,8 | 186,1 | 144,7 | 168,6 | 139,6 |
| 3. Vierteljahr | 161,7 | 177,7 | 160,2 | 187,5 | 140,0 | 169,5 | 143,8 |
| 4. Vierteljahr | 164,5 | 180,8 | 163,4 | 184,1 | 147,3 | 173,2 | 152,1 |
| 1967 1. Vierteljahr | 160,7 | 184,6 | 158,9 | 192,2 | 138,8 | 166,9 | 138,5 |
| 2. Vierteljahr | 171,2 | 194,3 | 169,7 | 206,9 | 146,2 | 171,5 | 149,1 |
| 3. Vierteljahr [3] | 172,4 | 197,8 | 170,7 | 208,4 | 143,6 | 172,7 | 151,3 |

Ohne Berlin.

[1] Ohne Energieversorgungsbetriebe und Bauhauptgewerbe.

[2] Für Vierteljahre: Eigene Schätzung.

[3] Vorläufige Ergebnisse (Juni, Juli, August).

Tabelle 56

## Baugenehmigungen

| Zeitraum | Genehmigungen für Hochbauten [1] | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Umbauter Raum [2] | | | | Veranschlagte reine Baukosten [3] | | | |
| | insgesamt | Wohngebäude | Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4] | Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5] | insgesamt | Wohngebäude | Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4] | Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5] |
| | 1000 cbm | | | | Millionen DM | | | |
| 1950 [6] | . | 140 665 | . | . | . | 5 243 | . | . |
| 1951 [6] | . | 139 448 | . | . | . | 5 337 | . | . |
| 1952 [6] | 230 108 | 135 652 | 94 456 | | 9 693 | 6 216 | 3 478 | |
| 1953 [6] | 245 968 | 163 649 | 82 319 | | 11 370 | 7 860 | 3 510 | |
| 1954 [6] | 282 134 | 185 592 | 96 542 | | 13 375 | 9 062 | 4 313 | |
| 1955 [6] | 309 971 | 195 519 | 114 452 | | 15 488 | 10 063 | 5 425 | |
| 1956 [6] | 304 198 | 180 298 | 123 900 | | 16 129 | 10 061 | 6 069 | |
| 1957 [6] | 286 391 | 174 078 | 88 877 | 23 436 | 16 404 | 10 459 | 3 877 | 2 068 |
| 1958 [6] | 311 254 | 193 297 | 89 514 | 28 443 | 19 208 | 12 386 | 4 209 | 2 612 |
| 1959 [6] | 343 689 | 210 904 | 103 353 | 29 432 | 22 136 | 14 321 | 4 940 | 2 875 |
| 1960 | 392 427 | 234 427 | 124 073 | 33 927 | 27 491 | 17 253 | 6 624 | 3 614 |
| 1961 | 422 657 | 248 582 | 135 029 | 39 046 | 31 685 | 19 851 | 7 527 | 4 307 |
| 1962 | 427 301 | 253 459 | 133 795 | 40 047 | 34 675 | 22 176 | 7 445 | 5 055 |
| 1963 | 383 726 | 229 774 | 113 144 | 40 808 | 34 189 | 21 836 | 6 768 | 5 586 |
| 1964 | 429 635 | 246 181 | 136 895 | 46 559 | 40 738 | 25 397 | 8 676 | 6 665 |
| 1965 | 441 163 | 259 257 | 134 819 | 47 087 | 44 879 | 28 534 | 9 140 | 7 205 |
| 1966 | 421 500 | 245 277 | 135 593 | 40 630 | 44 692 | 28 569 | 9 614 | 6 509 |
| 1966 1. Vierteljahr | 97 482 | 55 760 | 32 341 | 9 381 | 9 916 | 6 291 | 2 170 | 1 455 |
| 2. Vierteljahr | 110 134 | 65 056 | 35 664 | 9 414 | 11 630 | 7 583 | 2 498 | 1 549 |
| 3. Vierteljahr | 113 025 | 66 461 | 35 823 | 10 741 | 12 214 | 7 821 | 2 629 | 1 764 |
| 4. Vierteljahr | 100 659 | 58 000 | 31 565 | 11 094 | 10 932 | 6 874 | 2 317 | 1 741 |
| 1967 1. Vierteljahr | 78 906 | 45 045 | 25 147 | 8 714 | 8 542 | 5 358 | 1 845 | 1 339 |
| 2. Vierteljahr | 95 359 | 58 237 | 28 951 | 8 171 | 10 513 | 6 971 | 2 236 | 1 306 |
| 3. Vierteljahr | 101 929 | 59 618 | 32 315 | 9 996 | 11 076 | 7 078 | 2 391 | 1 607 |

[1]) Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.
[2]) Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3]) Alle Baumaßnahmen.
[4]) Einschließlich privater Bauherren.
[5]) Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 57

## Bauhauptgewerbe [1])

| Zeitraum | Umsatz [2]) insgesamt | Umsatz [2]) Wohnungsbau | Umsatz [2]) Landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau | Umsatz [2]) Öffentlicher und Verkehrsbau | Beschäftigte [3]) | Geleistete Arbeitsstunden [4]) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Millionen DM | | | | 1000 | Millionen |
| 1950 | 6 182 | . | . | . | 913 | 1 811 |
| 1951 | 7 783 | . | . | . | 922 | 1 862 |
| 1952 | 9 237 | . | . | . | 945 | 1 899 |
| 1953 | 10 690 | . | . | . | 1 051 | 2 179 |
| 1954 [5]) | 11 722 | 5 470 | 2 828 | 3 424 | 1 095 | 2 262 |
| 1955 [5]) | 14 172 | 6 236 | 3 582 | 4 354 | 1 209 | 2 498 |
| 1956 [5]) | 15 638 | 6 695 | 4 026 | 4 918 | 1 217 | 2 551 |
| 1957 [5]) | 15 978 | 6 811 | 4 078 | 5 089 | 1 201 | 2 379 |
| 1958 [5]) | 17 172 | 7 366 | 4 101 | 5 705 | 1 206 | 2 340 |
| 1959 [5]) | 21 057 | 8 479 | 4 969 | 7 609 | 1 287 | 2 493 |
| 1960 | 25 018 [a]) | 9 706 | 6 411 | 8 882 | 1 406 | 2 604 |
| 1961 | 28 650 [a]) | 10 860 | 7 212 | 10 564 | 1 447 | 2 668 |
| 1962 | 33 359 [a]) | 12 149 | 7 665 | 13 532 | 1 526 | 2 706 |
| 1963 | 36 420 [a]) | 13 016 | 7 738 | 15 654 | 1 605 | 2 660 |
| 1964 | 42 617 | 15 097 | 8 872 | 18 649 | 1 643 | 2 908 |
| 1965 | 44 375 | 15 906 | 9 716 | 18 753 | 1 643 | 2 800 |
| 1966 | 46 878 | 16 896 | 10 312 | 19 670 | 1 619 | 2 793 |
| 1966 1. Vierteljahr | 8 426 | 3 109 | 2 016 | 3 300 | 1 572 | 546 |
| 2. Vierteljahr | 11 544 | 4 338 | 2 549 | 4 657 | 1 679 | 791 |
| 3. Vierteljahr | 13 132 | 4 644 | 2 827 | 5 662 | 1 665 | 784 |
| 4. Vierteljahr | 13 776 | 4 804 | 2 920 | 6 052 | 1 559 | 672 |
| 1967 1. Vierteljahr | 8 516 | 3 080 | 1 899 | 3 537 | 1 360 | 491 |
| 2. Vierteljahr | 10 139 | 3 891 | 2 092 | 4 156 | 1 440 | 652 |
| 3. Vierteljahr | 11 420 | 4 179 | 2 228 | 5 013 | 1 482 | 675 |

[1]) Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz; vorwiegend Zahlungseingang.
[3]) Ohne mithelfende Familienangehörige.
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.
[a]) Einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).

Tabelle 58

## Einzelhandelsumsatz [1])

1962 = 100

| Zeitraum | Einzelhandel | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | mit Nahrungs- und Genußmitteln | mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen | mit Hausrat und Wohnbedarf | übriger Einzelhandel | insgesamt | mit Nahrungs- und Genußmitteln | mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen | mit Hausrat und Wohnbedarf | übriger Einzelhandel |
| | in jeweiligen Preisen | | | | | in Preisen von 1962 | | | | |
| 1950 | 39 | 41 | 46 | 31 | 32 | 46 | 50 | 48 | 42 | 42 |
| 1951 | 44 | 46 | 51 | 39 | 37 | 48 | 52 | 48 | 46 | 44 |
| 1952 | 46 | 50 | 51 | 40 | 41 | 51 | 54 | 53 | 45 | 47 |
| 1953 | 50 | 53 | 53 | 44 | 44 | 57 | 61 | 59 | 53 | 52 |
| 1954 | 53 | 58 | 55 | 48 | 48 | 61 | 66 | 63 | 58 | 56 |
| 1955 | 59 | 63 | 60 | 55 | 54 | 67 | 70 | 69 | 65 | 63 |
| 1956 | 66 | 69 | 68 | 64 | 61 | 74 | 76 | 77 | 74 | 69 |
| 1957 | 71 | 74 | 74 | 70 | 65 | 77 | 80 | 81 | 78 | 72 |
| 1958 | 74 | 78 | 75 | 74 | 70 | 79 | 83 | 79 | 81 | 76 |
| 1959 | 78 | 82 | 77 | 79 | 74 | 83 | 86 | 83 | 86 | 80 |
| 1960 | 85 | 87 | 84 | 85 | 82 | 89 | 92 | 89 | 92 | 87 |
| 1961 | 92 | 93 | 94 | 93 | 90 | 96 | 97 | 96 | 97 | 93 |
| 1962 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1963 | 104,9 | 104,7 | 104,3 | 101,8 | 107,3 | 102,7 | 103,4 | 102,1 | 99,6 | 104,0 |
| 1964 | 113,0 | 112,1 | 112,1 | 112,3 | 115,3 | 108,5 | 108,5 | 107,4 | 107,9 | 109,4 |
| 1965 | 124,3 | 122,2 | 124,1 | 125,3 | 127,2 | 115,3 | 113,6 | 115,9 | 116,3 | 116,5 |
| 1966 | 130,9 | 129,0 | 129,5 | 134,1 | 133,4 | 118,0 | 116,7 | 117,6 | 122,1 | 117,9 |
| 1966 1. Vierteljahr | 116,7 | 116,9 | 109,5 | 114,3 | 124,6 | 105,7 | 105,6 | 100,4 | 104,8 | 111,0 |
| 2. Vierteljahr | 128,5 | 129,6 | 124,8 | 120,7 | 133,9 | 115,6 | 115,9 | 113,6 | 110,1 | 119,0 |
| 3. Vierteljahr | 125,4 | 129,0 | 116,0 | 131,8 | 125,7 | 113,1 | 117,1 | 105,3 | 119,9 | 110,7 |
| 4. Vierteljahr | 152,8 | 140,5 | 167,7 | 169,5 | 149,7 | 137,6 | 128,3 | 151,3 | 153,6 | 130,7 |
| 1967 1. Vierteljahr | 119,3 | 124,1 | 112,5 | 113,9 | 120,3 | 106,7 | 112,5 | 101,1 | 103,2 | 103,8 |
| 2. Vierteljahr | 127,9 | 133,5 | 119,5 | 119,0 | 131,1 | 114,1 | 119,7 | 107,3 | 107,8 | 114,1 |
| 3. Vierteljahr [2]) | 125,7 | 132,6 | 115,0 | 125,6 | 125,1 | 112,4 | 120,1 | 103,4 | 114,0 | 107,7 |

[1]) Ab 1962 neuer Berichtsfirmenkreis, der mit dem früheren nicht vergleichbar ist.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 59

## Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

| Zeitraum | Tatsächliche Werte | | Volumen [1] [2] | | Index der Durchschnittswerte [2] | | Terms of Trade [3] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Ausfuhr | Einfuhr | Ausfuhr | Einfuhr | Ausfuhr | Einfuhr | |
| | Millionen DM | | | | 1962 = 100 | | |
| 1950 [4] | 8 362 | 11 374 | . | . | . | . | . |
| 1951 | 14 577 | 14 726 | . | . | . | . | . |
| 1952 | 16 909 | 16 203 | 17 558 | 12 781 | 96,3 | 126,8 | 75,9 |
| 1953 | 18 526 | 16 010 | 19 643 | 14 077 | 94,3 | 113,7 | 82,9 |
| 1954 | 22 035 | 19 337 | 23 712 | 17 399 | 92,9 | 111,1 | 83,6 |
| 1955 | 25 717 | 24 472 | 27 525 | 21 681 | 93,4 | 112,9 | 82,7 |
| 1956 | 30 861 | 27 964 | 31 896 | 24 213 | 96,8 | 115,5 | 83,8 |
| 1957 | 35 968 | 31 697 | 36 258 | 26 970 | 99,2 | 117,5 | 84,4 |
| 1958 | 36 998 | 31 133 | 38 065 | 29 215 | 97,2 | 106,6 | 91,2 |
| 1959 | 41 184 | 35 823 | 42 352 | 34 609 | 97,2 | 103,5 | 93,9 |
| 1960 | 47 946 | 42 723 | 48 449 | 40 401 | 99,0 | 105,7 | 93,7 |
| 1961 | 50 978 | 44 363 | 51 351 | 43 421 | 99,3 | 102,2 | 97,2 |
| 1962 | 52 975 | 49 498 | 52 975 | 49 498 | 100 | 100 | 100 |
| 1963 | 58 310 | 52 277 | 58 285 | 52 719 | 100,0 | 99,2 | 100,8 |
| 1964 | 64 920 | 58 839 | 64 848 | 59 261 | 100,1 | 99,3 | 100,8 |
| 1965 | 71 651 | 70 448 | 70 407 | 69 186 | 101,8 | 101,8 | 100,0 |
| 1966 | 80 628 | 72 670 | 78 365 | 70 278 | 102,9 | 103,4 | 99,5 |
| 1966 1. Vierteljahr | 18 957 | 18 111 | 18 443 | 17 398 | 102,8 | 104,1 | 98,8 |
| 2. Vierteljahr | 19 624 | 18 248 | 19 134 | 17 508 | 102,6 | 104,2 | 98,5 |
| 3. Vierteljahr | 19 890 | 17 632 | 19 246 | 17 166 | 103,3 | 102,7 | 100,6 |
| 4. Vierteljahr | 22 157 | 18 679 | 21 541 | 18 206 | 102,9 | 102,6 | 100,3 |
| 1967 1. Vierteljahr | 20 778 | 16 443 | 20 149 | 16 071 | 103,1 | 102,3 | 100,8 |
| 2. Vierteljahr | 21 900 | 17 464 | 21 733 | 17 183 | 100,8 | 101,6 | 99,2 |
| 3. Vierteljahr | 20 689 | 16 896 | 20 328 | 16 486 | 101,8 | 102,5 | 99,3 |

[1]) Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1962.
[2]) Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954, Werte von 1958 bis 1961 von Originalbasis 1960 umbasiert.
[3]) Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[4]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 60

## Warenausfuhr nach Ländergruppen

— Verbrauchsländer —

Millionen DM

| Zeitraum | Insgesamt [1] | EWG-Länder | EFTA-Länder | Übrige europäische Länder (einschließlich Jugoslawien) [2] | Ostblockländer in Europa und Asien (ohne Jugoslawien) | Außereuropäische Industrieländer zusammen [3] | Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten | Übrige Länder |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1950 [4] | 8 362 | 3 102 | 2 213 | 703 | 361 | 714 | 433 | 1 244 |
| 1951 | 14 577 | 4 326 | 4 109 | 1 190 | 284 | 1 611 | 992 | 3 027 |
| 1952 | 16 909 | 4 782 | 5 046 | 1 797 | 223 | 1 609 | 1 048 | 3 415 |
| 1953 | 18 526 | 5 528 | 5 187 | 1 449 | 330 | 2 028 | 1 249 | 3 928 |
| 1954 | 22 035 | 6 432 | 6 381 | 1 439 | 430 | 2 167 | 1 237 | 5 053 |
| 1955 | 25 717 | 7 409 | 7 419 | 1 829 | 623 | 2 723 | 1 625 | 5 531 |
| 1956 | 30 861 | 9 095 | 8 656 | 1 930 | 1 081 | 3 446 | 2 089 | 6 422 |
| 1957 | 35 968 | 10 502 | 9 803 | 1 954 | 1 192 | 4 332 | 2 521 | 7 944 |
| 1958 | 36 998 | 10 102 | 10 162 | 2 145 | 1 847 | 4 603 | 2 699 | 7 937 |
| 1959 | 41 184 | 11 463 | 11 107 | 2 477 | 1 868 | 5 914 | 3 835 | 8 119 |
| 1960 | 47 946 | 14 148 | 13 436 | 2 873 | 2 255 | 6 111 | 3 767 | 8 979 |
| 1961 | 50 978 | 16 180 | 14 422 | 3 178 | 2 072 | 5 875 | 3 497 | 9 103 |
| 1962 | 52 975 | 18 012 | 14 712 | 3 367 | 2 143 | 6 334 | 3 858 | 8 242 |
| 1963 | 58 310 | 21 754 | 15 795 | 3 518 | 1 813 | 6 862 | 4 195 | 8 382 |
| 1964 | 64 920 | 23 630 | 17 686 | 3 998 | 2 317 | 7 873 | 4 785 | 9 193 |
| 1965 | 71 651 | 25 220 | 19 342 | 4 779 | 2 676 | 9 070 | 5 741 | 10 331 |
| 1966 | 80 628 | 29 281 | 20 303 | 5 494 | 3 309 | 10 744 | 7 178 | 11 244 |
| 1966 1. Vierteljahr | 18 957 | 7 023 | 4 830 | 1 325 | 638 | 2 375 | 1 589 | 2 704 |
| 2. Vierteljahr | 19 624 | 7 214 | 5 072 | 1 384 | 784 | 2 479 | 1 618 | 2 628 |
| 3. Vierteljahr | 19 890 | 7 120 | 4 943 | 1 275 | 870 | 2 799 | 1 881 | 2 817 |
| 4. Vierteljahr | 22 157 | 7 925 | 5 457 | 1 510 | 1 016 | 3 090 | 2 089 | 3 097 |
| 1967 1. Vierteljahr | 20 778 | 7 690 | 4 964 | 1 441 | 1 047 | 2 708 | 1 750 | 2 869 |
| 2. Vierteljahr | 21 900 | 8 135 | 4 853 | 1 535 | 1 233 | 2 931 | 1 830 | 3 155 |
| 3. Vierteljahr | 20 689 | 7 470 | 4 892 | 1 411 | 1 067 | 2 986 | 1 885 | 2 798 |

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ohne Ostblockländer.
[3] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[4] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 61

## Wareneinfuhr nach Ländergruppen

— Herstellungsländer —

Millionen DM

| Zeitraum | Insgesamt [1] | EWG-Länder | EFTA-Länder | Übrige europäische Länder (einschließlich Jugoslawien) [2] | Ostblockländer in Europa und Asien (ohne Jugoslawien) | Außereuropäische Industrieländer zusammen [3] | Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten | Übrige Länder |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1950 [4] | 11 374 | 3 031 | 2 390 | 537 | 352 | 2 372 | 1 811 | 2 677 |
| 1951 [4] | 14 726 | 2 986 | 2 644 | 1 012 | 429 | 3 636 | 2 722 | 4 019 |
| 1952 [4] | 16 203 | 3 686 | 3 121 | 1 340 | 313 | 3 667 | 2 507 | 4 076 |
| 1953 [4] | 16 010 | 4 027 | 3 205 | 1 148 | 419 | 2 931 | 1 658 | 4 259 |
| 1954 [4] | 19 337 | 4 724 | 3 903 | 1 212 | 511 | 3 444 | 2 237 | 5 522 |
| 1955 [4] | 24 472 | 6 317 | 4 687 | 1 418 | 729 | 4 683 | 3 209 | 6 613 |
| 1956 [4] | 27 964 | 6 590 | 5 550 | 1 519 | 1 117 | 5 798 | 3 997 | 7 351 |
| 1957 [4] | 31 697 | 7 404 | 6 019 | 1 584 | 1 226 | 7 789 | 5 671 | 7 642 |
| 1958 [4] | 31 133 | 7 969 | 6 487 | 1 597 | 1 445 | 6 191 | 4 219 | 7 413 |
| 1959 [4] | 35 823 | 10 334 | 7 420 | 1 771 | 1 647 | 6 421 | 4 595 | 8 193 |
| 1960 | 42 723 | 12 708 | 8 392 | 1 989 | 1 998 | 8 034 | 5 977 | 9 500 |
| 1961 | 44 363 | 13 778 | 8 592 | 2 249 | 2 042 | 8 241 | 6 100 | 9 367 |
| 1962 | 49 498 | 15 966 | 9 396 | 2 277 | 2 159 | 9 379 | 7 033 | 10 234 |
| 1963 | 52 277 | 17 342 | 9 646 | 2 285 | 2 155 | 10 206 | 7 941 | 10 563 |
| 1964 | 58 839 | 20 393 | 10 686 | 2 612 | 2 412 | 10 609 | 8 066 | 12 042 |
| 1965 | 70 448 | 26 648 | 12 133 | 2 905 | 2 917 | 12 296 | 9 196 | 13 451 |
| 1966 | 72 670 | 27 774 | 11 955 | 2 993 | 3 150 | 12 576 | 9 177 | 14 124 |
| 1966 1. Vierteljahr | 18 111 | 6 830 | 3 110 | 766 | 746 | 3 012 | 2 212 | 3 623 |
| 2. Vierteljahr | 18 248 | 7 130 | 2 969 | 676 | 720 | 3 131 | 2 306 | 3 601 |
| 3. Vierteljahr | 17 632 | 6 806 | 2 856 | 660 | 829 | 3 041 | 2 113 | 3 411 |
| 4. Vierteljahr | 18 679 | 7 008 | 3 019 | 891 | 855 | 3 391 | 2 547 | 3 491 |
| 1967 1. Vierteljahr | 16 443 | 6 482 | 2 578 | 671 | 651 | 2 624 | 1 914 | 3 414 |
| 2. Vierteljahr | 17 464 | 6 903 | 2 669 | 531 | 687 | 3 279 | 2 460 | 3 373 |
| 3. Vierteljahr | 16 896 | 6 640 | 2 569 | 594 | 757 | 2 880 | 1 998 | 3 434 |

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ohne Ostblockländer.
[3] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[4] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 62

## Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Millionen DM

| Zeitraum | Insgesamt [1] | Ernährungswirtschaft | Gewerbliche Wirtschaft | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | zusammen | Rohstoffe | Halbwaren | Fertigwaren | | |
| | | | | | | zusammen | Vorerzeugnisse | Enderzeugnisse |
| 1950 [2] | 8 362 | 196 | 8 166 | 1 168 | 1 576 | 5 422 | 1 862 | 3 560 |
| 1951 [2] | 14 577 | 489 | 14 088 | 1 318 | 2 110 | 10 660 | 3 678 | 6 982 |
| 1952 [2] | 16 909 | 379 | 16 529 | 1 281 | 2 544 | 12 704 | 3 488 | 9 216 |
| 1953 [2] | 18 526 | 476 | 18 050 | 1 488 | 2 724 | 13 839 | 3 384 | 10 455 |
| 1954 [2] | 22 035 | 515 | 21 521 | 1 694 | 2 883 | 16 943 | 4 109 | 12 834 |
| 1955 [2] | 25 717 | 683 | 25 034 | 1 568 | 3 268 | 20 198 | 4 769 | 15 429 |
| 1956 [2] | 30 861 | 834 | 29 945 | 1 715 | 3 819 | 24 412 | 5 945 | 18 467 |
| 1957 [2] | 35 968 | 829 | 35 044 | 1 939 | 4 153 | 28 951 | 7 135 | 21 816 |
| 1958 [2] | 36 998 | 882 | 35 998 | 1 710 | 3 890 | 30 398 | 6 769 | 23 630 |
| 1959 [2] | 41 184 | 1 005 | 40 057 | 1 968 | 4 309 | 33 780 | 7 970 | 25 810 |
| 1960 | 47 946 | 1 091 | 46 696 | 2 182 | 5 007 | 39 506 | 9 672 | 29 834 |
| 1961 | 50 978 | 1 075 | 49 705 | 2 175 | 5 282 | 42 248 | 9 731 | 32 517 |
| 1962 | 52 975 | 1 143 | 51 616 | 2 362 | 4 982 | 44 273 | 9 876 | 34 397 |
| 1963 | 58 310 | 1 317 | 56 742 | 2 489 | 5 446 | 48 807 | 10 450 | 38 357 |
| 1964 | 64 920 | 1 614 | 63 039 | 2 518 | 5 733 | 54 788 | 11 847 | 42 941 |
| 1965 | 71 651 | 1 981 | 69 361 | 2 555 | 6 254 | 60 552 | 13 312 | 47 240 |
| 1966 | 80 628 | 1 968 | 78 301 | 2 835 | 7 152 | 68 314 | 14 727 | 53 587 |
| 1966 1. Vierteljahr | 18 957 | 491 | 18 396 | 673 | 1 691 | 16 032 | 3 482 | 12 550 |
| 2. Vierteljahr | 19 624 | 453 | 19 081 | 721 | 1 746 | 16 615 | 3 582 | 13 033 |
| 3. Vierteljahr | 19 890 | 461 | 19 336 | 695 | 1 790 | 16 852 | 3 713 | 13 139 |
| 4. Vierteljahr | 22 157 | 563 | 21 487 | 746 | 1 925 | 18 816 | 3 951 | 14 865 |
| 1967 1. Vierteljahr | 20 778 | 576 | 20 106 | 687 | 1 855 | 17 564 | 3 956 | 13 608 |
| 2. Vierteljahr | 21 900 | 620 | 21 181 | 726 | 1 859 | 18 596 | 4 244 | 14 352 |
| 3. Vierteljahr | 20 689 | 563 | 20 021 | 693 | 1 775 | 17 553 | 3 967 | 13 586 |

[1]) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 63

## Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Millionen DM

| Zeitraum | Insgesamt [1] | Ernährungswirtschaft | Gewerbliche Wirtschaft | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | zusammen | Rohstoffe | Halbwaren | Fertigwaren | | |
| | | | | | | zusammen | Vorerzeugnisse | Enderzeugnisse |
| 1950 [2] | 11 374 | 5 013 | 6 360 | 3 368 | 1 564 | 1 429 | 714 | 714 |
| 1951 | 14 726 | 5 876 | 8 850 | 5 249 | 2 012 | 1 588 | 848 | 740 |
| 1952 | 16 203 | 6 065 | 10 138 | 5 635 | 2 357 | 2 146 | 1 175 | 970 |
| 1953 | 16 010 | 5 852 | 10 158 | 5 224 | 2 438 | 2 497 | 1 450 | 1 046 |
| 1954 | 19 337 | 7 151 | 12 186 | 5 502 | 3 476 | 3 208 | 1 894 | 1 314 |
| 1955 | 24 472 | 7 635 | 16 837 | 7 281 | 4 916 | 4 640 | 2 764 | 1 876 |
| 1956 | 27 964 | 9 162 | 18 657 | 8 225 | 5 236 | 5 196 | 2 910 | 2 286 |
| 1957 | 31 697 | 9 975 | 21 569 | 9 376 | 5 741 | 6 452 | 3 338 | 3 114 |
| 1958 | 31 133 | 9 408 | 21 438 | 7 685 | 5 252 | 8 500 | 3 845 | 4 655 |
| 1959 | 35 823 | 10 731 | 24 755 | 7 749 | 5 977 | 11 030 | 4 719 | 6 311 |
| 1960 | 42 723 | 11 246 | 31 076 | 9 269 | 8 061 | 13 746 | 5 773 | 7 973 |
| 1961 | 44 363 | 11 677 | 32 186 | 9 095 | 7 542 | 15 550 | 6 028 | 9 522 |
| 1962 | 49 498 | 13 684 | 35 371 | 8 821 | 7 863 | 18 688 | 6 689 | 11 999 |
| 1963 | 52 277 | 12 779 | 38 987 | 9 362 | 8 049 | 21 575 | 7 142 | 14 433 |
| 1964 | 58 839 | 14 035 | 44 214 | 10 916 | 9 779 | 23 519 | 8 548 | 14 971 |
| 1965 | 70 448 | 16 852 | 52 917 | 11 431 | 10 807 | 30 679 | 10 424 | 20 256 |
| 1966 | 72 670 | 17 451 | 54 425 | 11 819 | 10 814 | 31 792 | 10 556 | 21 236 |
| 1966 1. Vierteljahr | 18 111 | 4 397 | 13 552 | 3 082 | 2 578 | 7 892 | 2 687 | 5 205 |
| 2. Vierteljahr | 18 248 | 4 276 | 13 762 | 2 984 | 2 677 | 8 101 | 2 816 | 5 284 |
| 3. Vierteljahr | 17 632 | 4 223 | 13 223 | 2 919 | 2 776 | 7 528 | 2 529 | 4 999 |
| 4. Vierteljahr | 18 679 | 4 554 | 13 887 | 2 834 | 2 782 | 8 272 | 2 524 | 5 748 |
| 1967 1. Vierteljahr | 16 443 | 3 875 | 12 372 | 2 792 | 2 436 | 7 145 | 2 277 | 4 868 |
| 2. Vierteljahr | 17 464 | 4 215 | 13 014 | 2 789 | 2 564 | 7 661 | 2 326 | 5 335 |
| 3. Vierteljahr | 16 896 | 4 014 | 12 668 | 2 927 | 2 750 | 6 991 | 2 233 | 4 758 |

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 64

## Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Millionen DM

| Zeitraum | Insgesamt [1] | Bergbauliche Erzeugnisse | Erzeugnisse der | | | | Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | Nahrungs- und Genußmittel- | |
| | | | industrien | | | | |
| | | | | Ausfuhr | | | |
| 1958 } [2] | 36 998 | 2 243 | 10 007 | 19 947 | 3 475 | 657 | 344 |
| 1959 } [2] | 41 184 | 2 293 | 11 680 | 21 657 | 3 948 | 766 | 434 |
| 1960 | 47 946 | 2 595 | 14 037 | 24 963 | 4 470 | 867 | 439 |
| 1961 | 50 978 | 2 561 | 14 528 | 27 304 | 4 630 | 841 | 448 |
| 1962 | 52 975 | 2 520 | 14 527 | 28 901 | 4 960 | 909 | 476 |
| 1963 | 58 310 | 2 715 | 15 493 | 32 118 | 5 646 | 978 | 596 |
| 1964 | 64 920 | 2 551 | 17 433 | 35 576 | 6 523 | 1 209 | 682 |
| 1965 | 71 651 | 2 464 | 19 661 | 38 883 | 7 235 | 1 498 | 779 |
| 1966 | 80 628 | 2 361 | 22 545 | 43 853 | 8 185 | 1 553 | 783 |
| 1966 1. Vierteljahr | 18 957 | 586 | 5 250 | 10 253 | 1 960 | 370 | 221 |
| 2. Vierteljahr | 19 624 | 563 | 5 522 | 10 698 | 1 933 | 375 | 179 |
| 3. Vierteljahr | 19 890 | 584 | 5 705 | 10 659 | 2 096 | 384 | 156 |
| 4. Vierteljahr | 22 157 | 628 | 6 067 | 12 243 | 2 197 | 423 | 227 |
| 1967 1. Vierteljahr | 20 778 | 535 | 6 091 | 11 057 | 2 089 | 441 | 230 |
| 2. Vierteljahr | 21 900 | 526 | 6 404 | 11 753 | 2 135 | 511 | 205 |
| 3. Vierteljahr | 20 689 | 571 | 5 990 | 10 906 | 2 224 | 463 | 186 |
| | | | | Einfuhr | | | |
| 1958 } [2] | 31 133 | 4 011 | 8 161 | 2 856 | 2 912 | 2 565 | 9 569 |
| 1959 } [2] | 35 823 | 3 757 | 9 501 | 3 644 | 3 502 | 3 331 | 10 438 |
| 1960 | 42 723 | 4 808 | 12 376 | 4 740 | 4 375 | 3 639 | 10 996 |
| 1961 | 44 363 | 4 900 | 12 046 | 5 883 | 4 926 | 3 840 | 10 844 |
| 1962 | 49 498 | 4 744 | 12 823 | 7 006 | 5 653 | 4 662 | 11 992 |
| 1963 | 52 277 | 5 109 | 13 530 | 7 161 | 6 222 | 4 760 | 11 042 |
| 1964 | 58 839 | 6 205 | 16 650 | 8 453 | 7 123 | 5 020 | 12 275 |
| 1965 | 70 448 | 6 602 | 19 074 | 11 089 | 8 955 | 6 240 | 13 932 |
| 1966 | 72 670 | 6 891 | 19 544 | 12 284 | 9 696 | 6 597 | 14 186 |
| 1966 1. Vierteljahr | 18 111 | 1 678 | 4 721 | 3 137 | 2 555 | 1 676 | 3 732 |
| 2. Vierteljahr | 18 248 | 1 704 | 5 021 | 3 219 | 2 343 | 1 505 | 3 642 |
| 3. Vierteljahr | 17 632 | 1 795 | 4 899 | 2 791 | 2 465 | 1 625 | 3 312 |
| 4. Vierteljahr | 18 679 | 1 714 | 4 903 | 3 138 | 2 333 | 1 791 | 3 500 |
| 1967 1. Vierteljahr | 16 443 | 1 705 | 4 447 | 2 926 | 2 184 | 1 551 | 3 050 |
| 2. Vierteljahr | 17 464 | 1 710 | 4 691 | 3 163 | 1 901 | 1 518 | 3 394 |
| 3. Vierteljahr | 16 896 | 1 946 | 4 871 | 2 549 | 2 013 | 1 462 | 3 150 |

[1] Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 65

## Preisentwicklung nach den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Preisindex mit wechselnder Wägung

1954 = 100

| Zeitraum | Bruttosozialprodukt | Einfuhr [1] | Letzte Verwendung von Gütern [2] | Letzte inländische Verwendung von Gütern | | | | Ausfuhr [1] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | insgesamt | darunter | | | |
| | | | | | Privater Verbrauch | Staatsverbrauch | Anlageinvestitionen | |
| 1950 [3] | 86,7 | 98,1 | 87,9 | 88,5 | 91,9 | 80,3 | 83,2 | 83,0 |
| 1951 [3] | 95,4 | 121,1 | 98,0 | 97,5 | 99,0 | 90,2 | 96,4 | 101,2 |
| 1952 [3] | 100,1 | 112,6 | 101,4 | 100,9 | 100,8 | 96,5 | 103,9 | 105,1 |
| 1953 [3] | 99,9 | 101,5 | 100,1 | 99,8 | 99,4 | 98,8 | 101,1 | 101,7 |
| 1954 [3] | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| 1955 [3] | 102,0 | 102,0 | 102,0 | 102,2 | 101,6 | 103,7 | 103,0 | 101,0 |
| 1956 [3] | 105,0 | 104,0 | 104,9 | 105,0 | 103,8 | 109,5 | 105,8 | 104,4 |
| 1957 [3] | 108,0 | 105,5 | 107,6 | 107,8 | 106,4 | 113,0 | 109,2 | 106,9 |
| 1958 [3] | 111,9 | 99,9 | 109,8 | 110,6 | 109,1 | 117,0 | 111,5 | 106,5 |
| 1959 [3] | 113,5 | 97,1 | 110,3 | 111,9 | 110,2 | 117,9 | 113,6 | 104,6 |
| 1960 [3] | 116,4 | 97,9 | 112,6 | 114,3 | 111,6 | 122,8 | 117,8 | 106,2 |
| 1960 | 116,4 | 96,5 | 112,8 | 114,3 | 111,5 | 123,2 | 117,7 | 106,1 |
| 1961 | 121,4 | 94,8 | 116,4 | 118,5 | 114,6 | 129,8 | 123,0 | 107,4 |
| 1962 | 126,8 | 94,1 | 120,3 | 123,1 | 118,1 | 133,5 | 129,9 | 108,0 |
| 1963 | 130,5 | 93,2 | 122,8 | 126,6 | 121,4 | 137,4 | 133,5 | 107,1 |
| 1964 | 134,1 | 93,9 | 125,6 | 129,9 | 124,2 | 144,8 | 136,5 | 108,1 |
| 1965 [4] | 139,0 | 96,2 | 129,3 | 134,0 | 128,1 | 153,1 | 139,5 | 110,1 |
| 1966 [4] | 144,1 | 98,2 | 133,6 | 139,5 | 132,7 | 164,2 | 142,8 | 112,1 |
| 1960 1. Halbjahr | 115,7 | 96,3 | 112,1 | 113,6 | 111,0 | 121,5 | 117,1 | 105,5 |
| 2. Halbjahr | 117,1 | 96,7 | 113,4 | 114,9 | 112,0 | 124,9 | 118,2 | 106,7 |
| 1961 1. Halbjahr | 119,8 | 95,0 | 115,2 | 117,1 | 113,7 | 129,1 | 120,6 | 107,3 |
| 2. Halbjahr | 123,0 | 94,7 | 117,6 | 119,8 | 115,4 | 130,4 | 125,1 | 107,6 |
| 1962 1. Halbjahr | 125,6 | 93,5 | 119,2 | 121,9 | 117,4 | 132,7 | 127,9 | 107,7 |
| 2. Halbjahr | 127,8 | 94,7 | 121,3 | 124,2 | 118,7 | 134,2 | 131,6 | 108,2 |
| 1963 1. Halbjahr | 129,0 | 93,3 | 121,5 | 124,9 | 121,0 | 135,4 | 131,2 | 107,1 |
| 2. Halbjahr | 131,9 | 93,0 | 124,0 | 128,1 | 121,8 | 139,2 | 135,5 | 107,1 |
| 1964 1. Halbjahr | 132,3 | 93,6 | 124,1 | 128,5 | 123,5 | 142,8 | 134,9 | 106,9 |
| 2. Halbjahr | 135,8 | 94,2 | 126,9 | 131,1 | 124,8 | 146,6 | 137,9 | 109,3 |
| 1965 1. Halbjahr [4] | 136,7 | 95,3 | 127,3 | 131,7 | 126,5 | 150,5 | 137,5 | 109,6 |
| 2. Halbjahr [4] | 141,2 | 96,9 | 131,1 | 136,1 | 129,6 | 155,4 | 141,3 | 110,6 |
| 1966 1. Halbjahr [4] | 142,5 | 98,0 | 132,2 | 137,6 | 131,4 | 160,7 | 141,3 | 111,6 |
| 2. Halbjahr [4] | 145,6 | 98,5 | 135,0 | 141,3 | 133,9 | 167,4 | 144,2 | 112,5 |
| 1967 1. Halbjahr [5] | 144,5 | 96,7 | 133,5 | 140,7 | 134,4 | 167,7 | 139,7 | 110,5 |

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin.
[2] Verbrauch, Investitionen und Ausfuhr.
[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.
[5] Erste vorläufige Ergebnisse.

Begriffliche Erläuterungen Seite 240

Tabelle 66

## Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz)

1962 = 100

| Zeitraum | Industrieerzeugnisse insgesamt [1] | Bergbauliche Erzeugnisse | Elektrischer Strom, Gas, Wasser | Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie | | | | | Investitionsgüter [1] [2] | Verbrauchsgüter [1] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | zusammen | Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | Nahrungs- und Genußmittel- | | |
| 1950 | 79,8 | 57,4 | 66,8 | 81,9 | 73,9 | 72,9 | 96,4 | 93,7 | . | . |
| 1951 | 94,7 | 64,2 | 70,9 | 97,9 | 93,7 | 85,1 | 117,7 | 101,3 | . | . |
| 1952 | 96,9 | 74,7 | 83,3 | 98,9 | 102,0 | 92,6 | 100,9 | 101,5 | . | . |
| 1953 | 94,4 | 85,9 | 92,7 | 94,7 | 97,3 | 91,1 | 93,7 | 98,0 | . | . |
| 1954 | 92,9 | 86,0 | 93,1 | 93,0 | 95,4 | 88,5 | 92,7 | 96,8 | . | . |
| 1955 [3] | 94,5 | 86,0 | 92,8 | 94,9 | 100,2 | 89,5 | 93,0 | 97,4 | 85,0 | 92,6 |
| 1956 | 95,9 | 90,1 | 93,7 | 96,2 | 101,5 | 91,2 | 94,1 | 98,1 | 87,4 | 93,1 |
| 1957 | 97,6 | 96,4 | 96,2 | 97,6 | 102,5 | 93,0 | 97,1 | 97,8 | 90,2 | 94,8 |
| 1958 | 97,2 | 101,2 | 99,4 | 96,9 | 100,9 | 93,9 | 95,4 | 97,0 | 92,0 | 94,9 |
| 1959 | 96,5 | 100,7 | 100,3 | 96,0 | 99,9 | 93,1 | 93,3 | 97,8 | 91,9 | 94,0 |
| 1960 [4] | 97,6 | 100,0 | 100,7 | 97,2 | 100,8 | 94,5 | 96,6 | 96,8 | 93,3 | 95,6 |
| 1961 | 98,9 | 99,2 | 100,9 | 98,8 | 100,6 | 97,2 | 99,1 | 98,3 | 96,2 | 97,8 |
| 1962 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1963 | 100,5 | 101,8 | 99,8 | 100,5 | 99,3 | 100,4 | 101,6 | 101,1 | 101,0 | 101,1 |
| 1964 | 101,6 | 101,4 | 100,7 | 101,6 | 100,1 | 101,6 | 103,6 | 101,9 | 102,8 | 101,9 |
| 1965 | 104,0 | 105,7 | 103,5 | 104,0 | 102,2 | 104,6 | 106,0 | 103,4 | 105,9 | 104,4 |
| 1966 | 105,8 | 105,4 | 104,7 | 105,9 | 103,3 | 106,7 | 108,7 | 105,6 | 108,6 | 106,7 |
| 1966 1. Vierteljahr | 105,6 | 105,8 | 104,6 | 105,7 | 104,1 | 105,7 | 108,0 | 105,2 | 107,2 | 106,1 |
| 2. Vierteljahr | 106,2 | 104,9 | 104,8 | 106,3 | 104,1 | 107,1 | 108,7 | 105,5 | 108,9 | 106,6 |
| 3. Vierteljahr | 105,9 | 105,1 | 104,8 | 106,0 | 102,5 | 107,2 | 109,1 | 106,0 | 109,3 | 106,9 |
| 4. Vierteljahr | 105,7 | 105,7 | 104,8 | 105,7 | 102,5 | 106,6 | 109,0 | 105,7 | 108,8 | 107,2 |
| 1967 1. Vierteljahr | 105,5 | 105,6 | 105,3 | 105,5 | 102,1 | 106,2 | 108,8 | 106,1 | 108,8 | 107,4 |
| 2. Vierteljahr | 104,7 | 104,7 | 105,7 | 104,7 | 99,4 | 105,8 | 108,2 | 107,2 | 108,5 | 107,0 |
| 3. Vierteljahr | 104,6 | 104,8 | 105,9 | 104,6 | 100,4 | 105,3 | 107,6 | 106,5 | 108,1 | 107,5 |

[1]) Ohne Erzeugnisse der Bauindustrie.
[2]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 67

## Preisindices für Bauwerke, Preise für Bauland

| Zeitraum | Preisindices für Bauwerke [1] | | | | | | Preise für Bauland [2] | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Wohngebäude | Bürogebäude | Betriebsgebäude: gewerbliche | Betriebsgebäude: landwirtschaftliche | gemischt genutzte Gebäude | Straßenbau | baureifes Land | Rohbauland |
| | 1962 = 100 | | | | | | DM je qm | |
| 1950 | 54,8 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1951 | 63,4 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1952 | **67,5** | . | . | . | . | . | . | . |
| 1953 | 65,3 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1954 | 65,6 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1955 | 69,1 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1956 | 71,0 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1957 | 73,5 | . | . | . | . | . | . | . |
| 1958 | 75,8 | 76,3 | 77,7 | 78,1 | 75,9 | . | . | . |
| 1959 | 79,8 | 80,7 | 81,4 | 81,5 | 80,4 | . | . | . |
| 1960 | 85,8 | 86,4 | 87,1 | 86,7 | 86,3 | 88,8 | . | . |
| 1961 | 92,3 | 92,6 | 92,8 | 92,8 | 92,4 | 93,3 | . | . |
| 1962 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 14,83 | 9,50 |
| 1963 | 105,2 | 105,0 | 104,5 | 105,1 | 104,9 | 103,7 | 16,92 | 11,44 |
| 1964 | 110,0 | 109,5 | 108,6 | 109,2 | 109,3 | 102,7 | 18,46 | 12,12 |
| 1965 | 114,6 | 113,6 | 112,8 | 113,2 | 114,2 | 97,5 | 21,89 | 13,70 |
| 1966 | 118,5 | 117,4 | 115,9 | 117,2 | 118,2 | 95,3 | ... | ... |
| 1966 | | | | | | | | |
| Februar | 116,9 | 115,9 | 114,8 | 115,7 | 116,7 | 95,4 | 22,61 | 14,43 |
| Mai | 119,1 | 118,0 | 116,8 | 117,8 | 118,9 | 95,9 | 23,89 | 14,50 |
| August | 119,2 | 118,1 | 116,4 | 117,9 | 119,0 | 95,5 | **23,79** | 14,31 |
| November | 118,6 | 117,4 | 115,4 | 117,4 | 118,3 | 94,3 | 24,53 | 13,93 |
| 1967 | | | | | | | | |
| Februar | 117,3 | 115,9 | 112,3 | 116,2 | 116,7 | 92,6 | 23,24 | 12,76 |
| Mai | 116,0 | 114,6 | 110,6 | 114,8 | 115,3 | 90,4 | 26,85 | 15,52 |
| August | 115,5 | 114,0 | 109,3 | 114,3 | 114,6 | 89,7 | ... | ... |

[1] Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt für Straßentyp mit einem Regelquerschnitt (Kronenbreite) von 28,5 m, überwiegend für Bundesfernstraßen gültig. Bis einschließlich 1965 ohne Berlin.
[2] Bis einschließlich 1964 ohne Berlin.

Tabelle 68

## Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter [1])

1962 = 100

| Zeitraum | Insgesamt | Güter der Ernährungswirtschaft | Güter der gewerblichen Wirtschaft | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | zusammen | Rohstoffe | Halbwaren | Fertigwaren | | |
| | | | | | | zusammen | darunter | |
| | | | | | | | Investitionsgüter [2]) | Verbrauchsgüter [2]) |
| 1954 | 94,9 | 97,2 | 94,8 | 92,0 | 101,4 | 94,2 | 84,8 | 100,1 |
| 1955 | 96,9 | 96,0 | 96,9 | 92,4 | 106,2 | 96,1 | 87,1 | 99,5 |
| 1956 | 99,6 | 99,1 | 99,6 | 96,6 | 110,4 | 98,4 | 90,8 | 99,1 |
| 1957 | 101,9 | 101,7 | 101,9 | 103,0 | 113,5 | 100,4 | 94,2 | 99,5 |
| 1958 | 99,5 | 104,8 | 99,4 | 101,7 | 104,2 | 98,7 | 92,0 | 99,5 |
| 1959 | 98,9 | 98,7 | 99,0 | 102,1 | 104,1 | 98,2 | 92,3 | 98,9 |
| 1960 | 100,2 | 97,9 | 100,2 | 101,6 | 105,4 | 99,6 | 94,5 | 98,6 |
| 1961 | 99,9 | 96,2 | 100,0 | 100,1 | 102,3 | 99,7 | 97,1 | 99,2 |
| 1962 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1963 | 100,1 | 109,5 | 100,0 | 100,9 | 98,7 | 100,0 | 101,2 | 100,6 |
| 1964 | 102,5 | 110,3 | 102,3 | 104,9 | 102,6 | 102,1 | 103,3 | 102,3 |
| 1965 | 104,8 | 111,1 | 104,6 | 104,7 | 105,2 | 104,6 | 106,6 | 104,8 |
| 1966 | 107,0 | 113,8 | 106,8 | 104,8 | 108,0 | 106,8 | 109,7 | 108,4 |
| 1966 1. Vierteljahr | 105,9 | 113,6 | 105,7 | 106,0 | 105,9 | 105,7 | 108,2 | 106,5 |
| 2. Vierteljahr | 107,2 | 114,3 | 107,1 | 105,6 | 110,1 | 106,9 | 109,8 | 107,5 |
| 3. Vierteljahr | 107,4 | 114,1 | 107,3 | 104,4 | 108,2 | 107,3 | 110,3 | 109,6 |
| 4. Vierteljahr | 107,3 | 113,4 | 107,2 | 103,2 | 107,8 | 107,3 | 110,6 | 109,9 |
| 1967 1. Vierteljahr | 107,1 | 113,5 | 106,9 | 102,0 | 107,2 | 107,2 | 111,0 | 109,6 |
| 2. Vierteljahr | 106,7 | 112,6 | 106,5 | 100,5 | 105,3 | 107,0 | 110,9 | 110,0 |
| 3. Vierteljahr | 106,9 | 111,4 | 106,8 | 100,8 | 109,2 | 106,8 | 110,9 | 110,1 |

[1]) Indexzahlen für die Jahre 1954 bis 1957 umbasiert von Originalbasis 1958; mit den Zahlen ab 1958 nur bedingt vergleichbar.

[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 69

## Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter

1962 = 100

| Zeitraum | Insgesamt | Güter der Ernährungswirtschaft | Güter der gewerblichen Wirtschaft | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | zusammen | Rohstoffe | Halbwaren | Fertigwaren | | |
| | | | | | | zusammen | darunter | |
| | | | | | | | Investitionsgüter [1] | Verbrauchsgüter [1] |
| 1958 | 109,5 | 109,5 | 109,5 | 116,3 | 106,7 | 107,1 | 101,8 | 114,5 |
| 1959 | 105,4 | 103,8 | 106,0 | 110,2 | 104,9 | 104,3 | 101,9 | 105,2 |
| 1960 | 105,0 | 101,9 | 106,3 | 109,3 | 107,1 | 104,3 | 101,9 | 102,9 |
| 1961 | 100,8 | 97,8 | 102,1 | 103,7 | 102,2 | 101,2 | 99,6 | 99,5 |
| 1962 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1963 | 102,0 | 104,4 | 101,0 | 100,5 | 100,9 | 101,3 | 102,5 | 102,1 |
| 1964 | 103,7 | 105,9 | 102,8 | 101,4 | 104,5 | 102,8 | 104,0 | 98,7 |
| 1965 | 106,3 | 110,8 | 104,3 | 100,9 | 109,2 | 103,8 | 106,0 | 97,0 |
| 1966 | 108,2 | 110,8 | 107,0 | 102,5 | 113,9 | 106,0 | 109,0 | 99,0 |
| 1966 1. Vierteljahr | 109,6 | 115,7 | 107,0 | 103,4 | 114,0 | 105,4 | 108,2 | 100,1 |
| 2. Vierteljahr | 109,6 | 113,4 | 108,0 | 103,8 | 116,3 | 106,1 | 108,9 | 98,8 |
| 3. Vierteljahr | 107,0 | 107,3 | 106,9 | 102,2 | 113,4 | 106,2 | 109,5 | 98,1 |
| 4. Vierteljahr | 106,4 | 106,9 | 106,2 | 100,8 | 111,9 | 106,2 | 109,5 | 99,0 |
| 1967 1. Vierteljahr | 106,3 | 108,9 | 105,1 | 99,1 | 110,7 | 105,4 | 108,3 | 98,6 |
| 2. Vierteljahr | 105,3 | 109,3 | 103,6 | 97,6 | 107,5 | 104,8 | 107,2 | 99,1 |
| 3. Vierteljahr | 105,6 | 105,4 | 105,7 | 100,7 | 112,9 | 104,8 | 107,3 | 104,6 |

[1]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 70

## Preisindex für die Lebenshaltung [1])

Alte Systematik

1962 = 100

| Zeitraum | Gesamtlebenshaltung einschließlich Ernährung | Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung | Ernährung | Getränke und Tabakwaren | Wohnung [2]) | Heizung und Beleuchtung | Hausrat | Bekleidung | Reinigung und Körperpflege | Bildung, Unterhaltung und Erholung | Verkehr |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1950 [3]) | 78,8 | 82,1 | 75,1 | 117,5 | 67,7 | 66,9 | 89,2 | 90,1 | 81,6 | 73,8 | 72,7 |
| 1951 | 84,9 | 87,7 | 82,0 | 115,2 | 68,9 | 72,4 | 98,5 | 99,9 | 88,1 | 79,9 | 81,5 |
| 1952 | 86,7 | 87,6 | 85,7 | 117,0 | 70,2 | 77,8 | 97,8 | 93,1 | 87,0 | 82,0 | 85,0 |
| 1953 | 85,1 | 86,0 | 84,3 | 109,6 | 72,4 | 80,4 | 92,8 | 88,2 | 84,7 | 81,0 | 85,8 |
| 1954 | 85,3 | 85,2 | 85,4 | 101,7 | 72,5 | 84,8 | 91,1 | 87,0 | 84,2 | 79,7 | 86,3 |
| 1955 | 86,7 | 86,3 | 87,0 | 100,8 | 74,7 | 86,8 | 91,8 | 87,0 | 86,5 | 81,4 | 86,8 |
| 1956 | 88,9 | 88,3 | 89,6 | 100,6 | 79,5 | 88,5 | 93,7 | 87,8 | 88,1 | 83,5 | 86,0 |
| 1957 | 90,7 | 90,3 | 91,1 | 100,5 | 80,6 | 90,7 | 97,2 | 91,1 | 89,5 | 86,2 | 86,7 |
| 1958 | 92,7 | 92,3 | 93,0 | 100,2 | 82,0 | 94,6 | 97,7 | 93,8 | 91,6 | 88,6 | 93,2 |
| 1959 | 93,6 | 92,7 | 94,6 | 99,2 | 83,9 | 95,4 | 96,4 | 93,5 | 92,5 | 90,0 | 94,7 |
| 1960 [4]) | 94,9 | 94,6 | 95,2 | 99,1 | 89,1 | 96,5 | 96,3 | 95,2 | 94,0 | 92,4 | 96,1 |
| 1961 [4]) | 97,1 | 97,6 | 96,2 | 99,1 | 96,8 | 98,1 | 98,3 | 97,4 | 96,5 | 95,7 | 98,8 |
| 1962 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1963 | 103,0 | 102,8 | 103,3 | 101,0 | 105,8 | 102,6 | 100,4 | 102,3 | 102,4 | 103,7 | 104,1 |
| 1964 | 105,4 | 105,2 | 105,8 | 101,6 | 112,4 | 104,1 | 101,1 | 104,3 | 104,2 | 107,4 | 105,1 |
| 1965 | 109,0 | 108,1 | 110,6 | 101,8 | 118,9 | 105,9 | 102,9 | 107,1 | 107,4 | 111,4 | 106,3 |
| 1966 | 112,8 | 112,5 | 113,3 | 105,9 | 129,6 | 107,3 | 104,2 | 110,6 | 112,1 | 115,7 | 110,5 |
| 1966 1. Vierteljahr | 111,8 | 111,1 | 113,1 | 105,0 | 126,3 | 107,8 | 103,9 | 109,5 | 110,6 | 114,1 | 107,7 |
| 2. Vierteljahr | 113,1 | 112,3 | 114,8 | 105,9 | 128,8 | 105,7 | 104,2 | 110,3 | 111,8 | 115,1 | 111,5 |
| 3. Vierteljahr | 112,9 | 113,0 | 112,8 | 106,3 | 130,7 | 106,8 | 104,4 | 110,8 | 112,8 | 116,3 | 111,5 |
| 4. Vierteljahr | 113,4 | 113,7 | 112,7 | 106,4 | 132,7 | 108,8 | 104,4 | 111,7 | 113,1 | 117,2 | 111,3 |
| 1967 1. Vierteljahr | 114,2 | 114,7 | 113,2 | 107,5 | 135,4 | 109,4 | 104,1 | 112,2 | 113,5 | 118,4 | 113,3 |
| 2. Vierteljahr | 114,8 | 115,1 | 114,1 | 109,3 | 137,2 | 106,1 | 103,8 | 112,2 | 113,7 | 119,0 | 113,5 |
| 3. Vierteljahr | 114,5 | 115,6 | 112,5 | 109,4 | 138,5 | 108,1 | 103,3 | 112,1 | 114,2 | 120,2 | 114,5 |

[1]) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1960, ab 1961 Warenkorb 1962.
[2]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 71

## Preisindex für die Lebenshaltung [1])

Neue Systematik

1962 = 100

| Zeitraum | | Gesamtlebenshaltung | | Nahrungs und Genußmittel [2]) | Kleidung, Schuhe | Wohnungsmieten [3]) | Elektrizität, Gas, Brennstoffe | Übrige Haushaltsführung | Verkehr, Nachrichtenübermittlung | Körper- und Gesundheitspflege | Bildung und Unterhaltung | Persönliche Ausstattung u. ä. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | einschließlich Nahrungs- und Genußmittel [2]) | ohne Nahrungs- und Genußmittel [2]) | | | | | | | | | |
| 1962 | | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1963 | | 103,0 | 103,1 | 102,9 | 102,2 | 105,6 | 102,7 | 102,0 | 104,6 | 102,9 | 101,4 | 103,3 |
| 1964 | | 105,4 | 105,7 | 105,0 | 104,3 | 112,1 | 104,2 | 103,4 | 105,7 | 105,6 | 103,4 | 106,7 |
| 1965 | | 109,0 | 108,9 | 109,0 | 107,1 | 118,5 | 106,1 | 106,2 | 106,8 | 109,2 | 106,3 | 109,7 |
| 1966 | | 112,8 | 113,4 | 112,0 | 110,5 | 129,7 | 107,5 | 108,3 | 111,2 | 115,2 | 109,2 | 113,4 |
| 1965 | 1. Vierteljahr | 107,2 | 107,8 | 106,5 | 105,9 | 116,4 | 106,3 | 105,0 | 106,2 | 107,9 | 105,0 | 108,5 |
| | 2. Vierteljahr | 108,6 | 108,4 | 108,8 | 106,7 | 117,7 | 104,5 | 105,9 | 106,7 | 108,6 | 106,3 | 108,8 |
| | 3. Vierteljahr | 109,7 | 109,2 | 110,4 | 107,2 | 119,1 | 105,8 | 106,7 | 107,0 | 109,2 | 106,6 | 110,3 |
| | 4. Vierteljahr | 110,3 | 110,3 | 110,2 | 108,4 | 120,9 | 107,5 | 107,3 | 107,4 | 111,0 | 107,2 | 111,3 |
| 1966 | 1. Vierteljahr | 111,8 | 111,9 | 111,7 | 109,5 | 126,2 | 108,0 | 107,8 | 108,2 | 113,3 | 108,2 | 111,9 |
| | 2. Vierteljahr | 113,1 | 113,1 | 113,2 | 110,2 | 128,9 | 105,9 | 108,3 | 112,2 | 114,6 | 109,1 | 112,3 |
| | 3. Vierteljahr | 112,9 | 113,9 | 111,6 | 110,7 | 130,8 | 106,9 | 108,5 | 112,3 | 116,2 | 109,6 | 113,9 |
| | 4. Vierteljahr | 113,4 | 114,7 | 111,6 | 111,6 | 132,9 | 109,0 | 108,7 | 112,0 | 116,6 | 109,9 | 115,3 |
| 1967 | 1. Vierteljahr | 114,2 | 115,7 | 112,2 | 112,1 | 135,8 | 109,6 | 108,6 | 113,5 | 116,9 | 111,0 | 116,7 |
| | 2. Vierteljahr | 114,8 | 115,9 | 113,3 | 112,2 | 137,8 | 106,2 | 108,4 | 113,7 | 117,3 | 111,5 | 116,7 |
| | 3. Vierteljahr | 114,5 | 116,5 | 112,0 | 112,0 | 139,2 | 108,3 | 108,1 | 114,8 | 118,0 | 111,7 | 118,4 |

[1]) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Gliederung nach Hauptgruppen des Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).

[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

[3]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 72

## Verbraucherpreisindices in ausgewählten Ländern

1962 = 100

| Zeitraum | Bundesrepublik Deutschland | Belgien | Frankreich (Paris) | Italien | Niederlande | Großbritannien | Schweiz | Vereinigte Staaten |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1950 | 78,8 | 80,6 | 53,5 | 65,1 | 70 | 62,3 | 81,7 | 79,5 |
| 1951 | 84,9 | 88,3 | 62,6 | 78,7 | 79 | 68,0 | 85,6 | 85,9 |
| 1952 | 86,7 | 89,1 | 69,9 | 80,3 | 79 | 74,2 | 87,8 | 87,8 |
| 1953 | 85,1 | 88,8 | 69,1 | 81,1 | 79 | 76,6 | 87,2 | 88,4 |
| 1954 | 85,3 | 89,9 | 68,9 | 83,4 | 82 | 77,9 | 87,8 | 88,8 |
| 1955 | 86,7 | 89,5 | 69,7 | 85,3 | 83 | 81,4 | 88,6 | 88,5 |
| 1956 | 88,9 | 92,1 | 71,0 | 88,2 | 85 | 85,4 | 89,9 | 89,8 |
| 1957 | 90,7 | 94,9 | 73,0 | 89,4 | 91 | 88,6 | 91,7 | 93,0 |
| 1958 | 92,7 | 96,2 | 84,0 | 91,9 | 92 | 91,3 | 93,4 | 95,5 |
| 1959 | 93,6 | 97,4 | 89,1 | 91,5 | 93 | 91,8 | 92,8 | 96,3 |
| 1960 | 94,9 | 97,6 | 92,4 | 93,6 | 96 | 92,7 | 94,1 | 97,8 |
| 1961 | 97,1 | 98,6 | 95,4 | 95,5 | 98 | 95,9 | 95,8 | 98,9 |
| 1962 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1963 | 103,0 | 102,1 | 104,9 | 107,5 | 104 | 102,0 | 103,4 | 101,2 |
| 1964 | 105,4 | 106,4 | 108,2 | 113,8 | 110 | 105,3 | 106,6 | 102,6 |
| 1965 | 109,0 | 110,7 | 111,3 | 119,0 | 115 | 110,3 | 110,3 | 104,3 |
| 1966 | 112,8 | 115,4 | 114,8 | 121,7 | 122 | 114,7 | 115,5 | 107,3 |
| 1966 1. Vierteljahr | 111,8 | 113,8 | 113,3 | 121,1 | 120 | 112,6 | 113,9 | 105,8 |
| 2. Vierteljahr | 113,1 | 115,9 | 114,4 | 121,4 | 124 | 114,8 | 115,1 | 106,9 |
| 3. Vierteljahr | 112,9 | 115,5 | 115,0 | 121,7 | 122 | 115,2 | 115,8 | 107,9 |
| 4. Vierteljahr | 113,4 | 116,3 | 115,8 | 122,8 | 122 | 116,0 | 117,4 | 108,7 |
| 1967 1. Vierteljahr | 114,2 | 117,0 | 116,8 | 125,2 | 123 | 116,7 | 118,4 | 108,9 |
| 2. Vierteljahr | 114,8 | 118,6 | 117,4 | 125,9 | 128 | 117,7 | 119,5 | 109,7 |
| 3. Vierteljahr | 114,2 | 119,0 | 118,2 [a] | 126,6 [a] | 127 [a] | 117,1 | 121,0 | 110,5 [a] |

[a] Juni, Juli, August.

Tabelle 73

## Löhne und Gehälter

1960 = 100

| Zeitraum | Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer [1] | Bruttostundenverdienste in der Industrie [2] | Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel [3] | Tariflöhne und -gehälter in der Gesamtwirtschaft [4] | Tarifliche Stundenlöhne in der Industrie [2] | Tarifliche Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften [2] | Tarifliche Monatsgehälter in der Industrie [2] | Tarifliche Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften [2] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1957 | 81 | 81,3 | 84,8 | 86,6 | . | . | . | . |
| 1958 | 87 | 86,8 | 89,5 | 90,8 | 90,1 | 89,8 | 90,8 | 90,6 |
| 1959 | 91 | 91,5 | 93,2 | 93,6 | 93,6 | 93,3 | 93,8 | 93,6 |
| 1960 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1961 | 111 | 110,3 | 108,6 | 108,5 | 108,0 | 108,2 | 108,4 | 107,9 |
| 1962 | 121 | 123,0 | 117,9 | 116,8 | 119,2 | 118,9 | 117,6 | 115,9 |
| 1963 | 128 | 132,2 | 125,6 | 122,8 | 126,9 | 126,9 | 123,8 | 122,6 |
| 1964 | 139 | 143,3 | 133,8 | 128,8 | 135,6 | 135,3 | 129,6 | 128,3 |
| 1965 | 152[a] | 157,3 | 144,9 | 137,8 | 145,9 | 145,8 | 138,6 | 136,6 |
| 1966 | 163[a] | 167,8 | 155,4 | 146,4 | 156,3 | 156,4 | 147,1 | 145,0 |
| 1966 1. Vierteljahr [5] | 156[a] | 162,4 | 151,5 | 143,1 | 152,8 | 152,2 | 144,0 | 141,0 |
| 2. Vierteljahr [5] | | 167,8 | 154,5 | 146,3 | 155,9 | 156,1 | 147,1 | 144,5 |
| 3. Vierteljahr [5] | 169[a] | 170,4 | 157,2 | 147,5 | 157,7 | 157,9 | 148,2 | 146,5 |
| 4. Vierteljahr [5] | | 170,6 | 158,5 | 148,9 | 158,8 | 159,1 | 149,1 | 147,7 |
| 1967 1. Vierteljahr [5] | 163[b] | 171,2 | 160,3 | 149,7 | 162,3 | 162,1 | 150,0 | 148,3 |
| 2. Vierteljahr [5] | | 172,4 | 160,8 | 150,3 | 162,9 | 162,8 | 151,1 | 149,6 |
| 3. Vierteljahr [5] | . | 173,9 | 161,9 | 150,8 | 163,8 | 163,5 | 151,1 | 149,9 |

[1] Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[2] Einschließlich Hoch- und Tiefbau; bis 1959 ohne Saarland.
[3] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe; bis 1959 ohne Saarland.
[4] Tariflöhne und -gehälter je Woche; ohne Berlin, bis 1959 ohne Saarland. — Quelle: Deutsche Bundesbank.
[5] Für Bruttostundenverdienste bzw. -monatsgehälter und tarifliche Stundenlöhne bzw. Monatsgehälter (Spalte 2, 3, 5 bis 8): Januar, April, Juli, Oktober.
[a] Vorläufige Ergebnisse.
[b] Erste vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 74

## Das reale Sozialprodukt in wichtigen Industrieländern der westlichen Welt

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

| Jahr | Bundesrepublik Deutschland | Frankreich | Italien | Großbritannien | Vereinigte Staaten | Japan |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1951 | +10,9 | +6,0 | +7,6 | +1,9 | +7,3 | . |
| 1952 | + 9,0 | +2,6 | +2,9 | −0,3 | +3,7 | . |
| 1953 | + 7,9 | +2,9 | +7,6 | +4,3 | +4,1 | . |
| 1954 | + 7,1 | +4,4 | +4,5 | +4,1 | −1,6 | . |
| 1955 | +11,8 | +5,2 | +6,5 | +3,0 | +8,0 | . |
| 1956 | + 6,9 | +5,8 | +4,7 | +2,2 | +1,8 | + 7,5 |
| 1957 | + 5,7 | +5,1 | +5,5 | +2,0 | +1,5 | +11,3 |
| 1958 | + 3,2 | +2,7 | +5,0 | +0,9 | −0,9 | + 4,0 |
| 1959 | + 7,0 | +3,0 | +6,8 | +4,0 | +6,2 | +10,2 |
| 1960 | + 8,8 | +7,4 | +6,3 | +4,9 | +2,4 | +14,7 |
| 1961 | + 5,4 | +4,4 | +8,2 | +3,5 | +2,0 | +15,3 |
| 1962 | + 4,2 | +7,1 | +6,3 | +1,1 | +6,5 | + 7,8 |
| 1963 | + 3,4 | +4,8 | +5,8 | +4,4 | +4,0 | + 6,1 |
| 1964 | + 6,6 | +6,0 | +3,0 | +5,6 | +5,3 | +15,6 |
| 1965 | + 5,2 | +4,5 | +3,9 | +2,4 | +5,9 | + 4,0 |
| 1966 | + 2,4 | +4,9 | +5,4 | +1,6 | +5,8 | + 9,7 |

Quelle: OECD, 1951 bis 1955 teilweise nationale Veröffentlichungen

Tabelle 75

## Einfuhr (Spezialhandel) nach ausgewählten Warengruppen [1])

| Zeitraum | Insgesamt | und zwar | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Ernährungswirtschaft | Rohstoffe und Halbwaren | Vorerzeugnisse | | Enderzeugnisse | | | | Chemische Erzeugnisse |
| | | | | zusammen | darunter aus Eisen und Stahl | zusammen | darunter Maschinen | darunter Kraft- u. Luftfahrzeuge | darunter Elektrotechn. Erzeugnisse | |
| | Anteil in vH | | | | | | | | | |
| 1966 | *100* | *24,0* | *31,1* | *14,5* | *3,5* | *29,2* | *6,2* | *4,1* | *3,3* | *7,6* |
| | Milliarden DM | | | | | | | | | |
| 1958 [2]) | 31,1 | 9,4 | 12,9 | 3,8 | 1,3 | 4,7 | 1,2 | 0,6 | 0,5 | 2,3 |
| 1959 [2]) | 35,8 | 10,7 | 13,7 | 4,7 | 1,6 | 6,3 | 1,5 | 0,9 | 0,6 | 2,5 |
| 1960 | 42,7 | 11,2 | 17,3 | 5,8 | 1,8 | 8,0 | 2,2 | 1,0 | 0,8 | 3,2 |
| 1961 | 44,4 | 11,7 | 16,6 | 6,0 | 1,7 | 9,5 | 2,7 | 1,1 | 1,1 | 3,0 |
| 1962 | 49,5 | 13,7 | 16,7 | 6,7 | 1,9 | 12,0 | 3,1 | 1,4 | 1,3 | 3,7 |
| 1963 | 52,3 | 12,8 | 17,4 | 7,1 | 2,0 | 14,4 | 3,0 | 1,5 | 1,4 | 4,2 |
| 1964 | 58,8 | 14,0 | 20,7 | 8,5 | 2,4 | 15,0 | 3,4 | 1,9 | 1,6 | 4,6 |
| 1965 | 70,4 | 16,9 | 22,2 | 10,4 | 2,7 | 20,3 | 4,4 | 2,4 | 2,2 | 5,2 |
| 1966 | 72,7 | 17,5 | 22,6 | 10,6 | 2,5 | 21,2 | 4,5 | 3,0 | 2,4 | 5,5 |
| 1966 1. Vierteljahr | 18,1 | 4,4 | 5,7 | 2,7 | 0,7 | 5,2 | 1,2 | 0,8 | 0,6 | 1,4 |
| 2. Vierteljahr | 18,2 | 4,3 | 5,7 | 2,8 | 0,7 | 5,3 | 1,2 | 0,8 | 0,6 | 1,4 |
| 3. Vierteljahr | 17,6 | 4,2 | 5,7 | 2,5 | 0,6 | 5,0 | 1,0 | 0,6 | 0,6 | 1,4 |
| 4. Vierteljahr | 18,7 | 4,6 | 5,6 | 2,5 | 0,6 | 5,7 | 1,1 | 0,8 | 0,6 | 1,4 |
| 1967 1. Vierteljahr | 16,4 | 3,9 | 5,2 | 2,3 | 0,5 | 4,9 | 1,1 | 0,7 | 0,6 | 1,4 |
| 2. Vierteljahr | 17,5 | 4,2 | 5,4 | 2,3 | 0,6 | 5,3 | 1,1 | 0,9 | 0,6 | 1,5 |
| 3. Vierteljahr | 16,9 | 4,0 | 5,7 | 2,2 | 0,5 | 4,8 | 0,9 | 0,6 | 0,6 | 1,5 |
| | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | | | | | |
| 1958 [2]) | *— 1,8* | *— 5,7* | *—14,4* | *+15,2* | *+20,7* | *+49,5* | *+21,7* | *+53,8* | *+65,8* | *+ 1,9* |
| 1959 [2]) | *+15,1* | *+14,1* | *+ 6,1* | *+22,7* | *+21,7* | *+35,6* | *+25,1* | *+54,5* | *+27,7* | *+ 9,4* |
| 1960 | *+19,3* | *+ 4,8* | *+26,3* | *+22,3* | *+13,1* | *+26,4* | *+41,9* | *+ 6,5* | *+37,0* | *+26,8* |
| 1961 | *+ 3,8* | *+ 3,8* | *— 4,0* | *+ 4,4* | *— 4,2* | *+19,4* | *+27,4* | *+10,2* | *+32,5* | *— 5,0* |
| 1962 | *+11,6* | *+17,2* | *+ 0,3* | *+11,0* | *+12,7* | *+26,0* | *+11,8* | *+32,2* | *+22,1* | *+22,3* |
| 1963 | *+ 5,6* | *— 6,6* | *+ 4,4* | *+ 6,8* | *+ 2,2* | *+20,3* | *— 2,7* | *+ 5,4* | *+ 0,7* | *+12,8* |
| 1964 | *+12,6* | *+ 9,8* | *+18,9* | *+19,7* | *+21,6* | *+ 3,7* | *+14,3* | *+22,2* | *+19,5* | *+10,0* |
| 1965 | *+19,7* | *+20,1* | *+ 7,5* | *+21,9* | *+10,5* | *+35,3* | *+27,9* | *+29,5* | *+37,6* | *+13,5* |
| 1966 | *+ 3,2* | *+ 3,6* | *+ 1,8* | *+ 1,3* | *— 4,4* | *+ 4,8* | *+ 4,0* | *+24,5* | *+ 9,2* | *+ 6,1* |
| 1966 1. Vierteljahr | *+11,2* | *+23,7* | *+ 3,4* | *+ 8,5* | *— 2,9* | *+12,1* | *+30,7* | *+38,1* | *+23,2* | *+ 8,1* |
| 2. Vierteljahr | *+ 4,7* | *+ 6,1* | *+ 1,3* | *+ 6,5* | *+ 0,6* | *+ 5,3* | *+ 5,4* | *+18,1* | *+11,5* | *+11,8* |
| 3. Vierteljahr | *— 0,4* | *— 2,6* | *+ 2,4* | *— 3,6* | *—11,0* | *+ 0,0* | *— 2,1* | *+24,1* | *+ 5,2* | *+ 6,3* |
| 4. Vierteljahr | *— 1,8* | *— 7,7* | *+ 0,1* | *— 5,8* | *— 4,6* | *+ 2,7* | *—11,8* | *+19,7* | *+ 0,0* | *— 1,3* |
| 1967 1. Vierteljahr | *— 9,2* | *—11,9* | *— 7,7* | *—15,3* | *—23,1* | *— 6,5* | *—11,2* | *— 4,4* | *+ 0,1* | *+ 4,8* |
| 2. Vierteljahr | *— 4,3* | *— 1,4* | *— 5,4* | *—17,4* | *—20,7* | *+ 1,0* | *—10.8* | *+13,8* | *— 1,0* | *+ 5,1* |
| 3. Vierteljahr | *— 4,2* | *— 4,9* | *— 0,3* | *—11,7* | *—10,3* | *— 4,8* | *—10,6* | *—11,0* | *— 0,9* | *+10,3* |

[1]) Gliederung nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 76

## Einfuhr aus ausgewählten Ländern nach Warengruppen [1])

vH

| Land<br>Warenbenennung | Anteil [2]) 1966 | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1966 | | | | 1967 | | |
| | | 1. Vierteljahr | 2. Vierteljahr | 3. Vierteljahr | 4. Vierteljahr | 1. Vierteljahr | 2. Vierteljahr | 3. Vierteljahr |
| Frankreich | | | | | | | | |
| Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse .. | 61,2 | +15,9 | +10,0 | − 1,0 | − 4,2 | −12,6 | −13,4 | − 6,3 |
| Ernährungswirtschaft ..... | 23,1 | +49,8 | +46,1 | + 8,7 | + 1,3 | − 6,7 | −14,0 | − 3,8 |
| Erze und Metallhalbwaren .. | 5,1 | + 0,7 | −18,3 | − 0,9 | − 2,9 | −24,2 | −13,4 | −11,9 |
| Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl ..... | 8,7 | − 7,8 | − 6,1 | −17,2 | − 8,0 | −26,1 | −24,5 | − 9,5 |
| Enderzeugnisse ..... | 37,8 | +42,5 | +19,4 | + 6,6 | +11,6 | + 3,0 | + 5,8 | + 9,0 |
| Maschinen ..... | 9,5 | +64,2 | +23,9 | + 2,5 | −30,7 | −11,2 | − 6,4 | + 2,7 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 7,6 | +52,7 | +27,8 | + 7,3 | +27,9 | − 3,5 | + 3,9 | − 3,4 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 3,5 | +15,7 | − 1,9 | − 8,8 | − 6,3 | −11,4 | −23,4 | − 5,4 |
| Einfuhr insgesamt ... | 100 | +24,4 | +13,3 | + 1,4 | + 2,2 | − 6,3 | − 6,1 | − 0,5 |
| Italien | | | | | | | | |
| Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse .. | 51,0 | +15,8 | + 4,9 | − 2,7 | − 9,8 | −13,0 | − 5,1 | −10,6 |
| Ernährungswirtschaft ..... | 23,1 | +18,4 | + 0,1 | − 6,5 | −19,4 | −15,4 | + 3,7 | − 5,8 |
| Erze und Metallhalbwaren .. | 0,8 | −58,2 | −35,1 | −51,4 | −39,5 | −33,3 | −41,8 | + 2,4 |
| Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl ..... | 3,2 | − 5,2 | +17,7 | +15,4 | +19,3 | −27,3 | −33,1 | −42,2 |
| Enderzeugnisse ..... | 48,5 | +20,1 | − 5,5 | − 0,9 | + 0,0 | + 0,4 | − 4,1 | − 7,0 |
| Maschinen ..... | 7,7 | +26,4 | +27,4 | + 4,2 | +13,6 | + 3,4 | −11,0 | − 4,4 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 7,6 | +37,2 | +27,3 | +50,4 | +27,9 | −21,6 | −12,8 | −16,1 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 5,5 | +23,0 | +32,6 | +18,3 | +11,7 | +13,3 | + 2,2 | − 0,4 |
| Einfuhr insgesamt ... | 100 | +17,5 | − 0,3 | − 1,7 | − 4,7 | − 6,0 | − 4,6 | − 8,8 |

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern.
[2]) Anteil an der Gesamteinfuhr aus dem jeweiligen Land.

noch Tabelle 76

## Einfuhr aus ausgewählten Ländern nach Warengruppen [1])

vH

| Land<br>Warenbenennung | Anteil [2]) 1966 | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1966 | | | | 1967 | | |
| | | 1. Viertel-jahr | 2. Viertel-jahr | 3. Viertel-jahr | 4. Viertel-jahr | 1. Viertel-jahr | 2. Viertel-jahr | 3. Viertel-jahr |
| EFTA-Länder | | | | | | | | |
| Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse .. | 56,6 | + 2,7 | − 2,7 | − 9,7 | −14,5 | −19,2 | − 13,4 | − 8,1 |
| Ernährungswirtschaft ..... | 10,9 | +18,6 | − 7,2 | −25,3 | −29,8 | −23,2 | − 15,5 | + 1,7 |
| Erze und Metallhalbwaren .. | 13,1 | − 1,9 | − 6,0 | + 2,7 | − 2,2 | −11,3 | − 6,7 | − 1,4 |
| Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl ..... | 3,1 | − 3,5 | − 2,7 | −16,8 | −24,3 | −31,7 | − 24,7 | −10,9 |
| Enderzeugnisse ..... | 40,7 | +17,2 | + 3,9 | + 1,9 | − 1,9 | −15,2 | − 6,4 | −14,0 |
| Maschinen ..... | 13,2 | +19,4 | + 4,9 | − 2,0 | − 6,4 | −15,8 | − 13,5 | −16,3 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 2,5 | +14,0 | − 0,4 | +33,9 | +21,6 | −27,5 | + 0,5 | −29,9 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 5,1 | +28,3 | +10,0 | + 8,6 | − 2,7 | − 5,8 | − 4,9 | −12,2 |
| Einfuhr insgesamt ... | 100 | + 8,9 | + 0,6 | − 4,9 | − 9,1 | −17,1 | − 10,1 | −10,1 |
| Vereinigte Staaten | | | | | | | | |
| Ernährungswirtschaft, Rohstoffe, Halbwaren, Vorerzeugnisse .. | 53,6 | +22,6 | − 6,2 | − 3,0 | − 4,9 | −15,1 | − 2,7 | −11,7 |
| Ernährungswirtschaft ..... | 26,4 | +66,2 | + 4,1 | + 4,3 | + 2,8 | −22,6 | − 2,8 | −17,2 |
| Erze und Metallhalbwaren .. | 4,0 | −32,2 | −32,5 | −15,0 | −18,4 | −20,7 | − 19,4 | −32,8 |
| Vorerzeugnisse aus Eisen und Stahl ..... | 0,2 | −37,6 | −53,6 | −40,6 | −22,8 | −10,0 | − 7,7 | −52,1 |
| Enderzeugnisse ..... | 45,7 | −11,1 | + 0,4 | − 5,6 | + 8,0 | −12,4 | + 18,7 | + 0,7 |
| Maschinen ..... | 9,7 | +33,4 | −16,1 | − 6,7 | −17,0 | − 7,4 | − 2,5 | − 9,8 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 5,1 | +20,8 | −29,8 | + 4,6 | −58,9 | − 7,9 | +126,4 | −15,6 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 5,3 | +29,8 | +17,9 | +17,5 | + 6,8 | +10,5 | + 2,3 | + 1,1 |
| Einfuhr insgesamt ... | 100 | + 5,3 | − 2,3 | − 4,2 | + 0,8 | −13,5 | + 6,7 | − 5,6 |

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern.
[2]) Anteil an der Gesamteinfuhr aus dem jeweiligen Land.

Tabelle 77

## Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

Millionen DM

| Zeitraum | Ausgaben insgesamt [1] | darunter Reiseverkehr | darunter Transport | darunter Kapitalerträge | Nachrichtlich: Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte [2] |
|---|---|---|---|---|---|
| 1960 | 10 111 | 2 672 | 1 494 | 1 696 | 282 |
| 1961 | 12 035 | 3 289 | 1 658 | 2 169 | 576 |
| 1962 | 14 573 | 4 291 | 2 133 | 2 316 | 891 |
| 1963 | 14 937 | 4 348 | 2 249 | 2 310 | 1 222 |
| 1964 | 16 857 | 4 701 | 2 455 | 2 777 | 1 561 |
| 1965 | 19 132 | 5 480 | 2 703 | 3 223 | 2 193 |
| 1966 | 21 417 | 6 291 | 2 933 | 3 169 | 2 529 |
| 1965 1. Vierteljahr | 3 818 | 813 | 591 | 559 | 446 |
| 2. Vierteljahr | 4 953 | 1 323 | 644 | 1 190 | 511 |
| 3. Vierteljahr | 5 569 | 2 327 | 744 | 588 | 600 |
| 4. Vierteljahr | 4 792 | 1 017 | 724 | 886 | 636 |
| 1966 1. Vierteljahr | 4 494 | 954 | 654 | 592 | 556 |
| 2. Vierteljahr | 5 184 | 1 495 | 701 | 784 | 599 |
| 3. Vierteljahr | 6 328 | 2 660 | 813 | 726 | 678 |
| 4. Vierteljahr | 5 411 | 1 182 | 765 | 1 067 | 696 |
| 1967 1. Vierteljahr | 4 784 | 1 091 | 739 | 665 | 512 |
| 2. Vierteljahr | 5 437 | 1 472 | 760 | 865 | 512 |
| 3. Vierteljahr [4] | 6 491 | 2 501 | 839 | 963 | 560 |

| Zeitraum | Einnahmen insgesamt [1] | darunter Reiseverkehr | darunter Transport | darunter Kapitalerträge | darunter Leistungen für ausländische militärische Dienststellen [3] |
|---|---|---|---|---|---|
| 1960 | 12 995 | 2 014 | 3 987 | 847 | 4 100 |
| 1961 | 12 778 | 2 029 | 4 240 | 874 | 3 824 |
| 1962 | 14 178 | 2 155 | 4 569 | 956 | 4 300 |
| 1963 | 14 904 | 2 433 | 4 797 | 1 008 | 4 289 |
| 1964 | 16 245 | 2 723 | 5 374 | 1 086 | 4 224 |
| 1965 | 17 883 | 2 914 | 5 928 | 1 312 | 4 170 |
| 1966 | 20 151 | 3 188 | 6 485 | 1 558 | 4 961 |
| 1965 1. Vierteljahr | 3 841 | 508 | 1 351 | 320 | 922 |
| 2. Vierteljahr | 4 196 | 750 | 1 450 | 283 | 1 010 |
| 3. Vierteljahr | 4 810 | 998 | 1 546 | 298 | 1 063 |
| 4. Vierteljahr | 5 036 | 658 | 1 581 | 411 | 1 175 |
| 1966 1. Vierteljahr | 4 163 | 545 | 1 459 | 320 | 1 071 |
| 2. Vierteljahr | 4 782 | 777 | 1 635 | 343 | 1 188 |
| 3. Vierteljahr | 5 707 | 1 131 | 1 701 | 410 | 1 364 |
| 4. Vierteljahr | 5 499 | 735 | 1 690 | 485 | 1 338 |
| 1967 1. Vierteljahr | 4 687 | 635 | 1 562 | 370 | 1 164 |
| 2. Vierteljahr | 5 209 | 859 | 1 662 | 404 | 1 342 |
| 3. Vierteljahr [4] | 5 848 | 1 195 | 1 739 | 484 | 1 311 |

[1] Einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr.
[2] Die Angaben beruhen auf Schätzungen.
[3] Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen.
[4] Juni, Juli, August.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 78

## Ausfuhr (Spezialhandel) nach ausgewählten Warengruppen [1])

| Zeitraum | Insgesamt | und zwar | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Rohstoffe und Halbwaren | | Vorerzeugnisse | Enderzeugnisse | | | | Chemische Erzeugnisse |
| | | zusammen | darunter Steinkohlen | | zusammen | darunter Maschinen | darunter Kraft- und Luftfahrzeuge | darunter Elektrotechnische Erzeugnisse | |
| | Anteil in vH | | | | | | | | |
| 1966 | *100* | *12,4* | *1,4* | *18,3* | *66,5* | *21,4* | *14,1* | *8,9* | *14,7* |
| | Milliarden DM | | | | | | | | |
| 1958 [2]) | 37,0 | 5,6 | 1,0 | 6,8 | 23,6 | 7,6 | 4,5 | 3,2 | 5,5 |
| 1959 [2]) | 41,2 | 6,3 | 1,1 | 8,0 | 25,8 | 7,7 | 5,3 | 3,7 | 6,2 |
| 1960 | 47,9 | 7,2 | 1,3 | 9,7 | 29,8 | 9,1 | 6,0 | 4,1 | 7,1 |
| 1961 | 51,0 | 7,5 | 1,2 | 9,7 | 32,5 | 11,0 | 6,3 | 4,5 | 7,5 |
| 1962 | 53,0 | 7,3 | 1,3 | 9,9 | 34,4 | 11,8 | 6,9 | 4,7 | 7,7 |
| 1963 | 58,3 | 7,9 | 1,3 | 10,5 | 38,4 | 12,5 | 8,2 | 5,2 | 8,8 |
| 1964 | 64,9 | 8,3 | 1,2 | 11,8 | 42,9 | 13,8 | 9,4 | 5,8 | 9,8 |
| 1965 | 71,7 | 8,8 | 1,1 | 13,3 | 47,2 | 15,0 | 10,3 | 6,5 | 10,5 |
| 1966 | 80,6 | 10,0 | 1,2 | 14,7 | 53,6 | 17,3 | 11,4 | 7,2 | 11,9 |
| 1966 1. Vierteljahr | **19,0** | 2,4 | **0,3** | 3,5 | 12,6 | 4,0 | 2,8 | 1,7 | 2,8 |
| 2. Vierteljahr | **19,6** | 2,5 | 0,3 | 3,6 | 13,0 | 4,2 | 2,7 | 1,7 | 2,9 |
| 3. Vierteljahr | 19,9 | 2,5 | 0,3 | 3,7 | 13,1 | 4,3 | 2,7 | 1,8 | 3,0 |
| 4. Vierteljahr | 22,2 | 2,7 | 0,3 | 4,0 | 14,9 | 4,8 | 3,2 | 2,0 | 3,1 |
| 1967 1. Vierteljahr | **20,8** | 2,5 | 0,3 | 4,0 | 13,6 | 4,4 | 2,7 | 1,9 | 3,2 |
| 2. Vierteljahr | 21,9 | 2,6 | 0,3 | 4,2 | 14,4 | 4,8 | 2,9 | 1,9 | 3,2 |
| 3. Vierteljahr | 20,7 | 2,5 | 0,3 | 4,0 | 13,6 | 4,5 | 2,6 | **1,9** | 3,1 |
| | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | | | | | | | |
| 1958 [2]) | *+ 2,9* | *− 8,1* | *−11,3* | *− 5,1* | *+ 8,3* | *+ 7,6* | *+22,7* | *+ 5,1* | *+ 2,0* |
| 1959 [2]) | *+11,3* | *+12,1* | *+14,4* | *+17,8* | *+ 9,2* | *+ 1,7* | *+18,0* | *+16,8* | *+12,3* |
| 1960 | *+16,4* | *+14,5* | *+11,9* | *+21,4* | *+15,6* | *+17,9* | *+14,7* | *+ 9,6* | *+14,3* |
| 1961 | *+ 6,3* | *+ 3,7* | *− 3,5* | *+ 0,6* | *+ 9,0* | *+21,2* | *+ 4,0* | *+10,3* | *+ 6,3* |
| 1962 | *+ 3,9* | *− 1,5* | *+ 6,3* | *+ 1,5* | *+ 5,8* | *+ 7,2* | *+ 9,0* | *+ 5,1* | *+ 2,1* |
| 1963 | *+10,1* | *+ 8,1* | *+ 0,3* | *+ 5,8* | *+11,5* | *+ 6,4* | *+20,1* | *+ 9,1* | *+15,0* |
| 1964 | *+11,3* | *+ 4,0* | *− 8,3* | *+13,4* | *+11,9* | *+ 9,9* | *+13,7* | *+12,1* | *+11,0* |
| 1965 | *+10,4* | *+ 6,8* | *− 6,7* | *+12,4* | *+10,0* | *+ 8,9* | *+10,5* | *+11,8* | *+ 7,4* |
| 1966 | *+12,5* | *+13,4* | *+ 4,7* | *+10,6* | *+13,4* | *+15,2* | *+10,2* | *+11,3* | *+12,9* |
| 1966 1. Vierteljahr | *+ 9,1* | *+ 9,7* | *+ 5,7* | *+ 7,4* | *+10,1* | *+14,7* | *+ 1,0* | *+10,2* | *+ 7,9* |
| 2. Vierteljahr | *+12,8* | *+18,3* | *+12,0* | *+11,2* | *+12,9* | *+13,2* | *+ 5,7* | *+13,2* | *+12,5* |
| 3. Vierteljahr | *+15,3* | *+13,1* | *− 0,9* | *+12,9* | *+17,0* | *+18,5* | *+25,6* | *+11,7* | *+14,9* |
| 4. Vierteljahr | *+12,9* | *+12,6* | *+ 3,1* | *+10,9* | *+13,8* | *+14,4* | *+11,5* | *+10,1* | *+16,4* |
| 1967 1. Vierteljahr | *+ 9,6* | *+ 7,5* | *− 0,2* | *+13,6* | *+ 8,4* | *+ 9,9* | *− 0,9* | *+13,1* | *+12,5* |
| 2. Vierteljahr | *+11,6* | *+ 4,8* | *− 0,7* | *+18,5* | *+10,1* | *+13,8* | *+ 6,1* | *+ 9,7* | *+11,3* |
| 3. Vierteljahr | *+ 4,0* | *− 0,7* | *+ 0,2* | *+ 6,8* | *+ 3,4* | *+ 3,8* | *− 3,2* | *+ 7,4* | *+ 4,9* |

[1]) Gliederung nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 79

## Ausfuhr in ausgewählte Länder nach Warengruppen [1])

vH

| Land<br>Warenbenennung | Anteil [2]) 1966 | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1966 | | | | 1967 | | |
| | | 1. Vierteljahr | 2. Vierteljahr | 3. Vierteljahr | 4. Vierteljahr | 1. Vierteljahr | 2. Vierteljahr | 3. Vierteljahr |
| Frankreich | | | | | | | | |
| Rohstoffe | 6,8 | +12,0 | + 17,1 | − 1,2 | + 3,8 | − 9,3 | − 8,0 | − 6,7 |
| Steinkohlen | 4,9 | − 1,9 | + 11,5 | − 4,7 | + 6,6 | − 6,1 | − 8,2 | −10,5 |
| Halbwaren | 10,4 | +14,9 | + 27,0 | + 15,4 | + 8,7 | − 7,4 | −12,4 | + 0,7 |
| Vorerzeugnisse | 20,5 | + 8,5 | + 24,2 | + 17,0 | + 19,9 | + 20,3 | +16,4 | + 6,5 |
| Enderzeugnisse | 59,2 | +20,9 | + 17,4 | + 27,5 | + 21,8 | + 16,6 | +16,1 | + 7,2 |
| Maschinen | 22,8 | +17,5 | + 13,1 | + 22,4 | + 14,6 | + 11,7 | +10,9 | + 2,6 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 10,6 | +35,7 | + 36,1 | + 49,8 | + 32,9 | + 18,2 | +19,7 | + 5,0 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 7,3 | +22,0 | + 32,0 | + 30,7 | + 29,6 | + 29,2 | +17,5 | + 6,8 |
| Ausfuhr insgesamt ... | 100 | +15,1 | + 18,7 | + 21,3 | + 18,2 | + 12,8 | +11,7 | + 5,6 |
| Italien | | | | | | | | |
| Rohstoffe | 5,1 | +67,4 | + 58,0 | + 49,8 | + 3,8 | + 42,9 | +29,5 | +17,7 |
| Steinkohlen | 1,4 | +34,8 | +205,9 | +125,8 | + 40,4 | +223,4 | +62,9 | +59,2 |
| Halbwaren | 13,6 | +17,8 | + 26,3 | + 19,9 | + 19,2 | + 48,8 | +32,2 | +14,8 |
| Vorerzeugnisse | 19,3 | +57,4 | + 37,6 | + 39,3 | + 15,5 | + 9,2 | +16,6 | + 7,3 |
| Enderzeugnisse | 56,6 | +15,4 | + 18,2 | + 37,5 | + 29,9 | + 27,9 | +29,3 | +12,3 |
| Maschinen | 19,4 | +22,3 | + 17,9 | + 52,4 | + 42,6 | + 47,0 | +46,6 | +19,4 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 8,1 | − 1,9 | + 10,0 | + 63,0 | + 52,6 | + 29,5 | +31,9 | +15,3 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 9,6 | +23,9 | + 47,1 | + 29,6 | + 30,8 | + 24,5 | +17,0 | +12,9 |
| **Ausfuhr insgesamt ...** | 100 | +23,1 | + 23,1 | + 34,8 | + 22,8 | + 29,4 | +33,3 | +14,0 |
| Niederlande | | | | | | | | |
| Rohstoffe | 6,5 | + 6,9 | + 20,2 | + 13,5 | + 8,5 | + 13,1 | − 3,3 | + 2,1 |
| Halbwaren | 8,8 | − 9,5 | + 36,4 | + 23,8 | + 22,7 | + 14,0 | +10,1 | + 8,2 |
| Vorerzeugnisse | 21,7 | + 7,4 | + 13,4 | + 13,8 | + 3,1 | − 1,9 | +14,6 | + 0,2 |
| Enderzeugnisse | 60,5 | − 1,5 | + 14,8 | + 15,0 | − 1,2 | − 3,8 | + 6,5 | + 4,7 |
| Maschinen | 15,4 | +20,8 | + 16,9 | + 10,8 | − 0,1 | − 10,5 | + 7,5 | + 0,9 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 7,9 | −51,7 | + 2,7 | + 20,1 | − 20,3 | − 19,9 | − 9,8 | − 5,5 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 10,9 | +10,0 | + 10,7 | + 5,9 | − 11,3 | − 9,4 | + 4,1 | + 5,9 |
| Ausfuhr insgesamt ... | 100 | + 0,4 | + 17,1 | + 15,5 | + 2,8 | + 0,2 | + 9,0 | + 5,6 |
| Vereinigte Staaten | | | | | | | | |
| Rohstoffe | 1,7 | +33,7 | + 35,6 | + 0,1 | − 11,2 | − 2,3 | + 8,0 | − 1,2 |
| Halbwaren | 4,7 | +19,0 | + 49,6 | + 33,4 | +143,8 | +107,6 | +48,5 | +10,4 |
| Vorerzeugnisse | 15,4 | +13,1 | − 0,4 | + 27,9 | + 18,5 | + 8,9 | +12,2 | − 7,5 |
| Enderzeugnisse | 75,9 | +30,8 | + 20,2 | + 31,9 | + 24,9 | + 6,9 | +11,7 | + 1,1 |
| Maschinen | **16,1** | +26,3 | + 29,7 | + 42,7 | + 45,4 | + 39,4 | +24,0 | + 8,2 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 37,6 | +35,0 | + 17,8 | + 34,4 | + 17,4 | − 9,6 | + 4,6 | − 4,5 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 4,8 | +32,8 | + 16,2 | + 41,9 | + 35,3 | + 29,6 | +17,2 | + 2,1 |
| Ausfuhr insgesamt ... | 100 | +26,8 | + 17,0 | + 29,9 | + 26,2 | + 10,1 | +13,1 | + 0,2 |

[1]) Spezialhandel nach Verbrauchsländern.
[2]) Anteil an der Gesamtausfuhr in das jeweilige Land.

Tabelle 80

## Die Bundesrepublik im Leistungsvergleich der Entwicklungshilfe im Jahre 1966

| Land | Öffentliche und private Entwicklungshilfe | | |
|---|---|---|---|
| | Millionen US-$ | Veränderung 1960 bis 1966 in vH [1] | Anteil am Volkseinkommen in vH |
| Frankreich | 1 289,8 | − 0,5 | 1,70 |
| Niederlande | 255,6 | + 1,2 | 1,49 |
| Belgien | 189,0 | + 0,6 | 1,31 |
| Italien | 627,5 | +12,9 | 1,28 |
| Großbritannien | 973,4 | + 2,1 | 1,16 |
| Bundesrepublik Deutschland [2] | 738,2 | + 2,8 | 0,81 |
| Vereinigte Staaten | 4 613,0 | + 3,2 | 0,76 |
| Japan | 538,8 | +14,9 | 0,69 |
| Schweden | 107,5 | +14,9 | 0,64 |

[1] Durchschnittliche jährliche Veränderung.
[2] Anteil am Volkseinkommen 1964: 0,89 vH; 1965: 0,85 vH.

Quelle: OECD

Tabelle 81

## Warenverkehr mit dem Währungsgebiet der DM-Ost

Millionen DM

| Zeitraum | Insgesamt | Bergbauliche Erzeugnisse | Erzeugnisse der | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Grundstoff- und Produktionsgüter- | Investitionsgüter- | Verbrauchsgüter- | Nahrungs- und Genußmittel- | Land- und Forstwirtschaft |
| | | | industrien | | | | |
| | | | Lieferungen [1] | | | | |
| 1958 | 800 | 43 | 363 | 189 | 51 | 59 | 96 |
| 1959 | 1 079 | 123 | 509 | 228 | 83 | 65 | 70 |
| 1960 | 960 | 34 | 458 | 259 | 93 | 51 | 65 |
| 1961 | 873 | 40 | 482 | 208 | 72 | 36 | 35 |
| 1962 | 853 | 40 | 442 | 135 | 66 | 114 | 55 |
| 1963 | 860 | 72 | 415 | 126 | 66 | 116 | 65 |
| 1964 | 1 151 | 87 | 497 | 219 | 94 | 188 | 66 |
| 1965 | 1 191 | 30 | 630 | 195 | 97 | 172 | 67 |
| 1966 | 1 619 | 33 | 761 | 309 | 157 | 296 | 63 |
| 1965 1. Halbjahr | 525 | 12 | 292 | 82 | 46 | 59 | 36 |
| 2. Halbjahr | 666 | 17 | 339 | 113 | 51 | 114 | 31 |
| 1966 1. Halbjahr | 789 | 16 | 424 | 110 | 70 | 139 | 29 |
| 2. Halbjahr | 829 | 17 | 337 | 199 | 87 | 157 | 33 |
| 1967 1. Halbjahr | 802 | 18 | 387 | 137 | 94 | 139 | 27 |
| | | | Bezüge [1] | | | | |
| 1958 | 858 | 237 | 269 | 84 | 143 | 107 | 18 |
| 1959 | 892 | 196 | 318 | 90 | 151 | 102 | 35 |
| 1960 | 1 122 | 267 | 353 | 107 | 216 | 95 | 85 |
| 1961 | 941 | 210 | 325 | 99 | 199 | 89 | 20 |
| 1962 | 914 | 241 | 306 | 85 | 165 | 73 | 45 |
| 1963 | 1 022 | 256 | 341 | 84 | 201 | 67 | 74 |
| 1964 | 1 027 | 252 | 211 | 123 | 264 | 97 | 80 |
| 1965 | 1 263 | 214 | 275 | 154 | 331 | 155 | 134 |
| 1966 | 1 345 | 171 | 275 | 151 | 373 | 173 | 203 |
| 1965 1. Halbjahr | 529 | 90 | 128 | 66 | 150 | 57 | 38 |
| 2. Halbjahr | 734 | 124 | 147 | 88 | 181 | 98 | 95 |
| 1966 1. Halbjahr | 623 | 81 | 118 | 68 | 171 | 75 | 109 |
| 2. Halbjahr | 722 | 90 | 156 | 83 | 202 | 99 | 93 |
| 1967 1. Halbjahr | 603 | 58 | 108 | 52 | 153 | 87 | 145 |

[1] des Währungsgebietes der DM-West.

Tabelle 82

## Vergleich der Rangfolge von 34 Industriezweigen nach ihrem durchschnittlichen Produktionswachstum [1] in verschiedenen Perioden

Rangkorrelationskoeffizienten [2]

| Verglichene Zeiträume | | Korrelationskoeffizient |
|---|---|---|
| 1960 bis 1964 | mit 1. Halbjahr 1966 | +0,62 |
| 1960 bis 1964 | mit 2. Halbjahr 1966 | +0,59 |
| 1960 bis 1964 | mit 1. Halbjahr 1967 | +0,31 |
| 1960 bis 1964 | mit 1955 bis 1960 | +0,80 |
| 1955 bis 1960 | mit 1. Halbjahr 1962 | +0,57 |
| 1955 bis 1960 | mit 2. Halbjahr 1962 | +0,66 |
| 1955 bis 1960 | mit 1. Halbjahr 1963 | +0,55 |
| 1. Halbjahr 1966 | mit 1. Halbjahr 1962 | +0,74 |
| 2. Halbjahr 1966 | mit 2. Halbjahr 1962 | +0,65 |
| 1. Halbjahr 1967 | mit 1. Halbjahr 1963 | +0,23 |

[1]) Industrielle Nettoproduktion; ohne Berlin.

[2]) Spearman'sche Rangkorrelationskoeffizienten. Diese Koeffizienten können jeden Wert zwischen −1 und +1 annehmen. Je näher die Koeffizienten an +1 heranreichen, um so weniger hat sich die Rangfolge des industriellen Produktionswachstums zwischen den jeweils beobachteten Perioden verschoben. Koeffizienten in der Nähe von 0 deuten an, daß nur ein sehr schwacher Zusammenhang zwischen den Wachstumshierarchien besteht.

Tabelle 83

## Verteilung und Umverteilung

Milliarden

| | | 1960 | 1961 |
|---|---|---|---|
| (1) | VOLKSEINKOMMEN (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) | 229,8 | 251,6 |
| (2) | Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | 139,8 | 157,2 |
| + (3) | Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | 90,0 | 94,4 |
| ⁄ (4) | Unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit | 15,5 | 15,4 |
| ⁄ (5) | Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | 3,6 | 4,3 |
| = (6) | BRUTTOEINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE AUS ERWERBSTÄTIGKEIT UND VERMÖGEN | 210,7 | 231,9 |
| ⁄ (7) | Lohnsteuer der Arbeitnehmer | 7,9 | 10,2 |
| ⁄ (8) | Direkte Steuern u. ä. auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen | 11,1 | 13,2 |
| ⁄ (9) | Beiträge zur Sozialversicherung (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) [3] | 27,8 | 30,5 |
| =(10) | NETTOEINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE AUS ERWERBSTÄTIGKEIT UND VERMÖGEN | 163,9 | 178,1 |
| +(11) | Empfangene laufende Übertragungen vom Staat | 37,4 | 41,0 |
| ⁄(12) | Nicht zurechenbare Steuern u. ä. [4] | 2,9 | 3,7 |
| ⁄(13) | Nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. sowie Privateinlagen und dgl. | 12,5 | 10,7 |
| =(14) | VERFÜGBARES EINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE OHNE NICHT-ENTNOMMENE GEWINNE U. Ä. | 185,9 | 204,6 |
| (15) | Nachrichtlich: Masseneinkommen (2) ⁄ (7) ⁄ (9) + (11) [5] | 141,6 | 157,6 |

[1]) Vorläufige Ergebnisse.
[2]) Erste vorläufige Ergebnisse.
[3]) Ohne freiwillige Beiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen.

Tabelle 83

**des Volkseinkommens**

DM

| 1962 | 1963 | 1964 | 1965 [1]) | 1966 [1]) | 1966 [1]) | | 1967 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr [2]) | |
| 271,9 | 289,0 | 316,5 | 343,6 | 362,4 | 171,1 | 191,3 | 168,8 | (1) |
| 173,9 | 186,5 | 204,4 | 225,8 | 243,0 | 116,3 | 126,6 | 117,5 | (2) |
| 98,0 | 102,5 | 112,1 | 117,8 | 119,5 | 54,8 | 64,7 | 51,3 | (3) |
| 15,1 | 15,0 | 16,6 | 16,5 | 15,8 | . | . | . | (4) |
| 4,6 | 5,0 | 5,4 | 5,6 | 5,5 | 2,3 | 3,2 | 2,4 | (5) |
| 252,2 | 269,0 | 294,5 | 321,6 | 341,1 | . | . | . | (6) |
| 11,8 | 13,3 | 15,7 | 15,9 | 18,8 | 7,7 | 11,1 | 7,8 | (7) |
| 14,8 | 15,9 | 16,8 | 17,4 | 18,8 | 10,0 | 8,8 | 9,5 | (8) |
| 33,5 | 35,9 | 38,1 | 42,1 | 46,2 | 22,2 | 24,0 | 23,1 | (9) |
| 192,1 | 203,9 | 224,0 | 246,2 | 257,4 | . | . | . | (10) |
| 44,9 | 47,9 | 52,7 | 58,9 | 64,5 | 31,8 | 32,6 | 35,0 | (11) |
| 4,6 | 5,4 | 6,3 | 7,4 | 8,7 | 4,0 | 4,7 | 4,1 | (12) |
| 8,8 | 6,7 | 8,2 | 6,7 | 4,3 | . | . | . | (13) |
| 223,5 | 239,7 | 262,3 | 290,9 | 308,9 | 144,9 | 164,0 | 149,1 | (14) |
| 173,3 | 185,0 | 203,0 | 226,3 | 242,4 | 118,3 | 124,1 | 121,6 | (15) |

[4]) Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer, ferner Rückerstattungsbeträge im Rahmen der Sozialversicherung und Sozialhilfe, Strafen, freiwillige Beiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen; Lohnsteuer auf Pensionen sowie Saldo der laufenden Übertragungen mit der übrigen Welt.

[5]) Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen.

Tabelle 84

## Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote

vH

| Jahr | Tatsächliche Lohnquote [1] | | Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltener Einkommensrelation [2] | | Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltener Beschäftigtenstruktur [3] | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Jahresquote | durchschnittliche Quote | Jahresquote | durchschnittliche Quote | Jahresquote | durchschnittliche Quote |
| 1950 | 58,6 | | 58,6 | | 58,6 | |
| 1951 | 58,7 | | 59,7 | | 57,6 | |
| 1952 | 57,4 | 58,3 | 60,5 | 60,5 | 55,7 | 56,4 |
| 1953 | 58,7 | | 61,4 | | 56,0 | |
| 1954 | 59,4 | | 62,2 | | 55,9 | |
| 1955 [4] | 58,8 | 59,2 | 63,2 | 63,1 | 54,5 | 55,0 |
| 1956 | 59,5 | | 64,0 | | 54,5 | |
| 1957 | 59,7 | 60,1 | 64,4 | 64,5 | 54,3 | 54,6 |
| 1958 | 60,5 | | 64,6 | | 54,9 | |
| 1959 | 60,2 | | 65,2 | | 54,2 | |
| 1960 | 60,6 | | 65,9 | | 53,9 | |
| 1960 | 60,8 | 61,6 | 66,4 | 66,3 | 53,7 | 54,4 |
| 1961 | 62,5 | | 66,8 | | 54,8 | |
| 1962 | 63,9 | | 67,4 | | 55,6 | |
| 1963 | 64,5 | | 68,0 | | 55,7 | |
| 1964 | 64,6 | 65,6 | 68,5 | 68,7 | 55,3 | 56,0 |
| 1965 [5] | 65,7 | | 69,0 | | 55,9 | |
| 1966 [5] | 67,0 | | 69,2 | | 56,8 | |

[1] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2] des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer am Volkseinkommen je Erwerbstätigen des Jahres 1950.
[3] der Abhängigen an den Erwerbstätigen des Jahres 1950.
[4] Ohne Saarland und Berlin.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 85

**Zur Laufzeit neu abgeschlossener Tarifverträge**

| Zeitraum | Durch Neuabschlüsse erfaßte Arbeitnehmer | | | | | | | Durchschnittliche Laufzeit der Tarifverträge |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | insgesamt | davon in | | | | | | |
| | | unbefristeten Verträgen | Verträgen mit einer Laufzeit von ... Monaten | | | | | |
| | | | weniger als 12 | 12 | 13 bis 15 | 16 bis 18 | 19 und mehr | |
| | 1000 | vH | | | | | | Monate |
| 1962 | 15 284 | 7,0 | 14,7 | 38,4 | 38,4 | 1,4 | 0,2 | . |
| 1963 | 14 734 | 5,3 | 5,4 | 14,0 | 7,3 | 36,2 | 31,8 | 17,1 |
| 1964 | 9 632 | 3,9 | 9,1 | 18,3 | 56,2 | 11,1 | 1,4 | 14,3 |
| 1965 | 12 024 | 5,7 | 2,5 | 40,1 | 46,0 | 5,0 | 0,7 | 13,5 |
| 1966 | 14 279 | 2,5 | 6,7 | 34,0 | 20,5 | 33,7 | 2,6 | 14,8 |
| 1967 Januar bis September[1]) | 3 810 | 2,9 | 19,6 | 75,4 | 1,3 | 0,8 | . | 11,7 |

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: WWI-Tarif-Archiv

Tabelle 86

## Belastung der Einkommen durch direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge

vH

| Zeitraum | Volkseinkommen | Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte [2] | Einkommen aus unselbständiger Arbeit [1] | | | | | Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der privaten Haushalte [2] [3] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | insgesamt [3] | direkte Steuern | Sozialversicherungsbeiträge | | | |
| | | | | | insgesamt | Arbeitgeberbeiträge | Arbeitnehmerbeiträge | |
| 1950 | 21,7 | 19,2 | 21,1 | 4,1 | 16,9 | 9,7 | 7,3 | 14,6 |
| 1951 | 22,0 | 19,3 | 22,2 | 5,5 | 16,7 | 9,5 | 7,2 | 12,9 |
| 1952 | 23,2 | 20,9 | 22,8 | 6,2 | 16,6 | 9,6 | 7,0 | 15,7 |
| 1953 | 24,2 | 21,7 | 22,7 | 5,6 | 17,0 | 9,8 | 7,3 | 18,0 |
| 1954 | 23,6 | 21,1 | 22,3 | 5,5 | 16,8 | 9,6 | 7,2 | 16,8 |
| 1955 [4] | 22,5 | 20,5 | 22,6 | 5,7 | 16,9 | 9,8 | 7,2 | 14,5 |
| 1956 | 22,8 | 20,6 | 22,8 | 6,0 | 16,8 | 9,7 | 7,1 | 14,1 |
| 1957 | 23,5 | 21,3 | 23,4 | 4,7 | 18,7 | 10,8 | 7,9 | 15,0 |
| 1958 | 23,8 | 21,6 | 24,5 | 4,9 | 19,6 | 11,2 | 8,3 | 13,5 |
| 1959 | 24,2 | 22,2 | 24,2 | 4,7 | 19,4 | 11,1 | 8,4 | 15,8 |
| 1960 | 25,2 | 23,1 | 25,2 | 5,7 | 19,5 | 11,1 | 8,4 | 16,5 |
| 1960 | 25,1 | 23,1 | 25,1 | 5,6 | 19,5 | 11,1 | 8,4 | 16,4 |
| 1961 | 26,3 | 24,2 | 25,5 | 6,5 | 19,0 | 10,9 | 8,2 | 18,4 |
| 1962 | 27,1 | 24,9 | 25,8 | 6,8 | 19,0 | 10,8 | 8,2 | 19,5 |
| 1963 | 27,3 | 25,4 | 26,1 | 7,1 | 19,0 | 10,7 | 8,2 | 19,9 |
| 1964 | 27,0 | 25,2 | 26,1 | 7,7 | 18,4 | 10,3 | 8,2 | 19,1 |
| 1965 [5] | 26,4 | 24,7 | 25,5 | 7,0 | 18,5 | 10,2 | 8,3 | 18,5 |
| 1966 [5] | 27,3 | 25,8 | 26,6 | 7,7 | 18,9 | 10,5 | 8,4 | 19,5 |
| 1965 1. Halbjahr [5] | 26,3 | . | 24,2 | 5,9 | 18,3 | 10,1 | 8,2 | . |
| 2. Halbjahr [5] | 26,5 | . | 26,7 | 8,0 | 18,7 | 10,4 | 8,3 | . |
| 1966 1. Halbjahr [5] | 27,7 | . | 25,5 | 6,6 | 18,9 | 10,5 | 8,4 | . |
| 2. Halbjahr [5] | 26,9 | . | 27,6 | 8,8 | 18,8 | 10,5 | 8,3 | . |
| 1967 1. Halbjahr [6] | 28,3 | . | 26,1 | 6,6 | 19,5 | 10,8 | 8,7 | . |

[1] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung für Arbeitnehmer. Nicht einbezogen sind aus Mangel an statistischen Unterlagen bestimmte Lohnnebenkosten der Arbeitgeber, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit darstellen, wie Aufwendungen für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge, Verpflegungszuschüsse, Unterstützungen u. ä.

[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[3] Nicht zurechenbar auf die beiden angegebenen Einkommensarten ist die Belastung durch die Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer, ferner die Lohnsteuer der Pensionäre sowie die freiwilligen Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen.

[4] Ohne Saarland und Berlin.

[5] Vorläufige Ergebnisse.

[6] Erste vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 87

## Anteil der Ausgabengruppen an den Gesamtausgaben

in

| Verwendungszweck Güterart | Haushaltstyp 1 [2] | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 1. Halbjahr | 1966 2. Halbjahr | 1967 1. Halbjahr |
| | nach Verwendungszwecken | | | | | | |
| Nahrungsmittel [5] | 52,0 | 50,0 | 51,0 | 42,6 | 41,8 | 41,1 | 40,6 |
| Genußmittel [6] | | | | 7,6 | 7,1 | 7,3 | 7,2 |
| Kleidung, Schuhe | 7,4 | 7,7 | 7,6 | 7,3 | 7,4 | 7,4 | 6,7 |
| Wohnungsmieten [7] | 14,4 | 14,5 | 14,7 | 16,2 | 17,7 | 16,1 | 18,4 |
| Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä. | 7,7 | 7,9 | 7,5 | 7,1 | 7,0 | 6,7 | 7,0 |
| Übrige Güter für die Haushaltsführung [8] | 8,6 | 8,9 | 8,4 | 8,7 | 8,5 | 8,4 | 8,9 |
| Güter für Verkehr, Nachrichtenübermittlung | 2,4 | 2,8 | 2,9 | 2,8 | 2,6 | 3,2 | 2,7 |
| Güter für Körper- und Gesundheitspflege [9] | 3,0 | 3,2 | 3,2 | 3,1 | 3,1 | 3,2 | 3,4 |
| Güter für Bildung und Unterhaltung [10] | 3,2 | 3,6 | 3,6 | 3,4 | 3,6 | 4,9 | 3,8 |
| Persönliche Ausstattung; sonstige Güter [11] | 1,3 | 1,4 | 1,1 | 1,2 | 1,2 | 1,7 | 1,3 |
| | nach Güterarten | | | | | | |
| Verbrauchsgüter und Reparaturen | 66,5 | 64,8 | 65,2 | 64,2 | 63,2 | 62,3 | 62,4 |
| Gebrauchsgüter von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert | 10,2 | 10,7 | 10,6 | 10,5 | 10,6 | 10,6 | 10,3 |
| Langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter | 2,6 | 3,1 | 2,4 | 2,3 | 2,0 | 3,8 | 1,8 |
| Wohnungsmieten [7] | 14,4 | 14,5 | 14,7 | 16,2 | 17,7 | 16,1 | 18,4 |
| Übrige Dienstleistungen | 6,3 | 6,9 | 7,1 | 6,8 | 6,5 | 7,2 | 7,1 |

[1]) Ergebnisse der laufenden Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen in ausgewählten privaten Haushalten.
[2]) 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen.
[3]) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes.
[4]) 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen.
[5]) Einschließlich fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten.
[6]) Soweit nicht im Gaststättenverzehr enthalten.

Tabelle 87

**für den privaten Verbrauch je Haushalt und Monat [1])**

vH

| Haushaltstyp 2 [3]) | | | | | | | Haushaltstyp 3 [4]) | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | | 1967 | 1964 | 1965 | 1966 | | 1967 |
| | | | | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr | | | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr |
| | | | | nach Verwendungszwecken | | | | | | | |
| 42,8 | 42,0 | 41,3 | 34,0 | 34,4 | 32,5 | 34,5 | 29,3 | 24,0 | 24,3 | 23,5 | 23,9 |
| | | | 6,0 | 5,9 | 5,9 | 6,1 | | 4,5 | 4,3 | 4,3 | 4,1 |
| 12,2 | 12,4 | 12,0 | 11,9 | 11,2 | 11,5 | 10,7 | 11,7 | 11,0 | 10,6 | 11,3 | 10,3 |
| 10,3 | 10,6 | 10,8 | 11,2 | 12,6 | 12,0 | 14,1 | 13,4 | 12,1 | 12,8 | 12,0 | 13,6 |
| 4,7 | 5,2 | 4,5 | 4,5 | 4,4 | 4,4 | 4,8 | 4,2 | 3,8 | 4,2 | 3,5 | 4,0 |
| 10,9 | 9,7 | 9,7 | 10,0 | 10,3 | 10,1 | 10,1 | 10,5 | 10,8 | 10,8 | 11,5 | 10,5 |
| 6,9 | 7,5 | 8,9 | 9,7 | 9,5 | 8,5 | 7,5 | 12,4 | 16,2 | 16,1 | 12,8 | 16,5 |
| 3,4 | 3,3 | 3,4 | 3,4 | 3,5 | 3,6 | 3,8 | 5,7 | 5,3 | 6,3 | 5,9 | 6,8 |
| 6,1 | 6,7 | 6,7 | 6,5 | 6,4 | 7,5 | 7,1 | 8,2 | 8,0 | 7,8 | 8,9 | 7,4 |
| 2,7 | 2,6 | 2,7 | 2,8 | 1,8 | 4,0 | 1,3 | 4,6 | 4,3 | 2,8 | 6,3 | 2,9 |
| | | | | nach Güterarten | | | | | | | |
| 54,7 | 55,0 | 53,4 | 52,4 | 53,1 | 51,0 | 54,1 | 45,0 | 42,3 | 43,2 | 41,4 | 42,2 |
| 17,5 | 18,3 | 17,7 | 17,7 | 16,6 | 18,3 | 15,9 | 18,5 | 17,7 | 16,7 | 19,2 | 16,2 |
| 8,5 | 7,9 | 8,9 | 9,5 | 9,1 | 8,2 | 7,4 | 8,6 | 13,1 | 13,0 | 10,7 | 13,3 |
| 10,3 | 10,6 | 10,8 | 11,2 | 12,6 | 12,0 | 14,1 | 13,4 | 12,1 | 12,8 | 12,0 | 13,6 |
| 9,0 | 8,2 | 9,2 | 9,2 | 8,6 | 10,5 | 8,5 | 14,5 | 14,8 | 14,3 | 16,7 | 14,7 |

[7]) Einschließlich Mietwert für Eigentümerwohnungen, Untermieten u. ä., Pachten für Gärten.
[8]) Soweit nicht in sonstigen Verwendungszwecken enthalten.
[9]) Soweit nicht in den Verwendungszwecken Wohnungsmieten u. ä., Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä. sowie Übrige Güter für die Haushaltsführung enthalten.
[10]) Soweit nicht in den Verwendungszwecken Nahrungs- und Genußmittel, Güter für Verkehr, Nachrichtenübermittlung sowie in sonstigen Verwendungszwecken enthalten.
[11]) Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.

Tabelle 88

## Ausstattung ausgewählter privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern

| Art der Gebrauchsgüter | Ergebnisse der | | |
|---|---|---|---|
| | Einkommens- und Verbrauchs-stichprobe 1962/63 | laufenden Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen | |
| | von je 100 Haushalten | | |
| | mit mittlerem Einkommen | | mit höherem Einkommen |
| | besaßen vorstehende Güter | | |
| | Frühjahr 1962 [1] | Dezember | |
| | | 1966 [2] | 1966 [3] |
| Fernsehgerät | 48,3 | 74,9 | 70,2 |
| Musikschrank (ohne Fernsehgerät) | 12,1 | 20,3 | 34,9 |
| Kühlschrank | 65,5 | 89,1 | 97,2 |
| Elektrische Nähmaschine | 12,6 | 41,9 | 41,1 |
| Waschgerät [4] | 46,7 | 69,8 | 83,2 |
| Personenkraftwagen | 30,7 | 36,5 | 76,0 |
| Erfaßte Haushalte (Anzahl) | 5 816 | 375 | 392 |

[1] 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 600 bis 800 DM.
[2] 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (Angestellte und Arbeiter) mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes (monatlich von 750 bis 1150 DM brutto).
[3] 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (monatliches Haushaltseinkommen von 1750 bis 2150 DM brutto).
[4] Waschautomat oder Waschkombination oder Waschmaschine.

Tabelle 89

## Indikatoren des Lebensniveaus in den EWG-Ländern [1])

| Haushalte mit ... | Bundesrepublik Deutschland | Belgien | Luxemburg | Frankreich | Italien | Niederlande |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Haushalte mit ... in vH der Haushalte insgesamt | | | | | |
| | | | Arbeiterhaushalte | | | |
| Motorrad, Skooter usw... | 11,4 | 30,7 | 21,9 | 46,7 | 24,8 | 49,2 |
| Personenwagen ..... | 24,5 | 26,2 | 32,2 | 39,9 | 13,0 | 14,9 |
| Fernsehgerät ..... | 51,3 | 47,6 | 27,9 | 34,4 | 47,9 | 58,0 |
| Waschmaschine ..... | 66,2 | 74,7 | 82,3 | 39,6 | 13,6 | 80,4 |
| Kühlschrank ..... | 62,1 | 24,9 | 64,7 | 47,0 | 50,2 | 25,5 |
| Telefonanschluß ..... | 1,8 | 8,2 | 23,0 | 1,4 | 20,0 | 9,4 |
| | | | Angestellten- und Beamtenhaushalte | | | |
| Motorrad, Skooter usw... | 4,7 | 11,9 | 9,8 | 28,1 | 11,7 | 29,4 |
| Personenwagen ..... | 42,4 | 57,5 | 54,6 | 63,2 | 44,0 | 38,7 |
| Fernsehgerät ..... | 51,8 | 48,3 | 25,2 | 43,3 | 79,3 | 56,2 |
| Waschmaschine ..... | 62,2 | 68,5 | 82,3 | 48,2 | 38,3 | 73,9 |
| Kühlschrank ..... | 79,1 | 57,3 | 79,2 | 71,3 | 81,9 | 51,6 |
| Telefonanschluß ..... | 19,6 | 40,0 | 67,3 | 15,2 | 57,9 | 57,4 |

[1]) Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen 1963/64 (Bundesrepublik Deutschland 1962/63).

Quelle: SAEG

Tabelle 90

## Haushaltsansätze der Gebietskörperschaften

| Art der Ausgaben bzw. Einnahmen | Bund | | Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen | | Länder | | Gemeinden und Gemeindeverbände [1] | | Insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1966 | 1967 [2] | 1966 | 1967 | 1966 | 1967 | 1966 | 1967 | 1966 | 1967 |
| | Milliarden DM | | | | | | | | | |
| Eigenfinanzierte Ausgaben [3] .. | 67,7 | 78,1 | 3,4 | 3,3 | 47,1 | 49,3 | 35,7 | 34,2 | 153,9 | 164,9 |
| Ausgabevolumen [4] ... | 68,0[a] | 78,4[a] | 4,9[b] | 4,8[b] | 57,0[c] | 59,4[c] | 48,0[d] | 47,1[d] | 153,2[e] | 163,7[e] |
| Steuereinnahmen | 63,7 | 64,5 | 1,7 | 1,6 | 37,2 | 39,4 | 13,0 | 13,0 | 115,6 | 118,5 |
| Kreditaufnahme am Kapitalmarkt und aus öffentlichen Sondermitteln . | 1,2[a] | 11,0[a] | 0,3 | 0,3 | 3,7 | 3,2 | 7,4 | 5,4 | 12,6 | 19,9 |
| Sonstige Einnahmen [5] .. | 3,1 | 2,9 | 3,0[b] | 3,1[b] | 16,0[f] | 16,8[f] | 27,5[g] | 28,4[g] | 25,7[h] | 26,4[h] |
| | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | | | | | | | | | |
| Eigenfinanzierte Ausgaben [3] .. | + 7,1 | + 15,4 | −14.8 | −3,0 | + 7,8 | + 4,7 | + 7,5 | − 4,2 | + 6,8 | + 7,1 |
| Ausgabevolumen [4] ... | + 7,0 | + 15,3 | −13,0 | −2,0 | + 8,7 | + 4,2 | + 7,8 | − 1,9 | + 6,4 | + 6,9 |
| Steuereinnahmen | +10,9 | + 1,3 | + 5,4 | −5,9 | + 8,1 | + 5,9 | + 4,9 | ±0,0 | + 9,2 | + 2,5 |
| Kreditaufnahme am Kapitalmarkt und aus öffentlichen Sondermitteln . | −57,1 | +816,7 | −40,0 | ± 0,0 | − 0,6 | −13,5 | + 0,1 | −27,0 | −12,5 | +57,9 |
| Sonstige Einnahmen [5] . | − 6,7 | − 6,5 | − 6,9 | +3,3 | +12,2 | + 5,0 | +11,8 | + 3,3 | + 9,8 | + 2,7 |

[1] Einschließlich Gemeinden unter 10 000 Einwohner und Ämter (geschätzt).
[2] Einschließlich zweites Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/1968.
[3] Nettoausgaben (nach Abzug aller Zahlungen von Gebietskörperschaften).
[4] Gesamtausgaben (stufenweise Bereinigung).
[5] Einschließlich Zahlungen von Gebietskörperschaften.
[a] Einschließlich Schuldbuchforderungen an die Träger der Sozialversicherung (1966: 750 Millionen DM, 1967: 1450 Millionen DM).
[b] Ohne Liquiditätshilfe an die Kreditanstalt für Wiederaufbau.
[c] Bereinigt um Zahlungen an Länder.
[d] Bereinigt um Zahlungen an Gemeinden.
[e] Bereinigt um Zahlungen an Gebietskörperschaften.
[f] Bereinigt um Zahlungen von Ländern.
[g] Bereinigt um Zahlungen von Gemeinden.
[h] Bereinigt um Zahlungen von Gebietskörperschaften.

Tabelle 91

## Ausgaben des Bundes und der Länder

| Art der Ausgaben | Bund [1] | | | | Länder | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Ist-Ausgaben 1. Halbjahr | | | Haushaltsansätze 1967 [2] gegenüber 1966 [3] | Ist-Ausgaben 1. Halbjahr | | | Haushaltsansätze 1967 gegenüber 1966 |
| | 1966 | 1967 | | | 1966 | 1967 | | |
| | Millionen DM | | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | | Millionen DM | | Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH | |
| Ausgaben insgesamt | 32 120 | 37 049 | + 15,3 | + 13,7 | 26 542[a] | 27 748[a] | + 4,5[a] | + 4,6[a] |
| Personalausgaben einschließlich Versorgung | 4 065 | 4 394 | + 8,1 | + 9,1 | 10 058 | 11 064 | + 10,0 | + 10,2 |
| Renten und Unterstützungen | 4 489 | 4 849 | + 8,0 | + 4,9 | 472 | 540 | + 14,4 | + 39,5 |
| Versorgung gemäß Gesetz zu Artikel 131 GG | 1 108 | 1 194 | + 7,8 | + 8,6 | — | — | — | — |
| Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung | 5 197 | 5 786 | + 11,3 | + 10,8[b] | — | — | — | — |
| Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz | —[c] | —[c] | —[c] | —[c] | 958 | 961 | + 0,3 | − 16,6 |
| Zinsen | 808 | 1 017 | + 25,9 | + 41,3 | 462 | 647 | + 40,0 | + 26,7 |
| Sachinvestitionen | 1 828 | 1 995 | + 9,1 | + 20,1 | 1 548 | 1 441 | − 6,9 | − 13,3 |
| darunter: Bauten | 1 629 | 1 722 | + 5,7 | + 19,9 | 1 286 | 1 156 | − 10,1 | − 15,3 |
| Darlehen an Dritte | 1 042 | 1 069 | + 2,6 | + 122,3 | 1 864 | 1 581 | − 15,2 | − 26,3 |
| Tilgungen | 552 | 747 | + 35,3 | + 44,5 | 567 | 649 | + 14,5 | + 19,9 |
| Zuweisungen und Darlehen an Gebietskörperschaften | 3 949 | 4 228 | + 7,1 | + 8,5 | 5 809 | 5 999 | + 3,3 | + 2,9 |
| Übrige Ausgaben | 9 082 | 11 770 | + 29,6 | + 8,3 | 5 603 | 5 703 | + 1,8 | + 9,1 |

[1]) Ohne Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.
[2]) Einschließlich zweites Programm für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68.
[3]) Unter Berücksichtigung des Nachtragshaushalts.
[a]) Bereinigt um Zahlungen von Ländern.
[b]) Einschließlich Schuldbuchforderungen an die Träger der Sozialversicherung (1966: 750 Millionen DM, 1967: 1450 Millionen DM).
[c]) Unter „Zuweisungen und Darlehen an Gebietskörperschaften" nachgewiesen (1966 und 1967 1100 Millionen DM).

Tabelle 92

## Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der privaten Haushalte

Milliarden DM

| | 1960 | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | | | 1967 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | Jahr | 1. Halbjahr | 2. Halbjahr | 1. Halbjahr |
| (1) Geldvermögensbildung ... | 16,3 | 18,0 | 18,7 | 22,7 | 27,9 | 34,0 | 32,3 | 13,1 | 19,2 | 13,1 |
| in Form von Spar- und Termineinlagen | 7,7 | 7,1 | 8,9 | 11,8 | 13,3 | 17,0 | 17,3 | 6,4 | 11,0 | 7,1 |
| Anlagen bei Bausparkassen ..... | 1,7 | 1,8 | 1,7 | 2,0 | 2,1 | 3,2 | 4,2 | 0,9 | 3,4 | −0,2 |
| Anlagen bei Versicherungen ..... | 2,5 | 2,9 | 3,3 | 3,8 | 4,0 | 4,3 | 4,9 | 2,2 | 2,7 | 2,4 |
| Erwerb von Wertpapieren ..... | 2,5 | 3,6 | 3,4 | 3,3 | 6,0 | 6,9 | 3,7 | 1,8 | 1,9 | 2,5 |
| Bargeld und Sichteinlagen ..... | 1,9 | 2,7 | 1,5 | 1,7 | 2,6 | 2,6 | 2,2 | 1,8 | 0,4 | 1,2 |
| (2) Kreditaufnahme ..... | 1,3 | 1,2 | 0,9 | 1,0 | 1,1 | 1,1 | 0,6 | 0,4 | 0,2 | −0,1 |
| (3) Finanzierungssaldo (1) ./. (2) ..... | 15,0 | 16,9 | 17,9 | 21,7 | 26,9 | 32,9 | 31,6 | 12,7 | 18,9 | 13,2 |

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 93

## Entwicklung der Bankenliquidität

Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Millionen DM [1])

| Zeitraum | | Bestimmungsfaktoren der Bankenliquidität | | | | | | | Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute [3]) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Bargeldumlauf [2]) | Netto-Guthaben von Nichtbanken bei der Bundesbank [2]) | Netto-Devisenreserven der Bundesbank [3]) | kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute [3]) | Bestand an Mobilisierungstiteln [4]) | Reserve-Guthaben der Kreditinstitute bei der Bundesbank [2]) | sonstige | |
| 1962 | | −1 803 | +1 260 | − 515 | + 131 | +553 | −1 005 | + 323 | −1 056 |
| 1963 | | −1 607 | +1 414 | +2 420 | + 376 | + 56 | −1 222 | − 161 | +1 276 |
| 1964 | | −1 784 | + 309 | − 481 | + 887 | + 68 | −2 222 | − 93 | −3 316 |
| 1965 | | −1 922 | +1 252 | −1 098 | − 153 | − 87 | − 934 | − 723 | −3 665 |
| 1966 | | −1 277 | + 555 | +1 906 | + 876 | + 10 | −1 038 | −1 274 | − 242 |
| 1966 | 1. Vierteljahr | + 974 | −1 665 | −1 025 | + 16 | + 52 | − 223 | − 776 | −2 647 |
| | 2. Vierteljahr | − 870 | + 770 | + 206 | − 57 | −254 | − 464 | + 224 | − 445 |
| | 3. Vierteljahr | − 494 | + 477 | +1 410 | + 426 | −188 | + 150 | − 336 | +1 445 |
| | 4. Vierteljahr | − 887 | + 973 | +1 315 | + 491 | +400 | − 501 | − 386 | +1 405 |
| 1967 | 1. Vierteljahr | +1 378 | −1 518 | + 16 | + 803 | + 51 | +1 518 | + 158 | +2 406 |
| | 2. Vierteljahr | − 326 | − 422 | − 633 | +1 344 | − 24 | + 180 | − 92 | + 27 |
| | 3. Vierteljahr | − 382 | − 764 | + 157 | + 294 | − 16 | +2 870 | − 284 | +1 875 |

| Zeitraum | | Liquiditätsdispositionen der Kreditinstitute | | | Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute [3]) |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Bestand an Geldmarktpapieren [3]) (Verkehr mit der Bundesbank) | kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute [5]) | Refinanzierungskredite bei der Bundesbank [3]) | |
| 1962 | | − 660 | + 131 | − 527 | −1 056 |
| 1963 | | + 704 | + 376 | + 196 | +1 276 |
| 1964 | | −2 230 | + 887 | −1 973 | −3 316 |
| 1965 | | −1 870 | − 153 | −1 642 | −3 665 |
| 1966 | | − 358 | + 876 | − 760 | − 242 |
| 1966 | 1. Vierteljahr | − 308 | + 16 | 2 355 | −2 647 |
| | 2. Vierteljahr | − 134 | − 57 | − 254 | − 445 |
| | 3. Vierteljahr | − 130 | + 426 | +1 149 | +1 445 |
| | 4. Vierteljahr | + 214 | + 491 | + 700 | +1 405 |
| 1967 | 1. Vierteljahr | +1 297 | + 803 | + 306 | +2 406 |
| | 2. Vierteljahr | − 155 | +1 344 | −1 162 | + 27 |
| | 3. Vierteljahr | + 275 | + 294 | +1 306 | +1 875 |

[1]) Auf der Basis von Durchschnitten aus den vier Bankwochenstichtagen der Quartals- bzw. Jahres-Schlußmonate.
[2]) Zunahme: −; Abnahme: +.
[3]) Zunahme: +; Abnahme: −.
[4]) Offenmarktgeschäft mit Nichtbanken. Abgabe: −; Rücknahme: +.
[5]) Bildung: +; Repatriierung: −.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 94

## Konsolidierte statistische Bilanz der Banken [1])

Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Milliarden DM [2])

| Zeitraum | | Zunahme der Aktiva | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | insgesamt | KREDITGEWÄHRUNG | | | | | | |
| | | | an inländische Nichtbanken | | | | an alle Ausländer | inländische Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen | sonstige Forderungen [4]) |
| | | | zusammen | durch Kreditinstitute | | durch die Bundesbank [3]) | | | |
| | | | | kurzfristig | mittel- und langfristig | | | | |
| 1962 | | +22,99 | +21,13 | +4,43 | +16,44 | +0,26 | −0,01 | +0,90 | +0,97 |
| 1963 | | +26,14 | +22,59 | +3,54 | +19,02 | +0,03 | +2,25 | +0,61 | +0,69 |
| 1964 | | +30,58 | +25,73 | +4,21 | +21,01 | +0,51 | +2,93 | +1,20 | +0,72 |
| 1965 | | +34,98 | +30,41 | +6,40 | +23,31 | +0,70 | +0,70 | +1,35 | +2,53 |
| 1966 | | +32,94 | +30,06 | +6,81 | +22,67 | +0,58 | +1,28 | +0,05 | +1,56 |
| 1966 | 1. Vierteljahr | + 7,71 | + 7,10 | +1,86 | + 5,53 | −0,29 | +0,23 | +0,07 | +0,31 |
| | 2. Vierteljahr | + 7,31 | + 8,46 | +3,07 | + 5,12 | +0,26 | −0,60 | +0,04 | −0,59 |
| | 3. Vierteljahr | + 8,58 | + 6,22 | +0,80 | + 4,96 | +0,46 | +1,84 | −0,11 | +0,63 |
| | 4. Vierteljahr | + 7,80 | + 4,99 | +0,02 | + 4,85 | +0,12 | +1,57 | +0,18 | +1,07 |
| 1967 | 1. Vierteljahr | + 5,78 | + 2,79 | −0,89 | + 3,96 | −0,28 | +1,28 | +1,29 | +0,43 |
| | 2. Vierteljahr | + 7,14 | + 4,06 | +0,56 | + 3,91 | −0,42 | +1,59 | +0,44 | +1,05 |
| | 3. Vierteljahr | ... | + 4,75 | +0,28 | + 4,38 | +0,09 | +1,52 | +1,38 | ... |

| Zeitraum | | Zunahme der Passiva | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Veränderung des GELDVOLUMENS | | | GELDKAPITALBILDUNG in Form von | | | | | Saldo der sonstigen Passiva und der sonstigen Aktiva |
| | | zusammen | Bargeldumlauf bei Nichtbanken | Sichteinlagen bei inländischen Banken [5]) | zusammen | Spareinlagen bei inländischen Banken | Termineinlagen bei inländischen Banken | Bankschuldverschreibungen und aufgenommenen Geldern und Darlehen | Verschuldung gegenüber Ausländern | |
| 1962 | | +5,73 | +1,73 | +4,00 | +16,80 | + 8,23 | +1,48 | +7,08 | +0,02 | +0,46 |
| 1963 | | +4,19 | +1,55 | +2,63 | +19,39 | +10,35 | +1,00 | +7,88 | +0,15 | +2,56 |
| 1964 | | +5,28 | +1,64 | +3,63 | +22,96 | +11,86 | +1,42 | +9,22 | +0,47 | +2,34 |
| 1965 | | +6,01 | +2,21 | +3,79 | +25,78 | +14,49 | +0,67 | +9,95 | +0,68 | +3,20 |
| 1966 | | +3,19 | +1,31 | +1,88 | +28,90 | +15,44 | +2,68 | +9,91 | +0,85 | +0,86 |
| 1966 | 1. Vierteljahr | −2,77 | −0,36 | −2,41 | +12,46 | + 5,88 | +1,62 | +4,96 | −0,01 | −1,98 |
| | 2. Vierteljahr | +2,61 | +0,97 | +1,64 | + 3,93 | + 2,65 | +0,06 | +1,40 | −0,18 | +0,77 |
| | 3. Vierteljahr | +0,42 | +0,68 | −0,26 | + 6,19 | + 2,94 | +1,68 | +1,13 | +0,43 | +1,96 |
| | 4. Vierteljahr | +1,17 | −0,29 | +1,45 | + 7,30 | + 4,14 | +1,95 | +1,06 | +0,15 | −0,66 |
| 1967 | 1. Vierteljahr | −2,97 | −0,96 | −2,01 | +17,57 | + 6,91 | +2,73 | +8,84 | −0,91 | −8,83 |
| | 2. Vierteljahr | +2,33 | +0,76 | +1,57 | + 4,22 | + 2,95 | +0,81 | +0,19 | +0,27 | +0,58 |
| | 3. Vierteljahr | +1,95 | +0,36 | +1,59 | + 4,04 | + 2,66 | +0,35 | +0,46 | +0,58 | ... |

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank. [2]) Errechnet aus dem Durchschnitt der Monatsendbestände.
[3]) Ohne Forderungen an den Bund wegen Nachkriegswirtschaftshilfe und Änderung der Währungsparität.
[4]) Inländische Schatzwechsel und Schatzanweisungen, Deckungsforderungen, Ausgleichsforderungen.
[5]) Ohne Sichteinlagen inländischer öffentlicher Stellen bei der Bundesbank. Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 95

## Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Milliarden DM

| Jahr | Inländische Sektoren | | | | | | | Übrige Welt | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | private Haushalte | Unternehmen: ohne Wohnungsvermietung | Unternehmen: Wohnungsvermietung | Unternehmen: zusammen | Gebietskörperschaften | Sozialversicherung | zusammen | | |
| | I. Vermögensbildung [2] | | | | | | | | |
| 1950 | 2,0 | . | . | 5,1 | 3,7 | 1,1 | 12,0 | −0,3 | 11,7 |
| 1951 | 2,2 | . | . | 7,9 | 5,4 | 1,8 | 17,2 | −3,0 | 14,2 |
| 1952 | 4,2 | . | . | 8,9 | 6,3 | 1,6 | 21,0 | −2,8 | 18,2 |
| 1953 | 5,8 | . | . | 6,4 | 7,3 | 2,4 | 22,1 | −4,0 | 18,0 |
| 1954 | 7,5 | . | . | 8,7 | 7,5 | 2,8 | 26,5 | −3,8 | 22,7 |
| 1955 [1] | 6,7 | . | . | 14,6 | 9,9 | 3,2 | 34,4 | −2,2 | 32,2 |
| 1956 | 6,2 | . | . | 16,1 | 11,0 | 3,7 | 37,0 | −4,2 | 32,8 |
| 1957 | 9,9 | . | . | 16,7 | 10,0 | 2,6 | 39,2 | −5,6 | 33,6 |
| 1958 | 11,7 | . | . | 18,6 | 7,6 | 2,1 | 40,0 | −5,6 | 34,3 |
| 1959 | 12,8 | . | . | 19,0 | 11,0 | 2,1 | 44,8 | −4,4 | 40,5 |
| 1960 | 14,2 | . | . | 22,2 | 15,3 | 3,1 | 54,7 | −4,1 | 50,6 |
| 1960 | 15,0 | 20,2 | 3,2 | 23,4 | 15,0 | 3,3 | 56,8 | −3,8 | 53,0 |
| 1961 | 16,9 | 17,4 | 3,8 | 21,2 | 14,4 | 5,5 | 58,0 | −1,0 | 57,0 |
| 1962 | 17,9 | 18,5 | 4,2 | 22,7 | 14,4 | 3,6 | 58,6 | +1,3 | 59,9 |
| 1963 | 21,7 | 15,1 | 4,4 | 19,5 | 15,2 | 3,3 | 59,7 | −0,1 | 59,6 |
| 1964 | 26,9 | 18,3 | 5,2 | 23,5 | 18,1 | 3,8 | 72,3 | −0,4 | 71,9 |
| 1965 | 32,9 | 18,2 | 5,3 | 23,6 | 11,9 | 4,0 | 72,4 | +7,2 | 79,6 |
| 1966 | 31,6 | 15,3 | 6,8 | 22,2 | 14,4 | 3,2 | 71,4 | −0,4 | 71,0 |
| | II. Sachvermögensbildung | | | | | | | | |
| 1950 | — | . | . | 10,0 | 1,6 | 0,1 | 11,7 | — | 11,7 |
| 1951 | — | . | . | 12,1 | 2,0 | 0,1 | 14,2 | — | 14,2 |
| 1952 | — | . | . | 15,6 | 2,5 | 0,1 | 18,2 | — | 18,2 |
| 1953 | — | . | . | 14,9 | 3,0 | 0,1 | 18,0 | — | 18,0 |
| 1954 | — | . | . | 19,4 | 3,3 | 0,1 | 22,7 | — | 22,7 |
| 1955 [1] | — | . | . | 27,9 | 4,2 | 0,1 | 32,2 | — | 32,2 |
| 1956 | — | . | . | 27,9 | 4,8 | 0,1 | 32,8 | — | 32,8 |
| 1957 | — | . | . | 28,6 | 4,9 | 0,1 | 33,6 | — | 33,6 |
| 1958 | — | . | . | 28,6 | 5,5 | 0,2 | 34,3 | — | 34,3 |
| 1959 | — | . | . | 33,3 | 7,0 | 0,1 | 40,5 | — | 40,5 |
| 1960 | — | . | . | 42,5 | 8,0 | 0,2 | 50,6 | — | 50,6 |
| 1960 | — | 30,7 | 13,6 | 44,4 | 8,5 | 0,2 | 53,0 | — | 53,0 |
| 1961 | — | 31,5 | 15,4 | 46,9 | 10,0 | 0,1 | 57,0 | — | 57,0 |
| 1962 | — | 30,2 | 17,0 | 47,2 | 12,5 | 0,2 | 59,9 | — | 59,9 |
| 1963 | — | 26,8 | 18,1 | 44,9 | 14,6 | 0,2 | 59,6 | — | 59,6 |
| 1964 | — | 33,9 | 20,6 | 54,5 | 17,2 | 0,2 | 71,9 | — | 71,9 |
| 1965 | — | 40,3 | 21,2 | 61,6 | 17,9 | 0,2 | 79,6 | — | 79,6 |
| 1966 | — | 30,1 | 22,5 | 52,6 | 18,2 | 0,2 | 71,0 | — | 71,0 |

noch Tabelle 95

## Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Milliarden DM

| Jahr | Inländische Sektoren | | | | | | | Übrige Welt | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | private Haushalte | Unternehmen ohne Wohnungsvermietung | Unternehmen Wohnungsvermietung | Unternehmen zusammen | Gebietskörperschaften | Sozialversicherung | zusammen | | |
| | III. Finanzierungssaldo (= I ./. II oder IV ./. V) Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (−) | | | | | | | | |
| 1950 | + 2,0 | . | . | − 4,9 | +2,1 | +1,1 | +0,3 | −0,3 | — |
| 1951 | + 2,2 | . | . | − 4,2 | +3,3 | +1,7 | +3,0 | −3,0 | — |
| 1952 | + 4,2 | . | . | − 6,7 | +3,8 | +1,5 | +2,8 | −2,8 | — |
| 1953 | + 5,8 | . | . | − 8,5 | +4,4 | +2,3 | +4,0 | −4,0 | — |
| 1954 | + 7,5 | . | . | −10,8 | +4,3 | +2,7 | +3,8 | −3,8 | — |
| 1955 [1] | + 6,7 | . | . | −13,3 | +5,7 | +3,1 | +2,2 | −2,2 | — |
| 1956 | + 6,2 | . | . | −11,8 | +6,2 | +3,6 | +4,2 | −4,2 | — |
| 1957 | + 9,9 | . | . | −11,9 | +5,1 | +2,5 | +5,6 | −5,6 | — |
| 1958 | +11,7 | . | . | −10,0 | +2,1 | +1,9 | +5,7 | −5,6 | — |
| 1959 | +12,8 | . | . | −14,4 | +4,0 | +1,9 | +4,3 | −4,4 | — |
| 1960 | +14,2 | . | . | −20,3 | +7,3 | +3,0 | +4,1 | −4,1 | — |
| 1960 | +15,0 | −10,5 | −10,4 | −20,9 | +6,5 | +3,1 | +3,8 | −3,8 | — |
| 1961 | +16,9 | −14,1 | −11,6 | −25,7 | +4,5 | +5,4 | +1,0 | −1,0 | — |
| 1962 | +17,9 | −11,7 | −12,8 | −24,5 | +1,9 | +3,5 | −1,3 | +1,3 | — |
| 1963 | +21,7 | −11,7 | −13,7 | −25,4 | +0,6 | +3,1 | +0,1 | −0,1 | — |
| 1964 | +26,9 | −15,6 | −15,4 | −31,0 | +0,9 | +3,6 | +0,4 | −0,4 | — |
| 1965 | +32,9 | −22,1 | −15,9 | −38,0 | −6,0 | +3,8 | −7,2 | +7,2 | — |
| 1966 | +31,6 | −14,8 | −15,7 | −30,4 | −3,9 | +3,0 | +0,4 | −0,4 | — |
| | IV. Veränderung der Forderungen [3] | | | | | | | | |
| 1960 | 16,3 | 7,9 | 0,3 | 8,0 | 9,3 | 3,2 | 36,4 | 6,8 | 43,2 |
| 1961 | 18,0 | 10,7 | 0,3 | 10,9 | 11,2 | 5,1 | 43,3 | 2,1 | 45,4 |
| 1962 | 18,7 | 6,8 | 0,4 | 7,0 | 5,3 | 3,5 | 34,3 | 3,1 | 37,4 |
| 1963 | 22,7 | 9,3 | 0,4 | 9,5 | 7,2 | 3,1 | 42,1 | 4,8 | 46,9 |
| 1964 | 27,9 | 10,2 | 0,5 | 10,4 | 8,1 | 3,6 | 49,2 | 5,1 | 54,3 |
| 1965 | 34,0 | 11,0 | 0,5 | 11,3 | 3,8 | 3,8 | 51,6 | 7,9 | 59,5 |
| 1966 | 32,3 | 9,4 | 0,6 | 9,7 | 6,1 | 3,0 | 49,8 | 5,2 | 55,0 |
| | V. Veränderung der Verpflichtungen [3] | | | | | | | | |
| 1960 | 1,3 | 18,4 | 10,7 | 28,9 | 2,8 | 0,1 | 32,6 | 10,6 | 43,2 |
| 1961 | 1,2 | 24,8 | 11,9 | 36,6 | 6,7 | −0,2 | 42,3 | 3,1 | 45,4 |
| 1962 | 0,9 | 18,5 | 13,1 | 31,5 | 3,5 | — | 35,6 | 1,8 | 37,4 |
| 1963 | 1,0 | 21,0 | 14,1 | 34,9 | 6,6 | — | 42,0 | 4,9 | 46,9 |
| 1964 | 1,1 | 25,9 | 15,9 | 41,5 | 7,2 | — | 48,9 | 5,4 | 54,3 |
| 1965 | 1,1 | 33,1 | 16,4 | 49,3 | 9,7 | — | 58,8 | 0,7 | 59,5 |
| 1966 | 0,6 | 24,1 | 16,2 | 40,1 | 10,0 | — | 49,4 | 5,6 | 55,0 |

[1] Ohne Saarland und Berlin.
[2] Ersparnis einschließlich Vermögensübertragungen.
[3] Im Sektor „Unternehmen" ohne die Veränderungen der Forderungen und Verpflichtungen der Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen. — Die Spalte „Unternehmen zusammen" enthält nicht die innersektoralen Ströme und weicht um diese von der Summe der beiden Vorspalten ab.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 96

**Kennziffern zur Ein-**

| Zeitraum | Reales Bruttosozialprodukt | Preisindex des Bruttosozialprodukts | Verbraucherpreise | Gesamtwirtschaftliche Produktivität [1] | Bruttostundenverdienste | Arbeitslose | Arbeitslosenquote [2] | Außenbeitrag | Saldo der Devisenbilanz [4] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | | | | | Millionen/1000 | vH | Millionen [3] | Millionen US-$ |
| | | | | Vereinigte Staaten | | | | | |
| 1956 | +1,8 | +3,5 | +1,5 | −0,6 | +4,9 | 2,75 | 3,9 | +3 816 | − 105 |
| 1957 | +1,5 | +3,7 | +3,5 | +1,1 | +5,8 | 2,86 | 4,0 | +5 626 | +1 414 |
| 1958 | −0,9 | +2,6 | +2,7 | +0,9 | +2,2 | 4,60 | 6,5 | +2 197 | −2 815 |
| 1959 | +6,2 | +1,6 | +0,8 | +3,9 | +4,3 | 3,74 | 5,2 | + 146 | −2 283 |
| 1960 | +2,4 | +1,7 | +1,5 | +0,8 | +3,1 | 3,85 | 5,3 | +4 046 | −3 103 |
| 1961 | +2,0 | +1,4 | +1,1 | +1,7 | +3,0 | 4,71 | 6,3 | +5 619 | −1 347 |
| 1962 | +6,5 | +1,1 | +1,1 | +4,5 | +2,9 | 3,91 | 5,2 | +5 130 | −2 705 |
| 1963 | +4,0 | +1,3 | +1,3 | +2,8 | +2,8 | 4,07 | 5,4 | +5 897 | −2 044 |
| 1964 | +5,3 | +1,7 | +1,4 | +3,0 | +2,8 | 3,79 | 4,9 | +8 490 | −1 549 |
| 1965 | +5,9 | +1,8 | +1,6 | +3,4 | +3,6 | 3,37 | 4,3 | +6 957 | −1 304 |
| 1966 | +5,8 | +2,7 | +2,9 | . | +3,4 | 2,88 | . | +5 102 | + 225 |
| 1956 bis 1961 [6] | +2,2 | +2,2 | +1,9 | +1,7 | +3,7 | . | . | . | . |
| 1961 bis 1966 [6] | +5,5 | +1,6 | +1,7 | . | +3,1 | . | . | . | . |
| | | | | Großbritannien | | | | | |
| 1956 | +2,2 | +6,3 | +4,9 | +1,1 | +8,1 | 287 | 1,2 | + 281 | + 176 |
| 1957 | +2,0 | +3,7 | +3,8 | +1,8 | +4,9 | 347 | 1,4 | + 314 | + 580 |
| 1958 | +0,9 | +3,6 | +3,0 | +1,3 | +4,7 | 501 | 2,0 | + 469 | + 602 |
| 1959 | +4,0 | +1,0 | +0,5 | +4,2 | +3,6 | 512 | 2,1 | + 267 | − 375 |
| 1960 | +4,9 | +1,1 | +1,0 | +3,4 | +7,4 | 393 | 1,6 | − 126 | − 442 |
| 1961 | +3,5 | +3,1 | +3,4 | +2,3 | +6,8 | 377 | 1,5 | + 159 | + 109 |
| 1962 | +1,1 | +3,8 | +4,3 | ±0,0 | +4,5 | 500 | 1,9 | + 296 | + 249 |
| 1963 | +4,4 | +1,6 | +2,0 | +4,3 | +4,0 | 612 | 2,4 | + 336 | − 325 |
| 1964 | +5,6 | +2,3 | +3,3 | +4,7 | +7,7 | 413 | 1,6 | − 137 | −2 047 |
| 1965 | +2,4 | +4,6 | +4,8 | +1,0 | +9,4 | 360 | 1,4 | + 178 | − 697 |
| 1966 | +1,6 | +4,2 | +3,9 | . | +8,0 | 391 | . | + 185 | − 482 |
| 1956 bis 1961 [6] | +2,9 | +2,5 | +2,3 | +2,6 | +5,5 | . | . | . | . |
| 1961 bis 1966 [6] | +2,9 | +3,3 | +3,6 | . | +6,7 | . | . | . | . |

[1] Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
[2] Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen.
[3] Millionen in Landeswährung.

Tabelle 96

**kommenspolitik im Ausland**

| Reales Bruttosozialprodukt | Preisindex des Bruttosozialprodukts | Verbraucherpreise | Gesamtwirtschaftliche Produktivität [1] | Bruttostundenverdienste [5] | Arbeitslose | Arbeitslosenquote [2] | Außenbeitrag | Saldo der Devisenbilanz [4] | Zeitraum |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH | | | | | 1000 | vH | Millionen [3] | Millionen US-$ | |
| | | | | Niederlande | | | | | |
| +3,4 | +4,0 | +1,1 | . | + 5,5 | 30 | . | − 710 | −190 | 1956 |
| +3,2 | +5,2 | +6,7 | . | +11,7 | 41 | . | − 538 | − 57 | 1957 |
| −0,1 | +1,7 | +2,1 | . | + 4,7 | 82 | . | +1 561 | +487 | 1958 |
| +5,2 | +1,7 | +1,0 | . | + 2,2 | 63 | . | +1 839 | − 64 | 1959 |
| +8,9 | +2,1 | +2,0 | . | + 8,7 | 41 | . | +1 272 | +369 | 1960 |
| +3,5 | +2,4 | +1,0 | . | + 6,0 | 31 | . | + 702 | + 80 | 1961 |
| +3,8 | +3,1 | +2,0 | . | + 8,5 | 30 | 0,7 | + 635 | − 19 | 1962 |
| +3,7 | +5,1 | +3,9 | +1,3 | + 8,7 | 32 | 0,7 | + 283 | +167 | 1963 |
| +9,4 | +7,6 | +5,6 | +6,8 | +16,0 | 28 | 0,6 | − 610 | +248 | 1964 |
| +5,3 | +5,5 | +5,3 | +0,3 | +10,3 | 33 | 0,7 | + 230 | + 72 | 1965 |
| +2,5 | +6,0 | +5,9 | . | +10,0 | 43 | . | − 470 | + 42 | 1966 |
| +4,0 | +2,9 | +2,5 | . | + 6,6 | . | . | . | . | 1956 bis 1961 [6] |
| +4,9 | +5,4 | +4,5 | . | +10,6 | . | . | . | . | 1961 bis 1966 [6] |
| | | | | Schweden | | | | | |
| +3,6 | +5,1 | +3,6 | . | + 8,0 | 24,6 | . | − 20 | + 3 | 1956 |
| +3,1 | +4,3 | +4,6 | . | + 6,2 | 30,5 | . | + 40 | − 17 | 1957 |
| +1,2 | +3,2 | +5,5 | . | + 4,7 | 38,1 | . | − 113 | + 21 | 1958 |
| +5,5 | +0,9 | ±0,0 | . | + 4,4 | 36,8 | . | + 176 | − 39 | 1959 |
| +3,6 | +4,7 | +4,2 | . | + 6,4 | 24,3 | 0,7 | − 397 | + 68 | 1960 |
| +5,5 | +3,3 | +3,0 | +2,0 | + 9,0 | 20,9 | 0,6 | + 270 | +192 | 1961 |
| +3,8 | +4,5 | +3,9 | +2,4 | + 7,3 | 23,2 | 0,6 | + 136 | + 89 | 1962 |
| +4,9 | +3,3 | +2,8 | +3,3 | + 8,5 | 24,8 | 0,7 | − 6 | − 46 | 1963 |
| +7,8 | +3,2 | +3,6 | +8,5 | + 6,3 | 21,2 | 0,6 | + 99 | +200 | 1964 |
| +3,1 | +6,3 | +5,3 | +1,0 | +10,4 | 20,0 | 0,5 | −1 311 | + 2 | 1965 |
| +2,4 | +5,6 | +5,8 | . | + 7,4 | 26,7 | . | − 790 | + 56 | 1966 |
| +3,8 | +3,3 | +4,4 | . | + 6,1 | . | . | . | . | 1956 bis 1961 [6] |
| +4,4 | +4,6 | +4,3 | . | + 8,0 | . | . | . | . | 1961 bis 1966 [6] |

[4] Überschuß: +
[5] Niederlande: Tarifliche Stundenlöhne.
[6] Durchschnittliche jährliche Veränderung.

Quelle: OECD, IMF

## Sachregister

(Die Zahlen beziehen sich auf die Textziffern)


A

Absorptionslücke 83 ff, 234 ff, 317 ff
— außenwirtschaftliche 44, 215, 318
Abwertungswelle 1967: 18, 22, 312 ff, 342, 358 ff, 463
— Anpassungslast für die Bundesrepublik 360 ff
— DM-Aufwertungs-Äquivalent 366
Aktienmarkt 207
Arbeitslosengeld 115 f
Arbeitslosenquote 80 f, 248 ff
Arbeitslosigkeit 10, 77 ff, 248 ff
Arbeitsmarkt 10, 64, 77 ff
— Arbeitsmarktpolitik 256, 277
Arbeitszeitverkürzung 84, 99 f, 102
— und Wachstum 284, 287, 299 ff
Auftragseingangs-Kapazitäts-Verhältnis 67, 91
Aufwertung 1961: 275, 433
Ausfuhr 11, 29, 35 ff, 58
— Struktur 36 ff, 434
— voraussehbare Entwicklung 355, 369 ff
Ausländische Arbeitskräfte 10, 78 ff, 84, 248 f, 301
Außenwirtschaftliche Absicherung 221, 272 ff, 307 ff, 410 ff, 429 ff
— Einwände 418 ff
— und EWG 417
— und internationale Arbeitsteilung 415
— und IWF 417
— und internationale Wettbewerbsposition 415, 419
— und Konversionsprobleme 423
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 1, 11, 43 ff, 304 f; s. auch Zahlungsbilanz
— und Lohnpolitik 272
Automobilkonjunktur 36, 40, 95, 123

B

Bandbreitenerweiterung 310, 418
Baukonjunktur 9, 18, 53 ff, 68 ff, 100
— voraussehbare Entwicklung 346 ff
Beschäftigungsvolumen 10, 77, 250, 300 f
— voraussehbare Entwicklung 353
Beteiligungsfinanzierung 491 ff
Beteiligungssparen 487, 508 ff
Bretton-Woods-System 311 ff, 438
Bruttosozialprodukt 1, 74, 245
— mittelfristige Entwicklung 217, 278 ff
— als Maßstab für Wachstum 288
Branchenkonjunkturen in der Industrie 86, 92

D

Debt Management 523 ff

E

Einfuhr 11, 29 ff
— und Lagerhaltung 31, 73
— und internationaler Preiszusammenhang 441 ff
— und voraussehbare Entwicklung 354, 369 ff

Einkommensentwicklung 14, 19, 97 ff, 349
— und Ersparnis 131
Einkommenspolitik im Ausland 373 ff
— und Erfolgsbedingungen 403 ff
Einkommensverteilung 98, 252 ff
Entwicklungshilfe 42, 304
Ergänzungsabgabe 94, 180, 321
Ersparnis der privaten Haushalte 119, 131 ff
— längerfristige Entwicklung 484, 494 f, 502 ff
Ersparnis der Unternehmen 484, 487, 491
Exportdruck 35, 47, 58

F

Finanzpolitik 6 f, 55 ff, 134 ff;
s. auch öffentliche Einnahmen und Ausgaben
— bei außenwirtschaftlicher Absicherung 309 ff
— des Bundes 134 ff, 157
— der Länder 160 ff
— und Notenbankpolitik 139 ff, 230 ff, 275
— zukünftige 315
Flexible Wechselkurse 221, 273
Frankreich, wirtschaftliche Entwicklung 24

G

Garantierter Paritätsanstieg 273, 308 f, 410, 418 ff
Gehärteter Devisenstandard 273, 410
Geldmarkt 193 ff
— und Auslandszinsen 194 f
Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums 1, 111, 148, 179, 188 f, 221, 247
Gewinnentwicklung 15 f, 97, 106 ff, 203
— längerfristige 484, 489 ff
— und Arbeitslosigkeit 253
— und Selbstfinanzierung 98, 203 ff, 484 ff, 514
Großbritannien
— einkommenspolitische Erfahrungen 382 ff
— wirtschaftliche Entwicklung 22

H

Handelsbilanz 11, 23, 44
Haushaltsplanung 135 f, 144 f

I

Ifo-Test 53, 59, 72
Importsubstitution 441, 451
— Importsubstitutionssektor 441, 448
Industrieproduktion 1, 5, 62, 74 ff, 91 ff
Inflatorische Komponente in den Außenhandelspreisen 449 ff
Integration 27 f, 38
— desintegrierende Maßnahmen 414
— und außenwirtschaftliche Absicherung 415 ff
— und internationaler Preiszusammenhang 435, 442 f, 453
Investitionen 3, 9, 31, 52 ff, 65 ff
— der öffentlichen Hand 3, 55 ff, 65 f, 134 ff, 166, 341
— private 52 ff
— Überinvestitionen 62 ff, 87
— und Wachstum 280 f
— voraussehbare Entwicklung 345 ff
Investitionsfördernde Maßnahmen 321, 325;
s. auch Sonderabschreibungen
Investitionshaushalte 7, 54, 66, 138 ff, 148, 151 ff, 172 ff, 191, 233, 244

Investitionsquote 295 ff
— voraussichtliche Entwicklung 352
Investitionssteuer 321, 325 f, 471, 476 ff
Investitionszyklen 57, 62
Italien, wirtschaftliche Entwicklung 25, 32

K

Kapazitätsauslastung 62 ff, 74 ff, 235, 249, 317
— in der Industrie 91 ff
— und Ausfuhr 35
— und Lohnleitlinie 322
Kapitalkoeffizient 85, 295 ff, 324
Kapitalintensität 302
Kapitalverkehr, internationaler 214, 217 f, 507 f
— bei außenwirtschaftlicher Absicherung 422
Kilometerpauschale 111, 123, 157
Körperschaftsteuer 509 ff
Kohlenbergbau 88 ff
Konjunkturprogramme
s. Investitionshaushalte
Konjunkturzusammenhang, internationaler 27 f, 253, 458 f
Konsolidierung 191 ff
— der öffentlichen Finanzen 162, 170, 521 f
— des Unternehmenssektors 204, 495
Konsumentenkredit 133
Konzertierte Aktion 224, 246, 276
Kurspflege 210, 525
Kurzarbeit 10, 78, 99
Kurzarbeitergeld 116

L

Lagerhaltung 59, 72 f
— voraussehbare Entwicklung 348
Lebenshaltungskosten 16, 120, 126 ff, 259
Leistungsbilanz
s. Zahlungsbilanz
Leitlinien 281, 313 ff
— in den USA 380
— Löhne 322 ff
— öffentliche Ausgaben 320
Lohndrift 100, 327 ff
Lohnentwicklung 12, 99 ff
— zukünftige 322 ff
Lohnflexibilität 100
Lohnpolitik 102, 224, 231, 256, 274 f
— Bandbreite 329
— und Preissteigerungen 269, 326, 332
— regionale Differenzierung 330
— Stufenerhöhungen 328
Lohnquote 98, 252 ff

M

Maschinenbau 37, 58 ff, 95
Mehrwertsteuer
s. auch Investitionssteuer
— Abwertungseffekt 466 ff, 474
— einkommenspolitische Konsequenzen 480 ff
— Steuerausfall beim Übergang 175 ff, 258, 350, 472 f, 476, 479
— und Preise 312, 325 f, 332, 357, 472 ff
Mindestreservepolitik
s. Notenbankpolitik
Mittelfristige Finanzplanung 69, 176 ff, 244, 289
Mittelfristige Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums 44, 69, 182 ff, 245, 247 ff, 258 ff, 278, 290, 303

N

Notenbankpolitik 4, 8, 57, 134, 139, 190 ff, 224 ff, 243, 508
— im Ausland 20 ff, 192
— Offenmarktpolitik mit langfristigen Titeln 210, 525

Ö

Öffentliche Einnahmen und Ausgaben
— Auftragsvergabe 149 ff
— Ausgabekürzungen 65 f, 137, 141, 233
— Bandbreite bei Einnahmen 188
— Inlandswirksamkeit 174
— Investitionsausgaben 3, 55 ff, 65 ff, 150, 161, 173
— Kosten-Ertrags-Analyse 519
— Kreditaufnahme 134, 143, 146 ff, 165, 175, 187, 501 ff
— Struktur des Bundeshaushalts 156
— Verfügungsbeschränkungen 149 ff, 233
— voraussehbare Entwicklung 346, 349

P

Phillips-Kurve 270
Preisentwicklung 16, 258 ff
— für die Lebenshaltung
s. Lebenshaltungskosten
— im Ausland 20 ff, 462 f
— im Außenhandel 35, 45 ff, 94
— Investitionsgüter 56, 94
— landwirtschaftliche Erzeugerpreise 94, 127
— und staatliche Maßnahmen 126, 266, 325 f
— voraussehbare Entwicklung 357, 365 f
Preisniveau-Stabilität 221, 258 ff, 307 ff, 412 f, 520
Preispolitik 266, 325 f
— im Export 436
— in den Vereinigten Staaten 377 ff
Preiszusammenhang, internationaler 48, 253, 264, 271 ff, 316, 429 ff
— Strenge des Zusammenhangs 431 ff, 461
— und Aufwertung 438 f
— und Konjunktur 47 ff, 440
— und Liquiditätseffekt 430, 440, 456 ff
Produktionspotential 5, 83, 184
— Potentialrechnung 83 ff, 234 ff, 290 ff, 316 ff
Produktivität 76, 95 f
— mittelfristige Entwicklung 285, 291 f, 302
— und Arbeitskräfteknappheit 254
— und Außenhandelspreise 446 ff, 454 f
— und Lohnentwicklung 103 ff, 251, 323 ff
— voraussehbare Entwicklung 356
Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs 111 f

R

Rationalisierungsschutz 98, 102, 105
Regionale Konjunkturentwicklung 81 ff, 89
Rentendynamik 117

S

Selbstfinanzierung
s. Gewinne
Sonderabschreibungen 7, 18, 233
Sozialversicherungen
— Beiträge 113 f, 321, 350
— Leistungen 115 ff, 350

— Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge 114, 324
Sparförderung 131, 506 ff
Spreizeffekt 204
Stabilitätsgesetz
s. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums
Stabilisierungskrise 226 f
Steuern
— antizyklische Wirkung 109 ff, 134 ff, 185
— Steuererhöhungen 114, 123, 137, 157, 175, 178 ff, 326
— Steuervorausschätzung 139 ff, 147
Streik 102
Strukturwandel 63, 71, 81 f, 86, 98, 238
— und Preismechanismus 445
Strukturkrise 88 ff, 236
Strukturpolitik 334 ff
Subventionen 88, 337 f
System der einmaligen Teilhaberbesteuerung 511 ff

T

Tariflohnentwicklung
s. Lohnentwicklung und Lohnpolitik
Terms of Trade 49
Terms-of-Trade-Effekt 324
Tilgung der Staatsschuld 187

U

Umsatzsteuerreform
s. Mehrwertsteuer

V

Verbrauch, privater 13 f, 119 ff, 321 f
— Struktur der Verbrauchsausgaben 121
— Verbrauchsgüterindustrien 61, 91 ff
— voraussehbare Entwicklung 350
Vereinigte Staaten
— einkommenspolitische Erfahrungen 375 ff
— wirtschaftliche Entwicklung 21
Verrentung, vorzeitig 78, 117
Volkseinkommen 106, 118

W

Wechselkurspolitische Absicherung
s. außenwirtschaftliche Absicherung
Weltkonjunktur 2, 20 ff, 35, 47
— voraussehbare Entwicklung 344
Wohnungsbau 54, 68
— Modernisierungsbedarf 70
— voraussehbare Entwicklung 347

Z

Zahlungsbilanz 44, 193 ff, 209, 215 ff
— und internationaler Preiszusammenhang 429 f, 440, 456 ff
— und Lohnpolitik 272
Zinsen 190 ff, 208 ff, 308, 420
— internationaler Zinszusammenhang 194, 212 ff
— Zinsfreigabe 200 ff
— Zinsstatistik 200
— Zinszuschüsse 159, 176